

Stephan Lehnstaedt

Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen



Eine vergleichende Studie
zu den Mittelmächten
und zu NS-Deutschland

IMPERIALE POLENPOLITIK IN DEN WELTKRIEGEN

EINZELVERÖFFENTLICHUNGEN DES
DEUTSCHEN HISTORISCHEN INSTITUTS WARSCHAU

36

Stephan Lehnstaedt

Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen

Eine vergleichende Studie zu den Mittelmächten
und zu NS-Deutschland

fibre

Titelabbildungen:

Einzug in Warschau, 5. August 1915. Postkarte

Parade der Wehrmacht in Warschau, Oktober 1939

© fibre Verlag, Osnabrück 2017

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-944870-57-1

www.fibre-verlag.de

Reihen- und Umschlaggestaltung: Ingo Schneider, www.isio-design.de

Herstellung: Druckerei Hubert & Co, Göttingen

Printed in Germany 2017

INHALT

Vorwort	7
Einführung	9
I. Voraussetzungen der Fremdherrschaft im Ersten Weltkrieg	41
1. Das dreigeteilte Polen vor Kriegsausbruch	42
2. Eine eroberte Nation. „Polenpolitik“ im Ersten Weltkrieg	68
3. Zentrum und Peripherie. Personen und Institutionen zwischen Berlin, Wien, Warschau und Lublin	90
4. Bilder von Polen und Juden	119
II. Politische Strategien	143
1. Selbstreflexion imperialer Herrschaft	145
2. Dynamische Okkupationsziele? Phasen von Besatzung	165
3. Symbolische Politik. Legitimationsstrategien von „gerechter Verwaltung“, Kultur und Kirche	187
4. Die Durchsetzung von Herrschaft zwischen Kooperation und Repression	208
III. Politik und ihre Folgen für Besatzer und Besetzte	237
1. Die imperiale Durchdringung des Landes. Vermessung, Infrastrukturmaßnahmen und Nationalitätenpolitik	237
2. Finanz- und Industriepolitik	268
3. Arbeitskräfte und Soldaten	297
4. Die „Nutzbarmachung“ der Landwirtschaft	322

IV. Kontinuitäten und Brüche der Machtentfaltung vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg	355
1. Imperium. Vorstellungen über ein „Nebenland des Reiches“	356
2. Nationalsozialistische Herrschaft in Polen: Strukturen und Personen	380
3. Die Ausplünderung Polens – eine Integration in den eigenen Machtbereich?	405
4. „Germanisierung“, Rassismus und Massenmord: Gewalt als Politik	431
Über deutsche und nationalsozialistische Sonderwege. Ein Fazit	455
Karten	468
Anhang: Die Sicherheitslage im Gouvernement Lukow, April–September 1918. Auszüge aus dem Kriegstagebuch des Militärgouverneurs	470
Abkürzungsverzeichnis	472
Tabellenverzeichnis	474
Quellen- und Literaturverzeichnis	476
Personenregister	518
Ortsnamenregister	523

VORWORT

Diese Arbeit entstand zwischen 2010 und 2015 in Warschau, wo ich das Privileg hatte, Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut (DHI) zu sein. Die Direktoren Eduard Mühle, Horst Möller und Miloš Řezník schufen eine Atmosphäre, die wissenschaftliche Kreativität jenseits von Antragsfristen und Publikationszwang ermöglichte. Im Forschungsbe-
reich „Gewalt und Alltag im 20. Jahrhundert“ unter der Leitung von Ruth Leiserowitz profitierte ich von einem ungezwungenen Austausch und zahlreichen anregenden Aktivitäten jenseits des eigenen Projekts. Die Institutsbibliothek bot einen großartigen Service, der keine Wünsche übrigließ, und das Sekretariat eine Professionalität, die Platz für das Wesentliche ließ. Miloš Řezník nahm zuletzt das fertige Werk in die Schriftenreihe des DHI auf, Peter Fischer erwies sich einmal mehr als engagierter Lektor.

Die Philosophische Fakultät der Technischen Universität Chemnitz akzeptierte meine Studie im Juni 2016 als Habilitation. Aus den Gutachten von Rudolf Boch, Włodzimierz Borodziej und Sönke Neitzel konnte ich viele Anregungen ziehen, die der Drucklegung zugutekamen. Einzelne Kapitel der Arbeit lasen außerdem Jens Boysen, Robert Brier, Wolfram Dornik, Peter Lieb und Maren Röger. Ihnen bin ich großen Dank schuldig. Ohne ihre vielen Kommentare und Anregungen wäre dieses Buch nicht entstanden.

Neue Perspektiven ergaben sich stets nach Vorträgen auf Konferenzen und in Oberseminaren. Ich profitierte sehr von den Kolloquien von Jörg Baberowski in Berlin, Stefan Grüner und Günther Kronenbitter in Augsburg, Oliver Janz in Berlin, Dirk Schumann in Göttingen sowie Philipp Ther in Wien. Gerade die k.u.k. Besatzung Polens hätte sich ohne Unterstützung in Österreich nicht schreiben lassen. Hier bin ich insbesondere Stefan Karner verpflichtet, der mich an seinem Boltzmann-Institut in Graz im Sommer 2013 als Gastwissenschaftler aufnahm. Sönke Neitzel wiederum holte mich 2013/14 als Guest Teacher an die London School of Economics, wo ich in die vibrierende englische Wissenschaftslandschaft zum Great War eintauchte.

In Warschau genoss ich die Freiheit, derlei Chancen wahrnehmen zu können. Und Kollegen und Freunde, wie ich sie dort habe, kann man sich nur wünschen: Dariusz Adamczyk, Jan Bańbor, Paweł Brudek, Katarzyna Chimiak, Maciej Górny, Jürgen Hensel, Joanna Nalewajko-Kulikov, Simone Simpson, Katrin Stoll und Piotr Szlanta haben alle auf die eine oder andere Weise in einem Maße zu meinem Projekt beigetragen, das die übliche Kollegialität weit übersteigt. Das gilt auch für viele weitere Historiker in nah und fern, die mich auf je ganz eigene Weise unterstützten: Robert Blobaum, Jochen Böhrer, Heiko Brendel, Winson Chu, Jürgen Finger, Jonathan Gumz, Heather Jones, Jesse Kauffman, Sven Keller, Hannes Leidinger, Andrzej Nowak, Bianca Pietrow-Ennker, Marta Polsakiewicz, Klaus Richter, Robert Spät, Jacek Szczepański, Alexander Watson, Christian Westerhoff, Dorothee Wierling, Michael Wildt, Piotr Wróbel, Jürgen Zarusky sowie Reinhold Zilch.

Meine Familie war wie immer der Rückhalt, ohne den sich nicht mehrere Jahre lang ein Buch schreiben lässt. Meine Eltern lasen außerdem den kompletten Text, während Marta mit ihrem hellwachen Verstand stets dann das Richtige sagte, wenn ich es am meisten brauchte. Susanne kam erst nach dem Abschluss des Manuskripts zur Welt. Umso schöner, dass sie jetzt mit dem Buch spielen kann. Ihr und Marta ist es gewidmet.

EINFÜHRUNG

1914 herrschten die drei Imperien Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn über ganz Ostmitteleuropa. Im Sommer jenes Jahres begannen sie dort eine vier Jahre dauernde, erbitterte Auseinandersetzung mit Millionen Toten. Am Ende dieses Ersten Weltkriegs entstanden zwischen Ostsee und Schwarzem Meer aus den Kaiserreichen mehrere neue Staaten, die zwanzig Jahre lang existieren sollten.

1939 beendeten mit der Sowjetunion und dem Dritten Reich zwei Imperien gewaltsam die kurze Selbständigkeit der osteuropäischen Völker und teilten diese Region erneut unter sich auf. Wenig später führten sie einen Weltanschauungskrieg gegeneinander, der in Massensterben und Völkermord gipfelte. Polen wurde so in beiden Weltkriegen zugleich Schlacht- und Experimentierfeld für neue Herrschaftsformen, die sich jeweils aus den Zielen der Okkupanten ableiteten. Das Land sollte außerdem zu den Siegesanstrengungen beitragen und langfristig in den jeweiligen eigenen Machtbereich eingegliedert werden. Während die russische Besatzung in Galizien 1914 bis 1915 und die sowjetische in Ostpolen 1939 bis 1941 nicht lange währten, konnten Österreich-Ungarn und Deutschland – letzteres in beiden Fällen – jeweils während der gesamten Kriege ihre Ziele verfolgen.

1945 ging „Hitlers Imperium“ – so der Titel von Mark Mazowers brillanter Analyse deutscher Herrschaft im Zweiten Weltkrieg¹ – unter. Doch während jenes Jahr einen unwiderruflichen Schlussstrich unter jegliche deutsche Ambition in Osteuropa zog, war dergleichen 1918, mit dem Ende des österreichisch-ungarischen und des deutschen Kaiserreichs, nicht festzustellen – ganz im Gegenteil. Verluste von Land und Menschen, insbesondere an den neuen polnischen Staat, ließen das Sinnen nach Revanche und Revision zu einem zentralen Punkt auf der politischen Agenda der Weimarer Republik und später des nationalsozialistischen Staats werden. Darin stimmten die Deutschen mit den 1938 „angeschlos-

¹ MARK MAZOWER, *Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus*, Bonn 2010.

senen“ Österreichern überein, die 1918 die Auflösung ihrer Doppelmonarchie erlebt hatten.

1914 konnte sich die Besatzung auf eine lange Tradition berufen. Gemeinsam mit Russland hatten die späteren Mittelmächte Preußen und Österreich während des ganzen 19. Jahrhunderts die vormalige Rzeczpospolita, den polnisch-litauischen Staat der Frühen Neuzeit, unter sich aufgeteilt. Ihre Herrschaft datierte auf das Jahr 1795 zurück, als die letzte der drei Teilungen Polens die Existenz dieses Staats beendete. Die Napoleonischen Kriege unterbrachen für kurze Zeit die Dominanz der drei Mächte, aber der Wiener Kongress stellte den früheren Status wieder her. Danach, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, entwickelten die Monarchien spezifische Herrschaftsstrategien für ihre polnischen Gebiete und Untertanen und betrachteten die betreffenden Gebiete als integralen Bestandteil des eigenen Reichs.

Als Österreich-Ungarn und Deutschland zuerst 1914 und vollständig 1915 den vormals russischen Teil Polens eroberten und das k.u.k. Militärgeneralgouvernement Lublin sowie das Generalgouvernement Warschau errichteten, gab es bei ihnen also bereits langjährige Traditionen von „Polenpolitik“. Die Besatzung fand vor diesen Erfahrungshintergründen statt. Zugleich stellte sie selbst eine Vorgeschichte der Expansion im Zweiten Weltkrieg dar. Welche direkten Kontinuitätslinien von Westpreußen und Posen sowie Galizien zu den zwei Generalgouvernements und schließlich in den nationalsozialistischen Osten führten, ist bislang kaum bekannt – auch weil sich die Historiker in ganz unterschiedlichem Ausmaß mit diesen beiden Fremdherrschaften beschäftigt haben: Der beinahe unüberschaubaren Literatur zu deutscher Unterdrückung und Massenmord nach 1939 stehen nur wenige Studien zum Ersten Weltkrieg im Osten gegenüber, wobei Deutschlands Vorgehen noch verhältnismäßig besser untersucht ist als das Österreich-Ungarns.

Das in den letzten Jahren einflussreichste Buch zum Ersten Weltkrieg in Osteuropa hat Vejas Liulevicius zu Ober Ost vorgelegt, einem Gebiet unter deutscher Militärverwaltung, das Litauen, Teile Lettlands und einen kleinen Zipfel Nordostpolens umfasste.²

Er wirft darin insbesondere die Frage nach möglichen Vorbildfunktionen und einer Konsequenz aus dem Ersten hin zum Zweiten Weltkrieg

² VEJAS GABRIEL LIULEVICIUS, *War land on the Eastern front. Culture, national identity and German occupation in World War I*, Cambridge 2000. Deutsch: DERS., *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2002.

auf. Zu den Entwicklungen hin zur nationalsozialistischen Herrschaft und deren „Wurzeln“ in Osteuropa gibt es lediglich Aufsätze, die sich dem Problem thesenartig widmen,³ aber ein ausgewogener Vergleich, der für beide Fälle eine größere Eindringtiefe erreicht, existiert bislang nicht – auch und vor allem deswegen, weil der Erste Weltkrieg im Osten so unterforscht ist.

Seit Martin Broszats wegweisender Studie über 200 Jahre deutsche Polenpolitik aus dem Jahre 1963⁴ haben Historiker nur gelegentlich eine langfristige Perspektive eingenommen⁵ und insbesondere eine Verbindung zwischen Polen und der überseeischen Kolonialpolitik und ihren Diskursen sehen wollen.⁶ Demnach stellten die Kolonialkriege ein Vorbild für den Holocaust dar – und das Osteuropa des Ersten Weltkriegs dann eine Art Laboratorium –,⁷ aber die Beweisführung gelang nicht immer über-

³ Vgl. etwa: ANTONY POLONSKY, *The German Occupation of Poland During the First and Second World Wars. A Comparison*, in: *Armies of occupation*, hg. v. ROY A. PRETE / ION A. HAMISH, Waterloo, 1984, S. 97–142; EUGENIUSZ CEZARY KRÓL, *Besatzungsherrschaft in Polen im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Charakteristik und Wahrnehmung*, in: *Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg Kriegserlebnis Kriegserfahrung in Deutschland*, hg. v. BRUNO THOSS / HANS-ERICH VOLKMANN, Paderborn / München 2002, S. 577–591; RÜDIGER BERGIEN, *Vorspiel des „Vernichtungskrieges“? Die Ostfront des Ersten Weltkrieges und das Kontinuitätsproblem*, in: *Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis – Wirkung – Nachwirkung*, hg. v. GERHARD PAUL GROSS, Paderborn / München 2006, S. 393–408; ROBERT L. NELSON, *Utopias of Open Space. Forced Population Transfer Fantasies during the First World War*, in: *Legacies of Violence. Eastern Europe's First World War*, hg. v. JOCHEN BÖHLER u. a., München 2014, S. 113–127.

⁴ MARTIN BROZAT, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, München 1963.

⁵ Vgl. z. B.: WOLFGANG WIPPERMANN, *Der „deutsche Drang nach Osten“. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes*, Darmstadt 1981; DERS., *Die Deutschen und der Osten. Feindbild und Traumland*, Darmstadt 2007. Siehe zuletzt: VEJAS GABRIEL LIULEVICIUS, *The German myth of the East. 1800 to the present*, Oxford 2009.

⁶ Exemplarisch: KRISTIN KOPP, *Germany's Wild East. Constructing Poland as Colonial Space*, Ann Arbor, Mich. 2012.

⁷ JÜRGEN ZIMMERER, *Die Geburt des „Ostlandes“ aus dem Geiste des Kolonialismus. Die nationalsozialistische Eroberungs- und Beherrschungspolitik in (post-)kolonialer Perspektive*, in: *Sozial.Geschichte* (2004), S. 10–43; DERS., *Nationalsozialismus postkolonial. Plädoyer zur Globalisierung der deutschen Gewaltgeschichte*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 57 (2009), S. 529–548; SHELLEY BARANOWSKI, *Nazi empire. German colonialism and imperialism from Bismarck to Hitler*, Cambridge 2011. Vgl. auch die Aufsätze in dem programmatischen Band: *Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust*, hg. v. JÜRGEN ZIMMERER, Münster 2011.

zeugend.⁸ Schon alleine, weil es nach 1914 in Europa zu keinem Genozid kam, erscheint dieser Vergleichsaspekt indes wenig weiterführend.

Gleichwohl fordert der Erste Weltkrieg unter vielerlei Gesichtspunkten zu einem komparativen Blick auf den Nationalsozialismus und dessen Expansion im Osten auf. Zunächst einmal stellte er eine Art Initialzündung oder besser einen Katalysator für die Mitteleuropa-Bewegung dar. Gemeint ist damit die Idee der Inbesitznahme eines 1914 unter Herrschaft von Deutschland, Russland und Österreich-Ungarn stehenden Gebiets, das als ein Einfluss- und Wirtschaftsraum kurz vor Kriegsausbruch vorwiegend von der deutschsprachigen Öffentlichkeit entdeckt wurde. Als Territorium direkter oder indirekter deutscher Dominanz entstand Mitteleuropa im Ersten Weltkrieg nicht, aber die zahlreichen darauf abzielenden Denkschriften und Vorschläge von Verbänden und Wirtschaftsinitiativen belegen einen expansiven Imperialismus und zugleich die Einflussmöglichkeiten der Öffentlichkeit in Deutschland⁹ und Österreich-Ungarn,¹⁰ deren Interessen weit über 1918 hinaus wirkten. Genau wie die Utopien dieser Verbände hätten auch die des Militärs Erich Ludendorff sowie seine Herrschaftspraxis kaum Einschränkungen erfahren – was für Isabel Hull Ausdruck spezifisch nationaler Charakteristika in Deutschland ist.

Demnach hätte es im Osten eine Missachtung der Nichtdeutschen gegeben, die sich in modernen Rassismus transformierte, und zudem die Vorstellung unbegrenzter Möglichkeiten in einem Gebiet, das nur auf die

⁸ Siehe die Kritik bei ROBERT GERWARTH / STEPHAN MALINOWSKI, *Der Holocaust als „kolonialer Genozid“? Europäische Kolonialgewalt und nationalsozialistischer Vernichtungskrieg*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 33 (2007), S. 439–466; WINSON CHU u. a., *A Sonderweg through Eastern Europe? The Varieties of German Rule in Poland during the Two World Wars*, in: *German History* 31 (2013), H. 3, S. 318–344. Eine Übersicht über die Debatte bei: DAN STONE, *Histories of the Holocaust*, Oxford 2010, S. 222–242; MATTHEW P. FITZPATRICK, *The Pre-History of the Holocaust? The Sonderweg and Historikerstreit Debates and the Abject Colonial Past*, in: *Central European History* 41 (2008), S. 477–503.

⁹ HENRY C. MEYER, *Mitteleuropa in German thought and action 1815–1945*, The Hague 1955; SÖNKE NEITZEL, *Weltmacht oder Untergang. Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus*, Paderborn 2000; „Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ als Planungsraum. Wirtschafts- und kulturpolitische Expertisen im Zeitalter der Weltkriege, hg. v. CAROLA SACHSE, Göttingen 2010. Siehe bereits: JANUSZ PAJEWSKI, „Mitteleuropa“. *Studia z dziejów imperializmu niemieckiego w dobie pierwszej wojny światowej*, Poznań 1959.

¹⁰ ACHIM MÜLLER, *Zwischen Annäherung und Abgrenzung. Österreich-Ungarn und die Diskussion um Mitteleuropa im Ersten Weltkrieg*, Marburg 2001; *Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, hg. v. RICHARD G. PLASCHKA u. a., Wien 1994.

gestaltende deutsche Hand warte. Ungehinderte militärische Macht sei dabei das zentrale Charakteristikum, das Besatzung auch in Frankreich auszeichne und somit eine deutsche Wesensart darstelle.¹¹

Thomas Weber hat zuletzt mit seiner Studie über „Hitlers ersten Krieg“ anhand dieser zentralen Figur herausgearbeitet, welche langfristigen Folgen der Konflikt auf Einzelpersonen haben konnte;¹² freilich gehörten ungezählte Verantwortliche des Dritten Reichs der Frontkämpfergeneration an, unter der eine Selbstviktimisierung verbreitet war, während zugleich das Leiden der anderen keine Anerkennung fand. Dazu kam die propagandistische Inszenierung und mythische Überhöhung jenes „Ringens zwischen den Völkern“, das sich so trefflich politisch instrumentalisieren ließ und seinen Niederschlag in der nationalsozialistischen Ideologie fand.¹³ Diese spezifischen Lehren sind allerdings noch viel zu wenig erforscht.¹⁴

Zudem habe schon im Ersten Weltkrieg eine Radikalisierung der Freund-Feind-Wahrnehmung eingesetzt: Rassistische Vorstellungen zeigten sich im deutschen Militär spätestens seit der „Judenzählung“ 1916. Sie sollte den Nachweis erbringen, dass deutsche Juden sich vor der vaterländischen Pflicht des Kriegsdienstes drückten – und stellte nach Ansicht von

¹¹ ISABEL V. HULL, *Absolute Destruction. Military Culture and the Practices of War in Imperial Germany*, Ithaca, NY 2005, S. 248. Zur militärischen Gewaltkultur in Deutschland auch: MACGREGOR KNOX, *Erster Weltkrieg und Military Culture. Kontinuität und Wandel im deutsch-italienischen Vergleich*, in: *Das deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, hg. v. SVEN OLIVER MÜLLER / CORNELIUS TORP, Göttingen 2009, S. 290–307.

¹² THOMAS WEBER, *Hitlers erster Krieg. Der Gefreite Hitler im Weltkrieg – Mythos und Wahrheit*, Berlin 2012. In der Perzeption dominierte die Westfront mit ihren Schützengräben: THOMAS F. SCHNEIDER, „Nach Rußland. Da ist ja kein Krieg mehr“. Vom Verschwinden der Ostfront aus dem deutschen kulturellen Gedächtnis, in: *Jenseits des Schützengrabens. Der Erste Weltkrieg im Osten: Erfahrung – Wahrnehmung – Kontext*, hg. v. BERNHARD BACHINGER / WOLFRAM DORNIK, Innsbruck 2013, S. 437–450, hier S. 440. Die Perzeption des Ostens stellt ein Desiderat dar: WOLFRAM DORNIK u. a., *Ausblick. Die Besatzungsverwaltungen 1918 und 1941/44 im Vergleich*, in: *Die Ukraine zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft 1917–22*, hg. v. DERS. u. a., Graz 2011, S. 477–488, hier S. 488.

¹³ GERHARD HIRSCHFELD, *Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Kriegserfahrungen in Deutschland. Neuere Ansätze und Überlegungen zu einem diachronen Vergleich* (2004). http://www.erster-weltkrieg.clio-online.de/_Rainbow/documents/texteZZF/hirschfeld.pdf, S. 18 f.

¹⁴ GERD KRUMEICH, *The First World War in the History of the Weimar Republic*, in: *The legacies of two world wars. European societies in the twentieth century*, hg. v. LOTHAR KETTENACKER / TORSTEN RIOTTE, New York 2011, S. 77–89, hier S. 85. Erste Ansätze bei: *Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg*, hg. v. GERD KRUMEICH, Essen 2010.

Gerhard Hirschfeld und Gerd Krumeich „eine Zäsur in der Entwicklung der neuzeitlichen Judenfeindschaft in Europa dar, von der eine direkte Verbindung zur rechtlichen und gesellschaftlichen Ausgrenzung nach 1933 und schließlich zum Mord an den deutschen und europäischen Juden während des Zweiten Weltkriegs führt“.¹⁵ Der im Ersten Weltkrieg aufkommende Hygienediskurs habe in diesem Sinne vor allem aufgrund von Beobachtungen im besetzten Osteuropa dazu geführt, dass die Wahrnehmung von Schmutz und Seuchen später als unveränderliche rassische Merkmale bestimmten Ethnien zugeschrieben wurde, die unter den Nationalsozialisten dann selbst als „Krankheit ausgemerzt“ werden mussten.¹⁶ Trotz einer Totalität beider Weltkriege, die den Unterschied zwischen Zivilisten und Soldaten weitgehend aufgehoben habe,¹⁷ postulierten allerdings unlängst Gerhard Hirschfeld und Gerd Krumeich, dass der Erste Weltkrieg diese Grenze durchaus noch gekannt und sich erst in seinem Gefolge die Deutung entwickelte habe, wonach im nächsten Konflikt keine Rücksicht mehr auf derartige Selbstbeschränkungen genommen werden dürfe.¹⁸ Andererseits haben die Forschungen von John Horne und Alan Kramer gezeigt, wie deutsche Soldaten in Frankreich und Belgien gegen die dortige Bevölkerung vorgingen und dabei zahlreiche Gräueltaten verübten.¹⁹ Das Rechtsempfinden der Besatzer habe schon damals Repressalien für legitim erachtet, wenn es der Unterdrückung von tatsächlichem oder wahrgenommenem Widerstand diene.²⁰

Isabel Hull attestiert den Deutschen außerdem den Willen, eine ganz eigene Art des Kriegsrechts schaffen zu wollen, das letztlich auf ein Recht des Stärkeren hinauslaufen sollte. Demnach hätte deutsche Expansionslust schon vor dem Krieg dafür gesorgt, dass Völkerrecht gezielt ignoriert werden durfte. Vor diesem Hintergrund seien Verbrechen gegen Zivilis-

¹⁵ GERHARD HIRSCHFELD / GERD KRUMEICH, *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Frankfurt am Main 2014, S. 241.

¹⁶ PAUL JULIAN WEINDLING, *Epidemics and genocide in Eastern Europe 1890–1945*, Oxford 2000.

¹⁷ JÖRG ECHTERNKAMP, 1914–1915: Ein zweiter Dreißigjähriger Krieg? Vom Nutzen und Nachteil eines Deutungsmodells der Zeitgeschichte, in: *Das deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, hg. v. MÜLLER / TORP, S. 265–280, hier S. 276.

¹⁸ HIRSCHFELD / KRUMEICH, *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, S. 217.

¹⁹ JOHN HORNE / ALAN KRAMER, *Deutsche Kriegsgreuel 1914. Die umstrittene Wahrheit*, Hamburg 2004; ALAN KRAMER, *Dynamic of Destruction. Culture and Mass Killing in the First World War*, Oxford 2007.

²⁰ ALAN KRAMER, *Deutsche Kriegsverbrechen 1914/1941. Kontinuität oder Bruch?*, in: *Das deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, hg. v. MÜLLER / TORP, S. 341–356, hier S. 345 f.

ten einerseits erwartbar, andererseits Ausdruck einer spezifischen deutschen Militär- und Gewaltskultur.²¹ Außer Deutschland habe lediglich Österreich-Ungarn eine ähnliche Einstellung gegenüber Zivilisten gezeigt, auf dem Balkan²² und gegen die eigene Zivilbevölkerung in Galizien.²³

Während also einerseits Nationen als Ganze – und nicht nur Soldaten – zu potentiellen Opfern wurden, verlangten die deutschen Führungseliten von der eigenen Bevölkerung selbst Opferbereitschaft, sei es auf dem Schlachtfeld oder an der Heimatfront, sowie Tapferkeit und Kameradschaft. Der Nationalsozialismus hat diese vermeintlich unpolitischen Werte aufgegriffen und in einem „heroisierenden Diskurs“ fortgesetzt.²⁴ So entstand bereits seit 1914 ein patriotischer Wertekanon, der Entbehrung und Härte von sich selbst und den Feinden verlangte. Und je mehr der „totale Krieg“ dergleichen einforderte, desto genauere Planung war notwendig. Unter Walther Rathenau begann ein Wirtschaftsdirigismus, der letztlich zu der Vorstellung führte, eine Volkswirtschaft vollkommen steuern zu können.²⁵ Nicht nur die Nationalsozialisten griffen die damit verbundene Kapitalismuskritik in der Weltwirtschaftskrise auf und entwickelten daraus ein Programm.²⁶ Hitler strebte als dessen Konsequenz die Autarkie während eines künftigen Kriegs an, der ja auch Ausbeutung besetzter Länder bedeuten sollte.²⁷ Die konkrete Form künftiger Okkupa-

²¹ ISABEL V. HULL, *A Scrap of Paper. Breaking and Making International Law During the Great War*, Ithaca, NY 2014.

²² HEIKO BRENDEL / EMMANUEL DEBRUYNE, Resistance and repression in occupied territories behind the Western and Balkan Fronts, 1914–1918. A comparative perspective, in: Frontwechsel. Österreich-Ungarns „Großer Krieg“ im Vergleich, hg. v. WOLFRAM DORNIK u. a., Wien 2014, S. 235–258.

²³ ANTON HOLZER, *Das Lächeln der Henker. Der unbekannte Krieg gegen die Zivilbevölkerung 1914–1918*, Darmstadt 2008.

²⁴ ARNDT WEINRICH, *Der Weltkrieg als Erzieher. Jugend zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus*, Essen 2013, S. 317.

²⁵ WERNER PLUMPE, Ökonomische Krisen und politische Stabilität in der Moderne, in: *Wirtschaftskrisen als Wendepunkte. Ursachen, Folgen und historische Einordnungen vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, hg. v. DARIUSZ ADAMCZYK / STEPHAN LEHNSTAEDT, Osnabrück 2015, S. 25–47, hier S. 32.

²⁶ CLAUS-CHRISTIAN W. SZEJNMANN, Semantik der Kapitalismuskritik in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: Ebd., S. 77–99.

²⁷ KIM CHRISTIAN PRIEMEL, Lernversagen. Der Erste Weltkrieg und die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, in: *Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg*, hg. v. GERD KRUMEICH, Essen 2010, S. 299–322, hier S. 304; WEI LI, *Deutsche Pläne zur europäischen wirtschaftlichen Neuordnung 1939–1945. Weltwirtschaft, kontinentaleuropäische Autarkie und mitteleuropäische Wirtschaftsintegration*, Hamburg 2007, S. 110–112.

tionen und die damit einhergehende „Nutzbarmachung“ der Länder spielte indes eine nachrangige Rolle. Verbreitet war im Grunde nur die Grundüberzeugung, es besser machen zu können – vor allem durch mehr Härte, worauf Hitler explizit in Bezug auf die Ukraine hinwies.²⁸

Die Postulate zur Bedeutung des Ersten Weltkriegs für den Nationalsozialismus lassen sich zu drei Argumentationssträngen zusammenfassen:

1) Der Erste Weltkrieg war ein „Lehrmeister“ für die Nationalsozialisten, der radikale Lösungen im wegen der Niederlage „notwendigen“ nächsten Krieg forderte.

2) Der Krieg stellt eine Stufe des deutschen Sonderwegs undemokratischer Traditionen und einer militaristischen Gesellschaft dar, der nach 1939 seine „logische“ Fortsetzung fand.

3) Der Erfahrungsraum der Ostfront suggerierte rassische Überlegenheit und notwendige Gewaltanwendung gegenüber inferioren Völkern.

Abseits von diesen Ergebnissen und Thesen, die oft nur auf einem genauen Blick auf einen der beiden Kriege beruhen – und gelegentlich nicht einmal darauf –, fand die Tatsache, dass in beiden Weltkriegen gerade Imperien in Polen ihre Vorstellungen von multiethnischen Großreichen verwirklichen wollten, viel weniger Beachtung. Aber Österreich-Ungarn wie auch Deutschland und später der nationalsozialistische Staat bauten auf einer „Herrschaft der Differenz“ auf, die als Kern des Imperialismus und zentrales Element derartiger Politik gelten kann.²⁹ Die drei Reiche behandelten die Einwohner Polens anders als deutsche oder österreichische Bürger. Diese relativ naheliegende Beobachtung war bisher noch kein Anlass für eine vergleichende Studie – nicht nur diachron, sondern vor allem synchron zwischen den beiden Mittelmächten. Eine derartige Untersuchung verspricht ein großes Erklärungspotential für die Wirkungsmacht imperialer Ambitionen sowie für die beginnenden und endenden Entwicklungslinien der deutsch-österreichisch-ungarischen Geschichte.

Dieses Buch untersucht und vergleicht die Politik der drei Imperien für das besetzte Polen in beiden Weltkriegen. Es berücksichtigt dafür auch die Fremdherrschaft, wie sie die beiden Kaiserreiche in Osteuropa schon vor 1914 ausübten. Der Fokus richtet sich auf das in Militärgeneralgouverne-

²⁸ FRANK M. GRELKA, *Die ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzungsherrschaft 1918 und 1941/42*, Wiesbaden 2005, S. 443.

²⁹ FREDERICK COOPER, *Kolonialismus denken. Konzepte und Theorien in kritischer Perspektive*, Frankfurt am Main 2012, S. 52. Siehe unten ausführlich zu Definitionsfragen von „Imperium“.

ment Lublin und Generalgouvernement Warschau geteilte Russisch-Polen zwischen 1914 und 1918 sowie das Generalgouvernement Polen von 1939 bis 1945. Außen vor bleiben die kurzfristigen russischen und sowjetischen Okkupationen.

Letztere sollte zwar tatsächlich einmal mit der nationalsozialistischen verglichen werden. Aber alle fünf Fremdherrschaften in einem Buch zu untersuchen, würde den Rahmen der Lesbarkeit sprengen oder zu starken Verflachungen führen. Umgekehrt sind Preußens und Österreichs Herrschaft im polnischen Teilungsgebiet vor 1914 ein unerlässlicher Hintergrund für die folgende Besatzung. Das russische Regiment in Kongresspolen hingegen hatte für die Praxis der Mittelmächte nur begrenzte Relevanz. Der angemessene Vergleichsmaßstab hierfür wäre die Vorkriegszeit, was ebenfalls ein Desiderat darstellt, aber erneut eine andere Studie in monographischem Umfang erfordern würde.

Primär wird in diesem Buch die Perspektive der Mittelmächte und ihrer Exponenten betrachtet, in der der Bevölkerung des Landes zwar eine gewisse Bedeutung zukam, aber eben nur sehr begrenzt als handelnde Subjekte. Auf sie wird insbesondere dann eingegangen, wenn eine Wechselwirkung bestand, die Imperien also auf ihre Untertanen reagieren mussten – was, wie gezeigt wird, im Zweiten Weltkrieg kaum der Fall war. Notwendigerweise kann dabei nicht das vollständige Spektrum polnischer und jüdischer Wahrnehmungen, Deutungen und Handlungen ausgeleuchtet werden. Gerade in einer so heterogenen, bis 1914 auf drei Großreiche und bedeutende Emigrationen aufgeteilten Gesellschaft bestanden keine auch nur annähernd einheitlichen Reaktionen gegenüber Berlin und Wien oder gegenüber den Generalgouverneuren in Warschau und Lublin. Insbesondere die polnische Forschung hat diese vielschichtigen Facetten jedoch durchaus umfassend ausgeleuchtet, aber auch deutsche Monographien, etwa zu polnischen Interpretationen des Kriegsgeschehens nach 1914, zeigen die Dimensionen des Problems.³⁰

Diese Untersuchung fragt nach gleichen und unterschiedlichen Prinzipien der oftmals mörderischen „Polenpolitik“ in drei Generalgouvernements, die sich aus imperialen Vorstellungen entwickelten. Dafür wird die Dichotomie zwischen langfristigen Herrschaftszielen und kurzfristigen – tatsächlichen wie angenommenen – Kriegsnotwendigkeiten in den Blick genommen. Der Schwerpunkt liegt auf den Strategien der zwei konkurrie-

³⁰ KEYA THAKUR-SMOLAREK, *Der Erste Weltkrieg und die polnische Frage. Die Interpretationen des Kriegsgeschehens durch die zeitgenössischen polnischen Wortführer*, Berlin 2014. Zu den polnischen Untersuchungen siehe das nächste Unterkapitel.

renden und zugleich verbündeten Kaiserreiche im Ersten Weltkrieg, oder genauer auf den Ursachen von Politik sowie deren Umsetzung und Folgen in der Peripherie.

Die Dimension des Ideen- und Methodentransfers zwischen den drei Besatzungen, die in Teilen auch einen Lern- und Radikalisierungsprozess darstellt, ist weitgehend unerforscht – und zwar sowohl in den synchronen als auch den diachronen Auswirkungen. Der Vergleich soll eine Perspektiverweiterung bieten und diese Aspekte herausarbeiten, wobei Österreich-Ungarn als dritte Besatzungsmacht einen einseitigen Blick verhindert, damit auch allgemeine Phänomene jenseits eines vermeintlichen blutigen deutschen Sonderwegs mit seinen Kontinuitäten und Brüchen in den Jahren 1914 bis 1945 identifiziert werden können.

Das Habsburgerreich mit seiner Tradition des Vielvölkerstaats, mit Ausgleich und Regierungen in Wien, die maßgeblich auf dem loyalen, staatstragenden Verhalten auch der polnisch-galizischen Untertanen beruhte, stellte in vielerlei Hinsicht ein Gegenmodell zu Preußen dar. Schon vor dem Ersten Weltkrieg waren in der Doppelmonarchie allerdings Radikalisierungstendenzen zu beobachten,³¹ und nach 1914 sah sie sich als Besatzer vor ähnliche Herausforderungen gestellt wie ihr Bündnispartner. Inwieweit darauf mit ähnlichen Mitteln reagiert – oder eben ein gewissermaßen traditionelles Vorgehen gepflegt – wurde, ist kaum erforscht. Die Politik im und für das Militärgeneralgouvernement Lublin ist daher auch für sich genommen schon ein relevanter Untersuchungsgegenstand. Der Vergleich mit dem Generalgouvernement Warschau und der nationalsozialistischen Okkupation verspricht allerdings zusätzliches Erkenntnispotential für alle drei Reiche, und zwar insbesondere für das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit der jeweiligen imperialen Herrschaft.

Forschungsstand und Quellenlage

In Polen kommt den beiden Weltkriegen eine ganz unterschiedliche Bedeutung zu: Die Jahre 1914 bis 1918 ebneten den Weg zur lange ersehnten Unabhängigkeit und stehen in einer Linie mit dem seit 1795 geteilten Staat. Der Zweite Weltkrieg dagegen steht für Unterdrückung, Massenterror und nicht zuletzt das Ende der Freiheit; er führte 1945 in den unge-

³¹ Exemplarisch: GÜNTHER KRONENBITTER, „Krieg im Frieden“. Die Führung der k.u.k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906–1914, München 2003.

liebten „Ostblock“ und zu zusätzlichen 45 Jahren unter sowjetischer Dominanz. Diese nationale Tragödie, die zugleich einen massiven Bruch darstellte, erfuhr in der Forschung große Aufmerksamkeit. Demgegenüber betrachteten die Historiker den Ersten Weltkrieg hauptsächlich als Vorgeschichte auf dem Weg zur Freiheit und analysierten die zwei Besatzungen durch Deutschland und Österreich-Ungarn selten gesondert, denn sie galten vor allem als Verschiebung der Okkupationszonen. Wesentlich mehr Interesse fand der Nationalheld und „Vater der Selbständigkeit“, Józef Piłsudski,³² der mit den Polnischen Legionen bereits 1914 eine Einheit des k.u.k. Heeres geschaffen hatte, die auf Seiten der Mittelmächte für einen neuen polnischen Staat kämpfen wollte.³³

Darüber hinaus nimmt die Periode zwischen 1914 und 1918 keinen hohen Stellenwert im polnischen historischen Bewusstsein von heute ein,³⁴ selbst wenn durchaus Einzelstudien nur zu diesen vier Jahren vorliegen, die insbesondere im Bereich der Ereignis- und Institutionengeschichte überzeugen.³⁵ Alles in allem ist aber sowohl quantitativ wie qualitativ das Gebiet der Ostfront – und mithin Polen – im Vergleich zur Westfront eine *terra incognita*. Das nach wie vor zentrale Werk zur Sozialgeschichte Polens im Ersten Weltkrieg erschien beispielsweise bereits 1932: Geschrieben vom Warschauer Historiker Marcei Handelsman, der im Zweiten

³² Es gibt zahlreiche Biographien zu diesem wichtigsten polnischen Nationalhelden. Siehe zuletzt: ANDRZEJ GARLICKI, Józef Piłsudski 1867–1935, Kraków 2012; PETER HETHERINGTON, Unvanquished. Joseph Pilsudski, resurrected Poland, and the struggle for Eastern Europe, Houston ²2012.

³³ Vgl. als Übersicht über die äußerst umfangreiche polnische Literatur zu den Legionen: WACLAWA MILEWSKA u. a., Legiony Polskie 1914–1918. Zarys historii militarnej i politycznej, Kraków 1998. Die jüngste Neuerscheinung: MATEUSZ STAROŃ, Likwidacja Polskiego Korpusu Posiłkowego w 1918 roku. Losy legionistów po traktacie brzeskim, Warszawa 2013. Speziell zum Interesse der k.u.k. Monarchie an den Legionen: MICHAŁ BACZKOWSKI, Żołnierze polscy w armii austro-węgierskiej w przededniu odzyskania przez Polskę niepodległości, in: Studia Historyczne 52 (2009), H. 1, S. 19–32; RUDOLF HECHT, Heeresergänzung – Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg, Wien 2010. Quelleneditionen aus regionaler Perspektive sind: Raporty Polskiej Organizacji Wojskowej. Okręg Kielecki i Radomski 1915–1918, hg. v. JERZY PAJAŁ / PRZEMYSLAW WZOREK, Kielce 2006; Raporty i korespondencja oficerów werbunkowych Departamentu Wojskowego Naczelnego Komitetu Narodowego 1915–1916. Ziemia kielecka, hg. v. JERZY PAJAŁ, Kielce 2007.

³⁴ Siehe jetzt: WŁODZIMIERZ BORODZIEJ / MACIEJ GÓRNY, Nasza wojna. Imperia 1912–1916, Warszawa 2014.

³⁵ JERZY PAJAŁ, O rząd i armię. Centralny Komitet Narodowy (1915–1917), Kielce 2003; JANUSZ PAJEWSKI, Odbudowa państwa polskiego 1914–1918, Poznań 2005; WŁODZIMIERZ SULEJA, Tymczasowa Rada Stanu, Warszawa 1998; ZDZISŁAW WINNICKI, Rada Regencyjna Królestwa Polskiego i jej organy, 1917–1918, Wrocław 1991.

Weltkrieg wegen seiner jüdischen Herkunft von den Deutschen ermordet wurde. Damit liegt eine grundlegende Untersuchung vor, die einerseits die verfügbare zeitgenössische Literatur und Presse auswertet, andererseits auf Memoiren und eigene Erfahrungen zurückgreift;³⁶ demgegenüber tritt die archivalische Überlieferung zurück, einfach weil die Akten der beiden Besatzungsmächte Deutschland und Österreich-Ungarn erst nach 1945 nach Polen gelangten.

In letzter Zeit war es Jan Molenda, der sich mit der polnischen Sozialgeschichte im Ersten Weltkrieg beschäftigte.³⁷ Wie Marek Przeniosło konzentrierte er sich dabei auf die Bauern, die die bei weitem größte Berufsgruppe des Landes darstellten.³⁸ Bei beiden Historikern ist der Krieg freilich nur eines von mehreren Kapiteln. Erst Katarzyna Sierarkowska ging 2015 darüber hinaus und widmete sich anhand von Egodokumenten der polnischen Perzeption des Kriegsalltags. Den Fokus richtete sie auf die Wahrnehmung von Tod, Vertreibung und Hunger, wobei sie in vielerlei Hinsicht darüber hinausging und insbesondere durch einen transnationalen Ansatz jenseits der imperialen Grenzen überzeugen konnte.³⁹

Monographische Studien gibt es ansonsten zu Städten, für Warschau zuletzt durch Marta Polsakiewicz.⁴⁰ Bei der anderen Großstadt des Königreichs Polen, Lodz (Łódź), haben die Historiker vor allem die ethnischen Spannungen in den Blick genommen.⁴¹ Die Nationalitätenfrage ist

³⁶ La Pologne. Sa vie économique et sociale pendant la guerre, hg. v. MARCELI HANDELSMAN, New Haven 1932; Polska w czasie wielkiej wojny (1914–1918). Tom 2: Historia społeczna, hg. v. DERS. u. a. Warszawa 1932; Polska w czasie wielkiej wojny (1914–1918). Tom 3: Historia ekonomiczna, hg. v. DERS. u. a., Warszawa 1932; Polska w czasie wielkiej wojny (1914–1918). Tom 4: Finanse, hg. v. DERS. u. a., Warszawa 1939.

³⁷ JAN MOLEND, Chłopi, naród, niepodległość. Kształtowanie się postaw narodowych i obywatelskich chłopów w Galicji i Królestwie Polskim w przededniu odrodzenia Polski, Warszawa 1995. Vgl. auch JERZY HOLZER / JAN MOLEND, Polska w pierwszej wojnie światowej, Warszawa 1973.

³⁸ MAREK PRZENIOSŁO, Chłopi Królestwa Polskiego w latach 1914–1918, Kielce 2003.

³⁹ KATARZYNA SIERARKOWSKA, Śmierć – Wygnanie – Głód w dokumentach osobistych. Ziemia polskie w latach Wielkiej Wojny 1914–1918, Warszawa 2015.

⁴⁰ MARTA POLSAKIEWICZ, Warschau im Ersten Weltkrieg. Deutsche Besatzungspolitik zwischen kultureller Autonomie und wirtschaftlicher Ausbeutung, Marburg 2015.

⁴¹ ANDREAS HOFMANN, Die vergessene Okkupation. Lodz im Ersten Weltkrieg, in: Deutsche, Juden, Polen. Geschichte einer wechselvollen Beziehung im 20. Jahrhundert. Festschrift für Hubert Schneider, hg. v. ANDREA LÖW u. a., Frankfurt am Main 2004, S. 59–77; ANDREAS HOFMANN, Reweaving the Urban Fabric. Multiethnicity and Occupation in Łódź, 1914–1918, in: Endangered Cities. Military Power and Urban Societies in the Era of the World Wars, hg. v. MARCUS FUNCK / ROGER CHICKERING, Boston / Leiden 2004, S. 81–94.

aber auch darüber hinaus eines der ertragreichsten Forschungsfelder der vergangenen Jahre. Im Zentrum des Interesses finden sich die Juden,⁴² die vielfach „zwischen allen Fronten“ standen – so der Titel von Frank Schusters Buch.⁴³ Hinzuweisen ist zudem auf Ludger Heids wichtige Studie zu den ostjüdischen Arbeitern in Deutschland.⁴⁴ Das zentrale Werk über die jüdisch-polnischen Beziehungen, das auch die sozioökonomischen Aspekte integriert, hat 2005 Konrad Zieliński vorgelegt.⁴⁵ Allerdings waren nicht nur Juden Opfer des Krieges, sondern beinahe alle Minderheiten in der einen oder anderen Form. Kaum bekannt ist beispielsweise, dass die Russen 1914 die in Polen lebende deutsche Minderheit teilweise deportierten, weil sie in ihr eine fünfte Kolonne vermuteten.⁴⁶ Und in Galizien wüteten nicht nur die Truppen des Zaren, sondern 1915 nach der Wiedereroberung durch Österreich-Ungarn auch dessen Truppen, weil sie in den Juden und in den Ukrainern Verräter erkennen wollten. Zuletzt hat Anton Holzer auf diesen regelrechten Krieg gegen die Zivilbevölkerung durch die Habsburgermonarchie 2008 in einem Aufsehen erregenden Buch hingewiesen⁴⁷ und damit eine Art Pendant zur Studie von John Horne und Alan Kramer zur Westfront geschaffen⁴⁸ – wobei sein Vorgehen ähnlich heftige Kritik erfuhr.

Bereits vor 50 Jahren sorgten die deutschen Kriegsziele im Osten für eine Historikerkontroverse. Fritz Fischer hatte damals postuliert,

⁴² Siehe bereits: EGMONT ZEHLIN, *Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 1969.

⁴³ FRANK M. SCHUSTER, *Zwischen allen Fronten. Osteuropäische Juden während des Ersten Weltkrieges (1914–1919)*, Köln 2004.

⁴⁴ LUDGER HEID, *Maloche – nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914–1923*, Hildesheim 1995.

⁴⁵ KONRAD ZIELIŃSKI, *Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach Królestwa Polskiego w czasie pierwszej wojny światowej*, Lublin 2005.

⁴⁶ Dazu jetzt verschiedene Studien in dem wichtigen Sammelband: *Besetzt, interniert, deportiert. Der Erste Weltkrieg und die deutsche, jüdische, polnische und ukrainische Zivilbevölkerung im östlichen Europa*, hg. v. ALFRED EISEL u. a., Essen 2013. Zu Bevölkerungswanderungen auch: ANNEMARIE H. SAMMARTINO, *The Impossible Border. Germany and the East, 1914–1922*, Ithaca, NY 2010.

⁴⁷ HOLZER, *Das Lächeln der Henker. Deutlich nüchterner dagegen: HANNES LEIDINGER, „Der Einzug des Galgens und des Mordes“. Die parlamentarischen Stellungnahmen polnischer und rutheniischer Reichsratsabgeordneter zu den Massenhinrichtungen in Galizien 1914–1915*, in: *Zeitgeschichte* 33 (2006), S. 235–260; DERS. u. a., *Habsburgs schmutziger Krieg. Ermittlungen zur österreichisch-ungarischen Kriegführung 1914–1918*, St. Pölten 2014, S. 83 ff.

⁴⁸ HORNE / KRAMER, *Deutsche Kriegsgreuel 1914*.

Deutschland habe im Ersten Weltkrieg einen „Griff nach der Weltmacht“ versucht.⁴⁹ Fischers bedeutendster Schüler, Imanuel Geiss, richtete dann als erster den Fokus auf das Expansionsstreben in polnisches Gebiet.⁵⁰ Seit diesen Studien übt die Diplomatiegeschichte eine ungebrochene Faszination auf die Geschichtswissenschaft aus. In den letzten Jahren haben mehrere polnische Historiker minutiöse Rekonstruktionen der Debatten zwischen Wien und Berlin vorgelegt.⁵¹ So beeindruckend diese Bücher sind, kommen sie doch nur in Details über die ältere deutsche Arbeit von Werner Conze hinaus;⁵² auch die Studien aus der DDR mit einem teilweise deutlich marxistischen Einschlag sind nach wie vor hilfreich.⁵³

Abseits dieser klassischen Politikgeschichten ist die Beschäftigung mit der Okkupation in Polen nach 1914 wesentlich dürftiger. Bereits das militärische Geschehen ist im Grunde nur in einer älteren Studie von Norman Stone beschrieben,⁵⁴ selbst wenn sich 2006 ein wichtiger Sammelband des Militärgeschichtlichen Forschungsamts mit der Ostfront *in toto* beschäftigte und auf die zahlreichen Wissenslücken hinwies.⁵⁵ Für die deutsche Seite ist daher immer noch der bereits 1958 erschienene Klassiker von Werner Conze wichtig.⁵⁶ Conze war mit der Tochter des Generalgou-

⁴⁹ FRITZ FISCHER, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914–18*, Düsseldorf 1961. Die These zuerst in dem Aufsatz: FRITZ FISCHER, *Deutsche Kriegsziele. Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914–1918*, in: *Historische Zeitschrift* 188 (1959), S. 249–310.

⁵⁰ IMANUEL GEISS, *Der polnische Grenzstreifen, 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg*, Lübeck 1960.

⁵¹ PIOTR MIKIETYŃSKI, *Niemiecka droga ku Mitteleuropie. Polityka II Rzeszy wobec Królestwa Polskiego (1914–1916)*, Kraków 2009; DAMIAN SZYMCZAK, *Miedzy Habsburgami a Hohenzollernami. Rywalizacja niemiecko-austro-węgierska w okresie I wojny światowej a odbudowa państwa polskiego*, Kraków 2009. Zur älteren polnischen Forschung zur k.u.k. Politik in Bezug auf Polen: JAN LEWANDOWSKI, *Królestwo Polskie pod okupacją austriacką, 1914–1918*, Warszawa 1980; DERS., *Królestwo Polskie wobec Austro-Węgier. 1914–1918*, Warszawa u. a. 1986. Speziell zur polnischen Perspektive auch gegenüber den Alliierten: JANUSZ SIBORA, *Dzplomacja Polska w I wojnie światowej*, Warszawa 2013.

⁵² WERNER CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*, Köln 1958.

⁵³ HEINZ LEMKE, *Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im 1. Weltkrieg (Bis zur Februarrevolution)*, Berlin (Ost) 1977. Ideologisch überfrachtet ist: WERNER BASLER, *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914–1918*, Berlin (Ost) 1962.

⁵⁴ NORMAN STONE, *The Eastern Front 1914–1917*, London 1998 [1975].

⁵⁵ *Die vergessene Front*, hg. v. GROSS.

⁵⁶ CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*.

verneurs Hans von Beseler verheiratet und hatte damit einen unmittelbaren Zugriff auf dessen Nachlass, den er umfassend auswertete. Seine Darstellung Beselers ist recht unkritisch,⁵⁷ aber dennoch bis heute der maßgebliche Überblick über die konkreten Maßnahmen vor Ort, die in anderen Studien höchstens am Rande behandelt werden.

Eine wichtige Ausnahme stellt vor allem der Vergleich der Finanzpolitik in Belgien und Polen durch Reinhold Zilch dar.⁵⁸ Er untersucht einen weitgehend ignorierten Bereich der Kriegswirtschaft, beschränkt sich aber auch weitgehend darauf. Die in jüngster Zeit wichtigste Monographie zur Okkupation im Osten legte Christian Westerhoff vor,⁵⁹ der den Arbeits- und Zwangsarbeitseinsatz im Generalgouvernement Warschau und in Ober Ost vergleichend analysierte. Seine Strukturgeschichte von oben liefert zudem eine minutiöse Rekonstruktion des Wechselspiels zwischen Berlin und den Lokaladministrationen. Fragestellungen kulturgeschichtlicher Art nahm zuletzt Jesse Kauffman in seiner Stanforder Dissertation über die Schulpolitik des Generalgouvernements Warschau in Angriff.⁶⁰ Arkadiusz Stempin hat zu einem ganz ähnlichen Thema seine Freiburger Habilitation verfasst, die bislang erst auf polnisch publiziert ist.⁶¹

Die Literaturlage für das österreichisch-ungarische Militärgeneralgouvernement Lublin ist noch desolater, denn hierfür liegen keinerlei neue Monographien vor.⁶² Nach wie vor grundlegend sind zwei Studien, die bereits in der Zwischenkriegszeit von ehemaligen Offizieren des Militärgeneralgouvernements verfasst wurden – die in den Fakten zwar meist

⁵⁷ Kritischer dagegen: ROBERT MICHAEL SPÄT, Für eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft? Hans Hartwig von Beseler als Generalgouverneur in Polen 1915–1918, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 58 (2009), S. 469–500.

⁵⁸ REINHOLD ZILCH, *Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg. Die deutsche Besatzungspolitik in Belgien und Russisch-Polen 1914–1918*, Goldbach 1994.

⁵⁹ CHRISTIAN WESTERHOFF, *Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Deutsche Arbeitskräftepolitik im besetzten Polen und Litauen 1914–1918*, Paderborn / München 2012.

⁶⁰ JESSE CURTIS KAUFFMAN, *Elusive alliance. The German occupation of Poland in World War I*, Cambridge, Mass. 2015.

⁶¹ ARKADIUSZ STEMPIN, *Próba „moralnego podboju“ Polski przez Cesarstwo Niemieckie w latach I wojny światowej*, Warszawa 2013.

⁶² Einem Spezialthema widmet sich: JERZY GAUL, *Służby wywiadowczo-informacyjne Austro-Węgier wobec radykalnego ruchu niepodległościowego w Królestwie Polskim 1914–1918*, Warszawa 2006. Siehe auch für die deutsche Seite: JERZY GAUL, *Niemieckie służby wywiadowczo-informacyjne wobec radykalnego ruchu niepodległościowego w Królestwie Polskim 1914–1918*, Warszawa 2010.

zuverlässig sind, aber einen engen Fokus auf die Politikgeschichte richten und eine unverkennbare Rechtfertigungstendenz aufweisen.⁶³

Polnische Forscher haben nur vereinzelt Bücher zur Verwaltungstätigkeit vorgelegt, die sich zudem stark auf die polnischen Reaktionen darauf konzentrieren.⁶⁴ Eine umfassende und zeitgemäße Untersuchung fehlt bislang, was ganz im Gegensatz zur höchst lebendigen und methodisch spannenden Galizien-Forschung steht – doch als Kronland Cisleithaniens war dieser Fall anders gelagert.⁶⁵ Darüber hinaus geht lediglich Alexander Watsons vor kurzem vorgelegte brillante Studie „Ring of Steel“, die mit ihrem Blick auf beide Mittelmächte nicht nur überzeugende neue Interpretationen bietet, sondern auch zahlreiche bisher nicht genutzte Quellen erschließt.⁶⁶

Der Forschungsstand zur nationalsozialistischen Besatzung könnte unterschiedlicher nicht sein – die Studien füllen im wahrsten Sinne des Wortes ganze Bibliotheken. In den letzten 20 Jahren waren es allerdings vor allem deutsche Historiker, die sich nach der Öffnung der Archive in Osteuropa mit den Tätern des Holocaust beschäftigt haben und dabei auch die nach wie vor unverzichtbaren Befunde des Żydowski Instytut Historyczny (Jüdisches Historisches Institut) in Warschau aus den 1950er und 1960er Jahren neu entdeckten. Für die Besatzerperspektive liegen deshalb zahlreiche wichtige Monographien vor, die meist einzelne Distrikte im Generalgouvernement untersuchen und einen Fokus auf die

⁶³ RUDOLF MITZKA, Die k.u.k. Militärverwaltung in Russisch-Polen, in: Die Militärverwaltung in den von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten, hg. v. HUGO KERCHNAWE, Wien 1928, S. 8–52; ARTHUR HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Polen während des Weltkrieges, Wien 1935. Die beiden Bücher entstanden in der Reihe der Carnegie-Stiftung, die umfassend den Ersten Weltkrieg untersuchen ließ, um daraus Schlüsse für eine künftige Friedenspolitik ziehen zu können. Vgl. dazu ALAIN CHATRIOT, Une véritable encyclopédie économique et sociale de la guerre. Les séries de la Dotation Carnegie pour la Paix Internationale (1910–1940), in: L’Atelier du Centre de recherches historiques 3 (2009). <http://acrh.revues.org/413> (Zugriff: 1.02.2017).

⁶⁴ JAROSŁAW CABAJ, Społeczeństwo guberni chełmskiej pod okupacją niemiecką i austriacką w latach I wojny światowej, Siedlce 2006. Siehe auch das entsprechende Kapitel aus der Biographie zu einem der vier Lubliner Gouverneure: PIOTR MIKIETYSKI, Generał Stanisław hrabia Szeptycki. Między Habsburgami a Rzeczpospolitą (okres 1867–1918), Kraków 1999.

⁶⁵ Vgl. etwa die wegweisende kulturgeschichtliche Studie: LARRY WOLFF, The Idea of Galicia. History and Fantasy in Habsburg Political Culture, Stanford 2010.

⁶⁶ ALEXANDER WATSON, Ring of steel. Germany and Austria-Hungary in World War I, London 2014.

Verfolgung und Ermordung der Juden richten.⁶⁷ Das Generalgouvernement als Ganzes ist deutlich seltener untersucht worden,⁶⁸ hier sind nach wie vor ältere polnische Studien maßgeblich.⁶⁹

Wenig Aufmerksamkeit fanden in den letzten Jahren außerdem wirtschaftliche Aspekte der Okkupation,⁷⁰ selbst wenn die Zwangsarbeit dank der Wiedergutmachungsdebatten in Deutschland eine nennenswerte Ausnahme von diesem Befund darstellt.⁷¹

⁶⁷ DIETER POHL, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*, München 1997; BOGDAN MUSIAL, *Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944*, Wiesbaden 2000; ROBERT SEIDEL, *Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939–1945*, Paderborn / München 2006; JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK, *Judenmord in Zentralpolen. Der Distrikt Radom im Generalgouvernement 1939–1945*, Darmstadt 2007. Für den Reichsgau Wartheland: MICHAEL ALBERTI, *Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945*, Wiesbaden 2006.

⁶⁸ Vgl. zuletzt aber: MARKUS ROTH, *Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen. Karrierewege Herrschaftspraxis und Nachgeschichte*, Göttingen 2009; MARTIN WINSTONE, *The Dark Heart of Hitler's Europe. Nazi Rule in Poland Under the General Government*, London 2014.

⁶⁹ Für ganz Polen: CZESŁAW MADAJCZYK, *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce*, 2 Bände, Warszawa 1970. Deutsch gekürzt unter dem Titel: CZESŁAW MADAJCZYK, *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen. 1939–1945*, Berlin (Ost) 1987.

⁷⁰ Vgl. aber: INGO LOOSE, *Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945*, München 2007; BERNHARD ROSENKÖTTER, *Treuhandpolitik. Die „Haupttreuhandstelle Ost“ und der Raub polnischer Vermögen 1939–1945*, Essen 2003; CZESŁAW RAJCA, *Walka o chleb 1939–1944. Eksploatacja rolnictwa w Generalnym Gubernatorstwie*, Lublin 1991. Hauptsächlich die Widerstandstätigkeit in polnischen Betrieben untersucht: PIOTR MATUSAK, *Przemysł na ziemiach polskich w latach II wojny światowej*, Warszawa 2009. Wichtig sind daher ältere auch Studien: CZESŁAW ŁUCZAK, *Polityka ludnościowa i ekonomiczna hitlerowskich Niemiec w okupowanej Polsce*, Poznań 1979; DERS., *Polityka ekonomiczna Trzeciej Rzeszy w latach Drugiej Wojny Światowej*, Poznań 1982; DERS., *Polska i Polacy w drugiej wojnie światowej*, Poznań 1993. Siehe auch die Bibliographie: MAREK DESZCZYŃSKI / ALDONA PODOLSKA-MEDUCKA, *Bibliografia historii gospodarczej Polski podczas II wojny światowej*, Warszawa 2006.

⁷¹ Als Überblicksstudien nach wie vor essentiell: MARK SPOERER, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart / München 2001; ULRICH HERBERT, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1999. Für jüdische Arbeit in Ghettos jetzt: *Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos*, hg. v. JÜRGEN HENSEL / STEPHAN LEHNSTAEDT, Osnabrück 2013.

In Polen galt das Interesse in den letzten Jahren eher der sowjetischen Okkupation, während für die deutschen Besatzungsgebiete⁷² oder zum Judenmord⁷³ nur vereinzelt neue Bücher entstanden. Stattdessen ging es um die eigene Rolle während des Kriegs, also nicht zuletzt um Kollaboration im Holocaust,⁷⁴ zu der Jan Tomasz Gross mehrfach hoch emotionale Debatten anstieß.⁷⁵ Andererseits erlebte die Widerstandsforschung einen Boom, denn sie war bis 1989 kaum erwünscht, weil die nationalkonservative Armia Krajowa (Heimarmee) nur wenige Ziele verfolgt hatte, die mit denen der kommunistischen – und viel weniger bedeutsamen – Armia Ludowa (Volksarmee) übereinstimmten.

Im Zentrum des Interesses stand und steht darum der Warschauer Aufstand von 1944,⁷⁶ wohingegen zum Aufstand im Warschauer Ghetto 1943 eine Monographie fehlt. Erstaunlicherweise gilt das auch für eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Herrschaft sowie den Holocaust in Polen. Gerade der Genozid wird zwar auf deutscher Seite immer noch bearbeitet⁷⁷ und darf in vielen Teilaspekten als hervorragend er-

⁷² Exemplarisch: RYSZARD KACZMAREK, *Górny Śląsk podczas II wojny światowej. Między utopią niemieckiej wspólnoty narodowej a rzeczywistością okupacji na terenach wcielonych do Trzeciej Rzeszy*, Katowice 2006; WŁODZIMIERZ BORODZIEJ, *Terror und Politik. Die deutsche Polizei und die polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939–1944*, Mainz 1999.

⁷³ BARBARA ENGELKING / JACEK LEOCIK, *The Warsaw Ghetto. A Guide to the Perished City*, New Haven 2009.

⁷⁴ JAN GRABOWSKI, *Hunt for the Jews. Betrayal and Murder in German-Occupied Poland*, Bloomington 2013; BARBARA ENGELKING, *Jest taki piękny słoneczny dzień... Losy Żydów szukających ratunku na wsi polskiej 1942–1945*, Warszawa 2011; JAN GRABOWSKI, „Ja tego Żyda znam!“. Szantażowanie Żydów w Warszawie 1939–1943, Warszawa 2004; ANETTA RYBICKA, *Instytut Niemieckiej Pracy Wschodniej Kraków 1940–1945 r. Institut für Deutsche Ostarbeit*, Warszawa 2002; JAN HEMPEL, *Pogrobowcy kłęski, rzecz o policji „granatowej“ w Generalnym Gubernatorstwie*, Warszawa 1990.

⁷⁵ JAN TOMASZ GROSS, *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne*, München 2001; DERS., *Angst. Antisemitismus nach Auschwitz in Polen*, Berlin 2012; DERS. / IRENA GRUDZIŃSKA-GROSS, *Złote żniwa. Rzecz o tym, co się działo na obrzeżach zagłady Żydów*, Kraków 2011.

⁷⁶ Vgl. für eine konzise deutsche Darstellung: WŁODZIMIERZ BORODZIEJ, *Der Warschauer Aufstand 1944*, Frankfurt am Main 2004. In epischer Breite auch: NORMAN DAVIES, *Aufstand der Verlorenen. Der Kampf um Warschau 1944*, München 2004.

⁷⁷ Vgl. zuletzt: SARA BERGER, *Experten der Vernichtung. Das T4-Reinhardt-Netzwerk in den Lagern Belzec, Sobibor und Treblinka*, Hamburg 2013.

forscht gelten,⁷⁸ aber eine Zusammenfassung des Erkenntnisstands stellt ein echtes Desiderat dar.

Vor diesem Hintergrund mussten Quellen für die vorliegende Studie gesucht und ausgewertet werden. Paradoxiertweise spiegelt der Forschungsstand die Überlieferungslage nur partiell wider. Für die Jahre 1939 bis 1945 haben die Historiker noch die abgelegensten Archivbestände genutzt und zudem einige hilfreiche Editionen vorgelegt,⁷⁹ so dass Erkenntnisinteresse und -fortschritt einander weitgehend entsprechen. Anders ist die Situation für das deutsche Kaiserreich, dessen Zentralüberlieferung im Zweiten Weltkrieg fast vollständig verloren ging. Einzelne Dokumente finden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts und im Geheimen Staatsarchiv in Berlin, knapp zwei laufende Meter im Warschauer Archiwum Główny Akt Dawnych (Hauptarchiv alter Akten), sowie zu einzelnen Mittel- und Lokalinstanzen in Staatsarchiven etwa in Lublin und Płock. Gerade die Materialien in letzteren beiden Archiven bieten wichtige Einsichten, die die ansonsten mehrfach ausgewerteten gedruckten Berichte Hans von Beselers nach Berlin sowie die Erinnerungen seines Verwaltungsleiters Wolfgang von Kries⁸⁰ nicht vermitteln.

⁷⁸ Exemplarisch für Bevölkerungstransfers und den Generalplan Ost: ANDREAS STRIPPEL, NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas. Rassenpolitische Selektion der Einwandererzentralstelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (1939–1945), Paderborn 2011; GERHARD WOLF, Ideologie und Herrschaftsrationalität. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Polen, Hamburg 2012; ISABEL HEINEMANN, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003; MICHAEL G. ESCH, „Gesunde Verhältnisse“. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939–1950, Marburg 1998. Nach wie vor wichtig sind: Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, hg. v. CZESŁAW MADAJCZYK, München 1994; Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, hg. v. MECHTILD RÖSSLER / SABINE SCHLEIERMACHER Berlin 1993. Für die „Ostforschung“ z. B.: MICHAEL BURLEIGH, Germany turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich, London 2002; HANS-CHRISTIAN PETERSEN, Bevölkerungsökonomie, Ostforschung, Politik. Eine biographische Studie zu Peter-Heinz Seraphim (1902–1979), Osnabrück 2007.

⁷⁹ Vgl. exemplarisch: Das Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hg. v. WERNER PRÄG / WOLFGANG JACOBMEYER, Stuttgart 1975. Siehe zuletzt: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Band 4. Polen, September 1939 – Juli 1941, hg. v. KLAUS-PETER FRIEDRICH, München 2011; Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Band 9. Polen, Generalgouvernement August 1941 – 1945, hg. v. DERS., München 2014.

⁸⁰ Auszugsweise gedruckt in: WOLFGANG VON KRIES, Deutsche Staatsverwaltung in Russisch-Polen, in: Preußische Jahrbücher 233 (1933), S. 130–158; DERS., Die wirtschaftli-

Dem wissenschaftlichen Interesse an der deutschen Okkupation stand die schlechte Quellenlage zwar partiell entgegen, nur einzelne Aspekte wie etwa die Kulturpolitik erfuhren trotzdem Aufmerksamkeit, weil dazu zusätzlich Druckschriften vorliegen. Wirtschaft und Verwaltung, Alltags- und Sozialgeschichte oder Wahrnehmungen und Deutungen des Einsatzes in Polen sind dagegen weniger in den Blick geraten. Die Historiographie des Imperialismus mit ihrer Analyse von Wechselbeziehungen zwischen Zentrale und Peripherie, zwischen Herrschern und Untertanen, ist außerdem dadurch erschwert, dass auch von polnischer Seite – etwa zum Tymczasowa Rada Stanu (Provisorischer Staatsrat) im Archiwum Akt Nowych in Warschau – nur wenig institutionelles Material erhalten ist. Das gilt auch für Egodokumente beider Seiten, sieht man einmal von einzelnen Memoiren hoher polnischer Adliger ab.⁸¹

Das geschilderte Desinteresse gegenüber dem österreichisch-ungarischen Militärgeneralgouvernement Lublin steht im Gegensatz zu einer Fülle von Material, insbesondere in Polen. Im Archiwum Głównie sind rund 240 Aktenmeter aus der k.u.k. Okkupationsverwaltung überliefert, die aber bislang nur wenige Historiker genutzt haben – ganz zu schweigen von der auch regional noch guten Quellenlage. Diese Dokumente sind grundlegend für jegliche Studien zu Polen im Ersten Weltkrieg, insbesondere weil sie immer wieder Blicke auf den Bündnispartner gestatten. Die wenig benutzerfreundliche Anordnung nach Vorgangsnummern und die nur sehr rudimentäre Erschließung mindern die Bedeutung nicht. Trotz des enormen Potentials dieses Bestands haben deutschsprachige Studien bislang ausschließlich Akten des habsburgischen Außenministeriums und des Militärs herangezogen, die im Staatsarchiv Wien vorhanden sind⁸² – und nur selten einen Zugriff auf die Perspektive vor Ort ermöglichen.

Diese Studie stützt sich auf die verfügbaren relevanten Quellen in Deutschland, Österreich und vor allem Polen. Sie werden komplementär zu gedruckten zeitgenössischen Texten sowie natürlich der Forschungs-

che Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau, in: Preußische Jahrbücher 235 (1934), S. 221–248. Kries' Nachlass im Bundesarchiv Koblenz, NL 1711.

⁸¹ Etwa: ADAM RONIKIER, *Pamiętniki. 1939–1945*, Kraków 2001; MARIA ZDZIŚŁAWOWA LUBOMIRSKA, *Pamiętnik księżnej Marii Zdzisławowej Lubomirskiej 1914–1918*, Poznań 1997; BOGDAN VON HUTTEN-CZAPSKI, *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*. Zweiter Band, Berlin 1936.

⁸² Für einen Überblick: *Polonika w Austriackim Archiwum Państwowym. 1772–1918*, hg. v. JERZY GAUL, Warszawa 2003. Eine wichtige Edition aus diesen Beständen: Leopold von Andrian (1875–1951). *Korrespondenzen, Notizen, Essays, Berichte*, hg. v. URSULA PRUTSCH / KLAUS ZEYRINGER, Wien 2003.

literatur genutzt, was insgesamt eine ausgewogene Eindringtiefe erlaubt, wiewohl mit gewissen Schwerpunkten: Wo Hans von Beseler über drei Jahre Generalgouverneur war und ein Tagebuch sowie Briefe an seine Frau schrieb,⁸³ gibt es von den vier Militärgeneralgouverneuren in Lublin keine persönlichen Quellen, dafür allerdings die erwähnten umfangreichen Sachakten, die auf deutscher Seite weitgehend fehlen. Für den Zweiten Weltkrieg wiederum kann in viel größerem Maße auf gesicherte Erkenntnisse zurückgegriffen werden als für die Jahre 1914 bis 1918.

Zur Methodik des Vergleichs

Jenseits einer rein beschreibenden Narration stellt der Vergleich die zentrale analytische Kategorie dieser Untersuchung dar.⁸⁴ Er erfolgt einerseits synchron, untersucht also mit dem Generalgouvernement Warschau und dem Militärgeneralgouvernement Lublin zwei zeitgleiche Besatzungen, andererseits aber auch diachron, indem imperiales Handeln im Ersten und im Zweiten Weltkrieg betrachtet wird – also zusätzlich das Generalgouvernement Polen nach 1939 in den Blick kommt.

Den drei Besatzungen ist zunächst der Raum gemeinsam. Die zwei Territorien nach 1914 umfassten zusammen etwa die Fläche des Generalgouvernements im Zweiten Weltkrieg. Völlig deckungsgleich waren sie allerdings nicht, denn ab 1941 gehörten auch Gegenden zum Herrschaftsbereich des Generalgouverneurs Hans Frank, die vor 1914 – wie beispielsweise Krakau (Kraków) – reguläre Teile der cisleithanischen Hälfte Österreich-Ungarns waren; demgegenüber stand die Stadt Lodz im Ersten Weltkrieg unter Verwaltung des Generalgouvernements Warschau, während sie 30 Jahre später dem ins Deutsche Reich eingegliederten Warthegau zugeschlagen wurde. Die Studie wird also Bedingungen und Effekte imperialer Politik in Polen, wenn auch nicht in ganz Polen, zum Gegenstand haben.

Ein weiteres Charakteristikum eint die drei Besatzungen: Sie verdrängten mit militärischer Gewalt eine vorher in dem Territorium legitime Staatsmacht. Einmal das russische Reich, das zwar ebenfalls als imperialer

⁸³ Beselers Nachlass im Bundesarchiv-Militärarchiv, N 30.

⁸⁴ Siehe hierzu: STEPHAN LEHNSTAEDT, Besatzungen verglichen. Methodische Überlegungen zur Okkupation Polens im Ersten und Zweiten Weltkrieg, in: Frontwechsel. Österreich-Ungarns „Großer Krieg“ im Vergleich, hg. v. WOLFRAM DORNIK u. a., Wien 2014, S. 283–301.

Herrscher in Polen agierte, aber eben im Rahmen einer stabilen und, wenn auch nicht im Lande selbst, so doch international akzeptierten dynastischen Ordnung Ostmitteleuropas; später war es die Zweite Polnische Republik, die vom Dritten Reich und der Sowjetunion gewaltsam niedergeworfen wurde. Schon die Bedingungen und Rechtfertigungen der Okkupation weisen indes signifikante Unterschiede auf, die zumindest in Teilen Gegenstand dieser Untersuchung sind.

Abseits der divergierenden politischen Absichten in Bezug auf eine imperiale Nachkriegsordnung eint ein dritter Faktor die drei Besatzungen: Das Ziel, während der Herrschaft in Polen aus dem Land einen möglichst großen Beitrag für die eigenen Kriegsanstrengungen herauszuholen, also die Wirtschaft in ihren Bereichen Arbeit, Finanzen, Agrar und Industrie nutzbar zu machen. Ganz grundlegend muss die Indienstnahme eines eroberten Landes in der einen oder anderen Weise als konstitutionell für jede Besatzung gelten. Sie wird deshalb umfassend berücksichtigt, steht aber nicht im Zentrum, denn die Zielvorstellungen der drei Reiche gingen deutlich über die bloße „Nutzbarmachung“ Polens hinaus.

Das größte Problem eines derartigen Vergleichs stellt die unterschiedliche Ausgangssituation 1914 und 1939 dar. Dies gilt, obwohl Polen volkswirtschaftlich gesehen vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kaum leistungsfähiger war als 1914 – die Folgen von Kriegszerstörungen, Weltwirtschaftskrise und Polnisch-Sowjetischem Krieg konnten nur ausgeglichen werden, aber es wurde kein Zugewinn erzielt.⁸⁵ Doch die Zahlen sollten nicht über die gravierenden regionalen Unterschiede im Lande hinwegtäuschen; die Nationalsozialisten fanden 1939 etwa in Zentralpolen ein ganz anderes wirtschaftliches Potential vor als die Sowjets in den Ostgebieten – jenseits des Gesamtbilds waren im Westen der Rzeczpospolita durchaus Fortschritte zu beobachten. Nicht nur aus diesem Grund sollte ein diachroner Vergleich möglichst auf die alleinige Interpretation von Statistiken verzichten, denn viele Zahlen verführen dazu, sie losgelöst vom Kontext zu interpretieren und ihnen damit eine Relevanz zuzuweisen, die sie nicht haben⁸⁶: Sie sagen wenig über die konkreten Bedingungen aus, unter denen sie generiert wurden, und auch nichts über die Umstände, unter denen die Menschen lebten.

⁸⁵ WŁODZIMIERZ BORODZIEJ, *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 178; ZBIGNIEW LANDAU / WOJCIECH ROSZKOWSKI, *Polityka gospodarcza II RP i PRL*, Warszawa 1995, S. 81 f. (mit umfangreichem Zahlenmaterial).

⁸⁶ Dies empfiehlt auch CHARLES TILLY, *Big structures, large processes, huge comparisons*, New York 1984, S. 76–79.

Jede der drei Fremdherrschaften ist für sich selbst ernst zu nehmen. Der Erste Weltkrieg darf nicht nur Vorläufer des Zweiten sein, Teil einer Epoche, die gewissermaßen eine natürliche Entwicklung darstellt;⁸⁷ gleichzeitig sollte die nationalsozialistische Expansion nicht nur als singulär und außerhalb jeder Kontinuität betrachtet werden.⁸⁸ Deswegen wird hier imperiale Politik während zweier Kriege in Anspruch und Wirklichkeit analysiert. Durchgeführt wird dafür ein Varianten suchender Vergleich, „der einen allgemeinen Prozess in vielfältigen Entwicklungsarten“ verfolgt⁸⁹ und sich dabei besonders für Funktionen interessiert. Wo ein phänomenologischer oder klassifikatorischer Vergleich sich mindestens sehr ähnlichen Gestalttypen widmet – also klassisch etwa Äpfel mit Äpfeln vergleicht –, wird sich diese Studie an den Funktionen innerhalb eines Systems orientieren, nicht bloß an dessen Merkmalen.⁹⁰ Konkret gesprochen bedeutet das, dass nicht nur nach dem Aufbau der imperialen Herrschaft und ihrem Personal gefragt wird, sondern vor allem nach Maßnahmen, ihren Ursachen und Folgen sowie ihrer Rationalität in Bezug auf die gestellten Ziele. Damit soll auch eine Steigerung an Komplexität erreicht werden, die letztendlich weitergehende Schlussfolgerungen erlaubt.

Wenn vorwiegend auf das Innere und die Funktionen der Politik in Polen geblickt wird, können die Makroebene und das Systemganze nicht ausgeblendet bleiben; weder ist das sinnvoll noch sind beide Aspekte voneinander trennbar. Dennoch geht es weniger darum, nur Unterschiede oder Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, sondern ganz im Sinne der empirischen Geschichtswissenschaft gleichzeitig individualisierend und generalisierend vorzugehen,⁹¹ was wiederum eine breitere Kontextualisierung erlaubt.

Ein Vergleich benötigt jedoch stets einen geeigneten Maßstab, also die „Hinsicht“, anhand derer er durchgeführt werden kann. Dieses *tertium*

⁸⁷ Vgl. zu dieser Prämisse vieler diachroner Vergleiche HARTMUT KAEUBLE, Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1999, S. 15.

⁸⁸ ECHTERNKAMP, 1914–1915: Ein zweiter Dreißigjähriger Krieg?; BRUNO THOSS, Die Zeit der Weltkriege. Epochen- als Erfahrungseinheit?, in: Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich, S. 7–30; BERGIEN, Vorspiel des „Vernichtungskrieges“, S. 395.

⁸⁹ KAEUBLE, Der historische Vergleich, S. 31 f. Vgl. auch TILLY, Big structures, large processes, huge comparisons, S. 82 ff. und 145 ff.

⁹⁰ LUDOLF HERBST, Komplexität und Chaos. Grundzüge einer Theorie der Geschichte, München 2004, S. 85–87.

⁹¹ KAEUBLE, Der historische Vergleich, S. 22–24; 26 f.

comparationis ist methodisch gesehen der zentrale Punkt.⁹² Dafür muss gewährleistet sein, dass die wesentlichen Merkmale herausgearbeitet sind, und vor allem müssen eine identische Ebene der Vergleichsgegenstände und ebensolche Einheiten vorhanden sein. Die imperiale Politik wird deshalb auf jeweils einzelne Aspekte aufgeteilt, die auf der Makro-, der Meso- und der Mikroebene zu finden sind. Erst dadurch können tatsächlich relevante Aussagen getroffen werden, die den spezifischen Kontext berücksichtigen, ohne dass die Gesamtsituation jeweils vollständig einbezogen werden muss. Der Vergleich wird daher exemplarisch sein und nur anhand ausgewählter, eng umrissener Gesichtspunkte durchgeführt.⁹³

Das schließt indes offene Kategorien nicht aus. Gerade bei der diachronen Betrachtung ergeben sich viele erkennbare Unterschiede, die sich zuvorderst in den politisch-ideologischen Zielsetzungen äußern. Es würde also wenig Sinn machen, Lagersysteme zu vergleichen, einfach weil die Konzentrations- und Vernichtungslager im Zweiten Weltkrieg 30 Jahre zuvor keine Entsprechung hatten. Wenn andererseits etwa von Industriepolitik die Rede ist, dann ist damit nicht ein klares, idealtypisches Muster gemeint, sondern es wird vielmehr nach der inneren Logik gleicher Phänomene unter unterschiedlichen Bedingungen gefragt – und damit zugleich auf deren Besonderheiten hingewiesen. Auf solchen Untersuchungsebenen müssen dann die grundlegenden Ursachen für die gefundenen Spezifika erläutert werden.⁹⁴ In diesem Sinne wird die Komparation nicht nach dogmatischen Regeln durchgeführt, sondern versucht, die gegebenen Spezifika angemessen zu berücksichtigen: Geschichte als empirische Wissenschaft sollte keine „Systeme“ kreieren.⁹⁵

Imperialismus

Historisch betrachtet ist der Nationalstaat eine junge Erscheinung. Dem stehen selbst in der Neuzeit Imperien gegenüber, die über Jahrhunderte existierten, etwa das Mogulreich in Indien von 1525 bis 1858 oder das Osmanische Reich von circa 1300 bis 1923, das bis 1699 ganze 400 Jahre lang expandiert hatte. Doch was haben diese beiden Beispiele mit dem Deutschen Kaiserreich, Österreich-Ungarn und dem Dritten Reich ge-

⁹² HERBST, Komplexität und Chaos, S. 78 f.

⁹³ Ebd., S. 82–84, 91 f.

⁹⁴ KAEUBLE, Der historische Vergleich, S. 12 f.

⁹⁵ TILLY, Big structures, large processes, huge comparisons, S. 80 f.

meinsam? Frederick Cooper gibt darauf eine Antwort, indem er eine bewusst weit gefasste Definition von „Imperium“ vorschlägt: „Ein imperialer Staat ist eine Struktur, die Unterscheidungen zwischen Kollektiven reproduziert und sie dabei in unterschiedlichem Maß der Herrschaftsinstanz unterordnet.“⁹⁶ Indem hier Aspekte wie etwa Zentrum-Peripherie-Verhältnisse, die Legitimation der Herrschaft oder die Fähigkeit zur Überwindung von Krisen zunächst ausgeblendet werden, bleibt der essentielle Kern von Imperien als eine Art Minimalkonsens übrig, auf den sich beispielsweise auch Jürgen Osterhammel, Jörn Leonhard und Ulrike von Hirschhausen verständigen können.⁹⁷ Die exemplarisch genannten zusätzlichen Gesichtspunkte stellen damit zwar lohnenswerte Analysekategorien dar, sind aber nicht zwingend notwendig. Und ganz im Sinne von Coopers Vorschlag behandelten die in dieser Studie untersuchten drei Reiche ihre verschiedenen Ethnien unterschiedlich: ganz offensichtlich die Nationalsozialisten alle „Fremdvölkischen“;⁹⁸ Preußen verfuhr so gegenüber seiner polnischen Minderheit, und für den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn war eine solche Politik erst recht konstitutiv.

⁹⁶ COOPER, Kolonialismus denken, S. 58.

⁹⁷ Vgl. aus der aktuellen Literatur etwa die Definition bei JÜRGEN OSTERHAMMEL, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, Bonn 2010, S. 615. „Ein Imperium ist ein großräumiger, multiethnisch zusammengesetzter Herrschaftsverband mit einer asymmetrischen, in autoritärer Praxis realisierten Zentrum-Peripherie-Struktur, die durch den Zwangsapparat, die Symbolpolitik sowie die universalistische Ideologie des imperialen Staates und der ihn tragenden imperialen Elite zusammengehalten wird.“ Jörn Leonhard und Ulrike von Hirschhausen definieren wie folgt: „Empires waren gekennzeichnet durch räumliche Größe, ethnische und religiöse Vielfalt, supranationale Herrschaft, eine Vielzahl heterogener Gebiete mit unterschiedlichem Rechtsstatus als Folge historischer Expansion und Anlagerung, durch unterschiedliche Abhängigkeitsverhältnisse dieser Gebiete zwischen Zentrum und Peripherie sowie schließlich durch weiche Grenzen und fluktuierende Grenzräume. [...] Als Kompositstaaten entstanden, gründete sich ihre Legitimität nicht auf die Zugehörigkeit ihrer Untertanen zu einer ethnisch definierten Gruppe, sondern basierte in erster Linie auf dynastischen Grundlagen, die durch religiös-konfessionelle Bezüge verstärkt wurden.“ JÖRN LEONHARD / ULRIKE VON HIRSCHHAUSEN, *Empires und Nationalstaaten im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2011, S. 10. Eine analytische Begriffsbetrachtung auch bei: HERFRIED MÜNKLER, *Imperium und Imperialismus*. Version 1.0 (2010). <http://docupedia.de/zg/imperium>. Für eine Metadiskussion jetzt: SIMONE PITTL, *Merkmale von Imperien. Kriterienkataloge im Vergleich*, in: *Imperien und Reiche in der Weltgeschichte. Epochenübergreifende und globalhistorische Vergleiche*, hg. v. MICHAEL GEHLER / ROBERT ROLLINGER, Wiesbaden 2014, S. 1453–1468.

⁹⁸ DIEMUT MAJER, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard am Rhein 1993.

Im Zentrum imperialer Machtausübung stand die Herrschaft der Differenz, die als Methode stets umkämpft und selten stabil war. Sie umfasste die Institutionalisierung von Methoden der Ausgrenzung und Unterordnung von Menschen.⁹⁹ Global gesehen geschah dies auf ganz verschiedene Art, etwa durch das Streben nach Hegemonie oder durch einen Freihandels-Imperialismus, durch Systeme von Strafe und Disziplin oder durch die Schaffung von einerseits Furcht und andererseits Zugehörigkeit bei unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Mit diesen bewusst offenen Kategorien tritt bei Coopers eingangs genannter Definition zudem die Frage in den Hintergrund, ob Imperien eine bestimmte räumliche Größe oder gar überseeische Besitzungen vorweisen müssen. Herfried Münkler argumentiert in diesem letzteren Sinne und möchte explizit Österreich-Ungarn die Eigenschaft als Imperium absprechen.¹⁰⁰

Hierzu ist in den letzten Jahre eine anregende Debatte geführt worden, die sich je nach der zugrunde liegenden Begriffsbestimmung in die eine oder andere Richtung neigt; das Habsburgerreich ist in dieser Hinsicht tatsächlich umstrittener als das deutsche Kaiserreich oder die nationalsozialistische Herrschaft nach 1939, die zuletzt von Jörg Baberowski und Anselm Doering-Manteuffel, insbesondere aber in der angloamerikanischen Forschung inzwischen häufiger als imperial oder kolonial beschrieben wurde.¹⁰¹ Doch im Sinne des Minimalkonsenses spricht viel dafür, die Doppelmonarchie als Imperium zu betrachten.¹⁰² Schließlich hat Pieter Judson, einer ihrer größten Kenner, zuletzt darauf hingewiesen, dass die

⁹⁹ COOPER, Kolonialismus denken, S. 57.

¹⁰⁰ HERFRIED MÜNKLER, Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005, S. 23.

¹⁰¹ JÖRG BABEROWSKI / ANSELM DOERING-MANTEUFFEL, Ordnung durch Terror. Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium, Bonn 2006; DIRK VAN LAAK, Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 2005, S. 130–155, 182 f. Vgl. außerdem exemplarisch: MAZOWER, Hitlers Imperium; BARANOWSKI, Nazi empire; WENDY LOWER, Nazi empire-building and the Holocaust in Ukraine, Chapel Hill 2005; DAVID B. FURBER, Going east. Colonialism and German life in Nazi-occupied Poland. Ph.D., State University of New York at Buffalo 2003. Für nationalsozialistischen Wirtschaftsimperialismus z. B.: ALBRECHT RITSCHL, Nazi Economic Imperialism and the Exploitation of the Small. Evidence from Germany's Secret Foreign Exchange Balances, 1938–1940, in: Economic History Review 54 (2001), S. 324–345.

¹⁰² EVELYN KOLM, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, Frankfurt am Main 2001, S. 13 f.; OSTERHAMMEL, Die Verwandlung der Welt, S. 619, 624. Siehe auch: DANIEL L. UNOWSKY, The pomp and politics of patriotism. Imperial celebrations in Habsburg Austria, 1848–1916, West Lafayette, Ind. 2005.

Zeitgenossen sie selbstverständlich so sahen, selbst wenn im Innern Ungarn als Nationalstaat funktionierte und Österreich einen „institutionalisierten Pluralismus“ verfolgte.¹⁰³

In dieser Untersuchung geht es indes nicht um das Ob imperialer Politik, sondern um das Wie – was indirekt die Frage beantwortet, ob es sich bei den drei Reichen um Imperien handelte. Im Sinne eines methodisch fundierten Vorgehens ist auch nicht das Etikett „Imperialismus“ wichtig, das oft zu einem politischen Schlagwort verkommt,¹⁰⁴ sondern vielmehr der analytische Nutzwert eines Konzepts. Für einen funktionalen Vergleich ist insbesondere das Handeln mit dem Ziel einer horizontalen und vertikalen Integration des Reichs von Interesse.¹⁰⁵ Die Unterscheidung zwischen vertikal und horizontal ist deshalb notwendig, weil es kaum direkte Beziehungen zwischen den von einem Imperium beherrschten Territorien gibt und alles über die Zentrale läuft – in einer radialen Anordnung. Zu untersuchen ist in horizontaler Perspektive also, wie Territorien ans Zentrum angebunden werden, in welcher Form dabei Zwang angewendet wird, welche Kommunikationsmittel und Infrastruktur notwendig sind, wie der bürokratische Apparat und seine Funktionäre aussehen und wie sich die Marktbeziehungen im Großraum sowie die Außenbeziehungen gestalten. Die vertikale Ebene umfasst vor allem die Suche nach lokaler Loyalität, um den eigenen Einfluss zu sichern. Dafür waren beispielsweise lokale Truppen wichtig, Zusammenarbeit mit einheimischen Eliten, aber auch symbolische Ressourcen, die der Legitimation der eigenen Herrschaft dienten – etwa ein Aufbau- und Fortschrittsmythos.

Imperiale Herrschaft wird sich dabei immer als uneinheitlich und erratisch darstellen, weil es kein Patentrezept für Fremdherrschaft gibt – und kein Großreich eine sinnvolle Methode entwickelt hat, die universell übertragbar wäre.¹⁰⁶ Diese Feststellung gilt besonders für das kurzlebige Ausgreifen nach Polen in den beiden Weltkriegen. Gleichzeitig war die Politik aller drei Reiche mehr als nur Besatzung, einfach weil sie lang-

¹⁰³ PIETER M. JUDSON, *L'Autriche-Hongrie était-elle un empire?*, in: *Annales. Histoire, Sciences Sociales* 63 (2008), S. 563–596, hier S. 593–596.

¹⁰⁴ Zu dieser Problematik: ULRIKE VON HIRSCHHAUSEN / JÖRN LEONHARD, *Zwischen Historisierung und Globalisierung. Titel, Themen und Trends der neueren Empire-Forschung*, in: *Neue politische Literatur* 56 (2011), S. 389–404, hier S. 391.

¹⁰⁵ OSTERHAMMEL, *Die Verwandlung der Welt*, S. 610–614.

¹⁰⁶ JANE BURBANK / FREDERICK COOPER, *Imperien der Weltgeschichte. Das Repertoire der Macht vom alten Rom und China bis heute*, Frankfurt am Main 2012, S. 413.

fristige Vorstellungen für die Integration des Gebiets in den eigenen Herrschaftsverbund hatten, die aber weder auf eine formale Annexion noch auf eine rechtliche Gleichstellung des Landes und seiner Einwohner hinausliefen. Gerade deswegen schränkte die Notwendigkeit, als imperialer Staat zu agieren, die eigene Handlungsfreiheit merklich ein – zumindest im Ersten Weltkrieg. Zugleich zwang dieses Vorgehen alle Akteure mit Machtambitionen, auch imperial zu denken: „Die oben“ regierten die Untertanen auf unterschiedliche Art und betonten Unterschiede, während „die unten“ ihre Zugehörigkeit zum Imperium herausstrichen und eine Beteiligung daran einforderten.

Es entwickelten sich Zonen der Ausbeutung, aber auch moralische Räume gleichen Anspruchs, was wiederum Verhandlungs- und Kommunikationsprozesse in Gang setzte und immer zu Spannungen führte. Diese konnten sich gewaltsam äußern, erreichten aber vereinzelt auch eine Art Balance, in der Loyalität und Identifikation durch Zugeständnisse bedingt wurden. Zentral waren dafür die Vorstellungen vom Imperium – tatsächlich waren sie wichtiger als die von Nationalismen, die letztlich nur eine Positionierung gegenüber dem Imperium darstellten.¹⁰⁷

In Polen, das mindestens seit 1795 eine translokale Übergangszone zwischen Deutschland, Russland und Österreich war, zeigen sich exemplarisch Themen und Folgen imperialer Politik, wobei die Weltkriege zusätzlich als Brennglas wirkten. Trotzdem fand das avancierte Instrumentarium der Imperialismusforschung bislang für die zwischen 1914 und 1918 sowie 1939 und 1945 okkupierten Gebiete Osteuropas fast gar keine Berücksichtigung.¹⁰⁸ Die Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung der Peripherie besteht aber durchaus auch für andere Zeiten und Reiche¹⁰⁹ und hat, gerade global betrachtet, viel mit den Fremdsprachenkenntnissen der Historiker zu tun.

In dieser Studie dient Imperialismus als Analysekategorie für deutsche und österreichisch-ungarische Politik in Russisch-Polen im Vergleich zu der des Dritten Reichs im Generalgouvernement nach 1939. Anders als bei einer Deutung dieser Herrschaft nur als Besatzung wird damit berück-

¹⁰⁷ Zum theoretischen Hintergrund: COOPER, *Kolonialismus denken*, S. 256–258 und 332 f.

¹⁰⁸ Das Desiderat identifiziert: PHILIPP THER, *Deutsche Geschichte als imperiale Geschichte. Polen, slawophone Minderheiten und das Kaiserreich als kontinentales Empire*, in: *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914*, hg. v. SEBASTIAN CONRAD / JÜRGEN OSTERHAMMEL, Göttingen 2006, S. 129–148.

¹⁰⁹ MÜNKLER, *Imperien*, S. 49.

sichtigt, dass die Akteure spezielle Vorstellungen von einer dauerhaften Dominanz des Territoriums jenseits von vollständiger Integration in den eigenen Staat oder gar Rückzug hatten. Während der Kriege herrschten freilich spezielle Bedingungen, weshalb der Übergang zur Okkupation fließend war und außerdem das Ende der Kriege die volle Entfaltung imperialer Programme verhinderte; auszugehen ist daher von einer Art Hybridtyp, der sich wohl als eine Art imperiale Besatzung kennzeichnen lässt. Methodisch soll aber über die Deutung dieser Fremdherrschaften nur als Okkupation hinausgegangen werden, wofür der Zugriff der Imperialismusstudien gewinnbringende Perspektiven bietet, die bisher nicht oder nur wenig Berücksichtigung fanden. Dafür kommen fünf Themenfelder in den Blick:

- Der Umgang mit Verschiedenheit, also die Politik der Differenz;
- die Repräsentanten und Mittelsmänner der Imperien in Zentrum und Peripherie;
- ihre Vorstellungen und Ansprüche;
- ihre Machtrepertoires;
- die Schnittpunkte zwischen Herrschern und Untertanen, insbesondere in Form von Zusammenarbeit und Konflikten.

Im Unterschied zu imperialer Herrschaft in Europa kannte der überseeische Kolonialismus keine Transformation und Integration, es kam zu Ausbeutung statt Entwicklung, weshalb Brutalität und Unterdrückung letztlich Zeichen von Schwäche – im Unterschied zu einer dauerhaften Herrschaft – waren. Kolonialismus ist in dieser Perspektive wenig mehr als ein „Imperium in einer Billigversion“. ¹¹⁰ Sein Scheitern kann man mit Frederick Cooper als ein Zeichen von zu wenig Macht deuten, denn gerade in Afrika wurde diese vielfach nicht ausgeübt, sondern schlicht durch Gewalt ersetzt. Und obwohl exzessive Morde bis hin zum Genozid das hervorstechende Merkmal des Nationalsozialismus waren, wird hier auf den Analyserahmen der Kolonialismustheorien verzichtet. Zunächst, weil er sich vielfach kaum von dem der Imperialismusstudien abhebt. Hauptsächlich aber deshalb, weil bislang ungeklärt ist, ob es sich bei allen drei Besatzungen in Polen um Formen von Kolonialismus handelte – was alleine einen Vergleich erlauben würde.

Tatsächlich hängt diese Frage untrennbar mit der eingangs erwähnten Diskussion um Kontinuitäten und Sonderwege zusammen, weshalb diese Untersuchung Kolonialismus nicht als Ausgangshypothese nimmt, sondern vielmehr eine Antwort darauf sucht, inwieweit dieses Interpreta-

¹¹⁰ COOPER, Kolonialismus denken, S. 260.

tionsmuster zutreffend und hilfreich sein könnte. Erst dann lässt sich feststellen, welche Eigenschaften einer Kolonie, wie sie etwa Jürgen Osterhammel definiert, auch auf Polen zutrafen. Demnach zeichnet eine Kolonie aus, dass sie vollkommen ihrer Eigenentwicklung beraubt ist, fremd gesteuert und vollständig auf die Interessen der Okkupanten umgepolt wird. Insbesondere das wechselseitige Gefühl von Fremdheit zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten konstituiert die Wahrnehmungen, wobei die Imperien zudem eine inferiore Andersartigkeit postulieren. Demnach sei die lokale Bevölkerung geistig und körperlich unterlegen sowie kulturell weniger leistungsfähig – wobei die Begründung dafür im Laufe der Zeit zunächst theologisch, dann technisch, umwelt-deterministisch und schließlich biologisch-rassistisch erfolgte.

Daraus erwuchs allerdings auch ein Sendungsglaube und eine Vormundschafspflicht, also eine Verantwortung im komplementären Verhältnis. Diesen eigenen Anspruch galt es vorgeblich politikfrei umzusetzen: Herrschaft wurde damit zur Frage der Ordnung, bei der auf Aushandlungsprozesse verzichtet werden konnte.¹¹¹ All dies konnte in Form einer direkten Herrschaft geschehen, einmal infolge einer Expansion über das eigene, angestammte Territorium hinaus, aber auch durch Grenzkolonisation, also die Erschließung und Besiedlung von Land jenseits der eigenen Grenze, wobei keine neuen politischen Gebilde entstanden – archetypisch etwa im amerikanischen Westen; dazu kommen verschiedene Arten der indirekten Kontrolle, bei der ein eigenständiges Gemeinwesen weiter bestehen durfte und Privilegien lediglich auf militärischer Überlegenheit fußten, was wiederum zu wirtschaftlicher Durchdringung führte – beispielsweise im China des späten 19. Jahrhunderts.¹¹²

Ob und in welcher Weise diese Aspekte während der drei Besatzungen in Polen zu beobachten waren und auf sie zutrafen, muss allerdings zunächst untersucht werden und ist daher Gegenstand erst der Schlussbetrachtung.

Aufbau der Arbeit

Um all diese Gesichtspunkte aufzugreifen und zu berücksichtigen, ist die Studie in vier Hauptkapitel gegliedert, von denen drei dem Ersten Welt-

¹¹¹ JÜRGEN OSTERHAMMEL, *Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen*, München 2009, S. 113 ff.

¹¹² Ebd., S. 25 f.

krieg gewidmet sind, während im letzten Teil die nationalsozialistische Herrschaft dargestellt und mit den zusammengefassten Ergebnissen zum Ersten Weltkrieg kontrastiert wird.

Das erste Kapitel zeigt die großen Linien der „Polenpolitik“ vor und nach 1914 und kontextualisiert den Imperialismus der Mittelmächte vor dem Hintergrund ihrer polnischen Besitzungen im 19. Jahrhundert. Anschließend werden zentrale Personen vorgestellt und die entsandten Verwalter und Soldaten betrachtet. Ebenso relevant wie die Menschen waren Strukturen und Institutionen, die erst die Machtentfaltung erlaubten – und vom Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Berlin, Wien, Warschau und Lublin abhingen. Vor diesem Hintergrund ist nach den Vorstellungswelten der nach Osten entsandten Besatzungsfunktionäre zu fragen: Wie sahen ihre Wahrnehmungen von Polen und Juden aus? Wovon wurden sie bestimmt, und wie entwickelten sie sich?

Das zweite Kapitel macht einen Schritt weg von der Makroebene und betrachtet politische Strategien vor Ort. Dafür sind zunächst die Selbstbilder der Akteure und ihre Ideen imperialer Herrschaft wichtig – die individuellen Zielvorstellungen fügten sich in einen größeren Rahmen ein, hatten aber doch Auswirkungen auf die regionale Politik, die sich in mehreren Phasen entwickelte: Das Vorgehen unmittelbar nach dem Einmarsch unterschied sich von den späteren Jahren, als zunächst die Proklamation des Königreichs Polen Anfang November 1916 vorbereitet und dann eine Kooperation mit den Einheimischen umgesetzt wurde – die 1918 erneut Einschränkungen erfuhr. Die Einheimischen blieben für sämtliche Kriegsanstrengungen der entscheidende Faktor, weshalb die Mittelmächte sie umwarben und in der Kultur- und Religionspolitik Zeichen setzen wollten. Trotzdem war die Zusammenarbeit vom polnischen Staatsrat angefangen bis hinunter zu einzelnen Bauern keinesfalls immer konfliktfrei. Es wurden zusätzlich Strategien der Kooperation entwickelt – und vereinzelt zu Gewalt gegriffen. Gerade angesichts der späteren nationalsozialistischen Exzesse ist dies eine wichtige Vergleichskategorie.

Im dritten Hauptteil werden verschiedene Politikfelder analysiert, um so die Frage zu ergründen, welche konkreten Folgen der Imperialismus für Herrscher und Beherrschte hatte: „Nutzbarmachung“ und Export bedeuteten für die Einheimischen oftmals Hunger, andererseits brachte die Nationalitätenpolitik etwa den Juden Schritte hin zu einer Gleichberechtigung. Dafür bedurfte es allerdings zuerst statistischer Daten, weshalb die Besatzer zu einer umfassenden Vermessung des Landes schritten, die sie ihren Maßnahmen zugrunde legten. Für die Ausbeutung waren

zudem Infrastrukturmaßnahmen notwendig, denn der Krieg hatte die ohnehin wenig leistungsfähigen Systeme zusätzlich geschwächt. Danach ließen sich insbesondere Nahrungsmittel abtransportieren, auf die Berlin und Wien große Hoffnungen setzten. Zugleich galt es, Soldaten für die eigene Armee anzuwerben und Arbeitskräfte in die Heimat zu locken. Demgegenüber spielte die polnische Industrie ebenso wie ein möglicher finanzieller Beitrag des Landes nur eine geringe Rolle.

Abschließend fasst das vierte Kapitel die Erkenntnisse zum Ersten Weltkrieg zusammen und vergleicht sie mit der nationalsozialistischen Variante eines exterminatorischen Imperialismus. Schon alleine die Vorstellungen Hitlers und seiner Anhänger über die zukünftige Gestalt Deutschlands und Europas hoben sich deutlich von denen der Führungseliten der Mittelmächte ab, denn ein Denken in rassistischen Kategorien war diesen weitestgehend fremd. Von diesem Dreh- und Angelpunkt aus ergaben sich grundlegende Unterschiede in der Behandlung der Bevölkerung, selbst wenn der Verwaltungsaufbau und die Personalauswahl für diese Institutionen zumindest unterhalb der Spitzenpositionen gar nicht so verschieden waren. Dennoch entwickelten die Nationalsozialisten eigene Vorstellungen von der Ausplünderung Polens und von dessen Integration in den deutschen Machtbereich. Die Frage nach einer intentionalen oder unintentionalen Kontinuität ist trotzdem zu beantworten, selbst wenn Völkermord und „Germanisierung“ keine Entsprechung im Ersten Weltkrieg hatten.

Das Buch endet mit einer abschließenden Reflexion über deutsche und nationalsozialistische Sonderwege. Es wird noch einmal die Frage aufgeworfen, inwieweit Imperialismus oder Kolonialismus sinnvolle Erklärungsmuster und nützliche Analysekategorien sind – und welchen Stellenwert die drei Generalgouvernements für die deutsche und österreichisch-ungarische Geschichte haben. Damit sollen einerseits Besonderheiten gewürdigt, andererseits Gemeinsamkeiten und Entwicklungslinien über die Zäsuren 1914 – 1918 – 1939 hinaus herausgestrichen werden.

I. VORAUSSETZUNGEN DER FREMDHERRSCHAFT IM ERSTEN WELTKRIEG

Unzählige Historiker haben sich mit dem Schicksal Polens im „langen 19. Jahrhundert“ beschäftigt und das ganze Land oder auch nur die einzelnen Teile unter preußischer, österreichisch-ungarischer und russischer Herrschaft in den Blick genommen. Dabei ist – gerade im Zuge eines nach wie vor anhaltenden „Galizien-Booms“¹ – so viel Literatur entstanden, dass selbst deren Ergebnisse hier nur in den für diese Untersuchung relevanten Teilaspekten wiedergegeben werden können. Der Fokus liegt deshalb auf drei Ebenen der imperialen Machtausübung: Der Politik der Differenz gegenüber verschiedenen Ethnien, der Integration Polens in das eigene Imperium sowie den Möglichkeiten der Entfaltung der polnischen und jüdischen Bevölkerung. So soll gezeigt werden, mit welchen Voraussetzungen und Folgen bis 1914 Herrschaft in Polen ausgeübt wurde, was also gewissermaßen die für eine Okkupation sowie eine eventuell an den gewonnenen Krieg anschließende dauerhafte Herrschaft denkbaren Blaupausen hätten sein können.

Unmittelbar an das erste Unterkapitel schließt sich eine Untersuchung der Kriegsziele und politischen Konzepte der Mittelmächte für Polen an. Spätestens seit Fritz Fischers These vom „Griff nach der Weltmacht“² stellt dies einen Schwerpunkt deutscher und internationaler Forschungen zum Ersten Weltkrieg dar, so dass auch hier umfangreiche Sekundärliteratur vorliegt. Insbesondere die während des Krieges aufkommende Diskussion um ein Mitteleuropa unter deutscher Dominanz hat die Historiker fasziniert und zu zahlreichen Studien veranlasst. Auf dieser Grund-

¹ Eine Art kulturgeschichtliches Manifest dieses Booms ist: WOLFF, The Idea of Galicia. Darin wird ein früher veröffentlichter wegweisender Aufsatz ausgearbeitet: LARRY WOLFF, Inventing Galicia. Messianic Josephinism and the Recasting of Partitioned Poland, in: *Slavic Review* 63 (2004), S. 818–840. Siehe für eine Einzelstudie exemplarisch: BÖRRIES KUZMANY, Brody. Eine galizische Grenzstadt im langen 19. Jahrhundert, Wien 2011.

² FISCHER, Griff nach der Weltmacht. Dem war bereits 1959 ein wegweisender Aufsatz vorausgegangen, der sich insbesondere mit den Kriegszielen im Osten beschäftigt hatte: FISCHER, Deutsche Kriegsziele.

lage kann daher die Entwicklung der außenpolitischen Vorstellungen für ein Polen in einer von den Mittelmächten dominierten Nachkriegsordnung nachvollzogen werden – wobei insbesondere auf die Konkurrenz zwischen Berlin und Wien eingegangen wird.

Als dritter Gesichtspunkt ist die Frage nach den Besatzungsstrukturen zu stellen. Damit soll geklärt werden, in welchem Abhängigkeitsverhältnis von den imperialen Zentren die Machtentfaltung an der Peripherie möglich war. Dafür ist einerseits das Institutionengefüge in seiner jeweiligen Adaption an den Kriegsverlauf zu analysieren, andererseits sollen die Personen vorgestellt werden, die dessen Aufbau prägten und in seinem Inneren agierten. Außerdem zeigt die Untersuchung von direkter und indirekter Kontrolle Spielarten imperialer Machtentfaltung, die zu einem nicht geringen Teil auf den Vorstellungen und Wahrnehmungen beruhten, die die Besatzer von den Besetzten hatten. Dieser Vorstellungswelt ist das abschließende Kapitel gewidmet, das Bilder von Polen und Juden in den Köpfen des Besatzungspersonals zeigt.

1. DAS DREIGETEILTE POLEN VOR KRIEGSAUSBRUCH

Deutsche und österreichisch-ungarische Besatzung in Polen begann nicht erst im Ersten Weltkrieg. Bereits seit den drei Teilungen Polens in den Jahren 1772, 1793 und 1795 waren Preußen und Österreich Herrscher über Gebiete der früheren Rzeczpospolita, in denen mehrheitlich polnische Untertanen lebten: Westpreußen sowie das Großherzogtum Posen um die gleichnamige Stadt (Poznań) waren preußische Provinzen, Galizien mit den Städten Krakau (Kraków) und Lemberg (Lwów, heute ukrainisch L'viv) seit 1804 ein Teil des Kaiserreichs Österreich und ab 1867 Kronland der cisleithanischen Hälfte Österreich-Ungarns. Von den Teilungen, die letztlich zur Auflösung des polnischen Staates führten, hatte auch Russland profitiert. Nach den Napoleonischen Kriegen und der Neuordnung durch den Wiener Kongress nannte der Zar rein flächenmäßig den größten Teil der untergegangenen Rzeczpospolita sein Eigen. Neben Gouvernements östlich des Bug, in denen die polnischen Adeligen über den größten Grundbesitz verfügten, zugleich aber Polen nirgendwo mehr als zehn Prozent der Bevölkerung stellten,³ ist hier vor allem das Königreich Polen zu nennen, das auch unter dem Namen Russisch-Polen

³ THEODORE R. WEEKS, *Nation and state in late imperial Russia. Nationalism and Russification on the western frontier, 1863–1914*, DeKalb, Ill. 1996, S. 86 f.

oder Kongresspolen – mit Verweis auf seine Entstehung während des Wiener Kongresses – firmierte. 1867 wurde das in Personalunion mit dem Zaren verbundene Königreich aufgelöst und als Generalgouvernement Warschau offiziell ins Russische Reich eingegliedert.

Von der Fläche her war Kongresspolen mit 128.500 Quadratkilometern der größte der drei Teile Polens. Galizien umfasste 78.500 Quadratkilometer, die Provinzen Posen und Westpreußen lediglich 54.000 Quadratkilometer; während letztere also nur etwas größer als das heutige Bundesland Niedersachsen waren, kam der russische Besitz auf eine Fläche, die ungefähr den heutigen Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zusammengekommen entsprach. Die Einwohnerzahlen korrespondierten halbwegs mit dieser Verteilung: etwa 13,1 Millionen Menschen lebten im Königreich Polen, 8,2 Millionen in Galizien, und in den preußischen Gebieten etwa 3,7 Millionen.⁴ Freilich waren von diesen Menschen längst nicht alle ethnische Polen, ganz im Gegenteil war das Land heterogen besiedelt und hatte im Osten z.B. ukrainische, im Westen deutsche Minderheiten (die in manchen Gebieten sogar Mehrheiten waren), vor allem aber gab es einen hohen jüdischen Bevölkerungsanteil, der in Russisch-Polen im Jahre 1913 rund 1.957.000 Menschen ausmachte, etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung. 86,5 Prozent der Juden lebten in Städten,⁵ wo sie oftmals die größte ethnische Gruppe darstellten, während sie in den Dörfern auf dem Land fast gar nicht vertreten waren. Galizien unterschied sich in dieser Hinsicht kaum vom russischen Teil Polens, die dort lebenden 800.000 Juden machten etwa zehn Prozent der Bevölkerung aus. Im preußischen Gebiet war ihr Anteil mit etwa einem Prozent von geringer Relevanz für die lokale Politik, zumal die Juden meist assimiliert lebten und seit der Reichsgründung in großer Zahl nach Westen abgewandert waren.⁶

⁴ Zu den statistischen Angaben: *Historia Polski w liczbach. Ludność, terytorium*, hg. v. Główny Urząd Statystyczny Warszawa 1994. Insbesondere zur Entwicklung in Galizien: RUDOLF A. MARK, *Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung, Kirche, Bevölkerung*, Marburg 1994.

⁵ WILLIAM M. GLICKSMAN, *In the mirror of literature. The economic life of the Jews in Poland as reflected in Yiddish literature (1914–1939)*, New York 1966, S. 23.

⁶ Als Überblick zu den Juden in den drei Teilungsgebieten vgl. jetzt die große Studie: ANTONY POLONSKY, *The Jews in Poland and Russia*. Band 2: 1881–1914, Oxford 2010, S. 87–161. Speziell zur Assimilation der Juden: THEODORE R. WEEKS, *From assimilation to antisemitism. The „Jewish question“ in Poland 1850–1914*, DeKalb, Ill. 2006; ALINA CAŁA, *Asymilacja Żydów w Królestwie Polskim (1864–1897). Postawy, konflikty, stereotypy*, Warszawa 1989.

Ted Weeks hat darauf hingewiesen, dass in Kongresspolen die „Moderne“ vor dem Ersten Weltkrieg noch nicht begonnen hatte, weil der größte Teil der Bevölkerung noch auf dem Lande lebte;⁷ eine Ausnahme stellten lediglich die beiden großen Städte Warschau und Lodz mit rund 800.000 bzw. 600.000 Einwohnern dar, die Krakau oder Posen mit jeweils rund 150.000 Einwohnern deutlich übertrafen. Dementsprechend war die Bevölkerung vor allem in der Landwirtschaft tätig, Schätzungen sprechen von nur etwa 600.000 industriellen Arbeitern und Arbeiterinnen.⁸ Neben einer großen Textilindustrie in Lodz, Pabianice und Żyrardów waren diese vor allem im Kohlenrevier von Dąbrowa und Sosnowiec (Ostoberschlesien) beschäftigt, wo gut 20 Prozent der russischen Kohle gefördert wurde, im Jahre 1912 immerhin 6.388.000 Tonnen. Weitere Industriezweige waren oft noch handwerklich organisiert und kamen selten über kleinere Betriebe an einzelnen Orten hinaus, während einzig in Warschau eine gewisse Agglomeration verschiedener Branchen zu beobachten war, freilich ohne spezielle Schwerpunkte.⁹ Der wichtigste Arbeitgeber war eindeutig die Textilindustrie: 1910 gab es in Russisch-Polen 615 Firmen, die 116.887 Männer und Frauen beschäftigten – 21 Prozent der Betriebe und 15 Prozent der Arbeiter der gesamten russischen Textilindustrie.¹⁰

Die Landwirtschaft war vor allem kleinteilig. Eine Statistik von 1912 spricht für Kongresspolen von 1.094.000 Bauernbetrieben mit zusammen 6.397.000 Hektar, von denen 70 Prozent tatsächlich als Ackerland genutzt wurden. Die durchschnittliche Betriebsgröße von knapp über sechs Hektar führte zu einer großen Dominanz der Subsistenzwirtschaft, der nach

⁷ WEEKS, Nation and state in late imperial Russia, S. 90 f.

⁸ BORODZIEJ, Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, S. 17 f. In Kongresspolen lag der Frauenanteil bei den Arbeitern 1913 immerhin bei 30 Prozent, in Kleinpolen nur bei 13 Prozent: STANISŁAW KRUSZEWSKI / MIROSLAW ZDZIARSKI, *Życie robotnicze w Polsce 1913-1921 r.*, Warszawa 1923, S. 5 f. Zu (klein)städtischen Industrieansiedlungen: MARIA NIETYKSZA, *Rozwój miast i aglomeracji miejsko-przemysłowych w Królestwie Polskim 1865-1914*, Warszawa 1986.

⁹ Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien [im Folgenden: ÖStA, HHStA], Nachlass Boschan / 2. Der Krieg und die russ.-poln. Industrie, Bericht von Robert Skutezky, o. D. [Mitte 1915]. OTTO KESSLER, *Das deutsche Polen. Beiträge zur Geschichte, Volkswirtschaft und zur deutschen Verwaltung*, Berlin 1916, S. 44; EDWARD ROSE, *Die Großindustrie des Königreichs Polen. Studien zur sogenannten Theorie der östlichen Absatzmärkte*, Berlin 1917, S. 42-45. Überblicke bei: WIESŁAW PUŚ, *Rozwój przemysłu w Królestwie Polskim 1870-1914*, Łódź 1997; DERS., *Przemysł Królestwa Polskiego w latach 1870-1914. Problemy struktury i koncentracji*, Łódź 1984.

¹⁰ ROSE, *Die Großindustrie des Königreichs Polen*, S. 25, 30-34, 40 f. Die 615 Betriebe umfassen nur solche, die mehr als 16 Arbeiter beschäftigen.

wie vor eine reiche Schicht von adeligen Großgrundbesitzern gegenüberstand, die zusammen fast 4,9 Millionen Hektar bewirtschaftete – über 40 Prozent der Agrarfläche wurde also von einer sehr kleinen Elite verwaltet.¹¹ Die Ernteerträge pro Hektar blieben dabei stark hinter denen etwa in der Provinz Posen zurück und erreichten z. B. bei Weizen 50, bei Kartoffeln 61 Prozent der Menge im preußischen Teil Polens.¹²

Drei Imperien: Politik für Polen

So unterschiedlich die polnisch bewohnten Gebiete in deutschem, österreichisch-ungarischem und russischem Besitz waren, so unterschiedlich war auch die Herrschaft der drei Imperien. Gemeinsam war allen dreien, dass sie eine Politik der Differenz betrieben und die Polen kaum als vollwertige Bürger betrachteten. Die Art und Weise ihres Vorgehens differierte allerdings beträchtlich.

Österreich hatte seit den Teilungen und dem Wiener Kongress 1815 eine lange Entwicklung in Bezug auf die verschiedenen ethnischen Gruppen unter seiner Hoheit durchlaufen, die nach mehreren Aufständen 1867 in der Krönung Kaiser Franz Josephs zum ungarischen König mündete; die Länder der ungarischen Krone, die ab diesem Zeitpunkt als Transleithanien firmierten, waren nun zumindest innenpolitisch von den Entwicklungen im österreichischen Cisleithanien unabhängig, was Ungarn eine Sonderstellung im Habsburgerreich zubilligte. Diese Realunion der Doppelmonarchie hatte auch bei anderen Gruppen des Reiches zu wachsenden Unabhängigkeitsbestrebungen geführt – nicht zuletzt in Polen.

Wien verfolgte gegenüber den verschiedenen Nationalitäten eine Politik von Neutralität und Anerkennung, setzte also nur partiell auf Diskriminierung oder ethnische Exklusivität – während Österreicher und Ungarn durchaus privilegiert waren. Doch um eine gewisse Gleichbehandlung zu erreichen, mussten zuvorderst Akteure identifiziert und als Sprecher ihrer Gruppen legitimiert werden – was diese automatisch zu Gegnern der k. u. k. Monarchie werden ließ, die deren Nationalstaat explizit nicht wollten. So war die Anwendung des Prinzips ethnischer Äquivalenz in Recht und Verwaltung einerseits ein zentripetaler Faktor, der eine gewisse Loyalität und auch Frieden innerhalb des Reiches schuf,

¹¹ ALEXANDER DRUCKI-LUBECKI, *Die wirtschaftlichen Probleme der neubesetzten Ostgebiete*, Warschau 1918, S. 2.

¹² CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 5.

sie wirkte andererseits aber zentrifugal, weil sie Nationalisierungsprozesse in hohem Maße stimulierte.¹³

In Galizien stellte diese Nationalisierung ein besonderes Problem dar. So ließ sich zwar der jüdische Bevölkerungsanteil auf gut zehn Prozent schätzen, aber das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Polen und Ukrainern war keinesfalls so eindeutig festzulegen. Die regelmäßigen Bevölkerungszählungen, anhand derer die österreichisch-ungarische Variante der „Politik der Differenz“ ausgerichtet wurde, arteten zu regelrechten Kampagnen aus, bei denen die beiden ethnischen Gruppen um Zustimmung vor allem unter der oft national indifferenten Landbevölkerung warben. 1910 lagen römisch-katholische Polen mit 46 Prozent und griechisch-katholische Ukrainer – bzw. Ruthenen – mit 42 Prozent fast gleichauf; eine gegenüber diesen konfessionellen Angaben deutlichere Führung von über 50 Prozent erreichten die Polen hauptsächlich deshalb, weil die Juden als Sprache ebenfalls Polnisch angaben, da die Wahlmöglichkeit Jiddisch nicht gegeben war.¹⁴

Von Relevanz waren die Statistiken deswegen, weil sie die bisherige polnische Dominanz gegenüber den Ukrainern bedrohten. So gab es seit 1867 ebenso ein polnisches Schulwesen wie auch einen galizischen Sejm (Landtag), ab 1869 war der Gebrauch des Polnischen als Amtssprache verpflichtend, und 1873 erhielt Galizien noch weiter gehende Autonomie. Dieses ging zwar keinesfalls so weit wie die Stellung Ungarns unter dem österreichisch-ungarischen Ausgleich, sicherte den Polen aber doch erhebliche Rechte zu – unter anderem, weil sie dank eines diskriminierenden Kurienwahlsystems den Landtag dominierten.¹⁵ Zudem fanden sich beispielsweise unter den 408 Professoren an der Lemberger Universität nur zehn Ukrainer, und auch in Wien standen 304 polnischen Beamten in den Ministerien nur 24 Ukrainer entgegen; ein ähnliches Verhältnis war bei

¹³ BENNO GAMMERL, Staatsbürger, Untertanen und Andere. Der Umgang mit ethnischer Heterogenität im Britischen Weltreich und im Habsburgerreich 1867–1918, Göttingen 2010, S. 335 und 350 f.

¹⁴ CHRISTOPH MICK, Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt. Lemberg 1914–1947, Wiesbaden 2010, S. 29 f. Umfassend zur k. u. k. Sprachpolitik: PIETER M. JUDSON, *Guardians of the nation. Activists on the language frontiers of imperial Austria*, Cambridge, Mass. 2006; MICHAELA WOLF, *Die vielsprachige Seele Kakanien. Übersetzen und Dolmetschen in der Habsburgermonarchie 1848 bis 1918*, Wien 2012.

¹⁵ ROBIN OKEY, *The Habsburg monarchy, c. 1765–1918. From enlightenment to eclipse*, Basingstoke 2001, S. 288.

den Schulen zu beobachten: auf 96 polnische Gymnasien kamen nur sechs ukrainische.¹⁶

Indem die Habsburgermonarchie in Galizien die Ukrainer diskriminierte und die Polen bevorzugte, sicherte sie sich die Loyalität der ersten Gruppe – zumindest solange, wie deren Nationalismus nicht in Forderungen nach einem unabhängigen polnischen Staat mündete. Die Ukrainer aber, die zeitgenössisch oft auch als Kleinrussen bezeichnet wurden, galten stets als eine Art fünfte Kolonne Russlands.¹⁷ Sie konnten in Teilen gleichzeitig als Minderheit mobilisiert werden, um im Zarenreich Unruhe mit der Forderung nach einem eigenen Staat gemeinsam mit der dort lebenden ukrainischen Bevölkerung zu schüren.¹⁸ Doch ein derartiges Vorgehen in den Nachbarländern blieb letztlich gegen die nationalistischen Strömungen innerhalb der Doppelmonarchie wirkungslos, was auf Seiten der deutschösterreichischen Konservativen und des Militärs die Angst einer Desintegration schürte und einer geregelten Herrschaftsausübung abträglich war.¹⁹ Das Spannungsfeld ethnischer Politik zwischen den beiden Imperien stellte letztlich auch einen Konfliktherd innerhalb des k. u. k. Kronlands dar. 1914 wurde deshalb ein galizischer Ausgleich ausgehandelt, der gegen heftigen Widerstand vor allem der polnischen Eliten eine stärkere Beteiligung der Ukrainer an der Politik sowie eine größere Bildungsförderung vorsah. Allerdings verhinderte der Erste Weltkrieg eine Umsetzung.²⁰

Nachdem sich das Habsburgerreich spätestens nach dem Ausgleich mit Ungarn langsam in einen Verfassungsstaat verwandelte, erlangten auch die galizischen Juden schrittweise eine bürgerliche Gleichstellung, was 1868 nach umfassender, teilweise antisemitischer Debatte im galizischen Landtag beschlossen wurde. Verbunden damit war allerdings keine Anerken-

¹⁶ BORODZIEJ, *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, S. 36.

¹⁷ Zu den tatsächlichen Anhängern Russlands in Galizien: ANNA VERONIKA WENDLAND, *Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Russland 1848–1915*, Wien 2001.

¹⁸ Umfassend zur „ukrainischen Frage“: KLAUS BACHMANN, „Ein Herd der Feindschaft gegen Rußland“. Galizien als Krisenherd in den Beziehungen der Donaumonarchie mit Rußland (1907–1914), Wien 2001. Siehe auch KRONENBITTER, „Krieg im Frieden“, S. 390–392; ARMIN MITTER, Galizien – Krisenherd in den Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland (1910–1914), in: *Jahrbuch für die Geschichte der sozialistischen Länder Europas* 28 (1984), S. 207–233.

¹⁹ KRONENBITTER, „Krieg im Frieden“, S. 526.

²⁰ MICK, *Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt*, S. 64 f.

nung als Nation, sondern nur als Religionsgemeinschaft.²¹ In Folge dieser Regelung waren diejenigen Juden, die eine Beteiligung am Staat anstrebten, oftmals gezwungen, zwischen einer Assimilation an die deutsch-österreichische oder an die polnische Nation zu wählen, weil nur dadurch eine gewisse politische Mitbestimmung gewährleistet wurde. Eine aktive Politik von Seiten des Imperiums war damit nicht verbunden, denn ein gesondertes Interesse an den Juden als Verbündeten in Meinungs- und Entscheidungsbildungsprozessen war nicht vorhanden; stattdessen instrumentalisierten alle Seiten immer wieder den Antisemitismus, wenn es ihren Interessen dienlich schien.²²

Während Österreich-Ungarn seine Machtausübung in Galizien explizit auf die polnische Ethnizität aufbaute und damit die Untertanen hierarchisierte, versuchte Preußen die Polen zur Assimilation zu bewegen. Das war vor allem der Tatsache geschuldet, dass es einen großen Anteil deutscher Bevölkerung gab, die in Posen mehr als ein Drittel betrug und in Westpreußen sogar eine Mehrheit von über 60 Prozent bildete – wobei die Polen tendenziell auf dem Land, die Deutschen vor allem in den Städten lebten.²³ Anders als das k.u.k. Vielvölkerreich verfolgte die preußische Politik – trotz verschiedener überseeischer Kolonien – in Europa eine strikt nationalstaatliche Politik; Posen und Westpreußen galten als deutsche Gebiete, selbst wenn, meist mit Verweis auf Gustav Freytags 1854 publizierte Roman „Soll und Haben“, verschiedentlich festgestellt wurde, dass sie für eine nicht näher definierte Gruppe mental als Kolonie firmierten.²⁴

Eine wie auch immer geartete Anerkennung polnischer Autonomie war in Preußen nicht zu beobachten, obwohl es im 19. Jahrhundert durchaus eine dynamische Nationalitätenpolitik gab. Zunächst hatte Preußen versucht, die lokalen Eliten in Polen für seinen Staat einzunehmen – wie Russland und Österreich-Ungarn das bis hin zum Ersten Weltkrieg ebenfalls anstrebten. Unmittelbar nach dem Wiener Kongress war der aufgeklärte Absolutismus der Hohenzollern bereit, eine Gleichberech-

²¹ HARALD BINDER, *Galizien in Wien. Parteien, Wahlen, Fraktionen und Abgeordnete im Übergang zur Massenpolitik*, Wien 2005, S. 51 f. Siehe umfassend auch: TERESA ANDLAUER, *Die jüdische Bevölkerung im Modernisierungsprozess Galiziens. 1867–1914*, Frankfurt am Main 2001.

²² Hierzu jetzt: TIM BUCHEN, *Antisemitismus in Galizien. Agitation Gewalt und Politik gegen Juden in der Habsburgermonarchie um 1900*, Berlin 2012.

²³ Statistiken bei MARK TILSE, *Transnationalism in the Prussian east. From national conflict to synthesis, 1871–1914*, Houndmills 2011, S. 20–32.

²⁴ THER, *Deutsche Geschichte als imperiale Geschichte*, S. 139 f.

tigung auch der polnischen Untertanen zu akzeptieren. Doch die Aufstände 1830 und insbesondere 1863 schufen das Bewusstsein einer polnischen Bedrohung, deren Unabhängigkeitsstreben den eigenen Staat gefährdete. Otto von Bismarck setzte daher vor allem auf politische Niederhaltung und Assimilation der Polen, was in einer ethnischen Bevölkerungspolitik mündete.²⁵

Diese sogenannte „Ostmarkenpolitik“ zielte vor allem auf die Städte, in denen nach 1871 im Zuge gestiegener Mobilität größere Bevölkerungsverschiebungen zu beobachten gewesen waren. In einer Thronrede verkündete Kaiser Wilhelm II. am 11. Januar 1898 eine „Hebungspolitik“, die in den östlichen Teilen Deutschlands die Abwanderung verhindern sollte – die insbesondere dazu geführt hatte, dass viele Deutsche Westpreußen und Posen verließen, so dass dort der polnische Bevölkerungsanteil gestiegen war.²⁶ Als langfristiges Programm sollten die Lebensbedingungen der Deutschen im Osten verbessert werden, während die polnische Mehrheit in diesen Provinzen von den finanziellen Segnungen nach Möglichkeit ausgeschlossen bleiben sollte.²⁷

Die praktische Umsetzung erwies sich freilich als schwierig und bedeutete vor allem ökonomische Subventionierung und kulturelle Förderprogramme; da die Polen der Ostprovinzen indes auch die deutsche Staatsbürgerschaft hatten, war eine Diskriminierung nicht immer leicht durchzusetzen, selbst wenn sie unter den politischen Eliten Berlins und der Provinzhauptstädte nicht umstritten war. Da es aber keine „Rassenpolitik“ gab und Assimilation anders als etwa in Afrika oder China nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern durchaus erwünscht war, gelang es Polen immer wieder, Ansprüche durchzusetzen, die den Untertanen in den Kolonien verwehrt blieben²⁸ – etwa die Aufnahme in den Staatsdienst als Beamte. Umgekehrt erwies sich der staatliche Zugriff auf die Polen, etwa als Wehrpflichtige in der Armee, ebenfalls als oft schwierig, weil mangelnde Sprachkenntnisse eine Verständigung verhinderten und es viel zu

²⁵ Ebd., S. 137; SEBASTIAN CONRAD, *Globalisierung und Nation im deutschen Kaiserreich*, München 2006, S. 124 f.

²⁶ TORSTEN LORENZ, *Von Birnbaum nach Międzychód. Bürgergesellschaft und Nationalitätenkampf in Großpolen bis zum Zweiten Weltkrieg*, Berlin 2005, S. 135.

²⁷ CHRISTOPH SCHUTTE, *Die Königliche Akademie in Posen (1903–1919) und andere kulturelle Einrichtungen im Rahmen der Politik zur „Hebung des Deutschtums“*, Marburg 2008, S. 43–46.

²⁸ SEBASTIAN CONRAD, *Deutsche Kolonialgeschichte*, München 2008, S. 99.

wenig Offiziere gab, die des Polnischen mächtig waren.²⁹ Neben einer aktiven Förderung der Deutschen gab es eine negative Politik gegen die Polen, die ihnen beispielsweise seit 1876 im Umgang mit Behörden die eigene Sprache³⁰ sowie eigene Schulen verbot und sich zudem im anti-katholischen „Kulturkampf“ manifestierte – beide Elemente verbanden sich hier, weil die katholische Kirche zahlreiche Schulen für Polen unterhielt. Entgegen der ansonsten hochgehaltenen rechtsstaatlichen Prinzipien waren nicht alle Bürger gleich³¹ – sondern nur dann, wenn sie deutsch waren oder deutsch wurden. Diese „Germanisierung“ mit dem Ziel einer sprachlichen und kulturellen Homogenisierung war allerdings nur bei den ins Ruhrgebiet migrierten Polen erfolgreich, während sie im Osten weitgehend ohne Effekt blieb und sogar den Zusammenschluss der Polen förderte.³² Auch die Ansiedlung von rund 120.000 Deutschen in den östlichen Provinzen, für die bis Kriegsausbruch aus staatlichen Mitteln Boden im Wert von rund einer Milliarde Reichsmark gekauft worden war, verblasste angesichts einer zwanzigfachen polnischen Einwohnerschaft.³³

Auch Russland hatte seine eigene Politik gegenüber Kongresspolen entwickelt, die teilweise auf der mehrhundertjährigen Erfahrung mit imperialer Herrschaft in Sibirien und im Kaukasus beruhte. Dort war es zu keinem einheitlichen Vorgehen gekommen, stattdessen wurden die indigenen Völker jeweils mit einer individuellen Variante des *divide et impera* behandelt – wobei die absolute Machtfülle des Zaren stets bewahrt blieb und deutlich über die des deutschen und des österreichischen Kaisers hinausging. Für Kongresspolen bedeutete das zuvorderst, dass 1830 und 1863 Aufstände für mehr Selbständigkeit und Unabhängigkeit niedergeschlagen und jegliche Autonomiebestrebungen unterbunden wurden. Seit der zweiten Erhebung existierte auch das Königreich Polen nicht

²⁹ JENS BOYSEN, *Preußische Armee und polnische Minderheit. Royalistische Streitkräfte im Kontext der Nationalitätenfrage des 19. Jahrhunderts (1815–1914)*, Marburg 2008, S. 209.

³⁰ THORSTEN LEUSCHNER, „Die Sprache ist eben ein Grundrecht der Nation, das sich nur bis zu einer gewissen Grenze gewaltsam verkümmern läßt“. Deutsch-polnische Gegensätze in der Entstehungsgeschichte des preußischen Geschäftssprachengesetzes von 1876, in: *Germanistische Mitteilungen* 52 (2000), S. 149–165.

³¹ DIETER GOSEWINKEL, *Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 2003, S. 263–277.

³² CONRAD, *Globalisierung und Nation*, S. 126 f.

³³ BROZAT, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 142–172.

mehr – selbst wenn der Name gebräuchlich blieb und der bis dahin amtierende Vizekönig Friedrich Wilhelm Rembert von Berg den Titel bis zu seinem Tod 1874 weiter tragen durfte. Der Zar war nun nicht mehr in Personalunion zugleich König von Polen, sondern dieses Gebiet war als „Weichselland“ nur noch ein Teil des Russischen Reichs.³⁴

Trotz einer sehr direkten und strikten Kontrolle kam es lediglich in geringem Maße zu so etwas wie einer „Russifizierung“ und auch zu keinem Ansiedlungskolonialismus. Die wenigen Russen im Lande waren Militärs und Beamte, die die Verwaltung zahlenmäßig zwar nicht dominierten, aber dennoch alle zentralen Posten innehatten und zur Förderung ihrer Loyalität mit Landbesitz vor Ort belohnt wurden.³⁵ Und obwohl Russisch zugleich die Amts- und Schulsprache war, verstand laut einer statistischen Erhebung von 1897 rund ein Drittel der Einwohner Kongresspolens diese Sprache nicht.

Letztlich blieben die Bemühungen des Zarenregimes um Russifizierung auch wegen des geringen Einsatzes von finanziellen und personellen Mitteln zum Scheitern verurteilt – anders als gegenüber Weißrussen und Ukrainern war hier das Ziel einer Assimilation nicht so entscheidend, als dass man es mit einer ähnlichen Konsequenz wie beispielsweise in Preußen betrieben hätte.³⁶ Kleinere Zugeständnisse, wie etwa die Erlaubnis, ein Denkmal für den Nationaldichter Adam Mickiewicz zu errichten, traten allerdings hinter der Tatsache zurück, dass die offizielle Einweihung der Statue auf Russisch stattfinden musste;³⁷ und auch an den beiden Warschauer Universitäten war die Unterrichtssprache trotz der großen Mehrheit polnischer Studenten selbstverständlich Russisch.

All dies war eine Benachteiligung und Diskriminierung der polnischen Bevölkerung, der zudem die vollen Rechte russischer Staatsbürger verweigert wurden, etwa das auf Landerwerb außerhalb Kongresspolens; Polen, die im Staatsdienst Karriere machen wollten, mussten dafür aus ihrer

³⁴ WEEKS, *Nation and state in late imperial Russia*, S. 80 f.

³⁵ JERZY KUKULSKI, *Generałowie carscy i ich majątki ziemskie w Królestwie Polskim (1835–1920)*, Warszawa 2007. Eine gruppenbiographische Studie bei GRZEGORZ SMYK, *Korpus urzędników cywilnych w guberniach Królestwa Polskiego w latach 1867–1915*, Lublin 2004.

³⁶ BORODZIEJ, *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, S. 28 f. Vgl. zur früheren russischen Politik: HENRYK GŁĘBOCKI, *Fatalna sprawa. Kwestia polska w rosyjskiej myśli politycznej (1856–1866)*, Kraków 2000.

³⁷ PATRICE DABROWSKI, *Commemoration and the Shaping of Modern Poland*, Bloomington 2004, S. 148–152.

Heimat wegziehen und sich ins russische Kernland begeben.³⁸ Die offizielle, repressive Politik zielte zu jeder Zeit auf eine Unterordnung der Polen unter den russischen Staatsgedanken ab, bestrafte Illoyalität, zensierte scharf und schuf eine zentralisierte, St. Petersburg in direkter Linie unterstellte Administration, deren Gesetze und Institutionen sehr wohl von denen im russischen Kernland abwichen. Dies schloss sogar die politische Beteiligung auf lokaler Ebene in Form des sonst üblichen *zemstvo* aus; die Kontrolle durch den Generalgouverneur und teilweise durch die St. Petersburger Bürokratie selbst erlaubte keine Spielräume.³⁹

Eine gesonderte Politik verfolgte das Zarenreich für die Juden, die immerhin in 73 der 116 Städte des Königreichs Polen die Bevölkerungsmehrheit stellten.⁴⁰ Ursache hierfür war unter anderem das Vorgehen der Romanovs seit 1791, das es Juden verbot, in den europäischen Teilen Russlands zu leben und sie in den sogenannten Ansiedlungsrayon zwang – ein Gebiet zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, das vorher weitestgehend Teil der polnisch-litauischen Rzeczpospolita gewesen war. Zwar gab es gewisse Möglichkeiten, sich von dieser Regelung freizukaufen, und zeitweise waren weitere Ausnahmen gegeben, aber insgesamt führte diese Politik dazu, dass zahlreiche russische Juden nach Westen wanderten. Im Rayon lebten vor dem Ersten Weltkrieg fast fünf Millionen Juden, davon etwa zwei Millionen in Kongresspolen. Da diese Einwanderer neben Jiddisch oft nur Russisch sprachen, waren schon zeitgenössische Beobachter der Ansicht, dass die russische Politik mit dieser erzwungenen Migration auch die Polen schwächen wollte.⁴¹ Tatsächlich war es insbesondere nach 1881, als im Zarenreich zahlreiche Pogrome stattfanden, zu erneuten jüdischen Wanderungsbewegungen nach Westen gekommen; die in Polen eintreffenden „Litwaken“ – als „litauisch“ identifizierte Juden, die oft tatsächlich aus den ehemals litauischen Teilen der Rzeczpospolita stammten und kein Polnisch sprachen – machten bald ein Sechstel der Juden in Kongresspolen aus. Dieser Anteil ängstigte die polnischen Nationalkonservativen, sie würden bald gewissermaßen „überfremdet“ werden, was

³⁸ THEODORE R. WEEKS, *Across the Revolutionary Divide. Russia and the USSR, 1861–1945*, Hoboken 2011, S. 97 f.

³⁹ WEEKS, *Nation and state in late imperial Russia*, S. 152–154. Zu den Warschauer Generalgouverneuren: ŁUKASZ CHIMIAK, *Gubernatorzy rosyjscy w Królestwie Polskim. Szkic do portretu zbiorowego*, Wrocław 1999.

⁴⁰ WEEKS, *Nation and state in late imperial Russia*, S. 83.

⁴¹ Mit diesem Tenor der Bericht des k.u.k. Gesandten in Warschau, Leopold von Andrian: Deutsches Literaturarchiv, Marbach [im Folgenden: DLA Marbach], Nachlass Andrian / 78.2.314 [alt: 3753]. Andrian an Aehrenthal, 7.12.1911.

wiederum einen gesamtgesellschaftlichen Anstieg von Antisemitismus und antijüdischer Gewalt zur Folge hatte.⁴² Relevant hierfür war außerdem ökonomischer Konkurrenzneid, denn aufgrund überkommener Berufsrestriktionen lebten nach wie vor fast 43 Prozent der Juden von Handel und Wirtschaft, weitere 34 Prozent waren in Industrie und Handwerk tätig.⁴³ Die russische Politik, die nicht an einer Gleichberechtigung und Integration der Juden interessiert war, zeichnete sich also auch dadurch aus, dass sie verschiedene Ethnien gegeneinander ausspielte, ohne für Polen oder gar Juden größere Sympathien zu empfinden. Ironischerweise waren die Juden dabei die einzige ethnische Gruppe, bei der tatsächlich so etwas wie eine „Russifizierung“ stattfand, weil sie im Zuge der Assimilation eher die russische als die polnische Sprache annahmen.⁴⁴

Landesintegration und „Binnenkolonisation“

Einem Reisenden, der sich nach der Jahrhundertwende durch Polen bewegte, war der unterschiedliche Wohlstand in den drei Teilungsgebieten sofort offensichtlich: Ziegelbauten waren im preußischen Posen eine Selbstverständlichkeit und machten selbst auf dem Land 71 Prozent der Wohnbebauung aus, während in den Städten Kongresspolens – mit Ausnahme von Warschau – nicht einmal 50 Prozent erreicht wurden; Kanalisation, fließendes Wasser, selbst gepflasterte Straßen blieben eine Ausnahme. Auch bei der galizischen Landbevölkerung waren gemauerte Häuser sehr selten und machten weniger als fünf Prozent aller Gebäude aus.

Dies korrespondierte mit den jährlichen Durchschnittseinkommen, die im ersten Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende wie folgt geschätzt wurden: preußisches Teilungsgebiet 113, Königreich Polen 63 und Galizien 38 Dollar (zum Vergleich die Durchschnittseinkommen der drei Teilungsmächte: Deutschland 143, Wien und Oberösterreich 124 und europäisches Russland 33 Dollar). Sogar die Lebenserwartung, ein wichtiger Indikator des Fortschritts, differierte: Ein Posener wurde vor Kriegsausbruch durch-

⁴² FRANÇOIS GUESNET, *Polnische Juden im 19. Jahrhundert. Lebensbedingungen Rechtsnormen und Organisation im Wandel*, Köln 1998, S. 61–80.

⁴³ GLICKSMAN, *In the mirror of literature*, S. 23; ZIELIŃSKI, *Stosunki polsko-żydowskie*, S. 32 f.

⁴⁴ WEEKS, *Across the Revolutionary Divide*, S. 98 f.

schnittlich 48 Jahre alt, ein Galizier etwa 40 Jahre, ein Kongresspole nur 35 Jahre.⁴⁵

Der jeweils ganz eigenen Politik der Differenz gegenüber Ethnien entsprach zudem der Landesausbau, also die Integration der Gebiete in die Imperien. Dabei ist es allerdings trotz des oben geschilderten Wohlstandsgefälles und trotz des allgemein weniger fortschrittlichen Russischen Reichs irreführend, für Kongresspolen eine besondere Rückständigkeit anzunehmen – das Gegenteil ist richtig: eine Industrialisierung war weder in Galizien noch in Westpreußen oder Posen zu beobachten, sondern vor allem in den Städten Warschau – immerhin die drittgrößte Stadt des Zarenreichs und die achtgrößte Europas – und Lodz, das nicht umsonst den Beinamen „Manchester des Ostens“ trug. Die Textilindustrie hatte in Kongresspolen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert einen enormen Aufschwung genommen und eine hohe Produktivität entwickelt, die auch den deutlich über das restliche Russland hinausgehenden Entwicklungsstand des Landes widerspiegelte: Während vorwiegend Fertigprodukte ausgeführt wurden, mussten meist nur Halbfabrikate und Rohstoffe importiert werden. Die Textilien fanden ihre Abnehmer hauptsächlich in Russland, es wurden vor dem Krieg Produkte im Wert von 349 Millionen Rubel pro Jahr ausgeführt; demgegenüber traten Eisenwaren mit einem innerrussischen Exportwert von knapp 60 Millionen deutlich zurück.⁴⁶ Dies zeigt, wie stark Polen auf das Zarenreich einerseits als Absatzmarkt angewiesen war – neue Märkte lassen sich meist nur schwer erschließen –, und andererseits auch die dort vorhandenen Rohstoffe benötigte.

Die in dieser Hinsicht große Integration in das russische Staatswesen ging einher mit einem hohen Steueraufkommen, das pro Kopf rund ein Drittel über dem der russischen Kernlande lag.⁴⁷ Gleichzeitig waren aber die staatlichen Investitionen vor allem in die Infrastruktur zurückgeblieben und Eisenbahnen und Kanäle in Kongresspolen nur in geringem

⁴⁵ Alle Angaben in diesem Absatz bei: BORODZIEJ, *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, S. 20 f.

⁴⁶ ROSE, *Die Großindustrie des Königreichs Polen vor dem Krieg*; ADAM DOBRŃSKI, *Potencjał militarno-gospodarczy Królestwa Polskiego w latach 1907–1914*, Warszawa 1976. Der Außenhandel wird untersucht von: ANDRZEJ JEZIEŃSKI, *Handel zagraniczny Królestwa Polskiego 1815–1914*, Warszawa 1967.

⁴⁷ KESSLER, *Das deutsche Polen*, S. 83 ff. Russische Einkünfte aus Polen 1911: 228 Millionen Rubel; für Kongresspolen pro Kopf 18,32 Rubel, Russland gesamt inkl. Polen: 13,15 Rubel. Eine zeitgenössische Analyse aus deutscher Perspektive bei: EDWARD STRASBURGER, *Der Anteil Polens an den russischen Staatsfinanzen*, Warschau 1918.

Maße gebaut worden;⁴⁸ bei Kriegsausbruch 1914 lag nur gut ein Viertel der polnischen Städte überhaupt an einer Eisenbahnlinie, das Verhältnis von Schienenkilometern pro Einwohner war in Posen und Westpreußen etwa fünfmal so hoch, in Galizien erreichte es immerhin das Doppelte.⁴⁹

1913 gab es in der Region im Vergleich beispielsweise zu Österreich-Ungarn weniger als halb so viele Nutztiere pro Kopf.⁵⁰ Wie oben schon erwähnt, war die landwirtschaftliche Produktivität dort zudem deutlich geringer als im preußischen Posen. Die Verteilung von Land der Adeligen an Kleinbauern hatte erst 1864 stattgefunden – 4,4 Millionen Hektar waren an rund 700.000 befreite Bauern verteilt worden –, und die positiven ökonomischen Effekte hielten sich stark in Grenzen, weil die Ablöse hoch war und die allgemeine Steuerlast drückte. Auch die Methoden der Bestellung blieben traditionell,⁵¹ außerdem war ein Drittel der Grundstücke kleiner als zwei Hektar und damit höchstens für Subsistenzwirtschaft geeignet, so dass in Folge der staatlichen Reformen die Erträge nicht in dem Maße stiegen, wie sich die Bevölkerung vermehrte. Die Landwirtschaft konnte daher keine Überschüsse exportieren, sondern lediglich die Bevölkerung ernähren.⁵²

Insbesondere der Unterschied zum preußischen Teil Polens war groß. Das hauptsächlich deswegen, weil in der deutschen Provinz vorwiegend die Agrarwirtschaft gefördert worden war, während die Industrie nennenswert hinter der im russischen Landesteil zurückblieb. Dies ist umso bemerkenswerter, als Großpolen noch im 18. Jahrhundert zu den vorindustriell gut entwickelten Gebieten der Rzeczpospolita gezählt hatte. Allerdings konnte die dort in ersten Ansätzen vorhandene Textilindustrie

⁴⁸ Archiwum Główne Akt Dawnych, Warszawa [im Folgenden: AGAD], 312 / 1867. Wirtschaftliche Mitteilungen der k. u. k. Warenverkehrszentrale für das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet, Nr 12., 15.4.1916, S. 5 f. Polen stellte über 10 Prozent der russischen Bevölkerung, aber nur 6,2 Prozent der russischen Eisenbahnkilometer (und 5,1 Prozent der Wasserwege) lagen dort – trotz 13,3 Prozent des Fahrgastaufkommens und 15,8 Prozent der Bahneinnahmen.

⁴⁹ ÖStA, HHStA, Nl. Boschan / 2. Wirtschaftsgeographie des k. und k. Verwaltungsgebietes von Polen unter Berücksichtigung des gesamten neuen Polen, von Dr. Hermann Leiter, November 1916.

⁵⁰ ÖStA, HHStA, Nl. Boschan / 2. Materialien für die Friedensverhandlungen (Ackerbau, Viehzucht und Staatsdomänen in Russisch-Polen), von Sektionsrat Dr. Friedrich von Boschan, August 1916.

⁵¹ JULIAN BARTYŚ, *Mechanizacja gospodarstwa wiejskiego w Królestwie Polskim w pierwszych latach XX wieku*, Wrocław 1967.

⁵² IVAN T. BEREND, *History derailed. Central and Eastern Europe in the long nineteenth century*, Berkeley, Calif. 2006, S. 162 f.

nicht prosperieren, weil ein Handel nach Osten hin nicht mehr erwünscht und nach Westen hin wegen starker innerpreußischer Konkurrenz mehr oder weniger unmöglich war.⁵³

Das bedeutete allerdings nicht, dass Westpreußen und Posen von der übrigen Entwicklung in Deutschland vollkommen abgeschlossen gewesen wären. Auch dort wurde in Infrastruktur investiert, in Danzig und Elbing entstanden Eisen verarbeitende Betriebe; Bildung und auch Bildungsmobilität waren vorhanden – aber eine Abwanderung fand dennoch statt und trug zusätzlich zu einer relativen Rückständigkeit der ländlichen Gebiete bei, einfach weil die Bevölkerung fehlte. Die adeligen Eliten im Hohenzollernreich wollten agrarische, nicht industrialisierte Provinzen. Die Politik der „Germanisierung“ des Bodens konservierte die Dominanz der Landwirtschaft. Andererseits gab es nur wenige Deutsche, die in Posen oder Westpreußen Bauern werden wollten und die Subventionierung in Form von staatlich aufgekauftem Land dankbar in Empfang nahmen; zugleich boten zahlreiche Grundbesitzer der Ansiedlungskommission Boden und Güter an und machten gute Geschäfte, indem sie drohten, sie ansonsten an die polnische Landbank (Bank Ziemski) zu verkaufen.⁵⁴

Eine über die Landwirtschaft hinaus gehende Förderpolitik für andere Sektoren galt dem monarchistisch-konservativen Berlin als Risiko, weil die damit verbundene Modernisierung unerwünschte soziale und politische Folgen haben könnte. Gleichzeitig war die private Investitionsbereitschaft sehr gering, so dass neben sozioökonomischen und kulturellen Kriterien auch dieser Faktor ausschied, um an der Peripherie einen Auf- und Nachholprozess hin zu einer größeren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu initiieren.⁵⁵

Dennoch ging es der polnischen Landbevölkerung in der Provinz Posen im Vergleich mit den anderen Teilen Polens am besten, denn es gelang dort, das von Intellektuellen und Romantikern verbreitete Ideal der „organischen Arbeit“ (*praca organiczna*), einer Modernisierung ohne Industrialisierung, dafür mit genossenschaftlichen Banken und nicht-

⁵³ SCHUTTE, Die Königliche Akademie in Posen (1903–1919), S. 40.

⁵⁴ LORENZ, Von Birnbaum nach Międzychód, S. 141.

⁵⁵ UWE MÜLLER, Regionale Wirtschafts- und Nationalitätenpolitik in Ostmitteleuropa (1867–1939), in: DERS. Ausgebeutet oder alimentiert? Regionale Wirtschaftspolitik und nationale Minderheiten in Ostmitteleuropa (1867–1939), hg. v. DERS., Berlin 2006, S. 9–57, hier S. 44 f.

staatlichen Wirtschaftsorganisationen, in höherem Maße umzusetzen.⁵⁶ In gewissem Maße war sogar eine für Polen und Deutsche getrennte Wirtschaft zu beobachten, in der Produkte innerhalb der einen Ethnie hergestellt wurden und der Einkauf nur bei den eigenen Landsleuten stattfand. Die Ökonomie blieb kleinteilig, was Konkurrenz verhinderte, höhere Preise ermöglichte und so das Überleben sonst unrentabler Betriebe und Organisationen erlaubte.

Genossenschaftliche Vereine waren in Russland weitestgehend verboten, während Galizien sie zwar erlaubte, diese dort aber nur begrenzt reüssierten. Auch aus diesem Grund galt das Kronland als das Armenhaus der Doppelmonarchie, in dem zwar ein Viertel der Bevölkerung Cisleithaniens lebte, das aber nur neun Prozent der Industrie und ca. zwölf Prozent des Steueraufkommens dieses Reichsteils aufbrachte. Einen gewissen Aufschwung ermöglichten erst die Ölfunde im Gebiet um Drohobycz, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts einen regelrechten Öläus auslösten und das Gebiet im Jahre 1909 auf Platz drei aller Förderländer mit einem Weltmarktanteil von fünf Prozent führten.⁵⁷ In der Fläche blieb Galizien indes von kleinteiliger Landwirtschaft mit Höfen bis zu fünf Hektar geprägt. Gegenüber den preußischen und russischen Teilen Polens war die Region rückständig, selbst wenn in den letzten Jahren vor dem Krieg die wenigen größeren Güter begannen, moderne Anbaumethoden umzusetzen.⁵⁸

Angesichts all dieser Beobachtungen wurde Galiziens Entwicklung in der polnischen Geschichtsschreibung im Vergleich mit seinen Nachbarländern negativ beurteilt,⁵⁹ obwohl insbesondere die Integration in die Wirtschaft Österreich-Ungarns als hoch galt – wie bei den beiden anderen Teilen Polens. Doch diese Interpretation ist in den letzten Jahren in Frage gestellt worden: Unter anderem konnte nachgewiesen werden, dass die

⁵⁶ MACIEJ JANOWSKI, Galizien auf dem Weg zur Zivilgesellschaft, in: Vereine, Parteien und Interessenverbände als Träger der politischen Partizipation, hg. v. HELMUT RUMPLER / PETER URBANITSCH, Wien 2006, S. 805–858, hier S. 845 f.; THER, Deutsche Geschichte als imperiale Geschichte, S. 140 f. Zu den politischen Vorstellungen über Landwirtschaft im Königreich Polen: WIESŁAW PIĄTKOWSKI, Idee agrarne ugrupowań politycznych w Królestwie Polskim w latach 1892–1918, Łódź 1992.

⁵⁷ Umfassend hierzu: ALISON FLEIG FRANK, Oil empire. Visions of prosperity in Austrian Galicia, Cambridge, Mass. 2005.

⁵⁸ BORODZIEJ, Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, S. 35.

⁵⁹ Dieses Fazit z. B. bei JANOWSKI, Galizien auf dem Weg zur Zivilgesellschaft, S. 845 f. Eine zeitgenössische Betrachtung bei: ARNOLD BOLLAND, Co produkuje Galicya, a co Królestwo Polskie, Kraków 1916.

Provinz Posen nur unterdurchschnittlich in den Getreidehandel des Deutschen Reichs involviert war.⁶⁰ Das Fazit für die Doppelmonarchie fällt noch eindeutiger aus, Historiker konstatieren hier einen wirtschaftlichen Nationalismus: Es gab heterogene Märkte, in denen innerhalb einer ethnisch-sprachlichen Gruppe geringere Preise gezahlt wurden als beim Handel mit anderen nationalen Gruppen. Diese Effekte waren umso stärker, je geringer die Transportkosten wurden⁶¹ – die Integration Galiziens in den Reichsverband muss also in dieser Hinsicht als gering angesehen werden. Das war zumindest aus ungarischer Perspektive sogar intendiert, denn die dortigen Eliten verfolgten eine protektionistische Politik und erreichten mehrfach Steuerausnahmen, verbilligte Eisenbahntarife und direkte Subventionen, die sie gegen die Konkurrenz aus dem cisleithanischen Reichsteil absicherten. Eine derartige nationalistische Strategie, die so gar nicht dem Ideal eines integrierten Reiches entsprach, war auch bei anderen Gruppen zu beobachten, die zwar meist nicht ganz so viel Erfolg hatten, aber immer wieder Partikularinteressen durchsetzen konnten.⁶²

Andere politische Ereignisse verdeutlichen diese Feststellungen. In Cisleithanien wollte beispielsweise der österreichische Ministerpräsident Ernest von Koerber unmittelbar nach der Jahrhundertwende umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur veranlassen, war aber aufgrund parteipolitischer und nationaler Rücksichtnahmen gezwungen, die geplanten Ausgaben so sehr zu erhöhen, dass der Plan unrealisierbar wurde. Die Doppelmonarchie litt unter einem Teufelskreis, denn dem Partikularismus sollte zwar entgegengewirkt werden, aber die Zustimmung zu konkreten Maßnahmen mit diesem Ziel hing von den stark interessengeleiteten regionalen Eliten ab. Erfolge konnten einzig beim Ausbau der Eisenbahnen erzielt werden, für die 1913 ganze 48 Prozent des österreichischen Haushalts ausgegeben wurden. Den Bevölkerungsdruck in Galizien besei-

⁶⁰ HANS CHRISTIAN HEINEMEYER, Kommentar: Die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die wirtschaftliche Verflechtung Zentraleuropas, in: *Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900–2007*, hg. v. DIETER BINGEN u. a., Wiesbaden 2008, S. 78–84, hier S. 80.

⁶¹ MAX-STEPHAN SCHULZE / NIKOLAUS WOLF, Economic nationalism and economic integration. The Austro-Hungarian Empire in the late nineteenth century, in: *Economic History Review* 65 (2011), S. 652–673, hier S. 671.

⁶² BEREND, *History derailed*, S. 141 f. Siehe umfassend auch: ANATOL SCHMIED-KOWARZIK, *Unteilbar und untrennbar? Die Verhandlungen zwischen Cisleithanien und Ungarn zum gescheiterten Wirtschaftsausgleich 1897*, Innsbruck 2009.

tigte aber auch dies nicht.⁶³ Insofern kann trotz zahlreicher Förderinstitutionen wie etwa der Landesbank des Königreichs Galizien und Lodomerien (Galicyski Bank Krajowy) nicht von einem zentral oder lokal gesteuerten, gezielten Wirtschaftsaufbau gesprochen werden.

So blieb das Kronland über weite Strecken doch nur eine Getreide und Öl liefernde Peripherie, in dem die moderate Modernisierung weitgehend ohne Industrialisierung ablief.⁶⁴ Die strukturellen Probleme des Landes basierten nicht zuletzt auf einer asymmetrischen Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie der allgemeinen wirtschaftlichen Schwäche der Donaumonarchie.⁶⁵ Eine soziale Mobilisierung fand im Wesentlichen auf dem Bildungssektor statt – Analphabetismus stellte zwar vor Kriegsausbruch noch ein weit verbreitetes Phänomen dar, war aber dennoch bereits stark zurückgegangen –, zudem wurde ein funktionierendes Justizwesen aufgebaut. Die Bedingungen dafür waren von außen geschaffen, und Wien dachte ganz utilitaristisch an seinen eigenen Nutzen in Form von fähigen Rekruten, höheren Steuern und standardisierter Verwaltung, aber der Nutzen für die Einheimischen war gegeben.⁶⁶

Von einer systematischen Benachteiligung des Kronlands zugunsten der Kernlande kann dabei nicht die Rede sein, wie etwa die Steuerpolitik zeigt: In Galizien war der Anteil der Zahlungspflichtigen deutlich geringer als in anderen Teilen der österreichischen Reichshälfte – auf ökonomische Schwächen konnte die Doppelmonarchie also durchaus differenziert reagieren. Zudem zeigen die durch den Polenklub im Wiener Reichsrat erreichten Sonderzuwendungen sowie die sonstigen regulären Einnahmen und Ausgaben, dass die Provinz zumindest finanziell eher bezuschusst als ausgebeutet wurde.⁶⁷

⁶³ MÜLLER, Regionale Wirtschafts- und Nationalitätenpolitik in Ostmitteleuropa (1867–1939), S. 23–25.

⁶⁴ JANOWSKI, Galizien auf dem Weg zur Zivilgesellschaft, S. 805 f.

⁶⁵ FRANZ BALTZAREK, Zentralistische und föderalistische Aspekte der Wirtschaftspolitik am Beispiel Galiziens, in: Ausgebeutet oder alimentiert? Regionale Wirtschaftspolitik und nationale Minderheiten in Ostmitteleuropa (1867–1939), hg. v. UWE MÜLLER, Berlin 2006, S. 59–90, hier S. 73.

⁶⁶ ANNA VERONIKA WENDLAND, Imperiale, koloniale und postkoloniale Blicke auf die Peripherien des Habsburgerreiches, in: Kolonialgeschichten. Regionale Perspektiven auf ein globales Phänomen, hg. v. CLAUDIA KRAFT u. a., Frankfurt am Main 2010, S. 211–235, hier S. 216–219.

⁶⁷ MÜLLER, Regionale Wirtschafts- und Nationalitätenpolitik in Ostmitteleuropa (1867–1939), S. 34, 38 f., 43 f.

Insgesamt entstand so in Galizien eine zumindest teilweise entwickelte moderne Gesellschaft. Die überkommene ständische Ordnung war durchaus noch in Teilen vorhanden, aber es gab bereits Ansätze einer liberalen Öffentlichkeit, die sich etwa in Vereinen, politischer Partizipation, Nationalismus und sogar in Aktivitäten der Kirche manifestierte.⁶⁸ Darin ähnelte Galizien teilweise der Provinz Posen, während die Unterschiede zum Königreich Polen bedeutender waren. In einer größeren Perspektive waren die Arten von Integration und Landesausbau der drei Imperien in Polen allerdings genauso verschieden wie ihre Politik gegenüber den im Lande lebenden Ethnien. Auch der Verweis auf den Aufbau Galiziens durch moderne habsburgische Administration, Bildungspolitik und nationale Gleichberechtigung ist nur teilweise berechtigt. Die Region blieb trotzdem in weiten Teilen rückständig, verglichen mit Metropolen wie Berlin oder Wien sogar archaisch.

Die politische Beteiligung der Polen

Die Integration der drei Gebiete in den Imperien zeigte sich zudem im Verwaltungsaufbau. Während Preußen wie in anderen Landesteilen sein engmaschiges Netz staatlicher Administration etablierte, war die Durchdringung in Galizien und Russisch-Polen geringer. Symptomatisch dafür kann die Post stehen: Vor dem Krieg war ein Postamt in Posen für 4.000 Einwohner zuständig, in Galizien für 5.400, in Kongresspolen aber für 19.000.⁶⁹ Dort gab es ein zentralisiertes System nach genuin russischer Art, bei dem sämtliche Entscheidungen über St. Petersburg und den Generalgouverneur liefen, den vor Ort im Wesentlichen der polnische Sołtyś vertrat – eine Art Dorfvorsteher, der diese Funktion nebenamtlich ausübte. Die wenigen Beamtenstellen in höheren Funktionen besetzten zwar immerhin zu beinahe 60 Prozent Polen, aber die Schaltstellen waren fast alle in Händen von Russen. Außerdem waren die früheren polnischen Institutionen nach dem Aufstand 1863 aufgelöst worden.⁷⁰

⁶⁸ JANOWSKI, Galizien auf dem Weg zur Zivilgesellschaft, S. 857 f.

⁶⁹ BORODZIEJ, Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, S. 22.

⁷⁰ ANDRZEJ CHWALBA, *Polacy w służbie Moskali*, Warszawa 1999, S. 236. Die russische Verwaltung ist umfassend untersucht, vgl. etwa die zeitgenössische Studie aus k.u.k. Perspektive: LEON WASILEWSKI, *Administracja rosyjska w Królestwie Polskim*, Wien 1915. Heutige Fragestellungen bei: GRZEGORZ SMYK, *Administracja publiczna Królestwa Polskiego w latach 1864–1915*, Lublin 2011; KATYA VLADIMIROV, *The world of provincial bureaucracy in late 19th and 20th century Russian Poland*, Lewiston 2004; MAREK RUT-

Entsprechend gering waren die politischen Partizipationsmöglichkeiten, zumal das Zarentum unter den drei Imperien dasjenige mit den geringsten konstitutionellen und demokratischen Rechten war. De facto wurde Russisch-Polen von einer kleinen Bürokratenelite regiert. Von einzelnen Reformen im Kernland, wie etwa 1892 die der Gemeinden, war das Gebiet explizit ausgenommen; eine versprochene Regelung der Selbstverwaltung wurde nie umgesetzt, da die direkte Kontrolle nicht außer Hand gegeben werden sollte. Warschau verwalteten ein von wenigen reichen Bürgern gewählter Stadtrat und ein von St. Petersburg ernannter Präsident, deren Kompetenzen alleine die staatlichen Behörden gewährten. Diese wurden 1892 sogar weiter beschränkt, so dass das Innenministerium beispielsweise alle Ausgaben, die 30.000 Rubel überschritten, explizit genehmigen musste. Trotz mancher Diskussionen kam es in den folgenden Jahren bis Kriegsbeginn nicht zu einer modernisierten Fassung dieses Systems.⁷¹

Als 1906 erstmals eine Duma als ein mit sehr geringen Rechten ausgestattetes Parlament für das Zarenreich gewählt wurde, stammten 34 Abgeordnete aus Kongresspolen – bei einer Gesamtzahl von 426. Das restriktive Wahlgesetz von 1907 verschlechterte dieses Verhältnis: In der dritten und vierten Duma saßen bei einer Parlamentsgröße von 389 Mann nur 12 Delegierte aus Polen. Es ist kaum überraschend, dass sich die Polen als Bürger zweiter Klasse fühlten. Trotzdem entschieden sich die in St. Petersburg in einem Klub mit dem Namen „Koło“ zusammengeschlossenen polnischen Abgeordneten der Nationaldemokratischen Partei für eine enge Zusammenarbeit mit den Russen gegen den gemeinsamen deutschen Gegner – was wiederum die innergesellschaftlichen Bruchlinien verstärkte und nicht nur zu Spaltungen innerhalb der Nationaldemokraten führte, sondern zudem die Rivalität zu den Sozialisten verstärkte.⁷² Die Frage nach einer Akzeptanz der russischen Herrschaft ist allerdings bislang nicht ausreichend beantwortet worden; die polnische Forschung hat stark die Ablehnung und den Freiheitsdrang betont, aber nicht nur das Verhalten der Nationaldemokraten ist ein Indiz dafür, dass von einer tatsächlichen

KOWSKI, *Zmiany strukturalne w Królestwie Polskim wczesnej epoki paskiewiczowskiej. Studium efektywności administracyjnej, społecznej i gospodarczej zniewolonego państwa*, 2 Bde., Rzeszów 2007; ARTUR GÓRAK, *Kancelaria Gubernatora i Rząd Gubernialny Lubelski (1867–1918)*, Lublin 2006.

⁷¹ WEEKS, *Nation and state in late imperial Russia*, S. 81, 153 f.

⁷² Ebd., S. 115 f. Zur Nationaldemokratie und ihrem Anführer, Roman Dmowski: ROMAN WAPIŃSKI, *Narodowa Demokracja 1893–1939. Ze studiów nad dziejami myśli nacjonalistycznej*, Wrocław 1980; DERS., *Roman Dmowski*, Lublin 1989.

Fundamentalopposition keine Rede sein kann.⁷³ Im Juni 1914 diagnostizierte etwa der k.u.k. Generalkonsul Leopold von Andrian (1875–1951) in Warschau, dass „der Polnischen Öffentlichkeit das Russische Regime, dessen Willkür und Härte für den Einzelnen durch die Gutmütigkeit und durch die Bestechlichkeit besonders der niederen Russischen Regierungs-Organe wesentlich gemildert wird, noch ganz erträglich“ scheine.⁷⁴

Dies gilt mithin für die beiden anderen Imperien. Mindestens die polnischen Konservativen waren loyal gegenüber ihren jeweiligen Kaisern und begrüßten das Bewahrende an deren Herrschaft. In diesem Sinne schützte Russland vor dem angeblichen deutschen „Drang nach Osten“, während Deutschland und Österreich-Ungarn vorgeblich Bollwerke gegen die unzivilisierten Ostslawen mit ihrem Polenhass bildeten – und gegenseitig vor den jeweils angenommenen negativen Eigenschaften wie der gemächlichen, nachlässigen k.u.k. Mentalität oder preußischer Strenge und „Germanisierung“ schützten.⁷⁵

Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte in Galizien Russland als die größere Gefahr als die Preußen gegolten, selbst wenn die auch dort aktiven Nationaldemokraten die Bindung an Deutschland ab der Jahrhundertwende kritisch hinterfragten⁷⁶ und der polnische Nationalismus stets auf einen gemeinsamen, freien polnischen Staat drängte.⁷⁷ Bei Kriegsausbruch 1914 standen die Polen ebenfalls zu ihren jeweiligen Kaisern, wobei in Galizien am meisten aktive Unterstützung, in Preußen am wenigsten davon zu beobachten war. Die Ursache dafür lag auch in der Angst vor eventuellen negativen Reaktionen der Imperien – wie es in Galizien viele Ukrainer traf. Insgesamt wird man im Verhalten der polnischen Unterta-

⁷³ Zu derartigen Überlegungen: CHWALBA, Polacy w służbie Moskali, S. 241–244.

⁷⁴ Andrian an Berchtold, 6.6.1914, in: Leopold von Andrian (1875–1951), hg. v. PRUTSCH / ZEYRINGER, S. 224–228; Großschreibung im Original. Die russische Herrschaft wird bis heute als „Imperium der Korruption“ bezeichnet: ANDRZEJ CHWALBA, Imperium korupcji. W Rosji i w Królestwie Polskim w latach 1861–1917, Kraków 2006.

⁷⁵ BORODZIEJ, Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, S. 54. Zu einer „Zivilisierungs-mission“ des Habsburgerreichs v. a. in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vgl.: FRANZ LEANDER FILLAFER, The „Imperial Idea“ and Civilising Missions, in: Historyka. Studia metodologiczne 42 (2012), S. 37–60.

⁷⁶ THOMAS KLETECKA, Außenpolitische Vorstellungen von Parteien und Gruppen in Cisleithanien, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Band VI.1, hg. v. ADAM WAN-DRUSZKA, Wien 1989, S. 399–458, hier S. 433 f.

⁷⁷ Für eine Geschichte des polnischen Nationalismus und der Nationaldemokraten vgl. BRIAN A. PORTER, When nationalism began to hate. Imagining modern politics in nineteenth century Poland, New York 2000.

nen aber ein Zeichen ihrer politischen Integration erkennen müssen; diese war vermutlich weiter fortgeschritten, als bisher angenommen.⁷⁸

Das zaristische Regime in Kongresspolen war hart und verfolgte die Einheimischen nach dem Aufstand von 1863 mit teilweise drastischen persönlichen und materiellen Bestrafungen. Und auch nach der russischen Revolution 1905, die in Warschau und Lodz einigen Widerhall gefunden hatte,⁷⁹ flohen erneut zahlreiche Polen. Ihr bevorzugtes Ziel war Galizien, wo es die meisten Mitspracherechte gab. Die Ankunft der Aktivisten aus dem Osten bewirkte eine gewisse Radikalisierung in der ansonsten oftmals recht harmonisch innerhalb der cisleithanischen Politik eingebundenen Region.⁸⁰ Im Reichsrat hatte seit etwa 1880 das bereits angedeutete staatstragende Verhalten der polnischen Konservativen ihnen einige Vorteile verschafft, weil sich die k.u.k. Regierung anerkennend verhielt und kleinere Zugeständnisse sowie größere Investitionen machte. Damit konnten sich die Abgeordneten schmücken – was die Wähler honorierten. In einer Wechselwirkung verstärkte Wien die Diskriminierung der Ukrainer und setzte auf die Polen, deren schon bisher starke Position als Belohnung weiter gefestigt wurde: Nach einer Wahlreform 1907 kam auf 103.000 ukrainische Wähler ein Reichsratsabgeordneter, während es bei den Polen nur 42.000 Mann pro Abgeordnetem waren.⁸¹

In Galizien gab es vor dem Krieg ein voll entwickeltes Parteiensystem, das in vielen Bereichen der Gesellschaft präsent war. Dazu gehörte ein – in Wien ungern gesehenes – wechselndes Wahlverhalten nach der ange deuteten Radikalisierung aufgrund der russischen Emigration. So wurde die konservative Dominanz im „Polenklub“, der Versammlung aller galizischen Delegierten im Wiener Reichsrat, mit den Wahlen 1907 beendet: Die Nationaldemokraten übernahmen nun die Führungsrolle.⁸² Für die habsburgische Politik bedeutete dies, sich nicht mehr auf die staatstragende Rolle des Polenklubs verlassen zu können. Begünstigt durch ein ständisches Kurienwahlsystem mit einer asymmetrischen Einteilung nach

⁷⁸ PIOTR SZLANTA, *Der Glaube an das bekannte Heute, der Glaube an das unsichere Morgen. Die Polen und der Beginn des Ersten Weltkriegs*, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas* 61 (2013), S. 411–432, hier S. 425–427.

⁷⁹ STANISŁAW WIECH / MAREK PRZENISŁO, *Rewolucja 1905–1907 w Królestwie Polskim i w Rosji*, Kielce 2005.

⁸⁰ JANOWSKI, *Galizien auf dem Weg zur Zivilgesellschaft*, S. 818.

⁸¹ HARALD BINDER, *Die Wahlreform von 1907 und der polnisch-ruthenische Konflikt in Ostgalizien*, in: *Österreichische Osthefte* 38 (1996), S. 293–320. Siehe auch KLETECKA, *Außenpolitische Vorstellungen von Parteien und Gruppen in Cisleithanien*, S. 431.

⁸² JANOWSKI, *Galizien auf dem Weg zur Zivilgesellschaft*, S. 815.

Großgrundbesitz, Städten, Handels- und Gewerbekammern sowie Landgemeinden waren die galizischen Vertreter im Reichsrat bis dahin stark monarchistisch-konservativ gewesen.⁸³ Doch Anfang des 20. Jahrhunderts waren selbst die Sympathien der Besitzenden nicht mehr eindeutig, so dass das Kronland mehr und mehr heterogen repräsentiert wurde.⁸⁴

Im 19. Jahrhundert war das nicht der Fall gewesen. Die Abgeordneten aus Galizien, die je nach aktueller Wahlrechtsgestaltung zwischen knapp 18 und über 20 Prozent aller Reichsratsmitglieder stellten, waren in ihrer Geschlossenheit eine höchst einflussreiche Gruppe. Die Rolle der Peripherie im imperialen Zentrum reichte soweit, dass Ministerpräsidenten gestürzt, Minister und mit Fürst Kazimierz Badeni zwischen 1895 und 1897 sogar ein österreichischer Regierungschef gestellt werden konnten.⁸⁵ Auch auf regionaler Ebene war die Selbstverwaltung fest in polnischer Hand, die Statthalter entstammten fast ausschließlich dem lokalen Adel. Im Landtag dominierte einmal mehr dank eines Kurienwahlrechts das polnisch-konservative Element über Ukrainer und Juden⁸⁶ – und mithin die besitzende Elite des Adels über Städte und Bauern, obwohl sich gerade letztere durch einen streng nationalen Konservatismus auszeichneten und eigene politische Kraft entfalteten.⁸⁷

Die ethnischen Bruchlinien zogen sich indes durch die gesamte Gesellschaft: So sehr die politische Partizipation der Einheimischen im Habsburgerreich möglich, ja geradezu konstitutiv war, so sehr beschränkte sie sich in Galizien doch auf die Polen und benachteiligte andere Nationen. Das umfangreiche Vereinswesen im Sport, bei Schützen oder der Feuerwehr, im studentischen und beruflichen Milieu, war sehr selten ethnisch indifferent, sondern beinahe immer separiert – wobei die sprachliche Nähe aufgrund der slawischen Wurzeln, etwa beim polnischen Turnverein „Sokół“ und der ukrainischen Variante „Sokil“, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf recht plakative Weise deutlich macht.⁸⁸

Eine nationale Diskriminierung bestand auch in Westpreußen und Posen, aber dort betraf sie die Polen, die hinter die Deutschen zurück-

⁸³ BINDER, Galizien in Wien, S. 185–190.

⁸⁴ ROMAN KOCHNOWSKI, *Przy Tobie Najjaśniejszy Panie stoimy i stać chcemy... Monarchia habsburska w polskiej myśli politycznej lat 1860–1914*, Kraków 2009, S. 135–185.

⁸⁵ Umfassend zur galizischen Repräsentation in Wien: BINDER, Galizien in Wien; JÓZEF BUSZKO, *Polacy w parlamencie wiedeńskim 1848–1918*, Warszawa 1996.

⁸⁶ STANISŁAW GRODZISKI, *Sejm krajowy galicyjski 1861–1914*, Warszawa 1993.

⁸⁷ Hierzu: MOLEND, *Chłopi, naród, niepodległość*.

⁸⁸ MICK, *Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt*, S. 55.

treten sollten. Wie bereits erwähnt bestand die polnische Reaktion auf die Politik des Reichs vor allem in einem engen Zusammenschluss und verstärkter Organisation in Form von Vereinen, die durch die Verfassung geschützt waren – das Recht der preußischen Staatsbürger galt prinzipiell ebenso für Polen, selbst wenn Berlin immer wieder versuchte, Ausnahmetatbestände zu schaffen. 1906/1907 etwa bestreikten die Polen einen Großteil der Schulen in der Provinz Posen und umgingen damit die Schulpflicht; daraufhin ließ die Regierung die Eltern der fehlenden Schüler verhaften und die Kinder selbst prügeln.⁸⁹

Im Rahmen der „*praca organiczna*“ lag dem Verhalten der Polen in den preußischen Teilungsgebieten auch das Verständnis zugrunde, dass eine moderne Nation durch Bildung und Fleiß sowohl ihre Integrität bewahren wie einen Aufstieg schaffen konnte.⁹⁰ Von dieser Idee profitierten tatsächlich vor allem Arbeiter und Bauern, während der Einfluss von Adel und Klerus tendenziell zurückging. Das zeigte sich etwa bei den Wahlen, an denen die Polen selbstverständlich teilnehmen konnten. Für sie galten dabei die gleichen Bedingungen wie für andere Staatsbürger, d. h. das allgemeine, gleiche Reichstagswahlrecht sowie das nach Steueraufkommen in drei Klassen gegliederte Wahlrecht des preußischen Abgeordnetenhauses, das die reichen Eliten begünstigte.

Wie in Russland und Österreich-Ungarn waren es nach der Jahrhundertwende die Nationaldemokraten, die die Meinungsführerschaft und die Mehrheit im Zusammenschluss der polnischen Reichstagsabgeordneten (Polenklub, *Koło Polskie*) übernahmen – auch mittels Stimmen aus dem Ruhrgebiet, wohin viele Polen als Arbeitsmigranten gelangt waren. Mit nie mehr als fünf Prozent aller Mandate im preußischen Abgeordnetenhaus und im Reichstag – dort zwischen 13 und 20 Sitze – blieben die Gestaltungsmöglichkeiten allerdings viel geringer als im Wiener Reichsrat.⁹¹ In den Jahren 1890 bis 1894 kam es unter Reichskanzler Leopold von Caprivi dennoch zu einer kurzlebigen Zusammenarbeit zwischen Polenklub und Regierung, von der sich die Polen eine größere Anerken-

⁸⁹ JOHN J. KULCZYCKI, *School strikes in Prussian Poland 1901–1907. The struggle over bilingual education*, New York, NY 1981.

⁹⁰ THER, *Deutsche Geschichte als imperiale Geschichte*, S. 140 f.

⁹¹ ALBERT KOTOWSKI, *Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe. Die Polnische Fraktion im Deutschen Reichstag 1871–1918*, Düsseldorf 2007, S. 57–80. Vgl. auch: LECH TRZECIAKOWSKI, *Posłowie polscy w Berlinie 1848–1928*, Warszawa 2003. Speziell zum Abgeordnetenhaus: TILSE, *Transnationalism in the Prussian east*, S. 140–145.

nung ihrer nationalen Interessen versprochen.⁹² Dies blieb Episode. Die lange Jahre um Ferdynand von Radziwiłł versammelten polnischen Abgeordneten, unter denen bis kurz nach der Jahrhundertwende Großgrundbesitzer und katholische Geistliche dominierten, arbeiteten hauptsächlich mit der Zentrumspartei zusammen, die sich als Vertreterin katholischer Interessen ebenfalls die meiste Zeit in Opposition zur Regierung befand. Mit zunehmender Modernisierung im preußischen Teilungsgebiet ging allerdings auch eine Differenzierung des Wahlverhaltens einher, so dass die Uniformität des *Koło Polskie* zurückging und die radikalisierte Forderung nach nationaler Autonomie oder sogar Unabhängigkeit mehr und mehr die Agenda bestimmte.⁹³

Diese Entwicklung war in allen drei Teilungsbieten zu beobachten, was zuletzt die Frage nach den Gemeinsamkeiten der drei Gesellschaften aufwirft. Die Forschung veranschlagt diese gering, und Włodzimierz Borodziej fasst einen Konsens in Worte, wenn er schreibt: „Gemeinsam scheint den Bewohnern des viergeteilten Gebiets nur die hohe Geburtenrate gewesen zu sein“.⁹⁴ Die drei Reiche zeigen drei verschiedene Wege dynamischer Adaption an die Herausforderungen multiethnischer imperialer Herrschaft – die Dominanz über die Einheimischen ging einher mit einem mehr oder weniger zielgerichteten „Landesausbau“ und einer Integration in die Reichsgebiete.

Während Österreich-Ungarn den Ansatz einer Kooperation mit den Polen und einer gezielten Regionalisierung verfolgte,⁹⁵ bei der die Habsburger als dynastisch legitimierte Herrscher fungierten,⁹⁶ war in Preußen eine klare Nationalisierungsstrategie zu beobachten; Russland hingegen

⁹² KOTOWSKI, Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe, S. 110–121.

⁹³ Eine Übersicht der Haltung polnischer politischer Parteien gegenüber Deutschland bei: ELŻBIETA STADTMÜLLER, *Polskie nurty polityczne wobec Niemiec w latach 1871–1918*, Wrocław 1994, S. 27–212.

⁹⁴ BORODZIEJ, Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, S. 20. Borodziej bezieht als viertes Gebiet auch noch die Teile der ehemaligen Rzeczpospolita im Osten Kongresspolens mit ein.

⁹⁵ Für Vorschläge, galizische Geistesgeschichte mit den Methoden der postkolonialistischen Theorien zu untersuchen, vgl. zuletzt: KLEMENS KAPS / JAN SURMANN, *Postcolonial or post-colonial? Post(-)colonial perspectives on Habsburg Galicia*, in: *Historyka. Studia metodologiczne* 42 (2012), S. 7–35.

⁹⁶ OSTERHAMMEL, *Die Verwandlung der Welt*, S. 625. Zur aktiven Rolle, die der Kaiser dabei einnahm, vgl.: LOTHAR HÖBELT, *Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte*, Wien u.a. 2009, S. 153–156.

behandelte Kongresspolen eher wie ein besetztes Gebiet.⁹⁷ Dabei wurden trotz aller Diskriminierung weder im Umgang mit der Bevölkerung noch bei der Nutzung des Landes Methoden angewandt, wie sie in überseeischen Kolonien üblich waren: In Polen war eine kontinentalimperiale Herrschaft in unterschiedlichen Ausprägungen zu beobachten. Zuvorste bedeutete dies, dass zumindest die vertikale Integration der polnischen Nation in die Imperien gelang, denn die Eliten konnten in allen drei Gebieten mehr oder weniger inkorporiert werden.

Die horizontale Integration erwies sich allerdings weitgehend als Fehlschlag, denn als Gesamtgruppe hatten weder Polen noch Juden oder Ukrainer an den Imperien teil.⁹⁸ Dem Adel gelang es so, trotz der Erfolge der Nationaldemokraten nach der Jahrhundertwende, mit einer grundsätzlich konservativen, den Kaisern gegenüber bei allen Differenzen grundsätzlich loyalen Haltung, seine dominierende Stellung zu bewahren; freilich gilt das nicht für die ganze Szlachta, die je nach Definition zwischen acht bis zehn Prozent aller ethnischen Polen umfasste, sondern für eine Oberschicht von rund 40.000 Personen – darunter acht Magnatenfamilien mit Latifundien in allen drei Teilungsgebieten –, deren Reichtum durchaus mit dem eines deutschen Fürstentums vergleichbar war.⁹⁹ Die Zahl der Bauern nahm im 19. Jahrhundert auf hohem Niveau prozentual ab, aber die Landbevölkerung blieb meist ebenso arm wie einflusslos. Zahlenmäßig an Gewicht gewannen in Polen wie anderswo die bürgerliche Stadtbevölkerung und die Arbeiter – beide allerdings nur in Maßen, einfach weil es wenig wohlhabende Städte und kaum Industrie gab. Zu bedeutsamen Akteuren innerhalb des politischen Prozesses in den imperialen Peripherien wurden sie deshalb nicht.

⁹⁷ Die Bewertung der russischen Herrschaft bei WEEKS, *Nation and state in late imperial Russia*, S. 154. Der russische Polizei- und Unterdrückungsapparat ist untersucht bei: ELŻBIETA KACZYŃSKA / DARIUSZ DREWNIĄK, *Ochrona. Carska policja polityczna w Rosji i Królestwie Polskim*, Warszawa 1993. Siehe jetzt auch: STANISŁAW WIECH, *Spółczesność Królestwa Polskiego w oczach carskiej policji politycznej (1866–1896)*, Kielce 2010.

⁹⁸ Für eine theoretische Reflexion: PHILIPP THER, *Die dunkle Seite der Nationalstaaten. Ethnische Säuberungen im modernen Europa*, Göttingen 2011, S. 35.

⁹⁹ BEREND, *History derailed*, S. 186–188.

2. EINE EROBERTE NATION. „POLENPOLITIK“ IM ERSTEN WELTKRIEG

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs machte das Gebiet der früheren polnischen Rzeczpospolita zum Schlachtfeld. Die drei Imperien hatten ihre frühere gemeinsame Bündnispolitik, die auch und gerade dem Frieden in Osteuropa diene, spätestens mit der russisch-französischen Allianz von 1894 hinter sich gelassen. Seit diesem Zeitpunkt war absehbar, dass ein künftiger Krieg zwischen ihnen unter anderem in Polen stattfinden würde. 1914 schien der Konflikt zunächst auf einen russischen Erfolg herauszulaufen, denn der deutsche Schlieffen-Plan sah eine Truppenkonzentration im Westen gegen Frankreich vor, während in Ostpreußen nur hinhaltender Widerstand geleistet werden sollte. Dementsprechend drangen russische Truppen bald nach Ostpreußen ein, konnten aber auch in Galizien Fortschritte machen und eine erste Offensive der Mittelmächte in Richtung Warschau im September und Oktober 1914 zurückschlagen. Gleichzeitig verteidigten sich diese zunächst nur knapp und mit kleineren Gebietsverlusten überhaupt gegen das Zarenreich: Anfang November 1914 waren weite Teile Galiziens – darunter die Hauptstadt Lemberg – und Ostpreußens in russischer Hand.¹⁰⁰ Insbesondere die Zerstörung der kongresspolnischen Grenzstadt Kalisch (Kalisz) durch deutsche Truppen bereits Anfang August, bei der zahlreiche Zivilisten ermordet wurden, gab einen ersten Eindruck von den Schrecken des Kriegs, die auch der Osten bereithielt.¹⁰¹

Erst im Dezember gelang es Deutschland und Österreich-Ungarn, selbst in die Offensive zu gehen und in Russisch-Polen größere Eroberungen zu machen, so dass unter anderem die Städte Tschenstochau (Czę-

¹⁰⁰ Für die russische Perspektive und mit weiteren Nachweisen der russischen Literatur: BORIS KHAVKIN, *Russland gegen Deutschland. Die Ostfront der Ersten Weltkriege in den Jahren 1914 bis 1915*, in: *Die vergessene Front*, hg. v. GROSS, S. 65–85; SEAN MCMEEKIN, *The Russian origins of the First World War*, Cambridge, Mass. 2011, S. 76–97. Die Situation für das Habsburgerreich umreißt LOTHAR HÖBELT, „So wie wir haben nicht einmal die Japaner angegriffen“. Österreich-Ungarns Nordfront 1914/15, in: *Die vergessene Front*, hg. v. GROSS, S. 87–120. Nach wie Referenz für die k.u.k. Operationsgeschichte ist die Neuausgabe von: MANFRIED RAUCHENSTEINER, *Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918*, Wien 2013. Die wichtigste Gesamtdarstellung zum Kriegsverlauf an der Ostfront ist das bald 40 Jahre alte Standardwerk STONE, *The Eastern Front. Zur Schlacht um Ostpreußen*: PIOTR SZLANTA, *Tannenberg 1914*, Warszawa 2005.

¹⁰¹ MIECZYSLAW ARKADIUSZ WOŹNIAK, *Kalisz 1914. Pogrom miasta*, Kalisz 1995; LAURA ENGELSTEIN, *A Belgium of Our Own. The Sack of Russian Kalisz, August 1914*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 10 (2009), S. 441–473.

stochowa), Lodz und Płock fielen. Zur Befreiung Ostpreußens kam es im Februar 1915, diejenige von Galizien dauerte bis Juli, selbst wenn einige östliche Teile um Tarnopol (heute ukrainisch: Ternopil') sogar bis 1917 in Feindeshand blieben. Warschau und ganz Kongresspolen besetzten die Mittelmächte erst nach dem Sieg in der Doppelschlacht von Gorlice-Tarnów im Mai 1915, in der k.u.k. Truppen dank großzügiger Unterstützung ihrer deutschen Verbündeten einen wichtigen Durchbruch in Galizien erzielten, der den Weg nach Norden freimachte und die Russen zum Rückzug zwang.¹⁰² Warschau fiel am 5. August, Anfang September war das ganze Weichselland erobert.

Im Osten sah es also keinesfalls gleich nach Kriegsbeginn so aus, als ob Deutschland und Österreich-Ungarn dort zu Siegern, gar zu Eroberern werden würden; ganz im Gegenteil waren zunächst Rückschläge zu verkraften und größere Geländeverluste zu verzeichnen. In starkem Kontrast dazu standen die Erwartungen an einen Sieg über die Russen – und an eine Expansion in Polen. Schon im September 1914 wurden erste Überlegungen angestellt, welche Territorien des Zarenreichs denn dem eigenen Imperium hinzuzufügen wären. Für die deutsche Seite hat dies zuerst der Bremer Historiker Fritz Fischer 1959 in einem Aufsatz untersucht und damit eine große Debatte ausgelöst, denn er unterstellte dem Kaiserreich einen „Griff nach der Weltmacht“.¹⁰³ Größere Teile der Pläne für Polen waren indes schon vorher bekannt und sind etwa von Werner Conze dargestellt worden.¹⁰⁴

Insgesamt kann diese Studie daher auf mehrere monographische Untersuchungen zurückgreifen, die die Außenpolitik der Mittelmächte in Bezug auf Polen gründlich und meist im chronologischen Ablauf ausführlich analysieren. Der folgende Überblick bietet keine Neuinterpretation, sondern stellt den Hintergrund der konkreten Besatzung in Polen dar, die immer wieder in Wechselbeziehung zu den Zentralen in Wien und Berlin trat. Auf die tatsächlichen Auswirkungen der diplomatischen Verwicklungen am Ballhausplatz und in der Wilhelmstraße auf die imperiale Peripherie wird in späteren Kapiteln eingegangen.

¹⁰² Zur Operationsgeschichte: RICHARD L. DI NARDO, *Breakthrough. The Gorlice-Tarnów campaign, 1915*, Santa Barbara, Calif. 2010.

¹⁰³ FISCHER, *Deutsche Kriegsziele*; DERS., *Griff nach der Weltmacht*. Für eine Einordnung der Außenpolitik bis Kriegsausbruch vgl. JÜRGEN ANGELOW, *Der Weg in die Urkatastrophe. Der Zerfall des alten Europa 1900–1914*, Berlin 2010.

¹⁰⁴ CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*.

Nach Osten! Expansionsziele der Mittelmächte 1914/15

Berlin stellte bereits wenige Tage nach Kriegsbeginn Überlegungen an, wie es die Völker in den russischen Westgebieten für einen Aufstand gegen den Zaren gewinnen könnte. In diesem Sinne wurde mit den parlamentarischen Vertretern der Polen im preußischen Teilungsgebiet Kontakt aufgenommen, um sich einerseits – erfolgreich¹⁰⁵ – deren Loyalität zu versichern, andererseits aber die Möglichkeiten einer Einflussnahme über die Front hinweg auszuloten. Der Reichsregierung schien es eine gute Idee zu sein, den Polen Zusagen zu mehr Autonomie zu machen, um dadurch den Rückhalt der Russen zu unterminieren: Schon am 31. Juli hatte Kaiser Wilhelm gegenüber Graf Bogdan Hutten-Czapski, einem wohlgelittenen preußisch-polnischen konservativen Herrenhausmitglied, erklärt, nach einem deutschen Sieg einen vereinigten und selbständigen polnischen Staat errichten zu wollen.¹⁰⁶

Zugleich entwickelte in Galizien Józef Piłsudski (1867–1935), der 1918 polnischer Staatspräsident wurde, eigene Pläne für eine polnische Armee und eine Selbstbefreiung der Nation, indem er eine erste Schützenabteilung unabhängig von den galizischen Reichsratsabgeordneten sowie den in Krakau entstehenden Vereinigungen aufstellte.¹⁰⁷ Volle Selbständigkeit konnte und wollte ihm das k.u.k. Armeekommando, das dieser Idee durchaus positiv gegenüberstand, indes nicht zugestehen. Es zwang Piłsudski dazu, die Truppen dem Wiener Oberbefehl zu unterstellen, obwohl er zumindest als Kommandeur weiter amtieren durfte. Die Legio-

¹⁰⁵ KOTOWSKI, Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe, S. 169–183.

¹⁰⁶ VON HUTTEN-CZAPSKI, Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft, S. 145. Zu Hutten-Czapskis Aktivitäten während des Kriegs jetzt: KATARZYNA GRYSIŃSKA-JARMUŁA, Hrabia Bogdan Hutten-Czapski (1851–1937). Żołnierz, polityk i dyplomata, Toruń 2011, S. 340–420. Aus der älteren deutschen Literatur: ADALBERT HAHN, Bogdan Graf von Hutten-Czapski, in: Jomsburg 1 (1937), S. 481–485; MAXIMILIAN VON HAGEN, Hutten-Czapskis Einfluß auf seine Zeit, in: Zeitschrift für Politik 27 (1937), S. 474–494 und S. 520–534. Zu den deutschen Vorstellungen für Polen 1914 z. B. BASLER, Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914–1918, S. 87–158 (für 1914–1916); LEMKE, Allianz und Rivalität, S. 54–73; MIKIETYSKI, Niemiecka droga ku Mitteleuropie, S. 75–96; SZYMCAK, Między Habsburgami a Hohenzollernami, S. 13–61.

¹⁰⁷ WŁODZIMIERZ SULEJA, Polish democratic thought during the First World War, in: The origins of modern Polish democracy, hg. v. MIECZYSLAW B. BISKUPSKI u. a., Athens, Ohio 2010, S. 95–109, hier S. 98. Vgl auch: WŁODZIMIERZ SULEJA, Orientacja austro-polska w latach I wojny światowej (do aktu 5 listopada 1916 roku), Wrocław 1992, S. 19–69; 204–266. Die neueste Biographie, die auch die ältere Literatur verarbeitet, ist: GARLICKI, Józef Piłsudski 1867–1935.

nen, wie diese Einheiten genannt wurden, umfassten bis Mitte 1916 nicht mehr als rund 25.000 Mann, firmierten allerdings als Keimzelle einer künftigen polnischen Armee. Zugleich propagierte das am 16. August 1914 in Galizien geschaffene Oberste Nationalkomitee (Naczelny Komitet Narodowy) einen polnischen Staat. Mit Duldung der Habsburgermonarchie erhob das Gremium einen gesamtpolnischen Vertretungsanspruch und war insofern halbwegs erfolgreich, als bereits im September 1914 erste Gesandte aus Russisch-Polen empfangen werden konnten, die seine Autorität und politischen Ziele anerkannten.¹⁰⁸

Flankiert wurden derartige militärische und politische Aktivitäten gerade in Deutschland von raumgreifenden, teilöffentlichen Kriegsziel Diskussionen, in denen sich die verschiedenen Akteure teilweise gegenseitig in ihrem Expansionsdrang überboten. Aktiv waren nicht nur Regierung und Oberste Heeresleitung, sondern zudem die Parteien des gesamten politischen Spektrums sowie diverse Interessenverbände. Eine offizielle Denkschrift des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg vom 9. September 1914, die auf Gedanken Walther Rathenaus zurückgriff, sah einen deutsch dominierten Wirtschaftsverbund in Zentraleuropa vor, in dem Polen als eigenständiger Staat Mitglied sein sollte. Damit hatte Bethmann die Grundlage für alle späteren Forderungen Deutschlands während des Kriegs geschaffen – auch, weil er die Ideen von Militärs, Industriellen und Politikern aufgegriffen und gebündelt hatte.¹⁰⁹

Die innerhalb der verschiedenen Reichsinstitutionen durchaus differenzierten Positionen können und sollen hier nicht erneut dargestellt werden. Gemeinsam war ihnen, dass einerseits eine Schwächung des imperialen Rivalen Russland angestrebt wurde, andererseits eine gewisse Unklarheit – und Unsicherheit – darüber herrschte, wie denn mit den zu erobernden polnischen Gebieten zu verfahren sei, insbesondere weil die Rolle des Bündnispartners Österreich-Ungarn und dessen Ansprüche nicht geklärt waren. Konkrete Annexionspläne gab es vor allem für einen so genannten Grenzstreifen, der Deutschlands Grenzen in Schlesien, Posen sowie Ostpreußen jeweils um gute 50 Kilometer nach Osten verschoben hätte.

¹⁰⁸ CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 52–58; LEMKE, *Allianz und Rivalität*, S. 38–54; 113–135; KONSTANTY SROKOWSKI, N. K. N. *Zarys historii Naczelnego Komitetu Narodowego*, Kraków 1923. Vgl. als Übersicht über die äußerst umfangreiche polnische Literatur zu den Legionen: WACŁAWA MILEWSKA u. a., *Legiony Polskie 1914–1918. Zarys historii militarnej i politycznej*, Kraków 1998.

¹⁰⁹ FISCHER, *Deutsche Kriegsziele*, S. 255 f. Zur Bedeutung des Programms: DERS., *Griff nach der Weltmacht*, S. 95.

Dieses Kriegsziel wurde in variierender geographischer Ausprägung während der Jahre 1914 bis 1918 immer wieder diskutiert und war seit August 1915 Bestandteil der offiziellen Regierungspolitik.¹¹⁰ Bemerkenswert dabei ist allerdings, dass die Planungen nicht erst nach den enormen Geländegewinnen im Sommer 1915 begonnen, sondern bereits ein Jahr früher – als Reaktion auf den russischen Einmarsch in Ostpreußen. Das ist auch der Grund, warum Berlin Adolf von Batocki (1868–1944), den Oberpräsidenten von Ostpreußen, mit einem ersten Konzept beauftragte: Es ging darum, Ostpreußen, Posen und Schlesien mittels einer Art Vorfeld vor einem Angriff zu schützen, nicht um neue Siedlungsgebiete.¹¹¹

In die deutsche Kriegszieldebatte mischten sich nach und nach Verbände und Privatleute ein, die ihre Ideen im Diskurs propagieren wollten. Der wohl wichtigste Vorschlag war der eines Mitteleuropa unter deutscher Herrschaft, dessen prominentester und meistgelesener Verfechter der liberale Reichstagsabgeordnete Friedrich Naumann (1860–1919) war.¹¹² Er publizierte 1915 ein Buch unter eben jenem Titel „Mitteleuropa“,¹¹³ das eine breite Rezeption fand und exemplarisch für die Vorstellungen eines gemäßigten deutschen Imperialismus stand. Diese so genannte „Weltreichslehre“ erlebte im Ersten Weltkrieg außerhalb der amtlichen Stellen eine Blüte mit zahlreichen Denkschriften und Veröffentlichungen, wobei sie als eine Art „Black Box“ für Ideen und Überzeugungen jeglicher Couleur stand.¹¹⁴

Für ihre Exponenten stand fest, dass die Zukunft den großen Reichen gehöre, weshalb ein imperialer Raum kontrolliert werden müsse, der nicht zuletzt wirtschaftliche Autarkie ermöglichen würde.¹¹⁵ Russland war dabei die größte Gefahr für Deutschland, wobei es weniger als wirtschaftliche Bedrohung galt, sondern aufgrund seiner Fremdheit, Größe und Bevölkerungszahl eine eher emotional begründete Gefahr darstellte;

¹¹⁰ GEISS, Der polnische Grenzstreifen, S. 96–107.

¹¹¹ ALEXANDER WATSON, *Ring of Steel. Germany and Austria-Hungary in World War I*, New York 2014, S. 265–268.

¹¹² Die wichtigste Analyse ist nach wie vor: MEYER, *Mitteleuropa in German thought and action 1815–1945*. Siehe auch in erweiterter Fragestellung: HENRY CORD MEYER, *Drang nach Osten. Fortunes of a slogan-concept in German-Slavic relations, 1849–1990*, Bern 1996.

¹¹³ FRIEDRICH NAUMANN, *Mitteleuropa*, Berlin 1915.

¹¹⁴ NEITZEL, *Weltmacht oder Untergang*, S. 293–389, bes. S. 307.

¹¹⁵ Ebd., S. 309–317.

demgegenüber traten russische Überlegungen in den Hintergrund.¹¹⁶ Naumanns Einfluss auf die tatsächliche Politik der deutschen Regierung muss gering veranschlagt werden. Auf diplomatischem Feld schlugen sich seine Konzepte lediglich als eine Art kartographischer Schatten in einem Friedensvorschlag der Mittelmächte in der zweiten Jahreshälfte 1916 nieder.¹¹⁷ Für den Warschauer Generalgouverneur Hans von Beseler (1850–1921) etwa war Naumann ein „recht geistvoller und interessanter Mann mit etwas phantastischem Einschlag“,¹¹⁸ aber niemand, dessen Ideen eine Bedeutung zugemessen wurde. So blieben die verschiedenen in der Publizistik vorgebrachten Varianten von „Mitteleuropa“ in Deutschland letztlich nur weitere Vorschläge für ein gemäßigtes Expansionsprogramm, mit dem auch der Verbündete Österreich-Ungarn in eine künftige Nachkriegsordnung einbezogen worden wäre.¹¹⁹

Dessen Interesse an dem Konzept als Grundlage einer zukünftigen Friedensordnung lässt sich als ambivalent bezeichnen. Mitteleuropa lief aus Wiener Sicht stets auf eine Juniorpartnerschaft unter deutscher Vorherrschaft hinaus, die bereits während des Krieges als teilweise demütigend empfunden wurde. Aber die finanziellen und wirtschaftlichen Belastungen aus der so umfassenden Mobilisierung aller menschlichen und materiellen Ressourcen waren so groß, dass die Vorschläge unter ökonomischen Gesichtspunkten zumindest sinnvoll erschienen, weil sie als Zoll- und Wirtschaftsabkommen eine gewisse Unterstützung innerhalb eines abgeschotteten Großraums versprachen. Politische Aspekte der Debatte, die auf historisch-kulturelle Verbundenheit und sprachliche Gemeinsamkeiten mit den Deutschen abzielten, vermischten sich nur teilweise mit den ökonomischen Bezügen. Deswegen waren es im Habsburgerreich vor allem Wirtschaftsverbände, die in steter Bezugnahme auf das deutsche Vorgehen auf eine Kooperation mit dem Verbündeten, mindestens aber

¹¹⁶ Ebd., S. 317–325.

¹¹⁷ MEYER, Mitteleuropa in German thought and action 1815–1945, S. 331. Vgl. zu Mitteleuropa als verbindendem Element zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn: NEITZEL, Weltmacht oder Untergang, S. 349–355.

¹¹⁸ Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg [im Folgenden: BAMA], N 30 / 53. Beseler an seine Frau, 18.3.1917. Robert Spät überließ mir freundlicherweise seine Transkription dieses Bestands.

¹¹⁹ WOLFGANG J. MOMMSEN, Die Mitteleuropaidée und die Mitteleuropaplanungen im Deutschen Reich vor und während des Ersten Weltkrieges, in: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, S. 3–24, hier S. 13 f. Siehe auch: RICHARD W. KAPP, Bethmann Hollweg, Austria-Hungary and Mitteleuropa, 1914–1915, in: Austrian History Yearbook 19 (1983), S. 215–236.

auf eine staatliche Förderung in den bereits eroberten Gebieten drängten.¹²⁰ Für sie spielten annexionistische Gedanken gegenüber dem gewissermaßen praktisch orientierten Profitstreben eine eher nachgeordnete Rolle. Mitteleuropa war in der Doppelmonarchie in viel geringerem Maße ein Programm imperialer Expansion, als dies im deutschen Kaiserreich der Fall war – wo es freilich ebenfalls zweitrangig blieb.¹²¹

Die österreichisch-ungarischen Kriegsziele waren allerdings durchaus raumgreifend. Das Imperium hatte in den 50 Jahren vor Kriegsausbruch viel von seiner einstigen Machtposition eingebüßt. Die heimische Wirtschaft war zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer stärker von Rohstoffknappheit, fehlenden Absatzmärkten bei stagnierender Binnennachfrage und zunehmender internationaler Konkurrenz sowie gleichzeitig mangelnder Wettbewerbsfähigkeit gekennzeichnet.¹²² Es kam daher mehr und mehr zu einem Imperialismus, der statt ökonomischer Überlegungen militär- und machtpolitische Ziele favorisierte. Damit einher ging ein Schwinden des Einflusses von Banken oder Industrie in den wesentlichen Debatten, so etwa in der Mitteleuropa-Frage. Andererseits war eine expansive Politik auch kein gesamtgesellschaftlicher Konsens, sondern wurde in den verschiedenen Regionen des Habsburgerreichs sehr unterschiedlich bewertet – und meist von den wohlhabenden Kreisen befürwortet, was einmal mehr Imperialismus als Projekt von Eliten zeigt, für das in der Gesamtgesellschaft erst um Zustimmung geworben werden muss. In den rückständigen Peripherien traf dergleichen auf wenig Resonanz; ohne homogenen Nationalstaat war keine homogene Politik möglich.¹²³

Gerade in der Armee hatten die internen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Reichshälften immer wieder zu finanziellen Einbußen geführt, so dass in weiten Teilen des Offizierskorps eine Krisenstimmung herrschte, die die Existenz des Habsburgerreichs bedroht sah. Mit der Ermordung des Thronfolgers in Sarajevo waren die letzten Hoffnungen auf eine Erneuerung der Dynastie, die als einzige den Zusammenhalt eines zentrifugalen Reiches zu gewährleisten schien, untergegangen. In einer militärischen „Kraftäußerung“ erblickten die Eliten des Reichs – nicht nur im Heer, sondern genauso in Diplomatie, Verwaltung, Presse und sogar

¹²⁰ AGAD, 312 / 6. Handels- und Gewerbekammer für das Erzherzogtum Österreich unter der Enns; Bericht über den Handel zwischen Österreich und Polen, 10.8.1915.

¹²¹ MÜLLER, Zwischen Annäherung und Abgrenzung, S. 320–329.

¹²² KOLM, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, S. 49–73.

¹²³ Ebd., S. 286 f. und 305.

im Reichsrat – die letzte Möglichkeit, die Existenz Österreich-Ungarns zu sichern.¹²⁴ Deswegen war das wichtigste Kriegsziel die Sicherung der Integrität des Reiches und seiner Großmachtposition – zunächst durch einen Sieg gegen Serbien. Schon dabei zeigte sich allerdings, dass es eine einfache Lösung für das ethnisch-nationale Problem einer Integration der in Serbien und der Donaumonarchie lebenden Südslawen nicht geben konnte und weitere interne Streitigkeiten unausweichlich waren.¹²⁵ Die Eroberungen dort und in Polen erwiesen sich als höchst ambivalent für das Habsburgerreich, denn die Kalamitäten in den neuen Gebieten lenkten von den inneren Problemen ab: Expansion trat an Stelle von Reform.

Für Polen existierten bei Kriegsausbruch keine feststehenden Ziele. Die Überlieferung des Ballhausplatzes zeigt allerdings, wie noch 1914 über eine Expansion in dieses Gebiet nachgedacht wurde – und zwar nicht von Militärs, sondern von zivilen Beamten. Der wegen des Krieges aus Warschau zurückgerufene vormalige dortige Generalkonsul und nunmehrige Polenreferent Leopold von Andrian trat dabei mit einer Denkschrift hervor, die sich in den Ausmaßen ihres Annexionsstrebens wenig von den in Deutschland geäußerten unterschied, dabei aber in ihrer Ausführlichkeit wesentlich konkretere Pläne für eine künftige Ausgestaltung der Expansion präsentierte.¹²⁶ Als „Polenexperte“ seiner Regierung war Andrian aber Realist genug, nicht nur von gewissermaßen naturgegebenen Vorteilen einer Eroberung auszugehen, sondern legte auch das zentrale Problem dar, das diese mit sich bringen würde: die Verschiebung der ethnischen Gleichgewichte innerhalb der Doppelmonarchie, die mit der Aufnahme von vielen Millionen Polen verbunden wäre.

Damit war erstmals der wichtigste Hinderungsgrund für die so genannte austropolnische Lösung der Frage nach einer Nachkriegsregelung für das Land genannt. Er sollte in der späteren Debatte eine zentrale Rolle spielen. Ganz Diplomat, der Andrian war, erläuterte er seiner Regierung zudem die zu erwartenden Komplikationen mit dem Deutschen Reich, das ebenfalls Interessen in Polen verfolgte. Gleichwohl war in der Denkschrift nicht die Rede von Mäßigung; ganz im Gegenteil präsentierte sie

¹²⁴ GÜNTHER KRONENBITTER, „Nur los lassen“. Österreich-Ungarn und der Wille zum Krieg, in: Lange und kurze Wege in den Ersten Weltkrieg. Vier Augsburger Beiträge zur Kriegsursachenforschung, hg. v. JOHANNES BURKHARDT, München 1996, S. 159–187, hier S. 179.

¹²⁵ Ebd., S. 162, 167 f.

¹²⁶ WOLFDIETER BIHL, Zu den österreichisch-ungarischen Kriegszielen 1914, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 16 (1968), S. 504–530, hier S. 505, 511.

die vollständige Eingliederung Kongresspolens in den Machtraum des Zweibunds als zwingende Konsequenz eines gewonnenen Krieges, selbst wenn diese nicht das Hauptziel darstellte.

Allerdings sah die abschließende Empfehlung der Denkschrift nicht die alleinige Annexion des Landes vor, sondern eine Aufteilung zwischen den Bündnispartnern – was den für die Doppelmonarchie ungünstigen Fall einer kompletten Inkorporation Polens vermied. Dieser hätte nach Andrians Ansicht die polnischen National- und Unabhängigkeitsbestrebungen so stark gefördert, dass eine politische Kontrolle und damit der Zusammenhalt des Reiches gefährdet gewesen wären. Indem allerdings in Podolien und Wolhynien, was anders als in den deutschen Konzepten hier ebenfalls zur Disposition stand, mehrere Millionen „Ruthenen“ – also Ukrainer – ebenfalls neue Untertanen würden, ließe sich die bisherige Politik eines gegeneinander Auspielens der Nationalitäten fortsetzen. Ein derartiges, klassisch imperiales Vorgehen schien bei einer kompletten Eingliederung lediglich Kongresspolens nicht mehr möglich, weil „das polnische Element“ zu sehr dominieren würde.¹²⁷

Praktische Probleme: Vorstellungen für das eroberte Polen

All diese mehr oder weniger expansionistischen Ideen der Mittelmächte wurden seit Herbst 1914 mit großem Engagement in Politik, Militär und Gesellschaft diskutiert. Sie waren aber insofern überraschend, als der aktuelle Kriegsverlauf keinesfalls zu übermäßigem Optimismus Anlass gab – weder Deutschland noch Österreich-Ungarn waren im Osten zu diesem Zeitpunkt siegreich, sondern beide verzeichneten territoriale Einbußen. Abgesehen davon hatten Polen und andere russische Gebiete bislang für die Politik des Zweibunds keine große Rolle gespielt; Überlegungen zur wirtschaftlichen Expansion beschränkten sich auf den Orient, beziehungsweise für Österreich-Ungarn auf den Balkan. Einzig der in abgeschwächter Form bereits debattierte Gedanke an ein Mitteleuropa unter gemeinsamer Vorherrschaft wich davon in gewisser Weise ab. Während des Krieges wurden die Ideen einer Zollunion und vor allem einer Autarkie, die mit einem derartigen Wirtschaftsraum verbunden waren, immer attraktiver und festigten zudem den Zusammenhalt innerhalb der Mittel-

¹²⁷ „Die Frage österreichischen Gebietserwerbs im Nordosten im Falle eines glücklichen Krieges der Zentralmächte gegen Russland“, verfasst vom k. und k. Generalconsul Baron Andrian-Werburg, Ende August 1914, in: Ebd., S. 512–530.

mächte, eben weil sich hier eine gemeinsame Interessenlage auftrat. Vor 1914 hatten die gegenläufigen ökonomischen Ziele tendenziell eine Desintegration des Bündnisses zur Folge gehabt, weshalb ihre Relevanz für das Bündnis im Kriegsfall eher gering zu sein schien.¹²⁸

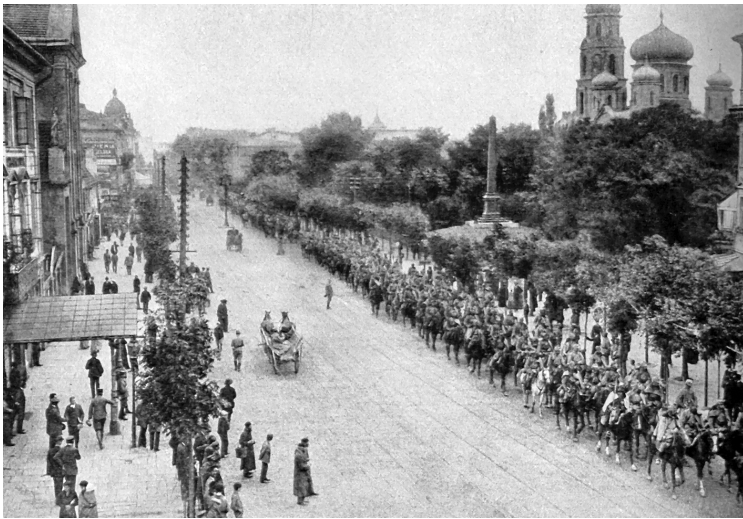


Abb.1: Einmarsch der k.u.k. Kavallerie in Lublin 1915

Mit der Eroberung Polens traten die Rivalitäten zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland erneut auf den Plan, denn die gemeinsame Beute musste verteilt werden. Zunächst ging es ganz konkret um die Grenzziehung zwischen den beiden Besatzungszonen, die sich in das deutsche Generalgouvernement Warschau und das k.u.k. Militärgeneralgouvernement Lublin gliederten. Die genaue Teilung war dabei Gegenstand mehrerer Verhandlungen. Sie mündeten zunächst im Grenzabkommen vom 9./10. Januar 1915, einem Protokoll der Kommissionsverhandlungen in Posen vom 12. Januar sowie Erläuterungen zu diesen beiden Treffen, die in Kattowitz am 20.-24. April erfolgten; nach der endgültigen Vertreibung

¹²⁸ JÜRGEN ANGELOW, Interessenidentität und Mächtekonkurrenz im Zweibund. Wirtschaftsräumliche, Handelspolitische und militärstrategische Ziele im „Mitteleuropa“-Konzept zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Der „Zweibund“ 1879. Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie, hg. v. HELMUT RUMPLER u. a., Wien 1996, S. 299–324, hier S. 323 f.

der Russen aus Kongresspolen kam es am 13./14. September 1915 zum Teschener Abkommen mit Ausfertigungsdatum 14. Dezember.¹²⁹

Gemäß diesen Übereinkünften umfasste das Warschauer Generalgouvernement die unmittelbar ans Deutsche Reich anschließenden Gebiete vor allem westlich der Weichsel, wobei Österreich-Ungarn in der Stadt Tschenschtschou das Paulinerkloster auf dem Hellen Berg mit dem katholisch-polnischen Nationalheiligtum der Schwarzen Madonna als Exklave erhielt. Das Generalgouvernement umfasste eine Fläche von rund 61.250 Quadratkilometern und war damit ungefähr so groß wie das damalige Königreich Bayern (inklusive der bayerischen Rheinpfalz), wobei seine Einwohnerzahl annähernd der Bayerns mit rund 6,5 Millionen entsprach. Die beiden wichtigsten Städte waren zugleich die Industriezentren Kongresspolens: Warschau und Lodz. Demgegenüber trat die landwirtschaftliche Bedeutung zurück, da nur wenige Kreise im Westen des Landes Überschüsse produzierten. Das Kohlebecken von Dąbrowa und die dortigen Erzvorkommen teilten sich die Mittelmächte relativ paritätisch¹³⁰ – wollten allerdings in dieser Aufteilung explizit kein Präjudiz für eine spätere Nachkriegsordnung sehen.¹³¹

Insgesamt hatte das Deutsche Reich damit zwei Drittel der Einwohner und drei Viertel der Fläche Russisch-Polens unter seine Herrschaft gebracht, während sich die Doppelmonarchie mit dem Rest zufrieden geben musste. Ihr Gebiet grenzte an keiner Stelle an das Deutsche Reich, schloss aber unmittelbar an das Kronland Galizien an. Wie diese Region war auch das Militärgeneralgouvernement Lublin vor allem agrarisch geprägt und erwirtschaftete tendenziell einen Überschuss an Lebensmitteln, während es über kaum nennenswerte Industrie verfügte. Der größten Stadt Lublin mit rund 80.000 Einwohnern kam höchstens regionale Bedeutung zu. Diese Aufteilung, die sich mit Pilica und Wieprz als Grenzflüssen zumindest teilweise an geographischen Gegebenheiten orientierte, entsprach dem militärischen Stärkeverhältnis der beiden Partner und ihrem Anteil am Sieg über die Russen. Da die Grenzziehung aber kein Präjudiz darstellen sollte und über die endgültige staatsrechtliche Form Polens und

¹²⁹ Die entsprechenden Vertragstexte und Protokolle in: ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11k-m / 924.

¹³⁰ AGAD, 314-2 / 4, Bl. 5–7. 2. (4.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis zum 31. Dezember 1915. Zu den Grenzverhandlungen auch: MIKIETYSKI, Niemiecka droga ku Mitteleuropie, S. 96–106.

¹³¹ Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin [im Folgenden: PAAA], R 21323, Bl. 134–137. Staatssekretär des Innern an Staatssekretär des Äußeren, 13.1.1915.

seine Integration in den imperialen Raum zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn noch nicht entschieden worden war, begann im Herbst 1915 erst recht die politische Debatte und es entwickelte sich eine ganz spezielle Variante der „polnischen Frage“ zur Zukunft des Landes.¹³²

Offensichtlich war nun, dass darüber nicht unilateral bestimmt werden konnte, sondern eine bilaterale Lösung gefunden werden musste, die für beide Mittelmächte annehmbar war. Es gab im Wesentlichen drei Varianten, um Polen nach einem für die Mittelmächte gewonnenen Krieg in die neue Staatenordnung „Mitteleuropas“ zu integrieren: Erstens im Rahmen der „austropolnischen Lösung“ als ein Kronland der Doppelmonarchie, die damit aber mehr polnische als deutschösterreichische Einwohner erhielt. Das hätte nicht nur die Dominanz der Österreicher gefährdet, sondern zudem den sorgsam austarierten österreichisch-ungarischen Dualismus gefährdet, so dass die Idee sogar innerhalb der Doppelmonarchie umstritten war.

Die Ungarn um ihren Ministerpräsidenten Graf István Tisza betonten, dass Kongresspolen – wenn überhaupt – einer der beiden Reichshälften zugeschlagen werden müsse, weil sie ansonsten eine Erweiterung hin zu einem Trialismus befürchteten, der ihre eigene privilegierte Stellung untergraben hätte. Ein zweiter Vorschlag sah die Eingliederung Polens als Teil des Deutschen Reichs vor, was einerseits die Bestrebungen einer Eindeutschung und „Germanisierung“ der bisherigen preußischen Teile Polens konterkariert und andererseits in Galizien die Vereinigungsbestrebungen und damit die Desintegration des k.u.k. Reichs gefördert hätte.

Bei diesen beiden Konzepten war grundsätzlich die Frage ungeklärt, was mit den jeweiligen polnischen Gebieten unter Herrschaft der anderen Mittelmacht passieren sollte; das entstehende große polnische Gebiet würde zweifellos eine hohe Anziehungskraft auf den einen verbleibenden, kleineren Teil in der anderen Monarchie ausüben. Und so gingen alle politischen Akteure von einem wachsenden Streben der Polen nach kompletter Unabhängigkeit aus. Realistisch schien daher vor allem eine dritte Idee, wie mit Russisch-Polen verfahren werden könnte: als formal unabhängiger Staat unter Hegemonie der Mittelmächte, potentiell unter Regentschaft eines ihrer Fürsten. Auch hier verblieb allerdings das unge löste Problem des künftigen Status' von Galizien und Posen-West-

¹³² VOLKER ULLRICH, Die polnische Frage und die deutschen Mitteleuropapläne im Herbst 1915, in: *Historisches Jahrbuch* 104 (1984), S. 348–371.

preußen.¹³³ Es war nun nicht so, dass Wien oder Berlin immer nur die Varianten favorisierten, die ausschließlich ihre territorialen Gewinne sicherten. Noch im November 1915 hatte Bethmann Hollweg gegenüber dem k. u. k. Außenminister Graf Stefan Burián seine Zustimmung zur austropolnischen Lösung signalisiert – gleichzeitig aber bereits untersuchen lassen, ob Russisch-Polen nicht als Bundesstaat an Deutschland angegliedert werden könnte. Im Februar 1916 nahm Berlin offiziell Abstand davon, das Gebiet Österreich-Ungarn zu überlassen.¹³⁴ Doch bereits im Mai wurde klar, dass die Annexion durch Deutschland ebenfalls nicht zu realisieren war, so dass beispielsweise der Warschauer Generalgouverneur Beseler nun für ein autonomes Polen innerhalb eines mitteleuropäischen Staatenbundes unter deutscher Vorherrschaft plädierte.¹³⁵

Auch im Auswärtigen Amt in Berlin ging man daran, Begründungen für diese dritte Lösung zu suchen, die für das Deutsche Reich deutlich mehr Vorzüge bot als für Österreich-Ungarn. Nicht zuletzt suchten die Diplomaten wirtschaftliche Argumente, etwa indem sie die möglichen Exporte der beiden Mittelmächte berechneten; diese seien für das Habsburgerreich wesentlich geringer zu veranschlagen, das österreichisch-ungarische wirtschaftliche Interesse an Polen deswegen ganz gering – es betrage „nur 1/17 des deutschen Interesses“¹³⁶. In diesem Sinne sprach gegen eine tatsächliche Unabhängigkeit des Landes dessen enge ökonomische Anlehnung an Russland, der nur mittels auferlegter Zollschränken beizukommen sei: „Eine wirklich befriedigende Lösung der Frage eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit Polen könnte nur durch eine Zollunion mit Deutschland erfolgen.“ Österreich-Ungarn müsse verzichten und sich auf dem Balkan Kompensation suchen.¹³⁷ Für die Doppelmonarchie war indes die austropolnische Lösung die einzige Variante, bei der sie tatsächlich von ihren militärischen Erfolgen profitieren konnte. In

¹³³ Zur Diskussion, insbesondere in Österreich-Ungarn: JOACHIM LILLA, Innen- und außenpolitische Aspekte der austropolnischen Lösung 1914–1916, in: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs 30 (1977), S. 221–250; MIKIETŃŃSKI, Niemiecka droga ku Mitteleuropie, S. 119–182; SZYMCZAK, Między Habsburgami a Hohenzollernami, S. 63– 111.

¹³⁴ LEMKE, Allianz und Rivalität, S. 253–255; LEWANDOWSKI, Królestwo Polskie wobec Austro-Węgier, S. 66–92; SZYMCZAK, Między Habsburgami a Hohenzollernami, S. 113–176.

¹³⁵ CONZE, Polnische Nation und deutsche Politik, S. 165.

¹³⁶ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin [im Folgenden: GStA], I HA, Rep. 151 HB / 1195, Bl. 149 ff. Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zu einem selbständigen Polen im Hinblick auf Österreich-Ungarn. Geheim, o. D. [Sommer 1916].

¹³⁷ Ebd.

Polen zugunsten des Bündnispartners zurückzustecken, wäre einer Demütigung gleichgekommen und insbesondere innenpolitisch nicht zu vermitteln gewesen.¹³⁸ So berichteten gut unterrichtete Publizisten von den pessimistischen Einschätzungen der Akteure, die an den unzähligen Verhandlungen der beiden Imperien beteiligten waren. Ihr Urteil ließ sich unisono in dem Satz zusammenfassen: „Wie es auch gemacht werden möge, es wird falsch sein.“¹³⁹

In dieser verfahrenen Situation war eine optimale wirtschaftliche „Nutzbarmachung“ des Landes zugunsten der Kriegsanstrengungen der Mittelmächte nicht möglich. Außerdem musste auf die ersehnte Rekrutierung von Soldaten verzichtet werden, denn als Staatsangehörige des verfeindeten Russlands durften Polen gemäß der Haager Landkriegsordnung nicht in den Armeen der Mittelmächte dienen – und weder Deutschland noch Österreich-Ungarn waren willens, diese völkerrechtliche Übereinkunft einfach zu brechen.

Es war Hans von Beseler, der Mitte 1916 die Initiative ergriff und seinen Handlungsspielraum als Generalgouverneur nutzte, nachdem im Juni auch Wilhelm II. bestätigt hatte, dass er nicht gegen einen formal unabhängigen polnischen Staat sei.¹⁴⁰ Beseler schrieb daraufhin im Juli in seinem Immediatbericht an den Kaiser von der Absicht, ein Königreich Polen zu proklamieren, das die beiden Generalgouvernements umfasste. Damit sollte die Aufstellung einer eigenen polnischen Armee möglich werden. Gerade dies lag im Interesse des k. u. k. Armeeoberkommandos, dem zudem – genauso wie dem Außenministerium am Ballhausplatz – inzwischen klar geworden war, dass Deutschland der austropolnischen Lösung nicht mehr zustimmen würde. Wien signalisierte daher, ein Königreich Polen akzeptieren zu wollen, wenn sich damit kein Präjudiz über die Besetzung des Throns und über die zollpolitische Zuordnung des Landes verband; eine Konstitution wäre erst nach dem Krieg zu verabschieden, die zwei Generalgouvernements sollten vorerst beibehalten werden.¹⁴¹

¹³⁸ INGEBOG MECKLING, *Die Aussenpolitik des Grafen Czernin*, München 1969, S. 170.

¹³⁹ GEORG GOTHEIN, *Das selbständige Polen als Nationalitätenstaat*, Stuttgart 1917, S. 84.

¹⁴⁰ SPÄT, *Für eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft?*, S. 499; VON HUTTEN-CZAPSKI, *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*, S. 287–289.

¹⁴¹ CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 178–187; LEMKE, *Allianz und Rivalität*, S. 321–327; MIKIETYŃSKI, *Niemiecka droga ku Mitteleuropie*, S. 183–253; SZYM-

Dies war für die Deutschen wiederum keine wünschenswerte Lösung, so dass sich die Proklamation verzögerte und die dahinter stehende Politik erneut diskutiert wurde. Es war vor allem Beseler, der an der Idee festhielt und sie trotz der Einschränkungen durch Österreich-Ungarn umsetzen wollte. Er konnte damit letztlich die deutsche Oberste Heeresleitung gewinnen, die wiederum den Kaiser überzeugte und damit den Weg für abschließende Verhandlungen mit dem Bündnispartner ebnete. Im Oktober 1916 einigte man sich darauf, das aufzustellende polnische Heer unter deutsche Hoheit zu stellen und zudem eine k.u.k. Delegation nach Warschau zu entsenden, um eine gemeinsame Verwaltung zu ermöglichen – ohne für letzteres freilich ein konkretes Datum zu nennen.¹⁴²

Am 5. November 1916 um Punkt 12 Uhr kam es im Warschauer Königsschloss – und zeitgleich auch in Lublin – zur feierlichen Proklamation des Königreichs Polen. Im Namen des deutschen und des österreichisch-ungarischen Kaisers verkündete Hans von Beseler, dass Polen nun einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung bilde, wobei die genaueren Grenzen des Landes noch nicht festgelegt wurden. Der Text der Erklärung beinhaltete zudem eine Formulierung, wonach ein „Anschluss an die beiden verbündeten Mächte“ vorgesehen sei und die Frage einer Armee „im gemeinsamen Einvernehmen geregelt“ werde.¹⁴³ Die anwesenden polnischen Honoratioren feierten daraufhin das unabhängige Polen, teilweise auch den nicht anwesenden Józef Piłsudski, aber der Jubel für die Mittelmächte und ihre Herrscher blieb verhalten.¹⁴⁴

CZAK, *Między Habsburgami a Hohenzollernami*, S. 177–235; BASLER, *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914–1918*, S. 141–154.

¹⁴² LEON GROSFELD, *Die Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 1956, Beiheft 3, S. 135–176; CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 198–202 und S. 214 f.; LEMKE, *Allianz und Rivalität*, S. 327–358.

¹⁴³ Zur Genese der Proklamation inklusive deren Wortlaut: WOLFGANG STEGLICH / WILHELM WINTERHAGER, *Die Polenproklamation vom 5. November 1916*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 23 (1978), S. 105–146.

¹⁴⁴ Eine Schilderung des Geschehens am 5. November bei: VON HUTTEN-CZAPSKI, *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*, S. 304–306. Siehe auch: STEMPIN, *Próba „moralnego podboju“ Polski*, S. 242–271.

Die Polenpolitik in der zweiten Kriegshälfte und die Eroberung Osteuropas

Die Polenproklamation versinnbildlichte ein zwischenimperiales Arrangement. Sie machte deutlich, dass direkter Herrschaft nicht immer der Vorzug vor einer eher indirekten Machtausübung zu geben war. Freilich war eine derartige Politik ohne Annexion vor allem deshalb notwendig geworden, weil die Mittelmächte einerseits dringend neue Soldaten benötigten, andererseits keinen Bruch der Haager Landkriegsordnung wollten – und nicht einmal diskutierten. Der provisorische Charakter der Regelungen über die künftigen Grenzen, die administrative Gestalt und besonders über Monarch und Staatsverfassung ließ allerdings nicht auf ein sofortiges Ende der stetigen Diskussionen zwischen den Mittelmächten schließen, zumal diese während des Krieges nicht wirklich bereit waren, irgendwelche tatsächlich entscheidenden Befugnisse an polnische Institutionen zu delegieren.

Bereits im Januar 1917 ging Wien erneut daran, die austropolnische Lösung zu propagieren, denn Kaiser Karl, Nachfolger des Ende November 1916 verstorbenen Franz Joseph, hatte signalisiert, König von Polen werden zu wollen; die oben bereits angesprochenen Probleme einer Integration des Gebiets in die Doppelmonarchie waren indes weder gelöst noch inzwischen anders gelagert.¹⁴⁵ Graf Ottokar Czernin, der neue k.u.k. Außenminister, begann trotzdem entsprechende Verhandlungen mit Deutschland und konnte sich dabei auf die Expertise seiner Beamten verlassen. Deren wichtigster Experte für die polnische Frage, Leopold von Andrian, favorisierte bis April 1918 ebenfalls die austropolnische Lösung und stützte sie mit entsprechenden Berichten und Empfehlungen.¹⁴⁶ Damit stand der Ballhausplatz erneut gegen die Wilhelmstraße, die den Vorschlag unterbreitet hatte, dass ein sächsischer Prinz den Thron eines vereinigten Polens einnehmen könnte, während die Doppelmonarchie für ihren Verzicht auf das Lubliner Gebiet anderswo eine Entschädigung erhalten sollte.¹⁴⁷

¹⁴⁵ LEMKE, *Allianz und Rivalität*, S. 427–429.

¹⁴⁶ URSULA PRUTSCH, *Historisches Gedächtnis in kulturpolitischer Machtstrategie. Deutschland, Österreich-Ungarn und die polnische Frage (1915–1918)*, in: *Ambivalenz des kulturellen Erbes. Vielfachkodierung des historischen Gedächtnisses*, hg. v. MORITZ CSÁKY / KLAUS ZEYRINGER, Innsbruck 2000, S. 69–91, hier S. 71 f.

¹⁴⁷ CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 258. Zur außenpolitischen Diskussion nach der Proklamation vom 5. November 1916: SZYMCAK, *Między Habsburgami a Hohenzollernami*, S. 293–337.

Nachdem am 14. Januar 1917 ein polnischer Staatsrat geschaffen worden war, der die Unabhängigkeit des Königreichs vorbereiten sollte, suchten Österreich-Ungarn und Deutschland bei diesem nach Unterstützung für ihre personalpolitischen Ziele – ersteres tendenziell mit mehr Erfolg.¹⁴⁸ Dies hielt freilich die Polen nicht davon ab, selbst eine größere Aktivität an den Tag zu legen und im Frühjahr 1917 beispielsweise Prinz Sixtus von Parma als Thronprätendenten ins Spiel zu bringen. Das diplomatische Schattenboxen zwischen Wien und Berlin, Warschau und Lublin führte mittlerweile zu gewissen Ermüdungserscheinungen bei den beteiligten Akteuren, die eine Lösung nicht näherkommen sahen – die Beteiligung polnischer Politiker erschwerte die Angelegenheit zusätzlich. Der Gesandte des k.u.k. Außenministeriums in Lublin kommentierte die Lage im Mai 1917 in einem Schreiben an Czernin wie folgt:

„Wenn Eure Exzellenz und wir alle, die wir das Glück haben Mitarbeiter zu sein, von der polnischen Frage auch gründlich saturiert sind, so kann dieser begabten aber unberechenbaren Nation, die es gelernt hat sich nur im Chaos wohl zu fühlen und streng geordnete Verhältnisse, eine etwas striktere Disziplin hasst, das Verdienst nicht abgesprochen werden, für reichliche Abwechslung zu sorgen.“¹⁴⁹

Zu einem lediglich unterhaltsamen imperialen Spektakel war die polnische Frage allerdings 1917 nicht verkommen. Dazu trug insbesondere die Situation an der Ostfront bei, die sich durch die beginnende russische Revolution zwar nicht militärisch, aber doch politisch verschärfte: Im März war die Provisorische Regierung in St. Petersburg mit einem Manifest hervorgetreten, das den Polen die Unabhängigkeit bei gleichzeitiger Militärunion mit Russland versprach, wobei auch größere preußische und galizische Gebiete mit annektiert werden sollten. Die Verhältnisse in Osteuropa ließen ein derartiges Szenario kaum realistisch erscheinen, aber gerade die territorialen Zugeständnisse schürten eine Erwartungshaltung, die die Mittelmächte nicht erfüllen wollten. Ihr Fokus richtete sich vielmehr auf mögliche Friedensverhandlungen mit Russland und dem Westen, wobei Polen als Verhandlungsmasse eingesetzt werden konnte – was wiederum den Unmut der Landesbewohner schürte, die sich einmal mehr als Partner zweiter Klasse behandelt fühlten.¹⁵⁰

¹⁴⁸ Vgl. bereits für die Zeit vor der Novemberproklamation: SULEJA, *Orientacja austro-polska w latach I wojny światowej* (do aktu 5 listopada 1916 roku).

¹⁴⁹ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56b/2,3 / 1017. Hoenning an Czernin, 19.5.1917. Die Rechtschreibung wurde angepasst.

¹⁵⁰ CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 272–279.

In dem Maße, wie Österreich-Ungarn nicht mehr an einen finalen Sieg der Mittelmächte glaubte, suchte es sich für Verhandlungen mit der Entente zu positionieren. Der Außenminister Czernin war im Frühjahr 1917 zu der Ansicht gekommen, dass eine Abstimmung der Polen über ihr zukünftiges Schicksal wahrscheinlicher wurde, weil insbesondere die Amerikaner darauf drängten. Eine Wahl zwischen Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn – die imperialen Denkmuster reichten so weit, dass eine tatsächliche Unabhängigkeit nicht denkbar erschien – sollte deshalb im Sinne des Habsburgerreichs vorab günstig beeinflusst werden. Allerdings erwies sich auch zu diesem Zeitpunkt mit dem deutschen Partner eine wie auch immer geartete austropolnische Lösung nicht als durchsetzungsfähig. Nachdem sich zugleich aber der Krieg desaströs auf die österreichische Heimat auswirkte, kam einem Friedensschluss immer größere Priorität zu; Czernin bot deshalb den Deutschen im Sommer sogar an, das Kronland Galizien an ein unabhängiges bzw. deutsches Königreich Polen anzugliedern, wenn der Bündnispartner im Gegenzug einem Frieden unter Aufgabe von Elsass-Lothringen im Westen zustimmte.¹⁵¹ Doch dies war für die Deutschen unannehmbar.

Zugleich trat die polnische Frage in den Hintergrund, weil mit dem Waffenstillstand und den anschließenden Friedensverhandlungen mit Russland eine weit größere Beute lockte. Die Mittelmächte hatten den Polen zwar am 12. September 1917 verkündet, aus dem bisherigen provisorischen Staatsrat einen Regentschaftsrat zu machen, der eine künftige Monarchie vorbereiten und sogar legislative Kompetenzen erhalten sollte, sich aber erneut umfassende Prärogative herausgenommen.¹⁵² De facto wurde die polnische Selbstbestimmung nicht wesentlich erweitert,¹⁵³ während Berlin im Spätherbst 1917 in einer erneuten Volte entschied, Kongresspolen Österreich-Ungarn zu überlassen – unter Annexion eines „Grenzstreifens“ –,¹⁵⁴ weil es sich dadurch bei der Verteilung der eroberten Ukraine Vorteile erhoffte.

Dieser Vorschlag in Kombination mit den Friedensverhandlungen auch mit Vertretern der ukrainischen Selbständigkeit führte zu einem

¹⁵¹ MECKLING, Die Aussenpolitik des Grafen Czernin, S. 170–184.

¹⁵² Erlass der beiden Generalgouverneure an die geschäftsführende Kommission des polnischen Staatsrates, 12.9.1917; Patent betreffend die Staatsgewalt im Königreiche Polen, 12.9.1917, beide gedruckt in: HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. 190–193.

¹⁵³ Vgl. zur Realisierung des Ankündigungen: CONZE, Polnische Nation und deutsche Politik, S. 307–318.

¹⁵⁴ GEISS, Der polnische Grenzstreifen, S. 115–147.

Aufschrei in der polnischen Öffentlichkeit und unter ihren Politikern,¹⁵⁵ die im Februar 1918 ernsthaft überlegten, vollendete Tatsachen zu schaffen und Kaiser Karl als König auszurufen.¹⁵⁶ Das gründete nicht zuletzt darin, dass in Brest überlegt wurde, das sogenannte Cholmer Land, im Osten Kongresspolens rund um die Städte Chełm (ukrainisch: Cholm) und Hrubieszów gelegen, einem künftigen ukrainischen Staat zuzuschlagen. Diese Vorstellung war für polnische Politiker unannehmbar¹⁵⁷ und führte im Wiener Reichsrat sowie im Berliner Reichstag zu wütenden Protesten der dortigen polnischen Abgeordneten.¹⁵⁸ Doch die Deutschen wollten noch weiter gehen und diskutierten sogar darüber, die russischen Staats- und Krongüter in einem unabhängigen Königreich Polen ohne Entschädigung in das Eigentum des Reiches zu überführen.¹⁵⁹

Vor Kriegsende kam es zu keiner Regelung der polnischen Frage. Die größeren und kleineren Initiativen der Einheimischen stießen auf die Uneinigkeit der Mittelmächte, die auch im letzten Kriegsjahr nicht bereit waren, größere Zugeständnisse bei der Selbständigkeit zu machen. Stattdessen verhandelten sie weiter über die künftige Eingliederung des Landes in ihren Machtbereich – sogar noch im Sommer 1918, als den meisten polnischen Beobachtern schon klar war, dass angesichts der militärischen Entwicklungen an der Westfront mit diesen Imperien kein Staat mehr zu machen war. Zudem erschienen ihnen Woodrow Wilsons 14 Punkte – dessen dreizehnter die polnische Unabhängigkeit forderte – wesentlich vielversprechender als die vagen und vor allem hinhaltenden Aussagen von Deutschland und Österreich-Ungarn.¹⁶⁰ Die Situation zwischen den beiden Verbündeten war vollkommen verfahren: Die Doppelmonarchie beharrte auf der austropolnischen Lösung, Berlin auf dem „Grenzstreifen“

¹⁵⁵ THAKUR-SMOLAREK, *Der Erste Weltkrieg und die polnische Frage*, S. 533–564.

¹⁵⁶ HAUSNER, *Die Polenpolitik der Mittelmächte*, S. 219.

¹⁵⁷ SZYMCAK, *Między Habsburgami a Hohenzollernami*, S. 339–396; LEWANDOWSKI, *Królestwo Polskie wobec Austro-Węgier*, S. 145–167; CABAJ, *Spółeczeństwo guberni chełmskiej pod okupacją niemiecką i austriacką w latach I wojny światowej*, S. 160–183. Zur Diskussion zwischen den Mittelmächten: KLAUS KINDLER, *Die Cholmer Frage 1905–1918*, Frankfurt am Main 1990, S. 295–350.

¹⁵⁸ BINDER, *Galizien in Wien*, S. 495–501.

¹⁵⁹ AGAD, 314-2 / 25. Protokoll einer Besprechung des Auswärtigen Amts mit dem GGW, 31.3.1918. Zu dieser Idee wurde mit Datum vom 24.6.1918 noch ein Rechtsgutachten von Prof. Dr. Freiherr von Freytagh-Loringhoven eingeholt.

¹⁶⁰ Vgl. zu Wilsons Nachwirken auf die polnische Zwischenkriegsgesellschaft: HALINA PARAFIANOWICZ, *Woodrow Wilson i jego legenda w międzywojennej Polsce*, in: *Dzieje Najnowsze* 33 (2001), S. 59–70.

und einem deutschen Bundesfürsten als polnischem König. Insbesondere die Oberste Heeresleitung etablierte sich immer mehr als Machtfaktor und betonte, dass das Habsburgerreich in Rumänien große territoriale Gewinne gemacht hätte und nun nicht schon wieder zum Zuge kommen dürfe.¹⁶¹ Eine Einigung kam nicht zustande, und am 7. Oktober 1918 forderte der Staatsrat das unabhängige Polen. Am 2. November sagten die Mittelmächte offiziell die Übergabe der Verwaltung zum 1. Januar 1919 zu, doch mit dem Friedensschluss und der Revolution in Deutschland verfiel die Besatzungsmacht rapide. Am 11. November übernahm Piłsudski den Befehl über die polnische Armee und proklamierte eine selbständige polnische Regierung, während die Deutschen ihren Rückzug begannen. Polen war nun ein eigenständiger Staat.¹⁶²

In den vier Jahren des Kriegs hatten die beiden Imperien zwar expansive Pläne für Kongresspolen entwickelt, aber letztlich nur wenig davon umgesetzt – bis 1918 traten nur Provisorien in Kraft. In der Art ihrer Ideen unterschieden sich Berlin und Wien kaum. Die Vorstellungen zeigten ein gewisses Augenmaß und waren nicht bloß purer Annexionismus, sondern zielten mit Ausnahme der austropolnischen Lösung auf eine eher indirekte Integration des Landes in den eigenen Herrschaftsbereich ab. Polen sollte eine transimperiale Randzone und Peripherie bleiben, jedoch nicht Teil der Reiche werden. Ein wirtschaftlicher Imperialismus, wie ihn Verbände und Interessengruppen vertraten, fand in den Plänen nur vagen Niederschlag und beinhaltete keine konkreten Maßnahmen. Ursache dafür, dass es letztendlich nicht zu einer Antwort auf die polnische Frage kam, war zunächst der Krieg: Seine Entwicklung führte zu sich ändernden Interessenlagen der beiden Mittelmächte, und nur ein siegreiches Ende hätte eine abschließende Beurteilung aller dann nicht mehr dynamischen, sondern statischen Faktoren erlaubt.

Als zweiter wesentlicher Grund für die ungelöste polnische Frage erwies sich die Rivalität der beiden Imperien, die zwar als Bündnispartner aufeinander angewiesen und bereit waren, gewisse Rücksichten zu nehmen, aber doch nur in sehr engen Grenzen – beide befürchteten stets, übervorteilt zu werden und an Einfluss zu verlieren. Bemerkenswert ist

¹⁶¹ CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 343–378.

¹⁶² Vgl. das Manuskript der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeres-Geschichte aus dem Jahr 1935: „Zusammenbruch der deutschen Herrschaft in Warschau Nov. 1918“, in: BAMA, RH 61 / 13. Siehe auch: PIOTR WRÓBEL, *Ostatnie dni warszawskiego Generalnego Gubernatorstwa*, in: *Kronika Warszawy* 50 (1982), S. 15–24. Weniger dramatisch entwickelte sich das Geschehen in Lublin: HAUSNER, *Die Polenpolitik der Mittelmächte*, S. 310–324.

allerdings, dass Deutschland bei aller militärischen Dominanz eine solche außenpolitisch nicht entwickelte und Österreich-Ungarn seinen Willen weder aufzwingen wollte noch konnte.

Der dritte Grund für den andauernden Schwebezustand während des Krieges waren die ungelösten nationalen Fragen innerhalb der Imperien. Beide hatten bereits Teile der vormaligen Rzeczpospolita inkorporiert und damit zahlreiche polnische Untertanen, die ein mehr oder weniger stark ausgeprägtes Interesse an einer Unabhängigkeit in einem ungeteilten eigenen Staat hatten. Auch dies musste als ein wichtiger Faktor in den politischen Planungen berücksichtigt werden, damit die ethnischen Balancen nicht ins Ungleichgewicht gerieten und die beiden Kaiserreiche destabilisierten. Polen stellte ein gemeinsames Problem zweier konkurrierender Monarchien dar, für das es keine Lösung gab, die für beide vorteilhaft gewesen wäre. Posen war kein Vorbild für ein vereinigt Polen unter deutscher Herrschaft, Galizien nur indirekt bei der austropolnischen Variante.

Dennoch beteiligten sich zahlreiche Parteien an der Suche nach einer Lösung für das polnische Problem, denn alle waren davon überzeugt, dass die Logik imperialer Denkmuster eine solche bereithalten müsse. Diese Geisteshaltung legte die Grenzen des Vorstellbaren fest, die von den Kriegszwängen deutlich begrenzt wurden. Darüber hinaus zu denken und eine wirkliche Unabhängigkeit Polens anzustreben, schien weder möglich noch innenpolitisch vermittelbar. Die nationalen Wünsche der Polen verhallten in Berlin und Wien ungehört.¹⁶³ Tatsächlichen Einfluss auf den Gang des Geschehens nahmen vor allem Akteure aus den Generalstäben und den Reichsministerien, in Österreich-Ungarn teilweise auch die der transleithanischen Führungsspitze; unter den Besatzungsfunktionären vor Ort war es insbesondere Hans von Beseler, der zumindest bis Anfang 1917 eine gewisse Bedeutung hatte, während seine k. u. k. Gegenparts in Lublin relativ einflusslos blieben.

Noch geringer war die Relevanz der Einwohner Kongresspolens. Ein gewisses Zugehen auf sie unter genau kontrollierten Bedingungen bedeutete nicht, dass sie als Bürger der beiden Reiche behandelt worden wären. Allerdings gab es in Galizien und Posen sowie in Wien und Berlin bereits Polen, die in den Repräsentationsorganen der Imperien vertreten waren und durchaus Stellung zur Situation ihrer Landsleute nahmen. Die jeweiligen Regierungen legten durchaus – unterschiedlichen – Wert darauf, die

¹⁶³ Vgl. für die Politik des polnischen Staatsrats gegenüber den Mittelmächten: SIBORA, *Dyplomacja Polska w I wojnie światowej*, S. 287–346.

Parlamentarier zu informieren und partiell einzubeziehen, so dass diese manchmal sogar eine gewisse Resonanz innerhalb der Politik in Zentrale und Peripherie erlangten.¹⁶⁴

Diese vielschichtigen parlamentarisch-ethnischen Wechselverhältnisse in und zwischen zwei Reichen sind aber nur am Rande Teil der Geschichte imperialer Politik in Kongresspolen während des Ersten Weltkriegs – und sollten angesichts ihrer Komplexität in einer eigenen Monographie untersucht werden. Ein derartiger Vergleich wurde bisher noch gar nicht versucht, die vorliegenden Einzelstudien fassen die Kriegszeit oft nur knapp zusammen.

Insgesamt offenbarten sich in den Diskussionen über die polnische Frage viele imperiale Vorstellungen von Machtexpansion, von der Verfügungsgewalt über Länder und Menschen sowie der eigenen Rolle als bestimmender Akteur des Weltgeschehens, ohne so gigantomantische Dimensionen wie der Friedensvertrag mit Russland in Brest-Litowsk anzunehmen.¹⁶⁵ Gleichzeitig blieben die Planungen für Polen wenig konkret, wenn es um die Ausgestaltung der momentanen Herrschaft vor Ort ging, denn sie richteten sich vor allem auf die Zukunft nach einem gewonnenen Krieg. So waren die Überlegungen für eine polnische Souveränität zwar davon bestimmt, welche Prärogative zunächst nicht aufgegeben werden sollten, aber über die Umsetzung der dringenden zeitnahen Ziele wurde kaum diskutiert. Klar war nur, dass Polen einen Beitrag zu den Kriegsanstrengungen der Mittelmächte leisten sollte, und zwar materiell wie personell.

¹⁶⁴ Die innerpolnischen politischen Debatten ausführlich bei: SULEJA, *Orientacja austro-polska w latach I wojny światowej (do aktu 5 listopada 1916 roku)*; DERS., *Tymczasowa Rada Stanu*; PAJEWSKI, *Odbudowa państwa polskiego 1914–1918*; PAJAK, *O rząd i armię*.

¹⁶⁵ Vgl. insbesondere zu den wirtschaftlichen Vorstellungen – aber unter einem einseitig kritischen Blick gegenüber dem deutschen Imperialismus: PETER BOROWSKY, *Deutsche Ukrainepolitik 1918*. Unter besonder Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen, Lübeck 1970. Etwas früher hatte Winfried Baumgart bereits gezeigt, wie uneinig sich deutsche Regierung und Militär in ihren Zielen für das besetzte Russland waren: WINFRIED BAUMGART, *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, München 1966.

3. ZENTRUM UND PERIPHERIE. PERSONEN UND INSTITUTIONEN ZWISCHEN BERLIN, WIEN, WARSCHAU UND LUBLIN

Der materielle und personelle polnische Beitrag zu den Kriegsanstrengungen musste erst einmal formuliert werden. Unabhängig zunächst von der Frage der Kooperationsbereitschaft der Einheimischen galt es dafür, die Verwaltungsinstitutionen der gewaltsam vertriebenen Russen zu ersetzen und die eigene Kontrolle über das Land zu sichern. Ausgehend davon konnten die Durchdringung und „Nutzbarmachung“ des eroberten Gebietes beginnen – die dann den oben erwähnten Vorgaben aus Berlin und Wien unterlagen und beispielsweise auf neu geschaffene polnische Selbstverwaltungsorgane gewisse Rücksichten nehmen mussten.



Abb. 2: Flüchtlinge in der Gegend von Lublin

Das eroberte Kongresspolen stellte von seiner Größe her eine Herausforderung dar. Die Mittelmächte hatten mit fast 130.000 Quadratkilometern ein Territorium erobert, das ihren polnischen Vorkriegsbesitzungen zusammen entsprach. Die Bevölkerung dieses Gebiets war von rund 2,7 Millionen im Jahre 1816 auf über 13 Millionen bei der letzten amtlichen Volkszählung 1913 gewachsen.¹⁶⁶ Dies war allerdings nicht die

¹⁶⁶ CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 12.

tatsächliche Einwohnerzahl, denn es waren viele Flüchtlinge ins Innere Russlands ebenso wie die eingezogenen Soldaten in der zaristischen Armee und die Zivilopfer in Folge der Kampfhandlungen abziehen. Als Deutschland und Österreich-Ungarn Ende 1916 eigene Zahlen vorlegten, kamen sie auf sechs bzw. dreieinhalb Millionen Einwohner, zusammen also weniger als zehn Millionen; die Differenz zur Vorkriegszeit dürfte sich außerdem durch Ungenauigkeiten bei den statistischen Erhebungen erklären.¹⁶⁷

Ein größeres Problem bildeten die riesigen Kriegsschäden, die 200 Städte sowie rund 9.000 Dörfer und 1.000 Kirchen betrafen – ca. 5.000 Dörfer waren laut zeitgenössischen Angaben durch Kampfhandlungen vollkommen zerstört, eine siebenmal größere Fläche als in Belgien von den durchziehenden Truppen verwüstet worden. Die Armeen der drei Kaiserreiche hatten eine Million Pferde und zwei Millionen Stück Vieh beschlagnahmt, außerdem waren 400.000 Arbeiter mindestens vorübergehend arbeitslos.¹⁶⁸ Vor diesem Hintergrund musste also schnell ein System etabliert werden, das den Mittelmächten einen effizienten Zugriff auf die polnischen Ressourcen ermöglichte, ohne dass es vorher die großen, langfristigen Entwicklungen von Staatlichkeit im 19. Jahrhundert durchlaufen hätte.¹⁶⁹ Es ging ihnen dabei nicht um die Schaffung einer möglichst vorteilhaften modernen Staatsbürokratie, die im Wechselspiel mit Bürgern eine Daseinsvorsorge, Sozialleistungen, Infrastruktur sowie einen Rechts- und Verfassungsstaat bereitstellte und im Gegenzug Steuern, Soldaten und industrielle Kapazität „abschöpfte“. Zugleich war aber auch nicht an eine klassische Kolonialverwaltung gedacht, deren wichtigstes Merkmal eine zentrale Behörde in der Metropole – also in Berlin und Wien – darstellte;¹⁷⁰ dergleichen äußerten Österreich-Ungarn oder Deutschland während des Krieges nicht einmal als Überlegung. Vielmehr

¹⁶⁷ HANS PRAESENT, Kriegsmäßige Volkszählungen im Generalgouvernement Warschau und die Bevölkerungszahl in Kongreß-Polen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 63 (1919), S. 52–64, hier S. 61 f.; WOJCIECH SZWARC, Podział administracyjny dla celów niemieckiej administracji okupacyjnej i stosunki ludnościowe w GG Warszawskim 1915–1918, in: Studia Historica Slavo-Germanica 5 (1976), S. 73–94, hier S. 90. Siehe für die k.u.k. Seite auch: AGAD, 312 / 1848. Statistisches Amt des MGGL an Rohstoffzentrale, 20.12.1916.

¹⁶⁸ KESSLER, Das deutsche Polen, S. 86 f. Siehe auch die Propagandaschrift Russisches Zerstörungswerk in Polen. Mit 10 photographischen Abbildungen und Auszügen aus den amtlichen Protokollen, Berlin 1916.

¹⁶⁹ Als Überblick: OSTERHAMMEL, Die Verwandlung der Welt, S. 820.

¹⁷⁰ DERS., Kolonialismus, S. 13 ff.

stand von vornherein fest, dass die Administration vor Ort erfolgen sollte – natürlich in Rücksprache mit den Regierungen, aber eben nicht durch eine in der Zentrale extra errichtete neue Institution. Eine Eingliederung in die bisherige Kolonialverwaltung stand ebenfalls nicht zur Debatte.

Die unmittelbare Übergabe von Regierungs- und Besatzungsgewalt hatte die Doppelmonarchie bereits im August 1914 beschäftigt, als nach minimalen Erfolgen an der Ostfront – vor den weit größeren Rückschritten nach der russischen Offensive – erste k.u.k. Einheiten die Stadt Kielce erreicht hatten. Ganz im Sinne der eigenen Pläne einer austropolnischen Lösung wollte Wien in Kielce einen General mit der Errichtung einer Administration betrauen; nach künftigen Siegen hatte er weiter vorzurücken und schließlich für ganz Polen westlich der Weichsel geeignetes Personal bereitzustellen. Der Bündnispartner sollte eine Verwaltung nur provisorisch installieren, bis Österreich-Ungarn sich darum kümmern und das deutsche Personal ersetzen könnte.¹⁷¹ Derartige Wunschvorstellungen dürften Berlin nicht gekümmert haben, als es zur gleichen Zeit auf Verlangen der Armee hin preußische Landräte in die eroberten kongresspolnischen Grenzgebiete entsandte, um unter dem Befehl der stellvertretenden kommandierenden Generäle in Posen und Breslau in beschränktem Umfange eine Zivilverwaltung zu etablieren.¹⁷²

Die militärische Entwicklung machte diese Planungen obsolet. Erst ab Februar 1915 eroberten die Mittelmächte tatsächlich polnische Gebiete in nennenswertem Umfang. Österreich-Ungarn erließ danach „allgemeine Grundzüge“ für die Militärverwaltung, deren wichtigstes Prinzip darin bestand, dass sie unmittelbar dem Armeeoberkommando nachgeordnet und daher nicht unabhängig, sondern weisungsgebunden war; dementsprechend blieben legislative Maßnahmen der Wiener Zentrale, und zwar im Besonderen der Quartiermeisterabteilung des Armeeoberkommandos, vorbehalten.¹⁷³ Der Militärgeneralgouverneur und sein Generalstabschef wurden zwar unmittelbar durch den Kaiser ernannt, aber sämtliche anderen leitenden Funktionen vergab das Armeeoberkommando.¹⁷⁴

¹⁷¹ PAAA, R 21323. K.u.k. Botschaft Berlin an Auswärtiges Amt, 15.8.1914.

¹⁷² VON HUTTEN-CZAPSKI, *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*, S. 179.

¹⁷³ MITZKA, *Die k.u.k. Militärverwaltung in Russisch-Polen*, S. 10.

¹⁷⁴ ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a / 918. Allgemeine Grundzüge für die Regelung der k. u. k. Militärverwaltung in den besetzten Gebieten Russisch-Polens, Februar 1915. Siehe zu den „Etappenvorschriften“ auch TAMARA SCHEER, *Zwischen Front und Heimat. Österreich-Ungarns Militärverwaltungen im Ersten Weltkrieg*, Frankfurt am Main 2009, S. 55–58.

Vorrangig erhielt die Militärverwaltung die Aufgabe zugewiesen, im Bereich der Landwirtschaft die Organisation von Anbau, Pflege, Ernte und zuletzt Ablieferung ausgewählter Feldfrüchte in die Heimat durchzuführen. Für die sonstige Wirtschaft und das Finanzwesen waren zunächst keine Änderungen vorzunehmen, sondern aufgrund der russischen Erlasse und Verordnungen die Kontinuität zu wahren. Gemäß der Haager Landkriegsordnung galten zudem die Grundrechte der Bevölkerung nur nach den russischen Gesetzen und Regelungen. Am allerwichtigsten aber war: „Die Behörden haben sich gegenwärtig zu halten, dass die intensive und fruchtbare Verwertung des feindlichen Staatseigentums ein Äquivalent der Kriegführung und eines der wichtigsten Rechte der okkupierenden Truppen darstellt.“¹⁷⁵

Die Aufgabenstellung der deutschen Besatzer war ganz ähnlich, und auch für sie stellte das Völkerrecht eine Norm dar, die sie befolgen sollten – die Polen waren als russische Staatsbürger weiterhin nach den vor 1914 geltenden Regeln zu behandeln. Gleichwohl bedeutete dies nicht, ihnen eine Selbstverwaltung zuzugestehen. Dergleichen war bereits unter der Ägide des St. Petersburger Generalgouverneurs nicht möglich gewesen und blieb vorerst eine kurze Episode zwischen dem Abzug der russischen Armee und dem Einzug der deutschen. Den Besatzern ging es zuvorderst darum, ihre eigene Herrschaft zu festigen, und hier kam den Polen – die schließlich einem verfeindeten Imperium angehört hatten – Mitte 1915 keine Sonderstellung zu. Lediglich auf der untersten Kommunalebene blieben polnische Funktionsträger in ihren Ämtern, weil die noch recht provisorische Okkupation schlicht personell nicht bis dorthin reichte. Zugleich sorgten der deutsche Polizeichef in Lodz und die regionalen Besatzungsorgane für eine genaue Überwachung dieser Amtsträger, weil ihnen die Gemeindebeamten „zum mindesten als nicht deutschfreundlich“ galten.¹⁷⁶

Wie im k.u.k. Gebiet kam es auf deutscher Seite erst im Sommer 1915 zu Regelungen, die für die nächsten Kriegsjahre Bestand hatten. Generalgouverneur Hans von Beseler unterstand der Obersten Heeresleitung allerdings wie ein Armeeführer nur in militärischen Fragen, ansonsten war er lediglich dem Kaiser selbst Rechenschaft pflichtig. Er genoss somit

¹⁷⁵ Ebd.

¹⁷⁶ AGAD, 314-2 / 1, Bl. 8. 1. Vierteljahrsbericht der Zivilverwaltung für Russisch-Polen für die Zeit vom 5. Januar bis zum 25. April 1915. Siehe für weitere Auflösungen von polnischen Selbstverwaltungsorganen im Sommer 1915: CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 116–118.

ein hohes Maß an Unabhängigkeit, das weit über das seiner Pendants in Lublin hinausging.¹⁷⁷ Eine wichtige Einschränkung ihrer Macht galt aber gleichermaßen für die Gouverneure in den zwei Teilen Polens: In Angelegenheiten, die beide Verwaltungen betrafen und eine Lösung für das gesamte besetzte Gebiet erforderten, durften sie nicht direkt miteinander oder mit den vorgesetzten Behörden der Gegenseite in Wien und Berlin verhandeln, sondern sie mussten ihr Vorgehen mit Reichskanzler und Oberster Heeresleitung beziehungsweise dem Armeeoberkommando abstimmen und sich von dort genehmigen lassen.¹⁷⁸ Zudem war, wie in allen Verwaltungen üblich, der direkte Kontakt zwischen nachgeordneten Instanzen der Gouvernements und den Behörden in der Heimat, unter Umgehung von Lublin bzw. Warschau, nicht erlaubt.¹⁷⁹

Hans von Beseler blieb ansonsten uneingeschränkter Befehlshaber aller im Generalgouvernement existierenden Militär- und Zivilbehörden, wobei letztere allerdings ihr ressortmäßiges Verhältnis zum Reichskanzler – bzw. dem Reichsamt des Innern – beibehielten. Der Verwaltungschef Wolfgang von Kries, der bereits im August 1914 nach Polen entsandt worden war, musste als oberster Zivilbeamter trotz seiner großen Selbständigkeit, die in der Verantwortung direkt gegenüber der Reichsregierung begründet war, in letzter Linie den Anordnungen des Generalgouverneurs Folge leisten. Dieser hatte damit die Befugnis, alle für die Verwaltung des Landes erforderlichen Verordnungen in eigener Zuständigkeit zu erlassen.¹⁸⁰ Für die unmittelbare Umsetzung waren auf k.u.k. Seite 24, auf deutscher Seite inklusive der Stadt Warschau 32 Kreiskommandos zuständig. Sie stellten auf lokaler Ebene die Verwaltung und waren in einem Gebiet etwa von der Größe eines preußischen Landkreises für Aufgaben in den Bereichen Sozialwesen, Verkehr, Gesundheit oder Wirtschaft verantwortlich, vor allem aber dafür, die Anordnungen von oben umzusetzen.¹⁸¹

¹⁷⁷ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11k-m / 924. Instruktion für den Verwaltungschef bei dem Generalgouvernement Warschau, erlassen vom Reichskanzler, 25.8.1915.

¹⁷⁸ ROBERT MICHAEL SPÄT, Generaloberst Hans Hartwig von Beseler als Generalgouverneur in Polen 1915–1918. Person und Politik in Selbstzeugnissen, Magisterarbeit, Freiburg 2007, S. 13.

¹⁷⁹ AGAD, 312 / 1408. AOK an MGGL, 28.11.1915.

¹⁸⁰ VON HUTTEN-CZAPSKI, Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft, S. 242 f.

¹⁸¹ Kreisordnung für das Generalgouvernement Warschau, 22.1.1916, abgedruckt in: Handbuch für das Generalgouvernement Warschau, hg. v. OTTO PALANDT / EMANUEL GINSCHER, Warschau 1917, S. 25–31.

Über den Kreiskommandos rangierten als Mittelinstanz ohne nennenswerte Kompetenzen noch die Gouvernements, die auf k. u. k. Seite der alten russischen Einteilung der „Weichselgouvernements“ folgten; es waren dies Lublin, Kielce, Piotrków, Radom und Zamość, hinzu kam noch der Brückenkopf Dęblin, der über die andere Seite der Weichsel hinein in deutsches Gebiet ragte.¹⁸² In Warschau gab es elf Militärgouvernements, womit deren Zahl während der Besatzung der Mittelmächte über die der russischen Zeit hinausging. Unter den Kreiskommandos rangierte die polnische Selbstverwaltung in den Städten und Gemeinden, deren Kontrolle bzw. Eigenständigkeit im zweiten Hauptkapitel untersucht werden.

Schaffung und Wandel von Besatzungsstrukturen

Eine mit Zivilisten besetzte Administration gab es im Lubliner Gebiet nicht, was einmal mehr die dominierende Stellung der Armee in Österreich-Ungarn zeigt.¹⁸³ Dort war der gesamte Dienstbetrieb dem Generalstabschef untergeordnet, so dass die Organisation des Militärgeneralgouvernements dem eines Armeekommandos entsprach. Berufsoffiziere nahmen die Leitungspositionen auch in so zentralen Funktionen wie der politischen Abteilung oder der Wirtschaftssektion ein, während Reserve- und Landsturmpersonal, also oft fachlich qualifizierte Nichtmilitärs, nur in unbedeutenderen Positionen Verwendung fand.¹⁸⁴

Die zentralisierte Struktur war für den Aufbau der Besatzungsverwaltung halbwegs zweckmäßig gewesen, aber spätestens 1916 schienen Änderungen angesichts des gewachsenen Apparats mit seinen zahlreichen Reibungsverlusten¹⁸⁵ unumgänglich: Weil niemand mit einem so langen Krieg und der Notwendigkeit einer andauernden Okkupation gerechnet hatte, waren die Soldaten nicht auf die Anforderungen eines derartigen Dienstbetriebs vorbereitet und damit teilweise überfordert.¹⁸⁶ Anfang

¹⁸² HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. XIII–XVI.

¹⁸³ Zu Österreich-Ungarn als Militärmonarchie vgl. zuletzt: LAURENCE COLE u. a. Glanz – Gewalt – Gehorsam. Tradition und Perspektiven der Militärgeschichtsschreibung zur Habsburgermonarchie, in: Glanz – Gewalt – Gehorsam. Militär und Gesellschaft in der Habsburgermonarchie (1800 bis 1918), hg. v. DENS., Essen 2011, S. 13–28, hier S. 17 f.

¹⁸⁴ SCHEER, Zwischen Front und Heimat, S. 58.

¹⁸⁵ AGAD, 312 / 50, Bl. 100 ff. MGGL an die nachgeordneten Stellen, 20.3.1916.

¹⁸⁶ Die Militärverwaltung in den von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten, hg. v. HUGO KERCHNAWE, Wien 1928, S. 2 f.

1916 sollten daher die zivilen Aspekte stärker berücksichtigt werden, was sich insbesondere auf den Umgang mit den Einheimischen und die damit verbundenen politischen Rücksichtnahmen etwa in der Selbstverwaltung oder der Justiz erstreckte. Das wirtschaftliche Prärogativ der „Nutzbarmachung“ behielten die Militärs allerdings bei – zwar wollten sie ihre personellen Ressourcen schonen, gaben aber nur die weniger wichtigen Aufgabenbereiche aus der Hand, weil das ihrem Selbstverständnis entsprach.

Der Lubliner Generalstabschef Arthur Hausner schlug deshalb im April 1916 zwei Varianten vor, wie das Militärgeneralgouvernement künftig organisiert werden könnte: Er unterschied zwischen einer Variante mit einer Militär- und einer Zivilsektion und einem Vorschlag, bei dem zusätzlich noch eine Wirtschaftssektion hinzukam, die vor allem für den Abtransport von menschlichen und materiellen Ressourcen in die Monarchie zuständig sein sollte, was ansonsten in die Kompetenz der Militärs gefallen wäre. Für die Leitung der Wirtschaftsabteilung hatte Hausner allerdings seinen Stellvertreter vorgesehen, so dass die direkte Kontrolle gesichert blieb. Dem Zivillandeskommissar war in beiden Fällen nur eine Nebenrolle zugeordnet.¹⁸⁷

Dem Außenministerium gingen diese Vorschläge nicht weit genug. Es forderte größere Befugnisse einerseits für den Zivilbereich, andererseits für das Militärgeneralgouvernement an sich. In beider Hinsicht empfahl Wien das Warschauer Pendant als Richtlinie, denn das konnte wesentlich unabhängiger agieren und war zugleich nicht nur als rein militärische Behörde aktiv. Das Armeeoberkommando zeigte sich grundsätzlich bereit, Zugeständnisse zu machen, wollte aber auf Privilegien wie die Ernennung des Leitungspersonals nicht verzichten; auch sollte die Zivilverwaltung keinesfalls unabhängig von der Quartiermeisterabteilung sein und die Oberhoheit des Generalstabs gewährleistet bleiben.¹⁸⁸ Die zum 1. August 1916 geschaffene Position des Zivillandeskommissärs, den das Außenministerium bestimmte, blieb daher reduziert auf wenig mehr als die Funktion eines politischen Beraters mit Zuständigkeit für die öffentliche Verwaltung auf den Gebieten, auf die die Militärs keine Ansprüche erhoben. Er war außerdem dem Gouverneur direkt unterstellt. Reale Machtbefugnisse ergaben sich höchstens dadurch, dass auch auf Ebene der

¹⁸⁷ AGAD, 312 / 52, Bl. 9 ff. Antrag des Generalstabschefs auf Änderung der Grundzüge für die Militärverwaltung Polens, 4.4.1916.

¹⁸⁸ DLA Marbach, Nachlass Andrian / 78.2 [alt: 3957]. Protokoll einer Besprechung zwischen AOK und Außenministerium am 3.6.1916, 5.6.1916.

Kreiskommandos die Stelle eines Zivilkommissärs geschaffen wurde.¹⁸⁹ Die Kreiskommandos spiegelten zwar im weiteren Sinne die Organisationsstrukturen des Militärgeneralgouvernements wider,¹⁹⁰ aber lokal hing viel davon ab, welche Befugnisse der Kreischef delegierte beziehungsweise inwieweit er sich für das Verwaltungsgeschäft interessierte.¹⁹¹

Eine noch stärkere imperiale Durchdringung des okkupierten Gebietes forderten verschiedene Wirtschafts- und Handelskammern der Doppelmonarchie. Um ihren Wünschen nachzukommen und den Austausch von Gütern zwischen Polen und der Heimat zu erleichtern, hatte das Militärgeneralgouvernement sehr früh eine Warenverkehrszentrale in Krakau errichtet, die als Ansprechpartner für alle Fragen der Aus- und Einfuhr diente und entsprechende Genehmigungen erteilte. Die Grundlage hierfür bildeten die Entscheidungen des Wirtschaftsausschusses, den ein vom Generalgouverneur ernannter Vorstand leitete, der unmittelbar dem Generalstabschef untergeordnet war; als Hauptaufgabe achtete er auf die Priorität der Heeresversorgung. Die Warenverkehrszentrale selbst trieb ausstehende Zahlungen in Polen ein, erstellte Statistiken, warb für den Handel mit dem Okkupationsgebiet und beantwortete allerlei Anfragen.¹⁹² Zudem gab sie ein zweisprachiges deutsches und ungarisches Mitteilungsblatt heraus, das über die Reisebedingungen informierte und in dem diverse wirtschaftliche Nachrichten publiziert wurden, etwa über Geschäftsmöglichkeiten. Neben Krakau existierten Auskunftsstellen zunächst in den beiden galizischen Städten Rzeszów und Lemberg, was auf die engen Verbindungen innerhalb des früheren Polens hinwies. Alle drei Behörden lagen indes im cisleithanischen Teil der Doppelmonarchie, so dass im Sommer 1916 zusätzlich eine Expositur in Budapest errichtet wurde, was einerseits Zeichen des Ausgleichs innerhalb des Habsburgerreichs war, andererseits die imperialen Ambitionen Österreichs und Ungarns in Polen verdeutlichte.¹⁹³

¹⁸⁹ SCHEER, Zwischen Front und Heimat, S. 62 f.

¹⁹⁰ STANISŁAW KUTRZEBA, La question Polonaise pendant la guerre mondiale, in: La Pologne. Sa vie économique et sociale pendant la guerre, hg. v. MARCELI HANDELSMAN, New Haven 1932, S. 3–131, hier S. 76 f.; LEWANDOWSKI, Królestwo Polskie pod okupacją austriacką, 1914–1918, S. 76.

¹⁹¹ AGAD, 312 / 367. Kreiskommissar Chefm an MGGL, 19.7.1917.

¹⁹² Österreichisches Staatsarchiv, Kriegsarchiv [im Folgenden: ÖStA, KA], AOK-Quartiermeister-Abteilung, Referenten-Faszikel / 2590. Wirtschaftliche Organe des MGGL, Denkschrift, o. D.

¹⁹³ AGAD, 312 / 1867. Wirtschaftliche Mitteilungen der k.u.k. Warenverkehrszentrale für das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet, Nr 21., 1.9.1916, S. 1.

Die detaillierten Regelungen für die verschiedenen Export- und Importgüter wuchsen so schnell an, dass es in den letzten Kriegsjahren fortwährend zu Verstößen beim Transport kam, einfach weil es keine einheitliche Übersicht gab. Die Warenverkehrsstellen hatten nur wenig Personal, weshalb umfangreichere Neu- und Gesamtkonzeptionen nicht möglich waren.¹⁹⁴ Stattdessen wurde im Mai 1917 mit der Rohstoffzentrale eine neue Behörde geschaffen, die direkt dem Kriegsministerium unterstand und ihre Weisungen vom Armeeoberkommando erhielt, obwohl sie formal der Wirtschaftssektion des Militärgeneralgouvernements zugeordnet war. Da sie einen selbständigen Rechnungskörper des Heeres darstellte, erhielt Lublin keinen Anteil aus ihren Gewinnen. Die Zentrale unterteilte zunächst alle zu exportierenden Ressourcen in Bedarf des Heeres oder der Verwertung. Mit der zweiten Gruppe sollte Gewinn erzielt werden. Dafür erhielt die neue Institution die Kompetenz für alle in Polen aufzubringenden Güter, deren Verwendung sie zu kontrollieren hatte.¹⁹⁵

Die Rohstoffzentrale stellte längst nicht die einzige Änderung im Verwaltungsaufbau des österreichisch-ungarisch besetzten Polens dar, die während des Krieges in Kraft trat. Ende 1916 wurde die Funktion des Gouvernements-Inspizierenden gestrichen, der bis zu diesem Zeitpunkt die Gouvernementsbehörden in Lublin und die Kreiskommandos beaufsichtigt hatte. Nach knapp zwei Jahren schaffte Wien die ständige Überwachung der Militäradministration durch Generäle ab und teilte diesen stattdessen die Aufgabe zu, die oft über mehrere Kreise hinweg dislozierten Besatzungstruppen zu inspizieren.¹⁹⁶ Im Zuge dieser Änderungen erließ das Armeeoberkommando zudem eine Neufassung der „Allgemeinen Grundlagen“ für die Militärverwaltung, die hauptsächlich den im Zuge der „Polenproklamation“ am 5. November 1916 ins Leben gerufenen Staatsrat mit einbezog und einmal mehr die eigenen Prärogative festschrieb: Unter anderem sahen die „Grundlagen“ nun vor, dass das polnische Gremium nicht in den Wirkungskreis des Militärgeneralgouvernements eingreifen und lediglich Anträge an das Armeeoberkommando formulieren durfte.¹⁹⁷

¹⁹⁴ AGAD, 312 / 1855. Heeresbahnkommando Nord an Rohstoffzentrale MGGL, 13.6.1917.

¹⁹⁵ AGAD, 312 / 1854. AOK an MGGL, 1.5.1917.

¹⁹⁶ AGAD, 312 / 76. Memorandum zur Auflassung der Gouvernements-Inspizierenden, 13.12.1916.

¹⁹⁷ AGAD, 312 / 66, Bl. 67 f. Änderung der Allgemeinen Grundlage für die k. u. k. Militärverwaltung Polen, 18.12.1916.

Zu einer weiteren Neuorganisation des Militärgeneralgouvernements kam es Ende 1917, als in der so essentiellen Wirtschaftssektion eigene Referate für die landwirtschaftliche Organisation und Verwaltung eingerichtet wurden, was deren zentraler Rolle in den Bestrebungen der „Nutzbarmachung“ entsprach. Die beiden Abteilungen kümmerten sich um sämtliche Ernteangelegenheiten bis hin zu deren Ablieferung an die Wareneinfuhrzentrale, die den Import in die Doppelmonarchie gewährleistete. Zudem existierten in der Wirtschaftssektion noch eine Industriegruppe, die Lebensmittelverwertungszentrale, die Güter- und Forstdirektion sowie Abteilungen für Export, Wirtschaftsnachrichten, Apportionierung und eine Kanzlei.¹⁹⁸ Auf die gesamte Produktion des Landes hatte allerdings nach wie vor das Militär den ersten Zugriff.¹⁹⁹

Der Kriegsverlauf und die geänderten politischen Absichten sowie vor allem die anfänglich nicht erwartete lange Dauer der Auseinandersetzungen führten zu mehrfachen Neuausrichtungen der k.u.k. Besatzungsadministration. Grundsätzliche Dinge, wie deren primär militärischer Charakter, die starke Stellung des Wiener Armeeoberkommandos sowie der Fokus auf die wirtschaftliche Ausbeutung blieben davon unberührt. Schon alleine deswegen hatten die Änderungen eher den Charakter von behutsamen Anpassungen.

Im deutschen Besatzungsgebiet waren demgegenüber Berliner Ministerien ganz offiziell denjenigen Fachverwaltungen übergeordnet, die in ihre ressortmäßige Zuständigkeit fielen. Sie konnten einen großen Einfluss geltend machen, denn ihre Kompetenz für Schulwesen und Gesundheitspolitik, Finanzen, Wirtschaft, Ernährungswesen, Polizei, Presse und Zensur, Justiz sowie Verkehr und Bauen wurde während des Krieges vom Militär bzw. dem Generalgouverneur nicht grundsätzlich angetastet und höchstens durch gewisse Konzessionen an den polnischen Staatsrat ab Ende 1916 verringert.²⁰⁰ Zu vereinzelten Kompetenzkonflikten mit Berlin kam es nur in manchen Abteilungen, die einerseits Beseler unterstanden, andererseits den Berliner Ministerien zugeordnet blieben, weil Zentrale und Peripherie jeweils ihren direkten Einfluss wahren wollten.²⁰¹ Indes wiesen beide Seiten diesen Auseinandersetzungen keinen hohen Stellenwert zu, weil die Zuständigkeiten im Großen und Ganzen klar abgesteckt

¹⁹⁸ LEWANDOWSKI, *Królestwo Polskie pod okupacją austriacką, 1914–1918*, S. 103.

¹⁹⁹ MITZKA, *Die k.u.k. Militärverwaltung in Russisch-Polen*, S. 13 f.

²⁰⁰ MIKIETYŃSKI, *Niemiecka droga ku Mitteleuropie*, S. 155.

²⁰¹ BAMA, N 30 / 5. Reichskanzler an GGW, 12.1.1916; Beseler an Reichskanzler, 27.1.1916.

waren.²⁰² Insgesamt hatte das Generalgouvernement, auch wegen der Immediatstellung Beselers gegenüber dem Kaiser, eine wesentlich höhere Unabhängigkeit als es für Lublin der Fall war. Wie sehr dies sogar gegenüber der Obersten Heeresleitung galt, verdeutlicht die Tatsache, dass diese sich Ende 1916 an das k.u.k. Armeeoberkommando wandte, um von dort aus über den Verkehr österreichisch-ungarischer Dienststellen mit dem Generalgouvernement Warschau Auskunft zu erhalten.²⁰³

Die deutschen Okkupanten mussten sich zwar in grundlegenden politischen Fragen, die beide Besatzungsgebiete betrafen, mit Berlin abstimmen, aber die Auslegung dieser Vorschrift wurde durchaus großzügig interpretiert, so dass Beseler und von Kries de facto oftmals direkt nach Lublin oder Wien schrieben – ohne jeweils die Oberste Heeresleitung (OHL) zu beteiligen. Wenn diese nun die Notwendigkeit sah, sich über die entsprechenden Vorgänge vom Bündnispartner informieren zu lassen, dann stand es augenscheinlich um die Mitteilungsfreudigkeit des Generalgouvernements nicht zum Besten: Warschau war nicht willens, die Armeeführung en detail in seine Politik einzubinden. Umgekehrt sprach eine gehörige Portion Misstrauen gegenüber Beseler aus diesem Vorgehen.

Auch um sich gegen die Bevormundung durch Paul von Hindenburg (1847–1934) und Erich Ludendorff (1865–1937) – die Beseler gegenüber seiner Frau als „politisch unzurechnungsfähige [...] Doppelfirma“ bezeichnete²⁰⁴ – zu wehren, hatte das Generalgouvernement als eine Art Lobbygruppe in Berlin einen eigenen Wirtschaftsausschuss ins Leben gerufen. Er bestand aus einem kleineren Kreis ständiger Mitarbeiter und einer größeren Zahl von sachverständigen Beratern aus den verschiedenen Wirtschaftsgruppen der Heimat. Unter letzteren befanden sich zudem Mitglieder des Reichstages und des preußischen Landtages, die in den beiden Parlamenten für die Anliegen der Warschauer Administration werben und damit Rückendeckung gegen die immer dringlicher vorgetragenen Ansprüche der OHL verschaffen sollten. Wolfgang von Kries, von dem die Idee zu diesem Gremium stammte, bewertete nach dem Krieg dessen politische Unterstützung als recht nützlich.²⁰⁵ Alleine die Möglichkeit, eine derartige Institution ins Leben zu rufen, verdeutlicht einmal mehr die

²⁰² BAMA, N 30 / 5. Reichskanzler an GGW, 3.3.1916.

²⁰³ AGAD, 312 / 1831. Internes Schreiben des MGGL an nachgeordnete Stellen, 22. 11.1916.

²⁰⁴ BAMA, N 30 / 53. Beseler an seine Frau, 8.4.1918.

²⁰⁵ Bundesarchiv Koblenz [im Folgenden: BA Koblenz], N 1722 / 3, Bl. 58 f.; Von Kries: Manuskript – „Deutsche Staatsverwaltung in Russisch-Polen“.

zentrale Rolle und den großen Einfluss, den der Warschauer Verwaltungschef hatte; auch die österreichisch-ungarische Seite betonte immer wieder seine Machtbefugnisse.²⁰⁶

Wie im Militärgeneralgouvernement Lublin war es im deutschen Okkupationsgebiet die Organisation der wirtschaftlichen „Nutzbarmachung“, die die meisten Nachjustierungen erforderte. Hier war außerdem der Einfluss der Obersten Heeresleitung und des Kriegsministeriums am größten, denn die tatsächlichen oder vorgeblichen militärischen Notwendigkeiten erforderten demnach einen direkten, für alle Gebiete unter deutscher Kontrolle koordinierten Zugriff. Die Beschlagnahmen der Kriegsrohstoffstellen konnte Warschau deshalb nicht bestimmen, die Quoten gab Berlin vor und etablierte dafür zahlreiche neue Behörden, die wiederum eigene Delegaturen im Generalgouvernement eröffneten. Deren Einfluss reichte dann bis auf Kreisebene, etwa wenn die Riemen-Freigabe-Stelle der Kriegsrohstoffstelle Warschau auf dem Land nach ungenutzten und zu beschlagnahmenden Treibriemen aus Leder suchen ließ.²⁰⁷

In der Nachkriegszeit betonten Berichte von Akteuren der Besatzungsadministration immer wieder den Gegensatz zwischen Zentrale und Peripherie,²⁰⁸ wobei durchaus zu hinterfragen ist, ob es sich hierbei tatsächlich um ein unterschiedliches Verständnis von Politik in Polen handelte, oder doch nur um Kompetenzstreitigkeiten; die Analyse des Selbstverständnisses der Besatzer im nächsten Unterkapitel lässt eher die zweite Interpretation als plausibel erscheinen. In diesem Sinne war es auch nicht umstritten, dass Soldaten unmittelbar an ihrem Stationierungsort requirierten; das galt sogar dann, wenn sie in Gebieten unter k.u.k. Verwaltung disloziert waren.²⁰⁹

²⁰⁶ Exemplarisch: DLA Marbach, Nachlass Andrian / 78.2 [alt: 3271]. Andrian an Burián, 7.2.1916.

²⁰⁷ Archiwum Państwowe Płock [im Folgenden: AP Płock], 324 / 14, Bl. 12. Antragsformular der Kriegsrohstoffstelle Warschau – Riemen-Freigabe-Stelle, o. D.

²⁰⁸ Vgl. exemplarisch: PAUL ROTH, *Die politische Entwicklung in Kongreßpolen während der deutschen Okkupation*, Leipzig 1919, S. 32 f. Den Tenor greift auf: CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 118.

²⁰⁹ AGAD, 312 / 199. MGGL, Rundschreiben, 1.9.1916. Im Militärgeneralgouvernement Lublin selbst waren deutschen Truppen Requisitionen allerdings genauso verboten wie in sonstigen Etappengebieten; die erwähnte Regelung galt also mithin für Front- bzw. „Truppengebiete“.

Akteure der Besatzungspolitik

Soldaten machten den weit überwiegenden Teil der in den beiden Generalgouvernements stationierten Besatzer aus. Für das Gebiet von Ober Ost liegen keine gesicherten Zahlen vor, aber Schätzungen gehen von etwa 600 Beamten im höheren Dienst sowie 18.000 Deutschen insgesamt aus.²¹⁰ Im deutlich größeren Warschauer Gebiet waren demgegenüber im Juli 1918 rund 6.000 deutsche Zivilisten eingesetzt – diese Zahl beinhaltet keine Gendarmen und Postbediensteten, beschränkt sich aber andererseits auch nicht nur auf den höheren Dienst –, hinzu kamen weitere 100.000 Soldaten, die einerseits als Sicherungstruppen, andererseits zur Erholung vom Einsatz an der Front dort stationiert waren.²¹¹ Über diese Truppen ist außer den Namen ihrer Offiziere²¹² wenig bekannt; weder gibt es soziale Analysen, noch Mentalitäts-, Perzeptions- oder Alltagsgeschichten.²¹³

Dazu kommt, dass die Zahl der Besatzer je nach Verwendung der Soldaten schwankte: Schon für September 1918 gehen interne Statistiken von nur noch 66.000 Militärangehörigen aus, darunter 5.000 Frauen.²¹⁴ Für das Militärgeneralgouvernement Lublin wurden als Minimum 40.000,²¹⁵ als Maximum 170.000 bis 200.000 Besatzer gezählt, wobei die Zahl seit Mitte 1917 tendenziell schrumpfte.²¹⁶ 1916 meldete der Haushaltsplan 3.974 Beschäftigte ausschließlich in den Organen des Militärgeneralgouvernements (vgl. Tabelle 1, S. 103).

²¹⁰ LIULEVICIUS, *Kriegsland im Osten*, S. 75 f.

²¹¹ AGAD, 532 / 15. Generalgouverneur an Verwaltungschef GGW, 1.7.1918. Laut dem Personalaktenverzeichnis des GGW (BAMA, RH 18 / 2014; die Akten selbst sind nicht überliefert) waren während der vier Kriegsjahre unmittelbar in der Verwaltung des GGW bzw. der nachgeordneten Behörden 17.322 Personen beschäftigt. Das schließt Beamten, Angestellte und Arbeiter ebenso ein wie Deutsche und Polen. Siehe für Zahlen auch: AGAD, 532-2 / 20. GGW an RMdI, 8.4.1918.

²¹² AGAD, 314 / 11. Personalliste der Stäbe des Generalgouvernements und der Militärgeneralgouvernements, 18.10.1917.

²¹³ Für erste rein faktographische Beschreibungen zur Stationierung der Sicherungstruppen: JACEK E. SZCZEPAŃSKI, *Niemiecka Piechota Zapasowa w Generalnym Gubernatorstwie Warszawskim 1915–1918*, Warszawa 2008; DERS., *Landszturm w Generalnym Gubernatorstwie Warszawskim 1915–1918. Formacja głębokich rezerw*, Warszawa 2012.

²¹⁴ AGAD, 532 / 17. Landesgetreidestelle GGW an Verwaltungschef, 23.9.1918.

²¹⁵ SCHEER, *Zwischen Front und Heimat*, S. 60.

²¹⁶ JAN LEWANDOWSKI, *Okupacja austriacka w Królestwie Polskim (1914–1918)*, in: *Dzieje Najnowsze* 30 (1998), H. 4, S. 29–42, hier S. 32.

Tabelle 1: Militärpersonal des Militärgeneralgouvernements Lublin 1916²¹⁷

Verwaltungs- zweig	Gagisten							Of.	o. R.	Vb.	Gesamt
	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI				
Leitung	5	15	22	37	75	60	25	2	12	3	256
Polit. Verw.		2	14	22	37	73	26	3	36	28	241
Finanzverw.			14	19	34	31	20		59	21	198
Justizverw.		6	12	24	60	109	11		46	152	420
Sicherheits- dienst		1	1	10	38	38	11		36	10	145
Landwirtschaft				3	18	41	17	2	1	20	102
Forstwesen	1			3	10	27	23	1	755	67	887
Bergwesen		1		1	2	25	7				36
Unterricht und Kultus		1	1	3	26	1	5		6	890	933
Sanitätswesen			1	6	9	14	10			12	52
Verkehrswesen		1	2	9	11	9	33	1	12	136	214
Post und Telegraphie				2	29	80	76	1	119	3	310
Gesamt	6	27	67	139	349	508	264	10	1.082	1.342	3.794

Of. = Offiziersaspiranten; o. R. = ohne Rangklasse; Vb. = Vertragsbeamte

Das zahlenmäßige Verhältnis von Okkupanten zu Einheimischen ist ein deutlicher Ausdruck für die Dringlichkeit der Bedürfnisse: Je schneller und gründlicher die Indienstnahme des Landes geschehen musste, desto mehr Personal war dafür notwendig. Entsprechende Relationen für die Japaner im besetzten Korea Mitte der 1930er Jahre nennen einen Besatzer auf 420 Koreaner, während England zur gleichen Zeit in Indien mit einer Relation von 1 zu 28.000, in Nigeria sogar mit 1 zu 54.000 auskam.²¹⁸ Diese Zahlen weisen mindestens indirekt auch auf den Grad an Repression hin, der für eine Befriedung des Landes erforderlich war. Das war in

²¹⁷ AGAD, 312 / 199. Gesamtstandesnachweisung der Gagisten zur Veranschlagung der Personalkosten von 1916. Die Rangklassen entsprachen im Einzelnen: V: Generalmajor; VI: Militärintendant 1. Klasse; VII: Oberstleutnant; VIII: Major; IX: Hauptmann; X: Oberleutnant; XI: Leutnant.

²¹⁸ OSTERHAMMEL, Kolonialismus, S. 70 f.

Polen nicht notwendig, zudem hatten viele dort stationierte Einheiten keinen Sicherungsauftrag, sondern waren lediglich von der Front zurückgenommen worden oder auf dem Weg dorthin. Wenn man trotzdem die Zahl der Besatzer pro Einwohner ausrechnen möchte, kommt man für Warschau auf ein Verhältnis von immerhin 1 zu 100 beziehungsweise 1 zu 60, und für Lublin auf etwa 1 zu 90 bzw. 1 zu 18, je nachdem, wie viele Truppen gerade disloziert waren. Selbst wenn dies nur sehr eingeschränkt als Indikator für die „Dringlichkeit“ der Besatzung gelten kann, verdeutlicht es doch recht anschaulich die Dimension der Okkupation.

Andererseits zeigt die regionale Ausformung der Fremdherrschaft auch andere Tendenzen – und zwar, mit wie wenig Personal man auf der unteren Ebene auskam. Das deutsche Gouvernement Lukow (Łuków), also eine Mittelinstanz, meldete im April 1918 eine Verpflegungsstärke von 34 Mann, die sich aus fünf Offizieren, sechs Beamten, sechs Unteroffizieren, zwei Dolmetschern und 15 Soldaten zusammensetzte.²¹⁹ Ende 1916 zählte das k. u. k. Kreiskommando Zamość 70 Mann – und zusätzlich die größte Garnison des Generalgouvernements, weil unmittelbar daran das Frontgebiet anschloss: ein Infanterie-Ersatz-Bataillon mit 6.000 Mann und 100 Offizieren, 400 Kavalleristen, ein Landsturm-Etappenbataillon, für die IV. Armee ein Reservespital mit 1.100 und ein Epidemiespital mit 400 Betten, sowie ein weiteres Epidemiespital des Militärgeneralgouvernements mit 150 Betten; dazu kam noch die Industriegruppe der I. Armee in Zwierzyniec mit 3.000 Arbeitern.²²⁰

Gerade letzteres Beispiel macht deutlich, dass die riesig wirkenden Personalzahlen oft auf unmittelbar militärische Belange zurückzuführen waren und nicht mit der Besatzungsverwaltung im engeren Sinne zu tun hatten. Tatsächlich beklagte sich die Verwaltung immer wieder, dass ihre personelle Ausstattung zu gering sei. Nach Auffassung Lublins war etwa das k. u. k. Militärgeneralgouvernement in Serbien Ende 1916 besser gestellt, denn es verfügte „in dem wesentlich kleineren Verwaltungsgebiete über bedeutend stärkere Kräfte“²²¹ – allerdings war Serbien ein besetzter Feindstaat, während Polen offiziell als befreit bezeichnet wurde. Außerdem erschwerte gerade die starke Militarisierung die Administration, weil z. B. statt Gendarmerie fast ausschließlich Landsturm-Etappenbataillone

²¹⁹ Archiwum Państwowe, Lublin [im Folgenden: AP Lublin], 248/77, Bl. 2. Kriegstagebuch des Militärgeneralgouvernements Lukow, April 1918.

²²⁰ AGAD, 312 / 1868, Bl. 1443 f. Situationsbericht des Kreises Zamość, 1.12.1916.

²²¹ AGAD, 312 / 73, Bl. 315–317. Antrag des MGG Serbien beim AOK, 30.10.1916, und Stellungnahme des MGGL, 6.11.1916.

disloziert waren, also meist ältere Reservisten, die für den Kampfeinsatz und selbst für Polizeiaufgaben als nur bedingt verwendbar galten. Doch eine Abhilfe war nicht möglich, der Menschenbedarf der Front zu groß.²²²

Auch die Anfänge der deutschen Herrschaft waren durchaus bescheiden, und die Zivilverwaltung in Warschau kam mit lediglich drei Abteilungen aus. Deren Zahl vergrößerte sich bis Ende des Kriegs auf zehn, aber die Anzahl der unmittelbar dort beschäftigten Beamten wuchs nie auf mehr als 115 Personen. Ende 1916 gab es in Warschau rund 100 höhere Beamte und weitere 500 bei den nachgeordneten Behörden (vgl. Tabelle 2, S. 106), dazu kamen 62 deutsche Bürgermeister im Kommunaldienst.²²³ Sie alle fanden Bedingungen vor, die zwar nicht schlecht, aber auch nicht luxuriös waren. Neu eingestellten Zivilisten winkte eine Beschäftigung nur für die Dauer des Krieges, eine Übernahme in den Staatsdienst war ebenso wenig vorgesehen wie Ansprüche auf Pension oder Hinterbliebenenfürsorge im Todesfall.

Im Generalgouvernement Warschau stellten polnische Gemeinden immerhin das Quartier für die Besatzer – außer in der Hauptstadt, wo es selbst auf dem freien Wohnungsmarkt gefunden werden musste; die Miete zog die Verwaltung gleich vom Gehalt ab. Für weibliche Angestellte unter 25 Jahren gab es spezielle Wohnheime. Die Anwesenheit von Familienangehörigen war nicht erlaubt. Das Gehalt wiederum richtete sich nach der bisherigen Beschäftigung in der Heimat, dazu gab es Zulagen von bis zu 400 Mark im Mittleren Dienst, zuzüglich einer Lebenskostenpauschale, die nochmals bis zu 400 Mark betragen konnte.²²⁴ Im Gehobenen und Höheren Dienst setzte Warschau ausschließlich aus dem Reich abgeordnete Beamte ein. Eine Fachadministration wie die des Forstwesens kam in der gleichen Zeit für das ganze Generalgouvernement auf 406 Beschäftigte von Oberförstern und Assessoren bis hin zu Sägewerksangestellten. Dazuzuzählen waren dann noch 835 polnische Heger und Arbeiter.²²⁵

²²² Ebd.

²²³ Zwei Jahre deutscher Arbeit im Generalgouvernement Warschau, Berlin 1917, S. 9.

²²⁴ Bayerisches Hauptstaatsarchiv – Kriegsarchiv [im Folgenden: BayHStA-KA], Sto Eis 2 / 14. Verwaltungschef GGW an Stellvertretendes Generalkommando I. bayerisches Armeekommando, 3.7.1918. Denkschrift: „Bedingungen für die Annahme von Angestellten bei der Verwaltung des Generalgouvernements Warschau“; Ebd., Auskunft des GGW, 3.8.1918.

²²⁵ MARTIN BEMMANN, „...kann von einer schonenden Behandlung keine Rede sein“. Zur forst- und landwirtschaftlichen Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau durch die deutsche Besatzungsmacht, 1915–1918, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 55 (2007), S. 1–33, hier S. 6, 9.

Tabelle 2: Höhere deutsche Beamte im Generalgouvernement Warschau, März 1916²²⁶

Einsatzort	Anzahl
Warschau inkl. Zentralverwaltung	147
Łódź, Łask, Brzeziny	50
Będzin	15
Blonie	7
Częstochowa	13
Garwolin	7
Grójec	8
Kalisz, Turek	15
Koło	4
Konin, Słupca	9
Kutno, Gostynin, Łęczyca	16
Lipno, Rypin	14
Łomża, Kolno	25
Łowicz, Sochaczew	11
Łuków	7
Mława, Ciechanów	12
Nowo-Minsk [Mińsk Mazowiecki]	10
Ostrołęka	10
Ostrów	10
Płock, Sierpc, Płońsk	23
Pułtusk, Maków	18
Przasnysz	6
Rawa	8
Siedlce	10
Sieradz	8
Skierniewice	7
Sokołów, Węgrów	10
Szczuczyn	9
Wielun	12
Włocławek	17
Gesamt	518

²²⁶ AGAD, 532 / 5. 3. (5.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Januar 1916 bis zum 31. März 1916, Anlage I.

Dieses durchaus typische Zahlenverhältnis zwischen deutschem und polnischem Personal zeigt, wie sehr die Besatzer auf die Mitarbeit der Besetzten angewiesen blieben, ohne die sie das Land nie auch nur annähernd effektiv hätten regieren können. Aus diesem Grund waren gute Kontakte zu den Einheimischen unerlässlich. Dem deutschen Generalgouverneur war daher gleich von Anfang an mit Bogdan Graf von Hutten-Czapski (1851–1937) ein polnischer Adliger aus der Provinz Posen als Berater beigegeben worden, der ihn in die komplizierte Warschauer Politik einführen sollte. Hutten-Czapski hatte eine Karriere im preußischen Militär in den Rang eines Oberstleutnants der Reserve geführt. Bei Kriegsausbruch gelangte er im Großen Generalstab in das Referat für Ostfragen. Reservist war Hutten-Czapski deshalb, weil er bereits 1896 aus dem aktiven Dienst ausgeschieden war und stattdessen eine politische Karriere verfolgt hatte: 1895 berief ihn der Kaiser als Mitglied in das preußische Herrenhaus, wo er sich bis 1918 in der konservativen Fraktion betätigte. Gute Verbindungen bis ins Kaiserhaus brachten ihm 1901 die Hofcharge ehrenhalber mit dem Titel des Schlosshauptmanns von Posen ein.

In Warschau erledigte er persönliche Aufträge von Beselers, die meist auf halboffizielle Absprachen mit polnischen Eliten hinausliefen, wozu er einen großen und repräsentativen Haushalt führte; später wurde er Kommissar beim provisorischen Staatsrat bzw. der polnischen Regierung. Zugleich hielt er Verbindung zur deutschen Regierung und dem Hof und hatte großen Einfluss auf die Kulturpolitik in Warschau, unter anderem als Kurator der Universitäten. Offiziell war er dabei dem Stab des Generalgouverneurs zugeordnet.²²⁷ Bei all diesen Aufgaben agierte er als Mittler zwischen verschiedenen Welten: als Zivilist und Politiker mit militärischem Hintergrund unter Soldaten sowie als preußischer, katholischer Pole unter protestantischen Preußen. Sein gewandtes Auftreten erklärt die allgemeine Wertschätzung, die er erfuhr, aber sein Einfluss blieb insgesamt doch gering – und wohl hinter seinen eigenen Ansprüchen zurück.²²⁸

Hutten-Czapski hat gerade wegen all dieser scheinbaren Widersprüche in der Forschung wesentlich mehr Interesse gefunden als sein Chef Hans von Beseler. Er hinterließ umfangreiche, zweibändige Memoiren, wurde bereits in der Zwischenkriegszeit in Deutschland gewürdigt und zuletzt in

²²⁷ VON HUTTEN-CZAPSKI, *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*, S. 247 f.

²²⁸ FRITZ HARTUNG, Graf von Hutten-Czapski, in: *Historische Zeitschrift* 153 (1936), S. 548–559, hier S. 549.

Polen im Rahmen einer Biographie dargestellt.²²⁹ Zu Hans Hartwig von Beseler (1850–1921) liegen indes keine veröffentlichten Selbstzeugnisse vor und nur kürzere Aufsätze, die sich aber auf seine Zeit als Generalgouverneur konzentrieren.²³⁰ Allerdings hat Werner Conze in seiner Studie aus dem Jahr 1958 ausführlich auf Beselers Nachlass zurückgegriffen und dessen Wirken im besten Licht geschildert.²³¹

Beseler war Berufssoldat, Sohn des bedeutenden Juristen und preußischen Herrenhausmitglieds Georg Beseler sowie Bruder Max von Beselers, der 1905 bis 1917 preußischer Justizminister sowie Mitglied des Herrenhauses war und 1917 das Adelsprädikat erhielt. Hans von Beseler hatte diese Auszeichnung bereits 1904 erhalten, obwohl er wider Erwarten nicht Chef des preußischen Generalstabs wurde, sondern lediglich Generalinspekteur der Festungen. 1911 nahm er den Abschied vom Militär und wurde ein Jahr später ebenfalls ins Herrenhaus berufen, bevor ihn der Kriegsausbruch 1914 in den aktiven Dienst zurückführte. Als kommandierender General zeichnete er sich bei der Einnahme der Festungen von Antwerpen im Oktober 1914 und von Nowogeorgiewsk im August 1915 aus.²³² Dieser Sieg an einem 35 Kilometer nordwestlich von Warschau gelegenen Ort, der bald darauf wieder seinen polnischen Namen Modlin erhielt, machte den Weg frei für die Eroberung ganz Kongresspolens und brachte Beseler am 26. August 1915 die Ernennung zum Generalgouverneur von Warschau ein. Das Amt übte er bis Kriegsende aus, zuletzt im Range eines Generaloberst – ohne allerdings je polnisch zu sprechen; mit Einheimischen unterhielt er sich daher meist französisch.²³³

Seine erwähnte Unabhängigkeit durch die Immediatstellung zu Kaiser Wilhelm II. ging mit einer guten Zusammenarbeit mit der Reichsregierung Theobald von Bethmann Hollwegs einher. Der dortige, eher polenfreundliche Kurs war der Obersten Heeresleitung jedoch zu rücksichtsvoll angesichts der schwierigen Kriegslage Deutschlands. Bogdan von Hutten-

²²⁹ VON HUTTEN-CZAPSKI, Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft. Exemplarisch für die Literatur der Zwischenkriegszeit: VON HAGEN, Hutten-Czapskis Einfluß auf seine Zeit; HARTUNG, Graf von Hutten-Czapski; GRYSIŃSKA-JARMUŁA, Hrabia Bogdan Hutten-Czapski (1851–1937).

²³⁰ SPÄT, Für eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft?; ARKADIUSZ STEMPIN, Generał-pułkownik Hans Hartwig von Beseler – generalny gubernator warszawski w latach 1915–1918, in: *Dzieje Najnowsze* 43 (2011), H. 3, S. 21–34.

²³¹ CONZE, Polnische Nation und deutsche Politik.

²³² ROBERT NORMAND, Prise de Nowo-Georgiewsk (Modlin) par les Allemands en août 1915, Nancy 1924.

²³³ SIBORA, *Dyplomacja Polska w I wojnie światowej*, S. 298.

Czapski hat allerdings darauf hingewiesen, dass auch persönliche Gründe für das eher kühle Verhältnis zwischen Beseler und der OHL eine Rolle gespielt haben dürften:²³⁴ So war Beseler an der preußischen Kriegsakademie der Lehrer Erich Ludendorffs gewesen, den er nicht in bester Erinnerung behalten hatte, und der ihm – als ehemaliger Schüler – später Anweisungen erteilte. Die Antipathie beruhte wohl auf Gegenseitigkeit.²³⁵ Erich von Falkenhayn, Generalstabschef seit dem 14. September 1914, nahm er übel, dass er ihn nach zwei ruhmreich gewonnenen Schlachten an die Spitze des Generalgouvernements versetzt hatte, was in den Augen des Soldaten einer Kaltstellung gleichkam.²³⁶

Beselers wichtigster Mitarbeiter und de facto der Leiter der Besatzungsverwaltung war Wolfgang von Kries (1868–1945), Jurist und preußischer Staatsbeamter. Der aus Westpreußen stammende Kries amtierte seit 1903 als Landrat des Kreises Filehne (polnisch: Wieleń) im Regierungsbezirk Bromberg der Provinz Posen, und war 1908 bis 1918 zugleich Mitglied der konservativen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses. Er gelangte bereits 1914 als Kreischef nach Kongresspolen und wurde nach der Eroberung des Westteils des Landes zunächst Stellvertreter Hans von Brandensteins (1870–1950), der um die Jahreswende 1914/1915 zwei Monate als Chef der Zivilverwaltung amtierte.²³⁷ Kries avancierte nach Brandensteins Abberufung und noch vor der Einnahme Warschaws zum Leiter der Administration. Bereits im Spätherbst 1916 hatte er um seine Entlassung nachgesucht, der Beseler jedoch erst im Sommer 1917 in Form einer Beurlaubung nachkam.²³⁸ Zwischen Kries und dem Generalgouverneur war es mehrfach zu Meinungsverschiedenheiten über den Kurs der Politik den Polen gegenüber gekommen, wobei Beseler Kries' Haltung zu unnachgiebig fand. Für ihn war er ein „verständnisloser und auch wohl unaufrichtiger Politiker“, gleichzeitig allerdings ein „tüchtiger Verwal-

²³⁴ VON HUTTEN-CZAPSKI, *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*, S. 349 f.

²³⁵ So bezeichnet Ludendorff in seinen Memoiren das Generalgouvernement als „unzweckmäßige Schöpfung; die Armeen mussten ein eigenes Etappengebiet haben“. ERICH LUDENDORFF, *Meine Kriegserinnerungen. 1914–1918*, Berlin 1919, S. 146. Zu Ludendorffs Wirken im Krieg: MANFRED NEBELIN, *Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2011.

²³⁶ VON HUTTEN-CZAPSKI, *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*, S. 349 f. Zu Falkenhayn: HOLGER AFFLERBACH, *Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich*, München 1994.

²³⁷ CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 70 f.

²³⁸ BA Koblenz, N 1722/3, Bl. 4. Manuskript von Kries' „Deutsche Staatsverwaltung in Russisch-Polen“.

tungsmann“.²³⁹ Allerdings wandelte sich Kries in seinen Ansichten in Bezug auf Polen während des Kriegs, denn wo er zunächst einen annexionistischen Kurs vertreten hatte, empfahl er Beseler im Sommer 1915, solche Absichten nicht mehr zu verfolgen.²⁴⁰

Kries setzte seine politische Karriere nach dem Krieg bei der Deutschen nationalen Volkspartei fort und blieb bis 1933 Abgeordneter im preußischen Landtag.²⁴¹ Von Dezember 1917 an hatte er in Warschau zwei offizielle Nachfolger: Der aus der Rheinprovinz stammende Maximilian von Sandt (1861–1918), der zuerst Landrat in Bonn und 1907 Regierungspräsident in Aachen gewesen war und seit 1915 die Zivilverwaltung im besetzten Belgien geleitet hatte, verstarb bereits am 29. Januar 1918.²⁴² Auf ihn folgte Otto von Steinmeister (1860–1937), der als Jurist im preußischen Staatsdienst seit 1895 zunächst Landrat von Höchst, von 1900 bis 1905 Polizeidirektor von Hannover und anschließend Regierungspräsident von Köln wurde. Bei seiner Pensionierung Ende August 1917 erhielt er ein Adelsprädikat und wurde sechs Monate später als Chef der Zivilverwaltung des Generalgouvernements reaktiviert. Dieses Amt übte er bis Kriegsende aus, danach hatte er Aufsichtsratsmandate bei verschiedenen rheinländischen Firmen inne.²⁴³

Vor Brandenstein hatte zunächst Felix Graf von Merveldt (1862–1926), der vormalige Regierungspräsident von Münster, von August bis November 1914 die Verwaltung im besetzten Kongresspolen geleitet. Doch gleich dem Stabschef des Generalgouvernements, Hans von der Esch (1862–1934), der vor dessen Gründung bereits Beauftragter des Generals August von Mackensen in der polnischen Okkupationszone gewesen war,²⁴⁴ blieb seine Bedeutung gering. Die entscheidenden administrativen Weichenstellungen traf Wolfgang von Kries in seinen Warschauer Jahren. Er fand dafür weithin Anerkennung, denn er galt als „der geborene Organisator und Verwaltungsbeamte“.²⁴⁵ Diese Eigenschaften hatten ihm nach der Tätigkeit als Kreischef bereits in jungen Jahren die Beförderung in eine Position gebracht, die vor ihm und nach ihm ältere und vor allem be-

²³⁹ BAMA, N 30 / 56. Beseler an seine Frau, 28.7.1918.

²⁴⁰ KAUFFMAN, *Elusive Alliance*, S. 110.

²⁴¹ MIKIETYŃSKI, *Niemiecka droga ku Mitteleuropie*, S. 277 f.

²⁴² BAMA, RH 61 / 15. Stellungnahme des Regierungspräsidenten a. D. Dr. Otto von Steinmeister, 11.1.1936.

²⁴³ Ebd.

²⁴⁴ CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 68, 71.

²⁴⁵ VON HUTTEN-CZAPSKI, *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*, S. 246.

rufflich avanciertere Beamte ausübten. Dem Spitzenpersonal im Generalgouvernement war nicht nur die lange Laufbahn im preußischen Staatsdienst gemein – sei es im Militär oder in der Bürokratie –, sondern zudem die konservative, staatstragende Haltung. Erwähnenswert ist ferner, dass diese Männer keine kolonialen Erfahrungen gemacht hatten. Ganz im Gegenteil stammten die allermeisten Zivilbesatzer, selbst auf mittlerer Ebene, aus den polnischen Provinzen Preußens und gehörten damit ganz klassisch der Innenverwaltung an. In Posen und Westpreußen hatten nicht wenige von ihnen sogar gewisse polnische Sprachfertigkeiten erworben – so etwa Wilhelm von Born-Fallois (1876–1934), Kries' Stellvertreter. Der Jurist war von 1909 bis 1915 Landrat in Samter (Szamotuły) und blieb nach 1918 in dem dann Wielkopolska (Großpolen) genannten Teil des neuen polnischen Staats, wo er ab 1927 bei der Posener Landeskreditanstalt tätig war.²⁴⁶

Auch im Militärgeneralgouvernement Lublin gab es zahlreiche Funktionäre und Beamte, die aus Galizien stammten und polnisch sprachen bzw. Polen waren. Zuvorderst ist hier Graf Stanisław Szeptycki (1867–1950) zu nennen, der als einziger der vier k. u. k. Gouverneure bislang einen Biographen gefunden hat.²⁴⁷ Er entstammte einer alten galizischen Adelsfamilie, sein Vater hatte bereits im Reichsrat in Wien gesessen. Anders als sein älterer Bruder Andrej, der zum griechisch-katholischen Glauben konvertierte und Metropolit der Ukrainischen Kirche in Lemberg wurde, verfolgte Stanisław Szeptycki eine Karriere im österreichisch-ungarischen Heer und hatte bei Kriegsausbruch den Rang eines Oberst im Generalstab erreicht. Er übernahm dann das Kommando der III. Brigade der Polnischen Legionen und, nachdem Piłsudski im Juli 1916 deren Gesamtführung wegen Meinungsverschiedenheiten mit den Mittelmächten niedergelegt hatte, den Oberbefehl. Als das polnische Hilfskorps am 10. April 1917 offiziell dem Staatsrat übergeben wurde – es stand allerdings nach wie vor unter dem militärischem Kommando der Mittelmächte –, avancierte Szeptycki zum Militärgeneralgouverneur von Lublin; als k. u. k. Offizier sollte er keine Einheit des formal selbständigen Königreichs Polen kommandieren und schien dem Armeeoberkommando in der neuen Funktion wesentlich wertvoller.

²⁴⁶ Ebd. Siehe auch: MIKIETYŃSKI, *Niemiecka droga ku Mitteleuropie*, S. 264.

²⁴⁷ MIKIETYŃSKI, *Generał Stanisław hrabia Szeptycki*. Das Buch behandelt für den Ersten Weltkrieg hauptsächlich Szeptyckis Beziehungen zu polnischen Organisationen bzw. seiner Einstellung zur Unabhängigkeit und zu Piłsudski: S. 169–220.

Ganz explizit hatte Wien einen Untertan polnischer Nationalität für diese Aufgabe gesucht, und über Szeptycki schrieb sein Generalstabschef Arthur Hausner später, „er wäre mehr Pole als kaiserlicher Soldat gewesen“, ²⁴⁸ etwa weil er mit Offizieren und Beamten gegen alle Dienstvorschriften polnisch sprach und sich für die Verwendung von mehr Einheimischen im Okkupationsapparat stark machte – zumindest letzteres entsprach allerdings seinen Aufgaben. Dank seines großen Rückhalts beim Armeeoberkommando und beim Außenministerium hatte er viele Freiheiten und etablierte einen Führungsstil, der in den Augen seiner Kritiker viel zu wenig auf die Kriegsnotwendigkeiten achtete und die Interessen der Doppelmonarchie vernachlässigte: Szeptycki wies beispielsweise die Kreischefs an, gegenüber den Einheimischen tolerant zu sein und deren Verstöße selbst gegen Vorschriften im wirtschaftlichen Bereich nachsichtig zu behandeln. ²⁴⁹

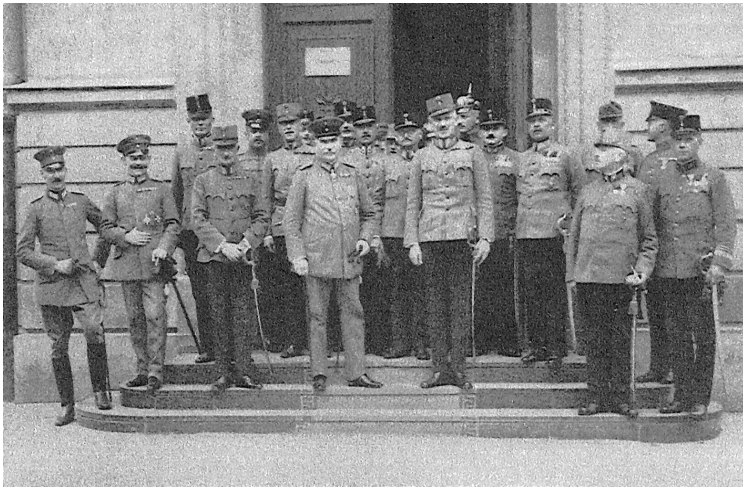


Abb. 3: Besuch Hans von Beselers in Lublin bei Graf Stanisław Szeptycki 1917 (Bildmitte links und rechts)

Mit dieser neuen Ausrichtung einher ging eine Aufwertung des Zivillandeskommisariats. Dessen Leiter Georg (Jerzy) Ritter von Madeyski

²⁴⁸ HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. 157.

²⁴⁹ ÖStA, KA, B 217/12. Denkschrift über die politische Führung des k.u.k. Militärgeneralgouvernements in Polen unter dem MilGenGouverneur GM. Grafen Szeptycki, von Arthur Hausner, 8.5.1918.

(1872–1939) stammte ebenfalls aus Galizien, sein Vater war Reichsratsabgeordneter gewesen, und der Sohn hatte es bis 1913 als Jurist im k.u.k. Kultus- und Unterrichtsministerium zum Ministerialrat gebracht. Im August 1916 wurde er Zivillandeskommissar in Lublin und zugleich zum Geheimen Rat befördert.²⁵⁰ Madeyski galt als ebenso glühender Pole wie Anhänger der Habsburgermonarchie und verfocht energisch das Ziel einer polenfreundlichen Politik, wobei er sich immer mehr Kompetenzen sichern konnte. Anders als in Warschau aber war ihm der Stabschef Arthur Hausner formal immer übergeordnet, und Madeyski durfte beim Generalgouverneur nur in dessen Gegenwart vortragen.²⁵¹ Ersterer sprach trotzdem von „einer faktischen Nebenregierung der Beamtenschaft, welche sich von da ab ausschließlich nur mehr mit Politik befasste“.²⁵²

Die Amtszeit sowohl von Szeptycki als auch von Madeyski blieb kurz. Nachdem in den Friedensverhandlungen zwischen den Mittelmächten und der Sowjetunion in Brest-Litowsk die Ukraine das Gebiet um Chełm erhalten sollte, das von den Polen als ureigenes Territorium angesehen wurde, demissionierten beide im Februar 1918, denn sie wollten diese Besatzungspolitik nicht mehr mittragen. Dennoch setzten sie ihren Dienst für die Habsburgermonarchie fort, Szeptycki als Landwehrkommandeur an der Italienfront, Madeyski nach einem längeren Urlaub als vorletzter k.u.k. Kultusminister vom 25. Juli bis 27. Oktober 1918 unter dem Ministerpräsidenten Max Freiherr Hussarek von Heinlein. Nach Kriegsende traten beide in den polnischen Staatsdienst, Madeyski von September 1921 bis April 1923 als Sondergesandter in Berlin, Szeptycki bereits seit November 1918 als Piłsudskis Generalstabschef. Bis 1922 hatte er noch verschiedene andere militärische Kommandos inne und war 1923 sogar sieben Monate lang Kriegsminister, wobei er immer mehr in Opposition zu Piłsudski geriet. Nach dessen Maiputsch 1926 wurde Szeptycki aus der Armee entlassen und zog sich auf die Familiengüter zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg leitete er bis zu seinem Tode das polnische Rote Kreuz.²⁵³

Madeyski und Szeptycki blieben die beiden einzigen Polen in Spitzenpositionen in Lublin. Tatsächlich muss der polnische Einfluss auf das

²⁵⁰ Polski słownik biograficzny, Bd. 19, Wrocław 1974, S. 122–125.

²⁵¹ HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. 69 f.

²⁵² ÖStA, KA, B 217/12. Denkschrift über die politische Führung des k.u.k. Militärgeneralgouvernements in Polen unter dem MilGenGouverneur GM. Grafen Szeptycki, von Arthur Hausner, 8.5.1918.

²⁵³ MIKIETYŃSKI, Generał Stanisław hrabia Szeptycki.

Militärgeneralgouvernement trotz des in der Doppelmonarchie durchaus stark repräsentierten Kronlands Galizien als eher gering gesehen werden: Die drei weiteren Generalgouverneure stammten aus anderen Teilen des Habsburgerreichs. Der Generalmajor Baron Erich Diller (1859–1926), der dieses Amt vom 1. Oktober 1915 bis zum 20. April 1916 innehatte, war gebürtiger Wiener, Berufsoffizier und wurde im Anschluss an seine Dienstzeit in Lublin bis März 1917 Gouverneur der Statthalterei in Galizien, was durchaus einer Beförderung gleichkam. Karl Kuk (1853–1935) folgte bis April 1917 für ein Jahr lang Diller nach und war ebenso wie dieser Österreicher, sprach aber im Unterschied zu diesem kein Polnisch. Seit 1876 war er ebenfalls Berufsoffizier und vorwiegend als Pionier im Festungswesen tätig gewesen, bis er ab 1914 als Kommandant der Festung Krakau, zuletzt im Rang eines Feldzeugmeisters (Generalleutnant), einige Erfahrungen mit den Polen in Galizien sammelte. Er war in seiner Amtsführung in Lublin eher für Härte gegenüber den Einheimischen bekannt, weil er die Bedürfnisse seiner Heimat über die des Generalgouvernements stellte. Darin unterschied er sich tendenziell von Diller, der als eher polenfreundlich galt und deshalb eine hohe Wertschätzung der lokalen Würdenträger erfuhr – was ihn für den wichtigen Posten des Gouverneurs in Galizien empfahl.²⁵⁴ Kuks Entlassung und die Ernennung Szeptyckis gingen nicht zuletzt darauf zurück, dass die Anwerbung von Soldaten für die Polnische Legion nicht den gewünschten Erfolg zeitigte und der Legionskommandeur hierfür als die bessere Wahl galt.

Anton (Ante) Lipošćak (1863–1924), der Szeptycki nachfolgte und bis Kriegsende als Militärgeneralgouverneur amtierte, stammte aus dem damals der ungarischen Reichshälfte zugehörigen Székelyudvarhely, war kroatischer Nationalität und seit 1883 Berufsoffizier; vor seinem Dienst in Lublin war er im Ersten Weltkrieg unter anderem auf dem Balkan und als Kommandeur an der Ostfront eingesetzt worden, wobei er es bis zum Rang eines General der Infanterie gebracht hatte. Lipošćak blieb zugleich der einzige höhere Besatzungsfunktionär in Lublin, der weder Österreicher noch Pole war. Die Stellvertreter und Generalmajore Heinrich von Lustig-Prean, Fürst Hugo Dietrichstein zu Nikolsburg sowie Gottlieb Kralowetz von Hohenrecht waren Österreicher, Feldmarschallleutnant Stanisław Pruszyński und Generalmajor Wiktor Grzesicki stammten aus

²⁵⁴ ÖStA, KA, B 217/12. Denkschrift über die politische Führung des k.u.k. Militärgeneralgouvernements in Polen unter dem MilGenGouverneur GM. Grafen Szeptycki, von Artur Hausner, 8.5.1918. Zu Kuk auch: MIKIETYSKI, Niemiecka droga ku Mitteleuropie, S. 278.

Galizien.²⁵⁵ Diese hohe Fluktuation des Leitungspersonals führte zu einem Problem in der politischen Kontinuität: Zwar verbanden sich gerade die Wechsel der Militärgeneralgouverneure mit politischen Umschwüngen, die Wien vorgab, aber dies ermöglichte den Deutschen Beseler und Kries, die noch dazu eine größere Unabhängigkeit von Berlin hatten und in der Hauptstadt Warschau residierten, eine gewisse Dominanz in der Politik gegenüber Polen – und dem Bündnispartner in Lublin.

Zu gewichtigen Akteuren in der k. u. k. Politik vor Ort und in Wien entwickelten sich Männer, die nicht direkt in der ersten Reihe standen, aber aufgrund ihrer Kompetenz und ihres langen Einsatzes gewissen Einfluss entfalten konnten. Zu nennen ist hier zunächst Oberst Arthur (teilweise auch: Artur) Hausner (1877–1953), der als Deutschösterreicher zwar im galizischen Zaleszczyki geboren wurde, ansonsten aber keine Verbindungen zu Polen hatte. Er durchlief eine Berufsoffizierskarriere ohne Station in Polen und war bereits seit 1902 dem Generalstab zugeteilt, bevor er im August 1914 zum 2. Armee-Etappenkommando gelangte, das dann das Personal für das Militärgeneralgouvernement Lublin stellte. Dort wurde er 1915 Generalstabschef und übte diese Funktion bis Juli 1918 aus.²⁵⁶ Hausner war ein wichtiger Berater aller Gouverneure und rangierte zugleich über dem Zivillandeskommissar. Über seine Biographie ist wenig bekannt, aber er verfasste für das Weltkriegsprojekt der Carnegie-Stiftung²⁵⁷ eine 1935 erschienene Studie über die k. u. k. Besatzung Polens,²⁵⁸ in der er seine eigene Rolle im besten Licht darstellte – in der aber unabhängig davon seine Gestaltungsmöglichkeiten deutlich wurden; auch ist sehr offensichtlich, wie sehr für Hausner als überzeugten Anhänger der Habsburgermonarchie die Interessen der Heimat über denen der Polen bzw. des Militärgeneralgouvernements standen. Zentral für ihn war daher die Umsetzung der Anordnungen des Armeeeoberkommandos.

Hausners Nachfolger, der Österreicher Generalmajor Josef Huber Edler von Szekelföld (1868–1944), amtierte nur kurz. Anders Rudolf Mitzka, der Polenreferent im Armeeeoberkommando, der ebenfalls ein

²⁵⁵ HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. XIII–XVI.

²⁵⁶ Vgl. die Angaben in: Schematismus für das kaiserliche und königliche Heer und für die kaiserliche und königliche Kriegsmarine für 1905. Amtliche Ausgabe, Wien 1904; Schematismus für das kaiserliche und königliche Heer und für die kaiserliche und königliche Kriegsmarine für 1909. Separatausgabe, Wien 1909; Schematismus für das k. u. k. Heer und für die k. u. k. Kriegsmarine für 1914. Separatausgabe, Wien 1914.

²⁵⁷ CHATRIOT, Une véritable encyclopédie économique et sociale de la guerre.

²⁵⁸ HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte.

Kapitel in einem Werk für die Carnegie-Stiftung verfasste.²⁵⁹ Seine Motivationen und Beweggründe sind aus den Akten kaum herauszulesen, an biographischen Stationen lässt sich lediglich seine Karriere als Berufsoffizier rekonstruieren, die ihn aber nicht in die polnischen Gebiete führte;²⁶⁰ wie Hausner war Mitzka als Generalstabsoffizier nach 1914 formal dem Etappenkommando 3 zugeteilt.²⁶¹ Ganz anders ist dies im Fall Leopold von Andrians (1875–1951), dem langjährigen Gesandten der Doppelmonarchie in Warschau und späteren Leiter des Polenreferats des Außenministeriums, der am Ballhausplatz als Polen- und Ukrainespezialist einigen Einfluss entfaltete. Andrian, Sohn eines österreichischen Reichsadeligen und der Tochter von Giacomo Meyerbeer, hatte als literarisches Wunderkind der Wiener Sezession schon früh Aufsehen erregt, dann aber den Brotberuf eines Juristen im Auswärtigen Dienst ergriffen. Er machte schnell Karriere und wurde 1911 zum Leiter des wichtigen Generalkonsulats in Warschau, von wo aus er in umfangreichen Berichten nach Wien seine politische Sicht darlegte und dabei – wie auch später – seine eigene Agenda verfolgte.²⁶²

Bei Kriegsausbruch musste Andrian zunächst in die Heimat zurückkehren und verfasste dort noch im August 1914 ein annexionistisches Kriegszielpapier, das eine Expansion in Polen vorbereiten sollte.²⁶³ Da er als Spezialist für dieses Gebiet galt, wurde er 1915 als ständiger Vertreter des Ballhausplatzes nach Warschau entsandt, wo er beim deutschen Generalgouvernement die österreichisch-ungarischen Interessen wahren und zugleich über die dortige Politik berichten sollte. Weil Andrian sich in Warschau wenig neutral verhielt, sondern stets seine eigenen Ziele propagierte – die auf ein Polen unter k.u.k. Herrschaft hinausliefen –, drängten die Deutschen Ende 1916 erfolgreich auf seine Abberufung. Andrian

²⁵⁹ MITZKA, Die k.u.k. Militärverwaltung in Russisch-Polen.

²⁶⁰ Vgl. die Angaben in: Schematismus für das kaiserliche und königliche Heer und für die kaiserliche und königliche Kriegsmarine für 1909; Schematismus für das k.u.k. Heer und für die k.u.k. Kriegsmarine für 1914.

²⁶¹ Ranglisten des kaiserlich und königlichen Heeres 1916. Abgeschlossen mit Personalverordnungsblatt Nr. 44/16, Wien 1916, S. 36, 40.

²⁶² URSULA PRUTSCH, Die Polen- und Ruthenienpolitik der k.u.k. Monarchie 1911–1918 aus der Sicht Leopold von Andrians, in: Kakanien revisited. Das eigene und das Fremde (in) der österreichisch-ungarischen Monarchie, hg. v. WOLFGANG MÜLLER-FUNK u. a., Tübingen / Basel 2002, S. 271–290; PRUTSCH, Historisches Gedächtnis in kulturpolitischer Machtstrategie.

²⁶³ Andrians Denkschrift ist ediert in: BIHL, Zu den österreichisch-ungarischen Kriegszielen 1914.

verbrachte die letzten beiden Kriegsjahre als Leiter des Polenreferats im Außenministerium in Wien, wo ihm sein großer Traum, doch noch Minister zu werden, versagt blieb. Nach dem Krieg zog er sich als Privatier zurück und musste 1938 als Halbjude vor den Nationalsozialisten nach Südamerika fliehen.²⁶⁴ Andrian hat von allen deutschen und österreichisch-ungarischen Akteuren im Bereich der „polnischen Frage“ bislang die meiste Aufmerksamkeit gefunden.²⁶⁵ Trotz seines Einflusses auf die k. u. k. Außenpolitik ist dies wohl eher seiner schillernden Biographie, seiner Selbstdarstellung und seinem Wirken als Schriftsteller geschuldet, als seinem tatsächlichen Einfluss, der hinter dem der verschiedenen Generalgouverneure deutlich zurücktrat. Allerdings wies Andrian als einziger Akteur eine tatsächliche „Polenkompetenz“ auf – er hatte bereits vor Kriegsausbruch mehrere Jahre im Land verbracht und sich gründlich mit der dortigen politischen Situation in allen drei Imperien beschäftigt.

Madejsky und Szeptycki waren Polen und als solche natürlich mit dem Schicksal ihrer Nation vertraut – und gerade darum für ihre Funktionen ausgewählt worden –, aber alle anderen Führungspositionen wurden mit Männern besetzt, die sich zuvor nicht durch besonderes Expertentum in nationalen bzw. ethnischen Fragen ausgezeichnet hatten. Es handelte sich vielmehr um Militärs oder Zivilisten, die auf ihren jeweiligen Fachgebieten einige Erfahrung aufweisen konnten und vor allem deshalb auf die Posten im eroberten Kongresspolen gelangten.

Die beruflichen Biographien im Habsburgerreich haben wesentlich mehr Kontakte mit anderen nationalen Gruppen erlaubt, weil sie wechselnde Stationierungen in den verschiedenen Reichsteilen aufwiesen, die zumindest gewisse Eindrücke von ethnischer Vielfalt erlaubten – im Militär entsprachen zudem die Regimentssprachen den jeweiligen Rekrutierungsgebieten. Dies war in Preußen anders. Der Einsatz an mehreren Orten des Reiches war zwar auch hier selbstverständlich, aber dabei traf man fast ausschließlich auf deutsche Landsleute; die polnischen Soldaten etwa in der Provinz Posen sollten tendenziell „germanisiert“ werden, weshalb die Armee sie in andere Landesteile schickte.²⁶⁶ Die dort einge-

²⁶⁴ GÜNTHER RIEDERER, *Der letzte Österreicher. Leopold von Andrian und sein Nachlass* im Deutschen Literaturarchiv Marbach, Marbach 2011.

²⁶⁵ Siehe auch die Auswahledition seiner Schriften: Leopold von Andrian (1875–1951), hg. v. PRUTSCH / ZEYRINGER.

²⁶⁶ Vgl. für erste Erkenntnisse zu diesen Soldaten im Ersten Weltkrieg: ALEXANDER WATSON, *Fighting for Another Fatherland. The Polish Minority in the German Army, 1914–1918*, in: *English Historical Review* 126 (2011), S. 1137–1166.

setzten Offiziere sprachen in der Regel nicht einmal Polnisch, so dass die Armee während des Kriegs auf die wenigen polnisch sprechenden Angehörigen der Zivilverwaltung angewiesen blieb.²⁶⁷ Hier gab es vereinzelt durchaus „Polenexperten“, aber diese hatten vor allem die antipolnische preußische Politik und eben nicht so etwas wie nationalen Pluralismus unter imperialen Bedingungen umgesetzt – so wie z. B. Hugo Ganse (1861–1942), Chef der deutschen Wareneinfuhrsgesellschaft und 1913 bis 1920 zugleich Leiter der Königlich Preußischen Ansiedlungskommission in den Provinzen Westpreußen und Posen.²⁶⁸

Doch die österreichisch-ungarischen Besatzer waren bei weitem nicht so polyglott, wie es das Vielvölkerreich vermuten ließ. Zwar kam den Polen in Wien eine wichtige, staatstragende Rolle zu, aber gerade innerhalb des Spitzenpersonals von Verwaltung und Militär blieb die Sprachkompetenz eher gering. Das lag an den Schwierigkeiten der polnischen Sprache ebenso wie daran, dass Generäle und Offiziere vor dem Krieg meist nicht in Galizien gedient hatten. Immerhin zeigten sie nach 1914 bei einem Einsatz im Lubliner Militärgeneralgouvernement vereinzelt Lernbemühungen.²⁶⁹ Unter der größeren Anzahl der Unteroffiziere und Mannschaften fanden sich tendenziell mehr Polen,²⁷⁰ aber ihr Einfluss auf die Besatzung blieb naturgemäß gering.

Die Okkupationsverwaltungen der Mittelmächte waren strukturell wie personell vor allem auf die Zwecke der Heimat ausgerichtet, die sich auf diese Weise den Zugriff auf Polen sicherte. Die Bedürfnisse des besetzten

²⁶⁷ BOYSEN, Preußische Armee und polnische Minderheit, S. 209. Zur geringen Sprachkenntnis der deutschen Verwaltung; BA Koblenz, N 1711 / 4, Bl. 5. Manuskript von Kries' „Deutsche Polenpolitik im Weltkriege“, Kapitel 3: „Die wirtschaftliche Organisation des Generalgouvernements“.

²⁶⁸ MARCIN JAKUB SZYMAŃSKI, *Wojenny chleb (nie)powszedni. Łódź w niemieckim systemie zaopatrzenia w produkty i surowce zbożowe na terenie okupowanego Królestwa Polskiego podczas I wojny światowej*, in: *Operacja Łódzka. Zapomniany fakt I wojny światowej*, hg. v. JOLANTA DASZYŃSKA, Łódź 2011, S. 89–104, hier S. 94.

²⁶⁹ Zu einer deutlich positiveren Einschätzung der Sprachfähigkeiten kommt anhand von Nachkriegsaussagen: SCHEER, *Zwischen Front und Heimat*, S. 76–79.

²⁷⁰ Für die polnischen k. u. k. Generäle vgl.: JAN RYDEL, *W służbie cesarza i króla. Generałowie i admirałowie narodowości polskiej w siłach zbrojnych Austro-Węgier w latach 1868–1918*, Kraków 2001; BACZKOWSKI, *Żołnierze polscy w armii austro-węgierskiej w przededniu odzyskania przez Polskę niepodległości*. Siehe jetzt auch: PIOTR SZLANTA, *Unter dem sinkenden Stern der Habsburger. Die Ostfrontenerfahrung polnischer k. u. k. Soldaten*, in: *Jenseits des Schützengrabens. Der erste Weltkrieg im Osten: Erfahrung – Wahrnehmung – Kontext*, hg. v. BACHINGER / DORNIK, S. 139–156.

Landes spiegelten sich in diesem Aufbau nicht wider. Die tendenziell größere Unabhängigkeit der deutschen Verwaltung in Warschau erlaubte eine höhere Flexibilität in der Reaktion auf polnische Interessen; dem stand auf Lubliner Seite ein Personaltableau gegenüber, das zumindest zeitweise gezielt auf Polen zurückgriff, die ein größeres Verständnis für ihre Landsleute aufbringen sollten. Eine wirkliche Berücksichtigung oder gar Beteiligung der Einheimischen war aber weder von Deutschland noch von Österreich-Ungarn vorgesehen.²⁷¹

Die Imperien übten eine Kontrolle aus, die mittels der lokalen Verwaltungen einen für ihre Ziele adäquaten Zugriff garantieren sollte, wandten dabei allerdings weder koloniale Mechanismen an noch setzten sie kolonialerfahrenes Personal ein – dergleichen wurde während des Kriegs für Polen in Berlin nicht in Betracht gezogen. Stattdessen dominierten Vorstellungen von Administration, wie sie in beiden Reichen bereits vor dem Kriege üblich waren. Dabei war in Preußen die Reichsregierung und mithin die Innenverwaltung federführend, während im Habsburgerreich die Militärs das Heft in der Hand behielten und die jeweiligen Spielräume für das Handeln der Besatzer im Lande vorgaben. Gleichwohl wurden aber nicht lediglich die eigenen Verwaltungssysteme auf Polen ausgedehnt und dem Land übergestülpt – etwa mit dem Zweck, eine spätere Annexion zu erleichtern –, sondern gezielt Provisorien geschaffen.²⁷²

4. BILDER VON POLEN UND JUDEN

Das Handeln der Okkupanten im täglichen Umgang mit den Einheimischen ebenso wie ihre Politik prägten zahlreiche Vorstellungen und Vorurteile gegenüber Polen und Juden – also den beiden größten Bevölkerungsgruppen in den zwei Generalgouvernements. Diese Fremdbilder hatten sich teilweise während der Besatzung entwickelt, teilweise stammten sie bereits aus der Vorkriegszeit. Schon aus Platzgründen kann ihre Genese nicht vollständig dargelegt werden, zudem sind Egodokumente nur in unzureichendem Ausmaß vorhanden. Doch bereits die existieren-

²⁷¹ Vgl. zu den Einheimischen in deutschen Diensten: RAFAŁ ŁYSON, *Udział Polaków w niemieckiej administracji GGW w okresie Generalnego Gubernatorstwa Warszawskiego w okresie I wojny światowej*, in: *Dzieje Najnowsze* 43 (2011), H. 3, S. 35–42.

²⁷² Dies im Gegensatz zu: TAMARA SCHEER, *Österreich-Ungarns Besatzungsmacht in Russisch-Polen während des Ersten Weltkriegs (1914–1918)*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 58 (2009), S. 538–571, hier S. 538 f.

den Archivalien und Druckschriften lassen umfangreiche Einblicke in die Wahrnehmungen und Zuschreibungen der lokalen Bevölkerung von Seiten der Besatzer zu.²⁷³ Sie ermöglichen eine Einschätzung, inwieweit hier imperiale und koloniale Attitüden wirkmächtig wurden. Wenn die Schilderung den Fokus auf das Spitzenpersonal richtet, so liegt das einerseits an der angedeuteten Quellenproblematik; andererseits war deren Perzeption für die konkrete Ausgestaltung der Politik schlicht wichtiger als die der Beschäftigten auf den unteren Ebenen, die vielfach nur Anweisungen umzusetzen hatten. Eine monographische Darstellung der Bilder von Polen und Juden, die sich nicht lediglich auf literarische Überformungen beschränkt,²⁷⁴ Generäle ebenso wie einfache Soldaten und Beamten einbezieht und insbesondere Deutschland und Österreich-Ungarn vergleicht, stellt nach wie vor ein wichtiges Desiderat dar.

Der Generalgouverneur und die Einheimischen: Deutsche Blicke auf Polen und Juden

„Wir kannten auch infolge des Mangels jeder einschlägigen deutschen Literatur im Übrigen die Verhältnisse von Land und Leuten nur wenig und sahen uns einer neuen Welt gegenüber.“²⁷⁵ So schrieb Erich Ludendorff 1919 in seinen Kriegserinnerungen über das Gebiet von Ober Ost. Die Forschung der letzten Jahre hat diesen Topos der „Fremdheit des Ostens“ vielfach aufgegriffen und bestätigt, dabei den Blick aber vor allem auf das nordöstlichste deutsche Besatzungsgebiet in Litauen gerichtet – eben jenes Ober Ost Erich Ludendorffs. Untersuchungen wiesen zudem auf eine Art „Lebensraumideologie“ hin, die insbesondere von der „Deutschen Kriegszeitung von Baranowitschi“ und der „Düna-Zeitung“ verbreitet wurde.²⁷⁶ Die Erfahrung der Soldaten der Mittelmächte an der

²⁷³ Für erste Ergebnisse: STEPHAN LEHNSTAEDT, *Der koloniale Blick? Polen und Juden in der Wahrnehmung der Mittelmächte*, in: *Jenseits des Schützengrabens. Der Erste Weltkrieg im Osten: Erfahrung – Wahrnehmung – Kontext*, hg. v. BACHINGER / DORNIK, S. 391–410.

²⁷⁴ Untersuchungen zur deutschen Literatur – mit sehr weitgehenden Generalisierungen dieser Beobachtungen – bei: KOPP, *Germany's Wild East*. In Teilen so auch für Ober Ost bei: LIULEVICIUS, *Kriegsland im Osten*, S. 35, 39.

²⁷⁵ LUDENDORFF, *Meine Kriegserinnerungen*, S. 146.

²⁷⁶ ANNE LIPP, *Meinungslenkung im Krieg. Kriegserfahrungen deutscher Soldaten und ihre Deutung 1914–1918*, Göttingen 2003, S. 212–217; ROBERT L. NELSON, „Unsere Frage

Ostfront sei die „des ethnischen Chaos, des Schmutzes und der grenzenlosen Weite“ gewesen.²⁷⁷

Die durchaus weit reichenden, gelegentlich pauschalen Interpretationen für „die“ Ostfront haben als Quellengrundlage allerdings fast nie Material aus anderen Frontabschnitten oder Besatzungsgebieten südlich von Ober Ost einbezogen.²⁷⁸ Ein amtlicher Soldaten-Führer für Warschau, der bis 1917 immerhin vier Auflagen erlebte, stellte die polnischen kulturellen Errungenschaften als sehenswert und bedeutsam dar. Die Okkupation sollte im Gegensatz zur russischen Herrschaft Freiheit, Prosperität und Ordnung bringen. Damit hob das schmale Büchlein die Selbstinszenierung der Mittelmächte als Befreier vom zaristischen Joch hervor.²⁷⁹ Die Legitimierung der eigenen Besatzung geschah durch eine Delegitimation der russischen Fremdherrschaft: Zumindest offiziell sollten die Polen als Verbündete behandelt werden. Ganz eindeutig wurden sie dem europäischen Kulturkreis zugeordnet, selbst wenn sie in der Entwicklung noch nicht überall ganz so weit seien wie die Deutschen.²⁸⁰

Die propagandistische Darstellung für die eigenen Leute, die sich durchaus von den offiziellen Soldatenzeitungen in Ober Ost unterschied, betonte natürlich die Fremdheit des Ostens, aber das sollte bei einem Führer nicht überraschen, der schließlich genau deswegen geschrieben wurde. Ein erst 1918 herausgegebener Bildband über das Generalgouvernement Warschau zeigte eher eine Faszination der Fremdheit als Abscheu davor: So sind beispielsweise zahlreiche russisch-orthodoxe Kirchen abgebildet; zugleich wurden die auf den Fotos zu sehenden Menschen nicht kommentiert, die Beschreibung beschränkte sich auf die Identifikation der sichtbaren Gebäude.

ist der Osten“. Representations of the Occupied East in German Soldier Newspapers, 1914–1918, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 51 (2002), S. 500–528.

²⁷⁷ PETER HOERES, Die Slawen. Perzeption des Kriegsgegners bei den Mittelmächten. Selbst- und Feindbild, in: Die vergessene Front, hg. v. GROSS, S. 179–200, hier S. 192.

²⁷⁸ Die „Deutsche Warschauer Zeitung“ wurde bislang nur auf ihre Darstellung der Russen hin ausgewertet: PAWEŁ BRUDEK, Rosja w propagandzie niemieckiej podczas I wojny światowej na podstawie Deutsche Warschauer Zeitung, Warszawa 2011.

²⁷⁹ Wegweiser durch Warschau. Kurzgefasster Führer durch die Stadt Warschau mit besonderer Berücksichtigung alles dessen, was der deutsche Soldat, Beamte und Reisende wissen muss, Warschau 1917, S. 7.

²⁸⁰ Zur Analyse des Reiseführers: STEPHAN LEHNSTAEDT, Mit Führer in Warschau. Deutsche Reiseliteratur aus zwei Weltkriegen, in: Lesestunde – Lekcja czytania, hg. v. RUTH LEISEROWITZ u.a., Warszawa 2013, S. 185–197.



Abb. 4: Straßenansicht von Serock



Abb. 5: Marktstand an der Lodka in Lodz

In einer Sprache, die auf Adjektive verzichtete, war selbst Armut auf dem Lande nicht mehr als eine „Straßenansicht“;²⁸¹ Synagogen wurden schlicht als solche benannt,²⁸² und an ihren Kleidern eindeutig als Juden identifizierbare Menschen nicht denunziert, stattdessen war die Rede von einem „Marktstand“.²⁸³

Diese sich von Ober Ost deutlich abhebende Darstellung von Land und Leuten ist auch darauf zurückzuführen, dass viele Deutsche im Generalgouvernement Warschau auf Erfahrungen in den preußisch-polnischen Provinzen Posen und Westpreußen zurückgriffen, in denen sie bereits Polen begegnet waren. Verbunden damit waren allerdings oft die Zustimmung zur Politik der Germanisierung und ein nicht selten überheblicher Umgang mit den Einheimischen, was schon alleine deshalb nicht überraschen kann, weil die Besatzungsfunktionäre als Beamte im Reich die antipolnischen Maßnahmen getragen und ausgeführt hatten. Im Generalgouvernement Warschau bewirkte die Fortsetzung derartigen Vorgehens das Einschreiten Beselers und Kries', die im Interesse der eigenen Polenpolitik Rücksichtnahme anmahnten.²⁸⁴

Auch außenstehenden Beobachtern aus Berlin fiel dieses Verhalten als Problem auf. Kurt Riezler, ein enger Mitarbeiter des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, charakterisierte beispielsweise Generalmajor Hans von der Esch, Beselers Stabschef,²⁸⁵ als „Prototyp des dummen miles, wütend dass die Leute hier polnisch sprechen, polnisch Theater spielen etc.“; Georg Cleinow, den Pressechef des Generalgouvernements, nannte Riezler einen „absolute[n] Eigenbrödl und Querkopf“²⁸⁶ – und schrieb, dass diese Leute mit ihrer „Polenfresserei“ die Politik sabotieren und sich aufführen würden, als seien sie „in einem doch feindlichen Lande [...] als stolze Sieger“. Riezler sah

„eine Geisteshaltung [...] die eben doch einen großen Teil des Volkes beherrscht und eben doch wohl nur überwunden wird, wenn sie sich einmal frei

²⁸¹ Das Generalgouvernement Warschau. Eine Bilderreihe aus der Zeit des Weltkrieges, hg. vom Kaiserlich Deutschen Generalgouvernement Warschau, Oldenburg 1918, S. 43: „Straßenansicht von Serock“ (s. Abb. 4).

²⁸² Zum Beispiel: Ebd., S. 68.

²⁸³ Ebd., S. 77 (s. Abb. 5).

²⁸⁴ VON HUTTEN-CZAPSKI, Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft, S. 251.

²⁸⁵ Ebd., S. 242 f.

²⁸⁶ Kurt Riezler. Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, hg. v. KARL DIETRICH ERDMANN, Göttingen 2008, S. 309, 310 f. Tagebucheintrag vom 26. und 27.10.1915. Zu Cleinows Biographie: MIKIETYŃSKI, Niemiecka droga ku Mitteleuropie, S. 266.

austoben kann und man dann den Schaden besieht. Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit eine andere Politik, eine dem momentanen Volksgeist widerstrebende zu verlangen und durchzusetzen.“²⁸⁷

Der offiziellen Linie der Freundschaft stand zumindest in den Beobachtungen Außenstehender eine Ablehnung der Polen gegenüber. Doch war diese Fremdwahrnehmung einer Fremdwahrnehmung tatsächlich zutreffend? Und wenn ja, wie sah das Bild von den Polen und auch den Juden, die die größte Minderheit im Lande waren, tatsächlich aus – und worauf gründete es sich? Welche imperialen oder gar kolonialen Sichtweisen prägten das Warschauer Spitzenpersonal, das die Besatzungspolitik bestimmte? Hans von Beseler hatte bereits 1892 für den deutschen Generalstab eine Studienreise durch Russisch-Polen unternommen und von dort den Eindruck zurückgebracht, dass die Einheimischen im Kriegsfall „für die deutsche Heeresleitung nützliche, für die deutsche Politik vielleicht unbequeme Bundesgenossen sein würden“.²⁸⁸

Die Jahre bis Kriegsausbruch sahen eine Verschärfung der preußischen Polenpolitik und andererseits in Russland den Aufstand von 1905, der vereinzelt neue Freiheiten brachte. Inwieweit Beseler diesen Wandel in seinem Weltbild berücksichtigte, ist nicht mehr nachzuvollziehen. Aber er schrieb in den ersten Monaten seiner Amtszeit immer wieder positiv über die Polen. Er lobte das Engagement beim Wiederaufbau und ihren Patriotismus, schrieb andererseits aber auch darüber, wie wenig tatsächliche Erfahrung dahinter stehe, weil die Russen jegliche Kooperation abgelehnt und stattdessen ein „Bevormundungssystem“ aufoktroyiert hätten; gleichzeitig würden die Polen dazu neigen, wirtschaftliche und kommunale Probleme zu sehr politisch zu sehen.²⁸⁹ Hinter dieser halbwegs positiven Beurteilung stand bereits die Selbstwahrnehmung als explizit apolitisch handelnder Mensch, der – wie das auch kolonialistisches Denken auszeichnete²⁹⁰ – auf Ordnung setzte, politische Aushandlungsprozesse aber als nicht notwendig ansah.

²⁸⁷ Kurt Riezler, hg. v. ERDMANN, S. 343. Tagebucheintrag vom 22.3.1916.

²⁸⁸ Zitiert nach: HARTUNG, Graf von Hutten-Czapski, S. 557.

²⁸⁹ AGAD, 532 / 4. 2. (4.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis zum 31. Dezember 1915. Wie die Überlieferung insbesondere in Beselers Nachlass (BAMA, N 30) und teilweise auch im AGAD zeigt, hat Beseler für seine Stellungnahmen gegenüber der Reichsregierung zwar zum Teil auf Berichte seiner Untergebenen, insbesondere Kries', zurückgegriffen, dabei allerdings die Texte stark redigiert. Wenn also auch nicht jeder Satz direkt von ihm stammte, so entsprach er doch Beselers Auffassungen und Intentionen.

²⁹⁰ OSTERHAMMEL, Kolonialismus, S. 113 ff.

Die „physische, geistige und politische Entwicklung Polens“ im letzten Jahrhundert sah Beseler durch die „russische Misswirtschaft“ als „verkümmert“ an.²⁹¹ Gleichzeitig war ihm die Pauschalität seines Urteils klar, so dass er selten von „den“ Polen sprach, denn er konstatierte „tiefe Spaltungen zwischen den einzelnen Schichten der Bevölkerung“. Diese hätten sich andererseits aber in weiten Teilen mit der russischen Herrschaft arrangiert: Deren laxe, korrupte Verwaltung hätte ihnen Spielräume eröffnet, die es Anfang 1916 unter den Deutschen nicht mehr gebe, und denen sie jetzt nachtrauerten.²⁹² Gleichzeitig sprach der Generalgouverneur dem Land das Recht auf eine volle Unabhängigkeit ab: „Polen leitet seine Ansprüche aus historischen Vorgängen und dem ihm tatsächlich oder vermeintlich geschehenen Unrecht her, deren Berücksichtigung von uns nicht mehr verlangt werden kann.“ Es sei nun nicht mehr

„berechtigt [...], seine nationalen und politischen Wünsche vollständig erfüllt zu sehen, es wird trotz der Lebenskraft, der Bildungs- und Entwicklungsfähigkeit seines Volkstums nie mehr zu seiner selbständigen, geschweige einer entscheidenden Rolle in dem großen Ringen der modernen Staatenwelt berufen sein, wohl aber eine wertvolle Hilfskraft für die westliche Kultur gegen die starre und ideenlose Unkultur des Ostens bilden. Es muss zu der Einsicht kommen, dass seine geistigen und materiellen Interessen nur vom Westen, nie aber vom Osten ihre Nahrung erhalten werden.“²⁹³

Bemerkenswert ist, dass Beseler die Polen damit nicht als Teil der „Unkultur des Ostens“ sah, sondern ganz im Gegenteil als ein Bollwerk dagegen. Er sprach ihnen durchaus positive Eigenschaften zu, betrachtete sie als eine Nation,²⁹⁴ und sah ihre Kultur als vom Westen bestimmt an. Als eine Art Übergangsstaat zwischen Ost und West – oder eher zwischen drei Imperien – könne es aber doch nur eine nachrangige Rolle unter Dominanz der Mittelmächte einnehmen. Wie andere Beobachter²⁹⁵ kritisierte der Generalgouverneur mehr als nur einmal den polnischen Nationalismus, der ihm überheblich vorkam; angesichts der damaligen Situation Polens als besetztem Land schienen ihm viele Forderungen nach Souveränität und Selbstbestimmung vor allem unrealistisch und als Ausdruck von

²⁹¹ BAMA, N 30 / 9. Immediatbericht Beselers, 23.1.1916.

²⁹² Ebd. Siehe auch BAMA, N 30 / 53. Beseler an seine Frau, 16.10.1915.

²⁹³ BAMA, N 30 / 9. Immediatbericht Beselers, 23.1.1916.

²⁹⁴ Das von ihm benutzte Wort „Volkstum“ war ein normaler zeitgenössischer Terminus noch ohne rassistische Konnotation.

²⁹⁵ Kurt Riezler, hg. v. ERDMANN, S. 313. Tagebucheintrag vom 29.10.1915, Reise von Warschau nach Berlin.

Selbstüberschätzung.²⁹⁶ In offiziellen Berichten und in Briefen an seine Frau betonte Beseler immer wieder, wie sehr Polen unter der russischen Herrschaft gelitten habe. In den ersten Kriegsjahren tat es ihm leid „um das Volk, das sicherlich begabt ist und schöne Eigenschaften hat.“²⁹⁷ Im weiteren Verlauf der Besatzung wandelten sich Beselers Einschätzungen, und seine Haltung gegenüber dem Land wurde immer negativer, weil sich sein Ärger über die politischen Komplikationen in der polnischen Frage, die auch auf das wenig konkrete, taktierende Verhalten der einheimischen Eliten zurückzuführen seien, darin niederschlug. Je mehr Beselers Ambitionen scheiterten, desto verbitterter wurde er. Seine anfänglich teilweise vorhandene Offenheit gegenüber Land und Leuten trat zurück, während seine Vorurteile gegen die katholische Kirche und die Katholiken immer mehr zum Tragen kamen: Wie auch Kries war Beseler ein tief protestantischer Mensch, der zudem enge Verbindungen zum hohenzollernschen Oberhofprediger Ernst Dryander pflegte.²⁹⁸

Spätestens ab 1917 waren von Beseler immer wieder Klagen über das „Land unbegrenzter Schwierigkeiten“ zu hören.²⁹⁹ Die Schuld daran, dass die Besatzung nicht die gewünschten ökonomischen und personellen Erfolge zeitigte, wurde auf diese Weise von den eigenen Schultern auf die Polen abgewälzt. Der Generalgouverneur kam sich zunehmend vor wie in einem „Hexenkessel“, in dem jeder gegen jeden intrigierte und kämpfte.³⁰⁰ Deswegen unterstellte er den Einheimischen, kein Interesse an den Kriegsanstrengungen der Mittelmächte zu haben und im Gegensatz zu den so selbstlosen und hilfsbereiten Deutschen immer nur ganz egoistisch an ihren eigenen Vorteil zu denken. Im Zuge derartiger Überlegungen änderte sich die Einschätzung der zugeschriebenen nationalen Eigenschaften, die nun deutlich abwertender ausfiel. Beseler schrieb von der „z. T. stark zurückgebliebenen Kultur“ und vom notwendigen Aufbau.³⁰¹ Wo er zu früheren Zeiten die positiven Charakteristika betont hatte, hob er jetzt

²⁹⁶ BAMA, N 30 / 53. Beseler an seine Frau, 16.10.1915.

²⁹⁷ BAMA, N 30 / 53. Beseler an seine Frau, 1.10.1915.

²⁹⁸ ARKADIUSZ STEPIN, Deutsche Besatzungsmacht und Zivilbevölkerung in Polen im Ersten Weltkrieg. Polen, Juden und Deutsche im Vergleich, in: Besetzt, interniert, deportiert. Der Erste Weltkrieg und die deutsche, jüdische, polnische und ukrainische Zivilbevölkerung im östlichen Europa, hg. v. EISFELD u. a., S. 153–172, hier S. 160.

²⁹⁹ Deutsche Warschauer Zeitung, Nr. 262 vom 23.9.1917: „Empfang deutscher Reichstagsabgeordneter durch Generalgouverneur von Beseler“.

³⁰⁰ BAMA, N 30 / 53. Beseler an seine Frau, 26.3.1916.

³⁰¹ BAMA, N 30 / 56. Beseler an seine Frau, 11.8.1918.

die negativen hervor und stellte das Land als rückständig, wenig modern und unorganisiert dar. Im Umkehrschluss bedeutete dies, dass die Preußen darüber standen, weiter entwickelt und dazu berufen seien, eine Hebung herbeizuführen.³⁰² Es sei notwendig, mit „fester Hand und klarem Willen“ zu regieren, weil beispielsweise die Bauern mit einer „natürlichen Faulheit und Behaglichkeit“ ausgestattet seien.³⁰³

Nach wie vor war allerdings nicht von rassistischen Eigenschaften die Rede, derlei Überlegungen waren Beseler und seiner Führungsriege, die den konservativen Eliten des Kaiserreichs entstammte, vollkommen fremd. Die eigene Überheblichkeit, die man nicht wahrnahm, attestierte man allerdings den Polen, die „stets mit Verachtung auf die Russen und häufig mit Überhebung auf andere Nationen“ herabsähen – so ein offizieller Bericht des Generalgouvernements. Dahinter verbarg sich zu einem großen Teil der Ärger über die mangelnde Dankbarkeit der Polen für die Opfer der Deutschen, die diese vorgeblich für sie brachten: Die Einheimischen hätten „nur selten tiefes Verständnis für die deutsche Geisteskultur“. ³⁰⁴ Im Umgang mit anderen ethnischen Gruppen wie Ukrainern, Weißrussen oder Juden würden sie sich als „ziemlich brutale und rücksichtslose Gewaltmenschen“ zeigen, die „nie recht verstanden [hätten], die Völker zu sich herüberzuziehen, wenn sie auch immer von ihrer großen Toleranz faseln“. ³⁰⁵

Die deutsche Überheblichkeit, die in weiten Teilen mit mangelnder Empathie und einem Unverständnis für die polnischen Wünsche einherging, zeigte sich immer wieder im Umgang mit beziehungsweise in der Einschätzung der polnischen Führungsschicht, der man offiziell als Partner gegenüber saß. Beseler schrieb im Dezember 1916 beispielsweise über Józef Piłsudski, der immerhin die Polnischen Legionen anführte, die an der Seite der eigenen Truppen gegen die Russen kämpfen sollten:

„Dieser nicht unbegabte, persönlich gewiss brave, aber unbotmäßige und von ernstem Wissen wohl weit entfernte militärische Dilettant und Demagog[e] übt einen geradezu hypnotisierenden Einfluss auf seine Kreise aus und wird als Schöpfer der Legionen wie ein Nationalheiliger bewundert und verehrt.“³⁰⁶

³⁰² Ebd., S. 163.

³⁰³ AGAD, 532 / 10. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April 1917 bis 30. September 1917.

³⁰⁴ Zwei Jahre deutscher Arbeit im Generalgouvernement Warschau, S. 6.

³⁰⁵ BAMA, N 30 / 56. Beseler an seine Frau, 25.1.1918.

³⁰⁶ Bundesarchiv Berlin [im Folgenden: BA Berlin], R 1501 / 119710, Bl. 16-24. Immediatbericht Beselers, 20.12.1916.

Knapp 20 Jahre später, 1936, führte die deutsche Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte eine wissenschaftliche Untersuchung zum Krieger 1918 in Warschau durch, wobei es insbesondere um den Vorwurf der Feigheit vor dem Feind – bzw. vor den Polen – ging. Zu diesem Zweck wurden zahlreiche ehemalige Verwaltungsbeamte und Militärs des Generalgouvernements befragt, die brieflich eine Stellungnahme zur damaligen Situation abgaben.³⁰⁷ Die Antworten zeigen retrospektiv, dass Beselers Einlassungen durchaus eine gewisse Repräsentativität auch für seine Untergebenen hatten. In den Schreiben an die Forschungsanstalt wurde teilweise sogar ein gewisses Verständnis für die Unabhängigkeitsbestrebungen der Polen geäußert, vor allem aber deren Undankbarkeit gegenüber der deutschen Großzügigkeit und dem Aufbau während der Jahre 1915 bis 1918 kritisiert. Rassisches Denken war diesen Führungsspitzen jedoch noch im vierten Jahr nationalsozialistischer Herrschaft nicht zu eigen, und sie zeigten sich erstaunlich frei von Hass auf Polen, das immerhin als unrechtmäßiger Besitzer deutscher Gebiete galt; vielmehr war es erneut die eigene zivilisatorische Überlegenheit, die zum Ausdruck kam – gegenüber einem Land, das trotz allem dem europäischen Kulturkreis angehörte.

Sogar die Einstellungen gegenüber den Juden waren frei von Rassismus, aber voll anderer Vorurteile. Die Deutschen dürften diese größte ethnische Minderheit des Landes überproportional wahrgenommen haben, weil die Juden ganz überwiegend in den Städten wohnten, wo sich die Besatzer die meiste Zeit über aufhielten; aufgrund der Ähnlichkeit des Jiddischen mit dem Deutschen war zudem eine Verständigung oft leichter als mit den Polen. Die wirtschaftliche Bedeutung, die den Juden wegen ihrer starken Stellung in Handel und Gewerbe zukam, hatte bereits im Oktober 1915 eine Untersuchung der Zeitungsstelle des deutschen Generalstabs betont. In diesem von Beseler gründlich durchgearbeiteten und mit Unterstreichungen sowie Randbemerkungen versehenen Text wurde darauf hingewiesen, wie „schädlich, ja direkt verhängnisvoll [es wäre], sie irgendwie unfreundlich zu behandeln und abzustößen. Vermöge ihrer ausgebildeten Beziehungen und ihrer Solidarität können sie von Fall zu Fall bei Einzeldiensten politisch von großem Nutzen sein.“³⁰⁸ Konkreter war die Politik gegenüber den Juden zu dieser Zeit allerdings nicht, denn weder Deutschland noch Österreich-Ungarn hatten ein Konzept, wie mit

³⁰⁷ BAMA, RH 61 / 15.

³⁰⁸ BAMA, N 30 / 34. Zeitungsstelle des Stellvertretenden Generalstabs, 6.10.1915: Ergebnisse der Pressebeobachtungen und Schlussfolgerungen zu Polen.

den verschiedenen ethnischen Gruppen im eroberten Königreich Polen umgegangen werden sollte. Ganz allgemein ging man davon aus, dass alle Nationalitäten die Befreiung von den Russen begrüßen und daher die neuen Machthaber willkommen heißen würden.³⁰⁹

Hans von Beseler schrieb bereits im Oktober 1915 an seine Frau, dass sich die Juden bei den Deutschen anbiedern würden. Für ihn waren sie ein „heruntergekommenes, armseliges Volk, dessen Wiedergeburt lange auf sich warten lassen wird.“³¹⁰ Außerdem würden die Juden den Aufstieg der Polen verhindern.³¹¹ Diesen gravierenden Vorurteilen standen zugleich positive Einschätzungen gegenüber, etwa wenn er Anfang 1916 eine Synagoge besuchte, den Gottesdienst lobte und insbesondere den „Gesang herrlich“ fand.³¹² Beseler hatte eine differenzierte Betrachtungsweise und sah nicht nur „die“ oder gar „den“ Juden. Er unterschied zwischen einer kleinen Gruppe assimilierter Juden, die es zu Geld gebracht hatten und deshalb russophil seien, dem „alteingesessenen polnisch-deutschen“ und einem „freiwillig oder gezwungen eingewanderten russischen Judentum“,³¹³ wobei sich die beiden letzteren Gruppen in der Regel nicht politisch betätigen würden. Diese immer noch relativ pauschale Sicht demonstrierte doch eine gewisse Kenntnis der lokalen Verhältnisse, die über bloße Stereotype und Klischees weit hinausging. Bemerkenswert ist, wie sehr Beseler in den Kategorien eines aufgeklärten preußischen Protestanten dachte, denn die Sonderstellung der Juden beschränkte sich seiner Ansicht nach auf eine „nicht einmal feststehende Rassen-, und auf ihre Religions- oder Kultus-Gemeinschaft“, so dass sie in einem modernen polnischen Staat „selbstverständlich als gleichberechtigte Staatsbürger“ leben könnten.³¹⁴

Beseler redete damit allerdings nicht einer Polonisierung der Juden das Wort, sondern sah diese als gewissermaßen natürliche Verbündete der Deutschen – tatsächlich hatte es 1914 in Deutschland sogar Überlegungen gegeben, die polnischen Juden zum Aufstand gegen den Zaren anzusta-

³⁰⁹ PAM MACLEAN, Control and Cleanliness. German-Jewish Relations in Occupied Eastern Europe during the First World War, in: *War and Society* 6 (1988), H. 2, S. 47–69, hier S. 50.

³¹⁰ BAMA, N 30 / 53. Beseler an seine Frau, 16.10.1915.

³¹¹ BAMA, N 30 / 53. Beseler an seine Frau, 1.10.1915.

³¹² BAMA, N 30 / 48. Tagebucheintrag Beselers, 16.1.1916.

³¹³ BAMA, N 30 / 9. Immediatbericht Beselers, 23.1.1916.

³¹⁴ Ebd.

cheln.³¹⁵ Nun, nach der Eroberung Polens, könnten diese, sobald sie nur vom Kontakt mit den Besatzern profitierten, sich assimilieren und „aus der jiddisch-deutschen eine deutsche Schule“ entwickeln:

„Die Weiterbildung des jüdischen Volksteiles im Sinne deutscher Kultur aber wird für die unter allen Umständen zu erstrebende Anlehnung jeder polnischen staatlichen Neubildung an die künftige mitteleuropäische Staaten-gruppe von höchster Bedeutung werden.“³¹⁶

Dieser Erziehungsgedanke³¹⁷ für die polnischen Juden war auch bei deren Glaubensbrüdern in Deutschland weit verbreitet. Julius Berger (1883–1948), der Generalsekretär der Zionistischen Weltorganisation und als Leiter der Jüdischen Abteilung bei der Deutschen Arbeiter-Zentrale in Warschau seit April 1917 selbst Besatzungsfunktionär, hatte bereits 1916 die Verwendung deutscher Juden im Generalgouvernement gefordert.³¹⁸ Ähnlich wie Ludwig Haas (1875–1930), Reichstagsabgeordneter und Leiter der jüdischen Abteilung des Generalgouvernements, sah er in den polnischen Juden kulturell unterentwickelte Menschen, denen Glaubensbrüder die Segnungen des Deutschtums bringen müssten.³¹⁹ Ein tiefergreifendes Verständnis für die Unterschiede zum eigenen und für die Besonderheiten des osteuropäischen Judentums fehlte Haas wie Berger.

Beselers Bild der Juden wandelte sich ebenfalls während der Besatzung. War er anfangs von deren möglicher Assimilierung ausgegangen, die sie auf die deutsche Seite ziehen könnte, kam er mit Fortdauer des Krieges mehr und mehr von dieser Idee ab und erklärte dem Auswärtigen Amt im November 1917, es sei

„ein großer Irrtum, wenn man, wie das vielfach geschieht, in ihm [dem Juden] ein deutsches oder deutschfreundliches Element sieht. Wegen der leichteren Verständigung sind unsere unteren Beamten u.[nd] Landstürmer leider häufig auf den Juden angewiesen.“³²⁰

³¹⁵ STEMPIN, Próba „moralnego podboju“ Polski, S. 511–519.

³¹⁶ Ebd.

³¹⁷ MACLEAN, Control and Cleanliness, S. 52.

³¹⁸ JULIUS BERGER, Deutsche Juden und polnische Juden, in: Der Jude 1 (1916/17), S. 137–149, hier S. 149.

³¹⁹ MACLEAN, Control and Cleanliness, S. 53; STEVEN E. ASCHHEIM, Brothers and strangers. The east European Jew in German and German Jewish consciousness, 1800–1923, Madison Wis. 1999, S. 180–182; ZECHLIN, Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, S. 160 f.

³²⁰ BAMA, N 30 / 15. Protokoll Beselers der Sitzung im Auswärtigen Amt, 3.11.1917.

Der Umgang miteinander in Folge dieses rein pragmatischen Vorgehens trug allerdings nicht zum Abbau von Vorurteilen bei und führte zudem dazu, dass die Juden von den Polen als besondere Freunde der Deutschen und Profiteure diffamiert wurden.³²¹

Tatsächlich nahmen die Besatzer den Antisemitismus der Einheimischen als einen regelrechten Kampf der Polen gegen die Juden wahr;³²² der Generalgouverneur attestierte der polnischen Bevölkerung eine starke Ablehnung der Juden, die er – im Gegensatz zu seinen eigenen Vorurteilen – als unkultiviert und irrational empfand. Zwar sollten seiner Ansicht nach die Juden gerade im politischen Bereich „als geborene Minderheitspartei in diesem Lande auf polnische Stimmungen Rücksicht nehmen“; andererseits freute es Beseler, wenn nach Wahlen teilweise starke jüdische Parteien in die Stadträte einzogen, weil dies „erzieherisch auf die Polen“ wirke und bei ihnen „den Sinn für die Wirklichkeit“ stärken würde: Sie müssten sich nun endlich einmal einig werden und zusammenarbeiten, um sich gegen die Juden behaupten zu können.³²³

Jürgen Matthäus hat für Ober Ost bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, dass der Antisemitismus angesichts der im kaiserlichen Offizierskorps gepflegten Haltungen wohl kaum überraschend sein könne.³²⁴ Diese Feststellung gilt auch für das Generalgouvernement Warschau. Die Unterschiede zum Nationalsozialismus zeigen sich aber doch recht deutlich, etwa in einer nicht rassistischen Argumentation, in einer zumindest teilweise differenzierenden Betrachtung, vor allem aber in einer Umformung des „Bildes vom Juden“: Die Vorstellungen waren nicht statisch, sondern entwickelten sich – allerdings eher negativ: Ging Beseler 1915 und 1916 noch davon aus, die Juden gewissermaßen eindeutschen zu können, verabschiedete er sich von dieser Hoffnung in den letzten Kriegsjahren immer mehr. Gleichwohl war er stets der Ansicht, dass die Juden durchaus polnische Staatsbürger sein könnten, wenn sie sich nur anpassen

³²¹ MACLEAN, *Control and Cleanliness*, S. 57.

³²² BAMA, N 30 / 53. Beseler an seine Frau, 26.3.1916. Ebd., Beseler an seine Frau, 25.1.1918. Auch bei den demokratischen Parteien in Deutschland galten die Polen als intolerant und nur am eigenen Vorteil interessiert: GERD BEHRENS, *Der Mythos der deutschen Überlegenheit. Die deutschen Demokraten und die Entstehung des polnischen Staates 1916–1922*, Frankfurt am Main 2013, S. 389.

³²³ AGAD, 532 / 9. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. März 1917.

³²⁴ JÜRGEN MATTHÄUS, *Vorboden des Holocaust? Deutschland und die litauischen Juden während des Ersten Weltkriegs*, in: *Judenmord in Litauen. Studien und Dokumente*, hg. v. WOLFGANG BENZ / MARION NEISS, Berlin 1999, S. 35–50, hier S. 49.

würden. Für ihn standen sie tendenziell am Rande der Gesellschaft, waren aber explizit nicht daraus ausgeschlossen.

Deutlich wird in all diesen Auffassungen und ihrem Wandel zudem, wie sehr sie von den Vorstellungen der protestantischen Kultur des Kaiserreichs geprägt waren. Dort fiel es assimilierten Juden tatsächlich leichter, sich in Wirtschaft und Gesellschaft zu integrieren als beispielsweise in Polen. In diesem Sinne ist außerdem „der“ deutsche Antisemitismus differenzierter zu betrachten. Als kultureller Code stellte er kein gesamt-deutsches Phänomen dar, sondern variierte je nach Region und Berufsgruppe deutlich³²⁵ – und war bei Militärs ausgeprägter als bei den Zivilbeamten. Das Denken der deutschen Besatzer charakterisierte jedenfalls keine gezielte Diskriminierung der Juden, ganz im Gegenteil richteten sich Überlegungen vor allem auf deren Integration in die polnische Gesellschaft; wenn dies nicht funktionierte, lag die Ursache „selbstverständlich“ bei den Juden. Die Zielrichtung aber blieb stets, aus den Juden Staatsbürger zu machen.

Österreichische Wahrnehmungen von Juden und Polen

Im Militärgeneralgouvernement Lublin galt die „Judenfrage“ ebenfalls als ein wichtiger Faktor für die Verwaltung des Landes, insbesondere weil die Gegensätze zwischen Polen und Juden bereits im Dezember 1915 als Problem identifiziert worden waren. Und so wie Warschau bei den ersten Einschätzungen auf die Erfahrungen mit den vorwiegend assimilierten deutschen Juden zurückgriff, war für die k. u. k. Besatzer Galizien die Referenz. Sie sahen die dortigen Juden deutlich negativer, allerdings galten diejenigen in Kongresspolen als noch schlimmer, denn so

„abfällig auch über die breiten Massen der Juden in Galizien geurteilt wird, dieselben doch himmelweit über den Juden in Russ.[isch] Polen stehen. Diese sind ein in vielen Dingen unglaublich rückständiges, dabei durch die bisherigen Verhältnisse durch und durch korruptiertes und auf einer sehr tiefen Stufe der Moral stehendes Element.“³²⁶

³²⁵ Aktuell dazu: ODED HEILBRONNER, Von der Peripherie ins Zentrum. Die regionale Bedeutung des Antisemitismus in der modernen deutschen Geschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 61 (2013), S. 404–424, hier S. 410 f. Siehe auch für eine differenzierte regionale Betrachtung: HELMUT WALSER SMITH, Religion and Conflict. Catholics and Anti-Semitism in the State of Baden in the Era of Wilhelm II, in: Central European History 3 (1994), S. 283–314.

³²⁶ AGAD, 312 / 39. Monatsbericht MGGL für Dezember 1915.

Zumindest von Seiten des Außenministeriums hatte sich in den Jahren vor dem Krieg bereits der Gesandte in Warschau, Leopold von Andrian, gelegentlich mit den Juden in Kongresspolen beschäftigt. 1911 berichtete er nach Wien über die russische Politik des Ansiedlungsrayons, der es Juden verbot, im Inneren des Reiches zu leben; sie mussten entweder eine Ausnahmegenehmigung erwerben oder in die Westgebiete ziehen. In Folge dieser Wanderungswelle diagnostizierte Andrian in Polen zwar einen wirtschaftlichen Aufschwung, vor allem aber große Probleme für die polnische Nation, weil einerseits Zionisten, andererseits „Litwaks“ kämen, wobei erstere auf eine Auswanderung drängten und letztere sich als Russen gerierten und so zur Russifizierung des Landes beitrügen. Deshalb entstehe in Polen ein früher unbekannter Antisemitismus, an dem die Juden – wie in der Argumentation aller Antisemiten – selbst schuld seien. Für die Doppelmonarchie resultiere aus der russischen Haltung das Problem der Auswanderung vieler Juden nach Österreich, das von „großen Mengen jüdischen Halb-Proletariates“ überschwemmt würde.³²⁷

Andrians Ablehnung der Juden stand bereits vor dem Krieg für einen Antisemitismus, der bei den k.u.k. Besatzern nach 1915 wesentlich virulenteren Formen annahm, als das im Generalgouvernement Warschau zu beobachten war, wo zumindest anfänglich noch halbwegs gemäßigte Einstellungen geäußert wurden. Schon im Dezember 1915 enthielt ein offizieller Monatsbericht aus Lublin eine Suada gegen die Juden, die sämtliche Vorurteile der Zeit als mit eigenen Augen beobachtete Tatsachen darstellte. Die Juden galten als politisch unzuverlässig, weil sie „vorwiegend oder fast ausschließlich auf materielle Vorteile bedacht“ seien und deshalb die österreichisch-ungarische Herrschaft ablehnen würden, denn diese sei ihnen zu ehrlich; im Gegensatz dazu sei die russische Regierung zwar „in der Theorie antisemitisch“ gewesen, hätte aber in ihrer Korruption viele Schlupflöcher geboten. Nun, unter neuen Herren, seien die Juden unzufrieden, weil „sie aus angeborener Scheu vor physischen Arbeiten auf den gebotenen Erwerb durch persönliche Arbeitsleistung“ verzichteten und deshalb verarmten; zudem störten sie sich an den „bisher ganz unbekannten und höchst unsympathischen Reinlichkeits- und Sanitätsvorschriften“.³²⁸

³²⁷ DLA Marbach, Nachlass Andrian / 78.2.314 [alt: 3753]. Andrian an Aehrenthal, 7.12.1911.

³²⁸ AGAD, 312 / 39. Monatsbericht MGGL für Dezember 1915.

Letzterer Satz steht für den später so wirkmächtigen Hygienediskurs, den vor allem wissenschaftliche Publikationen der Besatzer zur polnischen Landeskunde etablierten: Sie attestierten besonders den Juden und ihren Häusern eine Schmutzigkeit, die deutsche Siedlungen nicht und selbst polnische nur teilweise auszeichnete.³²⁹ Nach dem Krieg konstruierten einzelne Forscher dann eine Verbindung zwischen Juden und Krankheit – letztere bedingt durch den Schmutz und die mangelnde Hygiene, die den Juden gewissermaßen als Attribut zugesprochen wurde –, die sich in der Zwischenkriegszeit zur Vorstellung eines zu vernichtenden Ungeziefers weiterentwickelte.³³⁰ Allerdings spielte dieser Aspekt des Antisemitismus während des Ersten Weltkriegs weder beim deutschen noch beim k.u.k. Führungspersonal eine nennenswerte Rolle.

Damals galten die Juden zuvorderst als unzuverlässig und russische Verbündete, vor allem aber als undankbar, weil sie die ihnen von Österreich-Ungarn so großzügig eingeräumten Freiheiten missbrauchen würden.³³¹ Damit stellte sich die neue Verwaltung als fortschrittlicher und besser als die der Russen dar, und in einem zweiten Schritt zudem als moralisch über die Polen erhoben, denn diese seien Antisemiten. Das implizierte zugleich die angesichts des Vorangegangenen bemerkenswerte Behauptung, dass man selbst kein Antisemit sei, sondern nur Tatsachen feststelle.³³² Damit war es zudem möglich, die bereits dargelegten Vorurteile noch einmal in anderer Form als Fremdwahrnehmungen zu schildern und zu perpetuieren. Demnach beklage die polnische Bevölkerung die den Juden „angeborenen und überdies durch ihre ort[h]odoxe teilumdistische [sic] Moral, welche die Ausbeutung Andersgläubiger zulässt, unterstützten Geschäftstalente“. Dieses Lamento sei allerdings berechtigt, denn während die Polen unter den Folgen des Krieges litten, hätten „sich die hiesigen Juden in Folge ihrer Gescheidigkeit [sic] den durch den Krieg

³²⁹ Vgl. exemplarisch Aussagen in der Schriften der deutschen Landeskundlichen Kommission: MAX FRIEDERICHSEN, *Landschaften und Städte Polens und Litauens. Beiträge zu einer regionalen Geographie*, Berlin 1918, S. 70 f.; BERNHARD BRANDT, *Geographischer Bilderatlas des polnisch-weißrussischen Grenzgebietes. Mit 100 photographischen Aufnahmen und 1 Übersichtskärtchen*, Berlin 1918, S. 41; ERICH WUNDERLICH, *Geographischer Bildatlas von Polen. Mit 100 Originalaufnahmen, 6 Spezialkarten und 1 Übersichtskarte*, Berlin 1917, S. 14.

³³⁰ WEINDLING, *Epidemics and genocide*, S. 103 f.

³³¹ AGAD, 312 / 39. Monatsbericht MGGL für Dezember 1915.

³³² Immer wieder zeigt sich das in der Quellenedition *Spółczesność polskie w świetle raportów politycznych austro-węgierskiego Generalnego Gubernatorstwa Wojskowego w Polsce 1915/1918. Wybór źródeł*, hg. v. JERZY GAUL / ALICJA NOWAK, Warszawa 2015.

geschaffenen Verhältnissen anzupassen verstanden und gerade durch den Krieg die besten Geschäfte gemacht“.³³³

Tatsächlich beklagten sich während des Kriegs zahlreiche Polen darüber, dass die österreichisch-ungarischen Behörden angeblich die Juden bevorzugten.³³⁴ Die Verwaltung reagierte darauf mit Konzessionen an den wahrgenommenen Volkswillen,³³⁵ während mäßigende Stimmen verhallten, die etwa darauf hinwiesen, dass Lebensmittelerfassung per se korruptionsanfällig und das unlautere Geschäftsverhalten auf die verschiedenen Konfessionen „ziemlich gleichmäßig“ verteilt sei.³³⁶ Doch selbst in Wien war Außenminister Czernin um das Bild der k. u. k. Besatzer besorgt: „Es müsste der Bevölkerung klar zum Bewusstsein kommen, dass mit der philosemitischen Richtung ein für allemal gebrochen worden ist.“³³⁷

Die Existenz einer derartigen Haltung darf angesichts der überlieferten Quellen, die hier nur exemplarisch dargelegt sind, stark bezweifelt werden. Der Antisemitismus innerhalb des k. u. k. Militärgeneralgouvernements war wesentlich stärker ausgeprägt als im deutschen Besatzungsgebiet, wo die historischen Voraussetzungen ein anderes Herangehen an und Verständnis der „Judenfrage“ bedingten, selbst wenn während des Kriegs der Antisemitismus wuchs. Selbstwahrnehmungen als aufgeklärter und fortschrittlicher Herrscher, der quasi gezwungen war, auf den Volkswillen Rücksicht zu nehmen, sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Okkupation in einem sogar von ganz oben befeuerten Klima voller Vorurteile und Hass auf Juden stattfand,³³⁸ das nicht einmal vor den eigenen Kollegen haltmachte. Die Deutschen standen den katholischen Einheimischen voller Misstrauen gegenüber, weil sie in ihren eigenen

³³³ AGAD, 312 / 39. Monatsbericht MGGL für Dezember 1915. Für ähnliche Wahrnehmungen von unterer Ebene: AGAD, 312 / 57, Bl. 36. Kreiskommando Jasna Góra an MGGL, 19.5.1916.

³³⁴ Exemplarisch: Raport chorążego Tadeusza Hartleba do Centralnego Biura Werbunkowego w Piotrkowie, Busko, 20.6.1916, in: Raporty i korespondencja oficerów werbunkowych Departamentu Wojskowego Naczelnego Komitetu Narodowego 1915–1916, hg. v. PAJAK, S. 25 f.

³³⁵ ZIELIŃSKI, Stosunki polsko-żydowskie, S. 234.

³³⁶ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56 h,i / 1032. Hoenning an Czernin, 24.11.1917.

³³⁷ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56 h,i / 1032. Privatschreiben Czernins an GG Szeptycki, 4.5.1917.

³³⁸ Im Gegensatz hierzu wird die Haltung der k. u. k. Besatzer gegenüber den Juden als „ambivalent“ charakterisiert von: TAMARA SCHEER, Österreich-Ungarns Besatzungsregime im Königreich Polen unter besonderer Berücksichtigung von Religions- und Kultusfragen (1915–1918), in: Besetzt, interniert, deportiert, hg. v. EISFELD u. a., S. 173–198, hier S. 195.

Ostprovinzen ein Programm der Germanisierung durchgeführt hatten, das in den Polen Gegner sah; sie betrachteten die Juden jedoch zumindest anfänglich als potentielle Verbündete. Demgegenüber erschienen im Militärgeneralgouvernement Lublin die Polen als natürliche Alliierte, weil die Erfahrungen mit ihnen in Galizien oder im Reichsrat in Wien überaus positiv waren. Zu weiten Teilen war das Verhalten der polnischen Eliten als staatstragend wahrgenommen worden, und entsprechend erwiesen sich die Erwartungen an die Herrschaft über diese ethnische Gruppe als deutlich hoffnungsvoller.

Leopold von Andrian hatte auch hier als Berichterstatter aus Warschau seit 1911 wesentlichen Einfluss auf die Wiener Vorstellungswelt von Kongresspolen. Bereits 1912 schrieb er über die polnische Neigung des Politisierens und charakterisierte sie als dilettantisch; dies würde die austrophilen Neigungen, die grundsätzlich vorhanden seien, in ihrer Entfaltung hemmen. Allerdings zeigte sich der Gesandte davon überzeugt, dass die Polen von einem Zusammengehen mit Österreich-Ungarn die größten Vorteile für ihre eigene Sache erwarten würden und schon alleine deshalb positiv gegenüber der Doppelmonarchie eingestellt seien. Dies war allerdings, wie Andrian selbstkritisch bemerkte, teilweise auf den Eindruck der Schwäche zurückzuführen, den das Habsburgerreich im Gegensatz zu den eher polenfeindlichen Russen und Deutschen hinterlasse. In diesem Sinne sei die polnische Haltung nur Pragmatismus: In „letzter Linie“ sei

„jeder Pole, welch' immer Stande und welch' immer Partei er angehört, ja stets vollkommener Nationalist, d. h. es interessieren ihn von allgemeinen politischen Erwägungen doch nur das Schicksal der Polnischen Nation, deren Regeneration, Einigung und womögliche Consolidierung.“³³⁹

Gleichzeitig war gegenüber den Polen nach Auffassung österreichisch-ungarischer Militärs,³⁴⁰ aber auch von Diplomaten wie Andrian, Nachsicht eben nur dann angebracht, wenn ansonsten eine „Politik der starken Faust“ verfolgt würde; zu viel Entgegenkommen werde nur als Schwäche ausgelegt. Eine Taktik kleiner Erleichterungen attestierte Andrian den Russen, die damit recht erfolgreich seien und das Land ohne größere Probleme beherrschten – insbesondere, weil der Vergleich mit der preußi-

³³⁹ DLA Marbach, Nachlass Andrian / 78.2 [alt: 3830]. Andrian an Berchtold, 7.12.1912.

³⁴⁰ AGAD, 312 / 78, Bl. 185-191. Bericht des Gm. Ebenhöf über die Wahrnehmungen im besetzten Russisch-Polen, 29.12.1916.

schen Bürokratie und Germanisierung nach wie vor zugunsten des Zarenreichs ausfalle, dessen Maßnahmen „durch die Bestechlichkeit besonders der niederen russischen Regierungs-Organen wesentlich gemildert“ würde.³⁴¹ Allerdings, und dies war im Juni 1914 schon fast wie eine Prophezeiung für den wenig später ausbrechenden Weltkrieg, hätten die Russen bei der Umwerbung der Polen viele Vorteile gegenüber Österreich-Ungarn: Die Einheimischen würden aus wirtschaftlichen und ethnischen Gründen, und weil sie vor dem Zarenreich mehr Angst hätten, doch immer nur sehr zurückhaltend auf Avancen der Doppelmonarchie reagieren. Die größte Furcht der Polen sei aber, dass

„im Falle eines siegreichen Österreich-Deutschen Krieges gegen Russland, infolge der militärischen Präponderanz Deutschlands, der Löwenanteil vom abzutretenden Polnischen Gebiete an Preussen fiele, was hier als das größte nationale Unglück und als die ‚vierte Theilung Polens‘ angesehen werden würde.“³⁴²

Genau dieser Fall trat 1915 ein. Danach unterschieden sich die Deutungen, die die Besatzer vor Ort vornahmen, kaum von dem, was bereits Andrian geschrieben hatte. Ganz offensichtlich rekurrten der Auswärtige Dienst und das Offizierskorps der Habsburgermonarchie auf einen gemeinsamen Erfahrungshorizont, was wiederum ähnliche Interpretationsmuster zur Folge hatte.

Die Polen aus Galizien, das einen wichtigen Teil Österreich-Ungarns darstellte, waren in dieser Vorstellungswelt aber nur zum Teil repräsentativ für diejenigen im Militärgeneralgouvernement Lublin. So unterstellte man der dortigen „misstrauischen Bauernbevölkerung“ beispielsweise eine „eingewurzelte Passivität“, die insbesondere nach der Proklamation des Königreichs am 5. November 1916 zum Vorschein gekommen sei, als „allzu große Rücksichtslosigkeit und Härte bei der Eintreibung“ von Ressourcen vermieden werden musste.³⁴³ Wie bereits Andrian, der über die Notwendigkeit der „starken Faust“ geschrieben hatte, berichteten die Besatzer über den Unwillen der Polen, zu den Kriegsanstrengungen der Mittelmächte beizutragen. In ihren Augen waren die Einheimischen ein faules, lethargisches und zurückgebliebenes Volk, das letztendlich nur auf

³⁴¹ Andrian an Berchtold, 6.6.1914, in: Leopold von Andrian (1875–1951), hg. v. PRUTSCH / ZEYRINGER, S. 224–228.

³⁴² Ebd. Die Rechtschreibung im Original.

³⁴³ ÖStA, KA, AOK-Quartiermeister-Abteilung, Referenten-Faszikel / 2590. Übersicht über die bisherige wirtschaftliche Ausnutzung der okkupierten Gebiete von Polen, Serbien und Montenegro, AOK-Quartiermeisterabteilung, 22.12.1916.

Methoden reagiere, wie sie bereits die Russen angewandt hätten.³⁴⁴ Außerdem galten die Polen als undankbar, weil sie Requisitionen ablehnten – obwohl diese „nach übereinstimmenden Angaben aller Fachleute bei weitem nicht das Maß erreicht [hätten] wie in manchen Gegenden der Monarchie, und gar kein Zweifel kann darüber herrschen, dass man hier bedeutend besser lebt als bei uns“.³⁴⁵

Diese Vorurteile wurden zu den Juden in Kontrast gesetzt, denen man eine Faul- und Trägheit nicht unterstellte, sondern in ihnen die geborenen Händler sah. Das Kreiskommando Sandomierz etwa führte die „vorzügliche“ Versorgung des Gebiets darauf zurück, dass man hauptsächlich mit Juden und nicht mit Polen zusammenarbeite – „welche nie die Geschäftsroutine der Juden erreichen können und in vielen Richtungen diesbezüglich leider recht passiv sind.“³⁴⁶ Anderswo beklagte man sich über die gleichzeitig „präpotente“ Haltung der polnischen Institutionen, die offiziell mit den Besatzern kooperierten und stets eine Führungsrolle beanspruchten, die ihnen in den Augen der österreichisch-ungarischen Funktionäre aber nicht zustand: Schon aus psychologischen Gründen dürfe man seine eigenen Kompetenzen nicht beschneiden, weil dies dem Ansehen der Verwaltung schade.³⁴⁷

Trotz all dieser Vorurteile war dennoch klar, dass Polen nicht als besetzter Feindstaat behandelt werden musste, sondern als potentieller Verbündeter mit Rücksichtnahme. Die k.u.k. Politik umwarb die Einheimischen mit der Idee nationaler Entfaltung und dem Vorbild Galizien – im Falle einer austropolnischen Lösung – und zeichnete die preußischen Provinzen Westpreußen und Posen als Schreckbild im Hintergrund. Militärs und Zivilbeamte in Lublin verhielten sich nicht ablehnend gegenüber der Bevölkerung, selbst wenn sie sich als einer höherstehenden Kultur zugehörig sahen und durchaus die „Mission“ einer Hebung des Landes und seiner Einwohner verfolgten.³⁴⁸ Aber ihnen war das Land nicht wirklich fremd, dazu war Galizien zu ähnlich. In diesem Sinne

³⁴⁴ AGAD, 312 / 78, Bl. 185–191. Bericht des Gm. Ebenhöf über die Wahrnehmungen im besetzten Russisch-Polen, 29.12.1916.

³⁴⁵ ÖStA, HHStA, PA I / 56a/1,2 / 1011. Bericht Nr. 98 des Gesandten des Außenministeriums beim MGGL, 10.9.1917.

³⁴⁶ AGAD, 312 / 205, Bl. 97–100. Kreiskommando Sandomierz an MGGL, 1.6.1916.

³⁴⁷ AGAD, 312 / 215, Bl. 523 f. Kreiskommando Jędrzejów an MGGL, 16.8.1916.

³⁴⁸ PRUTSCH, Historisches Gedächtnis in kulturpolitischer Machtstrategie, S. 85; DIES., Die Polen- und Ruthenienpolitik der k.u.k. Monarchie 1911–1918 aus der Sicht Leopold von Andrians, S. 286, 288.

bewarben sich viele Deutschösterreicher, meist verwitwete Frauen, um Lizenzen für eine Tabaktrafik im besetzten Gebiet:³⁴⁹ „Der“ Osten existierte nicht als Schreckbild, sondern war ein ganz normaler Bestandteil des europäischen Kulturkreises.

Eine Selbstverwaltung und echte Unabhängigkeit Polens aber fand beispielsweise Leopold von Andrian noch Mitte 1915 unangemessen, weil sie „im schroffen Gegensatze zum bisherigen Regime und den eingewurzelten Gewohnheiten der Bevölkerung stehen“ würden.³⁵⁰ Dieser Überheblichkeit standen aber durchaus reflektierende Einsichten gegenüber, etwa wenn Andrian 1917, nach seiner Abberufung aus Warschau und Rückkehr ins Wiener Außenministerium, davor warnte, Kongresspolen ausschließlich nach den positiven Erfahrungen in Galizien zu beurteilen; er sah keine homogene Gesellschaft, sondern vielmehr höchst verschiedene, teilweise gegenläufige Interessengruppen, die keinesfalls automatisch austrophil seien, nur weil sie Russen und Deutsche ablehnten – und zwar letztere immer noch mehr als erstere. Nach wie vor war Andrian davon überzeugt, dass die polnischen Parteien stets den Weg vorzögen, der ihnen am ehesten nationale Einheit und Unabhängigkeit versprach. Wenn dies via Österreich-Ungarn geschehen solle, müsse man vor allem konsequent handeln und sich von überholten Vorstellungen einer gewissermaßen natürlichen Verbundenheit zwischen Polen und dem Habsburgerreich lösen.³⁵¹

Doch vor Ort waren echte Sympathien für die Polen sowieso nicht übermäßig ausgeprägt. Die Besatzer sahen zwar in den Juden das größere von zwei Übeln, aber das bedeutete nicht, dass sie keine Vorurteile gegenüber den katholischen Einheimischen gehabt hätten. Trotz deren akzeptierter und privilegierter Stellung in Galizien war die Situation in Kongresspolen anders – man nahm ein Kulturgefälle wahr und war insbesondere darüber verstimmt, von der Bevölkerung nicht mit offenen Armen empfangen zu werden. Deren Unabhängigkeitsstreben passte nicht zur erwarteten Dankbarkeit für die eigenen Opfer, die man für die Eroberung des Landes gebracht hatte.

³⁴⁹ Zahlreiche Anträge finden sich in AGAD, 312 / 1405 und 1407.

³⁵⁰ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a - Polen / 918. Andrian an Burián, 23.6.1915.

³⁵¹ DLA Marbach, Nachlass Andrian / 78.2.82 [alt: 3992]. Rückschau Andrians auf die Tätigkeit in Warschau, Februar 1917.

Die Auswirkungen der Vorurteile

Insgesamt zeigt der Vergleich der österreichisch-ungarischen mit den deutschen Fremdwahrnehmungen einige Unterschiede. Während im Generalgouvernement Warschau zunächst die Juden bei allem Antisemitismus wesentlich positiver gesehen wurden als die Polen, für deren Perzeption die Kalamitäten der preußischen Politik in Posen und Westpreußen wirkmächtig waren, galten für Österreich-Ungarn beinahe entgegengesetzte Prämissen: Die Polen sollten die natürlichen Verbündeten sein, den Juden stand man skeptisch gegenüber.

Der weitere Kriegsverlauf macht deutlich, dass von statischen Vorurteilen nicht die Rede sein konnte. Ganz im Gegenteil wandelten sich die Beurteilungen, wobei es aber nicht zu einer vollständigen Umkehr der Deutungsmuster kam. Die Besatzer im Generalgouvernement Warschau erkannten, wie wenig die polnischen Juden mit ihren deutschen Glaubensbrüdern gemein hatten und dass sie nicht assimilationswillig waren. In Lublin stellte sich bald Enttäuschung über die Polen ein, weshalb sich deren Charakterisierung deutlich verschlechterte. Weil man dennoch meinte, auf die wahrgenommene Volksstimmung Rücksicht nehmen zu müssen, wuchs der Antisemitismus, der sich auch gegen Landsleute richtete. Judenhass war selbstverständlich bereits vorher vorhanden gewesen, aber weil ihn die Polen angeblich begrüßten, durfte er nun voll zum Tragen kommen.

Für beide Besatzungsmächte ist also ein Anstieg der Vorurteile während des Krieges zu konstatieren. Die Begegnungen mit den Einheimischen hatten nicht zu deren Abbau beigetragen, sondern vielmehr zur Zunahme eines Gefühls kultureller Überlegenheit.³⁵² Daran waren zu einem hohen Maße die Zentralen schuld, die übersteigerte Erwartungen an die lokale Bevölkerung hatten und von dieser eine aufopfernde Zusammenarbeit erwarteten, während sie selbst kaum Zugeständnisse machten; die Reaktionen darauf spiegelten sich im Bild der Besatzer wider. Das Konzept der Rasse spielte dabei im Grunde keine Rolle, weswegen bereits vor dem Krieg in Preußen „Mischehen“ erlaubt und Assimilation erwünscht war, während in Galizien den Polen sogar die Rolle der führenden Ethnie etwa gegenüber den Ukrainern zukam. In diesem Sinne war Polen auch kein Raum für eine eigene Besiedlung, für eine „Germanisie-

³⁵² Dieses Gefühl war kein Spezifikum von Militärs und Staatsbeamten, sondern auch im demokratischen Spektrum weit verbreitet: BEHRENS, *Der Mythos der deutschen Überlegenheit*.

rung“, wie das für Ober Ost gefolgert wurde.³⁵³ Das Land galt nicht als eine Art koloniales Experimentierfeld für Deutschtum, sondern als Gebiet der polnischen Nation mit jüdischer Minderheit – umgeben von überlegenen Imperien.³⁵⁴ Als Gemeinsamkeit mit dem überseeischen Kolonialismus und der dortigen „Politik der Differenz“³⁵⁵ existierte in Polen zwar eine gewisse Fremdheit gegenüber den Einheimischen, die Grundlage einer Stereotypisierung wurde, aber das geschah nur zu einem kleinen Teil aus rassischen Gründen.³⁵⁶ Die Polen galten als Nation; sie waren weniger entwickelt, aber Teil des europäischen Kulturkreises. Und selbst wenn es die Vorstellung einer kulturellen „Hebung“ gab, so war dies doch keine grundlegende Zivilisierung wie etwa in Afrika, sondern eher eine Anhebung auf ein höheres Niveau. Darüber hinaus fehlte in Polen die Verbindung mit der Christianisierung, die in Afrika und Asien ein zentrales Element dieser „Mission“ darstellte.³⁵⁷

Die offiziellen Verlautbarungen der Besatzer waren bemüht, die Einheimischen nicht zu diskriminieren. Berlin und Wien tolerierten zwar die abwertenden Fremdbilder der Besatzer bis zu einem gewissen Maße, aber sie unterbanden Feindbilder, selbst wenn die Politik in den Zentralen ebenfalls nur selten frei von Vorurteilen war. Der einzige „erlaubte“ Gegner blieben die Russen, aber die Stereotype ihnen gegenüber dienten höchstens als Kontrast für die eigene Herrschaft und sind für die Einstellungen gegenüber Polen und Juden nur insofern relevant, als die Polen eben nicht dieser russischen „Unkultur“ des Ostens zugerechnet wurden. Freilich galten sie als ein wenig rückständig, aber wie bei allen Vorurteilen zu allen Zeiten waren die Okkupanten auch in diesem Fall davon überzeugt, dass sie selbst vollkommen objektiv urteilen und sich von keinen Emotionen leiten lassen.

Unterschiede zwischen Deutschen und Österreichern bestanden bis Kriegsende fort. Doch die enttäuschten Erwartungen waren keinesfalls im Warschauer Generalgouvernement für größere Stereotypen verantwort-

³⁵³ BARANOWSKI, Nazi empire, S. 90.

³⁵⁴ Hierzu: LEHNSTAEDT, Der koloniale Blick?, S. 407–410.

³⁵⁵ COOPER, Kolonialismus denken, S. 52 f. Für die „Bilder der Differenz“ in den deutschen überseeischen Kolonien: GEORGE STEINMETZ, „The Devil’s Handwriting“. Precolonial Discourse, Ethnographic Acuity, and Cross-Identification in German Colonialism, in: Comparative Studies in Society and History 45 (2003), H. 1, S. 41–95.

³⁵⁶ Dies im Gegensatz zu THER, Deutsche Geschichte als imperiale Geschichte, S. 140.

³⁵⁷ STEINMETZ, „The Devil’s Handwriting“, S. 70–75; OSTERHAMMEL, Kolonialismus, S. 115 f.

lich als im Lubliner Gebiet. Zumindest innerhalb der Besatzungseliten waren die Deutschen den Juden gegenüber aufgeschlossener – auch und gerade in den eigenen Reihen –, sahen dafür aber die Polen skeptischer. Demgegenüber hatte der Vielvölkerstaat mit seinen multiplen Kontakten verschiedener Ethnien nicht zu einem Abbau von Vorurteilen beigetragen. Vergessen werden sollte aber nicht, dass es im Militärgeneralgouvernement Lublin vor allem Deutschösterreicher waren, die den Ton angaben; andere Nationen, mit Ausnahme einer kurzen „galizischen Episode“ unter Szeptycki, stellten nur in Einzelfällen Spitzenpersonal.

All diese Fremdwahrnehmungen und Deutungen sagen, für sich betrachtet, zunächst wenig über die konkrete Politik vor Ort aus – weder über die imperiale „Politik der Differenz“ gegenüber anderen Ethnien, noch über die allgemeine Besatzungspolitik. Hierfür sind andere Faktoren ebenfalls zu berücksichtigen, etwa die Selbstdeutungen als neuer Herrscher oder Anordnungen aus Berlin und Wien. So sind die Stereotype eher eine Art Grundlage, die andere Tendenzen verstärkte oder abschwächte. Einschränkend ist außerdem zu bemerken, dass die Vorurteile, die hier überwiegend für die Leitungsebene belegt werden konnten, zwar schon alleine deshalb relevant waren, weil sie nach unten ausstrahlten; dass sie tatsächlich deckungsgleich mit den Einschätzungen der Soldaten und Beamten waren, die die Okkupation auf lokaler Ebene ausführten, lässt sich angesichts der mangelnden Egodokumente indes nur vermuten.

II. POLITISCHE STRATEGIEN

Mit der Eroberung Polens im Sommer 1915 hatten Deutschland und Österreich-Ungarn ihren eigenen imperialen Machtbereich deutlich erweitert. Sie waren daran gegangen, dort eine Verwaltung aufzubauen, die ihren Zielen dienen sollte – freilich ohne bereits konkrete Vorstellungen davon zu haben, was denn mit dem Gebiet nach einem gewonnenen Krieg passieren sollte. Klar war vor allem, dass Polen nicht mehr unter russischem Einfluss stehen dürfe und dauerhaft im eigenen Machtbereich verbleiben müsse. Doch wie die eigene Kontrolle aussehen sollte und wie sie zwischen den Bündnispartnern zu teilen wäre, blieb verschwommen und wandelte sich mehrfach. Zugleich sollte Polen während des Krieges einen Beitrag zu den Anstrengungen der Mittelmächte leisten, und diese mussten dafür die geeigneten Bedingungen schaffen.

Die Verwaltungssysteme der eigenen Heimat stellten nur sehr begrenzt Vorbilder dar, denn zu sehr dominierte die Vorstellung einer Übergangslösung, die den angenommenen und tatsächlichen Kriegsnotwendigkeiten Rechnung tragen sollte. Außerdem eröffnete sich mit der Herrschaft über fremde Ethnien ein Problemfeld, für das die beiden Kaiserreiche daheim bereits Herangehensweisen eingeübt hatten, die die Vorstellungswelt der Okkupanten wesentlich beeinflussten. Doch diese Praktiken waren in Kongresspolen nicht ohne weiteres anwendbar, da dessen Annexion und Eingliederung weder gegeben noch beabsichtigt war. Gefordert war ein imperiales Denken, das sich namentlich im deutschen Fall von den bisherigen Mustern des Nationalstaats abzuheben hatte: Die neuen Untertanen mussten anders regiert werden als die in der Heimat, aber gerade weil man ihnen Eigenständigkeit versprach, konnte man ihre Forderungen nicht vollkommen ignorieren. Daraus resultierten Aushandlungs- und Kommunikationsprozesse, die Loyalitäten und Identifikationen mit der eigenen Sache schaffen sollten; doch trotz mancher Zugeständnisse entstanden stets neue Spannungen, ohne dass tatsächlich eine Balance eintrat.¹

¹ Vgl. zum imperialismustheoretischen Hintergrund: COOPER, Kolonialismus denken, S. 256–258, 332 f.

Für diese Politik essentiell waren die Fremdwahrnehmungen der Einheimischen ebenso wie die Selbstreflexionen der neuen Herren. Der erste Abschnitt dieses Kapitels untersucht erstere und fragt danach, wie die Besatzer aus Deutschland und Österreich-Ungarn ihre Aufgabe beurteilten und welche Rolle sie sich im neuen Polen zuschrieben. Nachdem zwei Mächte ein Land untereinander aufgeteilt hatten, sind nicht nur die Unterschiede in deren Beurteilung der lokalen Gegebenheiten relevant, sondern zudem die Beobachtung des Gegenübers. Das andere Kaiserreich hielt mindestens indirekt den Spiegel vor und stellte eine Konkurrenz dar. Von diesen Deutungen wird dann der Schritt zur politischen Gestaltung selbst gemacht, wobei insbesondere deren Dynamik angesichts der sich verändernden Vorgaben aus Berlin und Wien gezeigt wird, die oft in Rückkoppelung zur momentanen Kriegslage erfolgten.

Um der zentralen Bedeutung der Einheimischen bei all diesen Prozessen gerecht zu werden, fragt das dritte Unterkapitel nach den Legitimationsstrategien der imperialen Herrschaft. Gemäß eigener Aussage waren die Mittelmächte als Befreier vom russischen Joch nach Polen gekommen, aber sie brachten unter anderem Requisitionen, Hunger und Arbeitslosigkeit. Da sie allerdings auf den guten Willen der Bevölkerung angewiesen waren, um ihre eigenen Ziele durchzusetzen, inszenierten sie Kultur, Bildung oder Religion als positive Aspekte ihrer Regierungsgewalt. Darauf aufbauend zeigt der vierte Abschnitt zuletzt Formen der Herrschaft zwischen Kooperation, Kollaboration und Repression.

Imperiale Herrschaft war zu allen Zeiten uneinheitlich und erratisch, weil Uniformität weder erreichbar war noch angemessen wäre, um den unterschiedlichen Herausforderungen zu begegnen. Tatsächlich ist es den wenigsten Imperien der Weltgeschichte überhaupt gelungen, auch nur einzelne Territorien ökonomisch und politisch erfolgreich zu beherrschen. Es gibt also keinen monolithischen Imperialismus, sondern reaktive Politik: Die europäische Vision, die Welt nach eigenen Vorstellungen und zum eigenen Nutzen umzuformen, blieb eine Illusion – die Kompromisse, die ein Imperium verlangte, waren stärker als die Phantasien.² Das gilt mithin für Polen während weniger Kriegsjahre genauso wie für Deutschland und Österreich-Ungarn als Ganzes, stellt aber dennoch ein Forschungsdesiderat dar: Worin lagen die Unterschiede zwischen den beiden Kaiserreichen? Und was waren deren Ursachen und Folgen?

² BURBANK / COOPER, *Imperien der Weltgeschichte*, S. 413.

1. SELBSTREFLEXION IMPERIALER HERRSCHAFT

Wolfgang von Kries hat die Absichten der deutschen Besatzer nach dem Krieg in einem unveröffentlicht gebliebenen Manuskript über das Generalgouvernement wie folgt charakterisiert: Sie hätten

„keineswegs nur das Ziel, dieses besetzte feindliche Gebiet in den Dienst der deutschen Kriegswirtschaft zu stellen, sondern dienten größtenteils ebenso dem Wohle der Bewohner dieses Gebietes, die ohne straffste Zusammenfassung der verfügbaren Vorräte und schärfste Rationierung zweifellos schwersten Hungersnöten zum Opfer gefallen wären, vor denen die Maßnahmen der deutschen Verwaltung sie im allgemeinen wenigstens bewahrt haben.“³

Diese Selbstdeutung der Okkupationspolitik ist durchaus ernst zu nehmen, zumal in der Reihenfolge der Prioritäten.⁴ Die neuen Herrscher aus Deutschland wie aus Österreich-Ungarn, die derartige Absichten einte, waren dabei nicht zynisch gegenüber den Einheimischen, sondern von ihrer Mission überzeugt, die nicht zuletzt auf dem Gefühl kultureller Überlegenheit beruhte; nach Jahren der Misswirtschaft und Unterdrückung sollte nun eine gerechte Verwaltung Einzug halten, die Prosperität, Fortschritt und ganz allgemein eine Hebung für das geknechtete Polen brachte.

Die tatsächliche wie subjektiv wahrgenommene Rückständigkeit des Landes wurde zum größten Teil den Russen angelastet,⁵ und das Personal beider Mittelmächte war vollkommen überzeugt, diesen in nahezu jeder Hinsicht weit überlegen zu sein und alleine schon deshalb in Polen Gutes bewirken zu können. Die „gerechte Verwaltung“ war aber trotzdem zuallererst eine Institution der beiden Imperien, deren Interessen man sich vor allem anderen verpflichtet fühlte. Gleichzeitig war aber die Vorstellung gemeinsamer Ziele mit den Einheimischen verbreitet: Eine Unabhängigkeit Polens und dessen Fortschritt könne es nur nach einer Niederlage Russlands geben, weshalb alle Kräfte für den Kampf gegen die Armee des Zaren mobilisiert werden müssten. Bis zu diesem Sieg galt es Opfer zu bringen, und zwar von der Heimat der Besatzer genauso wie von den Besetzten. Danach würde die

³ BA Koblenz, N 1711 / 3. Manuskript von Kries' „Deutsche Staatsverwaltung in Russisch-Polen“.

⁴ Ins Positive gedeutet auch bei: CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 126 f.

⁵ Exemplarisch für den Bereich der Infrastruktur z. B.: AGAD, 312 / 1867. Wirtschaftliche Mitteilungen der k. u. k. Warenverkehrszentrale für das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet, Nr 23., 1.10.1916, S. 5.

„wirtschaftliche Lage Polens [...] durch den Anschluss an die Zentralmächte unzweifelhaft eine gewaltige Verbesserung gegenüber dem früheren Zustande erfahren, soweit die Landwirtschaft in Betracht kommt, und die zu erwartende sprunghafte Hebung dieses für die ersten Jahre nach dem Friedensschluss unzweifelhaft wichtigsten Wirtschaftszweiges wird für die allmähliche Gesundung des Landes von den schweren Unbilden des Krieges von höchster Bedeutung sein.“⁶

Mindestens 1915 zeigten sich die neuen Herrscher davon überzeugt, dass sich ihre Aufgaben mit den Wünschen der Einheimischen decken würden. Österreich-Ungarn wollte deshalb gute Kontakte etablieren und Funktionäre und Offiziere einsetzen, „welche durch ihre Nationalität und ihre konziliananten Dispositionen geeignet sind, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen“;⁷ die Besatzer waren also zumindest offiziell gehalten, sich nicht als Sieger zu präsentieren, sondern auf gleicher Ebene Vertrauen zu schaffen. Hiervon unterschieden sich die Deutschen, ihnen ging es gegenüber den Polen darum, „ihr Land mit Würde und Festigkeit zu verwalten und bei der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, dass wir unsere Aufgabe nur in uneigennütziger Pflichterfüllung sehen.“⁸ Angesagt war also nicht wie bei der Doppelmonarchie Verbrüderung, sondern eher eine Selbstdeutung als – insbesondere militärisch – überlegener imperialer Herrscher. Diese Auffassung änderte sich erst im Zuge der Proklamation des Königreichs am 5. November 1916. Nun war gesellschaftlicher Verkehr mit den Einheimischen erlaubt und ein freundschaftliches Verhältnis ebenso wie die „Anbahnung eines Vertrauensverhältnisses zwischen uns und den Polen“ erwünscht.⁹ Zurückhaltung wurde trotzdem empfohlen, denn selbst wenn man offiziell verbündet war, konnten und sollten gewisse imperiale Hierarchien nicht ganz verschwinden.

Eine unmögliche, aber notwendige Aufgabe

Die Verwirklichung der eigenen Ziele wurde durch diese deutsche Attitüde nicht unbedingt erleichtert. Aber auch im österreichisch-ungarischen Gebiet zeigten sich bald die Probleme, die aus den prinzipiell gegenläufigen Intentionen einer Verwaltung für das Land und einer Nutzbarma-

⁶ PAAA, R 21584, Bl. 77 ff. Kries an Auswärtiges Amt, 25.1.1917.

⁷ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a / 918. Andrian an Burián, 23.6.1915.

⁸ BAMA, N 30 / 6. Streng geheimer Erlass des GGW, 10.3.1916.

⁹ BAMA, N 30 / 6. Streng geheimer Erlass des GGW, 20.11.1916.

chung für die Kriegsbedürfnisse erwachsen, zumal der freundschaftliche Umgang mit den Einheimischen keinesfalls eine Selbstverständlichkeit war: Die Eroberung in Polen bot endlich die Gelegenheit, dem Bedeutungsverlust der Doppelmonarchie im Zeitalter des Imperialismus einen sichtbaren Gegenbeweis entgegenzustellen. Günther Kronenbitter hat darauf hingewiesen, dass die Eliten des Habsburgerreichs das Gefühl einer existenzbedrohenden Krise nach der Jahrhundertwende insbesondere durch eine „Kraftäußerung“ und einen glänzenden militärischen Sieg überwinden wollten.¹⁰ Das Militärgeneralgouvernement Lublin war der Beweis für die Lebens- und Leistungsfähigkeit des eigenen Imperiums, und diese Wahrnehmung wurde natürlich nach außen getragen.

Dafür war nicht zuletzt ein gewisser Status zu repräsentieren. Gerade in dieser Hinsicht blieb das eher provinzielle Lublin weit hinter Warschau zurück, forderte aber ständig zum Vergleich auf, der dann wiederum negativ ausfiel.¹¹ Spätestens mit der Bildung des Staatsrats beklagte man die gesellschaftliche Verödung der Stadt, weil nun alle maßgeblichen Polen nach Warschau umzogen:

„Dass diese Verhältnisse die Stellung und das Prestige unseres General-Gouvernements nicht gerade günstig beeinflussen, lässt sich denken, und es kann nur bedauert werden, dass man sich seinerzeit entschlossen hat, diesen Ort zum Sitze der Militärverwaltung auszuersuchen.“¹²

Das Besatzungsgebiet befand sich ganz eindeutig an der Peripherie des Imperiums, was etwa die Zugfahrzeiten in die Hauptstadt sehr deutlich widerspiegeln: Während es von Wien nach Prag etwa zehneinhalb Stunden und ins galizische Krakau 14 Stunden dauerte, war die Verbindung nach Lublin mit über 26 Stunden fast doppelt so lang.¹³

Die Okkupanten aus beiden Kaiserreichen beklagten zudem immer wieder mangelnden Respekt und vor allem fehlende Dankbarkeit für die eigenen „Opfer“. In ihren Augen schienen die Zumutungen, die sie den Einheimischen auferlegten, nur angemessen zu sein, schließlich leide die Heimat „wenigstens“ genauso schwer unter den Kriegsnotwendigkeiten. Da der Kampf auch für die polnische Unabhängigkeit geführt würde,

¹⁰ KRONENBITTER, „Nur los lassen“, S. 179.

¹¹ AGAD, 312 / 256. AOK-Vertreter in Warschau an MGGL, 25.9.1917.

¹² ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56 h,i / 1032. Hoenning an Außenministerium, 8.3.1917.

¹³ AGAD, 312 / 1867. Wirtschaftliche Mitteilungen der k.u.k. Warenverkehrszentrale für das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet, Nr 9., 1.3.1916.

erwarteten sie eine Anerkennung zumindest von der lokalen Elite, die der „urteilslosen Masse“ diese Hintergründe erklären müsse – dies aber nicht tue.¹⁴ Sie würden nur ihre Pflicht erfüllen, und es sei unumgänglich,

„dass eine Verwaltung in Feindesland immer auf die Befriedigung der militärischen Bedürfnisse bedacht sein muss, dass die Bevölkerung des betreffenden Landes auch bei größtem Wohlwollen des Eroberers darunter leiden muss und dass die Härten des Krieges in einem Lande, das ein Jahr lang Kriegsschauplatz war, nicht binnen kurzer Zeit überwunden werden können.“¹⁵

Die größten Schwierigkeiten entstünden lediglich deshalb, weil man nicht, wie das etwa kolonialistischen Selbstbildern entsprach, politikfrei verwalten, Ordnung schaffen und Aushandlungsprozesse ignorieren könne,¹⁶ sondern mit zunehmender Dauer des Krieges Rücksicht auf die Polen und ihren Unabhängigkeitsdrang nehmen müsse.¹⁷

Weil sich die Richtlinien aus den Zentralen ständig wandelten, wurden zumindest die deutschen und österreichisch-ungarischen Spitzenfunktionäre immer mehr zu politischen Akteuren, die sie gar nicht sein wollten. Hans von Beseler nannte es ein „Grundübel“, keine klaren Ziele aus Berlin vorgegeben zu bekommen;¹⁸ er sah eine „unglaublich kurzsichtige Politik einerseits brutal und sinnlos allddeutsch, (OHL), andererseits völlig österreichisch“ am Werke,¹⁹ die die Stimmung gegen die Deutschen immer mehr verschlechtere. Natürlich lag die Schuld dafür in den Augen der Besatzer nicht bei ihnen selbst, sondern ganz alleine bei den Umständen, den Plänen in Berlin und Wien oder den Einheimischen.

In diesem Sinne kritisierte Beseler beispielsweise die Requisition von Vieh im Sommer 1918 als „politisch äußerst schädlich und geeignet [...], die Abneigung des polnischen Bauern gegen die Deutschen noch zu vermehren“. Seine Verwaltung habe pflichtgemäß auf die negativen Folgen hingewiesen und nur deshalb die Lieferungen pünktlich erfüllt, weil Berlin sich auf den Standpunkt gestellt habe, dass die „unabweisbaren Kriegsinteressen gegenüber den politisch ungünstigen Wirkungen aus-

¹⁴ BA Berlin, R 1501 / 119710, Bl. 37-41. Immediatbericht Beselers, 13.4.1917. Dort die beiden Zitate. Zu Beselers Auseinandersetzungen mit den polnischen Eliten: SPÄT, Für eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft?, S. 499.

¹⁵ BA Berlin, R 1501 / 119798, Bl. 67 ff. Reichskanzler an polnische Reichstagsabgeordnete, Januar 1916.

¹⁶ OSTERHAMMEL, Kolonialismus, S. 113 f.

¹⁷ PAAA, R 21332, Bl. 1-8. Bethmann Hollweg an Beseler, 7.1.1916.

¹⁸ BAMA, N 30 / 56. Beseler an seine Frau, 6.1.1918.

¹⁹ BAMA, N 30 / 56. Beseler an seine Frau, 2.2.1918.

schlaggebend seien“.²⁰ Unter diesen Bedingungen könne niemand von ihnen einen nachhaltigen Erfolg erwarten, in eigenen Augen trugen sie keinerlei Schuld an den ungünstigen Entwicklungen zwischen 1915 und 1918. Beseler brachte seine Enttäuschung in einem Brief vom Februar 1918 wie folgt zum Ausdruck:

„Ich habe vom ersten Tage meiner Tätigkeit hier an keinen anderen Gedanken gehabt, als der Macht und dem Einfluss Deutschlands bei der Regelung dieser großen und verwickelten Grenzfrage die gebührende Stellung zu verschaffen, und man hat dies Bestreben vielfach mit der Absicht verwechselt, hier einen schönen und wohlgefügteten Polenstaat zu Nutz und Frommen der Polen aufzurichten. Für mich war die ganze polnische Frage selbstverständlich immer nur Mittel zum Zweck, und dass bei diesem Mittel manches Gute für die Polen mit abfiel, sollte der Befestigung und Sicherung der Verhältnisse in diesen Grenzlanden dienen. Und ich verlange weiter nichts, als dass dieser gute Wille einmal anerkannt werden wird, auch wenn die Sache selbst an unüberwindlichen Mächten und Schwierigkeiten scheitern sollte.“²¹

Die Wahrnehmung einer angeblich verweigerten Anerkennung für die eigene Tätigkeit, auch und gerade in der Zentrale,²² weil man weniger geleistet habe als die Frontkämpfer und aus Bequemlichkeit die Polen auf Kosten der Heimat schone,²³ war im Lubliner Gebiet weniger verbreitet; für Österreich-Ungarn zählte das Umwerben der Polen mehr als für Deutschland und war insofern Bestandteil der eigenen Aufgaben. Das Generalgouvernement Warschau aber stand vor einer Aufgabe, die einerseits Härte, andererseits Empathie verlangte – obwohl nur ersteres den Respekt der Einheimischen und Erfolge bringe, während letztere bloß als Schwäche ausgelegt würde, die die eigene Autorität untergrabe.²⁴ Die

²⁰ AGAD, 532 / 11. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1918.

²¹ BAMA, N 30 / 56. Beseler an seinen Bruder, 28.2.1918.

²² SPÄT, Für eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft?, S. 497. Mit viel Empathie für Beselers Position: CONZE, Polnische Nation und deutsche Politik, S. 106.

²³ Siehe exemplarisch die über den Reichskanzler weitergeleiteten Vorwürfe Ludendorffs, im Generalgouvernement Warschau würden zu Lasten der Heimat zu viele Rücksichten auf die Polen genommen: AGAD, 532-2 / 20. Generalstabschef – Generalquartiermeister (Ludendorff) an Reichskanzlei, 17.3.1918. Die Reichsregierung fragte diesbezüglich bei Beseler nach: Ebd., RMdI an GGW, 30.3.1918. Beseler rechtfertigte sich und war von der Härte seiner eigenen Maßnahmen überzeugt: Ebd., GGW an RMdI, 8.4.1918.

²⁴ AGAD, 532 / 10, Bl. 100. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April 1917 bis 30. September 1917. Mit sehr viel Verständnis für dieses „Dilemma“ wird die Situation geschildert von: CONZE, Polnische Nation und deutsche Politik, S. 136.

Beobachtung von „Hoffnungslosigkeit“, die bereits im Oktober 1915 ein Gesandter des Reichskanzlers machte, war vielleicht übertrieben,²⁵ traf aber doch die Empfindungen der Besatzer, wie sie sich in zahlreichen Verwaltungsschriftstücken niederschlugen.

Das Schema des Jammerns über die mangelnden eigenen Gestaltungsmöglichkeiten erlangte in der Zwischenkriegszeit eine große Wirkungsmacht, nicht zuletzt in der „Dolchstoßlegende“, wonach das unbesiegte Militär von den Politikern in die Niederlage getrieben worden sei. Für den polnischen Fall war es Erich Ludendorff, der bereits 1919 den Diskurs der Kriegsjahre aufgriff und postulierte, dass die Teilung in zwei Generalgouvernements „den gemeinsamen Interessen der Verbündeten schädlich gewesen“ sei, weil viele „dringend erforderliche Maßnahmen“ nur deswegen nicht umgesetzt werden konnten.²⁶ Auf diese Weise hätten Wien und Berlin die Erfolge auf dem Schlachtfeld zunichte gemacht. In einem künftigen Krieg, dessen Maximen hier schon der Boden bereitet wurde, sei deshalb eine direkte und explizit unpolitische Militäradministration unumgänglich. Gewissermaßen *en passant* hob Ludendorff, dieser geniale Propagandist in eigener Sache, damit zudem seine eigene „Leistung“ in Ober Ost hervor,²⁷ wo eben eine reine Militärverwaltung geherrscht hatte.

Die Priorität der Besatzer in Warschau galt in erster Linie der eigenen Heimat. Eine Denkschrift aus der Zeitungsstelle des deutschen Generalstabs vom Oktober 1915, die empfahl, die polnische Frage gemäß der Wünsche und Forderungen der Einheimischen zu lösen und dabei die Interessen des Reichs zu wahren, kommentierte Beseler bereits zu diesem Zeitpunkt ganz eindeutig: „lieber umgekehrt!“²⁸ Für ihn kam zuerst Deutschland, und erst wenn dessen Bedürfnisse befriedigt waren, wollte er an Polen denken. Deswegen war ihm vollkommen klar, dass die eigene Macht nicht an die Einheimischen abgegeben werden dürfe. Dies gelte mindestens so lange, wie der Krieg andauere, und auch für die Zeit danach müssten geeignete Formen gefunden werden, innerhalb derer Polen unter

²⁵ Tagebucheintrag Kurt Riezlers, 26.10.1915, in: Kurt Riezler, hg. v. ERDMANN, S. 309 f.

²⁶ LUDENDORFF, Meine Kriegererinnerungen, S. 121.

²⁷ ROGER CHICKERING, Sore Loser. Ludendorff's Total War, in: The shadows of total war. Europe, East Asia, and the United States, 1919–1939, hg. v. ROGER CHICKERING / STIG FÖRSTER, Cambridge 2003, S. 151–178, hier S. 177 f.

²⁸ BAMA, N 30 / 34. Zeitungsstelle des Stellvertretenden Generalstabs, 6.10.1915: Ergebnisse der Pressebeobachtungen und Schlussfolgerungen zu Polen, mit Unterstreichungen und Randglossen Beselers.

dem Einfluss der beiden Kaiserreiche bliebe: Hierin waren sich die Besatzer in Warschau und Lublin einig, selbst wenn sie nicht gegenüber dem Verbündeten zurückstecken wollten.

Konkurrenzdenken

Das Gefühl der Rivalität zwischen den Mittelmächten bestimmte das Denken der Besatzungsfunktionäre auf beiden Seiten. Es war aber nicht nur in der Etappe verbreitet,²⁹ sondern auch innerhalb der Generalstäbe und der kämpfenden Truppe. Bereits 1914 war es zu zahlreichen gegenseitigen Vorwürfen über militärische Versäumnisse gekommen: Die Deutschen begannen mit ihrer Kritik an der Leistungsfähigkeit der österreichisch-ungarischen Armee, die sie während der ganzen Kriegsdauer immer wieder vortrugen; andererseits schob der k.u.k. Generalstabschef Franz Graf Conrad von Hötzendorf Niederlagen auf die ausgebliebene bzw. verweigerte Hilfe des Bündnispartners. Beides schlug sich auf die Stimmung in den Armeen nieder und verstärkte die internen Spannungen, die zudem von manchen deutschen diplomatischen Vorstößen befeuert wurden, die in Wien entweder als Alleingänge oder als Zumutung interpretiert wurden – etwa der 1915 geäußerte Vorschlag, das Trentino doch den Italienern zu überlassen, um deren Neutralität zu sichern.³⁰

Dennoch blieben die beiden Verbündeten aufeinander angewiesen, wobei insbesondere Österreich-Ungarn mit dem Zweibund die Hoffnung auf ökonomische Prosperität verband, die sich aus der Kooperation ergab bzw. ergeben sollte. Die Ideen eines gemeinsamen, autarken Blocks, verbunden durch eine Zollunion, wirkten integrativ, fanden vor 1914 aber keine Realisierung. Expansionspläne, die vor dem Krieg gehegt wurden, hatten sich in wirtschaftlicher Hinsicht auf den Orient und den Balkan beschränkt, während Russland bzw. Polen nicht davon betroffen waren. Längst nicht immer waren die Interessen der Mittelmächte deckungsgleich. Dies galt für die Außenwirtschaft, bei der beide Kaiserreiche eher als Konkurrenten agierten, ebenso wie für die gegenseitige Handelspolitik,

²⁹ Für andere Besatzungsgebiete: ROBERT J. WEGS, *Die österreichische Kriegswirtschaft. 1914–1918*, Wien 1979, S. 46.

³⁰ WOLFGANG J. MOMMSEN, *Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg. Die Herabdrückung Österreich-Ungarns zum Vasallen der deutschen Politik*, in: *Der „Zweibund“ 1879. Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie*, hg. v. RUMPLER u. a., S. 383–407, hier S. 386, 392.

so dass auf diesem Feld desintegrative Faktoren mitspielten,³¹ die auch während des Krieges nicht beseitigt wurden.³²

Die Rivalität verhinderte freilich nicht, dass man sich gegenseitig mit ausgesuchter Höflichkeit behandelte. Der Vertreter des k. u. k. Armeeoberkommandos beim Generalgouvernement Warschau lobte die ihm angediehene Behandlung in den höchsten Tönen: Ihm war ein kleines Palais zur Verfügung gestellt worden, er und seine Untergebenen nahmen selbstverständlich an den Essen und Empfängen Beselers teil und erhielten beispielsweise Logenplätze im Theater oder zusätzliche Zigarettenrationen. Der Generalgouverneur fand zudem „fast täglich Gelegenheit mir eine besondere Aufmerksamkeit zu erweisen und immer wieder Zeichen seines Vertrauens und seiner ehrenden Sympathie zu geben“.³³ In Lublin geschah dergleichen nicht, denn wegen der nachgeordneten Stellung des Militärgeneralgouvernements gab es dort keinen Gesandten, sondern lediglich einen niederrangigen Verbindungsoffizier.³⁴

So unterschiedlich die Interessen der beiden Mittelmächte an Polen anfänglich waren, so sehr erschwerten die Wandlungen im Verlauf des Krieges zusätzlich ein gemeinsames Vorgehen. Dazu kam auf beiden Seiten die Besorgnis, dass die jeweils vom Bundesgenossen bevorzugte Perspektive letztlich eine Übervorteilung darstelle.³⁵ Die wechselseitige Perzeption war aber nicht nur als eine Art „Gegnerforschung“ notwendig, sondern zum großen Teil schlicht deshalb, weil die Politik für Kongresspolen in manchen Bereichen durchaus abgestimmt werden musste. Gleichzeitig wollte jede der beiden Seiten im Wettbewerb als besserer und effektiverer Herrscher dastehen – und zwar gegenüber dem Konkurrenten genauso wie gegenüber den Besetzten.³⁶ Zuletzt konnten die Beobachtungen als Argumente gegenüber der eigenen Heimat genutzt werden. In allen Fällen war die Beurteilung keinesfalls nur immer einseitig, sondern wurde durchaus je nach Bedarf abgewandelt. Ende 1916 berichtete beispielsweise der k. u. k. Generalmajor Joseph Ebenhöf voller Anerkennung, dass die Deutschen „das okkupierte Land mehr für ihr eigenes Staatswohl auszunützen“ wüssten und in ihrem Vorgehen oft geschickter

³¹ ANGELOW, Interessenidentität und Mächtekonkurrenz im Zweibund, S. 323 f.

³² WEGS, Die österreichische Kriegswirtschaft, S. 50.

³³ AGAD, 312 / 46. Vertreter des AOK beim GGW an MGGL, 6.2.1916.

³⁴ GStA, I. HA, Rep. 90 A / 2695. Protokoll der Kronratssitzung, 5.11.1917.

³⁵ STEPHAN BURIÁN, Drei Jahre. Aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege, Berlin 1923, S. 63.

³⁶ PRUTSCH, Historisches Gedächtnis in kulturpolitischer Machtstrategie, S. 72 f.

seien als das Militärgeneralgouvernement Lublin.³⁷ Ganz Soldat betonte Ebenhöf die deutsche Politik „vom rein militärisch, praktischen Gesichtspunkte“ und machte so gleich deutlich, was er von der Wiener Politik der Rücksichtnahme auf die polnischen Befindlichkeiten hielt. Deswegen seien die Deutschen wesentlich zielgerichteter und disziplinierter, allgemein also militärisch straffer organisiert. Diese angesichts der reinen Militärverwaltung im Lubliner Gebiet, der in Warschau eine starke Zivilverwaltung gegenüberstand, etwas überraschende Deutung machte Ebenhöf nicht zuletzt daran fest, dass den Deutschen die Anwesenheit ihrer Familien verboten war, während viele der eigenen Männer Ehefrauen und Kinder nachgeholt hätten.³⁸

Auch im Bereich der Wirtschaftspolitik diagnostizierten österreichisch-ungarische Stellungnahmen immer wieder ein konsequentes und energisches Handeln der Deutschen. Dies galt für staatliche wie für private Institutionen. So hätten sich beispielsweise die eigenen Banken als lethargisch und wenig unternehmerisch erwiesen, während im Generalgouvernement Warschau mit der Landesdarlehnskasse „großzügig in das polnische Wirtschaftsleben eingegriffen“ und damit die Grundlagen für die Einführung der eigenen Währung gelegt worden seien – was wiederum als Präjudiz für eine Inkorporation in den imperialen Machtbereich gedeutet werden konnte.³⁹ Der Ballhausplatz dagegen beurteilte das Vorgehen der Deutschen sehr negativ und sprach von einem „Aussaugungssystem“ und von „Verwüstung“.⁴⁰ Die Ablehnung resultierte aber nicht in grundsätzlicher Kritik, sondern vor allem darin, dass man selbst auf eine territoriale Erweiterung in Polen spekulierte; bei fortgesetzter Ausbeutung würde der Doppelmonarchie aber „ein wirtschaftlich völlig erschöpftes Gebiet zufallen“.

Nun ist die unterschiedliche Bewertung der Politik des Bündnispartners durch Militärs und Diplomaten auf den ersten Blick sicher nichts Bemerkenswertes. Allerdings versuchten beide damit ihre eigene Agenda zu fördern, und diese lief stets auf das Wohl der Heimat hinaus: Ebenhöf wollte ähnliche Maßnahmen wie die Deutschen anwenden, um mehr

³⁷ AGAD, 312 / 78, Bl. 185–191. Bericht des Gm. Ebenhöf über die Wahrnehmungen im besetzten Russisch-Polen, 29.12.1916.

³⁸ Ebd.

³⁹ AGAD, 312 / 1851. Studie über die Vereinheitlichung der Verwaltung Polens, verfasst vom MGGL, mit Anmerkungen des AOK, 20.3.1917.

⁴⁰ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11k-m / 924. Erlass des Außenministeriums an den österreichischen Botschafter in Berlin, Fürst Hohenlohe, 27.12.1915.

Ressourcen zur Verfügung zu haben; das Außenministerium forderte weniger Radikalität in der „Nutzbarmachung“, damit nach einer Annexion mehr für den eigenen Bedarf übrig wäre.

Immer wieder zielten Berichte über den Bündnispartner zudem auf das eigene Ansehen bei den Besetzten ab, und üblicherweise beklagten die Schriftstücke dann eine Gefährdung des eigenen imperialen Prestiges, weil die Gegenseite etwas für die Einheimischen Vorteilhaftes unternommen hatte. Dabei konnte es relativ profan um die Unterbringung von polnischen Institutionen gehen, für die in Warschau meist ein repräsentativeres Gebäude vorhanden war als in Lublin,⁴¹ oder um den Zeitungsmarkt, wenn im Militärgeneralgouvernement im Herbst 1915 nur die deutschen Generalstabsberichte erschienen, weil die österreichisch-ungarischen schlicht nicht dorthin gemeldet wurden.⁴² Gravierender erschienen Vorkommnisse, wie sie im Juli 1916 das Kreiskommando Cholm meldete: Obwohl es unter k.u.k. Verwaltung stand, trieben dort deutsche Soldaten Einwohner für Eisenbahnbauarbeiten zusammen, weil das österreichisch-ungarische Militär das infolge von Personalmangel nicht selbst tun konnte. So kam es, dass deutsche Patrouillen die Ortsenden bewachten und die Stadt durchsuchten, während die österreichischen Gendarmen „teilnahmslos zusahen“.⁴³ Derlei trug sicher nicht zum Ansehen der eigenen Verwaltung bei. Der weitere Kriegsverlauf verstärkte derartige Probleme, weil die Doppelmonarchie wirtschaftlich und personell von den mehrjährigen Auseinandersetzungen vollkommen ausgezehrt war. Im Sommer 1918 war die Kasse des Militärgeneralgouvernements so leer, dass sich die polnische Regierung ausschließlich an die Deutschen wandte, wenn sie Geld brauchte. Generalgouverneur Lipošćak zufolge bot die Warschauer Großzügigkeit den Polen den

„Anlass zum Vergleich mit unserer Zurückhaltung, exponiert uns willkürlich einem äußerst schmerzlichen Urteil in der Öffentlichkeit, depraviert unser Ansehen und zwingt die polnische Regierung – ‚geleitet von Mitleid für die finanziell leidende Monarchie‘ – ihre Zuflucht gänzlich bei den ergebigen, hilfsbereiten deutschen Quellen zu suchen.“⁴⁴

⁴¹ AGAD, 312 / 256. AOK-Vertreter in Warschau an MGGL, 25.9.1917. Beklagt wurde hier die Unterbringung des polnischen Appellationsgerichts im Warschauer Pałac Krasieński, dem in Lublin nichts Vergleichbares entsprach.

⁴² AGAD, 312 / 23. Kreiskommando Lublin an Etappenoberkommando, 5.9.1915.

⁴³ AGAD, 312 / 391. Monatsbericht über das Kreiskommando Cholm für Juli 1916, Major von Stransky.

⁴⁴ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56 i-m / 1033. Lipošćak an Czernin, 13.8.1918.

In anderen, ähnlich bedeutsamen Fällen ging es um politische Zugeständnisse, so etwa als Anfang 1916 im Generalgouvernement Warschau eine Kreisverfassung erlassen und Kreistage etabliert wurden, die den Polen eine gewisse politische Mitsprache ermöglichten. Leopold von Andrian, der sowieso als antideutsch galt,⁴⁵ sah darin einen Erfolg versprechenden Versuch, die Sympathien der Polen für die Doppelmonarchie zu untergraben.⁴⁶ In Lublin müsse unbedingt darauf regiert werden, notwendig seien Institutionen in einer „die nationale Eitelkeit ab Initio befriedigendere[n] Gestalt“, um dem Bündnispartner nicht nur gleichzukommen, sondern ihn sogar zu übertreffen. Für Andrian galt dies umso mehr, als er im deutschen Vorgehen sowieso nur Augenwischerei erblickte, weil Warschau die wirkliche Kontrolle keinesfalls aus der Hand gegeben hätte.

Allerdings erkannte Andrian wie Generalmajor Ebenhöf an, dass die deutschen Behörden bei allen Schwankungen zwischen Härte und Entgegenkommen gegenüber den Polen doch insofern folgerichtig vorgehen, als ihnen die materiellen Bedürfnisse ihrer Armee und der Heimat stets am wichtigsten seien.⁴⁷ Für Andrian stand dieses Prinzip nie in Zweifel. Und selbst wenn er diese Konsequenz wohl mindestens indirekt bei der Doppelmonarchie vermisste, sah er sie doch als wahren Freund der Polen, weil nur sie echtes Verständnis für deren Belange aufbrachte und bereit sei, diesen zu entsprechen. Wo die Deutschen einfach nur herrschten, sei Österreich-Ungarn auch willens, zu teilen – aber natürlich nur unter dem Panier der Habsburger. Aus diesem Grund, so die bereits seit 1915 immer wieder geäußerte Selbstvergewisserung, würden die Polen doch nicht den Deutschen zuneigen.

Die österreichisch-ungarischen Besatzer hielten sich gewissermaßen von Haus aus für die erfolgreicherer Regenten über andere Ethnien. Demgegenüber würde die vielfach zu beobachtende deutsche Ungeschicktheit im Hin und Her der verschiedenen Maßnahmen und im wenig diplomatischen Auftreten doch nur für Unmut sorgen: „Die Bevölkerung sieht aber darin einen ausgesprochenen bösen Willen und wendet uns seine Sympathien immer dezidierter zu.“⁴⁸

⁴⁵ PRUTSCH, Historisches Gedächtnis in kulturpolitischer Machtstrategie, S. 83.

⁴⁶ DLA Marbach, Nachlass Andrian / 78.2 [alt: 3271]. Andrian an Burián, 7.2.1916.

⁴⁷ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11k-m / 924. Andrian an k.u.k. Außenministerium, 28.3.1916.

⁴⁸ AGAD, 312 / 25. Nachrichtenabteilung im Militärgouvernement Kielce (Major von Iszkowski), Bericht über die Verhältnisse in Polen, 18.9.1915.

Auch Hans von Beseler sah ein Hauptmovens seines Handelns in der Auseinandersetzung mit dem Bündnispartner, die um die Gunst der Polen geführt wurde. Er wollte die Polen jedoch für die eigenen Zwecke „ausnützen“, nicht „gewinnen“. Deshalb war es für ihn zuvorderst „der Kampf gegen Österreich, den ich hier unter unsäglichen Schwierigkeiten ausfechte“.⁴⁹ Voller Freude war er daher, wenn ihm auf diesem Feld Siege gelangen. Als einen solchen interpretierte er beispielsweise die Einführung einer Kreisordnung im Lubliner Gebiet, deren deutsches Vorbild bereits der Gesandte Andrian als eine Notwendigkeit zum Handeln gesehen hatte. Beseler konstatierte die enge Anlehnung an die Fassung seiner Verwaltung, die von sonstigen österreichisch-ungarischen Selbstverwaltungsgesetzen stark abweiche. Zwar käme die Doppelmonarchie hier und in anderen Fällen den polnischen Wünschen noch mehr entgegen, aber dies sei insofern kein Wunder, wie er mit ironischem Unterton anmerkte, als sie „erst in einem Zwischenraum von 1½ Jahren gefolgt sind“.⁵⁰ Und wie in einer Vorwegnahme der oben zitierten pekuniären Engpässe im Militärgeneralgouvernement bezweifelte Beseler, dass die Lubliner Kreisfinanzen auf nur annähernd solidem Fundament stehen könnten.

Gleichwohl waren Beseler die historisch gewachsenen Unterschiede im Herangehen an die Besatzung sehr bewusst. Er sah die Verschiedenheit von Militärgeneralgouvernement Lublin und Generalgouvernement Warschau nicht in den dortigen Verhältnissen begründet, sondern in der Politik in Galizien und Posen bzw. Westpreußen. Wo also die eigene Verwaltung als deutsch aufträte, stehe Österreich-Ungarn den Polen eher „polnisch“ gegenüber. Und so versuche die Doppelmonarchie, die Einheimischen mittels Agitation für sich und für eine künftige eigene Herrschaft zu gewinnen; im Gegensatz dazu habe er seinen Untergebenen Zurückhaltung auferlegt.⁵¹

Gegenüber der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung musste Beseler sein Vorgehen immer wieder verteidigen. Seine Absicht sei es

⁴⁹ BAMA, N 30 / 54. Beseler an General von Bernhardt, 2.11.1916.

⁵⁰ AGAD, 532 / 10, Bl. 5 Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April 1917 bis 30. September 1917. Die deutsche Kreisordnung vom 1.3.1916 ist gedruckt in: Handbuch für das Generalgouvernement Warschau, hg. v. GINSCHER / PALANDT, S. 25–31. Dort auf den S. 31–34 auch die Wahlordnung für die Kreise sowie auf den S. 35–73 die entsprechenden Verordnungen für Städte im Allgemeinen sowie für Warschau und Kalisch im Speziellen. Siehe für eine positive Beurteilung des deutschen Handelns CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 127 f.

⁵¹ BAMA, N 30 / 9. Immediatbericht Beselers, 23.1.1916.

stets gewesen, die Polen nicht durch bloße Versprechungen zu gewinnen, sondern durch das eigene Handeln; die Einheimischen sollten erkennen, dass dieses, „namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet“, „in ihren eigenen Interessen läge“.⁵² Selbstkritisch gestand er in einer Kronratssitzung Ende 1917 zwar Fehlschläge ein, betonte aber zugleich die Schwierigkeit der ihm gestellten Aufgaben – diese ließen sich „nur in Jahrzehnten, wenn nicht Generationen, vollkommen lösen“.⁵³ Ein wesentlicher Grund für die deutschen Probleme sei das unkooperative Verhalten Österreich-Ungarns. Indem der Bündnispartner die Grenze zum Generalgouvernement Warschau abriegele, sei der Lebensmittelfluss aus dem Überschussgebiet Lublin zum Erliegen gekommen. Dies habe „der deutschen Verwaltung sehr große, bei gutem Willen des Bundesgenossen vermeidbare Schwierigkeiten bereitet“.⁵⁴ Selbst- und Fremdwahrnehmung stimmten bei den Besatzern dies- und jenseits von Pilica und Wieprz bemerkenswerterweise überein. Die Deutschen hielten sich für erfolgreicher in der Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen der Heimat und sahen die Doppelmonarchie dafür beim Umwerben der Einheimischen im Vorteil. Die österreichisch-ungarischen Deutungen liefen auf ähnliche Muster hinaus. Die Absicht, dem anderen jeweils seinen Vorsprung streitig zu machen, bot wiederum polnischen Akteuren einigen Spielraum, um die eigenen Belange voranzutreiben und die Kaiserreiche gegeneinander auszuspielen.⁵⁵

Zwischen den beiden Imperien gab es allerdings auch Grenzen, wie offensichtlich die Konkurrenz zur Schau gestellt werden durfte. Dies musste Ende 1916 Leopold von Andrian erfahren, dessen Warschauer Agitation für die austropolnische Lösung – und gegen Preußen – den Deutschen zu viel geworden war. Gerade wegen der exzellenten materiellen Behandlung, die sie Andrian angedeihen ließen,⁵⁶ empfanden sie das Verhalten des Wiener Gesandten als undankbar und nicht mehr tragbar.⁵⁷

⁵² GStA, I. HA, Rep. 90 A / 2695. Protokoll der Kronratssitzung, 5.11.1917.

⁵³ Ebd.

⁵⁴ BA Koblenz, N 1711 / 4, Bl. 41. Manuskript von Kries' „Deutsche Polenpolitik im Weltkriege“, Kapitel 3: „Die wirtschaftliche Organisation des Generalgouvernements“.

⁵⁵ So betonten in Lublin oder Galizien erschienene polnische Schriften etwa, wie sehr sich die Doppelmonarchie um die Einheimischen kümmere, während die Deutschen nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht seien. Vgl. exemplarisch: J. MAŃKOWSKI, *Dwa systemy. Szkic z dziedziny aprowizacji Królestwa Polskiego*, Lublin 1917, S. 5, 13 f., 21.

⁵⁶ AGAD, 312 / 46. Vertreter des k.u.k. Armee-Oberkommandos beim Generalgouvernement Warschau an das Militärgeneralgouvernement Lublin, 6.2.1916.

⁵⁷ Leopold von Andrian (1875–1951), hg. v. PRUTSCH / ZEYRINGER, S. 243. Vgl. auch Conze, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 146 f.

Das Generalgouvernement betrieb daher seit Anfang 1916 dessen Ablösung und konnte dies gegen Ende des Jahres über das Außenministerium in Berlin erreichen, weil der dortige k. u. k. Botschafter Gottfried zu Hohenlohe Andrians Haltung als kontraproduktiv bezeichnete; Hohenlohe war zudem aufgefallen, wie tendenziös dessen Quellen waren, die meist nur aus dem konservativ-klerikalen Lager stammten.⁵⁸ Hans von Beseler, der Andrian außerdem wegen seiner ausschweifenden und zugleich undeutlichen Monologe nicht schätzte,⁵⁹ notierte dazu am 9. Januar 1917: „gut, dass er fort ist“.⁶⁰ Nachfolger wurde Stephan von Ugron, bisher Polenreferent im Außenministerium, mit dem Andrian nun den Platz tauschte, um künftig von Wien aus sein Spezialgebiet zu bearbeiten.

Erfolgreiche Verwaltung oder bürokratisches Chaos?

Bei all diesen Seitenblicken, die immer auch der Abgrenzung gegenüber Polen, der eigenen Zentrale oder dem imperialen Konkurrenten dienten und mindestens indirekt eine – positive – Beurteilung des eigenen Verhaltens beinhalteten, blieb Selbstkritik dennoch nicht unbeachtet. Tatsächlich äußerten die Besatzer beinahe vom Tag des Einmarsches in Polen an interne Klagen über die Qualität ihrer Verwaltung. In ähnlicher Weise sind beispielsweise aus Ober Ost zahlreiche Beschwerden über die überbordende Bürokratie überliefert, die insbesondere die stetig anwachsende Zahl der eingesetzten Beamten monierten; letztendlich sei so eine effektive Administration verhindert worden.⁶¹

Eine Kritik Kurt Riezlers an der „Polenfresserei“ in Warschau zielte eher darauf ab, dass das Personal für die sensible Aufgabe nicht geeignet gewesen sei.⁶² Bogdan von Hutten-Czapski wiederum schrieb im Spätsommer 1915 über die beginnende „Stellenjagd“ der deutschen Beamten, die auf ein Eisernes Kreuz und üppige Bezahlung spekulierten: „Der Wunsch, große Diäten in einer eleganten Stadt zu verzehren, wird diskret verschwiegen.“⁶³ Hans von Beseler beklagte die Untätigkeit seiner Untergebe-

⁵⁸ PRUTSCH, Historisches Gedächtnis in kulturpolitischer Machtstrategie, S. 83.

⁵⁹ BAMA, N 30 / 48. Tagebuch Hans von Beseler, S. 182. Eintrag vom 1.1.1916.

⁶⁰ BAMA, N 30 / 2. Tagebuch Hans von Beseler, Eintrag vom 9.1.1917.

⁶¹ LIULEVICIUS, Kriegsland im Osten, S. 218 f.

⁶² Tagebucheintrag Kurt Riezlers, 22.3.1916, in: Kurt Riezler, hg. v. ERDMANN, S. 343.

⁶³ Brief Hutten-Czapskis an Bethmann Hollweg, 22.8.1915, in: VON HUTTEN-CZAPSKI, Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft, S. 238.

nen bei der Bekämpfung des Schmuggels ins k. u. k. Okkupationsgebiet. Schuld daran hätten vor allem die Juden, die Verwaltung und Armee so erfolgreich korrumpieren konnten, dass der „Glaube an die deutsche Unbestechlichkeit bereits erschüttert zu sein scheint“.⁶⁴

Die Vorwürfe gegen das eigene Personal verbanden sich hier mit Antisemitismus, der sich aber gegen die polnischen Juden wandte. Anders war die Lage im Militärgeneralgouvernement, wo sich die Besatzer nicht so sehr als geschlossene Einheit von Kameraden betrachteten, sondern explizit ethnisch differenzierten. Beispielsweise gab es dort Anfang 1917 Klagen über die „Zivilstaatsbediensteten mosaischer Konfession“, die sich angeblich Übergriffe gegen die Einheimischen und „Unregelmäßigkeiten“ zu Schulden hätten kommen lassen.⁶⁵ Lublin sah diese von außen hervorbrachten Anschuldigungen zwar „in ihrer allgemeinen Form“ als unberechtigt an, wollte aber dennoch eine Liste aller jüdischen Offiziere erstellen – und führte damit auf eigene Initiative eine Judenzzählung durch. Im Deutschen Reich war dies bereits für die gesamte Armee Ende 1916 geschehen, aber dahinter stand vor allem die Absicht, den Juden nachzuweisen, dass sie sich überdurchschnittlich vor dem Fronteinsatz gedrückt hätten.⁶⁶ Aus dem Generalgouvernement Warschau sind keine eigenen Bemühungen antisemitischer Statistik bekannt; dergleichen aufgrund äußerer Anschuldigungen durchzuführen, hätte auch kaum zum Selbstverständnis der Besatzer und der den Besetzten zgedachten Rolle gepasst.

Im österreichisch-ungarischen Besatzungsgebiet ergab die Zählung insgesamt 91 jüdische Offiziere und weitere 161 höhere Zivilbeschäftigte und Ärzte, insgesamt also eine geringe Zahl.⁶⁷ In der umfangreichen Überlieferung des Militärgeneralgouvernements findet sich indes keine weitere Verwendung dieses Ergebnisses, weder in offiziellen Berichten noch in irgendwelchen Schreiben, die sich auf die entsprechenden Anschuldigungen

⁶⁴ AGAD, 532 / 16. Beseler an Dienststellen im GGW, 1.4.1917.

⁶⁵ AGAD, 312 / 234. MGGL an Kreiskommandos, 20.1.1917. Vgl. auch Situationsmeldung des Kreiskommandos Piotrków, November 1915, in: *Spółeczeństwo polskie w świetle raportów politycznych austro-węgierskiego Generalnego Gubernatorstwo Wojskowego w Polsce 1915/1918*, hg. v. GAUL / NOWAK, S. 62–72 (Dokument 16), hier S. 65.

⁶⁶ WERNER T. ANGRESS, The German Army's „Judenzzählung“ of 1916. Genesis – Consequences – Significance, in: Leo Baeck Institute Yearbook 23 (1978), S. 117–138; JACOB ROSENTHAL, Die Ehre des jüdischen Soldaten. Die Judenzzählung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen, Frankfurt am Main 2007.

⁶⁷ AGAD, 312 / 234. Statistik der jüdischen höheren Beschäftigten und Offiziere im MGGL, Anfang Februar 1917.

gen bezögen. Ganz im Gegenteil scheint ihr Ergebnis nicht bekanntgemacht worden zu sein, denn im Mai 1917 beschwerte sich Außenminister Czernin bei Militärgeneralgouverneur Szeptycki über den „Krebschaden unserer Verwaltung“: „die Verjudung vieler Ressorts, die mit der Bevölkerung in Kontakt treten, und zwar vor allem der wirtschaftlichen“.⁶⁸ Er unterstellte, dass „die jüdischen Offiziere und Beamten teilweise recht minderwertig in ihren Leistungen sein sollen“ und die Polen aufgrund ihres Antisemitismus keinen Respekt vor diesen Männern hätten, „sogar wenn dieselben vollkommen einwandfrei sind“. Gleichwohl sei letzteres sowieso die Ausnahme und die jüdischen Besatzer würden „ein taktloses und provokatorisches Benehmen zur Schau tragen, andererseits unter der Landesbevölkerung immer und überall ihre Glaubensgenossen begünstigen“, was zu Korruption führe. Der Außenminister wollte daher die Anzahl der jüdischen Offiziere und Beamten stark reduzieren.

Es gab weitere Vorfälle, in denen Landsleute antisemitisch diffamiert wurden – immer unter Berufung auf angebliche oder tatsächliche Beschwerden durch die Polen. Das Argumentationsmuster blieb gleich und sah einerseits die Selbstdarstellung als nicht antisemitisch vor, andererseits eine pseudonüchterne Haltung, die vorgeblich objektive Tatsachen – also Probleme mit dem jüdischen Personal – konzедieren musste. Exemplarisch wird dies in einem Schreiben Leopold von Andrians deutlich, in dem dieser einen Oberst des Armeeoberkommandos dahingehend zitiert, dass Klagen über Juden „doch vielfach übertrieben“ seien; diese „spielen allerdings eine größere Rolle im Gouvernement, wie [sic] das eigentlich erwünscht wäre“.⁶⁹ Gleichwohl gäbe es im Lubliner Gebiet überhaupt nur zwei Juden in leitenden Verwaltungsstellen, „die sich sehr bewährt haben“. Nur auf unterer Ebene würden Juden in größerer Zahl eingesetzt, man sei aber bestrebt, die „hierdurch hervorgerufenen ungesunden Verhältnisse zu sanieren“.

Interne Vorwürfe richteten sich allerdings nicht nur gegen Juden, sondern auch gegen andere Ethnien der Habsburgermonarchie, so dass sich einmal mehr der brüchige Zusammenhalt des Vielvölkerreiches zeigte. So beklagte sich Andrian über die tschechischen Gendarmen des Militärgeneralgouvernements, die durch Polenfeindlichkeit auffielen;

⁶⁸ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56 h,i / 1032. Privatschreiben Czernins an GG Szeptycki, 4.5.1917.

⁶⁹ DLA Marbach, Nachlass Andrian / 78.2 [alt: 3957]. Protokoll einer Besprechung zwischen AOK und Außenministerium am 3.6.1916, 5.6.1916.

insgesamt gebe es „kein entsprechendes polnisches Material“, obwohl man bestrebt sei, freiwerdende Stellen „durch Eingeborene zu besetzen“. ⁷⁰ Gerade die Personalfrage war aber nur schwierig zu lösen, weil sich wie im Generalgouvernement Warschau entweder ältere, kränkliche Leute für die Zivilposten meldeten, oder aber solche, die vielerlei Privilegien und hohe Bezahlung einforderten; sie seien bloß auf eine angenehme Karriere aus und würden sofort in die Heimat zurückgehen, wenn sie dort eine vergleichbare Stelle erhalten könnten. Notwendig erschien deshalb ein Festhalten an der Militärverwaltung, denn nur so könnten zuverlässige Armeeeingehörige abgeordnet werden, die über die erforderliche Disziplin verfügten. ⁷¹

Gerade von Seiten österreichisch-ungarischer Zivilbehörden stand die reine Militäradministration allerdings in der Kritik. Im Mai 1916 erstellte das Außenministerium eine Denkschrift, in der Lublin dem Generalgouvernement Warschau gegenübergestellt wurde. Der Ballhausplatz sah einen Vergleich „gänzlich zu Ungunsten“ der eigenen Verwaltung, weil die Soldaten und Offiziere mit ihren zivilen Aufgaben „durchaus nicht vertraut“ seien und der Qualifikation „zur Erfüllung ihrer verantwortungsvollen Pflichten“ ermangelten – insbesondere die Kreiskommandanten seien schlicht überfordert. ⁷² Um all diesen Fehlern abzuhelpfen, empfahl Wien das deutsche System als Muster, zumal dieses mehr auf Selbstverwaltung setze. Zugleich beklagte die Zentrale einmal mehr die jüdische Miss- und Vetternwirtschaft, die auf die einheimischen Bedürfnisse keine Rücksicht nehme und „tiefe Beunruhigung“ hervorrufe.

Es ist teilweise erstaunlich, wie sehr die Wahrnehmung der Administration schwankte, und zwar unabhängig von politisch-personellen Entscheidungen wie etwa der Berufung Stanisław Szeptyckis als Militärgeneralgouverneur. Das Memorandum des Auswärtigen Amts hatte noch davon gesprochen, dass das „polnische Element“ bei der Besetzung der verantwortlichen Stellen übergangen worden sei – wie „allgemein bekannt“; von den 24 Kreiskommandos seien nur vier mit Polen besetzt, diese würden aber am besten funktionieren. Demgegenüber stünden die Deutschösterreicher in einem „geschlossenen Lager [...] welches heutzutage den Charakter einer wohlorganisierten Clique angenommen hat; das Verhalten dieser Clique ist ein launenhaftes, aber stets von dem größ-

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ AGAD, 312 / 1843. Protokollmeldung über die Auflösung der EVZ, 19.7.1917.

⁷² ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a / 919. Denkschrift des k.u.k. Außenministeriums (Dr. Habicht) über das MGGL, 15.5.1916.

ten Misstrauen dem Polentum gegenüber diktiert“.⁷³ Auf diese Weise werde, so die bemerkenswerte Schlussfolgerung, die Stimmung unter den Einheimischen falsch beurteilt, man schwadroniere von einem „Pulverfass“ und einer möglichen „Revolution“; man melde nach oben Russophilie oder Nationalismus als Ursache für die wenig erfolgreichen eigenen Bemühungen weiter, obwohl diese schlicht aus Ignoranz resultierten.

Nur gute sechs Monate nach diesen harschen Vorwürfen sprach hingegen ein Bericht des Generalmajors Ebenhöf über die zahlreichen polnischen Beamten, die abgesehen von einigen Militärs fast ausschließlich verwendet würden – und, beinahe wie die Juden, ebenfalls nur an die Interessen ihrer Landsleute dächten;⁷⁴ notwendig seien daher, wie es an anderer Stelle hieß, „inteligente [sic] ehrliche Leute aus dem Hinterlande, womöglich aus Böhmen, Mähren, Schlesien, Österreich“.⁷⁵ Dieser Bewertung schloss sich vier Monate später der Gesandte des Wiener Außenministeriums in Lublin an und widersprach damit der Analyse seines eigenen Hauses von vor zehn Monaten. Er kritisierte die „Madeyski-Clique“, also die Beamten um den aus Galizien stammenden Zivillandeskommissär, unterstellte diesen intrigantes Verhalten und vor allem Faulheit: „man werde von der deutschen Zivilverwaltung vollständig überflügelt“.⁷⁶ Eine Quelle für dieses Wissen war der Generalstabschef Arthur Hausner, der zudem auf die Anwesenheit der vielen Familien von Offizieren und Beamten hingewiesen habe; seiner Ansicht nach untergrabe dies den Zusammenhalt, weil die Männer nach der Arbeit zu ihren Frauen heimgingen, anstatt im Kameradenkreise gesellig zu sein.⁷⁷

Hausner war nicht der Einzige, der die Verhältnisse im Militärgeneralgouvernement beanstandete. Überliefert ist etwa aus dem Jahr 1916 eine anonyme Beschwerde an das Außenministerium, die einerseits von detaillierten Kenntnissen zeugte, andererseits in Lublin sehr ernst genommen wurde. Der Verfasser war wohl ein Funktionär auf höchster Ebene. Er beklagte unter anderem die Uneinheitlichkeit des Vorgehens, die sich gewissermaßen in einer Privatpolitik der Kreise äußere, von denen jeder je nach Nationalität des Kommandanten unterschiedlich gegenüber den

⁷³ Ebd.

⁷⁴ AGAD, 312 / 78, Bl. 185–191. Bericht des Gm. Ebenhöf über die Wahrnehmungen im besetzten Russisch-Polen, 29.12.1916.

⁷⁵ AGAD, 312 / 1865, Bl. 575–579. Memorandum über die Notwendigkeit der Zuweisung von exekutivem Personal zur Rohstoffzentrale Lublin, 1.10.1917.

⁷⁶ DLA Marbach, Nachlass Andrian / 78.2 [alt: 3130]. Hoenning an Andrian, 3.3.1917.

⁷⁷ Ebd.

Polen agiere; meist laufe dies auf mehr oder weniger starke Grade an Skepsis und Ablehnung hinaus, was vor allem aus dem militärischen Hintergrund der Besatzer herrühre. Ferner seien sie nicht bereit, freiwillig irgendwelche Kompetenzen an Zivilbeamte oder gar Einheimische abzugeben, weshalb die deutsche Administration in fast jeder Hinsicht weit überlegen sei.⁷⁸

Erneut geriet damit der rein militärische Verwaltungsaufbau in die Kritik. In der Armee war dieser natürlich nicht umstritten, und selbst nach dem Krieg verteidigten die ehemaligen Akteure dieses Prinzip, das bereits von Österreichs größtem Feldherrn, Prinz Eugen, erfolgreich in die Praxis eingeführt worden sei und viel mehr bedeutet habe als militärische Herrschaft – nämlich „eigentlich eine Zivilverwaltung“.⁷⁹ Gemäß dieser Argumentation hätte die k. u. k. Armee im Grunde alle Probleme einer Besatzung selbst lösen können, wenn die Politik nicht gewesen wäre, die immer wieder Rücksichtnahme verlangte. So ist für Deutschland wie für Österreich-Ungarn festzustellen, dass die Offiziere nach dem verlorenen Krieg ihr Vorgehen verteidigten und die Schuld für die Niederlagen Zivilisten zuschoben. Übertriebene Rücksichten auf die militärischen Notwendigkeiten hätten eine effektivere Besatzung und damit einen größeren Beitrag zu den Siegesbemühungen verhindert. Dieses bei den Bündnispartnern ähnliche Argumentationsmuster unterschied sich zumindest vor Kriegsende darin, dass die österreichisch-ungarischen Militärs die Deutschen tendenziell um deren angeblich viel härteres Vorgehen beneideten und dergleichen auch gerne umsetzen wollten. Zugleich machten sie sich über die Ungeschicklichkeit des Reiches in nationalen Fragen lustig, die sie bei sich selbst viel besser gelöst sahen – ohne freilich zu erkennen, wie diese beiden Beobachtungen zusammenhingen bzw. sich gegenseitig bedingten.

Gleichzeitig sei insbesondere in Warschau dank qualifiziertem Personal „eine achtenswerte Verwaltungsleistung vollbracht worden [...], die den Aufbau und die Ordnung in einem vom Kriege schwer mitgenommenen Besatzungsgebiet als Aufgabe angesehen und soweit bewältigt hat, wie es unter den dargestellten Faktoren menschenmöglich gewesen ist“.⁸⁰ Diese

⁷⁸ AGAD, 312 / 61, Bl. 95-101. Anonyme Anzeige an das MGGL. Stempel: „Genehmigt am ...1916“.

⁷⁹ Die Militärverwaltung in den von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten, hg. v. KERCHNAWE, S. 2 f.

⁸⁰ So das apologetische Urteil für Warschau von: CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 136. Für Lublin: HAUSNER, *Die Polenpolitik der Mittelmächte*, S. 325–327.

Verklärung durch Werner Conze 1958 stimmte mit den Nachkriegs-sentiments der Funktionäre überein. Sie stand indes in deutlichem Widerspruch zur intern geäußerten Kritik während des Krieges. Die vor und nach 1918 damit einhergehende Betonung der ach so schweren und undankbaren Aufgabe diente gleichzeitig der Exkulpation wie der Steigerung des eigenen Ansehens, weil man eben trotz aller Widrigkeiten immerhin etwas geleistet habe.

Ohne hier eine Debatte um eine Art „best practice“ führen zu wollen, sind die zeitgenössischen Einschätzungen während und nach dem Krieg doch viel zu widersprüchlich, um alleine daraus Schlussfolgerungen für eine gewissermaßen optimale Besatzung ziehen zu können. Die reine Militäradministration der Doppelmonarchie, deren bürokratischer und zugleich selbständiger Absolutismus etwa für den serbischen Fall konstatiert wurde,⁸¹ war in Polen zumindest in der Eigenreflexion nicht besonders erfolgreich. Die Selbst- und Fremddeutungen der Mittelmächte stehen deshalb jüngsten Einschätzungen eines brutalen und vor allem brutal erfolgreichen deutschen Militarismus entgegen:⁸² Die – in den Augen der Zeitgenossen freilich arg begrenzte – Effektivität der Okkupation beruhte hauptsächlich auf einer starken Zivilverwaltung, wohingegen die allein herrschende österreichisch-ungarische Armee als weit weniger erfolgreich galt.

Wenn Soldaten und Offiziere der Mittelmächte ebenso wie deutsche Zivilbeamte ihr „Scheitern“ politischen und nationalen Restriktionen zuschrieben, gilt es, diese Wahrnehmungsmuster zu hinterfragen. Den Willen zu mehr Radikalität darf man dabei getrost unterstellen. Außer den bereits geschilderten Rücksichten auf die Einheimischen ist aber nicht geklärt, was diesen Willen denn tatsächlich begrenzte – und in welchem Maße. Doch die Wirkungsanalyse imperialer und kolonialer Denkschemata kann erst nach einer Betrachtung der entsprechenden Handlungen erfolgen. Die Perzeption der Einheimischen, die Selbstwahrnehmung und die Konkurrenzsituation zwischen den beiden Imperien waren zwar wichtige Grundlagen, unter denen die Besatzung stattfand, aber über ihre Bedeutung ist damit noch nichts gesagt.

⁸¹ JONATHANE. GUMZ, *The Resurrection and Collapse of Empire in Habsburg Serbia, 1914–1918*, Cambridge 2009, S. 234 f.

⁸² Vgl. die Resultate bei: HULL, *Absolute Destruction*.

2. DYNAMISCHE OKKUPATIONSZIELE? PHASEN VON BESATZUNG

Das politische Schicksal Polens wurde während des Ersten Weltkriegs weniger im Lande oder in den beiden Gouvernementshauptstädten als vielmehr in beziehungsweise zwischen Berlin und Wien entschieden. Allerdings hatten die Besatzer vor Ort einen gewissen Spielraum, was die konkrete Ausgestaltung der Okkupation anbetraf. Warschau und Lublin gaben die Richtlinien vor, unter denen sich die Administration und vor allem die „Nutzbarmachung“ des Landes entwickelten. Die Selbst- und Fremdbilder wurden dabei wirkmächtig, aber es gab auch äußere Einflüsse, insbesondere den Kriegsverlauf und die Debatten in den imperialen Zentren, die die jeweilige Richtung beeinflussten. Dabei war zu allen Zeiten völlig klar, dass Polen einen möglichst großen Beitrag zu den eigenen Kriegsanstrengungen und nach Kriegsende zum eigenen Wirtschaftsraum leisten sollte.

Doch dieses übergreifende Ziel, das gewissermaßen einen langfristigen Plan darstellte, war viel zu vage, um praktische Handlungsanweisungen bieten zu können. So mussten zwischen 1914 und 1918 kurz- und mittelfristige Zielvorgaben entwickelt werden, die den lokalen Besatzungsorganen und den ihnen unterstellten polnischen Institutionen als Basis dienen konnten. Diese Prinzipien waren wiederum einem zeitlichen Wandel unterworfen, der einerseits die gemachten Erfahrungen, andererseits die Lage angesichts des fortdauernden Krieges sowie die Forderungen der Heimat wiedergab. Dabei waren die Probleme in Lublin und Warschau zwar eng mit einander verwoben, aber die Interessen Deutschlands und Österreich-Ungarns oft gegenläufig.

Rein volkswirtschaftlich hatten die Mittelmächte wie die Entente 1914 zwei Wege, um ihre Ökonomie auf den Krieg auszurichten: Sie konnten die gesamte Produktion durch den freien Markt bestimmen lassen, indem sie einfach Preisanreize setzten und die geforderten Summen für notwendige Güter bezahlten; alternativ konnten in einer Art von planwirtschaftlichem Verfahren Vorgaben gemacht und die Verteilung der vorhandenen Ressourcen reguliert werden.⁸³ In Deutschland wie in Österreich-Ungarn setzte sich, nachdem man längere Zeit an einen kurzen Krieg geglaubt und

⁸³ REGINA ROTH, *Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Kriegsgesellschaften als kriegswirtschaftliche Steuerungselemente*, Berlin 1997, S. 19 f. Dort auch eine Diskussion der Forschungspositionen zur Gewichtsverteilung zwischen Staat und Wirtschaft.

deshalb Umstellungen herausgezögert hatte, in der Praxis eine Mischform durch. Erzwungene Eingriffe ließen sich dabei nicht immer vermeiden, wobei im Deutschen Reich mit dem Hindenburg-Programm von 1916 eine Gewichtsverschiebung vom Preußischen Kriegsministerium hin zu Arbeitern und Industrie stattfand, die mehr und mehr Einfluss erlangten. Als zentrales Problem erwies sich indes während des ganzen Krieges die Beschaffung der notwendigen Rohstoffe für Rüstung und Ernährung. Polen sollte zu beidem beitragen und war insbesondere für die Doppelmonarchie von hoher Relevanz, deren Ökonomie bereits vor 1914 trotz voranschreitender Industrialisierung von Ressourcenknappheit geplagt war.⁸⁴ Gleichzeitig stellte sich die Frage, in welcher der beiden genannten prinzipiellen Formen die polnischen Güter von den Mittelmächten aufgebracht werden sollten: durch Verordnungen und Zwang oder durch Marktmechanismen.

Als die Russen vollständig aus dem Land vertrieben worden waren, hatte man in der Heimat bereits einige Erfahrungen mit der Bewirtschaftung machen können; insbesondere die Regulierung des Lebensmittelmarktes hatte sich dabei als problematisch erwiesen: Wenn der Preis von Milch herabgesetzt wurde, produzierten die Bauern Butter und Käse – oder schlachteten Kühe. Preiskontrollen für Brot führten zur Verfütterung von Getreide ans Vieh. Die Eingriffe in die Marktmechanismen waren so zuvorderst Ausdruck des wirtschaftlichen Unverständnisses, ja der Inkompetenz der deutschen Bürokratie. Daraus folgten stetig steigende Preise für Verbraucher und Produzenten, wobei letztere am längeren Hebel saßen und erstere immer weniger ihren täglichen Bedarf decken konnten. Bereits gegen Ende 1914 zeigte sich die Dysfunktionalität des Systems, die auf eine vollständige Regulierung der Nahrungsproduktion als anscheinend einzige Alternative hinauslief. Daraus resultierten harte Rationierungen für die Verbraucher. Mindestens in diesem Bereich verwandelte sich Deutschland, so Roger Chickering, in eine Kommandowirtschaft mit zahllosen strukturellen Problemen und gravierenden Nachteilen für die Bevölkerung.⁸⁵

Dies war die Ausgangslage nach der Eroberung Polens, aber wie bereits erwähnt, gab es 1914 keine Pläne für das tatsächliche Vorgehen. Selbst bei der Errichtung der beiden Generalgouvernements lagen solche in den

⁸⁴ KOLM, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, S. 49–73; ROGER CHICKERING, Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München 2002, S. 49 f.

⁸⁵ Ebd., S. 56–60.

Zentralen nicht vor. Richard Hamilton hat in einer Studie zu den wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen darauf hingewiesen, dass keine Seite über derlei Konzeptionen verfügte, nicht einmal für die Binnenwirtschaft. Und als man schließlich ans Planen ging, geschah dies eher unprofessionell und ohne die Einbindung von Experten; tatsächlich kam sogar den Finanzministerien eine nachrangige Rolle zu, obwohl sie die notwendigen Mittel für die Auf- und Ausrüstung zur Verfügung stellen mussten.⁸⁶

Gleichsam spiegelbildlich gilt das für das besetzte Polen, in dem ebenfalls nur Militärs und Juristen in leitenden Funktionen saßen, die auf externen Sachverstand weitgehend verzichteten. Sogar die von verschiedenen Verbänden und Interessengruppen zur polnischen Frage veröffentlichten zahlreichen Schriften klammerten wirtschaftliche Probleme weitgehend aus und beschränkten ihre Argumentation meist auf militärische Aspekte und Nationalitätenfragen.⁸⁷ Diese bemerkenswerte Ignoranz gegenüber ökonomischen Gesichtspunkten von Krieg und Fremdherrschaft gilt trotz der „Träume“ von Handelskriegen vor 1914, wie sie etwa der k.u.k. Außenminister Agenor Graf von Goluchowski 1897 hatte. Er beschwor Schreckensszenarien vom Niedergang, der aufgehalten werden müsse, aber seine Schlagwörter dienten vor allem der symbolischen Kommunikation und waren nach innen gerichtet, um Veränderungen durchzusetzen. Es gab keine Vorbereitungen für einen Wirtschaftskrieg oder auch nur für die ökonomischen Fragen konventioneller Auseinandersetzungen.⁸⁸ Gerade die Militärs zeigten sich daran nicht interessiert. Noch im Januar 1915 stellte das k.u.k. Etappenoberkommando in einer Denkschrift über Polen fest, dass das Land wohl kaum aus eigenen Mitteln ernährt werden könne und daher auf eine Zufuhr von außen – also aus der Heimat – angewiesen sei. Hiermit wiederum müsse sich allerdings die Regierung beschäftigen, nicht jedoch die Armee; letztere dürfe auf keinen Fall darunter leiden, dass es die Polen unterlassen hätten, während der ersten Kriegsmonate für sich selbst entsprechende Vorräte anzulegen.⁸⁹

⁸⁶ RICHARD F. HAMILTON, *War Planning. Obvious Needs, Not So Obvious Solutions*, in: *War planning 1914*, hg. v. RICHARD F. HAMILTON / HOLGER H. HERWIG, Cambridge 2010, S. 1–23, hier S. 15 ff.

⁸⁷ ZBIGNIEW WILKIEWICZ, *Deutsche Flugschriften zur Polenfrage im Ersten Weltkrieg*, Mainz 1980, S. 111–114.

⁸⁸ SÖNKE NEITZEL, *Von Wirtschaftskriegen und der Wirtschaft im Kriege*, in: *Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert*, hg. v. WOLFRAM DORNIK u. a., Innsbruck 2010, S. 49–66, hier S. 51, 56.

⁸⁹ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a - Polen / 921. Etappenoberkommando, Denkschrift über Polen, 25.1.1915.

Trotz dieser durchaus pessimistischen Einschätzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten in Polen kam es in dem durch Kampfhandlungen verwüsteten Land ab Frühjahr 1915 sowohl von deutscher wie von österreichisch-ungarischer Seite zunächst zu einer Phase weitgehend unreglementierter Plünderungen und Requirierungen, die bis Sommer 1915 andauerten. Zwar hatte sich im deutschen Gebiet der kurzfristige Chef der Zivilverwaltung Hans von Brandenstein im Januar 1915 dafür stark gemacht, die Industrieproduktion in Kongresspolen für die eigenen Zwecke nutzbar zu machen. Wie später sein Nachfolger Wolfgang von Kries konnte er sich damit aber nicht gegen die Militärs und die Kriegsrohstoffabteilung des Berliner Kriegsministeriums durchsetzen, die auf dem Abtransport von Rohstoffen und der Demontage von Geräten bestanden.⁹⁰ So kam es zum Ausbau von 752 Werkzeugmaschinen und 950 elektrischen Maschinen, die nach Deutschland geschafft wurden; die beraubten Unternehmen fielen damit als Produzenten, Steuerzahler und Arbeitgeber aus. Allerdings – und das war durchaus im Interesse der deutschen Industrie – wurden dadurch zugleich Konkurrenten ausgeschaltet.⁹¹

Bis Spätsommer 1915 gab es im Warschauer Gebiet zahllose weitere Zwangs- bzw. Feldrequisitionen, insbesondere von Nahrungsmitteln, die meist für die und von der Truppe selbst durchgeführt wurden. Dies geschah lediglich durch Befehle; allgemeine schriftliche Verordnungen gab es ebenso wenig wie eine Entschädigung. Zudem kam es bei Agrarerzeugnissen bereits zu einem geregelten Ankauf im größeren Stil, was allerdings nur der Ostpreußischen Landesgesellschaft und der Westpreußischen Kriegsgesellschaft gestattet war.⁹² Diese Kriegsgesellschaften waren ein Kind der ökonomischen Mobilisierung in Deutschland und standen im Kern dafür, dass marktwirtschaftliche Prinzipien nicht geändert werden sollten: Nach wie vor bezahlte der Staat für die erworbenen Produkte, und er war – zumindest in der Heimat – sogar bereit, gestiegene Preise zu entrichten. Gleichzeitig trat er mit diesen Mechanismen unmittelbar in den Wirtschaftskreislauf als Vermittler ein, indem er Elemente des Vertriebs übernahm, um so die Versorgung der privaten und industriellen Verbraucher sicherzustellen. Dieses Modell adaptierte Österreich-Ungarn in weiten Teilen, wofür einerseits der deutsche Druck, andererseits die

⁹⁰ LEMKE, *Allianz und Rivalität*, S. 157 f.

⁹¹ CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 133 f.

⁹² VON KRIES, *Die wirtschaftliche Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau*, S. 225 ff.

Forderungen der eigenen Wirtschaft nach einer geregelten Rohstoffversorgung – und höheren Profiten – verantwortlich waren. Trotz struktureller Ähnlichkeiten im Aufbau der staatlichen Kriegsorganisationen blieb die Entwicklung in der Doppelmonarchie nach Herbst 1914 aber von der in Deutschland weitgehend unabhängig, wie überhaupt die k.u.k. Volkswirtschaft ihre Unabhängigkeit bewahrte.⁹³

Bei den Eingriffen in die Wirtschaft dachten beide Bündnispartner zunächst kaum an Profit; es ging vor allem darum, die für den militärischen Erfolg notwendige Versorgung sicherzustellen. Und dafür – das hatte man in Berlin und Wien erkannt – waren Gewinne für die Erzeuger der sicherste Weg.⁹⁴ Dies galt, mit gewissen Einschränkungen, selbst für die in Polen tätigen Kriegsgesellschaften. Sie waren freilich bei den Besatzern nicht besonders wohlgelitten, denn durch ihre Fixierung auf den Export ins Reich kam es letztendlich zu Engpässen vor Ort. Die beim Generalgouvernement Warschau angesiedelte Rohstoffabteilung, die dafür die Bedingungen schuf, sah Hans von Beseler deshalb sehr kritisch: sie tue „nichts weiter als das Land aussaugen“. Da ihm deren Existenz aber von der Berliner Zentrale als unumgänglich auferlegt worden war, konnte der Generalgouverneur zunächst nur wenig gegen derartige Praktiken tun, kritisierte jedoch die Politik des Reiches als „sehr kurzsichtig“ und als „Raubbau“.⁹⁵

Die Situation im österreichisch-ungarischen Gebiet war nicht wesentlich anders, lediglich ein systematischer Abtransport von Maschinen fand hier nicht statt. Dies lag aber auch daran, dass die Lubliner Region kaum industrialisiert war, es also schlicht keine größeren Fabriken gab, in denen das möglich gewesen wäre. Die entsprechenden Richtlinien des Heeres sahen eine Beschlagnahme von russischem staatlichen Besitz vor und erlaubten dergleichen ansonsten lediglich bei Verkehrsmitteln von Privatleuten. Die „intensive und fruchtbare Verwertung des feindlichen Staatseigentums“ galt als eines „der wichtigsten Rechte der okkupierenden Truppen“.⁹⁶ Ähnlich wie die Deutschen nahm die Doppelmonarchie es umfangreich wahr, legte den Begriff des „Staatseigentums“ sehr großzügig zu ihren Gunsten aus, und sorgte damit unter den Einheimischen für

⁹³ WEGS, *Die österreichische Kriegswirtschaft*, S. 41, 45.

⁹⁴ CHICKERING, *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, S. 52.

⁹⁵ BAMA, N 30 / 53. Beseler an seine Frau, 22.10.1915.

⁹⁶ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a - Polen / 918. Allgemeine Grundzüge für die Regelung der k.u.k. Militärverwaltung in den besetzten Gebieten Russisch-Polens, Februar 1915.

einige Verstimmung.⁹⁷ Unter diesen Bedingungen entwickelte sich insbesondere in den ersten Monaten nach dem Sieg über die Russen zwischen den Mittelmächten eine regelrechte Jagd auf die lohnenswertesten Beutestücke. Im Januar 1915 mussten Deutschland und Österreich-Ungarn ein formelles Übereinkommen schließen, wonach das Plünderungsgut im Besitz der Armee verbleiben konnte, die das betreffende Gebiet erobert hatte, selbst wenn es später in die Hoheit des Verbündeten übergegangen war. Diese Regelung war insbesondere für die Deutschen vorteilhaft, denn sie schloss die von der Doppelmonarchie angemeldeten Ansprüche auf requirierte Gegenstände aus Belgien, Holland oder Frankreich aus.⁹⁸

Zu Konflikten über Beschlagnahmen kam es allerdings später immer noch, etwa im Herbst 1915 im Kreis Lublin, in dem nach wie vor deutsche Truppen stationiert waren. Diese unterstanden nicht der Hoheit des k.u.k. Kreiskommandanten und waren nicht willens, dessen Anordnungen Folge zu leisten. Ganz im Gegenteil nutzten sie die Tatsache aus, nicht einem analogen Verbot auf dem Gebiet des Generalgouvernements Warschau zu unterliegen, und beschlagnahmten für ihren eigenen Bedarf in der Stadt Lublin. Offiziell erlaubt war ihnen das im k.u.k. Militärgeneralgouvernement nicht, aber die habsburgische Gendarmerie war nicht nur personell unzureichend ausgestattet, sondern zudem vorwiegend mit ungarischen Unteroffizieren besetzt, die sich weder mit den Deutschen noch mit den Einheimischen hinreichend verständigen konnten, um den Raub verhindern oder auch nur zur Anzeige zu bringen.⁹⁹

Geregelte Verhältnisse, Ende 1915 bis Ende 1916

Im Herbst 1915 setzte sich bei den Mittelmächten allmählich die Erkenntnis durch, dass Krieg und Besatzung noch länger dauern würden. Die bisher weitgehend plan- und rücksichtslose Ausbeutung Polens musste durch ein zielgerichteteres Vorgehen ersetzt werden, das das Land dem eigenen Machtbereich dauerhaft – und über das Kriegsende hinaus – sichern sollte. Berlin und Wien waren nun an Soldaten, einem dauerhaften Ressourcenfluss sowie der Versorgung ihrer Armeen interessiert. Eine gewisse Rücksichtnahme auf die Befindlichkeiten der Einheimischen

⁹⁷ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a - Polen / 918. Andrian an Burián, 23.6.1915.

⁹⁸ WEGS, Die österreichische Kriegswirtschaft, S. 46.

⁹⁹ AGAD, 312 / 23. Kreiskommando Lublin an Etappenoberkommando, 5.9.1915.

schien daher unumgänglich.¹⁰⁰ Doch auch in Lublin war nicht daran zu denken, die Bedürfnisse der Heimat hintanzustellen. Das zuständige Etappenkommando schrieb dem Militärgeneralgouvernement deshalb im November 1915 explizit, dass die „Hereinbringung der Ernteüberschüsse aller Art von größter Wichtigkeit für die Armee und die Monarchie“ sei und ihr deshalb eine „persönliche Obsorge“ der Kreiskommandanten zukommen müsse.¹⁰¹

Die geeignete Methode bestand nun aber nicht mehr in schlichter Beschlagnahme unter Zuhilfenahme militärischer Gewalt, sondern in einer genauen Kontingentierung der zu einem bestimmten Zeitpunkt abzuliefernden Mengen. Damit versuchte man eine genaue Planung und wollte für die Einheimischen klare Verhältnisse schaffen, die sie vor willkürlichem Zugriff schützten. Freilich blieb die Drohung mit Requisitionen bestehen, denn diese waren nur solange außer Kraft gesetzt, wie die zivileren Mittel tatsächlich Erfolg zeigten.¹⁰²

Die Deutschen gingen Ende 1915 ähnlich vor und führten verbindliche Normen ein, nach denen die Indienstnahme der polnischen Produktivkräfte erfolgen sollte. Dazu gehörte, wie bei ihren Verbündeten, eine Rationierung der Lebensmittel für die Einheimischen. Nicht bewährt hatte sich allerdings der freie Ankauf durch die Rohstoffgesellschaften, einfach weil die gezahlten Preise zu niedrig waren bzw. die Produzenten – wie im Reich – auf eine weitere Steigerung ihres Gewinns hofften und ihre Güter nicht auf dem Markt anboten. Das Generalgouvernement Warschau erließ deshalb noch vor Jahresende erste Vorschriften, die die Aufbringung von Lebensmitteln und anderen Ressourcen regulierten. Die zentrale Maßnahme waren Ablieferungspflichten bei festen Preisen; präventiv gab es zudem Sicherungsbeschlagnahmen, bei denen allerdings ebenfalls feste Summen bezahlt wurden. Entschädigungslose Enteignungen oder Requisitionen, die vorher an der Tagesordnung gewesen waren, sollten nur noch Strafen darstellen.

Die Umsetzung dieser Regelungen oblag bei Lebensmitteln direkt der Zivilverwaltung, bei Rohstoffen und Handelswaren der Kriegsrohstoffstelle Warschau. Während erstere Instanz Landesgesetze erließ, die durch Strafbefehl durchgesetzt wurden, gab letztere militärische Befehle heraus,

¹⁰⁰ SZYMCAK, *Między Habsburgami a Hohenzollernami*, S. 100. Für die österreichisch-ungarische Seite: AGAD, 312 / 45. AOK an MGGL, 27.1.1916.

¹⁰¹ AGAD, 312 / 42. Etappenkommando an MGGL, 29.11.1915.

¹⁰² Ebd.

die dementsprechend der Militärstraßgerichtsbarkeit unterlagen.¹⁰³ Die in beiden Generalgouvernements zu beobachtende Normierung diente außerdem einer Verstetigung der eigenen Herrschaft, in der es spätestens ab Frühjahr 1916 nicht mehr um kurzfristige Gewinne oder nur die Aufstellung einer polnischen Armee, sondern um den zielgerichteten Aufbau des Landes zum eigenen längerfristigen Nutzen ging.¹⁰⁴ So hatte Reichskanzler Bethmann Hollweg noch im August 1915 eine Selbstbeschränkung der Besatzer gefordert, er wollte bloß „einigermaßen geordnete Verhältnisse“ schaffen, aber kein allzu großes deutsches Engagement und lediglich eine „im Großen und Ganzen unpolitische Verwaltung“. Mitte Januar sah er die Dinge anders und sprach davon, dieses „Programm politisch zu ergänzen“ und insbesondere auf die polnischen Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen, um die Einheimischen von der eigenen imperialen Herrschaft zu überzeugen. Angesichts des Kriegsverlaufs müsse man sich darauf einstellen, länger im Land zu bleiben, und dafür seien gewisse Sympathien, vor allem aber klare Verhältnisse notwendig.¹⁰⁵

Dies war ganz in Beselers Sinne und entsprach einer Haltung, für die er bereits seit Beginn der Okkupation votiert hatte.¹⁰⁶ Knapp zwei Wochen nach dem Erhalt von Bethmann Hollwegs Schreiben berichtete Beseler direkt an Kaiser Wilhelm II. und beschrieb darin das anfänglich harte Vorgehen, weil das Land zunächst als „eine besetzte feindliche Provinz“ behandelt worden war, die für die eigenen „Kriegszwecke auszunutzen“ war. Inzwischen aber sah er die Notwendigkeit für einen Wandel dringender denn je und fand es notwendig, den hiesigen „nationalen und kulturellen Bestrebungen soweit wie möglich“ freien Lauf zu lassen.¹⁰⁷ Zugeständnisse im ökonomischen Bereich waren allerdings nicht vorgesehen, beziehungsweise erfolgten nur im Rahmen festgeschriebener Regeln. Die Versorgung der Heimat und der Armee blieb viel zu wichtig, um auf diesem Feld Kompetenzen an die Polen abzugeben. Und so kamen die Besatzer den Einheimischen vor allem auf den Gebieten entgegen, die für sie selbst gerade nicht zentral waren. Beseler plädierte zwar immer wieder für ein stärkeres Engagement Deutschlands im Generalgouvernement Warschau,

¹⁰³ VON KRIES, Die wirtschaftliche Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau, S. 225 ff.

¹⁰⁴ SZYMCAK, Między Habsburgami a Hohenzollernami, S. 166.

¹⁰⁵ PAAA, R 21332, Bl. 1-8. Bethmann Hollweg an Beseler, 7.1.1916.

¹⁰⁶ CONZE, Polnische Nation und deutsche Politik, S. 106; SPÄT, Für eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft?, S. 497.

¹⁰⁷ BAMA, N 30 / 9. Immediatbericht Beselers, 23.1.1916.

beispielsweise durch Ausbau der Infrastruktur, Investitionen in die Landwirtschaft und sogar eine Zollunion, weil dadurch die Leistungsfähigkeit des Landes – zum deutschen Vorteil – steigen würde.¹⁰⁸

Doch angesichts der ungeklärten diplomatischen Fragen über das Schicksal Polens und wegen der hohen Belastungen durch den Krieg waren solche Vorschläge in Berlin nicht durchzusetzen. Es blieb bei temporären Maßnahmen wie etwa dem Bau von Kleinbahnen, denn diese ließen sich im Falle des Falles wieder demontieren; immerhin gelang es dem Generalgouvernement aber, dem Feldeisenbahnchef – der militärischen Institution, die die Anlagen errichtet hatte – diese abzukaufen, da sie für die Versorgung – und Ausbeutung – Polens unerlässlich erschienen.¹⁰⁹

Österreich-Ungarn war an einer wirtschaftlichen Inkorporation seines Besatzungsgebiets deutlich mehr interessiert als die Deutschen. Allerdings waren auch in Wien eine schonende Behandlung Polens oder gar ein Aufbau des Landes nicht vorgesehen – obwohl man ansonsten um eine freundliche Haltung den Einheimischen gegenüber bemüht war. Im Militärgeneralgouvernement herrschte schon Anfang 1916 eine Ansicht vor, gemäß derer sich das Land im ersten Jahr der Okkupation dank der eigenen Verwaltung – trotz Requisitionen – „soweit erholt“ habe, dass es nun „eine wichtige Stütze der Kriegswirtschaft der Monarchie“ werden und Lebensmittel, Rohstoffe, Metalle sowie Kohle liefern könne. Deshalb sei nicht daran zu denken, eine „Förderung des okkupierten Gebietes als Selbstzweck“ anzustreben; ganz im Gegenteil müsse zuerst der wirtschaftliche und militärische Erfolg im Krieg sichergestellt sein, bevor andere Probleme gelöst werden könnten.¹¹⁰ Gleichwohl unterstellte das Armeeoberkommando in Wien den Besatzern immer wieder zu viel Nachsicht gegenüber den Besetzten: Insbesondere angesichts des Hungers in der Heimat gehe es nicht an, dass „sich im Okkupationsgebiet niemand eine Beschränkung auferlegt“.¹¹¹

Wien war mit den Resultaten der Peripherie nicht zufrieden, aber ganz offensichtlich über die dortigen Vorgänge auch nicht annähernd genau unterrichtet. Die bestehenden Systeme in Polen funktionierten indes in den Augen beider Zentralen nicht zufriedenstellend und erforderten eine

¹⁰⁸ BAMA, N 30 / 13. Besprechung im Reichskanzleramt, 8.10.1916.

¹⁰⁹ AGAD, 532 / 2, Bl. 21. 3. (5.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Januar 1916 bis zum 31. März 1916.

¹¹⁰ AGAD, 312 / 45. Internes Schreiben des MGGL, 27.1.1916.

¹¹¹ AGAD, 312 / 231. AOK an MGGL, 31.3.1916.

Nachjustierung. Wie meist in wirtschaftlichen Dingen ging die Initiative von Deutschland aus. In Warschau entstand deshalb zum 1. Juli 1916 eine Landesgetreidegesellschaft,¹¹² die an Stelle der bisherigen Wareneinfuhr-gesellschaft trat und die Aufbringung der Ernte stärker mittels ökonomischer Anreize durchführen sollte. Das Militärgeneralgouvernement Lublin zog wenig später nach; dort kontrollierte und koordinierte mit der Ernteverwertungszentrale (EVZ) ebenfalls eine neue, eigenständige Organisation – die freilich nach wie vor unter militärischer Leitung stand – den Kreislauf der wichtigsten Agrarerzeugnisse.¹¹³ Die Verantwortlichen in Wien und Lublin waren bereit, über die neue Institution mehr Geld auszugeben. Bei ähnlichen Maßnahmen wollten sie aber keinen gemeinsamen Weg mit den Deutschen beschreiten und waren sich höchstens darin einig, angesichts der begrenzten finanziellen Mittel auf Zwang zumindest als Drohkulisse nicht vollkommen zu verzichten.

Die Besatzer vor Ort beurteilten ihre Politik naturgemäß positiver als die Ministerien im fernen Wien und Berlin, wobei erstere ihre Erfolge insbesondere angesichts der Schwierigkeit hervorhoben, in einem fremden Land agieren zu müssen, in dem die Bevölkerung keinesfalls so aufopferungsbereit sei wie in der Heimat.¹¹⁴ Immerhin waren die Zentralen bereit, zumindest dieses Hindernis anzuerkennen. Das k.u.k. Armeeoberkommando zeigte sich Ende 1916 willens, von einer weiteren Herabsetzung der Rationen für die Einheimischen abzusehen; gleichzeitig müssten sie aber über die Verwendung ihrer Abgaben noch eindringlicher aufgeklärt werden, um so ihre Unterstützung zu gewinnen. Die „richtige Erkenntnis“ sei einzig und allein, „alles herzugeben, was entbehrt werden kann“.¹¹⁵ Das Militärgeneralgouvernement kommentierte dieses Schreiben aus Wien in deutlichen Worten:

„Das AOK bezeichnet die aufs Äußerste zu steigernde wirtschaftliche Ausnützung des Landes mit der gegenwärtigen politischen Situation in Einklang zu bringen, als eine ‚der schwierigsten Aufgaben‘. Sie ist viel mehr als schwierig, sie ist unlösbar.“¹¹⁶

¹¹² Verordnung über die Sicherstellung der Ernte 1916, 21.6.1916, in: Handbuch für das Generalgouvernement Warschau, hg. v. GINSCHERL / PALANDT, S. 112–118.

¹¹³ HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. 366–372.

¹¹⁴ Exemplarisch auch für die Haltung in Warschau: AGAD, 312 / 1831. Denkschrift der Wirtschaftssektion über die Wirtschaftspolitik im MGGL, 1.11.1916.

¹¹⁵ AGAD, 312 / 231. AOK an MGGL, 29.11.1916.

¹¹⁶ AGAD, 312 / 231. Interner Vermerk MGGL, 16.12.1916, zum Schreiben des AOK vom 29.11.1916.

Lublin betrachtete das eigene Vorgehen als härtesten Zwang und in keiner Weise geeignet, die Bevölkerung zu gewinnen. Man rechnete ganz im Gegenteil mit passivem Widerstand, der nur sehr schwer und höchstens mit Gewalt zu brechen sei.

Unterschiedliche Einschätzungen und politische Ideen im Zentrum und in der Peripherie gab es auch in anderen Fragen, aber die Rollenverteilung war gleich. Nur eine Woche nach der Aufforderung, die Lebensmittelaufbringung mit einer Schonung der Einheimischen zu verbinden, ordnete das k.u.k. Armeeoberkommando die Aufstellung von Zivilarbeitsabteilungen an, um zu einer „vollen Ausnützung des zur Verfügung stehenden Menschenmaterials“ zu kommen. Es maß dieser Aktion höchste militärische Relevanz bei, wies auf die Einberufungen in der Heimat hin, und argumentierte einmal mehr mit der bisher „großen Schonung“ der polnischen Bevölkerung; das Militärgeneralgouvernement möge daher von jeglichen „von humanitären oder sonstigen Motiven“ geleiteten Einwänden absehen und einfach nur die entsprechenden Befehle ausführen.¹¹⁷ Zwischen Berlin und Warschau gab es ebenfalls unterschiedliche Auffassungen über die Politik vor Ort. Beslers Immediatstellung gegenüber dem Kaiser erlaubte es ihm allerdings, nicht alle Ansprüche von Reichsregierung und Oberster Heeresleitung umzusetzen, selbst wenn für ihn wie für von Kries selbstverständlich die Bedürfnisse der Heimat über denen der Polen standen.

Die formale Unabhängigkeit ermöglichte es den Akteuren im Generalgouvernement zudem, in Berlin selbst aktiv zu werden und für die eigene Agenda zu werben – etwa mittels des Wirtschaftsausschusses: „Bei den häufigen Angriffen, denen die Verwaltung später [...] ausgesetzt war, haben die dem Wirtschaftsausschuss zugehörigen Parlamentarier [...] manche Unbequemlichkeit ausgeräumt.“¹¹⁸ Die Angriffe und Forderungen aus Berlin machten insofern zwar größere Rechtfertigungen durch die Peripherie nötig, zeigten aber gleichzeitig deren Freiraum: Anders als im Militärgeneralgouvernement Lublin konnten Besler nicht einfach nur Befehle erteilt werden. Wirklich ausgereizt hat Besler seine Möglichkeiten vor allem bei der Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916. Kurz zuvor war das so genannte Hindenburg-Programm initiiert worden, das eine noch radikalere Heranziehung von Wirtschaft und Menschen für die Bedürfnisse der Armee vorsah und mit kurzer

¹¹⁷ AGAD, 312 / 40. AOK an MGGL, 6.12.1915.

¹¹⁸ BA Koblenz, N 1711 / 3, Bl. 58 f. Manuskript von Kries' „Deutsche Staatsverwaltung in Russisch-Polen“.

Verzögerung auch in Österreich-Ungarn zu erhöhten Anforderungen im Hinblick auf die Mobilisierung für den Krieg führte; die Folge davon waren beispielsweise die beiden oben erwähnten Schreiben des k. u. k. Armeeoberkommandos an das Militärgeneralgouvernement. Im Kern sollte das Hindenburg-Programm das Ziel der vollständigen Ausnutzung der Ressourcen durch ein Propagandabild nationaler Einheit und gemeinsamer Anstrengungen legitimieren.¹¹⁹ Das führte gegenüber dem Generalgouvernement Warschau zu erneuten Vorwürfen, wonach die Polen viel weniger für den Sieg leiden würden als Deutsche und Österreicher. Doch erneut verschärfte Ansprüche standen im starken Gegensatz zur angeblichen Selbständigkeit des ausgerufenen Königreichs Polen. Sie war ohnehin nicht propagandistisch zu vermitteln gewesen, aber unter den geschaffenen Bedingungen unterminierte eine radikalisierte Ausbeutung zusätzlich die Glaubwürdigkeit der Mittelmächte.

Beseler als Vater der Proklamation vom 5. November versuchte, Widersprüchen aus dem Weg zu gehen, indem er es vermied, vor Polen über Wirtschaftspolitik zu sprechen.¹²⁰ Einerseits stand es für ihn vollkommen außer Frage, dass das Land einen substantiellen Beitrag zu den Siegesanstrengungen zu leisten hatte; andererseits hatte er kaum Interesse an ökonomischen Fragen und wollte sich damit schlicht nicht beschäftigen. Diese Ignoranz war nicht nur ihm zu eigen, sondern eine Charakteristik der allermeisten Militärs und Zivilbeamten der Mittelmächte. Dem k. u. k. Generalstab lag beispielsweise erst seit November 1916 eine umfassende Übersicht zu den wirtschaftlichen Verhältnissen in Polen vor, die noch auf Basis der letzten verfügbaren russischen Daten erstellt war.¹²¹ Eine systematische Beschäftigung mit dem vorhandenen landwirtschaftlichen Potential hatte vorher schlicht nicht stattgefunden.

Ende 1916 drängte man zwar, wie gesehen, auf schärfere Maßnahmen, konstatierte aber zugleich die Notwendigkeit, „allzu große Rücksichtslosigkeit und Härte“ zu vermeiden, weil dies dem Geist der Proklamation widerspreche.¹²² Der von der Zentrale erwünschten noch drastischeren

¹¹⁹ CHICKERING, *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, S. 95.

¹²⁰ Exemplarisch: AGAD, 314 / 19. Rede Beslers vor polnischen Honoratioren, 15. 12. 1916.

¹²¹ ÖStA, HHStA, Nl. Boschan / 2. Wirtschaftsgeographie des k. und k. Verwaltungsgebietes von Polen unter Berücksichtigung des gesamten neuen Polen, von Dr. Hermann Leiter, November 1916.

¹²² ÖStA, KA, AOK-Quartiermeister-Abteilung, Referenten-Faszikel / 2590. Übersicht über die bisherige wirtschaftliche Ausnutzung der okkupierten Gebiete von Polen, Serbien und Montenegro, 22. 12. 1916.

ökonomischen Ausbeutung, die vor allem auf erhöhte Ablieferungsquoten und härtere Strafandrohungen hinausgelaufen wäre, stand nun eine Politik gegenüber, die im Wesentlichen von der Peripherie gemacht worden war. Erneut mussten also die Okkupationsziele angepasst werden, und der Leiter der Lubliner Wirtschaftssektion konstatierte daher am 4. Januar 1917 das Fehlen eines „klaren Ziels“ „bezüglich der zukünftigen Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehung der Monarchie zu Polen“ – was für Deutschland gleichermaßen galt.¹²³ Im Text hieß es aber außerdem, dass die Initiative in diesem Bereich bisher „wie überall auch“ bei den Deutschen läge. Deren Härte wiederum eröffne Spielräume für eine Abgrenzung, die proösterreichische Sympathien bei den Einheimischen erwecken könne.

Mit polnischer Hilfe – und gegen die Haager Landkriegsordnung,
Frühjahr bis Ende 1917

Das Gebot der Stunde war nach der Proklamation eine Rücksichtnahme auf die nationalen Befindlichkeiten und zumindest mittelfristig eine gewisse Zusammenarbeit mit den einheimischen Eliten – selbst im wirtschaftlichen Bereich. Das Hindenburg-Programm stellte für das besetzte Polen ein wenig relevantes Konzept dar, das bezeichnenderweise im österreichisch-ungarischen Militärgeneralgouvernement Lublin mehr direkte Folgen nach sich zog als im deutschen Generalgouvernement Warschau. Dennoch kam es zunächst nicht zu größeren Änderungen in der Besatzungsherrschaft, weil Bethmann Hollweg und Czernin noch am 6. Januar 1917 vereinbart hatten: „An die Lösung der großen politischen und wirtschaftlichen Fragen Polens soll vorderhand nicht herangetreten werden. Vorläufig soll der jetzige Zustand bestehen bleiben.“¹²⁴

Diese Aussage stand im Widerspruch zu den Verlautbarungen im Zuge der Proklamation des Königreichs. Sie bezog sich explizit auf die Haager Landkriegsordnung, vor deren Hintergrund die Besatzungspolitik stets geprüft worden war. Als beispielsweise Ende 1915 im Militärgeneralgouvernement einheitliche Steuern erhoben werden sollten, griff Lublin dabei auf die entsprechenden russischen Gesetze zurück, die wieder in Kraft

¹²³ AGAD, 312 / 78, Bl. 435. Memorandum des Leiters der Wirtschaftssektion, 4.1. 1917.

¹²⁴ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56a/3 / 1013. Protokoll einer Besprechung zwischen Bethmann Hollweg und Czernin, 6.1.1917.

gesetzt wurden; damit wurden keine neuen Normen geschaffen, was explizit mit der Landkriegsordnung übereinstimmte.¹²⁵ Wie Österreich-Ungarn beriefen sich im Februar 1915 die Deutschen auf dieses Regelwerk, als sie für die aus dem Reich nach Polen exportierten Waren Zölle erhoben.¹²⁶

Die Okkupanten loteten bei ihrem Vorgehen allerdings die Grenzen der Landkriegsordnung aus und legten sie teilweise sehr weit zu ihren Gunsten aus, etwa wenn es um die Verwendung der eingenommenen Steuern ging. Erlaubt war deren Nutzung nur für die Zwecke des Landes, während die Besatzungskosten aus den heimatlichen Budgets gedeckt werden sollten. Um diese formalen Bedingungen zu erfüllen, waren Buchungstricks notwendig, selbst wenn die offiziell verbotene Änderung der Steuersätze unterblieb, weil man in den ersten Jahren der Besatzung ganz bewusst die Regeln des Völkerrechts gegenüber der „befreiten“ Bevölkerung einhalten wollte. Von Kries sprach sogar davon, dass man das Haager Abkommen vielleicht bei feindlich gesinnten Einheimischen wie in Belgien überschreiten könne, aber dies in Polen eben nicht angehe.¹²⁷

Auch deswegen war es bis Anfang 1917 in den beiden Generalgouvernements nicht zu Maßnahmen gekommen, die – zumindest nach der wohlwollenden Interpretation durch die Besatzungsmächte – gegen die Landkriegsordnung verstießen. Unabhängig von einer neutralen juristischen Analyse, die hier nicht erfolgen kann, sollte daher die Bedeutung des Völkerrechts nicht unterschätzt werden: Die Mittelmächte waren anfänglich durchaus willens, dieses als Referenz anzuerkennen und mindestens bemüht, ihr Handeln als davon gedeckt darzustellen. Doch diese Bereitschaft änderte sich Anfang 1917. Das k.u.k. Armeekommando hatte verfügt, dass bei der Nichtablieferung eines auferlegten Nahrungsmittelkontingents nun nicht mehr der jeweilige Produzent, sondern alle Gemeindemitglieder verantwortlich gemacht würden; die geforderte Menge sollte in diesem Fall bei den anderen Dorfbewohnern eingetrieben werden und war dann als Kontribution zu behandeln – also nicht zu bezahlen, sondern lediglich zu bescheinigen. Dieses Prinzip der Kollektivhaftung war aber nach Artikel 50 der Haager Landkriegsordnung verboten, und das Militärgeneralgouvernement Lublin notierte das am 17. Februar 1917 explizit; die Hauptsorge galt allerdings weniger dem geplan-

¹²⁵ AGAD, 312 / 1407. AOK an MGGL, 24.11.1915.

¹²⁶ BA Koblenz, N 1711 / 3, Bl 64. Manuskript von Kries' „Deutsche Staatsverwaltung in Russisch-Polen“.

¹²⁷ SZYMCAK, Między Habsburgami a Hohenzollernami, S. 141 f.

ten Völkerrechtsbruch, sondern eher den allgemeinen Schwierigkeiten mit der polnischen Landwirtschaft.¹²⁸

Jener Artikel 50 der Haager Landkriegsordnung, auf den sich die k. u. k. Verwaltung bei ihrer Normübertretung bezog, war bereits von den Deutschen in Zusammenhang mit Gemeinschaftsstrafen in den Kriegshandbüchern nicht explizit referiert worden.¹²⁹ Andererseits war im Sommer 1915 die Aufstellung eines polnischen Heeres noch an dem völkerrechtlichen Problem gescheitert, dass Angehörige eines verfeindeten Staates – die Polen waren formell Untertanen des Zaren – nicht zum Kampf gegen diesen Staat eingesetzt werden durften.¹³⁰ Die Proklamation des Königreichs Polen erfolgte unter anderem deshalb, um die entsprechenden Klauseln auszuhebeln. Die Polnischen Legionen wiederum, die auf Freiwilligenmeldungen beruhten, stellten einmal mehr einen großzügig interpretierten Grenzfall dar.¹³¹

In den Akten des Generalgouvernements Warschau findet sich kein Hinweis auf Diskussionen der Haager Übereinkommen nach 1915, und die spärliche Überlieferung lässt keine Generalisierung zu; allerdings unterschied sich das Vorgehen im deutschen Besatzungsgebiet bei der Aufbringung der Lebensmittelkontingente nur wenig von dem in Lublin. Wie bereits in Fragen der Ausgestaltung der so einseitigen Handelsbeziehungen zwischen Polen und der Doppelmonarchie¹³² war es dort das Zivillandeskommissariat, das auf die politischen Folgen der geänderten Bestimmungen hinwies:

„Die Bestimmung, dass das auf die Gemeinde zur Ablieferung entfallende Kontingent als eine Kontribution zu behandeln ist, widerspricht den klaren Bestimmungen des Art. 50 des Haager Übereinkommens vom 18. Oktober 1907 und ist aus politischen Gründen nicht opportun.“¹³³

¹²⁸ AGAD, 312 / 377. Aktenvermerk des MGGL, 17.2.1917.

¹²⁹ ZILCH, *Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg*, S. 29–31.

¹³⁰ HECHT, *Heeresergänzung – Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg*, S. 230–233.

¹³¹ Beseler hatte am 11.9.1915 im Generalgouvernement Warschau allerdings die Werbung für die Legionen untersagt, wobei hier auch Konflikte mit dem Bündnispartner eine Rolle spielten: Ebd., S. 232 f.

¹³² AGAD, 312 / 78, Bl. 436 f. Chef des Zivillandeskommissariats über Wirtschaftspolitik in Polen, 4.1.1917.

¹³³ AGAD, 312 / 377. Äußerung des ZLK, 19.2.1917 zum Aktenvermerk des MGGL, 17.2.1917.

Die Mittelmächte argumentierten hier wie bei den im März 1917 neu aufgeworfenen Fragen nach der Verwendung der Steuern¹³⁴ und nach der Rekrutierung von Arbeitsbataillonen,¹³⁵ dass das Königreich Polen nun ein selbständiger Staat sei, in dem die entsprechenden Schutzbestimmungen für besetztes Feindgebiet nicht mehr gälten. Anfang 1917 wollten Deutschland und Österreich-Ungarn also einerseits mehr Rücksicht auf die Einheimischen nehmen und tendenziell mit diesen zusammenarbeiten, andererseits energischer ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen durchsetzen und dabei mehr Zwang anwenden – und beides wurde mit der Proklamation vom November 1916 begründet.

Gleichzeitig existierte seit dem 14. Januar 1917 der polnische Staatsrat, der zumindest theoretisch die Selbständigkeit des Landes vorbereiten und die Regierungsgewalt ausüben sollte. Die Existenz dieses Gremiums ergab sich aus der Ausrufung des Königreichs, war aber zudem Zeichen des Entgegenkommens der Besatzer; darüber hinaus versprachen sie sich davon Erleichterung im Umgang mit den Einheimischen und auch organisatorische Unterstützung. Allerdings waren sie nicht bereit, echte Kompetenzen abzutreten und auf Prärogative besonders im ökonomischen Bereich zu verzichten. Außerdem zeigte sich Österreich-Ungarn Anfang 1917 nicht an einer Vereinigung der beiden Okkupationsgebiete interessiert, weil es darin ein Präjudizium für eine Nachkriegslösung erblickte. Erleichterungen im wirtschaftlichen Verkehr zwischen den beiden Generalgouvernements wollte die Doppelmonarchie deshalb ebenso wenig zustimmen wie Lieferungen aus Lublin ins Warschauer Gebiet. Aber auch in anderer Hinsicht war das Fazit einer k.u.k. Denkschrift im März 1917 eindeutig:

„Eine Besserung auf dem Gebiete der Industrie, des Gewerbes und des Handels kann nicht erreicht werden, so lange die Mil[itär]-Verwaltungsbehörden auf die wirtschaftliche Ausnützung Polens für Heeres- und Hinterlandszwecke [...] angewiesen sind.“¹³⁶

Immerhin einigten sich die Mittelmächte im Mai 1917 darauf, das Land möglichst nach einheitlichen Grundsätzen zu verwalten und endlich

¹³⁴ AGAD, 312 / 237. AOK an MGGL, 20.3.1917.

¹³⁵ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56/22-28 / 1038. Chef des Ersatzwesens an Außenministerium, 24.3.1917.

¹³⁶ AGAD, 312 / 1851. Studie des MGGL über die Vereinheitlichung der Verwaltung Polens, mit Anmerkungen des AOK, 20.3.1917.

formal gewisse Kompetenzen an die Einheimischen abzugeben.¹³⁷ In allen Dingen, die nicht essentiell waren, sollte eine einvernehmliche Lösung zwischen dem Staatsrat und den beiden Generalgouvernements gefunden werden. Doch die Besatzer waren nicht bereit, die Aufsicht über Zollwesen, Finanzen, Bergbau, die Eisenbahn, das Straßen- und Schifffahrtswesen (immerhin mit Ausnahme der nicht militärisch genutzten Strecken), über Post, Telegraph und Telefon, Polizei, Presse und insbesondere die „Gewinnung und Verwertung von Landesprodukten in jenem Ausmaße, in dem es die Kriegsführung jeweils unbedingt erfordert“, an den Staatsrat abzutreten.¹³⁸

Allerdings waren für die Aufbringung der Lebensmittel zum 15. Juli 1917 die Polnische Getreidezentrale (PGZ), die Polnische Landwirtschaftszentrale (PLZ) und die Polnische Futterzentrale (PFZ) geschaffen worden.¹³⁹ Diese neuen Behörden, deren Oberaufsicht mittels eines Regierungskommissars nach wie vor den Okkupanten unterlag, hatten mit polnischer Leitung und einheimischem Personal den Einkauf und die Bereitstellung von Nahrungsmitteln zu gewährleisten, die dann von den Mittelmächten nur noch abtransportiert zu werden brauchten; den drei Zentralen wurde zu diesem Zweck vorab mitgeteilt, welche Mengen die Besatzer von ihnen erwarteten – „vorbehaltlich eines Mehrbedarfes“.¹⁴⁰

Auf diese Weise sollte der stets mit erheblichen Problemen behafteten Aufbringung gewissermaßen ein neues Etikett angeklebt und damit der Unmut der Einheimischen abgeleitet werden, ohne dass die Besatzer gleichzeitig auf Zugriffsmöglichkeiten verzichteten oder den Polen echte Befugnisse einräumten. Um den schönen Schein einer nunmehr polnischen Landwirtschaft zu vervollständigen, gab es im Militärgeneralgouvernement Lublin beispielsweise ab Sommer 1917 regionale Kreis-Landwirtschaftsräte und entsprechende Gemeindekommissionen, die die jewei-

¹³⁷ Studie über die Vereinheitlichung der Verwaltung Polens, 1.5.1917, in: KAZIMIERZ WŁADYSŁAW KUMANIECKI, *Czasy lubelskie. Wspomnienia i dokumenty* (18. IV. 1916–2. XI. 1918), Kraków 1927, S. 133 f.

¹³⁸ BA Berlin, R 1501 / 119703. Protokoll der Besprechung im k.u.k. Außenministerium am 8.-10.11.1917.

¹³⁹ AGAD, 312 / 1833. MGGL an Heeresbahnkommando Radom, 8.8.1917. Im Unterschied zu diesen polnischen landwirtschaftlichen Zentralen existierte im MGGL auch noch eine Rohstoffzentrale für den Abtransport von Ressourcen, die aber direkt dem k.u.k. Armeeoberkommando unterstand und nicht polnisch war: AGAD, 312 / 1854. AOK an MGGL, 1.5.1917.

¹⁴⁰ BA Berlin, R 1501 / 119703. Protokoll der Besprechung im k.u.k. Außenministerium am 8.-10.11.1917.

ligen Ablieferungsquoten festlegten. Die Gremien wurden zwar gewählt, aber die Bestätigung ihrer Mitglieder erfolgte durch die k. u. k. Kreiskommandanten, die die Quoten kontrollieren und genehmigen mussten.¹⁴¹ Vor Ort überwachten die Besatzer weiterhin die korrekte Ernteerfassung, denn für die lokalen Kontingente waren sie nach wie vor selbst verantwortlich. Sie stellten den Erfolg deshalb notfalls mit „Zwangs- und Machtmitteln“ sicher.¹⁴²

Auch ansonsten hatten der Staatsrat und seine Organe wenig Gestaltungsmöglichkeiten. Gerne hätten sie aus dem Militärgeneralgouvernement Lublin Nahrungsmittel in die Mangelgebiete Warschau, Lodz und Dąbrowa geliefert – alle im deutschen Besatzungsgebiet gelegen –, um dort hungernde Landsleute zu unterstützen. Wien war allerdings der Ansicht, dass Deutschland deren Versorgung selbst gewährleisten müsse. Für den Staatsrat und seine Vorschläge interessierten sich die Mittelmächte nicht, stattdessen handelten sie Machtfragen untereinander und ohne dessen Beteiligung aus: Das k. u. k. Armeeoberkommando forderte vom Deutschen Reich für Lebensmittellieferungen nach Warschau entweder einen vollständigen Ausgleich aus dem aus Rumänien abtransportierten Getreide oder alternativ 10.000 Waggons Koks und 120 Waggons Textilien aus dem Generalgouvernement.¹⁴³ Warschau erhielt letztlich nichts, der Staatsrat war machtlos.

Die Versuche der Mittelmächte, eine Art „divide et impera“ in Polen einzuführen, waren in ihren eigenen Augen nicht besonders erfolgreich. Nach Ansicht des k. u. k. Armeeoberkommandos erbrachte die Tätigkeit der Bewirtschaftungszentralen „ganz unzureichende Resultate“; Ende 1917 schienen die vorgesehenen Mengen für die Armee oder das Hinterland bei weitem nicht erreichbar. Die Wiener Zentrale forderte Konsequenzen und wollte den „ihrer Aufgabe offenbar nicht gewachsenen Zentralen“ ihre Kompetenzen entziehen, da sie eine „vollständige Desorganisation der Bewirtschaftung und schwere Versorgungskrise“ befürchtete.¹⁴⁴ Das Militärgeneralgouvernement wies allerdings selbstkritisch darauf hin, dass die eigenen Leistungen ein Jahr früher auch nicht besser gewesen waren.¹⁴⁵

¹⁴¹ AGAD, 312 / 1833. Erlass des MGGL, 7.7.1917.

¹⁴² ÖStA, KA, NFA, MGG Polen / 1594. MGGL an Kreiskommandos, 14.8.1917.

¹⁴³ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56 h,i / 1035. AOK an Vertreter des Außenministeriums beim AOK, 8.8.1917; Ebenda, Ugron an Außenministerium, 9.8.1917.

¹⁴⁴ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56 h,i / 1032. Chef des Generalstabs an MGGL, 6.11.1917.

¹⁴⁵ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56 h,i / 1032. MGGL an AOK, 14.11.1917.

Den Polen war es unter den ihnen eingeräumten Bedingungen zwar nicht möglich, die Wünsche der Besatzer vollständig zu erfüllen, aber zuvor, ohne die Einheimischen, war die Nutzbarmachung des Landes auch nicht umfassender gewesen. Vor dem Hintergrund des Vorschlags, wieder zu den früheren Methoden zurückzukehren, schrieb Hans von Beseler einmal mehr vom „Grundübel unserer ganzen Politik [...], keine klaren Ziele“ zu haben;¹⁴⁶ selbst in den Augen des Generalgouverneurs erschien diese wie ein andauerndes Würfeln. Persönlich interessierte Beseler sich wie erwähnt sowieso wenig für Wirtschaft und war außerdem der ständigen Konflikte mit Berlin überdrüssig – stattdessen wollte er Innenpolitik betreiben.

Rückkehr zur Kontrolle, ab Anfang 1918

Spätestens Anfang 1918 war das Scheitern der polnischen Selbstverwaltung in den Augen der Besatzer offensichtlich: Die Lebensmittellieferungen hatten nicht annähernd die geforderte Menge erreicht. Das lag nicht zuletzt daran, dass die einheimische Administration nicht die Preise zahlen konnte, die den Bauern auf dem Schwarzmarkt geboten wurden. Zwangsmaßnahmen hatten sich die Okkupanten selbst vorbehalten – und waren für die Landwirtschaftszentralen abgesehen davon gegen die polnischen Landsleute unvorstellbar. Trotzdem waren die Landwirtschaftszentralen in den beiden Gouvernements äußerst unbeliebt, einerseits bei den Besatzern, weil sie wenig erfolgreich waren, andererseits bei den Einheimischen, weil sie als Erfüllungsgehilfen und „nützliche Idioten“ der Mittelmächte wahrgenommen wurden.¹⁴⁷ Im Februar 1918 trat daher der als übergeordnete Instanz geschaffene polnische Landwirtschaftsrat zurück, die Zentralen stellten ihre Tätigkeit ein. Als konkreter Anlass firmierten die Friedensverhandlungen mit Russland in Brest-Litowsk, in denen Deutschland und Österreich-Ungarn der Ukraine Zusagen für das Cholmer Gebiet machten, das in Polen als ureigenes Territorium betrachtet wurde.¹⁴⁸ Die Einheimischen wollten unter den von den Besatzern

¹⁴⁶ BAMA, N 30 / 56. Beseler an seine Frau, 6.1.1918. Ein ganz ähnlicher Tenor auch im Schreiben vom 2.2.1918.

¹⁴⁷ ÖStA, HHStA, PA I / 56a/1,2 / 1011. Bericht Nr. 98 des Gesandten des Außenministeriums beim MGGL, 10.9.1917. SULEJA, *Tymczasowa Rada Stanu*, S. 151.

¹⁴⁸ KINDLER, *Die Cholmer Frage 1905–1918*, S. 304–311. Für die Verstimmung der galizischen Abgeordneten in Wien: BINDER, *Galizien in Wien*, S. 499.

diktieren Bedingungen nicht mehr mit diesen zusammenarbeiten. Die beiden Generalgouvernements mussten die Organisation der Nahrungsmittelwirtschaft deshalb wieder komplett selbst in die Hand nehmen.¹⁴⁹ Gleichzeitig waren die Anforderungen aus der Heimat weiter gewachsen.

Angesichts dessen sprach sogar Hans von Beseler von einer „unsagbaren Last“, die Polen zu tragen habe. Keinesfalls würde das Land, wie in Berlin postuliert, „zu schonend behandelt“, ganz im Gegenteil sei es halb am Verhungern. Doch insbesondere die Oberste Heeresleitung sei taub gegenüber allen Mäßigungsvorschlägen. Berlin bestehe auf den harten Quoten und er habe keine Möglichkeit der Abmilderung.¹⁵⁰

Auch Wien zeigte sich mit den Bemühungen im Militärgeneralgouvernement Lublin unzufrieden. Dort wiederum schob man die Schuld an den Misserfolgen der mangelnden personellen Ausstattung zu, die viel geringer sei als im besetzten Serbien oder sogar im eigenen transleithanischen Gebiet, so dass man gegenüber den tendenziell wenig opferbereiten Polen wenig ausrichten könne – und selbst in den beiden anderen Gebieten seien die Erfolge unbefriedigend.¹⁵¹ Dies traf die Doppelmonarchie im vierten Kriegsjahr empfindlich, nachdem noch bis 1917 eine halbwegs ausreichende Versorgung mit Verbrauchsgütern gewährleistet worden war. Schuld an der Verschlechterung war zuvorderst der zusammenbrechende und überlastete Zugverkehr, der einerseits keinen vollständigen Abtransport der Lebensmittel erlaubte – auch aus Lublin –, und andererseits die Zufuhr an die Armee nicht mehr leisten konnte.¹⁵² Trotzdem war das Militärgeneralgouvernement noch im September 1918 der Ansicht, die Aufbringungsquoten steigern und mehr aus dem Land herausholen zu können; damit sollte auch ein Ausgleich für die schlechte Ernte in Rumänien geleistet werden, das sich 1917 als eine wahre Kornkammer erwiesen hatte. Die Kreiskommandanten vor Ort waren indes der Ansicht, dass Lublin gegenüber Wien zu viel verspreche und von ihnen zu viel verlange.¹⁵³

¹⁴⁹ MITZKA, Die k.u.k. Militärverwaltung in Russisch-Polen, S. 45–48; LEWANDOWSKI, Królestwo Polskie pod okupacją austriacką, 1914–1918, S. 119.

¹⁵⁰ BAMA, N 30 / 56. Beseler an seine Frau, 8.4.1918.

¹⁵¹ AGAD, 312 / 1837. Antrag der Ernteverwertungszentrale an das AOK, o. D. [Anfang 1918]

¹⁵² WEGS, Die österreichische Kriegswirtschaft, S. 129; 132.

¹⁵³ AGAD, 312 / 1840. Protokoll der Landwirtschaftssitzung in Lublin am 16./17.9. 1918. Zum rumänischen Getreide: LISA MAYERHOFER, Zwischen Freund und Feind. Deutsche Besatzung in Rumänien 1916–1918, München 2010, S. 208 f.; DAVID HAMLIN,

Wie die Deutschen im Warschauer Gebiet zog die Doppelmonarchie nach dem gescheiterten Experiment mit den polnischen Landwirtschaftszentralen die Schraube gegenüber den Einheimischen wieder an, und zwar tendenziell noch mehr als vor 1917. Zu diesem Zeitpunkt, wie bereits früher, unterschied sich die Politik für beziehungsweise in Warschau und Lublin nur unwesentlich. Beide Besatzungsmächte hatten zunächst mit recht willkürlichen Plünderungen begonnen und bauten erst danach eine Landwirtschaftsverwaltung auf. Da Wien und Berlin 1915 noch nicht mit einem längeren Krieg rechneten, war das Vorgehen eher planlos und hoffte auf freiwillige Mitarbeit der Polen. Diese war allerdings nicht gegeben, so dass bald darauf Kontingentierungen und Zwang oktroyiert wurden, um nach deren Scheitern auf eine Mitarbeit der neu und extra zu diesem Zweck geschaffenen polnischen Selbstverwaltung zu setzen. Auch das brachte freilich nicht die erwünschten Resultate und bedeutete zudem gelegentliche Aushandlungsprozesse mit den Einheimischen, die dem Gedanken einer direkten Herrschaft entgegenstanden. Deshalb kehrten wiederum beide Besatzungsregime Anfang 1918 zu einer Mischform aus Zuckerbrot und Peitsche zurück, die ohne die Mithilfe der Bevölkerung auskommen sollte – die sich allerdings auch nicht mehr zu Erfüllungsgehilfen degradieren lassen wollte.

Ihre Einbindung nach der Proklamation des Königreichs im November 1916 war vor allem eine taktische Entscheidung gewesen. Die Besatzer gaben die Kontrolle über das Land zu keiner Zeit ab, und die polnischen Organisationen erhielten keine Autonomie. Es ging nicht um eine echte Selbständigkeit oder auch nur deren Vorbereitung, sondern ausschließlich um einen effektiven Weg der Nutzbarmachung. Da dafür aber zu keinem Zeitpunkt wirklich längerfristige Pläne vorlagen, war das Vorgehen wiederum nur Ausdruck einer selbst in den eigenen Augen wenig erfolgreichen Politik von Versuch und Irrtum.

Im Umkehrschluss erlaubt die Kurzfristigkeit der Besatzungs- und Ausbeutungsmaßnahmen Rückschlüsse auf die jeweiligen Erwartungen zum Ausgang des Krieges und zur Dauer der Herrschaft in Polen – sogar über den Krieg hinaus. Der Verzicht auf konkretere mittel- oder langfristige Planungen geschah ganz bewusst, einfach weil eine definitive Entscheidung über die Zukunft Polens noch nicht gefallen war. Das verdeutlicht erneut, wie sehr die Ausrufung des Königreichs eine rein taktische Handlung war. Die Mittelmächte legten sich damit lediglich

„Dummes Geld“. Money, Grain, and the Occupation of Romania in WWI, in: *Central European History* 42 (2009), S. 451–471.

darauf fest, das Land nicht mehr direkt zu annektieren; aber ob es in den Machtbereich Deutschlands oder Österreich-Ungarns gelangen sollte – und in welcher Form – blieb weiterhin offen und sollte erst nach dem gewonnenen Krieg entschieden werden. Auf die Beute verzichten wollte keiner der beiden Bündnispartner – und zugleich keine Investitionen tätigen, die dann dem anderen zugute gekommen wären.

Die Haager Landkriegsordnung stellte dabei den Denkhorizont dar, vor dem sich die kurzfristigen Planungen entwickelten. Sie bewusst zu überschreiten oder zu ignorieren kam den Mittelmächten nicht in den Sinn. Eine „kreative“ Auslegung, die die Spielräume im eigenen Sinne großzügig interpretierte, schien möglich. Aber schon die Rekrutierung von Soldaten war in einem besetzten Feindstaat nicht erlaubt, weswegen das Königreich Polen ins Leben gerufen werden musste. Danach war dann einerseits im Innern mehr Rücksicht auf die Einheimischen geboten, andererseits entfiel für diese der Schutz, den das Völkerrecht bot. Das lieferte sie zwar nicht völliger Willkür aus, aber bestimmte Zwangsmaßnahmen, die früher nicht erlaubt gewesen waren, konnten nun gegen die formal verbündete Bevölkerung angewendet werden – wobei selbst bei diesen Grenzüberschreitungen größere Bedenken geäußert wurden, eben weil sie gegen die Landkriegsordnung verstießen: Sogar für manche Besatzer erschien die völkerrechtliche Wirksamkeit der Proklamation des Königreichs fraglich, weil die utilitaristischen und propagandistischen Intentionen so offen zu Tage traten.

Doch die Peripherie konnte sich nicht immer gegen die Zentralen der beiden Imperien durchsetzen, wenn sie auf Mäßigung und Rücksichtnahme gegenüber den Polen drängte. Warschau hatte hier mehr Spielraum und nutzte diesen auch, um Berlin und die noch radikaleren Ideen der Obersten Heeresleitung mehr als einmal abzumildern. Demgegenüber hatte Lublin den teils recht drastischen Forderungen der Militärs in Wien wenig entgegenzusetzen und wusste lediglich das Außenministerium auf seiner Seite.

So gingen die Deutschen zwar in manchen harten Maßnahmen voran, aber Österreich-Ungarn stand dem in nichts nach und zeigte durchaus eigene Initiative. In der politischen Realität gab es keine Rollenverteilung von „guter“ Habsburgermonarchie und „bösen“ Hohenzollern. Die Kriegsnotwendigkeiten ließen dergleichen nicht zu; zudem erlaubte das imperiale Selbstverständnis in der Praxis keinem der beiden Bündnispartner, hinter dem anderen zurückzustehen – selbst wenn es in den theoretischen Ansprüchen Unterschiede gab.

3. SYMBOLISCHE POLITIK. LEGITIMATIONSSTRATEGIEN VON „GERECHTER VERWALTUNG“, KULTUR UND KIRCHE

Zwischen den realpolitischen Absichten der Mittelmächte gab es keine größeren Unterschiede und ihr Vorgehen war ähnlich motiviert, aber sie umwarben die Einheimischen auf durchaus unterschiedliche Weise. Der imperiale Konkurrenzkampf, der wegen der militärischen Notwendigkeiten vielfachen Beschränkungen unterlag, war trotz der Waffenbrüderschaft keinesfalls außer Kraft gesetzt. Für die künftige Zugehörigkeit Polens zu dem einen oder anderen Reich oder dessen Einflussphäre war zwar die Meinung der Einheimischen unerheblich, aber ihre Sympathien konnten als gewichtiges Argument genutzt werden; entsprechende Bekundungen einer Nationalversammlung zugunsten Deutschlands oder Österreich-Ungarns hätten ein nur schwerlich zu ignorierendes Zeichen gesetzt. Darüber hinaus ging es ganz pragmatisch darum, die Unterstützung der Polen im Krieg zu haben. Sie waren nicht nur als Soldaten gefragt, sondern auch als Lieferanten von allerlei Rohstoffen und Lebensmitteln, auf die man kaum verzichten konnte – die sich aber mit Zwang ungleich schwerer aufbringen ließen als bei freiwilliger Ablieferung.

Es gab also vielerlei Gründe, um die Einheimischen zu werben. Darunter rangierte das Legitimitätsproblem, das durch die Wahrnehmung als reiner Aggressor und Ausbeuter entstehen würde, auf einem vorderen Platz.¹⁵⁴ Kaum einer der Besatzungsfunktionäre erkannte dies so deutlich wie Leopold von Andrian, der bereits im Juni 1915 gegenüber dem Wiener Außenministerium davon sprach, „die Herzen der polnischen Bevölkerung durch gute Behandlung und Achtung der nationalen Ansprüche und Empfindlichkeiten im täglichen Leben“ zu gewinnen.¹⁵⁵ Für ihn verband sich damit vor allem die Forderung nach einer gemäßigten Politik, die sich in einer Herrschaft auch zum Nutzen und zum Wohle der Einheimischen äußern sollte. Trotz der sprachlichen Ähnlichkeit zur modernen Theorie des „winning hearts and minds“ hat diese jedoch wenig mit Andrians Gedanken gemein.¹⁵⁶ Das Konzept entwickelte sich aus der

¹⁵⁴ Vgl. exemplarisch zum theoretischen Hintergrund: OSTERHAMMEL, Die Verwandlung der Welt, S. 664.

¹⁵⁵ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a / 918. Andrian an Burián, 23.6.1915.

¹⁵⁶ Dies im Gegensatz zu: SCHEER, Österreich-Ungarns Besatzungsmacht in Russisch-Polen, S. 546.

Bekämpfung kolonialer Aufstände nach 1945 und bedeutet nicht, gewissermaßen „nett“ zur Bevölkerung zu sein; es steht vielmehr für eine Auseinandersetzung zwischen Herrschern und ihren Gegnern in einer Zeit, in der die öffentliche Meinung das entscheidende Schlachtfeld geworden war.¹⁵⁷

Im Ersten Weltkrieg war dies noch nicht der Fall. Es ging Andrian um praktische Erleichterungen der Besatzungsherrschaft und nicht zuletzt um einen Vorteil im Wettstreit zwischen den beiden Imperien. Erst sehr viel später, ab Anfang 1917, traten die Alliierten in den Propagandakampf um Polen ein, wobei es zunächst US-Präsident Woodrow Wilson war, der sich positionierte. Formal noch neutral, aber doch mit deutlicher Sympathie und Unterstützung für die Westmächte, hielt er am 22. Januar 1917 seine berühmte „peace without victory“-Rede, in der er ein vereinigtes, unabhängiges und selbständiges Polen forderte. Die Politik der Mittelmächte und des Zarenreichs in Bezug auf das Land war ihm bekannt, und er stellte sich damit bewusst gegen die drei Imperien.¹⁵⁸ Außerdem schlug Wilson damit etwas vor, das Frankreich und England aus Rücksicht auf ihren Bündnispartner im Osten nicht fordern konnten, denn dieser betrachtete Polen nach wie vor als Teil seines Reichs. Für die Mittelmächte zog Wilsons Ansprache zu diesem Zeitpunkt allerdings keine größeren Kalamitäten nach sich, einfach weil sie sie ignorierten und keinen Bezug darauf nahmen; im Grunde hatte der amerikanische Präsident nichts anderes gefordert als die Polen selbst – und zumindest offiziell versprochen Deutschland und Österreich-Ungarn der Bevölkerung genau dies für den Fall eines Siegs, wenn sie sich auch nicht auf genaue Grenzen festlegten.

Eine „gerechte Verwaltung“

Beide Mittelmächte waren davon überzeugt, zum Vorteil Polens herrschen zu können – das zeigt auch das bereits dargestellte Selbstverständnis der Besatzer. Dies schien umso leichter, als die früheren russischen Regenten bei den Einheimischen in keinem guten Ruf standen und nicht als

¹⁵⁷ Vgl. zum theoretischen Konzept: PETER LIEB, *Guerre Révolutionnaire. Die französische Theorie zur Aufstandsbekämpfung in Algerien 1954–1962*, in: *Imperialkriege von 1500 bis heute. Strukturen, Akteure, Lernprozesse*, hg. v. TANJA BÜHRER u. a., Paderborn 2011, S. 463–481, hier S. 476.

¹⁵⁸ VICTOR S. MAMATEY, *The United States and East Central Europe 1914–1918. A Study in Wilsonian Diplomacy and Propaganda*, Princeton 1957, S. 49.

erfolgreiche Verwalter galten. Eine deutsche privatwirtschaftliche Studie, erstellt Ende 1915 für die Handelskammer Oppeln, war jedenfalls repräsentativ für die allgemeine Wahrnehmung, als sie davon schrieb, dass Polen ein reiches Land sei, dessen Entwicklung die Russen unterlassen hätten – weshalb ihnen kein Recht auf dessen Besitz mehr zukäme. Zugleich thematisierte die Denkschrift die Rivalität zum Bündnispartner, denn es sei zumindest fraglich, „ob es Österreich gelingen würde, Polen in gleicher Weise fortzuentwickeln, wie dies Deutschland tun würde.“¹⁵⁹ Derartiges Konkurrenzdenken war der Doppelmonarchie ebenfalls nicht fremd, und es ist ein sprechender Zufall, das zitierte Dokument in einem Bestand von k. u. k. Akten zu finden, weil es aus Oppeln nach Piotrków versandt worden war in der irrigen Annahme, diese Stadt stünde noch unter deutscher Besatzung.

Was die Mittelmächte den Polen bieten wollten – und zur eigenen Legitimation bieten mussten – waren die großen Linien staatlicher Entwicklung im 19. Jahrhundert, die in weiten Teilen Russisch-Polens nicht gegeben waren: eine Bürokratie, die tatsächlich verwalten konnte; der Aufbau eines Steuersystems, das auch Leistungen für die Bevölkerung ermöglichte und nicht nur Gelder an die Zentrale abführte; Infrastruktur und Industrialisierung; Rechtssicherheit und politische Mitsprache; Bürgerrechte.¹⁶⁰ Dies waren die Gesichtspunkte, anhand derer die Okkupanten ihre Leistung zeigen – oder wenigstens propagieren – mussten. Längst nicht überall waren tatsächliche Fortschritte zu erwarten, aber als Problemfelder existierten all diese Aspekte in der einen oder anderen Form in der Wahrnehmung der Besatzer und der Besetzten.

Eine unparteiische und unbestechliche Administration sahen Deutschland und Österreich-Ungarn bei sich selbst als gegeben, aber die Doppelmonarchie behauptete zudem, dass ihre Militärs in Lublin „warme Freunde der von ihnen regierten Bevölkerung“ seien.¹⁶¹ Dieser „polonophile“ Kurs war seinem Anspruch nach tatsächlich ein Alleinstellungsmerkmal und wurde von den k. u. k. Offiziellen immer wieder betont. Leopold von Andrian stellte sich vor, wie die Einheimischen die Zustände in Warschau

¹⁵⁹ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11n-o / 926. Studie des Bergrates Dr. ing. Wiliger (Kattowitz) über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russisch-Polen und dem Deutschen Reiche und die sich daraus für den Friedensschluss ergebenden Folgerungen, o. D. [Mitte/Ende 1915].

¹⁶⁰ OSTERHAMMEL, *Die Verwandlung der Welt*, S. 820.

¹⁶¹ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a - Polen / 918. Andrian an Außenministerium, 19.9.1915.

und Lublin vergleichen und ihre wahren Freunde erkennen würden: Das entzöge „den alten russophilen Tendenzen und den von Berlin und Posen aus geförderten neuen germanopolnischen Bestrebungen in Warschau den Boden unter den Füßen“ und brächte „die jetzt noch im Keime befindliche austropolnische Richtung zur Entfaltung“.¹⁶² Diese innerhalb des k.u.k. Spitzenpersonals konsensfähige Einschätzung fand ihre Befürworter außerdem unter pro-habsburgischen Polen, die sie mit propagandistischem Eifer verbreiteten und dafür auf die Unterstützung der Zensur im Militärgeneralgouvernement rechnen konnten, die entsprechende Schriften trotz des gegenüber den Deutschen kritischen Inhalts passieren ließ.¹⁶³

Andrian nannte als Vorzüge der k. u. k. Besatzung zuvorderst deren sprachliche Kompetenz, weil so viele Polen aus Galizien dort Dienst taten. Dies würde eine nationale Entfaltung im Justiz- und Bildungswesen erlauben, weil die Beamten mit den Eigenarten der Bevölkerung vertraut seien.¹⁶⁴ Diesem vorgeblich so segensreichen Wirken seiner Landsleute stellte Andrian immer wieder die deutsche Verwaltung in Warschau gegenüber, die er in den düstersten Farben schilderte; zwar sprach er ihnen nicht unbedingt die Kompetenz ab, die eigenen Ziele erfolgreich voranzutreiben, aber er diagnostizierte das dadurch verursachte polnische Leid. Diese Politik gereiche Österreich-Ungarn zum Vorteil:

„Eine gute Sache hat meines unmaßgeblichen Erachtens dieses gerade nicht Herzen gewinnende Benehmen unserer Bundesgenossen in Polen dennoch, nämlich bei allen Klassen in der Bevölkerung den Wunsch zu zeitigen, dass Polen zu Österreich-Ungarn komme u[nd]. zw[ar]. womöglich in seiner Gänze.“¹⁶⁵

Nachdem Andrian die Gefahren der deutschen Dominanz im Zweibund für die Habsburgermonarchie erkannt hatte, ließ er kaum eine Gelegenheit zur Polemik gegen den Bündnispartner aus. Dies machte ihn allerdings blind gegenüber den Defiziten der eigenen Besatzer, deren Polnischkenntnisse beispielsweise vor allem Wunschdenken blieben und sogar im Wiener Außenministerium wesentlich skeptischer gesehen wurden.¹⁶⁶

¹⁶² Ebd.

¹⁶³ Exemplarisch: MAŃKOWSKI, *Dwa systemy*, S. 5, 13 f., 21.

¹⁶⁴ PRUTSCH, *Die Polen- und Ruthenienpolitik der k.u.k. Monarchie 1911–1918* aus der Sicht Leopold von Andrians, S. 285.

¹⁶⁵ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a - Polen / 918. Andrian an Burián, 23.6.1915.

¹⁶⁶ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a - Polen / 919. Denkschrift des k.u.k. Außenministeriums (Dr. Habicht) über das MGGL, 15.5.1916.

Andrians kontrastierend gestaltete Rapporte, die dem vorgeblich militaristischen und autoritären deutschen Generalgouvernement ein habsburgisches Elysium in Lublin entgegenhielten, eigneten sich allenfalls als argumentative Munition in Verhandlungen zwischen Berlin und Wien, nicht aber als klare Analysen des Geschehens vor Ort. Insbesondere seine Sensibilität für kulturelle Symbole und Praktiken, die in den Berichten nach Wien immer wieder aufscheint, machte ihn dennoch zu einem wichtigen Propagandisten der austropolnischen Lösung.¹⁶⁷

Selbstverständlich war den Deutschen bewusst, dass ihre Maßnahmen längst nicht immer populär waren und „in Polen kein Dank zu holen“ sei. Eine 1917 veröffentlichte Schrift mit dem Titel „Zwei Jahre deutscher Arbeit im Generalgouvernement Warschau“ konzidierte dies und erklärte gleichzeitig, dass die Besatzer darauf „keinen Augenblick“ Wert gelegt hätten, „sondern von Anfang an, wie sie es aus der Heimat gewohnt war[en], die Arbeit um ihrer selbst willen geleistet“ zu haben.

„Das ernste Streben der deutschen Behörden, für das Wohl des ihrer Obhut anvertrauten Gebiets zu sorgen, trat ja auch stets so deutlich hervor, dass sich Mangel an Verständnis für diese Arbeit nur mit Mangel an Einsicht oder gutem Willen erklären ließ.“¹⁶⁸

Diese Rechtfertigung erklärte trefflich den Unwillen der Polen, sich der deutschen Herrschaft zu fügen, und erhob zugleich gegenüber Österreich-Ungarn den Vorwurf der Missgunst.

Nach dem Krieg wurde diese Argumentation noch zugespitzt, als ehemalige Angehörige des Generalgouvernements Warschau über ihre Zeit in Polen schrieben und sich dabei den Vorwürfen stellen mussten, nicht genug für die Siegesanstrengungen geleistet zu haben. 1919 erschien ein Büchlein mit dem programmatischen Titel „Die Vorteile der deutschen Okkupation für Polen“, herausgegeben von der in Berlin amtierenden Abwicklungsstelle des Generalgouvernements. In den Beiträgen kam echte Überzeugung, etwas Großes geleistet zu haben, mit Imperialismus und Rechtfertigungswünschen zusammen. Umfassende Statistiken sollten beispielsweise den Ausbau der Infrastruktur belegen und die nach Polen zurückgesandten Gelder der in Deutschland beschäftigten Arbeiter als Gewinn für das Land interpretieren.¹⁶⁹ Das Fazit war eindeutig:

¹⁶⁷ PRUTSCH, Historisches Gedächtnis in kulturpolitischer Machtstrategie, S. 71 f.

¹⁶⁸ Zwei Jahre deutscher Arbeit im Generalgouvernement Warschau, S. 6 f.

¹⁶⁹ VON WUSSOW, Die Vorteile der deutschen Okkupation für Polen, Berlin 1919, S. 10 f., 16.

„Wenn nicht noch mehr erreicht wurde, so trifft die Schuld in erster Linie hierfür Polen. Die polnische, ebenso zweideutige wie hinterhältige Politik, die [...] besonders danach strebte, sich die Tür ins Ententelager offen zu halten, erzeugte einen polnischen Passivismus, der äußerst ungünstige Rückwirkungen auf den Ausbau des polnischen Staatswesens hatte.“¹⁷⁰

Allerdings war die deutsche Verwaltung in mancherlei Hinsicht zumindest erfolgreicher als ihr Pendant in Lublin und zwang dieser mehr als einmal eine defensive, rein reagierende Rolle auf. Ein Beispiel hierfür ist die bereits erwähnte, Anfang 1916 erlassene Kreisverfassung, die als lokales Selbstverwaltungsgremium einen Kreistag (Sejmik) vorsah.

Leopold von Andrian beurteilte diese Maßnahme recht positiv, denn er rechnete den neuen Körperschaften einen gewissen Wirkungskreis „und insbesondere ziemlich weitgehende administrative und finanzielle Befugnisse“ zu – die natürlich nur dem Ziel dienen würden, eine dauerhafte deutsche Herrschaft zu sichern.¹⁷¹ Für die Doppelmonarchie bestehe nun die Notwendigkeit, nachzuziehen und ebenfalls autonome Institutionen zu schaffen.¹⁷² Doch bis dahin verging über ein Jahr,¹⁷³ selbst wenn es seit August 1916 immerhin ein städtisches Autonomiestatut gab, das Bauwesen, Verkehrswege, Wasserversorgung, Licht und Sanitätswesen in die Hände der Stadträte legte.¹⁷⁴ Dazu kam erschwerend die imperiale Konkurrenzsituation, auf die beispielsweise Hans von Beseler immer wieder hinwies. Sein Verwaltungschef Wolfgang von Kries schrieb beispielsweise voller Selbstzufriedenheit davon, wie viele der deutschen Gesetze in Lublin trotz prinzipieller Abneigungen letztlich doch aufgegriffen und übernommen worden seien – allerdings meist erst in einem Abstand von eineinhalb Jahren.¹⁷⁵

¹⁷⁰ Ebd., S. 24.

¹⁷¹ DLA Marbach, Nachlass Andrian / 78.2 [alt: 3271]. Andrian an Burián, 7.2.1916.

¹⁷² Ebd.

¹⁷³ Zur Autonomie der Städte im Militärgeneralgouvernement: MAŁGORZATA WRZOSEK, *Austriackie władze okupacyjne i samorząd miejski w Kielcach w czasie pierwszej wojny światowej (organizacja i funkcjonowanie)*, in: *Kieleckie Studia Historyczne* 13 (1995), S. 183–193.

¹⁷⁴ AGAD, 312 / 1867. Wirtschaftliche Mitteilungen der k.u.k. Warenverkehrszentrale für das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet, Nr 24, 15.10.1916, S. 11 f., mit Bezugnahme auf eine Verordnung des AOK vom 18.8.1916.

¹⁷⁵ AGAD, 532 / 10. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April 1917 bis 30. September 1917.

Andererseits musste Warschau auch politische Erfolge des Bündnispartners konzedieren, etwa als die Polen nach den ersten Stadtverordnetenwahlen im deutschen Besatzungsgebiet – wie bereits im Militärgeneralgouvernement – selbst die Bürgermeister stellen und diese Schlüsselposition nicht länger den Okkupanten überlassen wollten (vgl. zu den deutschen Bürgermeistern Tabelle 3, S. 194 f.). Beseler musste angesichts des österreichisch-ungarischen Vorbilds nachgeben, selbst wenn er „ohne jeden Zweifel hierdurch eine administrative Verschlechterung“ befürchtete. So gab es zum 1. Oktober 1917 in Lodz einen polnischen Oberbürgermeister, in Tschenstochau sogar noch früher.¹⁷⁶

Den Akteuren der Besatzung war die politische Dimension ihres Wirkens gerade in der imperialen Rivalität zum Bündnispartner nur allzu bewusst. Deutschland hatte dabei oft das bessere Ende für sich, insbesondere weil Warschau die Stadt war, in der die gesamtpolnische Politik gemacht wurde – sofern dies nicht in den Zentralen Wien und Berlin geschah. Dem Prestige des Militärgeneralgouvernements Lublin war all dies abträglich, und bereits im März 1917 befürchtete der Delegierte des Außenministeriums in dieser Stadt Auswirkungen des Bedeutungszuwachses Warschaus auf die „Mentalität der Polen“.¹⁷⁷

In der Tat waren die Deutschen bemüht, die Vorteile der Hauptstadt und ihre größeren finanziellen Mittel auszunutzen. So wurde das polnische Appellationsgericht im noblen Pałac Krasińskich untergebracht, der „nur zu leicht den Vergleich mit Lublin“ herausforderte, „der nur dann halbwegs zu Gunsten des Ansehens der [Doppel]Monarchie ausfallen könnte“, wenn auch in der Provinz entsprechend repräsentative Gebäude zur Verfügung stünden.¹⁷⁸ Doch das war nicht der Fall, das dortige Gericht sollte in einem Bau untergebracht werden, der gerade als Hospital für die Polnischen Legionen genutzt wurde – für das wiederum kein Ersatzquartier vorhanden war. Die dafür eigentlich vorgesehenen Kasernen und Baracken in Dęblin standen indes unter deutscher Kontrolle, und der Bündnispartner war nicht dazu bereit, diese aufzugeben.

¹⁷⁶ Ebd.

¹⁷⁷ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56 h,i / 1032. Hoenning an Außenministerium, 8.3.1917.

¹⁷⁸ AGAD, 312 / 256. AOK-Vertreter in Warschau an MGGL, 25.9.1917.

Tabelle 3: Deutsche Bürgermeister in den Städten des Generalgouvernements Warschau, Mitte 1916¹⁷⁹

Stadt	Einwohner ca.	Bürgermeister	Früherer Beruf
Aleksandrowo	7.000	Nakowicz	Kaufmann
Będzin	31.000	Dr. Schöter	Regierungsassessor
Błaszki	4.700	Leitgeb	Ratsmann
Błonie	8.500	Mölle (auch i. Grodzisk)	Juristischer Hilfsarbeiter
Chorzele	3.000	Richter	Redakteur
Ciechanów	10.000	Sterber	Gerichtsassessor
Czeladź	18.000	Kupka	Amtsvorsteher
Częstochowa	77.000	Dr. Knoblauch	Regierungsrat
Garwolin	6.700	Troska	Bürgermeister
Gostynin	6.000	Müller	Gutsrentmeister
Grodzisk	5.000	Mölle (auch in Błonie)	Juristischer Hilfsarbeiter
Kalisz	32.000	Von Pradzynski	Regierungsrat
Kock	4.000	Pritzsch	Bürgermeister
Koło	12.000	Geppert	Landesverwaltungs-Sekretär
Konin	9.000	Hellmann	Gemeindesekretär
Kutno	17.000	Tietz	Provinzialsekretär
Łęczyca	12.000	Romakowski	Postsekretär
Lipno	6.000	Warnack	Statistiker
Łódź	500.000	Schoppen	Oberbürgermeister Gnesen
Łomża	20.000	Graw	Rechtsanwalt
Łowicz	15.000	Lerner	Bürgermeister
Łuków	10.000	Frhr. von Bredow	Rittergutsbesitzer
Mława	13.000	Dr. Lempe	Bürgermeister
Nasielsk	4.000	Cascorbi	Gerichtsreferent
Nieszawa	2.300	Nocinski	Gendarmerie-Wachtmeister
Ostrołęka	6.000	Riemer	Bauamtman
Ostrów	12.000	Hahn	Rechtsanwalt
Ozorków	14.000	Kiefer	Bürgermeister
Płock	25.000	Wartze	Magistratsassessor
Praszka	5.000	Weber	Kaufmann

¹⁷⁹ AGAD, 532 / 7. 5. (7.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 30. September 1916.

Przasnysz	5.000	Hager	Baurat
Pułtusk	13.000	Rieß	Gerichtsassessor
Rawa	10.000	Munziger	Architekt
Rózan	2.700	Möller	Stadtbaumeister
Rypin	5.000	Hansen	Gerichtsassessor
Siedlce	31.000	Dr. Schaller	Syndikus
Sieradz	90.000	Gemander	Regierungsreferent
Sierpc	6.000	Pellengahr	Regierungsassessor
Skierniewice	12.000	Naumann	Rechtsanwalt
Słupca	4.000	Romanowski	Bürgermeister
Sochaczew	4.000	Hartsch	Gerichtsassessor
Sokołów	8.000	Schrödter	Kaufmann
Sosnowiec	85.000	Künzer	2. Bürgermeister Posen
Stoczek	2.700	Osten	Ansiedlungssekretär
Tomaszów	34.000	Werner	Amtsgerichtsrat
Turek	11.000	Beyer	Distriktskommissar
Węgrów	7.000	Grentzenberg	Gerichtsassessor
Wielun	10.000	Dr. Dwenger	Referendar
Wieruszów	6.000	Heineken	Kaufmann
Włocławek	40.000	Rauscher	2. Bürgermeister Potsdam
Wyszków	7.000	Rothe	Kreissekretär
Wyszogród	4.000	Barain	Regierungsreferent
Zambrów	4.400	Jendryke	Hotelbesitzer
Zawiercie	33.000	Dr. Peikert	2. Bürgermeister Waldenburg
Zduńska-Wola	23.000	Dr. Rösner	Juristischer Hilfsarbeiter
Żelechów	8.500	Schulze	Magistratsassessor
Zgierz	22.000	Lober	Bürgermeister
Złoczew	4.500	Genge	Gerichtsreferent
Żychlin	6.000	Pallasch	Amtsgerichtssekretär
Żyrardów	19.000	Prüfer	Rechtsanwalt

Kulturpolitik für die nationalen Interessen Polens

Neben dem Aufbau des Landes warben die Besatzer für sich mit dem Versprechen, den Polen eine kulturelle – und damit nationale – Entfaltung zu ermöglichen, die es so unter den Russen nicht gegeben hatte.¹⁸⁰

¹⁸⁰ Vgl. hierzu STEMPIN, Próba „moralnego podboju“ Polski. POLSAKIEWICZ, Warszawa im Ersten Weltkrieg, S. 78-90.

Einmal mehr waren die Deutschen mit Warschau im Vorteil, denn die größte Stadt Polens war auch dessen kulturelles, geistiges und politisches Zentrum; demgegenüber war Lublin nur von regionaler Bedeutung. Dieses Ungleichgewicht hatte sich schon früh gezeigt und sollte in der Folge immer deutlicher zugunsten der Hauptstadt ausfallen – rege gefördert von den Deutschen, denen durch die Konzentration auf ihren Verwaltungssitz zudem die Ausübung politischen Einflusses leichter fiel.

Das wichtigste Projekt war die Neugründung der Warschauer Universität in der Krakowskie Przedmieście – der einzigen in den beiden Besatzungsgebieten. Sie war 1863 von den Russen nach dem gescheiterten polnischen Januaraufstand geschlossen und 1870 als rein russischsprachiges kaiserliches Institut wiedereröffnet worden. Der Kriegsausbruch brachte eine erneute Schließung, bis im September 1915 Wolfgang von Kries den Wunsch der Einheimischen nach einer polnischen Universität artikulierte und dafür die Zustimmung Beselers erhielt. Um die Bedeutung dieser Maßnahme zu unterstreichen, beauftragte der Generalgouverneur damit Bogdan von Hutten-Czapski,¹⁸¹ der als preußischer Pole ein hohes Ansehen am Berliner Hof genoss.

Laut Leopold von Andrian hatte Beseler ihm gegenüber die Intentionen hinter der Universitätseröffnung wie folgt charakterisiert: Deutschland wolle den Polen zeigen, dass es „nicht auf ihre Unterjochung und Entnationalisierung bedacht sei, vielmehr freundschaftliche Beziehungen zum Polenthum herzustellen wünsche“.¹⁸² Neben der unzweifelhaft positiven Auswirkungen auf das eigene Image sollte zudem die örtliche Intelligenz beschäftigt und damit von revolutionären Gedanken abgelenkt werden; außerdem konnte die Bildung und Ausbildung von Fachleuten für den deutschen Wirtschaftskreislauf einen Gewinn darstellen.¹⁸³ Die Geschwindigkeit, mit der es zur Neugründung kam, war bemerkenswert: gerade zwei Monate nach den ersten Überlegungen, am 15. November 1915, zelebrierten Deutsche und Polen mit einem Festgottesdienst in der Warschauer Kathedrale die Aufnahme des Lehrbetriebs, wobei sich Beseler als Protestant dort von Hutten-Czapski vertreten ließ; er stieß erst

¹⁸¹ VON HUTTEN-CZAPSKI, Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft, S. 253 f. Vgl. zum Geschehen: ARKADIUSZ STEMPIN, Die Wiedererrichtung der Warschauer Universität. Warschau unter deutscher Besatzung, in: Kollegen – Kommilitonen – Kämpfer. Europäische Universitäten im Ersten Weltkrieg, hg. v. TRUDE MAURER, Stuttgart 2006, S. 127–146.

¹⁸² DLA Marbach, Nachlass Andrian / 78.2 [alt: 3271]. Andrian an Burián, 7.2.1916.

¹⁸³ SPÄT, Generaloberst Hans Hartwig von Beseler als Generalgouverneur in Polen 1915–1918, S. 26–33; KAUFFMAN, Warsaw University under German occupation, S. 68 f. Vgl. auch: STEMPIN, Próba „moralnego podboju“ Polski, S. 180–209.

später in der Aula zu den Feiernden, wo er die offizielle Inauguration vornahm.¹⁸⁴ Kurator der Universität wurde Hutten-Czapski, dessen zentrale Rolle als Organisator damit Anerkennung fand, Rektor der Mediziner Józef Brudziński.¹⁸⁵ Als schwierig hatte sich insbesondere die Auswahl des Lehrpersonals für die über 1.000 Studenten erwiesen, denn in Deutschland gab es so gut wie keine qualifizierten Polnisch sprechenden Akademiker; die aus dem österreichisch-ungarischen Galizien wollte Beseler möglichst vermeiden, weil er einen negativen Einfluss des Bündnispartners auf die deutschen Bemühungen um eine Selbstinszenierung als Freund der Polen befürchtete. Es kam eine Liste mit 36 Köpfen zusammen, auf der nur wenige Professoren aus Lemberg und Krakau standen, dafür mit Wilhelm Paszkowski von der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität aber immerhin ein deutscher Germanist.¹⁸⁶

Der Lehrkörper fand allgemeine fachliche Anerkennung, obwohl die teilweise jüdischen Dozenten die Kritik polnischer Antisemiten auf sich zogen; der galizische Schriftsteller Adolf Nowaczyński diffamierte beispielsweise den Historiker Marcelli Handelsman und den Literaturwissenschaftler Juliusz Kleiner und mokierte sich darüber, dass demnächst noch die theologische Fakultät „beschnitten und judifiziert sei“.¹⁸⁷

Die Universität war unzweifelhaft darauf ausgerichtet, eine neue polnische Elite zu schaffen, und gerade in den Augen der deutschen Besatzer war dies notwendig, da sie fähige und zugleich ihnen zugeneigte Menschen brauchten. Im Kriegsverlauf wurden deshalb die Kontrollen mehr und mehr gelockert,¹⁸⁸ und Anfang 1917 sah alles nach einem uneingeschränkten Erfolg sowohl auf sachlicher wie auf propagandistischer Ebene aus. Doch die hoch politisierten Studenten machten den Deutschen einen Strich durch die Rechnung. Bereits im November 1915 kam es zu einem

¹⁸⁴ KAUFFMAN, Warsaw University under German occupation, S. 70 f.

¹⁸⁵ VON HUTTEN-CZAPSKI, Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft, S. 247 f. Die einzelnen Satzungen der Warschauer Universität, der Politechnika sowie der einzelnen Fakultäten sind gedruckt in: Handbuch für das Generalgouvernement Warschau, hg. v. GINSCHERL / PALANDT, S. 325–377.

¹⁸⁶ KAUFFMAN, Warsaw University under German occupation, S. 70 f.

¹⁸⁷ In eigener Übersetzung zitiert nach: HAROLD SEGEL, Culture in Poland During World War I, in: European Culture in the Great War, hg. v. AVIEL ROSHVOLD / RICHARD STITES, Cambridge 1999, S. 58–88, hier S. 80. Zur komplizierten Errichtung der theologischen Fakultät: HEINZ LEMKE, Die Haltung der Mittelmächte zur Errichtung einer theologischen Fakultät an der Warschauer Universität, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Berlin, Gesellschaftlich-sprachwissenschaftliche Reihe 17 (1968), H. 2, S. 203–207.

¹⁸⁸ KAUFFMAN, Warsaw University under German occupation, S. 71.

Zusammenstoß mit deutschen Militäreinheiten, die die Universität betreten, weil die Studenten des Novemberaufstands von 1830 gedenken wollten; derartigen Bekundungen des Nationalbewusstseins standen die Besatzer grundsätzlich misstrauisch gegenüber, weshalb sie sich auch im Januar 1917 verärgert zeigten, als einige Hochschüler Woodrow Wilsons Ansprache vor dem amerikanischen Konsulat feierten.¹⁸⁹

Doch erst im Mai 1917 kam es zu ernsthaften Konflikten, als die Studenten der Maiverfassung von 1793 gedenken wollten. Die Deutschen verhafteten bei einer Kundgebung zwei von ihnen, woraufhin im Gegenzug ein allgemeiner Universitätsstreik ausgerufen wurde, der auch die technische Hochschule betraf. Die Besatzer reagierten mit einer Schließung der von ihnen ebenfalls wiedereröffneten Politechnika, woraufhin die Studenten die Forderung nach vollständiger Autonomie für die Universitäten überreichten. Hutten-Czapski, der als Unterhändler fungierte, teilte den Streikenden mit, dass in der Tat gerade diesbezügliche Pläne gemacht wurden.¹⁹⁰ Dies führte allerdings nicht zu einer Befriedung, denn obwohl die Studenten in die Hörsäle zurückkehrten, stellten sie die Zahlung von Studiengebühren ein und beendeten die Verhandlungen mit Hutten-Czapski. Daraufhin berief Beseler ein Treffen mit Professoren ein, bei dem er ihnen vorwarf, dass die Universitäten schlecht geführt seien und mehr Unabhängigkeit nur mehr Chaos nach sich ziehen würde – was mithin Hutten-Czapskis Leitung desavouierte. Nach weiteren gegenseitigen Brückierungen schlossen die Deutschen am 23. Juni 1917 die Universität, nachdem die Studenten der ultimativen Aufforderung zum Streikende nicht nachgekommen waren. Um dieses Debakel symbolischer Politik zu beenden, ließ Beseler die beiden – geschlossenen – Hochschulen im Herbst an den Staatsrat übergeben, der im November 1917 die feierliche Wiedereröffnung vollzog und nun die alleinige Hoheit ausübte.¹⁹¹

Dies war sicher keine Demonstration der eigenen Macht, aber angesichts der Entwicklung als eine Art Ende mit Schrecken einer weiteren Hängepartie vorzuziehen. Von der ebenso symbolträchtigen wie desaströs gescheiterten Inszenierung der Universität unterschied sich die Schulpolitik, für die Wolfgang von Kries selbst zuständig war.¹⁹² Sie sollte von

¹⁸⁹ STEMPIN, Próba „moralnego podboju“ Polski, S. 209–218.

¹⁹⁰ VON HUTTEN-CZAPSKI, Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft, S. 361.

¹⁹¹ Der Studentenstreik ist ausführlich dargestellt bei KAUFFMAN, Warsaw University under German occupation, S. 72–74.

¹⁹² Ausführlich dazu: STEMPIN, Próba „moralnego podboju“ Polski, S. 285–338; KAUFFMAN, Elusive Alliance, S. 141–164.

Anfang an vor allem als Beweis dafür herhalten, dass die Deutschen bereit wären, echte Kompetenzen an Polen abzutreten. Ganz wesentlich – und im Grunde die einzige Handlung mit Symbolwert, die andererseits aber als selbstverständlich galt – war die Abschaffung des Russischen als Unterrichtssprache. Deutsch sollte nun als Fremdsprache bereits an Volksschulen gelehrt werden, aber es kam zu größeren Verstimmungen, als die Besatzer ihr Idiom für deutsche und jüdische Schüler zur Unterrichtssprache erklärten. Tatsächlich handelte es sich dabei weniger um den Versuch einer Germanisierung der Juden, vielmehr erkannten die Okkupanten das Jiddische schlicht nicht als eigenständige Sprache an und wollten darin nur einen deutschen Dialekt sehen; im Dezember 1915 sahen sie ihren Irrtum ein und ließen den „Jargon“ zu.¹⁹³

Nach der Proklamation des Königreichs übernahm der Staatsrat die Aufsicht über die Bildung, wobei ihm die vollständige Kontrolle erst im Oktober 1917 übergeben wurde; das Generalgouvernement unterstützte lediglich weiterhin finanziell die deutschen Schulen.¹⁹⁴ Die Sprachfrage bot dabei keinen Anlass für Konflikte, denn Beseler agierte auf diesem Feld durchaus sensibel. Er hatte in den westpolnischen Städten zwar das Deutsche als Amtssprache neben dem Polnischen zugelassen – weil er damit den dortigen Minderheitenverhältnissen Rechnung tragen wollte –, lehnte dergleichen aber für Warschau ab, weil es dort in den Augen der Einheimischen „ein politisches Programm bedeuten würde“.¹⁹⁵

Die Hauptstadt als Fokus des polnischen Nationalbewusstseins brachte im Wettbewerb mit Österreich-Ungarn aber auch unabsehbare Nachteile, wenn genau dort Dinge nicht den gewünschten Erfolg zeitigten – sie erregten dann schlicht negative Aufmerksamkeit. Leopold von Andrian wies beispielsweise immer wieder auf den Hunger in der Stadt hin und stellte durchaus zutreffend fest, dass dieser das Ansehen der Besatzer beschädige.¹⁹⁶ Gleichzeitig war er voll Neid auf die Errungenschaften, die die Verwaltung des Generalgouvernements vorzuweisen hatte; er verglich das deutsche Vorgehen mit dem der Russen und versuchte vergeblich, ein Scheitern des Bundesgenossen zu erkennen. Seiner Ansicht nach sollte

¹⁹³ KAUFFMAN, *Schools, State-Building, and National Conflict in German-Occupied Poland*, S. 122–124.

¹⁹⁴ Ebd., S. 127–131.

¹⁹⁵ AGAD, 532 / 4. 2. (4.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis zum 31. Dezember 1915.

¹⁹⁶ DLA Marbach, Nachlass Andrian / 78.2.12 [alt: 3453]. Bericht über die Stimmung in Warschau, 22.10.1915.

Österreich-Ungarn mittels einer Symbolpolitik, die insbesondere dem polnischen Nationalbewusstsein schmeichelte, die Sympathien der Einheimischen gewinnen.¹⁹⁷



Abb. 6: Dritter-Mai-Feier, Umzug in der Krakowskie Przedmieście, Warschau 1916

Eine exzellente Gelegenheit dafür stellten Feierlichkeiten an den entsprechenden Gedenktagen dar, die die Möglichkeit boten, imperiale Loyalitäten und die Verbundenheit mit Kaiser und Reich zu inszenieren.¹⁹⁸ In Polen wetteiferten die Mittelmächte zudem darum, wer den Einheimischen die größeren Freiheiten bei Fest- und Feiertagen gewährte – und auf diesem Feld schien Deutschland in Führung zu gehen. So musste Andrian bereits im April 1916 nach Wien berichten, dass die geplante Feier zum polnischen Verfassungstag am 3. Mai vom Generalgouvernement Warschau „wesentlich gefördert“ würde und „größte Dimensionen“ anzunehmen drohe.

Er sah dabei die Berliner Zentrale im Spiel, die angeblich selbst die Genehmigung für einen großen Umzug gegeben habe. Der perfide Ver-

¹⁹⁷ PRUTSCH, Historisches Gedächtnis in kulturpolitischer Machtstrategie, S. 85.

¹⁹⁸ UNOWSKY, The pomp and politics of patriotism, S. 183. Unowsky untersucht imperiale Feierlichkeiten im Habsburgerreich, allerdings ohne Berücksichtigung des Ersten Weltkriegs.

bündete habe sogar Polen aus Galizien dazu eingeladen, um diese in einer nationalen Manifestation ohne jegliche austropolnische Färbung zu instrumentalisieren.¹⁹⁹ Andrian konnte mit Fürst Zdzisław Lubomirski, dem Stadtpräsidenten von Warschau, sogar einen polnischen Gewährsmann ins Feld führen, der sich „missbilligend über die augenfällige Absicht der deutschen Behörden, die Leidenschaften der unteren Volksklassen mit allen Mitteln zu entfachen“, geäußert habe. Eine derartige Instrumentalisierung der „Leidenschaften der unteren Volksklassen“ war nur dann nicht verwerflich, wenn sie der eigenen Sache diene:

„Für unsere Stellung beim hiesigen Polentum wäre es entschieden günstig, wenn die Lubliner und speziell die Krakauer Mai-Feier heuer mit besonderem Glanze, womöglich unter Beteiligung prominenter militärischer und ziviler Würdenträger, begangen werden könnten.“²⁰⁰

Die Deutschen waren dennoch erfolgreich, denn die k.u.k. Enklave auf dem Hellen Berg in Tschenstochau vermeldete Mitte Mai 1916 eine Stimmungsaufhellung bei der Bevölkerung, die vom freien Rahmen der Maifeierlichkeiten überrascht gewesen sei. Gegensätze existierten freilich immer noch, selbst wenn der Hass teilweise „künstlich hochgeschraubt“ sei und man die „Tüchtigkeit der Deutschen auf einzelnen Verwaltungsgebieten“ anerkenne.²⁰¹

Gleichzeitig war Österreich-Ungarn entgegen seiner Selbstinszenierung nicht durch besonderes Entgegenkommen gegenüber dem polnischen Nationalgefühl aufgefallen. Ganz im Gegenteil beschwerte sich ein Angehöriger des Militärgeneralgouvernements in einer anonymen Anzeige von Ende 1916 über deren Umgang mit Feiern wie etwa zum Gedenktag des Aufstands von 1863. Diese seien örtlich oft entweder ganz untersagt oder auf ein „lächerliches Minimum“ beschränkt worden, während den eigenen Soldaten die Teilnahme in jedem Fall verboten war.²⁰²

Besonders gravierend sei dergleichen, wenn man die wesentlich großzügigeren Genehmigungen des Vorjahrs betrachte, als zudem zahlreiche offizielle Repräsentanten des Militärgeneralgouvernements zugegen waren; dazu komme der negative Vergleich mit den Deutschen, die sich in

¹⁹⁹ ÖStA, HHStA. PA I, Liasse Krieg 11a - Polen / 919. Andrian an Außenministerium, 25.4.1916.

²⁰⁰ Ebd.

²⁰¹ AGAD, 312 / 57, Bl. 36. Kreiskommando Jasna Góra an MGGL, 19.5.1916.

²⁰² AGAD, 312 / 61, Bl. 99. Anonyme Anzeige beim MGGL, 1916.

jenem Jahr recht liberal gäben.²⁰³ Diese Vorgänge zeigen die Dichotomie der österreichisch-ungarischen Darstellung als multikulturelles Imperium, das nationale Selbstentfaltung in wesentlich größerem Rahmen erlaube als Deutschland. Ein solches Bild wurde gepflegt, aber es entsprach keineswegs immer der Realität, denn die eigene Stärke und die Dominanz der deutschsprachigen Zentrale über die Peripherie durften nicht gefährdet werden – und Gefährdungen gab es insbesondere in Polen zur Genüge. So gelang es nur teilweise, die eigenen machtpolitischen Ambitionen durch entsprechende Gesten zu verstecken.²⁰⁴

Dies gilt, obwohl insbesondere Leopold von Andrian keine Gelegenheit dazu ausließ, in der polnischen Hauptstadt für das Habsburgerreich zu werben. So lud er beispielsweise seinen Jugendfreund Hugo von Hofmannsthal ein, der einen Vortrag mit dem Titel „Österreich im Spiegel seiner Dichtung“ hielt. Die Veranstaltung mit dem berühmten Dichter war gut besucht und Andrian zeigte sich insbesondere deshalb hoch erfreut, weil es gelungen sei, die „tiefe Verschiedenheit des österreichischen Wesens vom Deutschen“²⁰⁵ zu zeigen – was ihm ein Herzensanliegen war.

Ende 1916 ließ sich sogar der Tod des Kaisers Franz Joseph im Sinne der Doppelmonarchie in Szene setzen: Andrian arrangierte ein Pontifikalamt im Warschauer Dom, an dem die Notabeln der Stadt teilnahmen:

„Die Trauerfeier dürfte somit nicht nur das allgemeine Gefühl der Verehrung für unseren dahingeschiedenen Herrscher dokumentieren, sondern auch den ersten feierlichen Huldigungsakt des befreiten Polens für eine der Zentralmächte, und zwar für Österreich-Ungarn in der Person von dessen unvergesslichen Monarchen, darstellen.“²⁰⁶

Und da selbstverständlich die Spitzen der deutschen Verwaltung zugegen waren – und als Bündnispartner zugegen sein mussten – waren sie ebenfalls an dieser proösterreichischen Inszenierung beteiligt.

²⁰³ Ebd. Zur Inszenierung von Feierlichkeiten, auch im imperialen Vergleich zwischen Russland und den Mittelmächten: MAGDALENA MICIŃSKA, *Gołąb i Orzeł. Obchody rocznic kościuszkowskich w latach 1894 i 1917*, Warszawa 1997.

²⁰⁴ PRUTSCH, *Historisches Gedächtnis in kulturpolitischer Machtstrategie*, S. 85.

²⁰⁵ DERS., *Die Polen- und Ruthenienpolitik der k.u.k. Monarchie 1911–1918 aus der Sicht Leopold von Andrians*, S. 285 f.

²⁰⁶ ÖStA, HHStA, Andrian an Außenministerium, 22.11.1916.

Kirchenpolitik

So wie die Deutschen mit Warschau als Hauptstadt einen Vorteil hatten, dem die Doppelmonarchie wenig entgegenzusetzen hatte, konnte diese auf einem anderen Feld punkten: der Religion. Die katholischen Habsburger verstanden sich als Herrscher über alle Katholiken, zu denen die Polen in der ganz überwiegenden Mehrheit zu rechnen waren; demgegenüber gehörte der evangelischen Kirche, für die die Hohenzollern standen, nur eine kleine Minderheit im Lande an, die zahlenmäßig sogar deutlich hinter den griechisch-katholischen, den russisch-orthodoxen und vor allem den jüdischen Polen zurückblieb. Wie sehr sich Österreich-Ungarn als Oberhirte aller Katholiken verstand, zeigte sich bereits bei der ersten Grenzziehung zwischen den beiden noch im Entstehen begriffenen Generalgouvernements im Januar 1915: Während die Stadt Tschenstochau unter deutsche Verwaltung gestellt wurde, kam die Jasna Góra, der berühmte dortige Wallfahrtsort des Paulinerklosters mit dem polnischen Nationalheiligtum der Schwarzen Madonna, unter k. u. k. Aufsicht.²⁰⁷ Somit wurde eine Exklave geschaffen, die freilich kein echtes Kreiskommando des Militärgeneralgouvernements bildete, sondern lediglich eine Art Verbindungsstelle zwischen den Mönchen und den Deutschen.

Lublin war in den folgenden Jahren stets um ein gutes Verhältnis zur katholischen Kirche bemüht und umwarb sie, um sich ihr Wohlwollen und indirekt ihren Einfluss auf die Bevölkerung zu sichern.²⁰⁸ Doch die Deutschen waren nicht gewillt, dem Bündnispartner dieses Feld einfach so zu überlassen.²⁰⁹ Als Wilhelm II. Anfang 1915 die Pauliner auf der Jasna Góra besuchte und dort 10.000 Mark für die Armen spendete, plädierte der für derartige Symbole sehr sensible Leopold von Andrian sofort für eine ebensolche Gabe Franz Josephs. Er solle das Geld allerdings direkt an die Mönche geben, damit sie es für den teuren Bauunterhalt und nach eigenem Ermessen verwenden könnten. Die Spende, die mindestens 25.000 Kronen betragen sollte – und damit über dem Betrag des imperia-

²⁰⁷ PAAA, R 21323, Bl. 134–137. Staatssekretär des Innern an Staatssekretär des Äußeren, 13.1.1915. Umfassend zur Geschichte des Klosters während des Krieges: MARIAN ROMUALD ŁAZIŃSKI, *Jasna Góra podczas wojny europejskiej 1914–1918*, Jasna Góra 1919; JAN PIETRZYKOWSKI, *Jasna Góra w okresie I wojny światowej 1914–1918*, in: *Studia Claramontana* 2 (1981), S. 410–451.

²⁰⁸ JERZY GAUL, *Austro-Węgry wobec Kościoła katolickiego w Królestwie Polskim (sierpień 1914–sierpień 1915)*, in: *Kwartalnik Historyczny* 112 (2006), S. 73–90.

²⁰⁹ STEMPIN, *Próba „moralnego podboju” Polski*, S. 343–412.

len Konkurrenten läge – würde „in der ganzen polnischen Welt einen großen Eindruck hervorrufen“.²¹⁰

Doch derlei Bemühungen, den Klerus für sich einzunehmen und dadurch die Stimmung der Polen zu beeinflussen, wurden durch die Kriegsnotwendigkeiten wieder zunichte gemacht: Die Rüstungsindustrie benötigte Metall, und dieses ließ sich aus Kirchenglocken gewinnen. Und während man dafür in der Heimat noch auf die nationale Solidarität der katholischen Kirche rechnen konnte, war das im besetzten Polen keineswegs der Fall. Die praktischen Auswirkungen der Glockenablieferung wurden noch verschlimmert, weil sie nicht auf einmal, sondern schrittweise stattfand, und so immer wieder Anlass für Verstimmung lieferte. Bereits im Herbst 1916 wiesen erste Berichte aus den Kreiskommandos des Militärgeneralgouvernements auf die negativen Effekte der Abnahmen hin, was umso ärgerlicher war, als die gewonnene Menge zunächst nicht bemerkenswert war, „dagegen der Schaden in politischer Hinsicht unverhältnismäßig groß“.²¹¹ Insbesondere auf dem Land hatte man die österreichisch-ungarischen Besatzer immerhin als katholische Glaubensbrüder wahrgenommen und ihnen ein solches Vorgehen nicht zugetraut – und musste zudem erkennen, dass die Deutschen 1916 noch keine Glocken einschmelzen ließen.²¹² Dies änderte sich erst 1917, und der Bericht eines k.u.k. Offiziers über das Generalgouvernement Warschau vermerkte Mitte 1917 nicht ohne eine gewisse Genugtuung die auch dort zu beobachtende Missstimmung.²¹³

Im Lubliner Gebiet waren bis August 1918 insgesamt 533 Glocken mit einem Gewicht von 68.844 Kilogramm abgehängt worden, was bei einer Gesamtzahl von 1.816 Stück zwar knapp einem Drittel entsprach, aber nur einem Fünftel des ermittelten Gewichts aller Glocken – man hatte sich vor allem auf die kleineren beschränkt.²¹⁴ Dennoch zwang der Metallmangel die Doppelmonarchie zu weiteren Maßnahmen, die erneut die Kirche betrafen. Diesmal ging es um Kupferdächer, aber nach einem Protest des Außenministeriums, das auf die hohe Symbolwirkung hin-

²¹⁰ Andrian an Burián, 31.3.1915, in: Leopold von Andrian (1875–1951), hg. v. PRUTSCH/ZEYRINGER, S. 254–258.

²¹¹ AGAD, 312 / 71, Bl. 172. Inspizierungsbericht des Gouvernements-Inspizierenden Radom über das Kreiskommando Opoczno, o. D. (Herbst 1916).

²¹² Ebd.

²¹³ AGAD, 312 / 1855. Reisebericht Oberleutnant Rösler für das MGGL, 15.7.1917.

²¹⁴ AGAD, 312 / 1859, Bl. 991 ff. Nachweisung über die Abnahme der letzten Glocken im MGGL, 21.9.1918.

wies, überließ das Armeeoberkommando dem Militärgeneralgouvernement die Entscheidung über das konkrete Vorgehen. So wurden bis Juli 1918 lediglich 1.400 Kilogramm Kupfer von den Dächern geholt, obwohl alleine das Paulinerkloster auf der Jasna Góra über 45.000 Kilogramm Kupferdach – und 41 Glocken – verfügte; an diesem hochsensiblen politischen Ort wurde indes gar nichts beschlagnahmt.²¹⁵



Abb. 7: Glockenrequisition im k.u.k. Militärgeneralgouvernement Lublin

Dennoch konstatierte bereits der Generalstabschef des Militärgeneralgouvernements mit einer gewissen Verbitterung, dass die Bemühungen Österreich-Ungarns um die polnische katholische Kirche weitgehend ins Leere stießen.²¹⁶ Der Klerus hielt sich betont bedeckt und vermied klare Positionen zugunsten einer der beiden Besatzungsmächte²¹⁷ – schon alleine deshalb, weil eine Rückkehr der Russen zumindest anfänglich nicht ausgeschlossen schien und die Kirche diesen gegenüber einen Treueid geleistet hatte. Die gemeinsame Religion erfüllte daher nicht den vom Habsbur-

²¹⁵ Ebd., Bl. 602 ff., MGGL an Bischof von Włocławek, 27.5.1918; Bl. 621, Bericht der Rohstoffzentrale, 3.7.1918.

²¹⁶ HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. 32.

²¹⁷ Zu diesem Ergebnis kommt auf Basis der Berichte Leopold von Andrians auch: JERZY GAUL, Rywalizacja austriacko-niemiecka o kościół katolicki w Królestwie Polskim w raportach przedstawicieli monarchii habsburskiej w Warszawie (sierpień 1915–październik 1916 r.), in: Kwartalnik Historyczny 119 (2012), S. 665–691.

gerreich erhofften Zweck als Identifikationsmittel, mit dem die Sympathien der Polen gewonnen werden konnten.²¹⁸

Mit dieser Feststellung ist trotzdem noch nichts über die Wirkungsmacht der Symbolpolitik gesagt. Selbst wenn diese in Bezug auf die Kirche nicht die von den Besatzern gewünschten Resultate erzielte, heißt das nicht zwingend, dass sie vollkommen wirkungslos gewesen ist. Eine exakte Messbarkeit der Auswirkungen von Legitimationsstrategien ist indes nicht gegeben. Natürlich nahm die Bevölkerung sämtliche Angebote der Mittelmächte gerne an, war aber gleichzeitig trotzdem unzufrieden: Die einfachen Leute litten unter den kriegsbedingten Maßnahmen, die Eliten ärgerte ihre Machtlosigkeit. Insbesondere die Novemberproklamation hatte zudem Hoffnungen bei den Polen geweckt, die sich nicht erfüllten. Die Enttäuschung hierüber saß so tief, dass weitere kulturpolitische Zugeständnisse keine Abhilfe mehr schaffen und die Divergenzen zwischen Besatzern und Besetzten überbrücken konnten.²¹⁹ Zusätzlich schärfte viele Maßnahmen im Lande die Wahrnehmung, ungerecht behandelt zu werden – weil Dinge im anderen Generalgouvernement vermeintlich vorteilhafter geregelt waren, oder weil sie die Widersprüche zwischen Versprechen und Wirklichkeit offenlegten. Außerdem ließen die Okkupanten bei allem Entgegenkommen an einer Sache keinen Zweifel: Selbst wenn es zu Missstimmung unter der Bevölkerung führte, lag die letzte Entscheidung in allen Angelegenheiten immer bei ihnen.²²⁰

Andererseits, und darauf hat zuletzt Jesse Kauffman hingewiesen, zeigen beispielsweise die Schul- und Universitätsfragen, dass die Maßnahmen der Besatzer längst nicht nur der einseitigen Machtentfaltung dienten, sondern durchaus auf einheimische Wünsche und Forderungen eingegangen beziehungsweise darauf reagiert wurde. Kauffman hat in seinen Studien diese Tatsache mehr als einmal belegt und bemerkt zugleich, wie sehr die bisherige Forschung dazu neigt, gerade den Deutschen in Osteuropa eine Durchsetzungskraft zu unterstellen, die diese gar nicht hatten.²²¹ Ihre Möglichkeit dazu wurde zudem durch die Rivalität der beiden Imperien begrenzt, denn der Wettbewerb untereinander erforderte immer wieder Konzessionen an die Bevölkerung, um nicht hinter dem

²¹⁸ SCHEER, Österreich-Ungarns Besatzungsregime im Königreich Polen unter besonderer Berücksichtigung von Religions- und Kultusfragen (1915–1918), S. 197.

²¹⁹ STEMPIN, Deutsche Besatzungsmacht und Zivilbevölkerung in Polen im Ersten Weltkrieg, S. 158 f.

²²⁰ Ebd., S. 156.

²²¹ KAUFFMAN, Warsaw University under German occupation, S. 67.

Bündnispartner zurückzustehen; gleichzeitig war es ein echter Erfolg, wenn die eigene Politik von diesem übernommen wurde bzw. dort eine Reaktion evozierte. Umgekehrt bedeutete Symbolpolitik aber auch, auf den Alliierten Rücksicht zu nehmen, wenn dessen Status akut gefährdet war: Der Wiener Außenminister Czernin argumentierte Anfang 1917 in Berlin gegen Veränderungen in Polen zugunsten Deutschlands, weil dies „das Ansehen der österreichisch-ungarischen Monarchie“ ebenso bedrohe wie „das Prestige des jungen Kaisers, das nicht bereits in der ersten Regierungszeit einer allzu schweren Belastung ausgesetzt werden dürfe“.²²² Reichskanzler Bethmann Hollweg zeigte dafür Verständnis und übernahm Czernins Bitte in seine eigene Stellungnahme.

In diesem Sinne hatte Symbolpolitik für die Zeitgenossen wahrnehmbare Auswirkungen. Wenn man die drei hier untersuchten Bereiche betrachtet, lagen die Vorteile eher auf deutscher Seite. In kulturellen und religiösen Fragen entwickelte sich eine Art Patt, das sich etwa in den offensichtlichen Rückschlägen wie Glockenabnahmen oder Studentestreiks manifestierte; bei der „gerechten Verwaltung“ musste die Doppelmonarchie aber ein ums andere Mal die Erfolge des Verbündeten anerkennen: Dieser hatte zumindest Strukturen geschaffen, die ihm einen effizienten Zugriff auf die Ressourcen des Landes ermöglichten. Gleichzeitig wurden die eigenen Bemühungen, als freundlicher und entgegenkommender Besatzer wahrgenommen zu werden, nur als Schwäche ausgelegt.²²³ Auch bei dieser Bewertung handelte es sich freilich um subjektive Einschätzungen während des Krieges und unmittelbar danach; eine objektive Analyse der tatsächlichen „Leistungen“ der Verwaltung war dem nicht vorangegangen.

Entsprechende Perzeptionen des imperialen Rivalen lösten allerdings die Befürchtung aus, im Wettbewerb um das Ansehen bei der Bevölkerung ins Hintertreffen geraten zu sein, weshalb ihr weitere Zugeständnisse gemacht werden mussten. Angesichts einer solchen Politik entwickelten die Polen, deren Sympathien weder besonders deutlich dem einen noch dem anderen Besatzer zuneigten, sondern vor allem der Unabhängigkeit galten, im Laufe der Zeit einiges Geschick darin, die konkurrierenden Interessen der Mittelmächte für ihre Zwecke auszunutzen und sie gegen-

²²² BA Berlin, R 1501 / 119710, Bl. 26 f. Bethmann Hollweg an Beseler, 17.1.1917. Abschrift.

²²³ Stellvertretend für die interne österreichisch-ungarische Kritik: AGAD, 312 / 78, Bl. 185–191. Bericht des Gm. Ebenhöf über die Wahrnehmungen im besetzten Russisch-Polen, 29.12.1916.

einander auszuspielen.²²⁴ Auf diese Weise erweiterten sich die Handlungsspielräume der einheimischen Eliten während des Krieges tatsächlich.²²⁵

4. DIE DURCHSETZUNG VON HERRSCHAFT ZWISCHEN KOOPERATION UND REPRESSION

Für die Einheimischen ergaben sich trotz aller Pläne der Mittelmächte zur Inbesitznahme und Ausbeutung Polens vor allem deshalb gewisse Freiheiten und Gestaltungsmöglichkeiten, weil die Besatzer das Land nicht ohne ihre Hilfe beherrschen konnten. Allerdings waren weder Deutschland noch Österreich-Ungarn an politischer Gleichbehandlung interessiert, sondern nur an der Verwaltung eines Imperiums. In diesem Sinne sollten Tendenzen zur Kooperation nicht mit versuchter oder auch nur gescheiterter sozialer Integration verwechselt werden; weder fand diese statt, noch war sie beabsichtigt. Die kontrollierte Delegation von Macht drückte lediglich den Versuch aus, lokale Gefolgschaft zu sichern und für die eigenen Zwecke nutzbar zu machen. Dabei war es gerade die Kontrolle durch die Zentralen in Berlin und Wien, die eine horizontale Integration im besetzten Polen verhinderte, einfach weil diese im Widerspruch zur fremd gelenkten Herrschaft stand.

Allerdings wurde Loyalität durchaus gesucht – und in diesem Sinne kann man von vertikaler Integration sprechen –, etwa indem Soldaten rekrutiert wurden oder Einheimische in der Verwaltung in nachrangigen Funktionen dienten. Zumindest eine Kooperation mit den lokalen Eliten war dafür unerlässlich.²²⁶ Um eine partielle Zusammenarbeit sicherzustellen, wurden verschiedenste Maßnahmen angewandt. Je nachdem, ob etwa adlige Gutsbesitzer, städtische Beamte oder Bauern überzeugt werden sollten, variierten die Methoden. Für die jeweils erwünschte Form der Kooperation gewährten die Besatzer beispielsweise echte Befugnisse oder Geld, griffen andererseits aber auch auf Repression zurück, wenn die

²²⁴ Beispielhaft ein Brief des Hauptrettungskomitees (Główny Komitet Ratunkowy), das dem Militärgeneralgouvernement Lublin die vorgeblich so effiziente deutsche Verwaltung in der Ernährungsfrage vorhielt: AGAD, 312 / 214, Bl. 404–410. Główny Komitet Ratunkowy an MGGL, 23.5.1916.

²²⁵ PRUTSCH, Die Polen- und Ruthenienpolitik der k.u.k. Monarchie 1911–1918 aus der Sicht Leopold von Andrians, S. 288.

²²⁶ Zum imperialismustheoretischen Hintergrund von Elitenkooperation: OSTERHAMMEL, Die Verwandlung der Welt, S. 613 ff.

gewünschten Resultate nicht eintraten: Die Vielfalt des Zwecks bedingte die der Mittel.

In diesem Kapitel wird untersucht, auf welche Art Deutschland und Österreich-Ungarn Zugeständnisse machten; noch wichtiger ist aber die Frage danach, auf welche Weise sie ihren Herrschaftsanspruch im Konfliktfall durchsetzten. Gleichwohl kann hier keine vollständige Darstellung des Mit- und Gegeneinanders von Polen und Mittelmächten erfolgen. Vielmehr geht es darum, die Unterschiede beziehungsweise Gemeinsamkeiten im Vorgehen der beiden Besatzer zu zeigen, gerade im Vergleich mit der deutschen Herrschaft in Ober Ost. Die dortigen Militärs waren der Ansicht, dass die Bevölkerung kaum für eine Zusammenarbeit geeignet sei – und danach auch nicht gesucht werden sollte. Entsprechend war die Kooperation für die Einheimischen nicht attraktiv: Sie hatten beispielsweise ohne Entschädigung in der Verwaltung des Landes tätig zu werden und durften Ämter weder ablehnen noch niederlegen.²²⁷

Formen der Zusammenarbeit im besetzten Polen

Zentrale Gremien für die Mitarbeit der Einheimischen waren nach der Proklamation des Königreichs der Staatsrat sowie der Regentschaftsrat.²²⁸ Der Provisorische Staatsrat (*Tymczasowa Rada Stanu*) konstituierte sich am 14. Januar 1917 mit 25 Mitgliedern, von denen zehn vom k.u.k. Militärgeneralgouvernement nominiert worden waren, die anderen vom deutschen Generalgouverneur.²²⁹ Beide griffen auf Honoratioren und namhafte Politiker zurück, ohne freilich eine Wahl des Rats anzustreben. Józef Piłsudski, für die militärischen Belange zuständig, wurde schnell die treibende Kraft dieser Versammlung. Die Mittelmächte hatten sich mit der Ausrufung des Königreichs vor allem Soldaten für ihre Armeen erhofft, aber – und dies ist später noch zu zeigen – es kam zu vielfachen Konflikten insbesondere mit Piłsudski, der die Hoheit über die Truppen

²²⁷ VEJAS GABRIEL LIULEVICIUS, *Das Land Ober Ost im Ersten Weltkrieg. Eine Fallstudie zu den deutsch-litauischen Beziehungen und Zukunftsvorstellungen*, in: „Kollaboration“ in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert, hg. v. JOACHIM TAUBER, Wiesbaden 2006, S. 118–127, hier S. 123 f.

²²⁸ Vgl. zu deren Arbeit und Personal: WINNICKI, *Rada Regencyjna Królestwa Polskiego i jej organy, 1917–1918*.

²²⁹ Umfassend zum Staatsrat: WŁODZIMIERZ SULEJA, *Próba budowy zrębów polskiej państwowości w okresie istnienia Tymczasowej Rady Stanu*, Wrocław 1981; DERS., *Tymczasowa Rada Stanu*.

nicht abgeben wollte. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen verließ der spätere polnische Staatschef das Gremium im Juli, und am 25. August 1917 traten die übrigen Mitglieder zurück und lösten den Rat auf.

Tatsächlich hatte der Staatsrat nur wenige Befugnisse. Er war berechtigt, Anträge an die Besatzer zu formulieren, durfte selbst aber keine Gesetze erlassen; die von ihm beschlossenen Anordnungen traten lediglich in Kraft, wenn Warschau und Lublin – bzw. das Armeeoberkommando in Wien – sie bestätigten.²³⁰ Insbesondere im Bereich der Wirtschaft fürchteten Deutschland und Österreich-Ungarn eine Abhängigkeit vom Staatsrat, wenn sie diesem Kompetenzen übertragen: Es hätte dann entweder ein freier Marktpreis für die benötigten Ressourcen gezahlt werden müssen oder man wäre auf die Effizienz der einheimischen Institutionen bei der Beschaffung angewiesen gewesen – traute diesen gegenüber den eigenen Landsleuten aber nicht die dafür notwendige Härte zu.²³¹

Umgekehrt war der Staatsrat nicht gewillt, seine Machtlosigkeit einfach zu akzeptieren, und nutzte zumindest das ihm gewährte Forum für Diskussionen über die Zukunft des Landes. Zudem bedeutete für viele Polen die Kooperation mit den Mittelmächten nicht die Festlegung auf eine Monarchie als künftige Staatsform – selbst wenn dies das erklärte Ziel der Besatzer war.²³² Letztere mussten dies hinnehmen, obwohl sie insbesondere die weltfremden Forderungen nach einem freien Polen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer schwerlich akzeptieren konnten, denn das hätte Abtretungen ihres Staatsgebietes bedeutet. Anders als in Ober Ost, wo die Bevölkerung keinerlei Mitsprache hatte, zeigten sich in Polen die Fallstricke imperialer Loyalitätssuche, bei der die geförderte Nationalisierung gegen Russland ungewollt Unabhängigkeitsbestrebungen weg von den Mittelmächten stimulierte.²³³

²³⁰ AGAD, 312 / 66. Änderung der Allgemeinen Grundlage für die k.u.k. Militärverwaltung Polen, 18.12.1916.

²³¹ AGAD, 312 / 1851. Studie des MGGL über die Vereinheitlichung der Verwaltung Polens, mit Anmerkungen des AOK, 20.3.1917.

²³² Am Beispiel von Ludwik Kulczycki, einem Verfechter der austropolnischen Lösung, verdeutlicht dies: SULEJA, *Polish democratic thought during the First World War*, S. 105.

²³³ Die Mittelmächte waren über diese Unabhängigkeitsbestrebungen genau informiert und versuchten immer wieder – erfolglos – diese zu beeinflussen: GAUL, *Niemieckie służby wywiadowczo-informacyjne wobec radykalnego ruchu niepodległościowego w Królestwie Polskim 1914–1918*; GAUL, *Służby wywiadowczo-informacyjne Austro-Węgier. Die Wertung als großmannssüchtige Träumereien auch bei demokratischen deutschen Parteien*: BEHRENS, *Der Mythos der deutschen Überlegenheit*, S. 406.

Ein besonderes Problem stellte das für die Doppelmonarchie dar, wo die galizischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten am 28. Mai 1917 gemeinsam eine Deklaration verabschiedeten, die ebenfalls für die polnische Nation einen Zugang zum Meer forderte und sich mit den Ideen des Staatsrats solidarisch erklärte.²³⁴ Zusätzlich verschärfend wirkten in dieser aufgeheizten Debatte die Exilpolen in Westeuropa, die mit vergleichbaren Ansprüchen an die Öffentlichkeit gingen und so – teils intentional, teils unintentional – für die Interessen der Entente agierten.²³⁵

Doch trotz zahlreicher Konflikte waren weder Besatzer noch Besetzte an einem vollständigen Scheitern der Zusammenarbeit interessiert. Der scheidende Provisorische Staatsrat hatte deshalb noch eine Vorbereitende Kommission eingesetzt, die den Weg für einen künftigen Staatsrat bereiten sollte (Komisja Przejściowa Tymczasowej Rady Stanu). Sie amtierte vom 28. August 1917 bis zum 1. Februar 1918, und mit Vizekronmarschall Józef Mikułowski-Pomorski (1868–1935), dem Sprecher des Kronmarschalls Stanisław Bukowiecki (1867–1944) sowie dem Bankier Kazimierz Natanson (1853–1935) gehörten ihr nur noch drei Personen an – die geringe Zahl machte die Kontrolle für die Besatzer leichter. Gleichwohl erhielt diese kleine Gruppe nach und nach mehr Kompetenzen übertragen, als sie früher der Staatsrat gehabt hatte, unter anderem im September 1917 für Justiz und einen Monat später für Bildung.²³⁶

Am 12. September 1917 wurde zudem der Regentschaftsrat (Rada Regencyjna) ins Leben gerufen, dem mit dem Warschauer Stadtpräsidenten Zdzisław Lubomirski (1865–1943), dem Warschauer Erzbischof Aleksander Kakowski (1862–1938) sowie dem Politiker Józef Ostrowski (1850–1922) ebenfalls nur drei Mitglieder angehörten, die die Vorbereitende Kommission vorgeschlagen hatte. Deren Kompetenzen übernahm der Regentschaftsrat zum 1. Februar 1918 und behielt sie bis Kriegsende, als er am 7. Oktober zunächst die Unabhängigkeit Polens erklärte und am 25. Oktober mit Józef Świeżyński (1868–1948) zudem den ersten Ministerpräsidenten ernannte, der nicht der Bestätigung durch die Besatzer bedurfte;

²³⁴ BINDER, Galizien in Wien, S. 495.

²³⁵ ROLAND GEHRKE, Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche gegenüber Deutschland im Zeitalter des europäischen Nationalismus, Marburg 2001, S. 267–282. Für eine geographische Umsetzung der polnischen Gebietsansprüche und die Geographie als gegen-imperiale Wissenschaft: STEVEN SEEGL, Mapping Europe's borderlands. Russian cartography in the age of empire, Chicago 2012, S. 246–253.

²³⁶ Verordnungsblatt für das General-Gouvernement Warschau 84 (19.8.1917) und 87 (20.9.1917).

er hatte in Jan Kucharzewski (1876–1852), Antoni Ponikowski (1878–1949) und Jan Steczkowski (1862–1929) drei Vorgänger gehabt, die trotz der Nominierung durch den Regentschaftsrat weitgehend vom Wohlwollen der Okkupanten abhingen. Die letzte Amtshandlung des Rats war die Ernennung Piłsudskis zum Kommandeur der polnischen Armee am 11. November 1918, was außerdem den Auftrag zur Bildung einer Regierung beinhaltete; bis heute wird dieses Datum in Polen als Unabhängigkeitstag gefeiert.



Abb. 8: Der Regentschaftsrat, 27.10.1917: Józef Ostrowski, Aleksander Kakowski, Zdzisław Lubomirski und der Sekretär Zygmunt Chęłmicki.

Doch bevor es soweit war, hatte Deutschland – und nur Deutschland – die Arbeit von Regentschaftsrat und polnischen Ministerien maßgeblich finanziert und diesen 1918 rund 30 Millionen Mark zugestanden.²³⁷ Früher war auch der Staatsrat angemessen bezahlt worden, wobei insbesondere dessen Beschäftigte auf höherer und mittlerer Ebene eine gute Entlohnung und zudem gesonderte Lebensmittelzuteilungen erhielten.²³⁸ Diese Großzügigkeit stand einerseits für das grundsätzliche Interesse an dieser Form institutioneller Zusammenarbeit. Andererseits war Geld ein

²³⁷ CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 129.

²³⁸ SULEJA, *Tymczasowa Rada Stanu*, S. 59; SIBORA, *Dyplomacja Polska w I wojnie światowej*, S. 276 f.

Mittel, um sich politische Sympathien zu kaufen und die polnischen Eliten zu korrumpieren. So schätzte der Gesandte des Wiener Außenministeriums in Lublin Anfang Oktober 1917 die Eignung Jan Steckis (1871–1954), der ab November 1917 Innenminister in mehreren polnischen Kabinetten werden sollte, wie folgt ein:

„Was Herrn Stecki betrifft, so wäre auch ich der Ansicht, dass eine längere Probezeit als Ressortminister nur nützlich wäre, sein austrophiles Bekenntnis habe ich allerdings schon lange für aufrichtig gehalten, seine aktivistische und zentralmächtefreundliche Bekehrung ist aber neueren Datums und mit der ihm eingeräumten einflussreichen und sehr einträglichen (auf 60.000 Kronen jährlich sich belaufende) Stellung als Präsidenten des polnischen Wirtschaftsrates vielleicht nicht ohne Zusammenhang.“²³⁹

Trotz derartiger Kandidatenauswahl kam es 1918 nicht mehr zu einer erneuten Berufung eines Staatsrats. Zwar gab es bereits am 7. Januar jenes Jahres einen Vorschlag des Regentschaftsrats, der ein Parlament mit 110 Abgeordneten vorsah – davon 43 durch den Regentschaftsrat ernannt, 55 gewählte und zwölf qua Amt entsandte Vertreter der Religionsgemeinschaften, der zwei Warschauer Universitäten und des Obergerichts; die gewählten Mitglieder sollten von den Kreistagen sowie den Städten Warschau, Lodz und Lublin nominiert werden.²⁴⁰ Allerdings konnten sich die Besatzer mit dem Regentschaftsrat nicht auf die Kompetenzen des Staatsrats verständigen, selbst wenn das Berufungsverfahren grundsätzliche Zustimmung fand. Zu unterschiedlich waren die Vorstellungen, was den Abgeordneten erlaubt sein sollte – und diese Vorstellungen variierten insbesondere zwischen den Mittelmächten, die erneut in einen Konkurrenzkampf darüber gerieten, wer von beiden freundlicher zu den Einheimischen wäre.

Rein praktisch wurden die Verhandlungen zusätzlich dadurch erschwert, dass Lublin oder das Wiener Armeeoberkommando nicht daran teilnehmen konnten, sondern sämtliche Entscheidungen über den Ballhausplatz liefen.²⁴¹ Das hinderte die k.u.k. Militärs allerdings nicht daran, in grundsätzlichen politischen Fragen trotzdem ihre Meinung kundzutun. Sie lehnten beispielsweise den von Warschau gebilligten²⁴² Vorschlag des

²³⁹ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56b / 1020. Delegierter des Außenministeriums in Lublin an Außenministerium, 2.10.1917.

²⁴⁰ AGAD, 312 / 476. Gesetz über den Staatsrat des Königreichs Polen, 7.1.1918 (Übersetzung des Originalentwurfs des Regentschaftsrats).

²⁴¹ AGAD, 312 / 477. Telegramm AOK an MGGL, 24.6.1918.

²⁴² Ebd., Telegramm k.u.k. Staatsratsdelegierter in Warschau an MGGL, 24.6.1918.

Regentschaftsrats für ein Landtagswahlgesetz ab – dieser Landtag hätte als Parlament für die beiden Generalgouvernements die Nachfolge des Staatsrats antreten sollen. Sie sahen darin eine Anerkennung der polnischen Souveränität, die ihre eigenen Prärogative als Okkupationsmacht beschränkt hätte. Das Wiener Außenministerium folgte grundsätzlich dieser Beurteilung, wollte aber die Polen nicht brüskieren und schlug ihnen deshalb eine Änderung vor, die das aktive und passive Wahlrecht „nur um die [sic] eigenen Interessen des Landes“ willen einschränkte; allerdings war dies nur eine Empfehlung, an die man die Zustimmung nicht koppelte, um nicht hinter dem Bündnispartner zurückzustehen.²⁴³

Hier und in anderen Fällen war es Österreich-Ungarn, das Zugeständnissen weitaus kritischer gegenüberstand als das Generalgouvernement Warschau. Deutschland war nicht alleine auf Machterhaltung und -entfaltung fixiert, sondern durchaus zu Konzessionen bereit, die über die Bereitschaft der Doppelmonarchie hinausgingen und einen echten Verzicht auf Herrschaftsmittel bedeuteten. Dies war allerdings eine Entwicklung des letzten Kriegsjahres, als die Mittelmächte mehr denn je auf die personellen und materiellen Ressourcen der eroberten Gebiete angewiesen waren und immer deutlicher wurde, dass Zwangsmaßnahmen alleine nicht den gewünschten Erfolg brachten. So hatte Beseler zwar im April 1918 einige Wünsche des Regentschaftsrats zurückgewiesen, der Kompetenzen im Bereich von Wirtschaft und Finanzwesen übernehmen wollte – mit der Begründung, dass die polnische Frage nach wie vor nicht endgültig geklärt sei und keine Präjudizien geschaffen werden dürften.²⁴⁴ Andererseits traf er aber durchaus Vorbereitungen zur Übergabe der nicht für die Kriegsanstrengungen relevanten Verwaltungszweige und teilte den Kreischefs polnische Beamtenkandidaten oder Ärzte zu, die vor Ort Aufgaben übernehmen sollten.²⁴⁵

Im ganzen Monat Mai 1918 liefen zwischen den Mittelmächten Verhandlungen über die konkrete Ausgestaltung polnischer Eigenstaatlichkeit, in die auch die einheimischen Gremien eingebunden waren. Am 25. Mai stand das Schlussprotokoll, im dem sich die Bündnispartner auf die Übergabe der öffentlichen Verwaltung „in weitestem Umfange“ verständigt hatten. Einschränkungen sollten nur noch „aus militärischen

²⁴³ Ebd., Aktenvermerk MGGL, 28.7.1918.

²⁴⁴ PAAA, R 21607, Bl. 265 f. Verwaltungschef GGW an Staatssekretär des Innern, 27.4.1918.

²⁴⁵ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56b / 1023. Ugron an Außenministerium, 29.4.1918.

Gründen, aus kriegswirtschaftlichen Gründen [oder] in finanzieller Hinsicht bezüglich der Vergütung der Aufwendungen für die Okkupationsverwaltung“ gelten, was Berlin wesentlich großzügiger auslegte als Wien.²⁴⁶ Deshalb identifizierte der Gesandte des Ballhausplatzes in Warschau, Stephan von Ugron (1862–1948), der sich wie sein Vorgänger Leopold von Andrian als Sachwalter polnischer Interessen gerierte, einerseits „große und weitgehende Zugeständnisse“, andererseits wiederum „nur einzelne Detailaufgaben“, die die Einheimischen jetzt ausüben durften.²⁴⁷

Insgesamt war die Zusammenarbeit von großer Ungleichheit geprägt. Die Besatzer waren nie an gleichrangigen Partnern interessiert, sondern mehr oder weniger ausschließlich an willfähigen Erfüllungsgehilfen. Nur in diesem Sinne durften Staats- und Regentschaftsrat sowie die noch machtvolleren Minister tätig werden, zumal deren Personal teilweise als wenig geeignet charakterisiert wurde. Hans von Beseler stand etwa Erzbischof Kakowski sehr kritisch gegenüber, wozu auch der Gegensatz evangelisch-katholisch beigetragen haben dürfte;²⁴⁸ für ihn war Kakowski ein „klägliches Angsthasen“ und ein „schwankendes Rohr“.²⁴⁹ Vor dem Hintergrund derartiger Animositäten nahmen die Mittelmächte die Vorschläge und Wünsche der polnischen Gremien gewissermaßen nur zur Kenntnis, um sie dann je nach Gefallen zu genehmigen oder abzulehnen. Wegen dieser Hierarchien ohne echte Integration oder Machtdelegation war freilich der Anreiz für die Einheimischen, die imperiale Herrschaft mitzutragen, sehr gering. Andererseits stellte für Österreich-Ungarn und Deutschland die Kooperation auf staatlicher Ebene nur einen Teil ihrer Bemühungen dar, die Bevölkerung für ihre Zwecke einzuspannen – es war weder der erste noch der wichtigste Versuch, Polen für sich arbeiten zu lassen.

Essentieller als nicht als bedeutsam erachtete Verwaltungszweige zu übertragen war einheimische Unterstützung in den kriegswichtigen Bereichen Landwirtschaft, Finanzen oder Heereswesen, selbst wenn hier von vornherein eine echte Machtübergabe ausgeschlossen war. Die Bedingun-

²⁴⁶ PAAA, R 21349, Bl. 181–186. Schlussprotokoll über die Beratungen der Vertreter der Okkupationsmächte, betreffend die Übergabe der Verwaltung an den polnischen Staat, 23.-25.5.1918.

²⁴⁷ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56b / 1023. Ugron an Außenministerium, 26.5.1918.

²⁴⁸ STEMPIN, Deutsche Besatzungsmacht und Zivilbevölkerung in Polen im Ersten Weltkrieg, S. 159–162.

²⁴⁹ BAMA, N 30 / 55, Bl. 114. Beseler an seine Frau, 23.9.1917.

gen dafür waren insbesondere im Generalgouvernement Warschau denkbar schlecht, denn eine der ersten Amtshandlungen Beselers hatte 1915 darin bestanden, jegliche polnische Selbstverwaltungsbestrebungen zu unterbinden – obwohl vor allem wegen der 1915 spontan gegründeten einheimischen Gremien ein weitgehend geregelter Übergang von der russischen zur deutschen Herrschaft möglich gewesen war.

Doch der Generalgouverneur war sogar so weit gegangen, trotz expliziter Warnungen seiner Berater einzelne Verhaftungen engagierter, aber den deutschen Kontrollbestrebungen kritisch gegenüberstehender Polen zu veranlassen. Nicht zuletzt hatte Beseler am 12. September 1915 das Centralny Komitet Obywatelski aufgelöst, obwohl seit Anfang Februar sechs Gouvernements-, 46 Kreis-, 160 Landgemeinde- und 65 städtische Komitees, überwiegend finanziert durch Spenden, die Lebensmittelversorgung organisiert, Schulen, Kinderheime, Volksküchen und Arme unterstützt sowie teilweise Gesundheitsfürsorge und Saatgetreideverteilung übernommen hatten.²⁵⁰

Diese Maßnahme sorgte für große Missstimmung unter der Bevölkerung und Enttäuschung bei den engagierten Bürgern, zumal Beseler in einem Bericht nach Berlin noch Ende Juli 1915 die Erfolge dieser Komitees unter „verwaltungstechnisch und wirtschaftlich [...] sehr schwierigen Verhältnissen“ betont und ihnen sogar „Gemeinsinn und große Fähigkeit zur Selbstverwaltung“ attestiert hatte. Seine Entscheidung begründete er deshalb nicht mit mangelnden Resultaten der Gremien, sondern mit deren politischer Unzuverlässigkeit und der mangelnden rechtlichen Grundlage, die ihrer Arbeit zugrunde lag.²⁵¹ Auch hierbei ging es also um Machtfragen, und 1915 war Deutschland noch nicht zu der Einsicht gekommen, dass es Herrschaft nicht ohne ein Mindestmaß an einheimischer Unterstützung ausüben konnte. Darin lag ein wesentlicher Unterschied zu Österreich-Ungarn, das zwar nicht grundlegend anders mit den Polen umging, aber – insbesondere vor dem Hintergrund des Vielvölkerreichs und Galiziens – die Fallstricke einer derartigen Politik wesentlich klarer identifizierte und immer wieder auf die Notwendigkeit einer Kooperation hinwies.

Das deutsche Vorgehen war dennoch erratisch, denn Beseler war sich für die Ebene der Kommunalverwaltung durchaus bewusst, wie sehr diese

²⁵⁰ CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 116–118; VON HUTTEN-CZAPSKI, *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*, S. 250 f.

²⁵¹ AGAD, 532 / 2, Bl. 11. 2. Vierteljahrsbericht der Zivilverwaltung für Russisch-Polen für die Zeit vom 26. April 1915 bis zum 20. Juli 1915.

auf den Beamten aufbaute, die bereits zu russischer Zeit für den Staat gearbeitet hatten. Sie sollten zwar streng überwacht werden, doch nur wenige von ihnen erschienen offensichtlich unzuverlässig oder inkompetent. Vor allem aber, und das galt für die Bürgerkomitees genauso, gab es gar nicht genug deutsches Personal, das ihre Aufgaben hätte übernehmen können.²⁵² Manche der polnischen Politiker blieben daher im Amt und machten Karriere, wie beispielsweise der erwähnte Regentschaftsrat Fürst Zdzisław Lubomirski, ein Großgrundbesitzer und promovierter Jurist, der im Zarenreich aufgewachsen war und der von den aus Warschau abziehenden Russen im August 1915 den Auftrag erhalten hatte, die Stadt zu verwalten. Lubomirski, der schon vorher in der städtischen Politik aktiv gewesen war, übernahm diese Aufgabe mit großem Engagement.

Die Deutschen entfernten ihn nicht aus dem Amt, obwohl sie ihn durchaus kritisch sahen und einerseits als antirussisch, andererseits als deutschfeindlich charakterisierten. Aber, wie es in einem Bericht des Auswärtigen Amts hieß, weil „er sich den neuen Verhältnissen nach Kräften anzupassen sucht und fleißig arbeitet, auch der Energie nicht ermangelt, dürfen wir froh sein, diesen Spross einer alten historischen Familie an dieser Stelle zu sehen“.²⁵³ Lubomirski erfreute sich unter den Warschauern einer großen Popularität, weil er sich als echter Verfechter ihrer Anliegen erwies. Umgekehrt zollten ihm die Besatzer ihren Respekt, indem sie ihn 1916 offiziell zum Stadtpräsidenten machten.

Dieses Umwerben war von Erfolg gekrönt, Lubomirski entwickelte sich zu einem – vorsichtigen – Befürworter eines Anschlusses Polens an die Mittelmächte, wobei er eher zu Deutschland als zu Österreich-Ungarn tendierte; Leopold von Andrian, dem dies gar nicht behagte, charakterisierte ihn deswegen gegenüber Wien als vom Bündnispartner korrumpiert und wenig kompetent, denn seine Bedeutung reiche „weit über seine Begabung hinaus“.²⁵⁴ Doch weder er noch Anfeindungen polnischer Sozialdemokraten²⁵⁵ konnten Lubomirskis Aufstieg in den Regentschaftsrat und seine zentrale Rolle im besetzten Polen verhindern. Das Beispiel zeigt, dass die Besatzer zwar keine klare Linie in Bezug auf die Koopera-

²⁵² AGAD, 532 / 1, Bl. 8. 1. Vierteljahrsbericht der Zivilverwaltung für Russisch-Polen für die Zeit vom 5. Januar bis zum 25. April 1915.

²⁵³ PAAA, R 22243. Bericht des Auswärtigen Amts über eine Reise nach Warschau, 11.8.1915.

²⁵⁴ DLA Marbach, Nachlass Andrian / 78.2 [alt: 3287]. Andrian an Burián, 14.5.1916.

²⁵⁵ Biblioteka Narodowa, Warschau [im Folgenden: BN], DŹS IS 5 Cim, B13180307. Flugblatt der Polnisch-litauischen Sozialdemokratie, 21.6.1916, Warschau.

tion mit den Einheimischen verfolgten, aber aus eigenem Interesse immerhin bereit waren, den Kommunen – und manchen, ihnen genehmen Politikern – gewisse Eigenständigkeiten zu erlauben.²⁵⁶ Aus diesem Antrieb heraus schufen die Deutschen im Sommer 1916 ein Wahlsystem für Städte und Gemeinden, das eine gewisse Partizipation ermöglichte und zugleich den Einfluss etwa von Sozialisten klein hielt. Vorbild dafür war interessanterweise das österreichische Galizien, in dem ein Kurienwahlrecht die besitzenden Eliten privilegierte und den ukrainischen Bevölkerungsteil von der Macht fernhielt.²⁵⁷ Daran orientierten sich die sechs Wahlklassen des neuen Systems, von denen jede die gleiche Anzahl an Delegierten für die Ratsversammlungen stellte – in Warschau etwa jeweils 15 Abgeordnete.²⁵⁸ Männer über 25 und besonders wohlhabende Frauen durften wählen, wobei die Einteilung sich an Berufe und Steueraufkommen koppelte und wie folgt aussah: In der ersten Kurie wählten Landbesitzer; in der zweiten Unternehmer, in der dritten Akademiker, in der vierten Handwerker und Kleinunternehmer, in der fünften Mieter, die Steuern zahlten, in der sechsten alle anderen.²⁵⁹

Demokratisch im heutigen Sinne war das natürlich nicht, denn die große Mehrheit der Bevölkerung blieb auf eine Kurie beschränkt und stellte damit genauso viel Delegierte wie die wenigen Landbesitzer oder Großunternehmer – in Lodz erhielten so die beiden populären sozialistischen Parteien nur zwei von 60 Stimmen.²⁶⁰ Zudem war niemand in mehreren Kurien wahlberechtigt und musste immer in der höchsten Kurie wählen, für die er berechtigt war. In einem beabsichtigten Nebeneffekt diskriminierte das System auch die Juden, was den angenommenen polnischen Antisemitismus bedienen sollte: „Da tatsächlich die weitaus überwiegende Mehrheit der Juden Handel oder Gewerbe treibt, ist eine jüdische Mehrheitsbildung in den übrigen Kurien ausgeschlossen.“²⁶¹

So gab es keine dem Bevölkerungsteil der Juden angemessene Repräsentanz, obwohl diese in vielen größeren Orten sogar die Mehrzahl der

²⁵⁶ KAUFFMAN, *Elusive Alliance*, S. 108–113.

²⁵⁷ OKEY, *The Habsburg monarchy, c. 1765–1918*, S. 288; BINDER, *Galizien in Wien*, S. 185–190; Grodziski, *Sejm krajowy galicyjski*.

²⁵⁸ Zu Warschau und seinem Stadtrat: POLSAKIEWICZ, *Warschau im Ersten Weltkrieg*, S. 72–78.

²⁵⁹ CHU u. a., *A Sonderweg through Eastern Europe?*, S. 326.

²⁶⁰ POLONSKY, *The Jews in Poland and Russia*, Bd. 2, S. 15.

²⁶¹ AGAD, 532 / 8. 6. (8.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. Dezember 1916.

Einwohner stellten. Es kam nur in Ausnahmefällen zu jüdischen Mehrheiten in Stadträten, etwa in Będzin oder Siedlce, während in Lodz 25 Juden, 27 Polen und acht Deutsche gewählt wurden.²⁶² Ihre Intention wollten die Deutschen allerdings nicht als Antisemitismus verstanden wissen:

„Die Bestimmung ist mit Rücksicht auf die in Polen herrschenden Verhältnisse unvermeidlich und bedeutet auch keine Differenzierung der Juden aus religiösen Gründen, sondern erreicht ihr Ziel dadurch, dass sie an eine tatsächlich vorhandene jüdische Gewohnheit anknüpft, von der sich aber jeder Jude freimachen kann.“²⁶³

Unabhängig davon betrachtete Beseler die Wahlen als einen großen Erfolg seiner Politik, denn er beobachtete ein Ansteigen polnischen Engagements. Gerade in Warschau, wo sich der Stadtrat als eine Art polnisches Ersatzparlament sah, kam es allerdings immer wieder zu Konflikten mit den Besatzern. So waren diese gar nicht erfreut darüber, als ihnen die Stadtväter im Frühjahr 1917 die Schuld für die desaströse Haushaltslage zuschieben wollten.

Das Generalgouvernement sah darin eine „Entstellung der Tatsachen“, denn schließlich hatten die Russen die Wertbestände von Stadt und Banken beim Rückzug geplündert und erst die Deutschen überhaupt eine Stadtverwaltung eingerichtet und diese nach Kräften unterstützt.²⁶⁴ Deshalb war Wolfgang von Kries nicht bereit, auf die monatliche Kostenersatzung von 250.000 Mark für die Verpflegung der Besatzungstruppen zu verzichten; sie sei durch das Kriegsrecht gedeckt, da die Ausgaben den Investitionen der Besatzer entsprächen. Im Übrigen sei es normal, Requisitionen erst nach Kriegsende zu ersetzen.²⁶⁵

Die Gesamthöhe der finanziellen Mittel der Selbstverwaltungen war mit den Besatzungsbehörden nicht verhandelbar, und auch bei deren Verteilung setzten sie enge Grenzen; insbesondere wollten sie keine personelle Aufstockung, weil Beseler befürchtete, dass vor allem galizische Beamte eingestellt würden, die dann die Stimmung im Generalgouverne-

²⁶² AGAD, 532 / 9. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. März 1917.

²⁶³ AGAD, 532 / 8. 6. (8.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. Dezember 1916.

²⁶⁴ Archiwum Akt Nowych, Warschau [im Folgenden: AAN], 1 / 20, Bl. 27 f. GGW an Magistrat der Stadt Warschau, 10.3.1917.

²⁶⁵ Ebd.

ment zugunsten der Doppelmonarchie beeinflussen konnten.²⁶⁶ So erarbeitete beispielsweise in Łuków selbstverständlich der deutsche Kreiskommandant Ende 1916 persönlich den Haushaltsplan in Höhe von 434.000 Mark. Er erläuterte ihn dann der Kreisversammlung mit sechs Vertretern des Großgrundbesitzes, sechs aus der Bauernschaft und drei aus den Städten und bat pro forma um Zustimmung. Immerhin waren die Erträge so hoch, dass keine Transportsteuer erhoben werden musste und sogar Zahlungen an die Frauen von im Feld auf russischer Seite kämpfenden Soldaten möglich waren.²⁶⁷ Die Versammlung hatte wenig echte Entscheidungsbefugnis, aber immerhin Mitspracherecht bei immer mehr Sachentscheidungen. Das waren insbesondere solche, in denen ihre praktische Mithilfe notwendig war, etwa wenn es darum ging, als Vermittler zur Landbevölkerung zu agieren.

Im k. u. k. Militärgeneralgouvernement kämpfte man mit ganz ähnlichen Problemen bei der Kooperation mit der Bevölkerung: Einerseits war sie notwendig, andererseits wollte man die Kontrolle behalten. Verständlicherweise gelang eine praktische Zusammenarbeit immer dann besonders gut, wenn echte gemeinsame Interessen gegeben waren. Einer dieser tendenziell seltenen Fälle war die Wiederbesiedlung der von lang andauernden Kriegshandlungen verwüsteten und entvölkerten Kreise Chełm, Hrubieszów und Tomaszów ganz im Osten des Königreichs Polen. Die einheimischen Vertreter waren zwar skeptisch, ob sich überhaupt Freiwillige dafür finden ließen, sahen aber insbesondere Flüchtlinge aus Wolhynien als geeignet an. Ihnen sollte als Starthilfe und Anreiz Baumaterial und Saatgut zur Verfügung gestellt werden. Nur so könnten möglichst viele herrenlose Grundstücke der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden – dies und die Wiederinbesitznahme polnischen Landes waren weder bei Besatzern noch Besetzten umstritten.²⁶⁸

Auf lokaler Ebene ergaben sich indes ähnliche Schwierigkeiten. Das Kreiskommando Jędrzejów war im Sommer 1916 beispielsweise wenig begeistert, als es mit der polnischen Handelszentrale zusammenarbeiten sollte. Begründet wurde dies mit den „üblen Erfahrungen mit dem polnischen Hilfskomitee“ – also jenem Gremium, das Beseler ein Jahr zuvor im deutschen Besatzungsgebiet aufgelöst hatte. Das Komitee habe üblicherweise „einen höchst präpotenten Standpunkt“ eingenommen, was

²⁶⁶ BA Koblenz, N 1711 / 4, Bl. 107. Manuskript von Kries' „Deutsche Polenpolitik im Weltkriege“, Kapitel 4: „Finanzwesen.“

²⁶⁷ BAMA, PH 30-II / 36. Protokoll der Kreisversammlung in Łuków, 13.12.1916.

²⁶⁸ AGAD, 312 / 1831. Protokoll einer Sitzung zur Besiedlung, 7.9.1916.

auch von der Handelszentrale zu erwarten sei. Eine Kooperation erscheine deshalb nicht sinnvoll: „Wer die Psyche der hiesigen Bevölkerung kennt, weiß, dass das Ansehen der Verwaltung nur dann erhalten werden kann, wenn dieselbe für die ihm untergebene Bevölkerung unantastbar ist.“²⁶⁹

Angesichts derartiger, durchaus typischer Einschätzungen von Seiten der Besatzer überrascht die positive Beurteilung der Ernteverwertungszentrale. Unter k.u.k. Aufsicht betrieb diese in den 23 Kreisen des Militärgeneralgouvernements insgesamt 118 Magazine, an denen die Bauern ihre Ernte abliefern mussten. Vor Ort zuständig waren Polen oder Juden, meist ehemalige Polizisten oder Soldaten.²⁷⁰ Diese hatten 1917 mit ganz ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie bei den rein österreichisch-ungarischen Aufbringungsaktionen in den Jahren zuvor, weil die passive Resistenz der Bauern kaum zu überwinden war. Lublin hatte aber so viel Einsicht und auch Größe, gegenüber Wien das Scheitern der Ablieferungskampagne nicht den für seine Zwecke arbeitenden Einheimischen zuzuschreiben. Stattdessen betonte man das systemimmanente Problem, dass die Erzeuger schlicht nicht daran interessiert waren, ihre Ernte zu den von der Doppelmonarchie festgelegten Preisen abzugeben. So sei an den unbefriedigenden Ergebnissen nicht die Kooperation mit Polen und Juden schuld, es müsse vielmehr „bei Ausschaltung der Mitwirkung der Bevölkerung etwa durch Umkehr zum alten System ein Misserfolg erwartet werden“.²⁷¹

Der Umgang mit widerständischem Handeln

Die positive Beurteilung der Ernteverwertungszentrale durch das Militärgeneralgouvernement Lublin war insofern eine Ausnahme, als die Zusammenarbeit von Besatzern und Besetzten oft nicht besonders gut funktionierte. Das lag manchmal an ökonomischen Fallstricken, meist aber an den unterschiedlichen Erwartungen der beiden Seiten. Und wenn es doch einmal klappte, mussten die Mittelmächte echte Zugeständnisse machen oder zumindest finanzielle Leistungen erbringen, was nur selten in ihren Absichten lag. Deswegen blieb auch die Elitenkooptation in die Administration eine eher symbolische Ausnahme und auf wenige wohlgesonnene Adlige beschränkt. Auch erfuhr die Politik der Mittelmächte nur

²⁶⁹ AGAD, 312 / 215, Bl. 523 f. Kreiskommando Jędrzejów an MGGL, 16.8.1916.

²⁷⁰ AP Lublin, 660 / 21, Bl. 172–176. Verzeichnis der Magazine der EVZ, o. D. [1918]

²⁷¹ AGAD, 312 / 380. MGGL an AOK, 14.11.1917.

selten echte Unterstützung, wie sie etwa der – wenig einflussreiche – deutschfreundliche „Klub der polnischen Staatsmänner“ (Klub Państwowców Polskich) unter Władysław Studnicki (1867–1953) zu organisieren versuchte.²⁷²

Die beiden Kaiserreiche stießen vielfach auf ablehnendes Verhalten, das ihren Plänen im Wege stand, denn ihre Ziele stimmten kaum mit denen der Einheimischen überein, was deren Unzufriedenheit schürte. Letztlich brachten die Mittelmächte in Polen selbst die Kräfte hervor, die sich 1918 gegen sie wandten.²⁷³ Das beste Beispiel hierfür ist sicher Józef Piłsudski, der als Kommandeur der Polnischen Legionen von diesem Posten Mitte Juli 1916 zurücktrat, weil er keine ernsthaften Absichten der Mittelmächte erkennen konnte, einen selbständigen polnischen Staat zu gründen, in dem er eine wichtige Rolle zu spielen gedachte. Zwar war er in der ersten Jahreshälfte für den Staatsrat erneut als Leiter des Heereswesens tätig, legte diese Funktion aber nieder, als die Legionen einen Treueid schwören sollten, der das Bündnis mit den Heeren der Mittelmächte beinhaltete; Piłsudski verlangte von den Legionären, diesen Schwur nicht zu leisten, und wurde deshalb von den Deutschen vom 22. Juli 1917 bis Kriegsende in Danzig, Berlin und Magdeburg interniert. Damit konnte er sich als wahrer Vertreter polnischer und antiimperialer Interessen in Szene setzen – im Gegensatz etwa zum Regentschaftsrat –, was eine wichtige Grundlage für seine spätere Legitimation als Staatsherr bildete.²⁷⁴

Drastische Formen offiziellen Protests konnten nicht auf Milde der Besatzer hoffen. Als in der Stadtverordnetenversammlung in Lodz Anfang 1918 die „verworfenen doppelzüngigen Politik der Zentralmächte“ kritisiert wurde, verhängte das Generalgouvernement eine Geldstrafe von 100.000 Mark und ließ zudem einzelne Abgeordnete verhaften, denen ein militärgerichtliches Verfahren gemacht wurde.²⁷⁵ Andererseits konnten selbst linke Parteien wie die Polnische Sozialistische Partei (Polska Partia Socja-

²⁷² WŁADYSŁAW STUDNICKI, Reale Bedingungen für ein polnisch-deutsches Bündnis, Beuthen 1918. Siehe auch: IGNACY PAWŁOWSKI, Klub Państwowców Polskich, czyli germanofile w pierwszej wojnie światowej (VII 1916–VII 1917), in: *Zeszyty Naukowe WAP, Seria Historyczna*, 1967, S. 138–145, 15/48.

²⁷³ Zu dieser grundlegenden Tendenz von Imperien: OSTERHAMMEL, *Die Verwandlung der Welt*, S. 668 f.

²⁷⁴ HEIDI HEIN, *Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926–1939*, Marburg 2002, S. 45.

²⁷⁵ PAAA, R 21602, Bl. 144. Delegierter des AA beim GGW an AA, 27.2.1918. Ausführlich hierzu und v. a. zu Demonstrationszügen in Lodz: PAAA, R 21603, Bl. 19–28. Bericht des Polizeipräsidenten Lodz, 21.2.1918.

listyczna) oder die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy) und ihre jeweiligen Abspaltungen an den Wahlen teilnehmen – selbst wenn sie immer wieder in Flugblättern die Besatzer, deren Politik²⁷⁶ und die mit ihnen zusammenarbeitenden Organe kritisierten.²⁷⁷

Auch im Militärgeneralgouvernement Lublin wurden unliebsame Gegner militärgerichtlich verfolgt, so etwa der im Kreis Włoszczowa tätige Priester Teofil Rzepczyński, der Anfang 1918 die Herrschaft der Mittelmächte wie folgt charakterisiert hatte:

„100 Jahre waren wir unter russischer Knechtschaft und jetzt will man uns eine neue Knechtschaft aufzwingen. Diejenigen, die uns Freiheit versprochen haben, haben uns verraten und preisgegeben, sie haben uns beraubt und knechten uns mit Hunger und viele Leute sterben auch Hungers; das sind Verräter, die uns ganz zugrunde richten wollen. Sie fühlen sich stark, aber Gott gebe, dass über sie dasselbe Elend hereinbreche, wie über die Russen und dass sie sich gegenseitig zerfleischen wie diese.“²⁷⁸

Das Kreiskommando hielt ein Einschreiten vor allem deswegen geboten, „weil die bäuerliche Bevölkerung bisher von revolutionären Ideen fast unberührt blieb, durch Hetzreden von der Kanzel aber gewiss leicht zur Auflehnung gegen die bestehende Ordnung getrieben werden kann.“²⁷⁹ Ganz ähnlich ging die Doppelmonarchie etwa gegen den Priester Stanisław Głabiński aus Stromiec vor, der sich gegen Denunziationen bei der Besatzungsmacht gewandt hatte.²⁸⁰ Weitgehend hilflos standen die Mittelmächte indes kollektiver Resistenz gegenüber. Bereits Anfang 1915 stellte beispielsweise das Militärgeneralgouvernement Lublin fest, dass sich die Bevölkerung nicht in Einwohnerverzeichnisse eintragen lassen wollte, weil sie eine Einberufung zum Kriegsdienst befürchtete: „Die Bauern am

²⁷⁶ Siehe exemplarisch: BN, DŹS IS 5 Cim, B13152817. Flugblatt der PPS, 27.6.1917, Warschau; BN, DŹS IS 5 Cim, B13143815. Flugblatt der PPS, Juli 1917, Warschau; BN, DŹS IS 5 Cim, B13863873. Flugblatt der Polnisch-litauischen Sozialdemokratie, März 1917, Warschau.

²⁷⁷ BN, DŹS IS 5 Cim, B13180307. Flugblatt der Polnisch-litauischen Sozialdemokratie, 21.6.1916, Warschau. Für die politischen Einstellungen gegenüber den Deutschen: STADTMÜLLER, *Polskie nurty polityczne wobec Niemiec w latach 1871–1918*, S. 249–303.

²⁷⁸ AGAD, 312 / 470, Bl. 236. Kreiskommando Włoszczowa an MGGL, 19.2.1918. Übersetzung im Dokument.

²⁷⁹ Ebd.

²⁸⁰ AGAD, 312 / 352, Bl. 400 f. Posten Stromiec an Feldgendarmarieabteilungskommando Radom, 11.6.1917.

flachen Lande entzogen sich der Eintragung [...] durch Flucht und tagelanges Verweilen in den Wäldern.“ In der Stadt Lublin selbst war der Magistrat nicht willens, die Maßnahme umzusetzen und musste erst „energisch“ dazu gezwungen werden, die Listen anzulegen.²⁸¹ Insbesondere in ländlichen Gegenden war passiver Widerstand gegen Anordnungen der Besatzer immer wieder zu beobachten und durchaus erfolgreich. Im Juni 1917 meldete das Kreiskommando in Włoszczowa Probleme bei der Durchsetzung seiner Autorität gegenüber den Bauern. Diese weigerten sich mehrheitlich, Pferdegespanne zur Verfügung zu stellen, und flüchteten beim Herannahen der Gendarmerie in die Wälder. Ähnlich war es bei der Erstellung eines Verzeichnisses der Anbauflächen: Die Landbevölkerung verweigerte schlicht die Auskunft über die ihr gehörenden Grundstücke – weil danach die abzuliefernde Ernte bestimmt wurde –, und entsprechende Register waren nicht vorhanden. So war das Kreiskommando machtlos, denn die vorhandenen Polizisten und Soldaten reichten bei weitem nicht aus, um Strafmaßnahmen durchzusetzen.²⁸²

Włoszczowa war in dieser Hinsicht repräsentativ für das Militärgeneralgouvernement.²⁸³ Harte oder gar gewaltsame Kollektivstrafen waren politisch nicht erwünscht, von der Haager Landkriegsordnung verboten und darüber hinaus nicht im Denkhorizont der Besatzer etabliert. Lublin reagierte deshalb auf die Aufsässigkeit der Bauern mit Einquartierungen in den betroffenen Dörfern, wo die Truppen dann beherbergt und gepflegt werden mussten. Dies geschah Ende Juli 1917 beispielsweise in den Weilern Żabno, Dragany, Giełczew und Tarnawa, wobei das zuständige Kreiskommando in Krasnostaw über so wenig Soldaten verfügte, dass die Einquartierung nacheinander in diesen Orten stattfinden musste.²⁸⁴

Sinnvoller schien angesichts des Personalmangels und der politischen Situation sowieso die Überzeugungsarbeit: Das Wirtschaftsinspektorat in Lublin war der Ansicht, „dass weit bessere Resultate erzielt werden könnten und dass die bestehende Resistenz nach und nach sich vollständig legen würde, wenn eine rücksichtsvollere Behandlung der Leute und ein verständnisvolleres Eingehen auf die Eigenart der einheimischen Bevölkerung Platz greifen würde“.²⁸⁵ Insbesondere die Kreiskommandanten hätten aber wenig Verständnis für dieses Prinzip „des gütlichen Einverneh-

²⁸¹ AP Lublin, 242 / 85, Bl. 55. Kreiskommando Lublin an MGGL, 3.2.1915.

²⁸² AGAD, 312 / 1601. Kreiskommando Włoszczowa an MGGL, 27.6.1917.

²⁸³ Siehe die zahlreichen ähnlichen Vorgänge in AGAD, 312 / 1601.

²⁸⁴ AGAD, 312 / 248. MGGL an Kreiskommando Krasnostaw, 22.7.1917.

²⁸⁵ AGAD, 312 / 245. Wirtschaftsinspektorat I an MGGL, 17.6.1917.

mens und tunlichster Vermeidung von roher Gewalt“; wenn man ihnen diese verbiete, so die Argumentation, würden die Polen sich vollkommen passiv verhalten und so gute Ergebnisse bei den verschiedenen Aktionen verhindern.²⁸⁶ Und in der Tat erwiesen sich lokale Behörden insbesondere 1918 als renitent und missachteten ganz offen die Autorität der Besatzer. In Lublin beispielsweise verteilte ein städtischer Miliziant für den Abtransport nach Österreich bestimmte Lebensmittel gratis an die Bevölkerung. Die Geldstrafe, die dem Magistrat auferlegt wurde, betrug 16.280 Kronen.²⁸⁷

Diese österreichisch-ungarische Herangehensweise wurde vom Generalgouvernement Warschau weitgehend geteilt. Hans von Beseler beklagte sich zwar nicht über die Zurückhaltung seiner Untergebenen, war aber im Sommer 1917 ebenfalls der Ansicht, dass „die Missstimmung auf dem Lande im Zunehmen begriffen“ sei, was „in hohem Grade durch die Art der Ausführung [...] durch die unteren Organe“ bedingt würde, die „Widerstände und Konflikte“ schaffe.²⁸⁸ Es gehe nicht an, wenn „unsere Unterbeamten aber Missfallen durch ein brüskes und barsches Benehmen, womit sie der Bevölkerung imponieren wollen, erregen“ und damit einer „deutschfeindlichen Stimmung“ Vorschub leisteten. Es sei wichtig, keine Konflikte zu erzeugen, sondern ganz im Gegenteil mit den Polen ohne Konfrontation auszukommen.²⁸⁹ Trotzdem kam es immer wieder zu Willkürakten, beispielsweise wenn die Polizei ein Pferd beschlagnahmte, weil der Besitzer es nicht freiwillig zur Musterung gebracht hatte.²⁹⁰

Unter diesen Verhältnissen waren sogar Streiks möglich und kamen häufig vor. Während der Okkupation forderten beispielsweise Eisenbahnarbeiter, polnische Angehörige der Stadtverwaltung und der Theater, Angestellte in Krankenhäusern, Wasser- und Kanalarbeiter mehr Geld und stabile Preise.²⁹¹ Ende November 1917 hatten die Warschauer städtischen Beschäftigten an den Magistrat eine Reihe von Forderungen ge-

²⁸⁶ Ebd.

²⁸⁷ Politischer Bericht des Chefs des Zivillandeskommissariats, März 1918, in: *Spółczesność polskie w świetle raportów politycznych austro-węgierskiego Generalnego Gubernatorstwo Wojskowe w Polsce 1915/1918*, hg. v. GAUL / NOWAK, S. 275 f. (Dokument 106).

²⁸⁸ AGAD, 314 / 16. Beseler an Kriegsrohstoffstelle, 7.8.1917.

²⁸⁹ Ebd.

²⁹⁰ AP Płock, 324 / 5, Bl. 51. Polizeistrafsache. Kreischef Plock, 13.8.1918.

²⁹¹ MARJAN KURMAN, *Z wojny 1914–1921. Przeżycia, wrażenia i refleksje mieszkańca Warszawy*, Warszawa 1923, S. 294.

richtet, die dieser aber zunächst ablehnte und auf Januar vertagte; ad hoc wurde lediglich eine Weihnachtszulage von 800.000 Mark gewährt. Als es am 15. Januar dann zum Generalstreik kam, forderten die Arbeiter 4 Millionen Mark. Und obwohl bei der Lebensmittel- und Wasserversorgung deutsche Soldaten als Streikbrecher eingesetzt und Kundgebungen durch das Militär unterdrückt wurden, erfüllten die Deutschen dann doch weitgehend die Forderungen; am 23. Januar war der Ausstand beendet.²⁹²

Seit Juli 1915 waren im Generalgouvernement immer wieder Streiks zu beobachten. Ihre Zahl nahm mit fortschreitender Kriegsdauer zu – alleine zwischen April und September 1918 kam es zu 36 Lohnverhandlungen. Kompromisse waren vor allem in den kriegswichtigen Bergwerken im Südosten die Regel, wobei 1917/18 zusätzlich Lebensmittel geliefert und Kooperativen gegründet wurden. Für die 36 Streiks im Sommer 1918 konnte Christian Westerhoff ermitteln, dass das Generalgouvernement den Forderungen sechs Mal gänzlich und 19 Mal teilweise nachgab und es nur bei neun Streiks zu keinem Ergebnis kam.²⁹³

Im Militärgeneralgouvernement Lublin war die Situation nicht wesentlich anders. Als dort beispielsweise im Juli 1917 in sämtlichen Gruben des Bergamts Dąbrowa die Arbeiter in den Ausstand traten, waren die einzigen Maßnahmen, die die k. u. k. Administration unternahm, ein Stopp des Arbeitsvermittlungsamts, damit dieses die dringend benötigten Bergleute nicht zu anderen Beschäftigungen einteilte.²⁹⁴

Die Verhandlungsposition der Doppelmonarchie war ausgesprochen schlecht: Einerseits war sie angesichts des Kohlemangels auf die Lieferungen aus Polen angewiesen; andererseits traf der Stillstand der Betriebe die Bergleute nur bedingt, denn die meisten von ihnen hatten Verwandte auf dem Land, bei denen sie sich mindestens zeitweise versorgen lassen konnten. So mussten die Bedingungen der Streikenden weitgehend erfüllt werden, um zwei Wochen später die Förderung wieder aufnehmen zu können. Die Arbeiter hatten nun pro Tag neun statt vorher zehn Stunden zu arbeiten (sie hatten acht gefordert), sollten bessere und mehr Verpflegung erhalten, und ihnen standen zudem Lohnerhöhungen zwischen 20 und 80 Kronen monatlich zu.

²⁹² PAAA, R 21601. Bl. 113–118. Verwaltungschef GGW an Reichsamt des Innern, 3.2.1918: Verlauf des Streiks in den städtischen Betrieben und des Generalstreiks in Warschau.

²⁹³ WESTERHOFF, Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, S. 278 f.

²⁹⁴ AGAD, 312 / 247. Kreiskommando Dąbrowa an Zentralarbeitsvermittlungsamt Lublin, 7.7.1917.

Wesentlich härter traf die k.u.k. Kriegswirtschaft, dass in den Gruben teilweise nur noch 20 Prozent der Beschäftigten zur Arbeit erschien, weil die anderen zu ihren Familien zurückgekehrt waren.²⁹⁵ In dem Maße, in dem die Besatzer auf die Kooperation der Besetzten angewiesen waren, verbot sich Gewalt, um Resistenz und Widerstand zu brechen. Deshalb blieb auch im Februar 1918, als der Friedensvertrag mit der Ukraine und die darin vorgesehene Abtretung des Cholmer Lands zu einem Generalstreik in Lublin und Radom sowie zu Demonstrationen führten, nur übrig, Sicherheitsvorkehrungen für die eigenen Amtsgebäude zu veranlassen – und ansonsten zuzuschauen.²⁹⁶

Gewalt und Gegengewalt

Jede Herrschaft hat den Anspruch auf das Gewaltmonopol. Und bei allem – taktischen – Wohlwollen, das die Mittelmächte den Polen entgegenbrachten, war ihre Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt gerade in Kriegszeiten natürlich niedriger als im Frieden und in der Heimat. An dieser Stelle soll nun nicht auf die Sanktionen bei Zuwiderhandlungen gegen Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft – vor allem also Ablieferungspflichten – eingegangen werden, dies wird im nächsten Kapitel ausführlich geschildert. Stattdessen wird die Frage gestellt, in welchen Fällen Gewalt statt Staatsmacht ausgeübt wurde, erstere also ein Zeichen der Schwäche war. Dies war ein wesentliches Kennzeichen des europäischen Kolonialismus in Afrika, der mit wenig Staatlichkeit auskam, weil findige Unternehmer und Kapitalisten einen eigenen, flexiblen und vor allem brutalen Weg zur Kontrolle – und damit zum Profit – in den Kolonien gefunden hatten. Ihre Verbindung zur Heimat war von wechselnder Intensität und bestand vor allem darin, Mittel und Interessen auszutauschen, also klassisch Soldaten gegen Güter und Geld.²⁹⁷

Ein entsprechendes Engagement von deutschen oder österreichisch-ungarischen Privatisern gab es in Polen nicht und war von den Mittelmächten auch gar nicht erwünscht, weil sie insbesondere wegen der Kriegsanforderungen eine direkte Kontrolle ausüben wollten. Dafür hatten sie ein im Vergleich mit Afrika dichtes Netz an eigenen Behörden und kooperierenden einheimischen Institutionen geschaffen. Staatsmacht war

²⁹⁵ AGAD, 312 / 248. Polizeikommissariat Dąbrowa an MGGL, 19.7.1917.

²⁹⁶ AGAD, 312 / 460. Telegramm MGGL an AOK, 12.2.1918.

²⁹⁷ COOPER, Kolonialismus denken, S. 260–262.

zudem in Form umfangreicher Verordnungen und Vorschriften bis hinunter in die Dörfer etabliert. Die friedliche Durchsetzung gelang indes nicht immer. Als in der Gemeinde Białołbrzegi, gelegen im k. u. k. Militärgeneralgouvernement, im Juni 1918 vier Soldaten beschlagnahmtes Vieh bewachten, gingen die enteigneten Bauern mit Knüppeln auf sie los. Die Besatzer verteidigten sich mit insgesamt nur drei Schüssen, mit denen sie zwei Einheimische verletzten; die weitere Konsequenz war eine kriegsgerichtliche Untersuchung²⁹⁸ und „wegen des ständigen Widerstandes einiger Ortschaften“ die Verlegung von mehr Truppen in den Kreis, damit sich Derartiges künftig nicht wiederhole.²⁹⁹

Allerdings scheiterten Zwangsmaßnahmen oft daran, dass insbesondere die aus Cisleithanien stammende Gendarmerie „durch lange Kontakte mit der Bevölkerung nicht mehr ganz zuverlässig“ war,³⁰⁰ wie Lublin gegenüber dem Wiener Armeeoberkommando bereits Anfang Januar 1917 zugeben musste. Anders als die Menschen in den Kolonien oder auf dem Balkan³⁰¹ galten die Polen eben nicht als vollständig anders oder inferior. Gewalt gegen polnische Zivilisten erschien vielen Besatzern nicht wesentlich anders als Gewalt gegen Landsleute. Dieses Verhalten der einfachen Soldaten und Polizisten stand jedoch mindestens teilweise im Widerspruch zu Anordnungen von Generälen und anderen Kommandeuren – und dieser Unterschied war weit größer, als es der im Zitat zum Ausdruck gebrachte Ärger über die Untergebenen belegt: Tatsächlich hatte das k. u. k. Oberkommando schon vor 1914 detaillierte Anweisungen zur Behandlung der sogenannten Russophilen – also meist Angehörigen der ukrainischen oder russischen Minderheit – in Galizien für den Fall eines Krieges gegen Russland gegeben. Weitgehend willkürlich erstellte Listen der pauschal zu verhaftenden Verdächtigen zirkulierten.

Bei Kriegsbeginn ist in der Folge für das Kronland von mindestens 1.500 Hinrichtungen und u. a. 800 deportierten griechisch-katholischen Priestern auszugehen; im Lager Thalerhof südlich von Graz waren bis zu

²⁹⁸ AP Lublin, 248 / 77, Bl. 32 f. Kriegstagebuch Militärgouvernement Lukow, 1.6. 1918.

²⁹⁹ Ebd., Bl. 54, Eintragung vom 27.8.1918.

³⁰⁰ AGAD, 312 / 377. Besprechungen des MGGL mit einem Vertreter des AOK, 30./ 31.1.1917.

³⁰¹ Zur Wahrnehmung von Besetzten auf dem südlichen Balkan und in Belgien: BRENDL / DEBRUYNE, *Resistance and repression in occupied territories*, S. 256–258. Im Gegensatz dazu Serbien, das nicht kolonial bzw. russisch inferior gesehen wurde: GUMZ, *The Resurrection and Collapse of Empire in Habsburg Serbia, 1914–1918*, S. 243–248.

7.000 weitere Galizier interniert.³⁰² Im Unterschied dazu wurden die katholischen Polen in Kongresspolen von der Doppelmonarchie umworben, was die Verbrüderung für die Soldaten leichter machte. Von einem „unerklärten Krieg gegen Zivilisten als Mittel des Krieges“,³⁰³ wie er für das Verhalten der Doppelmonarchie an manchen Teilen der Ostfront diagnostiziert wurde, kann im besetzten Polen keine Rede sein. Entgrenzte Gewalt gegen exotisch und inferior gesehene Menschen war hier nicht zu beobachten, vielmehr überrascht die Besonnenheit des Vorgehens angesichts der immer wieder als so dringlich apostrophierten Indienstnahme des Landes. So erhielt beispielsweise der k.u.k. Kreiskommandant in Puławy, Wilhelm Divok, einen strengen Verweis, „weil er sich hinreißen ließ, einen ihm unterstehenden Gemeindevorsteher, also ein Amtsorgan, zu ohrfeigen und zu beschimpfen“; die Strafe fiel nur deswegen so niedrig aus, weil „dieser Gemeindevorsteher anscheinend passiven Widerstand leistete und frech war“.³⁰⁴

In diesem Falle tolerierte also das Militärgeneralgouvernement nicht einmal Gewalt in kleinem Ausmaß, selbst wenn der Grund für die Strenge auch in der mangelnden Disziplin des Offiziers lag, der erkennbar aus seiner Rolle als Repräsentant der Staatsmacht gefallen war. Bezeichnenderweise lehnte das Armeeoberkommando die ebenfalls vorgesehene Dienstenthebung Divoks „als eine zu harte und auch zweischneidige Maßregel“ ab.³⁰⁵ Anders als der Militärgeneralgouverneur Kuk wollte Wien „den indolenten und anscheinend unbotmäßigen Bauern von Kazimierz“, wo sich der Vorfall ereignet hatte, nicht die Genugtuung bieten, „den ihnen unbequemen Kreiskommandanten weggebracht“ zu haben.³⁰⁶

Selbst in Fällen von Gegengewalt zeigten sich die Besatzer erstaunlich milde. Als in der im Militärgeneralgouvernement Lublin gelegenen Stadt Radom Anfang 1916 mehrfach Posten und Patrouillen aus k.u.k. Soldaten beschossen wurden – noch ohne Verletzte –, drohte man als Kollektivstrafe eine Kontribution von 50.000 Kronen an, die künftig bei jedem weiteren Angriff zu zahlen wäre.³⁰⁷ In den Akten findet sich kein direkter

³⁰² WENDLAND, *Die Russophilen in Galizien*, S. 540, 546 f. Siehe auch das reißerische Buch: HOLZER, *Das Lächeln der Henker*.

³⁰³ WENDLAND, *Imperiale, koloniale und postkoloniale Blicke auf die Peripherien des Habsburgerreiches*, S. 228.

³⁰⁴ AGAD, 312 / 74. Kuk an Wilhelm Divok, 19.11.1916.

³⁰⁵ AGAD, 312 / 74. AOK an MGGL, 11.11.1916.

³⁰⁶ Ebd.

³⁰⁷ AGAD, 312 / 46. AOK an MGGL, 5.2.1916.

Hinweis zum Erfolg dieser Maßnahme, allerdings sind auch keine weiteren Schießereien überliefert. Jedoch bewarfen in Radom zwei Jahre später 40 bis 60 Jugendliche mit Steinen und Flaschen eine Patrouille, die mehrere Polen ins Gefängnis eskortierte, um in dem entstehenden Chaos die Häftlinge zu befreien. Dabei kam ein österreichischer Infanterist ums Leben, was unter dessen Kameraden zu „Erregung“ führte, insbesondere weil der Mann eine Frau und sechs Kinder hinterließ; indes waren die Täter nicht zu ermitteln, so dass der Stadt eine „Sühne“ von 5.000 Kronen auferlegt wurde, die an die Witwe überwiesen werden sollten.³⁰⁸ Die gleiche Summe musste auch die jüdische Gemeinde in Kielce aufbringen, als es dort im Juli 1918 zu einer „Widersetzlichkeit“ bei der Verhaftung eines jüdischen Schmugglers kam und die k.u.k. Gendarmen mit Steinen beworfen wurden.³⁰⁹

Im letzten Kriegsjahr waren Angriffe auf Besatzer häufiger zu beobachten. Im September 1918 wurden beispielsweise im Kreis Lubartów des Militärgeneralgouvernements drei Soldaten bei verschiedenen Patrouillen erschossen. Das Feldgendarmeriekommando wollte dafür die Einwohner der jeweiligen Gemeinden, in denen sich die Überfälle ereignet hatten, in Kollektivhaftung nehmen; diese seien deshalb mitschuldig, weil sie „verdächtigem Gesindel Unterschlupf geben, die Gend[armerie] bei ihren Nachforschungen in keiner Weise unterstützen und jede zweckdienliche Angabe zur Ausforschung der Missetäter geflissentlich verweigern“.³¹⁰ Doch selbst hier schätzte Lublin das Leben seiner Männer nicht besonders teuer ein und erlegte dem Kreis Lubartów eine Kontribution von lediglich 6.000 Kronen auf, zu der die Gemeinden analog ihrer Größe beitragen mussten; erneut sollte das Geld den Hinterbliebenen übergeben werden.³¹¹ Damit war der „Preis“ für einen getöteten k.u.k. Soldaten von 5.000 auf nur 2.000 Kronen gefallen.

Nicht einmal das Jahr 1918 hatte also eine Radikalisierung der Besatzungsherrschaft gebracht – wohl aber der Besetzten. Tatsächlich waren Anordnungen, wonach Gemeinden für die Unterstützung von Räubern oder Mördern in Kollektivhaft genommen werden konnten, bereits im Februar 1916, unmittelbar nach dem geschilderten Vorfall in Radom,

³⁰⁸ AGAD, 312 / 387. Aktenvermerk des MGGL, 23.2.1918.

³⁰⁹ Monatsbericht Kreiskommando Kielce, Juli 1918, in: *Spółczeństwo polskie w świetle raportów politycznych austro-węgierskiego Generalnego Gubernatorstwo Wojskowego w Polsce 1915/1918*, hg. v. GAUL / NOWAK, S. 324 f. (Dokument 124).

³¹⁰ AGAD, 312 / 410, Bl. 273–277. Feldgendarmeriekommando an MGGL, 27.9.1918.

³¹¹ Ebd.: Verfügung des MGGL, 2.10.1918.

erlassen worden – auch im Generalgouvernement Warschau.³¹² Seitdem hatten sie keine Verschärfung erfahren und wurden entsprechend angewandt. Insbesondere bei der Bekämpfung echter Räuberbanden, die in beiden Teilen Kongresspolens eine Herausforderung darstellten, gingen die Besatzer sogar weitaus differenzierter vor. Sie wollten die Verbrecher eindeutig überführen, und dies sollte ohne irgendwelche pauschalen Maßnahmen gegen Dörfer oder Kreise geschehen. Aus diesem Grund schied sogar die sofortige Verhaftung von Verdächtigen aus, solange nicht ausreichende Beweismittel vorlagen.³¹³

Das bayerische Chevaulegers-Regiment „Erzherzog Friedrich von Österreich“, das Anfang 1916 im waldreichen deutschen Gouvernement Lukow für die militärische Sicherheit zuständig war, plädierte deshalb einerseits für eine gewisse Zentralisierung im Kampf gegen das „Räuberunwesen“, wollte andererseits aber keine Einheit alleine dafür verantwortlich machen, weil die Banditen sonst leichter ausweichen könnten; notwendig sei vielmehr eine Koordination verschiedener Kräfte.³¹⁴ So wurde in Łuków Ende März eine „Banditenkommission“ mit insgesamt 40 Mann gegründet, die als eine Art Bereitschafts-Kriminalpolizei fungierte und bei Mord und Raub in ländlichen Gegenden tätig wurde, weil dort entsprechende Kapazitäten und Kompetenzen bei den polnischen Gendarmen nicht vorhanden waren.³¹⁵ Die Soldaten patrouillierten teilweise zu zweit als Reiter oder waren in den Dörfern stationiert. Das Konzept schien überzeugend und fand bald für das ganze Generalgouvernement Anwendung.³¹⁶

Spätestens 1918 erwies sich aber die Vergeblichkeit der Bemühungen. Im zweiten Quartal verübten Räuber im Gebiet von Łuków 22 Überfälle; Opfer waren meist Juden und gelegentlich Gutsbesitzer oder -verwalter, die von größeren, gut organisierten und bewaffneten Banden heimgesucht wurden (vgl. Anhang, S. 470 ff.). Angesichts derartiger Vorkommnisse waren die Besatzer auf einmal bei den „so genannten besseren Volksschichten“ wohl gelitten, „während sie früher in den Besatzungstruppen

³¹² Exemplarisch: AP Lublin, 247 / 29, Bl. 130. Bekanntmachung des Kreischefs Garwolin, 28.2.1916.

³¹³ AP Lublin, 247 / 99, Bl. 73–76. Bayerisches Chevaulegers-Regiment „Erzherzog Friedrich von Österreich“ an Militärgouverneur Lukow, 14.2.1916.

³¹⁴ Ebd.

³¹⁵ AP Lublin, 248 / 28, Bl. 7. Anordnung des Militärgouvernements Lukow, 31.3. 1916.

³¹⁶ Ebd., Bl. 82 f. Monatsbericht der Banditen-Kommission des Gouvernements Warschau, 25.8.1916.

nur Eindringlinge und drückende Lasten erblickten“.³¹⁷ Diese positive Beurteilung, die das Gouvernement Lukow zudem auf die Zunahme der „bekannten bolschewistisch-kommunistischen Utopien“ bei manchen Arbeitern und Bauern zurückführte,³¹⁸ ändert nichts am grundsätzlichen Scheitern des deutschen Herrschaftsanspruchs. Es gelang nur teilweise, den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten.

Mit diesem Problem standen die Deutschen aber nicht alleine. Im Militärgeneralgouvernement Lublin, wo das Vorgehen kaum anders war, hatte ein Bericht bereits Ende 1916 auf die Verschärfung der Sicherheitslage hingewiesen: Im Kreis Puławy, nicht weit entfernt von Łuków, hoben die Besatzer eine Räuberbande mit fast 100 Mann aus, über deren Mitglieder sie teilweise hohe Gefängnis- oder sogar Todesstrafen verhängten; auch in Radom und Olkusz gab es für einzelne Verbrecher Todesurteile.³¹⁹ Bereits zu diesem Zeitpunkt herrschte allerdings die Ansicht vor, dass es schlicht zu wenig Gendarmerie gab, um die Sicherheit – und damit die eigenen Ambitionen als mächtiges Imperium – zu garantieren. Selbst wenn die Probleme mit Banditen und Raubüberfällen vorwiegend auf waldreichere Gegenden, die viele Rückzugsmöglichkeiten boten, beschränkt blieben und die meisten Gebiete der beiden Generalgouvernements durchaus sicher waren, zeigen die Beispiele doch die Grenzen der imperialen Machtentfaltung. Allerdings versuchten Deutschland und Österreich-Ungarn in Polen nicht, ihre Schwäche durch erhöhte oder unverhältnismäßige Gewaltanwendung zu kompensieren.

Die Mittelmächte sicherten sich ihre Herrschaft über die Einheimischen auf vielfältige Weise. Gewalt gehörte auch zu ihren Methoden, aber sie war weder das bevorzugte noch ein besonders häufig angewandte Mittel, um Gehorsam zu erzwingen. Ganz im Gegenteil überrascht die Milde, mit der im Krieg und in einem fremden Land auf Gegengewalt reagiert wurde. Körperliche Strafen, insbesondere die Todesstrafe, suchten die Besatzer möglichst zu vermeiden und griffen hauptsächlich dann darauf zurück, wenn sie selbst angegriffen wurden, die Sicherheitslage gefährdet war oder ganz allgemein ihre Macht grundsätzlich in Frage gestellt wurde, was freilich selten der Fall war. Wenn doch, stellten Polen oder Juden aber nicht nur irgendwelche inferioreren Menschen dar, auf die

³¹⁷ AP Lublin, 248 / 64, Bl. 17, 21 und 24. Vierteljahrsbericht des Gouvernements Lukow, 25.6.1918.

³¹⁸ Ebd.

³¹⁹ AGAD, 312 / 78, Bl. 185–191. Bericht des Gm. Ebenhöf über die Wahrnehmungen im besetzten Russisch-Polen, 29.12.1916.

keine Rücksicht genommen werden musste. Das galt für Deutschland wie für Österreich-Ungarn, wobei die Doppelmonarchie immerhin in Galizien, also ihrem eigenen Kronland, durchaus exzessiv gegen andere Ethnien vorging; davon waren Polen allerdings nicht betroffen.

Abgesehen von der Zerstörung von Kalisch und der völkerrechtswidrigen Exekution von wohl annähernd 100 Menschen gleich zu Beginn des Kriegs³²⁰ kam es in Polen nicht zu Morden an der Zivilbevölkerung. Damit unterschied sich das dortige Vorgehen der Mittelmächte von dem in Belgien, wo dergleichen durchaus zu beobachten war.³²¹ An anderen Fronten erwies sich die Doppelmonarchie als besonders hart gegen Zivilisten, etwa in Serbien mit über 3.500 Toten, in den Kämpfen um Galizien mit zahlreichen ermordeten Ukrainern, Juden und besonders nach der Rückeroberung 1915 auch Polen, oder auf dem südlichen Balkan.³²² Für die Entente ist ein derartiges Vorgehen ebenfalls nachgewiesen, etwa durch die Franzosen 1914 in Elsass-Lothringen mit wohl einigen hundert Opfern, oder durch die Russen in Galizien, wo es zu Pogromen, Geiselnahmen und mehreren hundert ermordeten Juden kam, sowie in Ostpreußen, wo Alexander Watson fast 1.500 getötete Deutsche zählt.³²³

Gewalt gegen Zivilisten war also an allen Fronten zu beobachten – und überdies kein deutsches „Alleinstellungsmerkmal“. Das besetzte Polen blieb fast vollständig davon verschont, zudem waren keine Zwangsumsiedlungen zu beobachten. Entscheidend für die Situation im russischen Landesteil war vor allem die Wahrnehmung der Einheimischen, die eben

³²⁰ WOŹNIAK, Kalisz 1914; ENGELSTEIN, *A Belgium of Our Own*.

³²¹ HORNE / KRAMER, *Deutsche Kriegsgreuel* 1914.

³²² Für Serbien: GUMZ, *The Resurrection and Collapse of Empire in Habsburg Serbia, 1914–1918*, S. 58. Vgl. zu Galizien, wo die Opferzahlen nur annähernd geschätzt werden können: HOLZER, *Das Lächeln der Henker*; MICK, *Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt*; LEIDINGER, „Der Einzug des Galgens und des Mordes“; LEIDINGER, *Habsburgs schmutziger Krieg*, S. 83 ff. Für den südlichen Balkan: BRENDL / DEBRUYNE, *Resistance and repression*.

³²³ Für Elsass-Lothringen: JEAN-JACQUES BECKER / GERD KRUMEICH, *Der Große Krieg. Deutschland und Frankreich im Ersten Weltkrieg 1914–1918*, Essen 2010, S. 178 f. Für Galizien: MICK, *Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt*, S. 81–90, 105 f.; MARK VON HAGEN, *War in an European Borderland. Occupations and Occupation Plans in Galicia and Ukraine 1914–1918*, Washington 2007. Umfassend zur Gewalt gegen die Juden in Galizien (auch von Seiten der Mittelmächte): ALEXANDER PRUSIN, *Nationalizing a Borderland. War, Ethnicity, and anti-Jewish Violence in East Galicia, 1914–1920*, Tuscaloosa 2005. Für Ostpreußen ALEXANDER WATSON, „Unheard-of Brutality“. Russian atrocities against civilians in East Prussia, 1914–1915, in: *The Journal of Modern History* 86 (2014), S. 780–825.

nicht Feinde waren, sondern potentielle Verbündete, denen man sich als Befreier präsentieren wollte. Weder galten sie als inferior, noch wurden sie gehasst, noch begegneten die Polen den Mittelmächten mit Gegen Gewalt – die diese auch nicht befürchteten.³²⁴ Im Konfliktfall setzten beide Okkupanten außerdem tendenziell auf Deeskalation und auf Verhandlungen. Streiks waren nicht verboten und wurden nicht mit allen Mitteln gebrochen, sondern eher durch Zugeständnisse beendet; oppositionelles Handeln war möglich, blieb allerdings durch ein eingeschränktes Wahlrecht sowie gezielte Auswahl der verantwortlichen Politiker stark kanalisiert. Das bedeutet nicht, dass die Zusammenarbeit mit den Einheimischen reibungslos verlaufen wäre. Ganz im Gegenteil dominierten auf beiden Seiten Unzufriedenheit und Misstrauen, Rücktritte oder Entlassungen aus den einheimischen Körperschaften kamen häufig vor. Doch die Besatzer waren auf die Besetzten angewiesen und wollten diese für ihre eigenen Bedürfnisse instrumentalisieren.

Andererseits mussten Polen und Juden sehr geschickt taktieren, um ihre Ziele zumindest teilweise zu erreichen. In diesem Sinne zwang das politische System alle Akteure mit Machtanspruch, auch imperial zu denken. Die mangelnde Übereinstimmung, ja grundverschiedene Zielrichtung aller Planungen und Absichten führten allerdings zu permanenten Aushandlungs- und Kommunikationsprozessen. Einerseits gelang es beiden Kaiserreichen, innerhalb der polnischen Eliten mindestens teilweise Loyalität und eine Identifikation mit den gemeinsamen Zielen zu erwecken und sie gelegentlich mit Zugeständnissen zu ködern. Andererseits war die dabei erzeugte Spannung nur selten so ausbalanciert, dass sie tatsächlich ein kontinuierliches, gewissermaßen nachhaltiges imperiales Herrschen erlaubte.³²⁵ Auf lokaler Ebene sah es etwas anders aus, aber das ist im nächsten Kapitel noch genauer zu untersuchen.

In diesem Sinne ließ sich in Polen während des Ersten Weltkriegs eine imperiale Politik *par excellence* beobachten – oder vielmehr: deren Scheitern. Die Notwendigkeit eines „Teilen und Herrschen“ war den Mittelmächten nur zu bewusst, und hierin unterschieden sich die beiden Generalgouvernements ganz wesentlich von Ober Ost. Gleichzeitig konnten weder Galizien noch Posen als Vorbild dienen, weil es dort entweder viel zu viel Mitsprache der Einheimischen oder aber deren weitgehende Dis-

³²⁴ Dies waren entscheidende Gründe für die Eskalation auf dem Balkan und in Belgien: BRENDL / DEBRUYNE, *Resistance and repression*, S. 256–258. Watson betont für Russland ähnliche Faktoren.

³²⁵ Vgl. hierzu: COOPER, *Kolonialismus denken*, S. 256–258.

kriminierung gab.³²⁶ Beides war inopportun. So entwickelte sich ein ganz eigenes Vorgehen, bei dem die Zentralen der Peripherie viel Freiheit ließen, solange nur der eigene Zugriff gesichert blieb. Deutschland und Österreich-Ungarn stimmten darin bei aller Rivalität weitgehend überein. Das lag auch daran, dass sie gemeinsam ein Königreich Polen versprochen hatten und nun Absichten zu dessen Realisierung zumindest bekunden mussten; getrennte Schritte hätten die Unglaubwürdigkeit ihrer Versprechungen nur noch deutlicher gemacht.

Der folgenreichste Effekt der Kooperationsbestrebungen war unbeabsichtigt: Die Schaffung des polnischen Staates 1918. Die Mittelmächte hatten dafür organisatorische Grundlagen wie etwa ein Parlament oder Ministerien ins Leben gerufen, die die Basis der Zweiten Republik bildeten. Indem sie Polen aus dem russischen Reich loslösten, entstand die Keimzelle eines neuen Staates; die politisch aktiven Eliten mussten sich nicht mehr nur nach dem jeweiligen Imperium und seiner Zentrale ausrichten, wenn sie politische Ziele erreichen wollten, sondern konnten dies nun im eigenen Land und mit vereinten Kräften tun. Dort schufen die Mittelmächte außerdem mit der Hauptstadt Warschau ein gemeinsames Zentrum, in dem sich Polen aus allen drei Teilungsgebieten trafen – vereint im Ziel einer Unabhängigkeit von nur noch einem Gegner in Gestalt der gemeinsam auftretenden Mittelmächte. Diese Zusammenführung der Politiker und Bündelung von Politik ermöglichte erst die Selbständigkeit und den geregelten Übergang zu einem eigenen Staat.

³²⁶ Jesse Kauffman nennt die deutsche Politik „an experimental way station between the ultimate disappearance of imperial sovereignty and the triumph of the sovereign nation-state“: KAUFFMAN, *Elusive Alliance*, S. 222.

III. POLITIK UND IHRE FOLGEN FÜR BESATZER UND BESETZTE

Die Politik der beiden Besatzer hatte Auswirkungen auf alle Besetzten: Noch das letzte Dorf im Militärgeneralgouvernement Lublin oder im Generalgouvernement Warschau war beispielsweise von landwirtschaftlichen Ablieferungspflichten betroffen und sollte einen Beitrag zu den Kriegsanstrengungen der Mittelmächte leisten. Deutschland und Österreich-Ungarn hielten es für essenziell, das Land für ihre Zwecke nutzbar zu machen. Von Relevanz waren Finanzen und Industrie, Arbeitskräfte und Soldaten, sowie insbesondere die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. All das sollte ihnen helfen, den Krieg zu gewinnen. Für eine erfolgreiche „Nutzbarmachung“ war es allerdings nötig, zuvor das wenig entwickelte und von Kampfhandlungen verwüstete Polen zu erschließen, damit man an die materiellen und personellen Ressourcen gelangen konnte. Auf all diesen konkreten Politikfeldern konnte man gewisse Erfolge erkennen, viel öfters aber Scheitern. Die Folgen für die Bevölkerung waren teilweise gravierend und zogen häufig Verarmung, Hunger und manchmal sogar Tod nach sich.

1. DIE IMPERIALE DURCHDRINGUNG DES LANDES. VERMESSUNG, INFRASTRUKTURMASSNAHMEN UND NATIONALITÄTENPOLITIK

Als Deutschland und Österreich-Ungarn in Polen einmarschierten, eroberten sie ein Land, das stark unter Kriegsverwüstungen gelitten hatte. Zahlreiche Dörfer, Gehöfte und Felder waren zerstört, teils lebte die Landbevölkerung nur mehr in Buden und Kartoffelkellern. Und wenn auch die größeren Städte kaum gelitten hatten,¹ so betrafen die Kampf-

¹ SIERARKOWSKA, Śmierć – Wygnanie – Głód w dokumentach osobistych, S. 183; THAKUR-SMOLAREK, Der Erste Weltkrieg und die polnische Frage, S. 164 f.

handlungen insbesondere die sowieso nicht besonders leistungsfähige Infrastruktur. Schon für die Versorgung der eigenen Truppen an der Front musste aber der Nachschub gewährleistet sein, was unmittelbares Handeln erforderlich machte. Zu diesen direkten militärischen Notwendigkeiten trat schnell der Wunsch, das eroberte Gebiet zu erschließen, was der Ausfuhr von Rohstoffen dienen sollte. Erforderlich war zudem, eine gewisse Kenntnis des Territoriums und seiner Bevölkerung zu erlangen, denn außer spärlich vorhandenen Informationen russischer Provenienz wussten die Besatzer wenig über Land und Leute. So schien es nur nahe liegend, Bevölkerungszählungen und Studien etwa im Bereich der Geographie, der Botanik und Zoologie oder auch der Anthropologie durchführen zu lassen, damit die eigene Politik sich auf wissenschaftliche Ergebnisse gründen konnte.

Die vorhandenen Ordnungsvorstellungen, die auf ein Kategorisieren und Erschließen hinausliefen, wären ohne eine neue Nationalitätenpolitik nicht komplett gewesen. Österreich-Ungarn hatte vor 1914 mit diversen „Ausgleichen“ in seinen Territorien ethnische Zahlenverhältnisse erhoben und darauf basierend proportionale Anteile an der lokalen Herrschaft gewährt. Das sollte Rivalitäten begrenzen, eine gewisse politische Berechenbarkeit schaffen und Nationalismus zum Vorteil des eigenen Imperiums kanalisieren. Allerdings wurde damit Nationalität vielfach erst konstruiert.²

Deutschland wiederum hatte mit seinem antipolnischen Vorgehen in Westpreußen ebenfalls Rahmenbedingungen gesetzt, an denen sich die lokalen Ethnien orientierten. In Kongresspolen jedoch war von Russland keine Initiative ausgegangen, die Nationalitätenverhältnisse zu regeln. Polen, Juden, Deutsche und Ukrainer – um nur die größten dortigen Gruppen zu nennen – artikulierten jeweils nationale Wünsche und drängten auf Bevorzugung beziehungsweise Gleichstellung mit den Russen, was ein erhebliches Desintegrationspotential bedeutete. Für die Mittelmächte bestand deshalb Handlungsbedarf, weil ihre Interessen längerfristig waren. Ein Fortfahren anhand des Status quo hätte nationale Konflikte begünstigt, die eigene Machtentfaltung behindert und ihren Vorstellungen einer dauerhaften Herrschaft widersprochen. Das Vorgehen in all diesen Berei-

² Vgl. zu diesen Tendenzen positivistischer Nationalitätenpolitik in Österreich-Ungarn: Constructing Nationalities in East Central Europe, hg. v. PIETER M. JUDSON / MARSHA L. ROZENBLIT, New York / Oxford 2005; Creating the Other. Ethnic Conflict and Nationalism in Habsburg Central Europe, hg. v. NANCY M. WINGFIELD, New York / Oxford 2004.

chen verdeutlicht also, wie sehr die beiden Kaiserreiche imperial dachten und handelten – und sich eben nicht nur als vorübergehende Besatzer sahen.

Die Vermessung Polens

In Deutschland haben zuletzt Jörn Leonhard und Ulrike von Hirschhausen darauf hingewiesen, wie wichtig die Klassifizierung und Vermessung neu in Besitz genommener Gebiete für imperiale Herrschaft waren.³ Nicht zuletzt ging es ganz banal um Informationen über die Beherrschten. Doch in dieser Hinsicht mussten sich Österreich-Ungarn und Deutschland vor allem auf die offiziellen statistischen Jahrbücher des Zarenreichs verlassen, deren letzte Daten indes aus dem Jahr 1897 stammten und daher in großen Teilen bereits veraltet waren. Mangels anderer Grundlagen fanden die Angaben aber während des ganzen Krieges noch weite Verbreitung und wurden teilweise überhaupt erstmals auf Deutsch veröffentlicht.⁴ Die Gesamteinwohnerzahl des Generalgouvernements Warschau gaben die deutschen Statistiker beispielsweise auf Basis der verfügbaren Vorkriegsangaben mit 5.999.814 an. Sie postulierten damit für das Jahr 1916 eine Genauigkeit, die angesichts der bloßen Fortschreibung der russischen Zahlen keinesfalls gegeben war, zumal eine Volkszählung nicht stattfand.⁵

Das Militärgouvernement Lublin schritt hingegen 1916 zu einem solchen Projekt. Die Doppelmonarchie hatte damit reiche Erfahrung gesammelt und eine effektive Statistikbürokratie aufgebaut, selbst wenn es – hier wie in anderen Imperien auch – gelegentlich zu offenen Angriffen gegen die Zensusbeamten gekommen war, weil die Bevölkerung in der Zählung ein Instrument der Unterdrückung sah: Weit entfernt von den ursprünglich objektiven statistischen Zielen nutzten insbesondere die Eliten vor Ort die gewonnenen Informationen für eine Nationalisierung des politischen Diskurses, indem sie mit den Mehr- beziehungsweise Minderheitenverhältnissen gegen die Wiener Zentrale oder andere eth-

³ LEONHARD / VON HIRSCHHAUSEN, *Empires und Nationalstaaten im 19. Jahrhundert*, S. 53.

⁴ GOTHEIN, *Das selbständige Polen als Nationalitätenstaat*, S. 57–83.

⁵ PRAESENT, *Kriegsmäßige Volkszählungen im Generalgouvernement Warschau und die Bevölkerungszahl in Kongreß-Polen*, S. 61 f.

nische Gruppen argumentierten.⁶ Bevor eine Zählung in Lublin einsetzen konnte, stellten sich ganz andere, praktische Probleme ein: Es mangelte an Geld, von dem die Zähler bezahlt werden mussten; deren Kontrolle benötigte zudem zusätzliches, kaum vorhandenes Personal.

Außerdem versuchte insbesondere die Landbevölkerung, sich der Erfassung zu entziehen, weil sie darin eine Art Musterung für den Kriegsdienst vermutete. Exemplarisch für das Geschehen auch anderswo berichtete das Kreiskommando Olkusz im Oktober 1916, dass in den Dörfern Czubrowice und Raclawice mit zusammen rund 300 Häusern viele Männer vor dem Zensus in die Wälder geflüchtet seien. Angesichts der großen Bedeutung, die Wien und Lublin dem Zensus zumaßen, reagierte der Kreiskommandant mit der Einquartierung von drei Offizieren, 20 Infanteristen und 50 Reitern, die von den Frauen beherbergt und gepflegt werden mussten, deren Männer geflohen waren. Doch das führte zu einer Eskalation:

„Ein Weib, welches einen Ulanen und ein Pferd in ihrem Hause einquartiert hatte, meldete sich zur Zählung und machte ihre Angaben, worauf der Ulane und das Pferd in ein anderes Haus überstellt wurden. Tags darauf kam dieses Weib weinend und meldete, dass sie der [Ehe]Mann schwer geprügelt habe, weil sie die Angaben machte.“

Pfarrer und Gemeindevorsteher versuchten, die Bevölkerung zu beruhigen, hatten aber wenig Erfolg. Der Kreiskommandant drohte deshalb zusätzlich noch Geldstrafen an, denn „[a]lle anderen Mittel versagen vollkommen und würden nur als Schwäche gedeutet werden“.⁷

Kurz vor Weihnachten 1916 lagen die Ergebnisse vor, die zum Beispiel Angaben über Nationalität und Berufe enthielten, aber auch eine Alphabetismusquote von über 50 Prozent auswiesen (vgl. Tabelle 4, S. 241): bei einer Bevölkerung von 1.656.400 Männern und 1.839.076 Frauen – zusammen also 3.495.476 – konnten rund 1,6 Millionen der über Sechsjährigen nicht lesen.⁸ Über die Zuverlässigkeit des Zensus lässt sich wenig sagen, aber sein Nutzen für das Militärgeneralgouvernement war unbestritten. Zum ersten Mal lagen nun Informationen über die Bevölkerungsstruktur, die Gemeindegrößen (vgl. Tabelle 5, S. 241), die bebauten

⁶ LEONHARD / VON HIRSCHHAUSEN, *Empires und Nationalstaaten im 19. Jahrhundert*, S. 58–60. Siehe auch, insbesondere im Vergleich Österreich-Ungarn und Russland: ANDREAS KAPPELER, *Perepisi naselenija w Rossii i Avstro-Vengrii kak imperskie projekty*, in: *Ab Imperio*, 2012, H. 4, S. 78–109.

⁷ AGAD, 312 / 230. Kreiskommando Olkusz an MGGL, 23.10.1916 (auch Zitat zuvor).

⁸ AGAD, 312 / 1848. Statistisches Amt des MGGL an Rohstoffzentrale, 20.12.1916.

Ackerflächen und insbesondere die Kriegszerstörungen vor – selbst wenn bei letzteren naturgemäß in hohem Maße auf Schätzungen zurückgegriffen werden musste: Alleine die unmittelbaren Schäden wurden mit der riesigen Summe von fast einer Milliarde Rubel angegeben (vgl. Tabelle 6, S. 242), wobei auf die Eisenbahnen 92 Millionen Kronen und das Staatseigentum immerhin fast 16 Millionen Kronen entfielen.⁹

Tabelle 4: Ergebnisse der Volkszählung im Militärgeneralgouvernement Lublin 1916¹⁰

	Männlich	Weiblich	Gesamt
Landwirtschaft (Familienmitglieder)	1.141.061	1.251.276	2.392.337
Gewerbe und Industrie (Familienmitglieder)	292.631	316.558	609.189
Handel und Gewerbe (Familienmitgl.)	116.201	130.375	246.576
freie Berufe (Familienmitgl.)	14.403	15.544	29.947
Öffentlicher Dienst (Familienmitgl.)	20.169	22.198	42.367
Rentner (Familienmitgl.)	12.158	17.114	29.272
Arbeitslose (Familienmitgl.)	66.011	91.268	157.279
Zusammen	1.662.634	1.844.333	3.506.967
<i>davon</i>			
Bevölkerung über 6 Jahre	1.322.113	1.510.566	2.832.679
Davon können lesen und schreiben	484.753	339.874	824.627
können nur lesen	156.768	237.431	394.199
sind Analphabeten	680.592	933.261	1.613.853

Tabelle 5: Gemeindegrößen im Militärgeneralgouvernement Lublin 1916¹¹

Einwohner	über 50.000	25.000-50.000	10.000-25.000	5.000-10.000	2.000-5.000	bis 2.000
Anzahl der Gemeinden	2	4	39	316	153	6
Bevölkerung	132.846	134.404	471.797	2.135.945	612.370	9.482

⁹ AGAD, 312 / 1918. Summar der Kriegsschäden, Ende 1916.

¹⁰ AGAD, 312 / 244 und 1918. Bevölkerung im MGGL, 10.7.1917 (= Volkszählung 1916).

¹¹ Ebd.

Tabelle 6: Kriegsschäden im Militärgeneralgouvernement Lublin (Schätzung von Ende 1916)¹²

	unmittelbar	mittelbar	
Gebäude	356.565.531		Rubel
Totes Inventar	40.001.621		Rubel
Lebendes Inventar	385.204.710	1.108.455.853	Rubel
Feldfrüchte	91.157.442		Rubel
Privatforste	23.630.581	217.496.155	Rubel
Obstkultur	62.445.957	43.687.800	Rubel
Gewerbe	37.060.499	70.000.000	Rubel
Gesamt	996.066.341	1.439.639.808	Rubel
<i>davon</i>			
Staatseigentum	15.776.521		Kronen
Eisenbahnen	91.912.000		Kronen

All diese Informationen existierten erst Ende 1916. In den ersten beiden Kriegsjahren erwiesen sich insbesondere die Arbeiten des k.u.k. Handelsmuseums in Wien als wichtige Grundlage – die man auch dem deutschen Bündnispartner zur Verfügung stellte. Anhand der verfügbaren Literatur über und aus Russland sowie nach Auskünften der eigenen Auslandskaufleute konnte das Museum bereits am 12. August 1914 mit umfassenden Statistiken über Russisch-Polen nebst Litauen, Podolien und Wolhynien aufwarten. Beigegebene Listen gingen bis hinunter zu einzelnen Betrieben, deren Arbeiterzahl und Umsatz genannt wurden.¹³ Mit ähnlichem Material arbeitete Deutschland ebenfalls, aber dort fehlte eine Institution wie das Handelsmuseum; die zu Polen forschenden deutschen Wissenschaftler waren weniger an reinen Datensammlungen interessiert, sondern publizierten zum Land, zu seiner Industrie und Landwirtschaft eher Berichte und Übersichten, die sie mit Tabellen anreicherten – und dies vor allem erst im Laufe des Kriegs.¹⁴

¹² AGAD, 312 / 1918. Summar der Kriegsschäden, Ende 1916. Der Wechselkurs Rubel zu Kronen schwankte in Bereich von 1 Rubel = 3-3,5 Kronen.

¹³ PAAA, R 10834. Manuskript zur Orientierung in Russisch-Polen nebst Lithauen, sowie Podolien und Wolhynien. Direktion des k.u.k. Handelsmuseums, 12.8.1914. Der zweite Band mit 372 Seiten in R 10835.

¹⁴ Exemplarisch: ROSE, Die Großindustrie des Königreichs Polen.

Angesichts dieser Defizite rief Hans von Beseler 1916 die Landeskundliche Kommission ins Leben, „die die Aufgabe erhielt, so rasch wie möglich eine wissenschaftliche Bearbeitung und Erforschung des Landes durchzuführen“.¹⁵ 14 Wissenschaftler und vier Hilfskräfte untersuchten im Rahmen dieser Kommission ganz Polen einschließlich des Lubliner Gebiets und Teilen von Ober Ost, deren Befehlshaber ihnen Zugang gewährten. Sie hatten einen explizit gesamtpolnischen Anspruch und wollten „namentlich auch mit Hilfe eines reicheren Illustrationsmaterials die Kenntnis von Polens Land und Leuten in Deutschland, dessen wichtigste Lebensinteressen mit im Osten liegen, weiter verbreiten“.¹⁶ Diese imperiale Ausrichtung, die freilich nicht auf eine Germanisierung, sondern eher auf eine Inkorporierung des Gebietes abzielte, äußerte sich insbesondere in Schriften zur Ethnographie und zur Geographie,¹⁷ die alle noch während des Krieges erschienen.¹⁸ In repräsentativer Aufmachung mit zahlreichen Fotografien vermaßen die Besatzer darin erstmals wissenschaftlich das ganze Land, während gleichzeitig eine neu geschaffene Archivverwaltung Dokumente aus der Vergangenheit sammelte und ordnete.¹⁹ Passend dazu gab es sogar Pläne zur Gründung eines deutschen historischen Forschungsinstituts in Warschau, die allerdings nicht verwirklicht wurden.²⁰

Abwertende Beurteilungen über das Land und seine Bevölkerung fanden sich in den wissenschaftlichen Ergebnissen allerdings selten, tatsächlich herrschte ein objektiver Ton vor. Gerade darin lag indes die

¹⁵ Handbuch von Polen (Kongreß-Polen). Beiträge zu einer allgemeinen Landeskunde, hg. v. ERICH WUNDERLICH, Berlin 1918, S. V.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Siehe exemplarisch zur Geographie: GEHRKE, Der polnische Westgedanke, S. 267–282. Zur Geographie als „Waffe“ von Nationen unter imperialer Herrschaft: SEEGL, Mapping Europe's borderlands, S. 246–253. Zur Geographie als Legitimation für imperiale Herrschaftsansprüche im England vor dem Ersten Weltkrieg und – anhand der selben Karten – im NS-Deutschland: JERRY BROTON, A History of the World in Twelve Maps, London 2012, S. 337–372.

¹⁸ WUNDERLICH, Geographischer Bildatlas von Polen; FRIEDERICHSEN, Landschaften und Städte Polens und Litauens; ARVED SCHULTZ, Ethnographischer Bilderatlas von Polen (Kongress-Polen). Mit 112 Originalaufnahmen und 2 Karten, Berlin 1918; BRANDT, Geographischer Bilderatlas des polnisch-weißrussischen Grenzgebietes.

¹⁹ Geschichte der Archiv-Verwaltung bei dem Deutschen Generalgouvernement Warschau, hg. v. Archivverwaltung bei dem Kaiserlich Deutschen Generalgouvernement, Berlin 1919. Siehe auch: POLSAKIEWICZ, Warschau im Ersten Weltkrieg, S. 87–90.

²⁰ STEFAN LEHR, Pläne für ein Deutsches Historisches Institut Warschau, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 56 (2007), S. 592–602.

Bedeutung für den imperialen Anspruch des Projekts: Indem Wissenschaftlichkeit zum Maßstab für Regierungshandeln und Herrschaft erhoben wurde, belegte alleine schon die Existenz der Kommission die Unterschiede zwischen Deutschen, Russen und Polen und hob erstere über die letzteren beiden hinaus. Dafür war Rassismus gar nicht einmal notwendig. Zwar erschien auch eine für die damalige Zeit übliche²¹ Rassen-Typen-Kunde, aber noch ohne Rassismus im Sinne einer expliziten Herabsetzung anderer Völker oder gar Hass auf sie. Gerade wegen der vielen Bilder bot das Werk meist nur eine Art Identifizierung verschiedener Ethnien, die in weiteren Schritten anhand von Häusern, Trachten oder Haushaltsgegenständen durchgeführt wurde.

Selbstverständlich stand dahinter der Gedanke einer Kategorisierung, für die insbesondere Armut als wichtiger Indikator galt, aber gerade Juden kamen fast gar nicht vor.²² Bezeichnenderweise erschien ein im Rahmen der Kommission erarbeiteter Band zum „Deutschtum in Kongresspolen“ erst 1921.²³ Ideen vom „Volkstumskampf“ oder einer Auseinandersetzung von Rassen waren während des Krieges in Polen nicht zu beobachten, selbst wenn *ex post* deutlich wird, dass gerade Anthropologen in jener Zeit die ersten Ideen sammelten, die sie später in einen „wissenschaftlichen“ Rassismus umwandelten.²⁴ Das Geleitwort Beselers zum „Handbuch von Polen (Kongress-Polen)“, das exemplarisch die Erkenntnisse der Kommission dokumentierte und deren Aushängeschild war, lobte deshalb besonders den „wissenschaftlichen, aber auch [...] praktisch-politischen Wert des Werkes“. Es solle zuvorderst in der Heimat „das Verständnis für das

²¹ Vgl. für Österreich-Ungarn etwa die unter dem Titel „Kronprinzenwerk“ bekannte 24-bändige landeskundliche Enzyklopädie „Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild“, die bis 1902 erschien: REGINA BENDIX, *Ethnology, Cultural Reification, and the Dynamics of Difference in the Kronprinzenwerk*, in: *Creating the Other*, hg. v. WINGFIELD, S. 149–166.

²² SCHULTZ, *Ethnographischer Bilderatlas von Polen (Kongress-Polen)*. Die wichtige Einschränkung, dass es sich beim damaligen Rassismus noch nicht um Dequalifizierung oder gar Hass handelte, z. B. bei: KRAMER, *Dynamic of Destruction*, S. 49.

²³ ADOLF EICHLER, *Das Deutschtum in Kongresspolen*, Stuttgart 1921.

²⁴ MACIEJ GÓRNY, *War on Paper? Physical Anthropology in the Service of States and Nations*, in: *Legacies of Violence. Eastern Europe's First World War*, hg. v. JOCHEN BÖHLER u. a., München 2014, S. 131–167. Vgl. zur deutschen und k.u.k. Anthropologie als „rassischer“ Wissenschaft mit langen Traditionen: BRIGITTE FUCHS, „Rasse“, „Volk“, Geschlecht. Anthropologische Diskurse in Österreich 1850–1960, Frankfurt am Main 2003; ANDREW DAVID EVANS, *Anthropology at war. World War I and the science of race in Germany*, Chicago / London 2010; UWE HOSSFELD, *Geschichte der biologischen Anthropologie in Deutschland. Von den Anfängen bis in die Nachkriegszeit*, Stuttgart 2005.

Wesen und die Eigenart des großen Ostlandes verbreiten helfen, das inmitten des Weltkrieges zu neuem staatlichen und wirtschaftlichen Leben erwacht ist“.²⁵

Und obwohl das Generalgouvernement das „Handbuch“ finanzierte und herausgab, unterschied es sich deutlich vom heutzutage wesentlich bekannteren amtlichen „Das Land Ober Ost“.²⁶ Letzteres hatte die Presseabteilung der Militärverwaltung im Baltikum gestaltet, und es stellte die offizielle Leistungsschau der Besatzung ebenso wie ein politisches Programm dar; im Gegensatz dazu versammelte das „Handbuch für Polen“ neben Beselers kurzem Geleitwort nur namentlich gekennzeichnete Beiträge von unabhängigen Wissenschaftlern, die über das Generalgouvernement und die deutsche Administration selbst gar nicht schrieben, sondern sich auf ihre jeweiligen Fachgebiete beschränkten. Politische Hintergedanken lassen sich aus keinem der Artikel herauslesen – selbst wenn das eine Instrumentalisierung der Wissenschaft nicht verhinderte.

Österreich-Ungarn, dessen Volkszählung für die Deutschen keinen Vorbildcharakter hatte, erkannte in der Landeskundlichen Kommission etwas Erstrebenswertes. Im März 1918 schlug das Kriegsministerium in Wien daher vor – mit Verweis auf das kurz zuvor erschienene „Handbuch“ –, ein entsprechendes eigenes Gremium zu schaffen. Dieses sollte vor allem „die Ermittlung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Polens als Produktions- und Absatzgebiet“ erbringen, weil für „die wirtschaftliche Entfaltung der Monarchie nach dem Kriege [...] die Handelsbeziehungen zu den polnischen Gebieten zweifelsohne eine bedeutende Rolle spielen“ würden.²⁷

Ganz explizit dachte Wien hier in langfristigen ökonomischen Kategorien, die selbstverständlich imperial geprägt waren; eine Legitimation der eigenen Herrschaft verband sich mit der Erforschung des Landes indes nicht direkt. Dem Projekt des Bündnispartners unterstellten die k. u. k. Militärs ebenfalls primär wirtschaftliche Ambitionen. Die Wissenschaft blieb aber auch dafür von „ausschlaggebender Bedeutung“, selbst „wenn sie nicht unmittelbar auf [...] die Gewinnung sofort wirtschaftlich nutzbar

²⁵ Handbuch von Polen (Kongreß-Polen), hg. v. WUNDERLICH, S. III.

²⁶ Das Land Ober-Ost. Deutsche Arbeit in den Verwaltungsgebieten Kurland, Litauen und Bialystok-Grodno, hg. v. Presseabteilung Ober Ost, Stuttgart 1917. Siehe zur Raumplanung in Ober Ost mit Bezug auf Liulevicius: ULRIKE JUREIT, Das Ordnen von Räumen. Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert, Hamburg 2012, S. 159–179.

²⁷ AGAD, 312 / 394. Schaffung einer Organisation zur wissenschaftlichen Erforschung der okkupierten Gebiete. Denkschrift des Kriegsministeriums, 9.3.1918.

zu machender Kenntnisse ausgeht; die Sammlung rein wissenschaftlicher Ergebnisse wird auf alle Fälle in kürzerer oder längerer Zeit auch praktisch-wirtschaftliche Früchte tragen“.²⁸ Das bisher schon existierende Mitteilungsblatt der Warenverkehrszentrale Krakau, das einschlägige Nachrichten aus und über Polen an Kaufleute in der Heimat vermittelte, schien dafür nicht mehr ausreichend beziehungsweise umfassend genug zu sein.

Aufbau und Modernisierung. Imperiale Infrastrukturpolitik

Neben der Vermessung Polens war für dessen effiziente Administration und Einbindung in die Imperien Deutschlands und Österreich-Ungarns eine funktionierende Infrastruktur notwendig, die zudem ganz pragmatisch für die Machtsicherung benötigt wurde, um etwa Truppen innerhalb des Landes oder an die Front transportieren zu können. Anfang des 20. Jahrhunderts gehörten Verkehrswege darüber hinaus zum Kernbereich an Leistungen, die ein Staat seinen Bürgern anzubieten hatte.²⁹ Angesichts des Rechtfertigungsdrucks, dem die Mittelmächte als Besatzer unterlagen, mussten sie außerdem ihre Fähigkeiten „guter“ Herrschaft beweisen. Der Bau von Straßen und Schienen stellte damit ein zentrales Element imperialer Politik dar.³⁰ Hans von Beseler sprach beispielsweise im Oktober 1916 im Reichskanzleramt von großen „Meliorationen auf landwirtschaftlichem und verkehrspolitischen Gebiete“; diese seien notwendig, damit sich Polen entwickeln „und ein wertvolles Hinterland unserer deutschen Ostseehäfen bilden“ könne: „Ein wirtschaftlicher Aufschwung Polens werde auch unsere wirtschaftlichen Verhältnisse fördern und stützen.“³¹

Doch entsprechende Leistungen waren nicht leicht bereitzustellen. In Polen hatten die Russen fast überall Breitspurgleise verlegt, auf denen deutsche und k.u.k. Züge nicht fahren konnten. Zudem hatte die zaristische Armee auf ihrem Rückzug genügend Zeit gehabt, um Gleis-, Signal- und Betriebsanlagen, Bahnhöfe und Brücken zu zerstören. Die Instandsetzung erschwerten die herausfordernde Geographie mit vielen Flüssen und

²⁸ Ebd.

²⁹ OSTERHAMMEL, *Die Verwandlung der Welt*, S. 820.

³⁰ KARL SCHLÖGEL, *Commentary. Mastering Imperial Spaces in the Age of Engineers, in: Comparing empires. Encounters and transfers in the long nineteenth century*, hg. v. JÖRN LEONHARD / ULRIKE VON HIRSCHHAUSEN, Göttingen 2012, S. 137–141, hier S. 137.

³¹ BAMA, N 30 / 13. Besprechung im Reichskanzleramt, 8.10.1916.

sumpfigem Gelände sowie oftmals das Fehlen von Steinen als Baumaterial. Da Eisgang und Hochwasser ein größeres Problem darstellten, war für Brücken vor allem der bereits in der Rüstungsindustrie oft unzureichend vorhandene Stahl gefragt, während behelfsmäßige Holzkonstruktionen nur kurzfristig genutzt werden konnten.³²

Ein kompletter Wiederaufbau war ferner in einer etwa sieben Kilometer breiten Zone erforderlich, die sich auf einer Länge von 100 Kilometern von der Weichsel bis zur Pilica von Nord nach Süd durchs Land zog. Dort hatte der Stellungskrieg im ersten Kriegsjahr fast jedes Dorf, jedes Gehöft und jede Stadt schwer getroffen. Dieses Gebiet war „weitgehend verwüstet, von Schützengräben durchzogen, von Stacheldrähten überspannt und von Granaten aufgewühlt. Die Wälder sind zerschossen und verbrannt oder für Stellungsbauten weitgehend abgeholzt“. ³³ Darüber hinaus waren die Besatzer der Ansicht, in größerem Maßstab auch Neubauten veranlassen zu müssen. Noch im Sommer 1918 zeigte sich Hans von Beseler davon überzeugt, dass das „ganze Land [...] überhaupt erst durch Wege und Eisenbahnen aller Art aufgeschlossen werden“ müsse.³⁴ Ähnliches hatte bereits im November 1916 eine k.u.k. Studie festgestellt: In Kongresspolen lagen nur 120 von 426 Städten überhaupt an einer Eisenbahnstrecke, während die Gesamtlänge aller Schienen gerade 3.521 km betrug.³⁵

Im Generalgouvernement Warschau schritt man mit großem Eifer zur Tat und hatte jenseits aller propagandistischen Inszenierung³⁶ tatsächliche Erfolge vorzuweisen. Selbst wenn die deutschen Akteure in ihren Nachkriegsberichten keine vollständige Einigkeit über die Zahlen herstellen konnten, ist wohl von mindestens 1.800 km neuen und 4.500 km wieder instand gesetzten Straßen auszugehen; dazu kommen 27 neue Brücken mit einer Spannweite über 100 m, 200 km Waldbahnen, 700 km Schmal- und 80 km Normalspurgleise, sowie eine Verdoppelung des Telegraphen- und

³² ANDREAS KNIPPING, *Eisenbahnen im Ersten Weltkrieg*, Freiburg i. Br. 2004, S. 123 f.

³³ FRIEDERICHSEN, *Landschaften und Städte Polens und Litauens*, S. 68 f.

³⁴ BAMA, N 30 / 56. Beseler an seine Frau, 11.8.1918.

³⁵ ÖStA, HHStA, Nl. Boschan / 2. Wirtschaftsgeographie des k. und k. Verwaltungsgebietes von Polen unter Berücksichtigung des gesamten neuen Polen, von Dr. Hermann Leiter, November 1916.

³⁶ Exemplarisch: FRIEDERICHSEN, *Landschaften und Städte Polens und Litauens*, S. 69. Für eine Nachkriegsschrift, die auch die Undankbarkeit der Besetzten für die Leistungen der Besatzer betont: WILHELM KRETZSCHMANN, *Die Wiederersthung der Eisenbahnen auf dem östlichen Kriegsschauplatz*, Berlin 1925.

eine Vervierfachung des Telefonnetzes.³⁷ Die zuständige Militär-Eisenbahn-Direktion 4 in Warschau ließ zudem über 1.800 km Gleise von Breit- auf Normalspur umwandeln. Im Frühjahr 1917 hatten die Deutschen nicht weniger als 1.899 Loks unter ihrer Verwaltung, die fast alle aus der Heimat stammten.³⁸ Von den von Russland erbeuteten 29 Loks und 3.093 Waggons, deren Wert die Militär-Generaldirektion der Eisenbahnen präzise kalkuliert hatte, waren indes bis Mai 1918 nur 440 auf Normalspur umgebaut worden, so dass auch hier auf die eigenen Bestände zurückgegriffen werden musste³⁹ – für das Frühjahr 1917 vermeldeten deutsche Berichte eine Zahl von fast 400.000 Waggons.⁴⁰



Abb. 9: Brückeneröffnung in Warschau mit Hans von Beseler (deutsche Postkarte)

³⁷ Genannt sind jeweils die niedrigsten Gesamtzahlen, sofern sie mit verschiedenen Berichten aus der Kriegszeit übereinstimmen: VON WUSSOW, Die Vorteile der deutschen Okkupation für Polen, S. 10 f.; VON KRIES, Deutsche Staatsverwaltung in Russisch-Polen, S. 133 f. Siehe auch: BA Koblenz, N 1711 / 4, Bl. 20–24. Manuskript von Kries' „Deutsche Polenpolitik im Weltkriege“, Kapitel 3: „Die wirtschaftliche Organisation des Generalgouvernements“. Für die konkreten Vorgänge beim Aufbau der Eisenbahn: KNIPPING, Eisenbahnen im Ersten Weltkrieg, S. 124–162.

³⁸ Ebd., S. 124, 163.

³⁹ GStA, I. HA, Rep. 90 A / 2696. Bestand der vorhandenen ehemals russischen Betriebsmittel der Militär-Generaldirektion der Eisenbahnen, 10.5.1918.

⁴⁰ ÖStA, AOK-Quartiermeister-Abteilung, Referentenfaszikel / 2588. Beilage zum Bericht Nr. 1468, 5.4.1917.

Damit etablierten die Besatzer einen umfangreichen Transportverkehr. In den zwölf Monaten zwischen April 1917 und März 1918 konnten alleine auf den Neubauten 613.000 Personen und 1,1 Millionen Tonnen Güter befördert werden. Zwar sprechen die Statistiken nicht darüber, wie viel zuvor transportiert wurde, aber die gleichzeitig angehäuften Verluste von 205.000 Mark, die die Zivilverwaltung und die Militäreisenbahnen gemeinsam trugen, legen Zeugnis davon ab, wie wichtig diese Infrastruktur für den Krieg erschien.⁴¹

Tatsächlich ging das Generalgouvernement Warschau soweit, die gebauten Kleinbahnen vom Militär zu kaufen, um der geplanten Demontage und anderweitigen Verwendung vorzubeugen und so dauerhaft das polnische Verkehrssystem zu stärken – so waren die Neubauten teilweise noch bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in Verwendung. 1916 aber war Beseler der Ansicht, dass „ohne die Bahnen eine wirtschaftliche Ausnutzung des Landes, namentlich auch eine ordnungsmäßige Versorgung der Bevölkerung in den Großstädten und Industriezentren, unmöglich wäre“.⁴² Für 400 km Feldbahnen bezahlte Warschau daher 7,35 Millionen Mark, überließ deren Betrieb – mit Ausnahme der Wieluner Kleinbahnen – aber weiter den Militäreisenbahnern.⁴³ Der Ausbau der Verkehrswege war schlicht eine militärische Notwendigkeit, die unter allen Umständen vorangetrieben werden sollte. Von den 97 deutschen Eisenbahn-Baukompanien waren deshalb 55 im Osten eingesetzt;⁴⁴ dazu kamen täglich bis zu 50.000 einheimische Arbeiter, 16.000 Gespanne und 200 Dampfwalzen.⁴⁵ Während die Zahl der Gespanne stark schwankte, da diese auch für die Ernte benötigt wurden, blieb die der Arbeiter bis Ende 1916 relativ konstant.

⁴¹ AGAD, 532 / 12, Bl. 42 f. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1918. In einzelnen Quartalen wurde sogar ein Gewinn erzielt, während insbesondere 1917 größere Verluste entstanden: AGAD, 532 / 10, Bl. 39. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April 1917 bis 30. September 1917.

⁴² AGAD, 532 / 8, Bl. 24 f. 6. (8.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. Dezember 1916.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ KNIPPING, Eisenbahnen im Ersten Weltkrieg, S. 124.

⁴⁵ VON KRIES, Deutsche Staatsverwaltung in Russisch-Polen, S. 133 f. AGAD, 532 / 5, Bl. 25 f. 3. (5.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Januar 1916 bis zum 31. März 1916.

Die Infrastruktur in Polen war allerdings selbst nach der umfangreichen Instandsetzung beziehungsweise dem Aufbau nur partiell zufriedenstellend. Zwischen den beiden Städten Płock und Płońsk, etwa 50 km voneinander entfernt, konnte deshalb erst Anfang 1916 eine regelmäßige Verbindung etabliert werden, die zudem nur in einem täglich verkehrenden Fuhrwerk bestand. Die Fahrzeit veranschlagte der Privatunternehmer, der von der deutschen Verwaltung ein Monopol erhielt und dafür gratis Dienstpost beförderte, mit rund acht Stunden für eine Strecke.⁴⁶ Płock, immerhin die zehntgrößte Stadt des Generalgouvernements, blieb ohne einen Eisenbahnanschluss, war vom sonstigen Geschehen im Lande weitgehend abgehängt und hauptsächlich per Weichseldampfer erreichbar. Die Fahrt von gut 100 km dauerte von Warschau aus elf Stunden, zurück flussaufwärts 13 Stunden, mit Zwischenhalt in Wyszogród und Modlin. Einen Autobus konnte man von Płock aus lediglich nach Kutno nehmen, wo Anschluss an die Eisenbahnstrecke Warschau-Posen bestand, zudem verkehrte ein anderer Weichseldampfer flussabwärts bis nach Włocławek.⁴⁷

Die Schifffahrt auf Polens größtem Strom war von hoher Bedeutung für die Besatzer, da sie so Güter bis nach Danzig verschiffen konnten. Indes hatte der Wasserweg infolge zahlreicher durch die Russen versenkter Bote und zerstörter Hafenanlagen stark gelitten. Auch hier musste Deutschland größere Arbeiten sowie Investitionen vornehmen, um die Weichsel für den Export von Agrarerzeugnissen nutzen zu können. Noch Ende 1917 war jedoch in manchen Orten ein Anlegen lediglich durch Hinüberlegen einer Planke von einem auf das sandige Ufer auffahrenden Raddampfer möglich. Wichtiger war deshalb der Verkehr mit Kähnen, den so genannten „Berlinken“, die ohne Motor auskamen und lediglich von der Strömung angetrieben oder von Schleppern gezogen wurden. Ein Großteil des Holztransports erfolgte zudem in Form von Flößerei.⁴⁸

Hans von Beseler betonte gegenüber der Berliner Zentrale immer wieder, wie wichtig Investitionen in die Infrastruktur seien. Man könne damit nicht nur den Aufbau des Landes vorantreiben, sondern zudem die Sympathien der Einheimischen gewinnen:

⁴⁶ AP Płock, 326 / 13, Bl. 10–30. Vertragsentwurf, 1.4.1916. Der Vertrag wurde erst am 18.8.1916 abgeschlossen.

⁴⁷ AP Płock, 326 / 14, Bl. 36. Eilgutdampferverkehr Warschau – Płock, ab 1.7.1916. Ankündigung.

⁴⁸ FRIEDERICHSEN, Landschaften und Städte Polens und Litauens, S. 49 f.

„Nach der Regulierung der Ströme, Ausbau der Eisenbahnen – namentlich der Kleinbahnen – Ausnutzung der Bergwerke wird das Land ja einen ungeahnten Aufschwung nehmen. [...] Das hat auch der Pole längst erkannt, dass für ihn bei dem starken entwickelten Wirtschaftssystem Deutschlands mehr zu holen ist als bei der österreichischen Schlamperei.“⁴⁹

Andererseits war Berlin in dieser Frage einmal mehr nicht bereit, wirkliche Kontrolle abzugeben. So sollte zwar nach einem Staatsvertrag eine Eisenbahngesellschaft gegründet werden, aber deren Kontrolle müsse in preußischen Händen bleiben. Damit „eine Missstimmung [...] tunlichst vermieden werde“, sollte dem neu entstandenen Polen immerhin ein überproportionaler Anteil am Gewinn des Unternehmens zufließen.⁵⁰

Für Ober Ost, in dem die Methoden gar nicht so anders waren, diagnostiziert Vejas Liulevicius eine „radikale Vorstellung von totaler Kontrolle über das besetzte Gebiet“.⁵¹ Er begründet dies mit einem „totalen Anspruch“, mit dem Verkehrspolitik das Land „in einen Schraubstock“ zwang; die Besatzer hätten „den Osten nunmehr durch die Brille der Verkehrspolitik“ betrachtet und Land und Leute nur noch als Verwaltungskategorien gesehen, die auf diese Weise neu geordnet werden konnten.⁵² Eine solche Deutung kann für Polen keine Gültigkeit beanspruchen. Zwar war ebenfalls die Absicht unverkennbar, die Gebiete wirtschaftlich zu nutzen und stärker in Besitz zu nehmen; zudem griffen die Besatzer für den Ausbau der Infrastruktur in gewissem Maße auf Zwangsarbeit zurück. Doch das Ziel der besseren Erschließung auch für die Einheimischen hatte einen hohen Stellenwert, das Vorgehen war legalistisch abgesichert, und Ideen einer totalen Kontrolle sowie einer Art entmenschlchter Ordnung des Landes nicht vorhanden.

Diese Feststellung gilt ebenfalls für das Militärgeneralgouvernement Lublin. Österreich-Ungarn stand vor noch größeren Herausforderungen im Bereich der Infrastruktur, einfach weil östlich der Weichsel deutlich schlechtere Ausgangsbedingungen herrschten und zudem wesentlich weniger Mittel für einen Ausbau bereitstanden. Die Heeresbahn stellte deshalb bereits im September 1915 klar, die bestehenden Linien zwar unterhalten und betreiben zu wollen, ansonsten aber keinerlei Ausbau vornehmen zu können. Selbst neue Schmalspurbahnen wollte das Arme-

⁴⁹ BAMA, N 30 / 15. Protokoll [Beselers?] der Sitzung im Auswärtigen Amt, 3.11. 1917.

⁵⁰ GStA, I. HA, Rep. 90 A / 2696. Besprechung des Unterausschusses für die Frage der Behandlung der polnischen Eisenbahnen, 2.8.1918.

⁵¹ LIULEVICIUS, *Kriegsland im Osten*, S. 141 f.

⁵² Ebd.

oberkommando während des Krieges nicht genehmigen – es begründete das allerdings ganz imperial damit, dass ein Kleinbahnnetz „später der Entwicklung eines normalspurigen, den militärischen Forderungen voll entsprechenden Netzes hinderlich im Wege“ stehen würde.⁵³ Das Lubliner Gebiet sollte ganz eindeutig unter k.u.k. Herrschaft verbleiben und mindestens nach einem Friedensvertrag durch Infrastrukturprogramme – auch und gerade auf der Weichsel – weiter erschlossen werden.⁵⁴

Zunächst aber erzwang die Kriegslage eine gesteigerte Nutzbarmachung des Landes, weshalb trotz der eigentlich klaren Absage an Investitionen gebaut werden musste.⁵⁵ So begann man beispielsweise die – vergleichsweise kurzen – Vollbahnstrecken Rozwadów–Lublin, Beżec–Rejowiec, Zawada–Zamość und Ostrów–Sandomierz, verlegte bis Ende 1915 Schienen für immerhin 500 km Feldbahnen und nahm die wichtigsten existierenden Linien wieder in Betrieb. Der Straßenbau hingegen erwies sich als schwierig, weil fast keine geeigneten Steine vorhanden waren und es keine Maschinen gab beziehungsweise diese erst aus der Heimat geholt werden mussten. Bis 1918 entstanden so lediglich 500 Kilometer neue Straßen und 100 Kilometer Rollbahnen.⁵⁶ Dabei griff die Militärverwaltung vor allem auf Privatunternehmen, wie z. B. die Firma Arnoldi, zurück, die 180 km Feldbahn baute – das Etappenoberkommando hatte dafür einen Kredit in Höhe von sechs Millionen Kronen genehmigt.⁵⁷

An anderer Stelle konnten Infrastrukturprojekte nicht verwirklicht werden, weil es Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Arbeitskräften und Fuhrwerken gab; mehrere Straßenneubauten gab man deshalb 1917 auf.⁵⁸ Bereits ein Jahr vorher mussten zudem manche der neu verlegten Gleise demontiert werden, weil das Material an anderer Stelle dringender benötigt wurde. Im Januar 1917 verfügte das Militärgeneralgouvernement daher nur noch über acht Förderbahnen sowie die unter Zwangsverwaltung gestellte Kleinbahn Piotrków–Sulejów mit insgesamt knapp 350 km (vgl. Tabelle 7, S. 253).

⁵³ AGAD, 312 / 28. AOK an MGGL, 29.9.1915.

⁵⁴ AGAD, 312 / 1867. Wirtschaftliche Mitteilungen der k.u.k. Warenverkehrszentrale für das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet, Nr 23., 1.10.1916, S. 5.

⁵⁵ AGAD, 312 / 28. Aktenvermerk des MGGL zum Schreiben des AOK vom 29.9. 1915.

⁵⁶ HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. 362–364.

⁵⁷ AGAD, 312 / 40. Protokoll über eine Geschäftsvereinbarung zwischen MGGL und Fa. Leo Arnoldi, Wien, 9.11.1915.

⁵⁸ AP Lublin, 242 / 85, Bl. 15. MGGL an Kreiskommando Lublin, 21.4.1917.

Tabelle 7: Förderbahnen im Militärgeneralgouvernement Lublin, Januar 1917⁵⁹

Strecke	Länge in km	Art
Miechów-Działoszyce	37,6	Lok
Sędziszów-Szczekociny	20	Pferde
Jędrzejów-Bogoria	116,4	Lok
Szczucin-Staszów	33,5	Pferde
Bystrzyca-Lęczna	28,9	Lok
Wąwolnica-Karczmiska-Opole	44,6	Lok
Zwierzyniec-Biłgoraj	26	Lok
Bełzec-Huta Dzierżyńska	23	Lok
Piotrków-Sulejów	18,7	Lok

Bis Kriegsende konnten immerhin auf der Weichsel noch neun von den Russen versenkte Dampfer wieder in Betrieb genommen werden, dazu kamen 278 Galeeren, außerdem vier LKW-Kolonnen mit jeweils 30 bis 60 Wagen.⁶⁰ Die Eisenbahnen ermöglichten im zweiten Halbjahr 1917 zwar einen Gewinn von rund 380.000 Kronen,⁶¹ aber interne Berichte attestierten der eigenen Infrastruktur einen schlechten Zustand – insbesondere im Vergleich mit dem Generalgouvernement Warschau. Dort seien Züge sehr pünktlich, man operiere mit weniger Personal und komme zudem mit deutlich preiswerteren Bahnhofsgebäuden aus; im k.u.k. Besatzungsgebiet sei die Bahn hingegen personell vollkommen überbesetzt und langsam.⁶²

Wie in der Heimat, wo die Eisenbahn 1917 nur noch die Hälfte der Transportnachfrage bewältigen konnte,⁶³ erwies sich im Militärgeneralgouvernement die Infrastruktur als Schwachstelle.⁶⁴ Im Kreis Zamość war beispielsweise bis Januar 1916 die Feldbahn Tomaszów-Wola Orłowska wieder abgebaut worden, so dass der Kreis vollkommen ohne Verkehrs-

⁵⁹ ÖStA, KA, AOK-Verbindungsoffiziere / 4100. Linienskizze der stabilen Förderbahnen des MGG, 1.1.1917.

⁶⁰ MITZKA, Die k.u.k. Militärverwaltung in Russisch-Polen, S. 32.

⁶¹ AGAD, 312 / 1845. Zusammenstellung der Betriebs-Einnahmen und Ausgaben-Gebahrung der Förderbahnen im MGGL, zweites Halbjahr 1917.

⁶² AGAD, 312 / 78, Bl. 185-191. Bericht des Gm. Ebenhöf über die Wahrnehmungen im besetzten Russisch-Polen, 29.12.1916.

⁶³ FELIX BUTSCHEK, Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart, Wien 2011, S. 174, 178.

⁶⁴ LEWANDOWSKI, Okupacja austriacka w Królestwie Polskim (1914–1918), S. 35.

mittel war; das einzige Auto, das den Behörden zur Verfügung stand, war ständig kaputt, die Post musste per Pferdekurier ins 35 km entfernte Krasnostaw transportiert werden, von wo aus es per Eisenbahn weiterging.⁶⁵

Auch der Kreis Biłgoraj monierte zu dieser Zeit, keinen Zuganschluss zu haben, keinen Telegraphen, keine Autostraße und nur ein Postamt – für ein Territorium von 1.500 Quadratkilometern. 148 der 164 Orte in dem Gebiet lagen an Nebenstraßen, die bei Regen oder Tauwetter als unpassierbar galten; die 16 Gendarmerieposten waren nur durch Kavallerie-Boten verbunden.⁶⁶ Bei Besprechungen in Lublin mussten Referenten mancher Kreise daher mit An- und Abreise teilweise bis zu fünf Tage Abwesenheit einkalkulieren.⁶⁷



Abb. 10: Arbeiterinnen im Straßenbau im Generalgouvernement Warschau zwischen Konary und Warka (deutsche Aufnahme von 1916)

⁶⁵ AGAD, 312 / 45. Materielle Situationsmeldung des Kreiskommandos Zamość, 23.1. 1916.

⁶⁶ AGAD, 312/48. Materielle Situationsmeldung des Kreiskommandos Biłgoraj, Februar 1916.

⁶⁷ AGAD, 312 / 73. Inspizient des MGGL, Beilage zum Bericht vom 7.10.1916.

Es ist kaum überraschend, dass sich derartige Verhältnisse negativ auf den Export der so dringend von der Heimat erwünschten Ernte niederschlugen. Ende 1916 charakterisierte eine Denkschrift des Armeeoberkommandos den Zustand der Straßen in Polen als „derart trostlos“, dass selbst ein Fuhrwerk mit vier Pferden kaum mehr als zwei bis drei Zentner Last abtransportieren könne.⁶⁸ Es gab nicht nur zu wenig Pferde, zusätzlich lagen die Hauptproduktionsgebiete des Militärgeneralgouvernements meist weit ab von den spärlichen Bahnlinien. Im Kreis Konsk (Końskie) etwa waren die vier Magazine, in denen Bauern die Ernte ablieferten, einen, 35, 40 und 45 Kilometer von Bahngleisen entfernt; insgesamt betrug im Lubliner Gebiet die Distanz eines Viertels aller Speicher bis zum nächsten Bahnhof mehr als 24 Kilometer.⁶⁹

Die Ordnung der nationalen Verhältnisse

Bei Kriegsbeginn hatten weder Deutschland noch Österreich-Ungarn klare Vorstellungen über die komplexen nationalen und ethnischen Verflechtungen in Polen. Sie traten deshalb nicht mit dem Anspruch an, die Interessen aller Gruppen differenziert zu betrachten oder gar erfüllen zu wollen. Vielmehr zeigten sie sich davon überzeugt, von der ganzen Bevölkerung als Befreier vom russischen Joch begrüßt zu werden.⁷⁰ Andererseits agierten die Besatzer für zwei Imperien, die sehr wohl eine klare Nationalitätenpolitik in Westpreußen und Galizien verfolgten: Die Unterscheidung zwischen Ethnien hatte sich dort – in verschiedenen Formen – als konstitutiv erwiesen, und in Übereinstimmung mit imperialem Handeln auch anderswo waren die einzelnen Bevölkerungsgruppen auf je eigene Weise den Zentralen in Berlin und Wien untertan.⁷¹

Mit diesem Erfahrungshorizont gingen die Mittelmächte daran, die Bevölkerung in Polen zu beobachten und zu beurteilen. Hans von Beseler hielt Anfang 1916 fest, dass die Verhältnisse in den zwei Generalgouvernements nicht grundlegend anders seien, wohl aber die Vorausset-

⁶⁸ ÖStA, HHStA, AOK-Quartiermeister-Abteilung, Referenten-Faszikel / 2590. Übersicht über die bisherige wirtschaftliche Ausnutzung der okkupierten Gebiete von Polen, Serbien und Montenegro, AOK-Quartiermeisterabteilung, 22.12.1916.

⁶⁹ AGAD, 312 / 1843. Verzeichnis über die der Polnischen Getreidezentrale zu übergebenden Magazine, o. D. [Herbst 1917].

⁷⁰ MACLEAN, Control and Cleanliness, S. 50.

⁷¹ Vgl. Allgemein: COOPER, Kolonialismus denken, S. 58.

zungen in den beiden Imperien: Österreich-Ungarn habe Galizien „als ein rein polnisches Land weiter entwickelt“, Preußen dagegen seine Polen „wo nicht zu germanisieren, so doch vollständig der deutschen staatlichen Gemeinschaft einzugliedern und mit deutscher geistiger und wirtschaftlicher Kultur zu durchsetzen“ versucht.⁷² In aller Kürze hatte Beseler damit die Unterschiede der jeweiligen Politik klar benannt. Für die besetzten Gebiete, die er als polnisches Land bezeichnete, wies er aber zudem auf andere ethnische Minderheiten hin und hob insbesondere den hohen Anteil von Juden hervor.

Da für Beseler feststand, dass die Juden sich in einen polnischen Staat „rückhaltlos, aber selbstverständlich als gleichberechtigte Staatsbürger zu fügen“ hätten,⁷³ zielte er zunächst auf deren Gleichstellung ab. Arkadiusz Stempin hat diese Politik als „pragmatische Zurückhaltung“ charakterisiert, weil die deutschen Vorstellungen von einer gerechten Verwaltung jegliche Bevorzugung einer ethnischen Gruppe verboten – und das galt sogar für die deutsche Minderheit.⁷⁴ So scheute sich das Generalgouvernement, im komplexen Terrain der nationalen Gemengelage überhaupt ernsthafte Schritte zu unternehmen; dies hätte unnötige Probleme evoziert, die angesichts der ungeklärten Zukunft des Landes vor der Proklamation des Königreichs vermeidbar erschienen.⁷⁵

Wie in anderen Bereichen war auch die Kenntnis über die ethnischen Verhältnisse tendenziell gering. Dem Außenministerium in Berlin lag beispielsweise erst im Juli 1916 eine Untersuchung über die Minderheiten in Polen vor, die für das Generalgouvernement auf Basis der russischen Volkszählung von 1897 eine Zahl von rund 600.000 Deutschen und knapp 1,1 Millionen Juden extrapolierte (vgl. Tabelle 8, S. 257 f.).⁷⁶ Tatsächlich wiesen die Daten von damals aber bei nur 408.000 Befragten eine deutsche Muttersprache aus, und 20 Jahre später schätzte die polnische evangelisch-augsburgische Kirche die Deutschen auf lediglich eine halbe Million, was jeweils etwa vier bis fünf Prozent der Gesamtbevölkerung entsprach. Für die Besatzer gab es zunächst keinen Anlass, diese Menschen irgendwie zu bevorzugen, denn sie hatten sich bis Kriegsbeginn keineswegs illoyal

⁷² BAMA, N 30 / 9. Immediatbericht Beselers, 23.1.1916.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ STEMPIN, Deutsche Besatzungsmacht und Zivilbevölkerung in Polen im Ersten Weltkrieg, S. 155.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ PAAA, R 21577, Bl. 233 f.: Eugen Lewizky: Der östliche Kriegsschauplatz und die osteuropäischen Völkerschaften, gedruckte Denkschrift vom 15.7.1916.

gegenüber dem Zarenreich verhalten. St. Petersburg garantierte ihnen zwar schon lange keine Privilegien mehr, die einst der Grund für eine Ansiedlung gewesen waren, verstieg sich andererseits aber auch nicht zu diskriminierenden Maßnahmen. Erst 1914 und 1915 war es zu deutsch-feindlichen Aktionen gekommen, die zunächst aus Überwachung und Schikanen bestanden und dann in Deportationen mündeten, weil Russland eine Art „fünfte Kolonne“ fürchtete. Die Forschung geht von etwa 200.000 Zwangsumgesiedelten aus.⁷⁷

Tabelle 8: Deutsche und Juden in den später von Deutschland besetzten Generalgouvernements des Königreichs Polen⁷⁸

Kreis	Deutsche	Juden
Warschau	40.000	366.000
Błonie	11.000	14.000
Gostynin	12.000	7.000
Grójec, Kutno, Łowicz, Mińsk	12.000	54.000
Nieszawa	13.000	6.000
Płońsk, Pułtusk, Radzymin, Skierniewice	11.000	49.000
Sochaczew	5.000	6.000
Włocławek	16.000	22.000
Gouvernement Warschau	120.000	539.000
<i>in Prozent der Gesamtbevölkerung</i>	4,29	16,14

⁷⁷ PASCAL TREES, Russland und die deutsche Zivilbevölkerung im Königreich Polen während des ersten Weltkriegsjahres 1914/1915, in: *Besetzt, interniert, deportiert. Der Erste Weltkrieg und die deutsche, jüdische, polnische und ukrainische Zivilbevölkerung im östlichen Europa*, hg. v. EISFELD u. a., S. 199–230, hier S. 204 f., 221. Zu Beselers Politik auch: STEMPIN, Deutsche Besatzungsmacht und Zivilbevölkerung in Polen im Ersten Weltkrieg, S. 169. Siehe außerdem zum Schicksal der deutschen Minderheit in Polen: SERGEJ NELIPOVIČ, Die Deportation von Deutschen aus Warschau im Ersten Weltkrieg (1914–1915), in: *Besetzt, interniert, deportiert*, S. 231–262; CYNTHIA VAKARELIYSKA, Due Process in Wartime? Secret Imperial Russian Police Files on the Forced Relocation of Russia Germans during World War I, in: *Nationalities Papers 37* (2005), S. 589–611. Vgl. zur russischen Nationalitätenpolitik: ERIC LOHR, *Nationalizing the Russian Empire. The Campaign against Enemy Aliens during World War I*, Cambridge 2003.

⁷⁸ PAAA, R 21577, Bl. 233 f: Eugen Lewizky: Der östliche Kriegsschauplatz und die osteuropäischen Völkerschaften. III, Druckschrift vom 15.7.1916 (mit Zahlen aus *Statystyka Polski 1913*, S. 46–49, die wiederum auf der Volkszählung von 1897 beruhen). Angegeben sind in der Quelle nur die Generalgouvernements, die später zum deutsch besetzten Generalgouvernement Warschau gehörten.

Kreis	Deutsche	Juden
Kalisz	17.000	24.000
Koło	19.000	13.000
Konin	14.000	8.000
Łęczyca	11.000	20.000
Słupca	19.000	6.000
Sieradz	18.000	20.000
Turek	9.000	7.000
Wieluń	1.000	20.000
Gouvernement Kalisz	108.000	118.000
<i>in Prozent der Gesamtbevölkerung</i>	7,32	7,64
Piotrków	19.000	25.000
Będzin	15.000	71.000
Brzeziny	28.000	29.000
Częstochowa	2.000	38.000
Łask	11.000	22.000
Łódź	222.000	144.000
Radomsk	6.000	16.000
Rawa	4.000	11.000
Gouvernement Piotrków	327.000	356.000
<i>in Prozent der Gesamtbevölkerung</i>	14,47	15,57
Płock	8.000	20.000
Ciechanów	3.000	7.000
Lipno	21.000	6.000
Przasnysz, Mława	1.000	22.000
Rypin	12.000	6.000
Sierpc	3.000	10.000
Gouvernement Płock	48.000	71.000
<i>in Prozent der Gesamtbevölkerung</i>	6,45	9,23
Gesamt	603.000	1.084.000

Im Militärgeneralgouvernement Lublin, wo die Deutschen einen deutlich kleineren Teil der Bevölkerung ausmachten, setzte Österreich-Ungarn mit seiner erwähnten Volkszählung Ende 1916 auf eine präzise Vermessung der Nationalitätenverhältnisse und meldete mit 219.305 Juden bei 241.807 Jüdinnen einen großen Frauenüberschuss,⁷⁹ der vor allem den Einberufungen zum russischen Heer geschuldet war (vgl. Tabelle 9, S. 260 f.). Diese Zahlen lagen deutlich unter denen des deutschen Generalgouvernements, das sowieso schon einwohnerstärker als das Lubliner Gebiet war, zusätzlich aber noch die beiden großen Städte Warschau und Lodz mit jeweils mehreren hunderttausend Juden hatte. Über die statistische Erfassung hinaus beschränkte sich die k.u.k. Nationalitätenpolitik in Kongresspolen auf hinhaltende Verhandlungen mit jüdischen Führern und auf die Feststellung offizieller Toleranz.⁸⁰ Immerhin erlaubte die Doppelmonarchie im Januar 1918 die Gründung des jiddischen „Lubliner Tugblats“ mit einer Auflage von 1.200 Stück.⁸¹

Der im Januar 1917 von Wien als Referent für jüdische Angelegenheiten nach Lublin entsandte Feldrabbiner und Historiker Majer Bałaban äußerte sich beispielsweise sehr kritisch über die Schulpolitik für Juden und attestierte dem Militärgeneralgouvernement eine gehörige Portion Ignoranz gegenüber jüdischen Belangen.⁸² Andererseits wollte er, ähnlich wie Julius Berger im Generalgouvernement Warschau, den Juden in Kongresspolen die Vorzüge aufgeklärter Herrschaft und modernen Bürgertums nahe bringen. Österreich-Ungarn müsse sie „aus den finsternen Gassen, aus dem Schmutz des Ghettos und aus der Bedrückung des Mittelalters“ erheben: In diesem Krieg könne man endlich „die Mauern der letzten Ghetts niederreißen“.⁸³ Doch für Österreich-Ungarn war es vor allem die ukrainische Minderheit, die eine politische Relevanz erlangte.

Die bereits in Galizien problematische Rivalität von Polen und Ukrainern setzte sich im Militärgeneralgouvernement fort, selbst wenn dort die Zahlenverhältnisse sehr viel klarer zugunsten der Polen ausfielen. Die

⁷⁹ AGAD, 312 / 1832. Verzeichnis über die Einwohner israelitischen Glaubensbekenntnisses rechts und links der Weichsel, 17.1.1917.

⁸⁰ ZECHLIN, Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, S. 149–153; ZIELIŃSKI, Stosunki polsko-żydowskie, S. 232.

⁸¹ SCHEER, Österreich-Ungarns Besatzungsregime im Königreich Polen unter besonderer Berücksichtigung von Religions- und Kultusfragen (1915–1918), S. 195–198.

⁸² SCHUSTER, Zwischen allen Fronten, S. 363 f.

⁸³ MAJER BAŁABAN, Die Judenstadt von Lublin, Lublin 2012 [Nachdruck der Erstauflage 1919], S. 5 f.

geplante Abtretung der Kreise Chełm und Hrubieszów an die Ukraine, nachdem mit dieser im Februar 1918 ein Friedensvertrag ausgehandelt worden war, führte in ganz Polen zu großen Protesten und Widerstandshandlungen,⁸⁴ wogegen es für Österreich-Ungarn nur die Fortsetzung der in Galizien praktizierten Nationalitätenpolitik war, die der ethnisch dominierenden Gruppe starke Privilegien einräumte. Hans von Beseler sprach in diesem Zusammenhang allerdings von einer Polen bevorstehenden vierten Teilung und sah sämtliche Bemühungen um ein Auskommen mit den Einheimischen torpediert.⁸⁵

Tabelle 9: Juden in den Kreisen des Militärgeneralgouvernements Lublin, Volkszählung 1916⁸⁶

<i>Rechts der Weichsel</i>	
Biłgoraj	8.694
Chełm	17.894
Hrubieszów	14.270
Janów	13.950
Krasnystaw	9.637
Lubartów	10.191
Lublin	45.565
Puławy	20.813
Tomaszów Lubelski	14.885
Zamość	14.766
Gesamt:	170.665
davon 79.678 Männer und 90.987 Frauen	
<i>Links der Weichsel</i>	
Busk	18.892
Dąbrowa	11.672

⁸⁴ CABAJ, Społeczeństwo guberni chełmskiej pod okupacją niemiecką i austriacką w latach I wojny światowej, S. 160–183; KINDLER, Die Cholmer Frage 1905–1918, S. 304–311. Zu den Unruhen in Warschau: MARTA POLSAKIEWICZ, Spezifika deutscher Besatzungspolitik in Warschau 1914–1916, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 58 (2009), S. 501–537, hier S. 534 f.

⁸⁵ SPÄT, Für eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft?, S. 490–492.

⁸⁶ AGAD, 312 / 1832. Verzeichnis über die Einwohner israelitischen Glaubensbekenntnisses rechts und links der Weichsel, 17.1.1917.

Jędrzejów	10.266
Kielce	25.354
Końsk	23.701
Kozienice	12.450
Miechów	8.657
Noworadomsk	19.615
Olkusz	18.411
Opatów	23.157
Opoczno	11.444
Pińczów	14.714
Piotrków	28.298
Radom	28.495
Sandomierz	16.564
Wierzbnik	9.641
Włoszczowa	9.116
<i>Gesamt</i>	290.447
davon 139.627 Männer und 150.820 Frauen	
Militärgeneralgouvernement zusammen:	461.112

Der Aufruhr war gewiss nicht überraschend und erklärt, warum die deutschen Besatzer zunächst mit großer Vorsicht vorgingen und einschneidende Neuordnungen der nationalen Verhältnisse unterblieben. Einzig die Loslösung des Landes vom Zarenreich wurde durch die Ausgabe von neuen Pässen vorangetrieben, in denen die Staatsangehörigkeit statt mit „russisch“ nun mit „Pole, Generalgouvernement Warschau“ angegeben war.⁸⁷ So charakterisierte die Institutionalisierung von Methoden der Ausgrenzung und Unterordnung von Menschen, die sowohl definiert als auch reproduziert wurden,⁸⁸ zwar die beiden Imperien, aber zunächst nicht deren Politik in Kongresspolen. Dies änderte sich erst mit der Proklamation des Königreichs Polen im November 1916, mit der sich Deutschland und Österreich-Ungarn eindeutig auf eine Titularnation in

⁸⁷ VON HUTTEN-CZAPSKI, Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft, S. 275.

⁸⁸ COOPER, Kolonialismus denken, S. 57.

ihren Besatzungsgebieten festlegten und insbesondere den Juden diesen Status absprachen und sie in den Rang einer Religionsgemeinschaft zurückstufen.⁸⁹

Freilich änderte weder dies noch das oben erwähnte diskriminierende kommunale Wahlrecht etwas an der Wahrnehmung von Seiten der Juden, unter den Deutschen in einem neuen „Eldorado“⁹⁰ zu leben, das wirtschaftlich wie rechtlich eine deutliche Verbesserung gegenüber dem russischen Antisemitismus darstelle. Dies äußerte sich beispielsweise in zehn jiddischen und fünf hebräischen Zeitungen und Zeitschriften, die 1917 im Generalgouvernement erscheinen durften.⁹¹ Leopold von Andrian, der stets kritische Beobachter von Beselers Politik, unterstellte diesem deshalb ein viel zu wenig polenfreundliches Vorgehen – und offenbarte damit sein Denken in festen ethnischen Kategorien und nationalen Gegensätzen. Insbesondere nach dem 5. November 1916 könne es, so Andrian, nicht mehr angehen, „die Assimilierung der Juden und ihre Aufsaugung durch die polnische Bevölkerung möglichst hintanzuhalten“ – denn nichts weniger würde Deutschland mit seinem Religionsstatut erreichen, das bereits am 1. November 1916 verabschiedet worden war.⁹²

In dieser Verordnung wurden die Juden des Generalgouvernements in einer Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts zusammengefasst und dieser entsprechende Rechte zugestanden,⁹³ die von einem protestantischen Kirchenverständnis – und bei 70 Paragraphen von preußischer Genauigkeit – geprägt waren. Das Statut gewährte den jüdischen Gemeinden beispielsweise das Recht beziehungsweise erlegte ihnen die Pflicht auf, Kinder außerhalb polnischer Schulen zu erziehen, Armenpflege und soziale Fürsorge zu organisieren, sowie ein eigenes Budget zu führen.⁹⁴

⁸⁹ STEMPIN, *Deutsche Besatzungsmacht und Zivilbevölkerung in Polen im Ersten Weltkrieg*, S. 159 f.; DERS., *Próba „moralnego podboju“ Polski*, S. 569–580; KAUFFMAN, *Elusive Alliance*, S. 117 f.

⁹⁰ ZIELIŃSKI, *Stosunki polsko-żydowskie*, S. 232.

⁹¹ ZECHLIN, *Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg*, S. 175 f.

⁹² ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56m-n / 1035. Andrian an Außenministerium, 8.11.1916.

⁹³ POLSAKIEWICZ, *Warschau im Ersten Weltkrieg*, S. 158–162; STEMPIN, *Próba „moralnego podboju“ Polski*, S. 562–569. Siehe auch: *Verordnung die Organisation der jüdischen Religionsgesellschaft im Generalgouvernement Warschau betreffend*, 1.11.1916, in: *Handbuch für das Generalgouvernement Warschau*, hg. v. GINSCHERL / PALANDT, S. 384–396.

⁹⁴ ZECHLIN, *Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg*, S. 206–208. Speziell zur Schulpolitik: STEMPIN, *Próba „moralnego podboju“ Polski*, S. 539–547.

In diesem Sinne hatten sich die Deutschen aber bereits vor November 1916 engagiert und auf Kreisebene beispielsweise Rabbinerkonferenzen eingerichtet, die wiederum jüdische Volksschulen errichteten oder mit Unterstützung des Hilfsvereins der Deutschen Juden an einigen Orten für die Kinder jüdischer Flüchtlinge Kindergärten schufen.⁹⁵ Die Hilfe ging so weit, dass aus Deutschland Gelder des „Joint“ (American Jewish Joint Distribution Committee) nach Polen transferiert und durch die Kreischefs verteilt wurden. Höflich bedankten sich diese für die Zahlungen und legten Rechenschaft über deren Verwendung ab, etwa nach einem Feuer durch den „Dank der Abgebrannten in Stoczek“, denn dies „macht guten Eindruck und kostet nicht viel“.⁹⁶

Die Hilfe für Juden war außerdem ihren Glaubensgenossen in Deutschland ein großes Anliegen. Sie wiesen immer wieder auf die „bitterste Not“ in Polen hin, die das wirtschaftliche Überleben ohne externe Unterstützung unmöglich mache. Nach offiziellen Angaben erhielten deshalb im Juli 1915 in ganz Polen bereits 825.000 Juden – also rund die Hälfte aller in den beiden Generalgouvernements lebenden Juden – Hilfe wie etwa Lebensmittel, Kleidung oder Bargeld.⁹⁷ Die Besatzer ermöglichten, unterstützten und subventionierten diese Bemühungen. Ganz unabhängig von den praktischen Vorteilen einer Kooperation, die zumindest Teile von Kosten und Verantwortung anderen Organisationen übertrug, betonte beispielsweise Wolfgang von Kries, die „streng orthodoxen Anschauungen der Mehrheit des polnischen Judentums [...] sorgfältig geschont“ zu haben.⁹⁸

Das bewusst zurückhaltende Vorgehen der deutschen Behörden ist insbesondere deshalb überraschend, weil ihre Akteure – wie im ersten Kapitel dargestellt – keineswegs frei von Antisemitismus waren. Dazu kamen die beileibe nicht positiven Beurteilungen durch die offizielle

⁹⁵ AGAD, 352 / 7. 5. (7.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 30. September 1916. ZEHLIN, Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, S. 192–194.

⁹⁶ AP Lublin, 247 / 52, Bl. 45. Hilfsverein der Deutschen Juden an Kreischef Lukow, 23.8.1916. Das Zitat aus einem handschriftlichen Vermerk des Kreischefs auf dem Schreiben.

⁹⁷ JULIUS HIRSCH, Wirtschaftliche Verwertung der brachliegenden ostjüdischen Arbeitskräfte, in: Neue Jüdische Monatshefte 1 (1916), S. 8–13, hier S. 8 f.

⁹⁸ AGAD, 352 / 7. 5. (7.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 30. September 1916. Zu den Initiativen deutscher Juden ausführlich: ZEHLIN, Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, S. 189–192.

Landeskundliche Kommission. So hatte der Geograph Erich Wunderlich die hygienischen Beziehungen in jüdischen Wohnhäusern abqualifiziert und festgestellt, es sei „kein Wunder, dass Flecktyphus und andere Krankheiten hier kaum auszurotten sind“.⁹⁹ Sein Kollege Bernhard Brandt schrieb über „den Ostjuden“, der „auf seinem mittelalterlichen Standpunkte stehen geblieben“ sei, sich deutlich von seinem „zivilisierteren Stammesgenossen der westlichen Länder“ abhebe, und dessen „Unternehmungen [...] klein und armselig“ blieben.¹⁰⁰ Die „jüdischen Viertel [drückten polnischen Städten] den Stempel unglaublicher Verkommenheit auf“ und böten „ein Bild vom Ghetto vergangener Zeiten“.¹⁰¹ Derartige Pauschalurteile ließen keinen Raum für positive Bilder, weshalb beispielsweise den „jungen Jüdinnen, unter denen anmutige Erscheinungen nicht selten sind“ ihre „übertriebene Eleganz“ und modische Erscheinung vorworfen wurde.¹⁰²

Die Besatzungsfunktionäre in Warschau lasen aus derartigen Stereotypen allerdings keine Handlungsempfehlungen oder gar -anleitungen heraus. Freilich bekämpften sie Krankheiten wie Typhus oder Fleckfieber und versuchten, die hygienischen Bedingungen insbesondere in den Großstädten zu verbessern,¹⁰³ doch eine Gleichsetzung der Juden mit Krankheitserregern und -trägern hatte noch nicht stattgefunden. Bewusst achtete das Generalgouvernement in seiner Nationalitätenpolitik darauf, nicht diskriminierend vorzugehen. Ordnungsvorstellungen beschränkten sich ganz pragmatisch darauf, die eigene Herrschaft zu sichern und zu erleichtern – eine Neugestaltung der ethnischen Verhältnisse war damit nicht verbunden.

Selbst die Novemberproklamation 1916 änderte daran wenig. Beseler gab zwar gegenüber der deutschen Minderheit das Neutralitätsprinzip auf, engagierte sich für deren rechtlichen Status und sicherte ihr Schulautonomie zu.¹⁰⁴ Auf eine Vorrangstellung gegenüber den Polen lief all das allerdings nicht hinaus, viel eher ging es darum, gewisse Minderheiten-

⁹⁹ WUNDERLICH, Geographischer Bildatlas von Polen, S. 14.

¹⁰⁰ BRANDT, Geographischer Bilderatlas des polnisch-weißrussischen Grenzgebietes, S. 40.

¹⁰¹ Ebd., S. 84.

¹⁰² Ebd., S. 41.

¹⁰³ SCHUSTER, Zwischen allen Fronten, S. 311 f. Vgl. für Warschau: POLSAKIEWICZ, Warschau im Ersten Weltkrieg, S. 111–118.

¹⁰⁴ STEPIN, Próba „moralnego podboju“ Polski, S. 459–473; DERS., Deutsche Besatzungsmacht und Zivilbevölkerung in Polen im Ersten Weltkrieg, S. 169.

privilegien zu wahren. Der Generalgouverneur musste jedoch ein ums andere Mal erkennen, dass es sich bei diesen Deutschen vor allem um deutsche Polen handelte, was beispielsweise die lokale evangelische Geistlichkeit immer wieder herausstrich.¹⁰⁵ In der Heimat hatte Beseler für die Anerkennung dieser Tatsache schwer zu kämpfen¹⁰⁶ und bemerkte noch Ende 1917 gegenüber dem Auswärtigen Amt in Berlin, welche falschen Vorstellungen über die angeblich deutschen Industriellen in Lodz verbreitet seien: „Die Industrie fühlt russisch und ist keine Stütze für das Deutschtum.“¹⁰⁷

Abgesehen von kleineren legislatorischen Akten zugunsten der Minderheit empfahl Beseler deshalb gegenüber Berlin ihre Rücksiedlung nach Deutschland. Dies solle allerdings auf freiwilliger Basis geschehen und man dürfe keinesfalls rein deutsche Gemeinden durch die Umsiedlung Einzelner schwächen, denn dann würden sie noch schneller assimiliert. So zielte die Nationalitätenpolitik zwar nicht auf ethnische Vielfalt ab, setzte aber auch nicht auf Diskriminierung oder gar Germanisierung. Angesichts der großen zahlenmäßigen Dominanz der Polen und der Schwäche der deutschen Minderheit wollte das Generalgouvernement gar nicht erst versuchen, diese zu stärken. Beselers Votum war in jeder Hinsicht eindeutig: „Polen ist zu stark bevölkert, um als Siedlungsland in Betracht zu kommen.“¹⁰⁸ Die deutsche Politik entsprach damit den Vorstellungen eines homogenen Nationalstaats – was in Preußen zur Diskriminierung der Polen geführt hatte, im Generalgouvernement Warschau aber nur den Schluss zuließ, dieses Land polnisch zu machen. Im Militärgeneralgouvernement Lublin stand die Volkszählung für den österreichisch-ungarischen Imperialismus, der verschiedenen Ethnien eine Stellung relativ zu anderen zuwies – weshalb zunächst empirische Daten vorliegen mussten, die diese Art des k.u.k. Pluralismus erst zuließen.

Angesichts dieser Befunde fällt es schwer, Pauschalurteilen zuzustimmen, wonach sich „der“ Osten im Ersten Weltkrieg für Deutschland zu einem Territorium entwickelt habe, im dem sich „the Pan German vision of a vast space ripe for the civilizing effects of Germandom“ realisieren ließe.¹⁰⁹ Die Ordnungsvorstellungen beider Mittelmächte zielten auch

¹⁰⁵ DERS., *Deutsche Besatzungsmacht und Zivilbevölkerung in Polen im Ersten Weltkrieg*, S. 169.

¹⁰⁶ DERS., *Próba „moralnego podboju“ Polski*, S. 435–459.

¹⁰⁷ BAMA, N 30 / 15. Protokoll einer Sitzung im Auswärtigen Amt, 3.11.1917.

¹⁰⁸ Ebd.

¹⁰⁹ BARANOWSKI, *Nazi empire*, S. 90.

nicht auf eine Kolonisierung Polens ab.¹¹⁰ Zwar führte die geplante intensive Ausbeutung des Landes zur Dichotomie eines gleichzeitigen Aufbaus,¹¹¹ und dahinter stand selbstverständlich die höchst imperiale Absicht mindestens einer dauerhaften Eingliederung Polens in den eigenen Herrschaftsverbund. Aber die deutsche Nationalitätenpolitik deutet eher auf eine indirekte Dominanz über einen anderen Staat hin, die Österreich-Ungarns auf Eingliederung in Form eines Kronlands – und beide änderten sich ab der Proklamation des Königreichs Polen. Der Abstand zum maritimen Kolonialismus blieb groß.

Für die Doppelmonarchie ist kürzlich der Unterschied zu Großbritanniens Kolonien im administrativen und rechtlichen Umfang mit ethnischen Differenzen herausgearbeitet worden. In Asien oder Afrika gab es „Weiße“ und „Nicht-Weiße“, während die Habsburger eine etatistische Logik ausdifferenzierter Nationalitätenbeziehungen verfolgten; selbst für Bosnien könne man dabei nur von einer imperialistischen Diskriminierung sprechen, die wenig mit dem rassistischen Vorgehen in den überseeischen Kolonien zu tun habe.¹¹² Ähnlich fällt der „innerdeutsche“ Vergleich aus, wenn Kiautschou in den Blick genommen wird. Dort konstruierte Deutschland die Chinesen als etwas „ontologisch ‚Anderes‘ oder Gegensätzliches zum ‚normalen‘ menschlichen Wesen“, um das Gefälle zwischen eigener und fremder Kultur zu betonen.¹¹³ Zudem fand der Begriff der Rasse Verwendung, mit dem den Chinesen der Status als Nation abgesprochen wurde – was wiederum mit den Polen nicht geschah. Die diskursive Abgrenzung von den „Anderen“, die mit neuen, abwertenden Etiketten versehen und nur mehr als inferior behandelt wurden, verband sich mit einem Konzept der Zivilisierung. Die Kolonialmacht hatte demnach die Aufgabe, diese fremde Rasse zu erziehen und zu zivilisieren.¹¹⁴

¹¹⁰ So wird die deutsche Politik zuletzt gedeutet von OXANA NAGORNAJA, *Des Kaisers Fünfte Kolonne? Kriegsgefangene aus dem Zarenreich im Kalkül deutscher Kolonisationskonzepte (1914 bis 1922)*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 58 (2010), S. 181–206, hier S. 205 f.

¹¹¹ LEWANDOWSKI, *Okupacja austriacka w Królestwie Polskim (1914–1918)*, S. 29.

¹¹² GAMMERL, *Staatsbürger, Untertanen und Andere*, S. 335. Siehe zu Bosnien auch: CLEMENS RUTHNER, *Kakaniens kleiner Orient. Post/koloniale Lesarten der Peripherie Bosnien-Herzegowina (1878–1918)*, in: *Zentren, Peripherien und kollektive Identitäten in Österreich-Ungarn*, hg. v. ENDRE HÁRS, Tübingen 2006, S. 255–283.

¹¹³ KLAUS MÜHLHAHN, *Herrschaft und Widerstand in der „Musterkolonie“ Kiautschou. Interaktionen zwischen China und Deutschland 1897–1914*, München 2000, S. 282.

¹¹⁴ Ebd., S. 411.

Dergleichen war in Polen nur in sehr beschränktem Maße zu beobachten. Sowohl Deutschland wie Österreich-Ungarn betrachteten das Land und seine Bevölkerung zwar als rückständig, wollten aber im Wesentlichen Fortschritt, Ordnung und Aufbau bringen. Bei allen Überlegenheitsgefühlen war von Erziehungsmaßnahmen oder einer zivilisatorischen Mission nur selten die Rede, selbst wenn die Übergänge zwischen derlei Wahrnehmungen und der tatsächlichen Politik oft fließend sind. Sicherlich waren die Denkweisen abwertender als das offizielle Vorgehen, aber trotz des weit verbreiteten Antisemitismus kam es beispielsweise nur zu vereinzelten diskriminierenden Maßnahmen. Keinesfalls handelte es sich um einen staatlichen Versuch, die jüdische Existenz zu zerstören oder die vorhandenen Stereotype in politische Aktionen umzusetzen. Ganz im Gegenteil versuchten die Mittelmächte weitgehend, die jüdische Identität und die mit ihr verbundenen Lebensweisen zu respektieren. Polen stach dabei nicht einmal besonders aus dem sonstigen Vorgehen im Osten heraus, denn sogar im meist besonders übel beleumundeten Ober Ost trafen die Juden hauptsächlich die Konsequenzen der brutalen Wirtschaftspolitik.¹¹⁵

Im Endeffekt war die imperiale Durchdringung Polens vor allem pragmatisch ausgerichtet. Vermessung und Infrastruktur dienten zunächst den unmittelbaren Zielen der „Nutzbarmachung“ des Landes. Etwas anderes konnte sich Österreich-Ungarn – im Unterschied zu Deutschland – trotz größerer Ambitionen über den Krieg hinaus auch gar nicht mehr leisten. So hatten die meisten Maßnahmen natürlich eine längerfristige Zielrichtung, aber die Integration des Landes in den eigenen Herrschaftsverbund war schlicht nicht die größte Sorge in Warschau und Lublin. Die Nationalitätenpolitik sah genauso aus. Die beiden Generalgouvernements zeigten sich wie Wien und Berlin primär daran interessiert, ethnische Konflikte zu vermeiden. Nicht einmal über den Krieg hinaus gab es Pläne für eine radikale Neuordnung der Verhältnisse im Lande. Unabhängig von den Rahmenbedingungen und bündnispolitischen Spielräumen war dieses eher indirekte, hegemoniale Agieren mit teils provisorischen Lösungen schlicht kostengünstiger als die vollständige Errichtung einer imperialen Ordnung in den jeweiligen Besatzungsgebieten.¹¹⁶

¹¹⁵ JÜRGEN MATTHÄUS, German Judenpolitik in Lithuania during the First World War, in: Leo Baeck Institute Yearbook 43 (1998), S. 155–174, hier S. 173.

¹¹⁶ Zum theoretischen Hintergrund: MÜNKLER, Imperium und Imperialismus, S. 4, 9.

2. FINANZ- UND INDUSTRIEPOLITIK

Angesichts der exorbitanten Kosten Deutschlands und Österreich-Ungarns für den Krieg, die mit jedem Jahr weitere anstiegen, kam finanziellen Fragen eine essentielle Bedeutung zu. Das galt genauso für die beiden Generalgouvernements in Polen, denn die Besatzung kostete Geld, weil Verwaltungspersonal und Soldaten entlohnt werden mussten und Sachaufwendungen für die Verwaltung entstanden. Die geschilderten Investitionen verschlangen ebenfalls große Summen, und nicht zuletzt waren die im Land aufgebrachten Waren und Lebensmittel zu bezahlen. Wenn auch nicht bei den Gehältern des eigenen Personals, so ließ sich doch bei allen anderen Ausgaben sparen, selbst wenn stets Kosten entstanden. Von Beginn der Okkupation an war daher klar, dass Polen einen finanziellen Beitrag zu leisten hatte und das Gebiet die Besatzungskosten möglichst selbst aufbringen sollte.

Die Mittelmächte erhoben deshalb Steuern und Zölle, die sie allerdings in teils komplizierten Prozessen erst etablieren mussten.¹¹⁷ Insbesondere die schwankenden Wechselkurse erwiesen sich als problematisch, denn sie erlaubten potentiell zwar die effizienteste Manipulation, waren aber nicht leicht miteinander abzustimmen. Wesentlich unkomplizierter als die finanziellen Aspekte der Besatzung erschien Anfang 1915 die Industriepolitik: Während im Lubliner Gebiet wenige Betriebe vorhanden waren, die eine derartige Bezeichnung überhaupt verdiente, beschlagnahmte und demonitierte Deutschland in großem Ausmaß, was vor allem der Wirtschaft im Reich zugutekam. Bei einem kurzen Konflikt wäre diese Strategie aufgegangen, doch in einem mehrjährigen Krieg erwies sie sich als kurzsichtig, weil Fabriken stillstanden und gar nichts mehr produzierten; zudem ging das Steueraufkommen zurück und die Arbeitslosigkeit stieg. Die einst bedeutende Textilindustrie in Lodz schrumpfte in nie geahnten Ausmaßen, und lediglich die Kohlebergwerke im Dąbrowa-Becken exportierten in größerem Umfang.

Die Zusammenhänge zwischen angenommener kurzfristiger Kriegsnotwendigkeit und dauerhafter imperialer Rationalität treten in diesem Spannungsfeld deutlich zutage. Sie erlauben weitere Rückschlüsse auf die Pläne der Mittelmächte für Polen, zeigen aber auch, inwiefern diese – in ihren eigenen Augen – eine erfolgreiche Politik verfolgten. Berücksichtigt werden müssen dafür außerdem die Reaktionen bei den Besetzten auf

¹¹⁷ Umfassend hierzu die monographische Untersuchung: HANDELSMAN u. a., *Polska w czasie wielkiej wojny*, Bd. 4.

nationaler Ebene genauso wie bei einzelnen Schmugglern, die eigene Wege fanden, mit den auferlegten Restriktionen umzugehen. Die Okkupanten wiederum waren bestrebt, Verstöße gegen ihre neue Ordnung zu sanktionieren, konnten andererseits aber in einem offiziell verbündeten Land nicht mit drakonischer Härte vorgehen.

Währungspolitik, Steuern und Zölle

Legales Zahlungsmittel in Russisch-Polen war der Rubel. Unmittelbar nach dem Einmarsch standen die Besatzer also vor der Frage, wie mit dieser Währung umzugehen sei.¹¹⁸ Noten und Münzen konnten ohne einen Umtausch kaum für ungültig erklärt werden, denn das hätte die Bevölkerung enteignet, das ökonomische Leben zum Erliegen gebracht und das Land noch tiefer ins Chaos gestürzt. Doch abgesehen von der nicht zu unterschätzenden symbolischen Bedeutung existierte das ganz praktische Problem, dass die Besatzer die Einheimischen nicht in Rubel bezahlen wollten. Sie hätten dafür teure Valutatauschgeschäfte machen müssen und zudem Mark beziehungsweise Kronen gegenüber dem Rubel abgewertet, was nicht nur ihre eigene Kaufkraft untergraben, sondern indirekt dem Kriegsgegner in die Hände gespielt hätte.

Die praktischste Lösung war daher, die eigenen Zahlungsmittel auch in Polen für gültig zu erklären oder – noch besser – eine durch die heimische Valuta gedeckte neue Währung zu schaffen. Fiskalpolitisch hatte letzteres zudem den Vorteil, Liquidität aus der Heimat umzuleiten und so die Inflation – bedingt durch die massive Kreditaufnahme der beiden Kaiserreiche in Verbindung mit geringer Abschöpfung durch Steuern – zumindest geringfügig – zu mildern.¹¹⁹ Schon ab Frühjahr 1915 überlegte Deutschland daher, in Polen eine Darlehnskasse zu gründen, die an die Mark gekoppelte eigene Zahlungsmittel ausgeben sollte. Die dafür notwendige Anfangsinvestition, unter anderem für Filialen, ein Verteilungssystem und Druckkosten der Banknoten, führte allerdings im Juli dieses Jahres zu einem Stopp der Pläne.¹²⁰

Österreich-Ungarn war zu dieser Zeit nicht mit konzeptionellen Überlegungen befasst und zudem der Ansicht, dass die Krone durchaus im Besatzungsgebiet verwendet werden könne, wie das etwa in Serbien ge-

¹¹⁸ Ebd., S. 291–292, 354–367.

¹¹⁹ ZILCH, *Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg*, S. 56.

¹²⁰ Ebd., S. 256 f.

schah. Allerdings zeigte sich die Doppelmonarchie zugleich nicht daran interessiert, tatsächlich die eigenen Banknoten in den okkupierten Territorien auszugeben. Wien befürchtete, dass diese ins Ausland gelangen und von dort gegen das Habsburgerreich eingesetzt werden könnten. Diese beiden sich gegenseitig ausschließenden Ziele führten daher in Serbien und später der Ukraine zu einer Zahlungsmittelknappheit. In der Zwischenkriegszeit war Österreich-Ungarn deshalb attestiert worden, die „Bedeutung des Geldwesens [...] offenbar nicht klar erkannt“ zu haben.¹²¹ Für das Militärgeneralgouvernement Lublin hat dieser Vorwurf aber nur bedingt Geltung, denn dort kam es durchaus zu entsprechenden Überlegungen, wenn auch nicht zu Resultaten – obwohl die Deutschen im Generalgouvernement Warschau Tatsachen schufen und polnische Vertreter bei k.u.k. Offiziellen auf ähnliche Maßnahmen gedrängt hatten.¹²²

Nach drei Jahren verfügten die Besatzer über einige negative Erfahrungen mit dem nach wie vor zirkulierenden Rubel. So fiel dessen Wert dramatisch, betrug im Frühjahr 1917 etwa 2,50 Kronen, ein Jahr später aber nur noch 1,20 bis 1,30 Kronen.¹²³ Dies kam für die Rubel besitzenden Einheimischen, die an die Behörden des Gouvernements zahlen mussten, einer Teilenteignung gleich – ursächlich dafür war die Erklärung der Krone als alleiniges Zahlungsmittel für das österreichisch-ungarische Gebiet im April 1917.¹²⁴ Dieser Schritt war auch deshalb notwendig geworden, weil die Krone von der Bevölkerung freiwillig nicht verwendet wurde. Die Besatzer schrieben das der Rückständigkeit der Landbevölkerung zu, doch insbesondere die Unsicherheit über den Kriegsausgang ließ eine Abkehr vom Rubel ohne Not nicht als rational erscheinen. Und so bestanden Geschäftsleute auf der russischen Währung und verweigerten trotz gegenläufiger Vorschriften – und unrealistischer Zwangskurse¹²⁵ – häufig die Annahme der Krone.¹²⁶ Dieses Verhalten öffnete Spekulationen

¹²¹ GEORG HOLZHAUER, Barzahlung und Zahlungsmittelversorgung in militärisch besetzten Gebieten, Jena 1939, S. 58.

¹²² ÖStA, KA, AOK-Quartiermeister-Abteilung, Referentenfaszikel / 2588. Protokoll einer Besprechung im Wiener Außenministerium mit poln. Vertretern über die Währungsverhältnisse im MGGL, 7.6.1918.

¹²³ Ebd.

¹²⁴ HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. 346–349. Mit Ausbruch der russischen Revolution weigerte sich das Militärgeneralgouvernement zudem, größere oder beschädigte Rubelnoten überhaupt anzunehmen.

¹²⁵ AGAD, 312 / 1868, Bl. 435. MGGL an Kreiskommando Lublin, 18.9.1916.

¹²⁶ ÖStA, KA, AOK-Verbindungsoffiziere / 4098. Aktenvermerk des AOK vom 12. 12.1916. Siehe auch: ADAM KRZYŻANOWSKI, Drożyzna, Kraków 1920, S. 45 f.

Tür und Tor, gerade weil es keinen freien Handel der Währungen in Kriegszeiten gab. Schon zu dieser Zeit war den Organen der Doppelmonarchie bewusst, wie kontraproduktiv das für ihre Ziele war: „Die Schädigung der österr.[eichischen] Verwaltung ist eine vielfache. Indem das Kronengeld die Kaufkraft verliert, fällt der Wert der den Arbeitern, namentlich aber den Landwirten für ihre Produkte bezahlten Entlohnung.“ Und wenn Spekulanten schon nicht aus Russland Rubel einführen konnten, so doch aus dem galizischen Krakau.¹²⁷

Das Generalgouvernement Warschau stand vor ganz ähnlichen Problemen. Zwar gab es Zwangskurse für Rubel, doch diese entsprachen nicht dem Wert, den die Einheimischen der Mark zuwiesen; sogar an der Berliner Börse war der Kurs des Rubels höher. Im November sollten 100 Mark 75 Rubel wert sein, doch der Währungshandel im Besatzungsgebiet kam erst zu einem Ende, als der offizielle Kurs dem realistischeren Verhältnis von 100 Mark zu 52 Rubel angepasst¹²⁸ und später auf die Festlegung vollkommen verzichtet wurde.¹²⁹ Für die Deutschen im Lande verteuerte sich damit alles, und es kam durchaus vor, dass Kaufleute die Annahme von Mark vollkommen verweigerten: „Der einkaufende Deutsche ist der Willkür des Polen und Juden völlig preisgegeben.“ Wesentlich mehr litten indes die einheimischen Arbeiter, die ihren Lohn in Mark erhielten und Mitte 1916 durch die Notwendigkeit des Rubelumtauschs einen Kaufkraftverlust von 25 Prozent zu gewärtigen hatten.¹³⁰

Für die polnischen Besitzer von Mark und Kronen war es oft schwerer, die vorgeschriebene Annahme dieser Währungen durch ihre Landsleute durchzusetzen. Denunziation war zwar immer möglich, schuf aber böses Blut. Die Okkupanten setzten daher auf eine Strategie von Strafe und Abschreckung, indem sie Sanktionen in den amtlichen Kreisblättern bekannt geben ließen.

Im deutschen Łuków etwa musste die Händlerin Ruchla Tennenbaum Anfang April 1916 eine Strafe von 100 Mark bezahlen, weil sie deutsches

¹²⁷ AGAD, 312 / 214, Bl. 82 f. Kreiskommando Pińczów an MGGL, 22.3.1916. Ähnliche Schlussfolgerungen finden sich Ebd., Bl. 334–340, Kreiskommando Lublin an MGGL, 9.4.1916, und Bl. 319–321, Brückenkopfkommando Iwangozrod an MGGL, 28.3.1916.

¹²⁸ AGAD, 532 / 4, Bl. 60–63. 2. (4.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis zum 31. Dezember 1915. Siehe auch: CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 130.

¹²⁹ AGAD, 532 / 6, Bl. 43. 4. (6.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April 1916 bis zum 30. Juni 1916.

¹³⁰ AGAD, 532 / 4, Bl. 61 f. Bericht über Tätigkeit und Zustände im Gouvernementsgebiet für die Zeit vom 1.7.1916 bis 30.9.1916.

Geld nicht zum festgesetzten Kurs in Zahlung genommen hatte; ersatzweise waren 40 Tage Gefängnis vorgesehen.¹³¹ Die Währungsfrage erwies sich manchmal indes sogar für die Besatzer als verwirrend. Das Zivillandeskommissariat in Lublin hob 1917 beispielsweise eine im Kreis Sandomierz gegen den Händler Liber Herszkowicz ausgesprochene Strafe wegen Nichtannahme einer Rubelnote auf: Das stellte kein Vergehen dar, weil Rubel keine Zahlungsmittel mehr waren.¹³²

Die für die Mittelmächte unerfreuliche Entwicklung hatte bereits im Herbst 1915 zu erneuten Gedankenspielen über eine eigene polnische Notenbank geführt. Gedacht war an eine Darlehnskasse, die Sicherheiten wie Krieganleihen annehmen und mit einem kleinen Abschlag dafür Darlehnskassenscheine ausgeben sollte, die dann als Zahlungsmittel akzeptiert würden. Ein solches Verfahren verdoppelt de facto den Geldumlauf, denn der Staat nimmt Geld ein, weil seine Bürger bei ihm Anleihen kaufen, dafür aber eine andere, neu geschaffene Zweitwährung erhalten.¹³³ Nach dieser Transaktion haben sowohl Staat wie Bürger die gleiche Menge an Liquidität – anstatt vorher nur die Bürger.

Im Frühjahr 1916 gingen die Überlegungen sogar soweit, eine Rubel-Notenbank ins Leben zu rufen. Andererseits schlug die Reichsbank die Ausdehnung der Darlehnskasse in Ober Ost auch ins Generalgouvernement Warschau vor. Sie wies darauf hin, dass sie durch den Umlauf von geschätzt 1,5 Milliarden Mark in den okkupierten Territorien stark belastet sei. Demgegenüber argumentierte die Warschauer Zivilverwaltung, dass eine deutsche Bank als Darlehnskasse „auf Misstrauen stoßen und hierdurch eine weitere Verbreitung der Noten unmöglich machen würde.“ Die Annahme der Noten sei nur durch eine polnische Bank beziehungsweise durch Garantien des Generalgouvernements zu gewährleisten.¹³⁴ Am Ende kam es im April 1917 doch zu einer Darlehnskasse, die die Posener Ostbank aufbaute. Sie erhielt dafür ein Monopol und Privilegien, die ihr einen reichhaltigen Gewinn sicherten, und konnte

¹³¹ Kreis-Blatt des Kreises Lukow. Amtliches Bekanntmachungsblatt, Lukow 1916–1917. Nr. 6 (1916), S. 4. Bekanntmachung des Kreises Lukow, 10.2.1916. Exemplarisch für weitere Strafen: Ebd., Nr. 7 (1916), S. 3. Bekanntmachung des Kreises Lukow, 15.2.1916. Ebd., Nr. 13 (1916), S. 6. Bekanntmachung des Kreises Lukow, 28.3.1916. Ebd., Nr. 7 (1916), S. 3. Bekanntmachung des Kreises Lukow, 15.2.1916.

¹³² AGAD, 312 / 1590. Vorgangsnummer 21842.

¹³³ ZILCH, Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg, S. 65–80 und 253 f.

¹³⁴ AGAD, 532 / 6, Bl. 43. 4. (6.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April 1916 bis zum 30. Juni 1916.

später sogar in Ober Ost aktiv werden.¹³⁵ Reinhold Zilch, der größte Experte für Besatzungsfinanzen im Ersten Weltkrieg, hat auf die unterschiedlichen Interessen in Berlin und Warschau und damit einmal mehr auf das Spannungsfeld zwischen Zentrale und Peripherie hingewiesen:¹³⁶ Die Reichsbank wollte den deutschen Instituten Gelegenheit geben, Profite zu machen und sich eine günstige Position für die Nachkriegszeit zu sichern, die auch bei einer formalen Unabhängigkeit Polens einen großen Einfluss gewährleistet hätte. Demgegenüber wollten Kries und Beseler die Kooperation der Einheimischen erreichen, indem sie finanzielle Vorteile an lokale Banken weitergaben. Beides lief auf eine dauerhafte Integration des Landes in den deutschen Machtbereich hinaus, wenn auch letzteres auf eine sanftere und flexiblere Weise.

Die Darlehnskasse gab polnische Mark aus, die mit einem Kurs von 1 zu 1 an die deutsche Mark gekoppelt war; in Berlin garantierte die Reichsbank den Umtausch und schuf damit die notwendige Stabilität der neuen Währung. Diese Bedingungen verbargen die imperialen Ambitionen nicht, und für die deutschen Besatzer erwiesen sich schnell die Vorteile des neuen Systems: bei 15 Milliarden Mark Umsatz bis Kriegsende entstand der Darlehnskasse ein Reingewinn von 12 Millionen.¹³⁷ Außerdem konnte sie bereits Oktober 1917 vermelden, 64 Millionen Mark aus Polen ins Reich zurückgeführt zu haben, da diese vor Ort nicht mehr gültig waren.¹³⁸ Polen, die für ihre Einlagen zwischen 2,5 und 3,5 Prozent Zinsen bekamen, finanzierten indirekt die deutsche Kriegswirtschaft. Die Zinsen waren bewusst niedriger als in Deutschland, um einen Mittelabfluss aus dem Reich zu verhindern: Nicht die Deutschen sollten ihr Geld in Polen anlegen, sondern umgekehrt.

Die Kasse hatte auch positive Seiten für die Einheimischen, denn sie löste die Bescheinigungen ein, die für beschlagnahmte Waren ausgestellt, aber bisher nicht ausgezahlt worden waren; außerdem ermöglichte sie die Kreditvergabe an die finanziell arg gebeutelten Städte des Landes, etwa 65 Millionen an Warschau und 23 Millionen an Lodz – bei einer Gesamt-

¹³⁵ ZILCH, *Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg*, S. 257–265. Die Ostbank unterhielt im Generalgouvernement Warschau und in Ober Ost in 13 Städten Filialen: Warschau, Lodz, Białystok, Grodno, Kalisz, Kowno, Kutno, Libau, Mława, Płock, Sosnowiec, Wilna, Włocławek.

¹³⁶ Ebd., S. 297 f.

¹³⁷ CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 131.

¹³⁸ BA Berlin, R 3101 / 900, Bl. 47 ff. Bericht des Reichsbevollmächtigten bei der Polnischen Landes-Darlehnskasse, 9.10.1917.

kreditsumme gegen Kriegsende von 173 Millionen.¹³⁹ Andererseits wurde gegen den Protest des Staatsrats die Gültigkeit des Rubels als Zahlungsmittel abgeschafft. Dies führte zu einer starken Inflation, die insbesondere in Verbindung mit der russischen Revolution und dem Prestigeverlust des Zarentums rasch voranschritt: Rubelforderungen waren schlicht nichts mehr wert; bestehende Hypotheken wurden gekündigt und die Gläubiger in nutzlosen Rubeln ausbezahlt. Weil davon auch Deutsche betroffen waren, gab es eine Übergangsregelung, wonach Hypothekengläubiger bei alten Rubelverpflichtungen aus der Zeit vor April 1917 deren Zahlung in Rubeln zurückweisen durften.

Andererseits waren ab diesem Zeitpunkt Zinsen auf 6 Prozent beschränkt, was deutlich unter der Inflationsrate lag.¹⁴⁰ Ende September 1918 befanden sich 671 Millionen polnische Mark im Umlauf. Die Einlagen betrugen 100 Millionen gegenüber 54 Millionen noch im Juni; gleichwohl stammten nur etwa 40 Prozent nicht von deutschen Institutionen. Die Darlehnskasse legte über 424 Millionen in deutschen Reichsschatzanweisungen an und finanzierte damit die deutsche Staatsschuld. Und im Gegensatz zum Ankauf der Anleihen durch deutsche Banken heizte dieser – freilich gesamtwirtschaftlich kleine Betrag – nicht die Inflation in der Heimat an.¹⁴¹

Lublin beobachtete das Vorgehen des Bündnispartners, war sich aber anscheinend über dessen makroökonomischen Vorteile nicht vollständig im Klaren. Die offensichtlichen praktischen Vorzüge – und Gewinne – einer eigenen Währung ließen das Wiener Armeeoberkommando bereits im Dezember 1916 eine gemeinsame Emissionsbank mit Deutschland empfehlen.¹⁴² Vier Monate später attestierte das Militärgeneralgouvernement den Deutschen eine erfolgreiche und zielgerichtete imperiale Finanzpolitik durch die Darlehnskasse, die den heimischen Banken eine leichte Expansion nach Polen ermögliche; dem stehe die Lethargie der k. u. k. Institute gegenüber, die außerdem durch die unvorteilhaften Währungs-

¹³⁹ AGAD, 532 / 9, Bl. 60 f. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. März 1917. AGAD, 532 / 26. Vierteljahresbericht des Reichsbevollmächtigten bei der polnischen Landes-Darlehnskasse, 9.10.1918.

¹⁴⁰ AGAD, 532 / 12, Bl. 71 ff. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1918.

¹⁴¹ AGAD, 532 / 26. Vierteljahresbericht des Reichsbevollmächtigten bei der polnischen Landes-Darlehnskasse, 9.10.1918.

¹⁴² ÖStA, KA, AOK-Verbindungsoffiziere / 4098. Aktenvermerk des AOK vom 12. 12.1916.

verhältnisse benachteiligt seien.¹⁴³ Zu einer eigenen Emissionsbank oder gar einer Koordination mit Deutschland kam es dennoch nicht. Eine gemeinsame Darlehnskasse lehnte das Wiener Außenministerium noch im Juni 1918 ab, insbesondere weil Deutschland für das Geld garantierte und man selbst also keine Einnahmen zu erwarten hätte, sondern ganz im Gegenteil aus dem eigenen Besatzungsgebiet die Finanzen des Verbündeten subventionieren würde. Die brüchige Solidarität innerhalb der Mittelmächte verlangte deshalb, auf einer Neuemission zu bestehen und eine doppelte Hinterlegung in Mark und Kronen zu fordern.¹⁴⁴ Dieser komplizierten Idee kam das Kriegsende zuvor.

Erfolgreicher war die Doppelmonarchie in Steuerfragen.¹⁴⁵ Die monatlichen Kosten des Militärgeneralgouvernements betrugen etwa 30 bis 32 Millionen Kronen. Grundsätzlich sollten die Ausgaben durch die Einnahmen im Lande gedeckt werden, wobei die Doppelmonarchie das russische Steuersystem zunächst beibehielt. Da dieses nicht sehr leistungsfähig war, führte sie ab Ende 1915 nach und nach zusätzliche Monopole ein, um die Einnahmen zu erhöhen; bis Juni 1916 gab es Monopole auf Tabak, Branntwein und Zucker, im Mai 1916 kam eine Handelssteuer von einem Prozent auf ein- und ausgeführte Ware hinzu.¹⁴⁶ Lizenzen für diese Waren wurden gezielt an Organisationen aus der Heimat vergeben, so etwa für den Tabakimport an die Kriegsfürsorge, die aus den zu erwartenden Profiten ihre Einnahmen erhöhen sollte.¹⁴⁷ Darüber hinaus fragten viele Cisleithanier in Lublin an, ob sie nicht eine Tabaktrafik im Besatzungsgebiet betreiben dürften. Diese meist von verwitweten, deutsch-österreichischen Frauen gestellten Anträge, die deutlicher Beleg dafür sind, dass in der Habsburgermonarchie keine Vorurteile gegenüber „dem Osten“ herrschten, lehnte die Verwaltung indes fast durchgängig ab.¹⁴⁸

Im Wirtschaftsjahr 1916/17 erzielten die 27 Kreisfinanzwachabteilungen mit über 1.400 Mann Einnahmen von 92 Millionen Kronen, wobei

¹⁴³ AGAD, 312 / 1851. Studie über die Vereinheitlichung der Verwaltung Polens, verfasst vom MGGL, mit Anmerkungen des AOK, 20.3.1917.

¹⁴⁴ ÖStA, KA, AOK-Quartiermeister-Abteilung, Referentenfaszikel / 2588. Protokoll einer Besprechung im Wiener Außenministerium mit poln. Vertretern über die Währungsverhältnisse im MGGL, 7.6.1918.

¹⁴⁵ Umfassend zu den Steuern und Einnahmen der Mittelmächte: HANDELSMAN u. a., *Polska w czasie wielkiej wojny*, Bd. 4, S. 48–96, 297–330.

¹⁴⁶ LEWANDOWSKI, *Królestwo Polskie pod okupacją austriacką, 1914–1918*, S. 51 f.

¹⁴⁷ AGAD, 312 / 1407. Kriegs-Hilfs-Büro des Innenministeriums Wien an MGGL, 26. 10.1915.

¹⁴⁸ Vgl. die Vorgänge in: AGAD, 312 / 1405 und 1407.

alleine das Branntweinmonopol 50 Millionen einbrachte.¹⁴⁹ Handel, etwa durch den Weiterverkauf von Getreide, Kohle oder Holz, sollte laut Haushaltsplan 203 Millionen Kronen Erlösen. Dem standen Ausgaben entgegen von 47 Millionen für das eigene Personal, 164 Millionen für den Einkauf von landwirtschaftlichen Produkten und die Ausbeutung der Bergwerke, sowie 18,6 Millionen für Infrastrukturmaßnahmen und 15,6 Millionen als Unterhalt für Pensionäre. Außerdem erhielten sogar die Angehörigen von polnischen Soldaten, die in der russischen Armee dienten, eine Rente.¹⁵⁰ Geplant waren dafür 10 Millionen Kronen, letztlich wurde es etwas mehr. Lublin wies die Kreiskommandos daher an, jeden „Lucus [sic] [...] zu vermeiden“.¹⁵¹

Einer grundlegenden Revision des russischen Steuersystems stand einmal mehr die Haager Landkriegsordnung entgegen, die die Anwendung der letztgültigen Gesetze vor der Okkupation verlangte. Österreich-Ungarn betonte Ende 1915 explizit, dass diese Vorschrift einzuhalten sei.¹⁵² Bis Frühjahr 1917 schaffte die Doppelmonarchie aber dennoch einige russische Steuern ab und führte neue ein, wobei die durchschnittlichen Sätze hinter denen des Generalgouvernements Warschau zurückblieben. Deutschland drängte deshalb auf eine Vereinheitlichung,¹⁵³ zumal die Polen die Ungleichbehandlung im theoretisch geeinten Königreich beklagten – und selbstverständlich die niedrigere Variante in Lublin präferierten. Doch eine Steuergemeinschaft schien der Doppelmonarchie nicht erstrebenswert, weil sie einmal mehr ein Nachgeben und eine Anpassung an deutsche Wünsche bedeutet hätte.¹⁵⁴ Gegenüber dem Bündnispartner betonte man daher zwar die grundsätzliche Bereitschaft zur Kooperation, wollte aber zunächst eine Grundsatzdebatte über die Gültigkeit der Haager Konvention im neu proklamierten Königreich führen.¹⁵⁵

¹⁴⁹ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a / 920. Jahresbericht 1916 des MGGL. Siehe auch: HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. 346–349.

¹⁵⁰ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a / 920. Haushaltsentwurf MGGL für 1916. Vgl. für die gesamte Besatzungsdauer auch: HANDELSMAN u. a., *Polska w czasie wielkiej wojny*, Bd. 4, S. 335–343.

¹⁵¹ AGAD, 312 / 1852. Haushaltsrechnung im MGGL für 1916/17. Rundschreiben vom 13.9.1917.

¹⁵² AGAD, 312 / 1407. AOK an MGGL, 24.11.1915.

¹⁵³ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56m-n / 1035. Ugron an Außenministerium, 19.4.1917.

¹⁵⁴ SULEJA, *Tymczasowa Rada Stanu*, S. 141–144.

¹⁵⁵ AGAD, 312 / 237. AOK an MGGL, 20.3.1917.

Wie schon bei der Emissionsbank erzielten die Mittelmächte auch in dieser Frage keine Übereinkunft. Einig waren sie sich nur darin, keine steuerlichen Kompetenzen an den polnischen Staatsrat abgeben zu wollen, weil das die eigene Finanzierung gefährdet hätte.¹⁵⁶ Der Rat klagte deshalb über chronischen Geldmangel¹⁵⁷ und war stets auf die Besatzer angewiesen, was diese wiederum als Druckmittel einsetzen konnten. Der imperiale Wettstreit wurde also auch auf finanziellem Gebiet ausgetragen, und Deutschland hatte erneut die Nase vorn. 1918 sah der Haushalt des Generalgouvernements Warschau Einnahmen von etwa 300 Millionen Mark vor – was bei einem Kurs von einer Mark zu zwei Kronen einem gegenüber Lublin doppelt so großen Volumen entsprach.

Der größte Ausgabenposten, 90 Millionen für die Verpflegung der im Lande stationierten Truppen, war bereits größer als das Gesamtbudget 1915, das nur rund 80 Millionen betragen hatte (vgl. Tabelle 10, S. 278).¹⁵⁸ Die Art der Einnahmen unterschied sich dabei wenig vom k. u. k. Pendant, aber insbesondere, weil das deutsche Generalgouvernement mehr Bevölkerung aufwies, generierte es höhere Einkünfte. Wie im Militärgeneralgouvernement setzten die Deutschen auf neue Einnahmequellen, hauptsächlich mit Hilfe von Monopolen auf Zigaretten, Getreide, Branntwein, Salz und Zucker.

Das belastete vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten und steigerte ihre Unzufriedenheit, während man die wohlhabenderen Kreise 1917 mittels einer – nur mäßig erfolgreichen¹⁵⁹ – Vermögenssteuer heranzog.¹⁶⁰ Doch insbesondere das zunächst sehr ertragreiche Branntweinmonopol warf immer weniger ab, weil die zur Destillation notwendigen Rohstoffe als Nahrungsmittel wichtiger waren und nicht in ausreichender

¹⁵⁶ PAAA, R 21597. Staatssekretär des Innern an Staatssekretär des Auswärtigen Amts, 14.12.1917.

¹⁵⁷ PAJAK, O rząd i armia, S. 187.

¹⁵⁸ AGAD, 532 / 11, Bl. 41-46. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1917 bis zum 31. März 1918. Umfassend für den ganzen Zeitraum und die einzelnen Ausgabenposten: HANDELSMAN u. a., Polska w czasie wielkiej wojny, Bd. 4, S. 129-172.

¹⁵⁹ Insgesamt zahlten 9.630 Vermögenssteuerpflichtige 7,8 Millionen Mark. Davon waren 4.355 aus Warschau (3,457 Millionen) und 1.537 aus Lodz (1,937 Millionen). Das steuerpflichtige Vermögen betrug 2.482.364.681 Mark, davon 1.130 Milliarden in Warschau und 0,481 Milliarden in Lodz. Von den Vermögenserklärungen führten nur 31,77 % zu einer Veranlagung: AGAD, 532 / 12, Bl. 45-49. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1918.

¹⁶⁰ CONZE, Polnische Nation und deutsche Politik, S. 129.

Menge zur Verfügung standen.¹⁶¹ Andere Monopole, wie etwa auf Seile, erwiesen sich als wenig sinnvoll, weil diese Güter ständig benötigt wurden und sich Preiserhöhungen und Schwarzmarkthandel kontraproduktiv auswirkten. Nachdem den Besatzern unter diesen Bedingungen wohl auch kaum mehr Seile verkauft worden wären, ging Warschau pragmatisch vor und nahm beispielsweise den Kreis Płock, der hauptsächlich über die Weichsel erreicht werden konnte – wofür die Flussschiffer wiederum Seile benötigten – von der Regelung aus.¹⁶²

Tabelle 10: Haushaltsplan des Generalgouvernements Warschau für 1918 (in Mark)¹⁶³

	Einnahmen	Ausgaben	Summe
Forstverwaltung	23.959.000	9.366.000	14.593.000
Landwirtschaft	1.111.000	5.560.000	-4.449.000
Eisenbahn*	9.526.000	3.899.000	5.627.000
Bergverwaltung	17.662.500	275.000	17.387.500
Salinenverwaltung	23.302.500	4.575.500	18.727.000
Wegebau	2.750.000	11.700.000	-8.950.000
Finanzverwaltung**	187.819.000	12.772.000	175.047.000
Heereszwecke		149.897.500	-149.897.500
Allgemeine Verwaltung		26.692.000	-26.692.000
Polnische Behörden		30.000.000	-30.000.000
Summe	266.130.000	254.737.000	11.393.000

* Enthält den Erlös durch Verkauf der Kleinbahnen.
** Davon Münzprägung: 11,8 Millionen; Vermögensverwaltung der Bauerngrundbank: 10 Millionen; Vermögenssteuer: 12,5 Millionen; Stempelsteuer: 10 Millionen; Zigarettenmonopol: 30 Millionen; Zuckermonopol: 36 Millionen; Zölle: 14 Millionen.

Insgesamt agierten die Besatzer durchaus flexibel und überwandten schnell den Unwillen der Polen, überhaupt Steuern zu zahlen.¹⁶⁴ Probleme berei-

¹⁶¹ Ebd.
¹⁶² AP Płock, 326 / 36, Bl. 19 f. Kreischef Płock an Kriegsrohstoffstelle Włocławek, 14.10.1917; Kriegsrohstoffstelle an Kriegsrohstoffstelle Włocławek, 26.10.1917.
¹⁶³ BAB, NL 2126/426.
¹⁶⁴ AGAD, 532 / 1, Bl. 26. 1. Vierteljahrsbericht der Zivilverwaltung für Russisch-Polen für die Zeit vom 5. Januar bis zum 25. April 1915.

teten ihnen vielmehr die ständig steigenden Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen sowie der Einkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Dazu kamen die hohen Kosten für die im Lande stationierten deutschen Soldaten, die nach dem Willen Berlins von Polen getragen werden sollten. Tatsächlich gelang dies nur zu einem kleinen Teil, im Haushaltsentwurf für 1917 war etwa ein Beitrag des Generalgouvernements von 95 Millionen für die Truppe vorgesehen, wobei die tatsächlichen Kosten viermal höher lagen und vom Reich gedeckt werden mussten.¹⁶⁵ Doch mehr Geld war schlicht nicht da, und erneut stellten sich rechtliche Fragen, denn auch Deutschland debattierte die entsprechenden Verbote der Haager Landkriegsordnung. Berlin wollte die Schutzfunktion dieses Übereinkommens aber angesichts der Proklamation des Königreichs, das nun als verbündeter Staat firmierte, nicht mehr gelten lassen.¹⁶⁶

Günstiger war die Lage lediglich auf lokaler Ebene in den ländlichen Kreisen. Erst gegen Kriegsende tendierten die Finanzen der Kommunalverbände ins Negative: Sozialleistungen stiegen, während die Einnahmen stagnierten oder angesichts der desolaten Wirtschaftslage sogar zurückgingen. Das Monopolsteueraufkommen, etwa auf Brot, wurde wegen der geringeren Rationen ebenfalls weniger. Zudem hatten die Kreise ab Frühjahr 1918 den Unterhalt der Staatsstraßen zu tragen, und der Zuschuss aus Warschau deckte die entstehenden Kosten nur teilweise.¹⁶⁷

Das Generalgouvernement sanierte seinen Haushalt zu Lasten der nachgeordneten Instanzen. Davon waren insbesondere die beiden größten Städte Warschau und Lodz betroffen, aber auch viele kleinere und mittlere wie Tschenstochau – bereits seit Kriegsbeginn. Kaum ein Drittel des Bedarfs, der außerdem durch die Einquartierungen der Besatzer entstand, für die Privatleute entschädigt werden mussten, konnte durch Einnahmen gedeckt werden. Bis Herbst 1916 hatte Warschau daher 45 Millionen Rubel Schulden in Form von Anleihen aufnehmen müssen.¹⁶⁸ Doch damit gingen keine Investitionen einher, so dass sich die desolate Lage nicht änderte. Zudem erwies es sich als zunehmend schwierig, überhaupt auf

¹⁶⁵ Zwei Jahre deutscher Arbeit im Generalgouvernement Warschau, S. 12 ff.

¹⁶⁶ SZYMCAK, *Między Habsburgami a Hohenzollernami*, S. 141 f.

¹⁶⁷ AGAD, 532 / 11, Bl. 5-8. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1917 bis zum 31. März 1918. Für die Kommunalfinanzen in den beiden Gouvernements auch: HANDELSMAN u. a., *Polska w czasie wielkiej wojny*, Bd. 4, S. 173–218, 344–353.

¹⁶⁸ AGAD, 532 / 7, Bl. 6 f. 5. (7.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 30. September 1916.

dem Geldmarkt Kapital aufzutreiben. Die Städte begrüßten daher die Gründung der Darlehnskasse, weil ihnen diese wieder Liquidität zur Verfügung stellte.¹⁶⁹ Im März 1918 vermeldete Beseler dennoch nach Berlin, dass es in Warschau eine Zwangsanleihe von 75 Millionen Mark gab, die allerdings analog zur Vermögenssteuer erhoben wurde und daher vor allem die wohlhabenderen Bürger traf.¹⁷⁰ Diese Maßnahme war allerdings nicht von den Besatzern oktroyiert, sondern ging auf einen beinahe einstimmig gefassten Beschluss des Stadtrats zurück.¹⁷¹ Allerdings stritten sich Okkupanten und Okkupierte um die Ursachen der finanziellen Notlage und versuchten, sich wechselseitig die Schuld zuzuschreiben oder diese auf die Russen abzuwälzen.¹⁷²

Wesentlich gravierender als Steuern und Zwangsanleihen war für die Stadtbevölkerung indes die Inflation, die sie deutlich härter traf als die Selbstversorger auf dem Land, die ihre Lebensmittel nicht kaufen mussten. 1916/17 betrug die Inflationsrate mehrere zehn Prozent pro Monat.¹⁷³ Über dieses Phänomen debattierte am 20. Mai 1916 sogar der Reichstag in Berlin, der freilich vor allem die deutschen Beamten im Blick hatte: Gegenüber der Vorkriegszeit hatte sich im Mai 1916 beispielsweise Rindfleisch um 150 Prozent verteuert, Butter um bis zu 350 Prozent; ein Jahr später lag die Teuerung für Rindfleisch sogar bei fast 600 Prozent. Die Besatzer indes, um die sich der Reichstag Sorgen machte, erhielten ihre Verpflegung – im Unterschied zu den Polen – vorwiegend im subventionierten Kasino.¹⁷⁴

Die Bevölkerung konnte angesichts derartiger Geldentwertung nicht weiter zur Deckung von Budgetlücken herangezogen werden. Stattdessen setzten die beiden Generalgouvernements auf Zölle auf die Aus- und Einfuhr einer Vielzahl von Produkten. Zunächst gab es für Polen einheitliche Sätze und das Aufkommen wurde einfach in zwei gleich große

¹⁶⁹ AGAD, 532 / 8, Bl. 7 f. 6. (8.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. Dezember 1916.

¹⁷⁰ AGAD, 532 / 11, Bl. 5-8. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1917 bis zum 31. März 1918.

¹⁷¹ AGAD, 532 / 10, Bl. 7. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April 1917 bis 30. September 1917.

¹⁷² AAN, 1 / 20, Bl. 27 f. GGW an Magistrat der Stadt Warschau, 10.3.1917.

¹⁷³ ZIELIŃSKI, Stosunki polsko-żydowskie, S. 210 f.

¹⁷⁴ AGAD, AGAD, 532 / 17. Tymczasowa Rada Stanu an Beseler, 25.10.1917. Für die Inflation im MGGL Lublin: HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. 346–349.

Hälften geteilt.¹⁷⁵ Doch nach längeren internen Diskussionen beendete Deutschland Ende 1916 die Zollgemeinschaft mit dem k.u.k. Gebiet, was die eigenen Einnahmen erhöhte – und die des Verbündeten verringerte, der im deutlich kleineren Landesteil weniger Außenhandel trieb. Stattdessen war Warschau nun mit Ober Ost in einer Ertragsgemeinschaft verbunden und führte jährlich 3 Millionen ab, behielt dafür aber die Zölle für die Versorgung Białystoks.¹⁷⁶ Schon immer mussten allerdings die zwischen den zwei Okkupationsgebieten gehandelten Waren verzollt werden, wobei Deutschland beim Export auf sonstige Steuern verzichtete und damit die Konkurrenzfähigkeit seiner Produkte erhöhte.¹⁷⁷

Durch die Zölle entstanden alleine dem Generalgouvernement Warschau monatlich Erträge von vier Millionen Mark.¹⁷⁸ Andererseits war Schmuggel an der Tagesordnung, denn er sparte Gebühren und ermöglichte wegen des unterschiedlichen Preisniveaus in Stadt und Land große Gewinne. Das galt nicht nur für den Handel zwischen den beiden Generalgouvernements, wo oftmals Warenaustausch sogar zwischen zwei Kreisen verboten war, sondern beispielsweise auch für Ober Ost, wo die Verwaltung für die Ernte weniger zahlte als im Generalgouvernement Warschau.¹⁷⁹ Für August 1916 vermeldete Beseler alleine 4.361 Schmuggelfälle, wobei der Wert der beschlagnahmten Lebensmittel bei rund 70.000 Mark lag, während die Strafen etwa 40.000 Mark betrugen.¹⁸⁰

Sowohl Deutschland wie Österreich-Ungarn reagierten auf Schwarzhandel verhältnismäßig milde. Aus dem Kreise Płock ist etwa ein Stempelvordruck mit den Worten überliefert: „Strafantrag wird nicht gestellt, sondern nur von dem Recht der Wegnahme ohne Entschädigung Gebrauch gemacht.“¹⁸¹ Wenn es doch zu Sanktionen kam, handelte es sich

¹⁷⁵ AGAD, 312 / 2. Zollabkommen für Polen, 19.4.1915. Vgl. auch: BA Koblenz, N 1711 / 3, Bl. 64–66. Manuskript von Kries', „Deutsche Polenpolitik im Weltkrieg“.

¹⁷⁶ AGAD, 532 / 8, Bl. 31–34. 6. (8.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. Dezember 1916.

¹⁷⁷ AGAD, 312 / 1408. AOK an MGGL, 20.12.1915.

¹⁷⁸ AGAD, 532 / 4, Bl. 32–37. 2. (4.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis zum 31. Dezember 1915.

¹⁷⁹ LIULEVICIUS, Kriegsland im Osten, S. 91.

¹⁸⁰ AGAD, 532 / 4, Bl. 61 f. Bericht über Tätigkeit und Zustände im Gouvernementsgebiet für die Zeit vom 1.7.1916 bis 30.9.1916.

¹⁸¹ AP Płock, 324 / 12, Bl. 232–237. Betriebsstoff-Abteilung GGW an Polizeistrafabteilung Rypin, 10.5.1918.

meist um Geldbußen, für die Gefängnis nur ersatzweise vorgesehen war. Typische Strafen aus dem Militärgeneralgouvernement Lublin: Für die illegale Ausfuhr von Schweinen aus einem Kreis gab es etwa 300 Kronen oder 30 Tage Haft; für Kerzenhandel waren 20 Kronen (ersatzweise drei Tage) zu bezahlen, für Zuckerhandel 200 Kronen (ersatzweise 30 Tage), wobei sich die Höhe der Strafe immer nach der geschmuggelten Menge richtete.¹⁸²

Für größere Verstimmung sorgte in der Doppelmonarchie insbesondere die nachlässige Bekämpfung des Schmuggels durch den Bündnispartner. Nachdem es den Deutschen durchaus gelegen kam, wenn Lebensmittel aus dem agrarischen Lublin in ihre Mangelgebiete geschleust wurden, ist den k.u.k. Vorwürfen wohl Glauben zu schenken: Demnach kontrollierten die Zöllner des Generalgouvernements Bahnwaggons, die ins österreichisch-ungarische Besatzungsgebiet fuhren, aber nicht diejenigen, die von dort kamen.¹⁸³

Enteignungen und Beschlagnahme

Direkt nach dem Einmarsch in Polen kam es zu ungezählten Zwangsrequisitionen und Raub, was polnische und jüdische Bevölkerung gleichermaßen traf. Die durchziehenden deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen hatten für Nahrung ebenso Verwendung wie für Lasttiere – was sich noch mit Kriegsnotwendigkeiten rechtfertigen ließ –, stahlen aber auch Wertgegenstände aller Art. Letzteres war offiziell nicht erlaubt und wurde durchaus streng bestraft, kam aber dennoch vor. In anderen Fällen – insbesondere nachdem offensichtlich wurde, dass mit einer längeren Okkupation zu rechnen war – wahrten die Soldaten und später die Besatzungstruppen den Schein der Legalität durch die Ausgabe von Requisitionsscheinen.¹⁸⁴ Darauf war der Gegenstand vermerkt, gelegentlich auch sein Wert angegeben, und das Papier verbriefte den enteigneten Besitzern die finanzielle Entschädigung zu einem späteren, noch unbestimmten Zeitpunkt.

¹⁸² ÖStA, KA, NFA, MGG Polen / 1594. Strafen für Handelsvergehen im MGGL im Januar 1917. Vorgangsnummern 100555, 100552, 100559.

¹⁸³ Exemplarisch: AGAD, 312 / 1410. Bericht des Kreiskommandos Noworadomsk, 26.12.1915.

¹⁸⁴ VON KRIES, Die wirtschaftliche Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau, S. 225 ff.

Doch bis es dazu kam, sorgten die Konfiskationen immer wieder für Ärger, sogar unter den Bündnispartnern. Im September 1915 beschwerte sich beispielsweise das Kreiskommando Lublin über das Vorgehen der Deutschen, die immer noch Teile des Kreises besetzt hielten und dort „ohne Rücksicht auf die zukünftige wirtschaftliche Lage“ requirierten.¹⁸⁵ Allerdings beschlagnahmte Österreich-Ungarn durchaus selbst und verbot zudem die Ausfuhr von Rohstoffen aus der Monarchie nach Polen, so dass auch im Lubliner Gebiet die Industrie stillstand, was Anfang 1916 beispielsweise die Eisengießereien in Końskie oder eine Strumpffabrik in Opoczno betraf.¹⁸⁶ Viel schlimmer für die Einheimischen war die Konfiskation aber in Lodz. Durch den Abtransport „aller Rohstoffe ist allerdings den wenigen Fabriken des Lodzer Bezirks, die sich bereit erklärt hatten, den Betrieb aufzunehmen, jede Arbeitsmöglichkeit genommen.“ Die Deutschen beschlagnahmten im Juni 1915 ganze 15.500 Tonnen Wolle und Baumwolle, dazu Maschinen sowie Kupferdruckwalzen – alleine im zweiten Quartal dieses Jahres 1.200 Waggon mit Gütern, die für die Aufrechterhaltung des Betriebs unerlässlich waren (zu den Gesamtzahlen vgl. Tabelle 11, S. 284).¹⁸⁷ Dementsprechend lag die Industrie darnieder, Entlassungen waren unumgänglich und Arbeitslosigkeit grassierte. Zugleich erhielten die Inhaber der Betriebe anfänglich gar keine Entschädigung. Doch alleine die ursprünglich geplanten zehn Prozent des Wertes machten 4,7 Millionen Mark aus, was die Dimension des Raubs verdeutlicht.¹⁸⁸

Im Herbst 1915 gingen die Okkupanten an die Einlösung der Requisitionsscheine, wobei für Verpflegung und sonstigen Heeresbedarf auf Rubel lautende Kassenscheine ausgegeben wurden, die auf 25 Prozent des veranschlagten Werts lauteten; sie waren im Generalgouvernement Warschau legales Zahlungsmittel. Freilich konnten gerade die vielen Kleinbauern damit abhanden gekommene Pferde, Wagen oder Vieh nicht ersetzen,

¹⁸⁵ AGAD, 312 / 23. Kreiskommando Lublin an Etappenoberkommando, 5.9.1915.

¹⁸⁶ ÖStA, KA, AOK-Verbindungsoffiziere / 4093. Situationsmeldung des MGGL für März 1916.

¹⁸⁷ AGAD, 532 / 2, Bl. 46. 2. Vierteljahrsbericht der Zivilverwaltung für Russisch-Polen für die Zeit vom 26. April 1915 bis zum 20. Juli 1915.

¹⁸⁸ Ebd. Ferner zum Umfang der Beschlagnahmen: ALEKSANDER KRAUSHAR, *Warszawa podczas okupacji niemieckiej 1915–1918. Notatki naocznego świadka*, Lwów 1921, S. 28 f. Zu den Konsequenzen für die Bevölkerung: HOFMANN, *Reweaving the Urban Fabric*, S. 84, 89; HOLZER / MOLEND, *Polska w pierwszej wojnie światowej*, S. 153. Siehe auch: Zusammenstellung sämtlicher Bekanntmachungen betreffend Beschlagnahme und Bestandsmeldung von Kriegsrohstoffen, Warschau 1915.

weil es dergleichen oft gar nicht mehr im Land gab. Das schlug sich auf die Ernte, den Abtransport nach Deutschland oder Österreich-Ungarn und natürlich auf das Einkommen der Landbevölkerung nieder. Immerhin erhielt sie aber einen höheren Gegenwert als Fabrikbesitzer, deren Rohstoffe und Maschinen abtransportiert worden waren. Sie mussten sich zunächst mit Zahlungen abfinden, die nur zu zehn Prozent in bar geleistet wurden.¹⁸⁹ Entsprechende Beschwerden der Lodzer Industrieverbände, die beispielsweise wie im Reich Schiedsgerichte in Streitfällen über die Entschädigung beziehungsweise Enteignung forderten, wiesen die Deutschen zurück. Ihr Vorgehen stelle keine Ungleichbehandlung dar: „Dass die Kriegsverhältnisse und die Notwendigkeit der Sicherstellung der Textilwaren sich im Laufe des Jahres nicht geändert haben, dürfte Ihnen bekannt sein. Aus diesem Grunde ist eine Änderung oder gar Sistierung der Ankäufe und Abtransporte nicht möglich.“¹⁹⁰

Tabelle 11: Gesamtzahlen zur Beschlagnahme im Generalgouvernement Warschau¹⁹¹

Rohstoff	Menge
Baumwolle	20.000 t
Wolle	12.000 t
Flachs, Hanf, Jute	7.700 t
Erze, Mineralien	164.000 t
Metalle	65.000 t
Öle und Fette	4.000 t
Häute, Felle, Leder	11.600 t
Gummi, Asbest, Papier	400 t
Werkzeugmaschinen	752 Stück
Elektrische Maschinen	950 Stück

¹⁸⁹ AGAD, 532 / 1, Bl. 2 f. Bericht über die Entwicklung der Verwaltung des Generalgouvernements Warschau, 23.10.1915. Siehe auch: HOLZER / MOLENDNA, Polska w pierwszej wojnie światowej, S. 156. Zur Diskussion um Enteignung und Entschädigung im Deutschen Reich: Roth, Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg, S. 175–193.

¹⁹⁰ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56m-n / 1035. GGW an Sektion der Textilindustrie Lodz, 23.11.1916 (Abschrift). Ebd auch das Schreiben der Sektion der Textilindustrie Lodz an GGW, 22.11.1916 (Abschrift).

¹⁹¹ VON KRIES, Die wirtschaftliche Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau, S. 246 f. Der Friedenswert der Textilien wird hier mit 65,5 Millionen Mark beziffert.

Deutschland erwies sich bei der Kompensation immerhin als gründlicher und korrekter als die Doppelmonarchie, war aber bei der Beschlagnahme auch radikaler gewesen. Die Betroffenen mussten dennoch bis Sommer 1917 warten, um eine Entschädigung in voller Höhe des deutschen Friedenswerts zu erhalten, wobei dann sogar Zinsen und nachgewiesene Kosten analog zum Verfahren in der Heimat erstattet wurden. Zu diesem Zeitpunkt gab es aber nur noch wenige Anträge, denn das Generalgouvernement hatte kurz zuvor die Vermögensteuer eingeführt, die die Einheimischen fürchteten. Die Verwaltung setzte daher im chronisch klammen Lodz das Entschädigungsverfahren zwangsweise in Gang, um die ausgegebenen Gelder danach gleich wieder in Teilen einziehen zu können.¹⁹²

Gar keine Zahlungen erhielten „feindliche Ausländer“, also Angehörige von Entente-Staaten, deren polnischer Besitz bereits unmittelbar nach der Eroberung Polens komplett konfisziert und unter Zwangsverwaltung gestellt worden war.¹⁹³ Insgesamt betraf das 103 Industrie- und Handelsunternehmen, so etwa das Warschauer Elektrizitätswerk, die Aktiengesellschaft Vulkan in Tschenstochau, die Sosnowiecer Röhrenwalzwerke sowie insbesondere Betriebe im Dąbrowa-Becken wie etwa die Huta Bankowa.¹⁹⁴ Dazu kamen noch vereinzelt Grundstücke, so dass der Gesamtwert im Generalgouvernement Warschau 188 Millionen Mark betrug.¹⁹⁵ Für das Lubliner Gebiet sind keine Daten überliefert, aber angesichts dessen vorwiegend agrarischer Struktur dürfte nur ein Bruchteil dieser Summe erreicht worden sein. Immerhin stellte das Militärgeneralgouvernement aber beinahe alle als kriegswirtschaftlich wichtig geltenden polnischen Betriebe, darunter sogar Banken und Versicherungen, unter Zwangsverwaltung.¹⁹⁶

¹⁹² AGAD, 532 / 10, Bl. 63 f. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April 1917 bis 30. September 1917.

¹⁹³ Handbuch für das Generalgouvernement Warschau, hg. v. GINSCHERL / PALANDT, S. 123–134. Für das Militärgeneralgouvernement Lublin: Verordnung des Armeekommandanten vom 15.9.1915, betreffend die Zwangsverwaltung und Aufsicht über gewerbliche und landwirtschaftliche Unternehmungen, in: Verordnungs-Blatt der k.u.k. Militär-Verwaltung in Polen, 18.9.1915, S. 83–85.

¹⁹⁴ VON KRIES, Die wirtschaftliche Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau, S. 237 f.; Zwei Jahre deutscher Arbeit im Generalgouvernement Warschau, S. 29.

¹⁹⁵ AGAD, 532 / 8, Bl. 39. 6. (8.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. Dezember 1916.

¹⁹⁶ HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. 342.

Als weniger eindeutig erwies sich die Frage der so genannten Donationsgüter, die von Russland an verdiente Adelige vergeben worden waren und offiziell eine Art Lehen darstellten. Das Generalgouvernement Warschau beschlagnahmte insgesamt 297 dieser Latifundien in einer Größe von 130.000 Hektar. Meist waren diese vom belehnten Adeligen langfristig an einen Pächter vermietet, und letztere wurden in vielen Fällen auf ihrem Posten belassen. Das deutsche Vorgehen bestand dann in einer gewissen wirtschaftlichen Aufsicht durch die Kreischefs und in der Einziehung des nach dem alten Vertrag fälligen Pachtzinses. Die erzielten Überschüsse wurden Ende 1918 an den polnischen Staat übergeben.¹⁹⁷ Die Güter selbst stellten aber bis dahin einen juristischen Streitpunkt zwischen Berlin, Warschau und der Obersten Heeresleitung dar.

Erich Ludendorff vertrat nach dem Vertrag von Brest-Litowsk die Ansicht, dass die beschlagnahmten Anwesen schlicht in deutschen Besitz übergegangen seien. Er schrieb im Juni 1918: „Vor dem Gebote der Selbsterhaltung müssen m. E. formale Rechtsbedenken fallen.“¹⁹⁸ Die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes indes lieferte mit ihrer Argumentation die Grundlage für das Vorgehen in Warschau. Demnach würden die Güter von den Besatzern nur verwaltet, aber nachdem es seit November 1916 einen polnischen Staat gebe, sei dieser der legale Besitzer der Donationsgüter. Indirekt wurde Ludendorff der Lüge bezichtigt: „Der Rechtsabteilung ist nichts davon bekannt, dass Seiner Exzellenz dem Herrn General Ludendorff während der Brester Friedensverhandlungen die Versicherung gegeben worden ist, dass die Donationsgüter in den besetzten Gebieten als deutscher Staatsbesitz zu betrachten seien.“ Zu überprüfen sei also lediglich der vormalige Staatsbesitz, auf den Russland explizit verzichtet habe – und dessen Verwendung sei geklärt, denn er gehöre Polen.¹⁹⁹

Industrie- und Montanpolitik

Angesichts der Beschlagnahmen in den ersten Monaten nach dem Einmarsch und der späteren kriegsbedingten Rohstoffknappheit blieb den Besatzern für eine aktive Wirtschaftspolitik wenig Spielraum. Der Mangel

¹⁹⁷ VON KRIES, Die wirtschaftliche Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau, S. 235 ff.

¹⁹⁸ PAAA, R 22247. Telegramm Ludendorffs an Reichskanzler, 11.6.1918.

¹⁹⁹ Ebd., Gutachten der Rechtsabteilung des AA, o.D.

an Absatzmärkten kam hinzu, und selbstverständlich waren auch Kriegszerstörungen – wie etwa die von den Russen beim Rückzug schwer beschädigte große Textilfabrik von Żyrardów – festzustellen. Dazu kamen politische Restriktionen: „Eine Wiederbelebung der Industrie, die zur Linderung des Notstandes wünschenswert erschien, geschah und geschieht nur, wenn damit dem deutschen Interesse, vor allem dem deutschen Heeresinteresse, entsprochen wird.“²⁰⁰ Zusätzlich herrschte die Absicht vor, tendenzielle Konkurrenz für die heimischen Fabriken zu vermeiden beziehungsweise ihnen in Polen einen Vorteil zu verschaffen.²⁰¹

Im k. u. k. Besatzungsgebiet sah die Lage nicht wesentlich anders aus, wie das Beispiel der Zuckerfabrik Lublin zeigt. Bei diesem großen Betrieb mit rund 1.000 Angestellten hatte sich während des Krieges das ihm zuliefernde Zuckerrübenanbauggebiet um 72,4 Prozent verkleinert, weil andere Erzeugnisse bevorzugt wurden. Die Produktion ging deswegen um 77,4 Prozent zurück. Andere Zuckerfabriken waren nochmals stärker betroffen. Vor Kriegsausbruch hatte es davon auf dem Gebiet des Militärgeneralgouvernements zehn gegeben, 1918 produzierten nur noch vier.

Obwohl die Deutschen in diesem Sektor nicht so radikal waren,²⁰² machte sich auch dort die Konzentration auf andere Anbauprodukte bemerkbar – die Gesamtproduktion an raffiniertem Zucker ging in Kongresspolen von über 200.000 Tonnen 1913 auf nur noch ein Neuntel dieser Menge im Jahr 1916 zurück.²⁰³ Derartige Entwicklungen ließen sich in anderen Branchen ebenfalls beobachten, wobei insbesondere der Mangel an Rohstoffen gravierende Auswirkungen hatte. Im Generalgouvernement Warschau waren davon 4.400 Betriebe mit über 30 Beschäftigten betroffen, in denen Ende 1915 immerhin über 266.000 Menschen arbeiteten – die meisten in der Textil- und Metallindustrie (vgl. Tabelle 12, S. 288).

²⁰⁰ AGAD, 532 / 4, Bl. 44–47. 2. (4.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis zum 31. Dezember 1915.

²⁰¹ Exemplarisch für die Zementindustrie in Schlesien und im GG Warschau: AGAD, 532 / 2, Bl. 47. 2. Vierteljahrsbericht der Zivilverwaltung für Russisch-Polen für die Zeit vom 26. April 1915 bis zum 20. Juli 1915.

²⁰² HENRYK KRAWIEC, *Cukrownia i Rafineria „Lublin“ podczas pierwszej wojny światowej i austro-węgierskiej okupacji (1914–1918)*, in: *Annales Universitatis Mariae Curie-Skłodowska. Sectio F, Historia* 65 (2010), S. 43–63, hier S. 52.

²⁰³ AGAD, 312 / 1867. Wirtschaftliche Mitteilungen der k.u.k. Warenverkehrszentrale für das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet, Nr 14, 15.5.1916, S. 13.

Die österreichisch-ungarischen Besatzer setzen in ihrem ohnehin agrarisch geprägten Gebiet einzig auf die Förderung der Lebensmittelproduktion, um gewissermaßen aus der Not eine Tugend zu machen. Exemplarisch dafür steht die Stadt Kielce, in der es vor allem Klein- und Familienbetriebe gab, aber nur wenige größere Fabriken mit bis zu 150 Arbeitern, die hauptsächlich chemischen Dünger herstellten.²⁰⁴ So produzierten im Frühherbst 1918 im Militärgeneralgouvernement nur noch 27 Gießereien und 32 Maschinenfabriken, die zusammen maximal 20.000 Arbeiter beschäftigten.

Tabelle 12: Betriebe im Generalgouvernement Warschau mit über 30 Beschäftigten²⁰⁵

Branche	Betriebe		Arbeiter	
	1915/16	1912	1915/16	1912
Textil	599	1.118	143.171	157.206
Nahrungsmittel	433	525	7.828	35.364
Metall	1.083	462	45.930	48.715
Bergbau	21		18.641	
Bekleidung	672		8.438	
Steine / Erden	275	341	14.838	23.055
Chemie	177	104	6.739	7.511
Tierstoff	67	128	2.546	7.012
Papier / Graphisch	468	181	10.932	10.353
Holz	509	394	6.432	13.352
Gemischt	77	6	1.212	307
Gesamt	4.381	3.259	266.707	302.875

Gleichzeitig war der Bedarf an Roheisen durch die Deindustrialisierung auf monatlich 100 Tonnen festgelegt worden – gegenüber 390 Tonnen noch 1917. Dafür sollten nun insbesondere die Werke in Starachowice

²⁰⁴ JAN GŁÓWKA, Z dziejów przemysłu kieleckiego w latach I wojny światowej, in: Z dziejów Kielc w latach 1914–1918, hg. v. URSZULA OETTINGEN, Kielce 2004, S. 137–148, hier S. 137.

²⁰⁵ PAAA, R 21584, Bl. 77 ff. Kries an Auswärtiges Amt, 15.1.1917. Die Zählmethoden für 1915/16 und 1912 variieren. Für deutlich niedrigere, propagandistisch gefärbte Zahlen: KRUSZEWSKI / ZDZIARSKI, Życie robotnicze w Polsce 1913–1921 r., S. 5 f.

und Ostrowiec aufkommen.²⁰⁶ Doch wie die Besatzer selbst eingestehen mussten, war diese Menge viel zu gering: Sie „lindert nicht im Geringsten die Not des Landes, und ist nicht im Stande auch einen geringen Teil des dringendsten Bedarfs der Landwirtschaft zu decken.“²⁰⁷ Das galt genauso für die Kohleversorgung. Das Kontingent für das gesamte Lubliner Gebiet betrug im April 1918 monatlich rund 19.500 Tonnen, davon die Hälfte Förderkohle, die eine so schlechte Qualität hatte, dass Betriebe sie manchmal gar nicht abnehmen wollten. Notwendig war daher nach Angaben des Militärgeneralgouvernements eine mindestens um ein Drittel erhöhte Menge.²⁰⁸

Alle Betriebe litten darunter, dass die Industrien und Verbraucher in Deutschland und Österreich-Ungarn für die Besatzer Vorrang hatten. Deswegen ließen sie Rohstoffe aus Polen in die Heimat abtransportieren, wobei insbesondere der Kohle eine zentrale Rolle zukam. In Deutschland war die Kohleförderung – auch wegen den zahlreichen Einberufungen – in den ersten zwei Kriegsjahren um rund 25 Prozent zurückgegangen; in Österreich-Ungarn sah es nicht ganz so schlimm aus, aber weil hier die Gesamtförderung nur rund zehn Prozent der deutschen Leistung erreichte, war das Land auf größere Importe angewiesen, die kaum mehr zu bekommen waren.²⁰⁹ Im Sommer 1916 initiierte Berlin zwar in der Heimat das Hindenburg-Programm, das eine etwas erhöhte Förderung zur Folge hatte – allerdings zu immens gestiegenen Kosten.²¹⁰

Unter diesen Bedingungen wollten die Mittelmächte in Polen vor allem die Gruben im Dąbrowa-Becken ausbeuten, dessen Zechen insbesondere für das Habsburgerreich, das einen kleineren Teil des Gebiets erhalten hatte, von großer Relevanz waren. Sie deckten 1915 immerhin fünf Prozent des Bedarfs der Doppelmonarchie; ein Jahr später war die Menge auf 4,5 Prozent gefallen, aber das lag an gesteigerten Importen, vor

²⁰⁶ AGAD, 312 / 1856, Bl. 48 ff. Referat über die Eisenindustrie im MGGL, o. D. [ca. September 1918].

²⁰⁷ AGAD, 312 / 1859, Bl. 476 ff. Protokoll der Sitzung am 10.4.1918 betreffend Kohle- und Eisenversorgung, Bl. 387 ff.

²⁰⁸ Ebd.

²⁰⁹ ROMAN SANDGRUBER, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Wien 1995, S. 312. Ganz ähnliche Zahlen bei: EMIL HOMANN-HERIMBERG, *Die Kohlenversorgung in Österreich während des Krieges*, Wien 1925, Tabelle II+III, unpaginiert. Siehe auch: FERDINAND FRIEDENSBURG, *Kohle und Eisen im Weltkriege und in den Friedensschlüssen*, München 1934, S. 129 und 138.

²¹⁰ CARSTEN BURHOP, *Wirtschaftsgeschichte des Kaiserreichs 1871–1918*, Göttingen 2011, S. 200.

allem aus Deutschland, aber auch an einer größeren eigenen Produktion.²¹¹ Für Berlin hingegen hatten die Felder eine wesentlich geringere Bedeutung, weil sie gerade 1,5 Prozent der Gesamtfördermenge des Reiches erbrachten. Aus diesem Grund konnte es sich Berlin sogar leisten, nur einen Teil der Kohle aus Dąbrowa in die Heimat zu verfrachten und sogar gewisse Mengen an den Bündnispartner abzugeben. 1916 lag die Förderung im Generalgouvernement Warschau bei über 2,7 Millionen Tonnen (im Reichsgebiet 159 Millionen Tonnen), von denen gerade einmal 368.000 nach Deutschland gingen. Die wesentliche Bedeutung des Dąbrowa-Beckens lag vor allem darin, dass diese für Russland so zentrale Quelle dem Kriegsgegner nicht mehr zur Verfügung stand; das Zarenreich ging so 26 Prozent der Förderung an Kohle und 8,5 Prozent der Roheisenherzeugung verlustig.²¹²

Im Vergleich zu Warschau exportierte Lublin trotz gravierenden Wagonmangels und etwas geringerer Förderung die dreifache Menge an Kohle (vgl. Tabelle 13, S. 292 f.).²¹³ Und während das Generalgouvernement 1917 die Ausfuhr zugunsten der eigenen größeren Städte auf nur mehr rund 100.000 Tonnen drosselte, setzte das Militärgeneralgouvernement – mit mäßigem Erfolg – auf Expansion. So spiegelte sich die ungleiche Ausgangslage bei heimischer Kohle auch in der Dringlichkeit des Vorgehens in Polen wider – obwohl beide Mittelmächte natürlich ein grundsätzliches Interesse an der Ausbeutung hatten. Für die k.u.k. Bergwerksverwaltung waren deshalb im Juni 1917 immerhin 339 Mann vom Offizier bis zum einfachen Soldaten eingesetzt und für Gruben mit insgesamt 19.358 Beschäftigten zuständig.²¹⁴

Zu dieser Zeit schürften sie täglich 7.500 Tonnen Kohle, von denen 5.160 an die Eisenbahn gingen, 440 Tonnen dem Eigenbedarf des Bergamts dienten und 1.900 Tonnen für Monarchie und Militärgeneralgou-

²¹¹ WEGS, *Die österreichische Kriegswirtschaft*, S. 85 und 88. Siehe auch: HAUSNER, *Die Polenpolitik der Mittelmächte*, S. 376.

²¹² FRIEDENSBURG, *Kohle und Eisen im Weltkriege und in den Friedensschlüssen*, S. 8.

²¹³ MITZKA, *Die k.u.k. Militärverwaltung in Russisch-Polen*, S. 23 f. und 30; LEWANDOWSKI, *Okupacja austriacka w Królestwie Polskim (1914–1918)*, S. 33, 53. Das Militärbergamt erwarb später 375 Waggons, um die Kohle abtransportieren zu können: HOMANN-HERIMBERG, *Die Kohlenversorgung in Österreich während des Krieges*, S. 118 f.

²¹⁴ AGAD, 312 / 1855. Tätigkeitsbericht des MGGL-Militärbergamts Dąbrowa, 5.6. 1917. Ein Jahr später arbeiteten dort 354 Mann; auf polnischer Seite gab es 487 Angestellte, 446 Aufseher und 21.239 Arbeiter: AGAD, 312 / 1858, Bl. 434 ff. Statistik des Militärbergamts Dąbrowa, 7.8.1918.

vernemement zur Verfügung standen.²¹⁵ In diesem Sinne war die grundsätzlich zu beobachtende Verringerung des Exports unter anderem der Tatsache geschuldet, dass das Brennmaterial in Lokomotiven verfeuert wurde.

Wegen dieses Verteilungsschlüssels war die Ration für das Besatzungsgebiet zu gering. Konservative Schätzungen gingen von einem täglichen Bedarf von 830 Tonnen aus, dem nur eine gelieferte Menge von 754 Tonnen gegenüberstand²¹⁶ – und diese Unterdeckung entstand im Sommer, wenn wenig Heizmaterial benötigt wird. Ein Jahr später lieferte das Generalgouvernement Warschau deshalb rund 700 Tonnen Kohle pro Tag, weshalb Lublin den Export in die Doppelmonarchie erhöhen konnte. Deutschland erhielt dafür Spiritus, der im agrarischen Militärgeneralgouvernement ausreichend vorhanden war.²¹⁷ Trotz aller Dringlichkeit gelang es den Bündnispartnern allerdings bis 1918 nicht, den Vorkriegsstand der Förderung zu erreichen.²¹⁸ Die Schäden durch Kampfhandlungen und gezielte Sprengungen der Russen auf dem Rückzug konnten zwar notdürftig behoben werden, aber die wirtschaftlichen Anreize waren schlicht nicht ausreichend, um ein echtes ökonomisches Wachstum zu schaffen.

Dies verdeutlicht das Beispiel der Hütte „Warszawskie Towarzystwo“ in Dąbrowa. Die Firma nannte 18 Grubenfelder ihr Eigen und förderte 1913 immerhin fast 500.000 Tonnen Kohle. Seit September 1914 stand sie unter k. u. k. Militäraufsicht. Die Kohle ging komplett an die Armee, obwohl die technische Leitung nach wie vor den polnischen Experten oblag. Der festgelegte Preis pro Tonne betrug zunächst 9,40 Kronen und stieg bis Ende 1915 auf 14,50 Kronen. Damit machte die „Towarzystwo“ allerdings Verlust, weil ihre Selbstkosten bei etwa 18 bis 19 Kronen lagen – während das Militär die Kohlen für 17 bis 19 Kronen an Konsumenten wie etwa die Stadt Wien weitergab und somit Gewinn machte; auch im deutschen Oberschlesien konnte ein Marktpreis von umgerechnet etwa 20 Kronen verlangt werden. So häufte die Firma alleine bis August 1915 fast zwei Millionen Kronen Verlust an – auch, weil ihre Produktivität gegenüber 1913 um 60 Prozent gefallen war. Umgekehrt stiegen die Preise etwa für Grubenholz um 70 Prozent.²¹⁹

²¹⁵ AGAD, 312 / 1850. Bericht des Lt. Palme bezüglich Kohlenversorgung der der Rohstoffsektion unterstellten Betriebe, 28.6.1917.

²¹⁶ Ebd.

²¹⁷ AGAD, 312 / 1859. MGGL an k.u.k. Handelsministerium, 31.8.1918.

²¹⁸ HOLZER / MOLEND, Polska w pierwszej wojnie światowej, S. 157.

²¹⁹ ÖStA, KA, AOK-Verbindungsoffiziere / 4092. Warszawskie Towarzystwo an Etapenoberkommando, Januar 1916.

Tabelle 13: Steinkohleförderung im Generalgouvernement Warschau und Militärgeneralgouvernement Lublin sowie Abschub nach Deutschland, 1915–1918²²⁰

Monat	GGW: Förderung in t	Abschub nach Deutschland in t	MGGL: Förderung in t
Februar 1915	22.968	k. A.	25.250
März	45.880		42.500
April	57.557		57.100
Mai	71.571		52.200
Juni	89.499	13.083	53.300
Juli	112.453	20.731	57.100
August	132.247	31.209	77.500
September	141.164	36.131	80.500
Oktober	164.663	20.393	82.500
November	175.888	14.135	92.100
Dezember	170.000	k. A.	94.650
Januar 1916	210.930	97.829	99.050
Februar	213.116		105.200
März	245.120		53.200
April	213.555	150.480	117.750
Mai	248.632		105.100
Juni	214.950		119.500
Juli	236.371	68.994	102.800
August	238.889		107.800
September	236.474		102.500
Oktober	243.691		93.200
November	224.593	40.503	109.700
Dezember	201.161		110.000

²²⁰ Nach: AGAD, 532 / 1-12. Viertel- und Halbjahrsberichte des Generalgouvernements Warschau; ÖStA, KA, AOK-Quartiermeister-Abteilung, Referenten-Faszikel / 2590. Übersicht über die bisherige wirtschaftliche Ausnutzung der okkupierten Gebiete von Polen, Serbien und Montenegro, AOK-Quartiermeisterabteilung, 22.12.1916. Die Angaben für das MGGL 1917/1918 nach verschiedenen Reporten in AGAD, 312. Felder ohne Zahlen: Keine Information vorhanden.

Monat	GGW: Förderung in t	Abschub nach Deutschland in t	MGGL: Förderung in t
Januar 1917	218.426	k. A.	k. A.
Februar	222.302		
März	237.459		
April	198.223	7.900	92.160
Mai	178.114	3.300	91.187
Juni	214.040	4.000	97.423
Juli	121.458	1.300	k. A.
August	228.324	200	99.048
September	230.879	15.760	k. A.
Oktober	263.917	22.100	115.052
November	244.330	19.050	k. A.
Dezember	203.520	14.430	81.502
Januar 1918	244.736	19.060	1.106.914
Februar	206.257	15.180	
März	218.900	14.610	
April	222.000	18.990	
Mai	212.800	13.280	
Juni	234.600	15.000	
Juli	247.900	14.000	
August	230.000	17.000	

Neben der Beschlagnahme und der Ablieferung durch Unternehmen unter Zwangsverwaltung verfolgten die Mittelmächte noch eine dritte Variante des Warenerwerbs: den Einkauf. Üblich war, amtliche Preise festzusetzen, zu denen bestimmte Rohstoffe an die Verwaltung abgegeben werden mussten. Dies galt insbesondere für Gummi, Textilien und beinahe alle Metalle – die, wie oben geschildert, auch in Form von Kirchenglocken gesammelt wurden, weil sie für die Rüstung unerlässlich waren. Es gab natürlich keine Preise wie in der Heimat, wo ebenfalls staatliche Regulierung herrschte.

Ganz im Gegenteil legten Berlin und Wien Wert darauf, in Polen weniger zu zahlen – wohingegen die beiden Generalgouvernements auf höhere Preise drängten, einfach weil das die Chance auf Verkäufe erhöhte.

Doch dies ließen die Zentralen nicht zu,²²¹ weshalb die Peripherie teilweise auf Gewaltandrohung und Zwang setzen musste.²²²

Offiziell sollte dergleichen indes unterbleiben, denn insbesondere im neu gegründeten polnischen Staat war dies nicht mehr opportun; die festen Preise waren explizit als ein anderes Instrument gedacht. Für die Aufbringung zogen amtlich akkreditierte Aufkäufer, die meist bisher schon als Altwarenhändler gearbeitet hatten, von Dorf zu Dorf und versuchten, die Bevölkerung zum Verkauf von Kleinstgegenständen und Resten zu bewegen, um dann diese Gegenstände in einem Sammellager abzuliefern.²²³ Nachdem größere Erfolge ausblieben, gingen nachgeordnete Instanzen immer wieder zu Requisitionen über, um die vorgesehenen Quoten wenigstens annähernd erfüllen zu können. Insbesondere im Militärgeneralgouvernement erwiesen sich derartige Eigenmächtigkeiten als häufiges Problem, weshalb man dort immer wieder Kreiskommandanten abmahnte und zur Einhaltung der Vorschriften anhielt. Vereinzelt musste Lublin sogar direkt eingreifen, etwa als k.u.k. Gendarmerie am 14. März 1917 bei dem Sodawasserfabrikanten Schmul Zamberg in Winiawa zehn kupferne Sodawasserballons konfiszierte. Die Rohstoffzentrale intervenierte und gab die Ballons zurück.²²⁴

Nicht selten hob das Zivillandeskommissariat zudem Strafen auf, die die Kreiskommandos wegen angeblicher Vergehen gegen die Handelsbestimmungen ausgesprochen hatten. Im Berufungsverfahren stellte Lublin dann fest, dass oftmals keine ausreichenden Beweise oder keine strafbare Handlungen vorlagen. Berek Horowitz etwa konnte freigesprochen werden, weil Silberhandel entgegen der Annahme des Kreischefs in Jędrzejów keiner Beschränkung unterlag; Hedwig Bara aus dem Kreis Piotrków kam frei, weil zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung Petroleum kein reglementiertes Gut war; und im Falle von Szweje Hausmann aus Krasnostaw, der beim Handel mit Mehl festgenommen worden war, lag die Zuständigkeit nicht beim Kreischef, sondern beim Militärgericht.²²⁵ So

²²¹ AGAD, 312 / 1848. AOK an Militärgeneralgouvernements, 11.8.1916.

²²² Raport polityczny Komendy Okręgu VI (Kielce), 1.11.1916, in: Raporty Polskiej Organizacji Wojskowej, hg. v. PAJAŁ / WZOREK, S. 25.

²²³ AGAD, 312 / 1848. Material Einkaufs- und Sammelstelle Dąbrowa an MGGL, 15.8.1916. Hier am Beispiel von Altgummi.

²²⁴ AGAD, 312 / 1854. Verhalten der Gendarmerie-Finanzwachorgane bei der Metallaufbringung im MGGL, 1.6.1917.

²²⁵ AGAD, 312 / 1590. Hier die Fälle mit den Vorgangsnummern 177561, 35408 und 10480.

zeigten sich zwar einerseits Willkür, Inkompetenz und Unkenntnis der nachgeordneten Organe, andererseits aber auch die Bereitschaft zu rechtsstaatlichem Handeln und zur Korrektur eigener Fehler.

Lublin, das zunächst versuchte, für die benötigten Rohstoffe weniger als Warschau zu bezahlen, hatte damit wenig Erfolg und heizte den Schmuggel über die innerpolnische Grenze an. Anfang Januar 1917 hob das Militärgeneralgouvernement deshalb die einheitliche „Bergeprämie“ für Metalle in Höhe von 70 Heller pro Kilogramm auf die in der deutschen Okkupationszone üblichen Sätze an. Diese differenzierten zusätzlich zwischen den verschiedenen Stoffen, betrugen 90 Heller bis 3 Kronen und bedeuteten eine erhebliche Mehrausgabe.²²⁶ Zusätzlich beauftragte man mit der Alteisen-Handelsvereinigung Gesellschaft m.b.H. aus Wien ein Unternehmen, von dem man sich deutlich größere Erfolge versprach. Die Gesellschaft ging sofort dazu über, Preise zu zahlen – und zwar in Rubeln –, die sogar über die in Österreich üblichen hinausgingen. Lublin war jedoch der Ansicht, dass die Firma dem k. u. k. Militär für die erbrachten Leistungen zu hohe Rechnungen ausschrieb und außerdem „keineswegs ein durchaus einwandfreies Gremium darstellt“. Die Verwaltung erlegte ihr deshalb selbst Höchstpreise auf und beendete damit den Versuch eines Erfolgs um jeden Preis gleich wieder.²²⁷

Insgesamt erwies es sich als nahezu unmöglich, Rohstoffe zu festgesetzten Preisen unterhalb des Marktwerts ohne größere Zwangsmaßnahmen zu erwerben, zumal mangels Personal weder Erfassung noch Überwachung gewährleistet werden konnten. Zudem gab es immer neue Materialien, denen die ohnehin überlasteten Rohstoffzentralen ihre Aufmerksamkeit widmen mussten. Ein sprechendes Beispiel dafür ist die Seifenwurzel (*Saponaria*), die Ende 1917 im Militärgeneralgouvernement als Grundlage für Seifenersatz gesammelt werden sollte. Die Rohstoffzentrale forderte dafür 30 Mann an, doch diese konnten wegen Personalknappheit nicht zugewiesen werden. So entsandte sie letztendlich nur einen Unteroffizier in den Kreis Lubartów, „woselbst die Pflanze dem Vernehmen nach in größerer Menge vorkommen sollte.“ Der Soldat hatte dies zu überprüfen und wenn möglich auch gleich zur Sammlung zu schreiten.²²⁸ Der Rohstoffzentrale schien ihr eigenes Vorgehen höchst ineffizient:

²²⁶ AGAD, 312 / 1854. Protokoll der Sitzung zur Metallaufbringung im MGGL am 13.1.1917.

²²⁷ AGAD, 312 / 1852. Alteisenaufbringung im MGGL, Bericht, 10.10.1917.

²²⁸ AGAD, 312 / 1865. Memorandum über die Notwendigkeit der Zuweisung von exekutivem Personal zur Rohstoffzentrale Lublin, 1.10.1917.

„Das Resultat in einem Kreise (Lubartów) kann natürlich nur ein geringes sein. Ob und wann dieser U.Offz. [Unteroffizier] in einen der übrigen 26 Kreise entsendet werden kann, ist nicht bestimmbar, [...] unter Umständen überhaupt nicht mehr. Dieses Beispiel zeigt das ganze Elend unserer Aufbringungstätigkeit.“²²⁹

Von dieser Sichtweise aus war es nicht mehr weit zu grundlegender Kritik:

„Mit dem gegenwärtigen System geht es entscheidend nicht weiter. Das System besteht darin, dass man den von den Zentralstellen erhaltenen Auftrag, dies oder jenes aufzubringen, an die Kreiskommanden weitergibt, oder einen Geschäftsmann (Juden) mit der Aufbringung betraut. Die Kreiskommanden haben für die zahlreichen Aufbringungsaktionen keinerlei Sonderpersonal, die einzelnen Referenten haben mit anderen Dingen bereits so viel zu tun, dass sie sich um die ihnen fortwährend zugeteilten neuen Aufgaben nicht zu kümmern vermögen. Sie sind schon apathisch geworden und wenden dem Gegenstand nur ein geringes Interesse zu.“²³⁰

Einmal mehr verband sich hier Unzufriedenheit mit Antisemitismus und Vorurteilen gegenüber Land und Leuten. Die von der Administration beauftragten jüdischen Geschäftsleute mussten demnach überwacht werden, doch weil hierfür das Personal fehle, sei man „auf gelegentliche (sehr seltene) Denunziationen und auf die Ehrlichkeit der Leute angewiesen. Wer Polen kennt, wird wissen, was das heißt“. Letztlich spare der Staat an der falschen Stelle, zumal das wenige Personal nicht qualifiziert sei.

Erst im Oktober 1918, kurz vor dem Kriegsende, gestanden sich die Besatzer das Scheitern ihrer Aufbringungspolitik ein. Die k.u.k. Rohstoffzentrale schrieb nach Wien, dass nur mittels der Beschlagnahmeverordnungen – wonach Materialien enteignet werden konnten, wenn sie nicht zum festgesetzten Preis verkauft wurden – überhaupt Rohstoffe für den Abtransport in die Heimat zusammenkamen. Nachdem in Polen aber Mangel herrschte und die inoffiziellen Kurse deutlich höher lagen, gelang es immer weniger, überhaupt an Ressourcen zu kommen. Irgendein substantielles Ergebnis sei daher „unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen ausgeschlossen“, solange man nicht bereit sei, endlich Marktpreise zu bezahlen.²³¹ Andererseits war auch in Lublin die bevorstehende Niederlage unübersehbar, weshalb man dazu überging, die

²²⁹ Ebd.

²³⁰ Ebd., auch das folgende Zitat.

²³¹ AGAD, 312 / 1856, Bl. 5 ff. Rohstoffzentrale MGGL an Kriegsministerium, 25.10.1918.

eigenen Lagerbestände komplett in die Heimat abzutransportieren. Trotz aller Schwierigkeiten war es den Mittelmächten gelungen, bis zu diesem Zeitpunkt substantielle materielle und finanzielle Ressourcen aus Polen auszuführen. Sicherlich lag das Ergebnis deutlich unterhalb ihrer Erwartungen, aber das Land hatte dennoch einen gewissen Beitrag für die Kriegswirtschaft der Heimat geliefert. Für die Doppelmonarchie erwies sich insbesondere die Kohle aus Dąbrowa als wichtig, während Deutschland weniger auf die Rohstoffe des Generalgouvernements Warschau angewiesen war. Allerdings litt die dort konzentrierte Industrie stark unter der Ressourcenverknappung. Berlin gelang es zudem, die Besatzungskosten in einem weit größeren Maße auf Polen abzuwälzen, als dies dem Habsburgerreich möglich war – einfach indem Deutschland sein ökonomisches Potential ausspielte und Fakten schuf.

Die Bevölkerung trug die Lasten und litt unter der Inflation, der durch stillstehende Betriebe bedingten Arbeitslosigkeit und dem Mangel an Industriegütern und Brennstoffen, insbesondere an Kohle. Dennoch sollte nicht übersehen werden, dass die beiden Bündnispartner durchaus bereit waren, sich am Völkerrecht zu orientieren, wie das etwa die Haager Konvention vorschrieb. Deren Regeln begrenzten den Denkhorizont, innerhalb dessen man sich bewegte. Normen durften nicht einfach überschritten werden, und Gesetze sowie der Schutz vor Willkür galten explizit für die Einheimischen. Zusätzlich beschränkte der neu geschaffene polnische Staat die eigenen Möglichkeiten, denn seine – postulierte – Souveränität musste zumindest offiziell gewahrt werden. Das Land bekam auch deshalb nicht die Radikalität zu spüren, die beispielsweise ein Ludendorff in Ober Ost anwandte.

3. ARBEITSKRÄFTE UND SOLDATEN

Ein zentrales Interesse der Mittelmächte an Polen bestand in der Gewinnung von Soldaten. Nicht zuletzt deshalb proklamierten sie im November 1916 das Königreich als neuen Staat, denn so konnten sie die völkerrechtlichen Probleme bei der Rekrutierung von neuen Männern für ihre Armeen umgehen: Die Haager Landkriegsordnung verbot die Eingliederung von Angehörigen eines Feindstaats in das Militär des Besatzers – und die Polen waren formal russische Untertanen. Ein weiterer Bedarf an „Menschenmaterial“ bestand in Form von Arbeitskräften, die die beiden Generalgouvernements für ihr eigenes Territorium und auch für die Heimat benötigten. Die Anwerbung dafür erfolgte teils mit Zwang, teils war die

Meldung freiwillig. Die Ziele und Methoden der Besatzer sowie die Folgen ihrer Politik für die Bevölkerung und die eigenen Kriegsanstrengungen sind bislang nur teilweise untersucht, obwohl sie wichtige Fragen zur Legalität und Brutalität des Vorgehens der Mittelmächte aufwerfen.

Die polnische Forschung hat sich bei weit über drei Millionen polnischen Soldaten des Ersten Weltkriegs fast ausschließlich mit den knapp 25.000 in den Legionen Józef Piłsudskis beschäftigt. Dabei nahm sie vor allem deren Rolle bei der Unabhängigkeit Polens sowie als Keimzelle der Nachkriegsarmee in den Fokus, viel weniger jedoch die Politik der Besatzer. Die Arbeiterfrage erfuhr noch weniger Aufmerksamkeit, so dass Christian Westerhoffs 2012 erschienenes Buch tatsächlich die erste monographische Untersuchung dieses Themas darstellt;²³² darin wird allerdings das Vorgehen in Ober Ost und Generalgouvernement Warschau verglichen, die österreichisch-ungarische Perspektive bleibt außen vor.

Soldaten für die Mittelmächte

Die Idee, Männer aus Kongresspolen für die Mittelmächte kämpfen zu lassen, entstand nicht erst nach der Einnahme dieses Gebiets. Bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn, im August 1914, hatte Józef Piłsudski auf galizischem Gebiet damit begonnen, eine Freiwilligenformation mit russischen Polen aufzustellen, weil er so für die Unabhängigkeit des Landes kämpfen wollte. Dies erfolgte mit Billigung des Wiener Armeeoberkommandos, das über jede Unterstützung im Kampf gegen Russland dankbar war.

Bereits am 6. August 1914 überschritten daher die ersten 150 Soldaten der „Legiony Polskie“ (Polnische Legionen) die Grenze zum Zarenreich, am nächsten Tag weitere 450, und 2.250 marschierten am 11. August aus Galizien ab. Doch ihr militärischer Wert war gering – nicht nur wegen der vergleichsweise überschaubaren Anzahl; k. u. k. Dienststellen beklagten vor allem die mangelnde Disziplin der Soldaten, die sich noch in der Heimat aufführten wie in Feindesland und die Bevölkerung bestahlen.²³³ Zudem wiesen bereits zu Anfang des Kriegs skeptische Stimmen auf die Möglichkeit hin, dass die Hilfstruppe schwer zu kontrollieren sei und sich zu einem späteren Zeitpunkt gegen die eigene Herrschaft stellen könnte. Trotz dieser Kritik wuchsen die Legionen weiter an, und Ende September

²³² WESTERHOFF, Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg.

²³³ HECHT, Heeresergänzung – Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg, S. 75, 79.

kommandierte der zum Oberst avancierte Piłsudski bereits 3.000 Mann, weitere 5.000 lagerten in Krakau, und 4.000 befanden sich in Ausbildung. Verglichen mit den Polen, die sonst in den Armeen der drei Kaiserreiche dienten, war diese Zahl verschwindend gering; In der Zwischenkriegszeit kamen Statistiken auf insgesamt fast 2,2 Millionen Soldaten bei den Mittelmächten und weiteren 1,2 Millionen bei den Russen.²³⁴

Dennoch zeigten Deutschland und Österreich-Ungarn ein großes Interesse an noch mehr Männern. Im eroberten Kongresspolen versprachen sie sich zusätzliches Potential, das deutlich über die wenigen durch die Front zu ihnen geflohenen Freiwilligen hinausgehen sollte. Lublin wie Warschau schätzen jeweils rund 100.000 Kandidaten. In Berlin machte Erich von Falkenhayn im September 1915 auf dieses Reservoir aufmerksam und kam im Juli 1916 erneut darauf zurück. Explizit sprach er bereits von einem polnischen Staat, der als Köder eingesetzt werden sollte, um möglichst viele Männer zu überzeugen. Aus einer Million Wehrpflichtigen sollten so zehn Prozent als Freiwillige gewonnen werden,²³⁵ weil sich insbesondere Deutschland nicht auf die Konskription verlassen wollte – die so rekrutierten Männer galten schlicht als wenig zuverlässig.

Es war der k.u.k. Generalstabschef Franz Conrad von Hötzendorf, der sich einen Anwerbeaufruf am 15. August 1915 von Kaiser Franz Joseph genehmigen ließ, wobei er die Soldaten trotz der genannten völkerrechtlichen Bedenken als Nachschub direkt in das eigene Heer anstatt in die Legionen eingliedern wollte. Allerdings meldete sich im Oktober und November 1915 kein einziger Bewerber. Um die Sache für die Habsburgermonarchie noch ärgerlicher zu machen, verbat Hans von Beseler im Generalgouvernement Anfang September explizit die Werbung für die Legion,²³⁶ die durchaus Zulauf von Freiwilligen hatte – darunter vereinzelt sogar als Männer verkleidete Frauen.²³⁷

²³⁴ La Pologne, hg. v. HANDELSMAN, S. 295–305; THAKUR-SMOLAREK, *Der Erste Weltkrieg und die polnische Frage*, S. 98–101. Für die polnischen Soldaten in Preußen: BOYSEN, *Preußische Armee und polnische Minderheit. Eine Erfahrungsgeschichte der polnischen Soldaten im deutschen Heer im Ersten Weltkrieg*; RYSZARD KACZMAREK, *Polacy w armii kajzera. Na frontach I wojny światowej*, Kraków 2014.

²³⁵ SPÄT, Generaloberst Hans Hartwig von Beseler als Generalgouverneur in Polen 1915–1918, S. 36.

²³⁶ HECHT, *Heeresergänzung – Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg*, S. 230–233.

²³⁷ ANGELIQUE LESZCZAWSKI-SCHWERK, *Amazonen, emanzipierte Frauen, „Töchter des Volkes“*. Polnische und ukrainische Legionärinnen in der österreichisch-ungarischen Armee im Ersten Weltkrieg, in: *Glanz – Gewalt – Gehorsam*, hg. v. LAURENCE COLE u. a., Essen 2011, S. 55–76, hier S. 68 f.

Piłsudskis Hilfstruppe war für das k.u.k. Heer von großer Bedeutung und wichtiger als alle anderen Freiwilligenformationen, weil sie die meisten Soldaten anzog und sich zudem am flexibelsten einsetzen ließ. Die ukrainische und die kroatische Legion sowie Einheiten aus Siebenbürgen und der Bukowina traten demgegenüber zurück.²³⁸ Diese Einschätzung von Ergänzungstruppen verdeutlicht die desaströse militärische Lage der Doppelmonarchie. Unabhängig davon erwies sich die Anwerbung für die Legionen sogar in Kongresspolen als wenig zufriedenstellend, weil Piłsudski auf mehr Freiheiten drängte und sich vom Wiener Armeeoberkommando gegängelt fühlte; unter diesen Bedingungen war sein Engagement für die Nachwuchsgewinnung sehr zurückhaltend – und ohne ihn als charismatische Führungsperson war der Dienst in den Legionen wenig attraktiv. Sie gewannen ihre Anziehungskraft vor allem aus der Vorstellung, Keimzelle der Armee eines künftigen unabhängigen polnischen Staats zu sein. Wenn nun selbst der populärste Verfechter dieser Idee nicht mehr dafür warb, bestand kein Grund, für die Sache der Mittelmächte zu kämpfen. Stattdessen wuchs die Bedeutung der Polska Organizacja Wojskowa (Polnische Militärorganisation), die Piłsudski ebenfalls gegründet hatte – allerdings als geheime Untergrundorganisation in Kongresspolen, und wiederum mit dem Ziel, Grundlagen für ein selbständiges Polen zu schaffen.²³⁹

Im Juli 1916 legte Piłsudski aus Unzufriedenheit über die seiner Ansicht nach zu geringen Zugeständnisse der Mittelmächte das Kommando über die Legionen nieder. Das brachte Stanisław Szeptycki, bis dato Kommandeur der III. Brigade, im September den Oberbefehl ein. Als k.u.k. Offizier galt er als bessere Wahl, weil seine Loyalitäten klar zu sein schienen. Piłsudski wiederum agitierte weiter für ein unabhängiges Polen und setzte in Galizien das Oberste Nationalkomitee unter Druck, das ihm viel zu willfährig gegenüber der Doppelmonarchie war. Nach seiner Ansicht sollte es sich mehr für die Umwandlung der Legionen in ein selbständiges polnisches Heer einsetzen. Aufgrund solcher Haltungen zeigte sich das Wiener Armeeoberkommando ähnlich wie bereits Beseler skeptisch, was die Loyalitäten der Legionen anging. Allerdings wollte man den Forde-

²³⁸ HECHT, Heeresergänzung – Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg, S. 75. Speziell zum Interesse der k.u.k. Monarchie an den Legionen BACZKOWSKI, *Żołnierze polscy w armii austro-węgierskiej w przededniu odzyskania przez Polskę niepodległości*.

²³⁹ SULEJA, *Polish democratic thought during the First World War*, S. 98. Vgl. auch: STANISŁAW SKWARCZYŃSKI, *Licytacja sprawy polskiej wżwyz. Postawy i metody działalności Józefa Piłsudskiego w okresie pierwszej wojny światowej*, in: *Niepodległość* 8 (1972), S. 13–26.

rungen Piłsudskis den Wind aus den Segeln nehmen und erlaubte daher k. u. k. Offizieren, die zur Legion – meist auf eigenen Wunsch hin – abkommandiert worden waren, deren Uniform zu tragen; zudem erhielten die Einheiten ihre eigenen Fahnen und sie wurden ganz offiziell in zwei Divisionen eingeteilt.²⁴⁰

Die inkongruenten Vorstellungen über die zukünftige Rolle der polnischen Soldaten konnten damit allerdings nicht in Übereinstimmung gebracht werden. Nachdem im September 1916 wie erwähnt die deutsche Oberste Heeresleitung auf effiziente Anwerbungen in den beiden Gouvernements drängte, sich gleichzeitig aber die Legionen weiter radikalisierten, kam es zunächst zu deren Neuorganisation: Wien benannte sie in ein „Polnisches Hilfskorps“ um, das zudem die für die eigene Armee geworbenen Soldaten umfassen und so die Radikalisierung der Legionäre gewissermaßen verwässern sollte. Piłsudski reagierte darauf mit einem Entlassungsgesuch aus der Armee, dem stattgegeben wurde. Berlin und die OHL wiederum gaben sich verstimmt, weil sie befürchteten, dass der Verbündete Tatsachen schuf. Dennoch konnte sich Beseler mit dem Argument durchsetzen, zunächst ein Königreich Polen zu proklamieren, um dann wesentlich effektiver um Truppen werben zu können.²⁴¹

Für eine gemeinsame Lösung in der Legionsfrage kamen die Deutschen der Doppelmonarchie weit entgegen: sie waren bereit, fast alle Kosten zu tragen, die bei deren künftiger Aufstellung entstünden; selbst für die Infrastruktur im Militärgeneralgouvernement oder dortige Bahntransporte wollten sie aufkommen. Zudem garantierten sie die Besoldung sogar derjenigen k. u. k. Armeeangehörigen, die in die Legionen gewechselt waren, und übernahmen die „persönlichen Gebühren“ der österreichischen Ausbildungsoffiziere und -mannschaften.²⁴²

Im Gegenzug unterstanden die Einheiten künftig deutschem Oberbefehl. Nur vier Tage nach der Proklamation des Königreichs erging am 9. November 1916 der große Werbeaufruf für die nun „Polnische Wehrmacht“, was eine bewusste Abgrenzung zu den Legionen oder dem Hilfskorps darstellte; letzteres wurde eingegliedert und im April 1917 ebenfalls deutscher militärischer Hoheit – und formal dem polnischen Staatsrat –

²⁴⁰ HECHT, Heeresergänzung – Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg, S. 239.

²⁴¹ CONZE, Polnische Nation und deutsche Politik, S. 199–201 und 214 f. Siehe auch: HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. 77 f.

²⁴² AGAD, 532 / 45. Auszug aus der „Zusammenstellung der Vereinbarungen zwischen der Deutschen Obersten Heeresleitung und dem k. u. k. Armeeoberkommando über das Polnische Heer“, o. D. [Herbst 1916].

unterstellt.²⁴³ Damit war Stanisław Szeptycki nicht mehr Kommandant und konnte Militärgeneralgouverneur in Lublin werden, wo er für einen neuen Kurs und ganz explizit für das künftige polnische Heer stand.

Auf der anderen Seite nutzte Piłsudski bereits im Januar 1917 die veränderte Situation für eine Rückkehr auf die große Bühne. Er übernahm die Heereskommission des Staatsrats und signalisierte seinen guten Willen, indem er die Polnische Militärorganisation ebenfalls den Mittelmächten unterstellte. Erfolge all dieser Maßnahmen blieben indes aus, nicht einmal der Aufruf des Staatsrats im April 1917 brachte eine nennenswerte Zahl von Freiwilligen – zu sehr sah sich die Bevölkerung durch die Propaganda der Mittelmächte getäuscht, und zu sehr scheuten die wenigen noch nicht eingezogenen Männer die Schrecken des Krieges.²⁴⁴

Verstärkt wurde diese Haltung durch die Frage des Soldateneids, die bis Mitte Juni 1917 in der Schwebe blieb. Danach verlangten die Mittelmächte einen Schwur auf ihre beiden Kaiser. Daraufhin legte Piłsudski am 2. Juli sein Mandat nieder und forderte seine Soldaten auf, die Eidesleistung zu verweigern, denn eine Treue zu den beiden Imperien war für ihn unvereinbar mit dem Ziel eines unabhängigen Polen. Außer der von Józef Haller (1873–1960) kommandierten II. Brigade mit 2.500 Mann folgten über 4.000 Legionäre seinem Aufruf. Die Mittelmächte reagierten mit einer Verhaftungswelle unter den Offizieren und der Internierung Piłsudskis als Rädelsführer, die bis Kriegsende andauerte.²⁴⁵

Das vollkommene Scheitern aller Bemühungen um Soldaten aus Russisch-Polen brachten die Verhandlungen mit der Ukraine Anfang 1918. Wie bereits dargestellt, stieß der Friedensvertrag, der eine Abtretung unter anderem der Kreise Chełm und Hrubieszów an den Nachbarstaat vorsah, auf scharfen Protest und rief beinahe bürgerkriegsähnliche Zustände hervor. Davon blieben auch die polnischen Truppen nicht unbe-

²⁴³ CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 232 f. Weitere Absprachen der Mittelmächte: ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56a/3 / 1013. Protokoll einer Besprechung zwischen Bethmann Hollweg und Czernin, 6.1.1917.

²⁴⁴ Die Bevölkerung hatte große Angst vor dem Kriegsdienst und insbesondere vor zwangsweisen Einberufungen: AGAD, 312 / 230. Kreiskommando Olkusz an MGGL, 23.10.1916. Ähnlich auch bei: Raport chorążego Tadeusza Hartleba do Centralnego Biura Werbunkowego w Piotrkowie, Busko, 20.6.1916, in: Raporty i korespondencja oficerów werbunkowych Departamentu Wojskowego Naczelnego Komitetu Narodowego 1915–1916, hg. v. PAJAŁ, S. 25 f.

²⁴⁵ HEIN, *Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926–1939*, S. 45; CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik*, S. 280, 296–298. Die Eidesformel bei: HAUSNER, *Die Polenpolitik der Mittelmächte*, S. 106.

einflusst, weshalb der neu ernannte österreichisch-ungarische Generalstabschef Artur Arz von Straußenburg anordnete, die gerade unter seinem Befehl stehenden Einheiten des Hilfskorps nicht mehr in vorderster Linie einzusetzen, weil er Desertionen befürchtete. Tatsächlich meuterten am 15. Februar die Soldaten unter dem Kommando Józef Hallers. Das 7. k.u.k. Armeekommando setzte sie mit Waffengewalt und bei elf Toten fest, während die Angehörigen dreier Kompanien, unter ihnen Haller selbst, zu den Russen durchbrachen. Die anderen wurden entwaffnet, das Polnische Hilfskorps offiziell abgeschafft, 160 Offiziere und 4.700 Soldaten gingen in Gefangenschaft. Lediglich die Teile des polnischen Heeres im Generalgouvernement Warschau, die nicht an der Front standen, blieben von der Auflösung unberührt.²⁴⁶

Die Hoffnungen der Mittelmächte auf mehrere hunderttausend Soldaten aus Russisch-Polen erfüllten sich nicht. Ganz im Gegenteil erwiesen sich ihre Bemühungen als fruchtlos, die wenigen tatsächlich aufgestellten Einheiten waren militärisch weitgehend bedeutungslos. Das ist umso bemerkenswerter, als die Bündnispartner sich in diesem Bereich trotz kleinerer Differenzen erfolgreich abstimmten, gemeinsam vorgingen und ihre Konkurrenz weitgehend überwand. Indes verstellten ihnen ihre imperialen Ansprüche den Blick auf die Wünsche der Einheimischen. Die Proklamation des Königreichs Polen blieb vor allem ein Mittel, um völkerrechtliche Bedenken auszuhebeln, weniger das ernsthafte Versprechen eines unabhängigen Staats.

Die Instrumentalisierung nationaler Kategorien war so offensichtlich – etwa wenn reduzierte Fleischzuteilungen mit dem Bedarf der Legionen begründet wurden –,²⁴⁷ dass sie für die Bevölkerung nicht glaubwürdig war. Außerdem gelang es den beiden Kaiserreichen nicht, den lokalen Eliten attraktive Angebote zu Kooperation zu machen; die Ambitionen eines Józef Piłsudski oder eines Józef Haller beschränkten sich nicht auf subalterne Dienste für Imperien, sondern zielten auf echte Führungsaufgaben ab. Deutschland und Österreich-Ungarn waren indes nicht willens, derartige Kompetenzen abzutreten oder zu teilen. Ihre Ignoranz gegenüber den polnischen Wünschen brachte sie um die substantielleren Beiträge, die ein Verbündeter zum Krieg hätte leisten können.

²⁴⁶ HECHT, Heeresergänzung – Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg, S. 247. Monographisch zu Auflösung der Legionen jetzt: STAROŃ, Likwidacja Polskiego Korpusu Posiłkowego w 1918 roku.

²⁴⁷ AGAD, 532 / 8. 6. (8.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. Dezember 1916.

Der Mangel an Freiwilligen ließ sich auch nicht durch den Rückgriff auf Kriegsgefangene kompensieren. Das versuchte das Militärgeneralgouvernement Lublin seit Anfang Juli 1916: Die Besatzer sperrten kriegsgefangene Polen der russischen Armee in eigene Lager, wo sie polnische Geistliche und Lehrer unterwiesen und sie Schriften erhielten, die sie gegen das Zarenreich und für die eigene Nation einnehmen sollten.²⁴⁸ Abermals blieb der Erfolg dieser Werbemaßnahmen gering, nur wenige Gefangene meldeten sich freiwillig als Soldaten. Wenn sie das nicht taten, mussten sie für Deutschland und Österreich-Ungarn arbeiten, was ökonomisch rational und vom Völkerrecht gedeckt war. Dem Militärgeneralgouvernement standen im Februar beispielsweise 5.486 Kriegsgefangene zur Verfügung, die auf die verschiedenen Kreise verteilt und dort hauptsächlich für Infrastrukturmaßnahmen eingesetzt wurden.²⁴⁹

Wesentlich mehr setzte man in der Heimat ein, wo sich die meisten Lager befanden. Erst 1916 machte die angespannte Ernährungslage in Cisleithanien die Repatriierung von inhaftierten Bauern notwendig, die sich um die Bestellung der Felder in Polen kümmern sollten, damit von dort mehr Lebensmittel exportiert werden konnten. Eine Freilassung geschah freilich nur auf individuelle Anforderung der Kreiskommandos.²⁵⁰ Kriegsgefangene selbst ließen sich indes nur selten für die Ernte einsetzen, weil dies eine dezentrale Bewachung erforderte, für die oftmals schlicht kein Personal existierte.²⁵¹

Grundsätzlich war die Entlassung sogar ins deutsche Besatzungsgebiet möglich, wenn von dort entsprechende Anträge kamen. Die Praxis des Bündnispartners unterschied sich von der der Doppelmonarchie: Berlin wollte möglichst viele Gefangene in der heimischen Landwirtschaft einsetzen und ließ daher nur in Ausnahmefällen eine Rückkehr zu – und nur ins Generalgouvernement, nicht ins Lubliner Gebiet.²⁵² Aleksandra Nagornaja hat vor diesem Hintergrund argumentiert, dass die Mittelmächte nicht immer nur an das Rekrutieren von Soldaten dachten, sondern die Kriegsgefangenen eher als Arbeitskräfte verwenden wollten, weil sie als

²⁴⁸ HECHT, Heeresergänzung – Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg, S. 237 f.

²⁴⁹ AGAD, 312 / 46. Standesausschleich bei den russischen Kriegsgefangenen-Abteilerabteilungen, Aktenvermerk, 9.2.1916.

²⁵⁰ ÖStA, KA, AOK-Verbindungsoffiziere / 4096. AOK an von Paić, 21.10.1916.

²⁵¹ AGAD, 312 / 55, Bl. 77. Kreiskommando Jędrzejów an MGGL, 21.4.1916.

²⁵² ÖStA, KA, AOK-Verbindungsoffiziere / 4096. Erlass des GGW, 1.10.1916 (Abschrift).

solche noch wichtiger seien.²⁵³ In diesem Sinne könne das Verhalten ihnen gegenüber ein Indikator für Wirtschaftspolitik sein. Unberücksichtigt bleiben dann allerdings die durchaus ernsthaften Anstrengungen der beiden Generalgouvernements bei der Anwerbung von Soldaten – selbst wenn das aus den geschilderten Gründen weder bei freien noch bei inhaftierten Polen besonders erfolgreich war. Zudem kann dem Misstrauen gegenüber dem Nationalismus der polnischen Truppen eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden. Es gab kaum Gründe, gegenüber Männern der russischen Armee, die nun eine spezielle Schulung in polnischer Staatskunde erhalten hatten, nicht skeptisch zu sein. Insofern entsprach der Arbeitseinsatz zwar ökonomischem Kalkül, zugleich aber auch den Schwierigkeiten mit Legionen und Hilfskorps.

Arbeitskräfte in Polen

Unabhängig von den Kriegsgefangenen benötigten die Besatzer zahlreiche Arbeitskräfte, die in den beiden Generalgouvernements die verschiedensten Aufgaben ausführen konnten. Lublin begann im Herbst 1915 damit, erste sogenannte Zivilarbeiterabteilungen aufzustellen, die insbesondere für den Ausbau der Infrastruktur herangezogen werden sollten. Im Dezember jenes Jahres gab es mindestens 328 solcher Einheiten mit einer geplanten Größe von 250 Mann, die insgesamt 81.455 Arbeiter umfassten. Die Statistik charakterisierte über 78.000 als „Handlanger“, während der Rest Handwerker waren. Von diesen Männern hatten sich allerdings nur 1.060 freiwillig gemeldet.²⁵⁴ Das Armeeoberkommando, das die Abteilungen veranlasst hatte, wollte bei deren Aufstellung „volkswirtschaftliche Momente und jedwede andere Rücksichtnahme in den Hintergrund“ verweisen und die Arbeiter ausschließlich für militärische Bedürfnisse verwenden.²⁵⁵

Das wirft die Frage nach Zwang und völkerrechtlicher Legitimation eines solchen Vorgehens auf. Christian Westerhoff, der sich in seiner

²⁵³ NAGORNAJA, *Des Kaisers Fünfte Kolonne?*, S. 191–194.

²⁵⁴ AGAD, 312 / 41. Statistik des MGGL aus den diversen Berichten der Kreise, Dezember 1915. Die 328 Abteilungen werden aus 19 Kreisen gemeldet, fünf weitere Kreise hatten keine Statistik abgeliefert. Eine idealisierte Darstellung, was die Freiwilligkeit der Abteilungsangehörigen betrifft, bei: SCHEER, *Österreich-Ungarns Besatzungsmacht in Russisch-Polen*, S. 553; DIES., *Zwischen Front und Heimat*, S. 151 f.

²⁵⁵ AGAD, 312 / 40. AOK an MGGL, 6.12.1915.

wegweisenden Studie zum Arbeitseinsatz für die Deutschen ausführlich mit der Problematik beschäftigt, definiert Zwangsarbeit gemäß der International Labour Organisation als

„Arbeit, die als Folge der Androhung oder Anwendung physischer Gewalt erfolgt. Dies impliziert für die betroffenen Arbeitskräfte, dass sie die Arbeit nicht aus eigenem Willen aufgenommen haben, dass sie sie nicht freiwillig durchführen oder dass sie selbst nicht über das Ende der Arbeit entscheiden können.“²⁵⁶

Damit entstehen vier gestaffelte Kategorien von Beschäftigten: 1. Freie Arbeiter, 2. Ursprünglich frei angeworbene Arbeiter, die keine Möglichkeit mehr haben, ihr Beschäftigungsverhältnis zu verlassen, aber noch einen gewissen Schutz genießen und Lohn erhalten; 3. Sklavenarbeiter; 4. „less than slaves“ bei katastrophalen Lebensbedingungen und teilweise intendierten extrem hohen Todesraten – zu denken ist hier etwa an die nationalsozialistischen Konzentrationslager.²⁵⁷

Selbst wenn die Besatzer derartige Definitionen nicht für sich verwendeten, mussten sie dennoch um ihre Legitimität als Befreier fürchten, wenn sie daran gingen, die Einheimischen zwangsweise zu Arbeiten heranzuziehen: Diese waren verständlicherweise nicht angetan von der Vorstellung, von ihren Familien und angestammten Beschäftigungen weggeholt zu werden. In Lublin gab es anonyme Plakatschläge, die gegen das Vorgehen der Besatzer protestierten, reichere Bürger flohen aus der Stadt, und der Magistrat musste erst mit Nachdruck dazu aufgefordert werden, Listen mit Kandidaten vorzulegen.²⁵⁸ Auf dem Land lehnten sich anfangs Bewohner einzelner Dörfer gegen Gendarmeriestreifen auf, die sie einziehen wollten. In Klonów bei Radom reagierte das Militärgeneralgouvernement deswegen mit Verhaftung der Anführer und einer Geldstrafe von 2.000 Kronen für den Ort.²⁵⁹

Solche Vorfälle konnten angesichts der wenig attraktiven Bedingungen in den Zivilarbeiterabteilungen kaum überraschen. Die Arbeiter erhielten reduzierte Kriegsverpflegung, also eine Fleisch- und Brotportion, dazu eine Krone pro Tag, weil für das Essen ein Wert von zwei Kronen veranschlagt und mit dem Lohn verrechnet wurde. Frauen, die vereinzelt

²⁵⁶ WESTERHOFF, Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, S. 13.

²⁵⁷ Ebd.

²⁵⁸ AP Lublin, 242 / 85, Bl. 55. Kreiskommando Lublin an MGGL, 3.2.1916.

²⁵⁹ AGAD, 312 / 45. Situationsmeldung des MGGL, 28.1.1916. Siehe auch Ebd., 312 / 44. Kreisgendarmeriekommando an Kreiskommando Radom, 9.1.1916.

ebenfalls Dienst taten – dann aber nur aufgrund freiwilliger Meldung – erhielten keine Verpflegung, aber auch nur zwei Kronen Lohn; für Jugendliche galt das Gleiche, lediglich die Zahlung war auf 1,50 Kronen reduziert. Im Krankheitsfalle gab es unentgeltliche Behandlung, aber keine Lohnfortzahlung. Arbeitskleidung und teilweise sogar Werkzeuge mussten die Arbeiter selbst mitbringen, Unterkunft stellte ihnen das Militärgeneralgouvernement.²⁶⁰ Wegen dieser unattraktiven Bedingungen meldeten sich nur Mittel- und Beschäftigungslose freiwillig zu den Abteilungen – aber es gab wenig Arbeitslose, da das Lubliner Gebiet weitgehend agrarisch geprägt war. Nach Ansicht der meisten Kreiskommandos stellten die Abteilungen daher kein gut geeignetes Instrument dar, denn die Beschäftigten waren wenig motiviert und mussten beaufsichtigt werden; wesentlich effektiver sei demgegenüber ein etwas höherer Lohn, der konkurrenzfähige Verhältnisse schüfe.²⁶¹

Im Laufe der Zeit verschärfte sich die Kritik. Die Arbeiter beschwerten sich darüber, entfernt von ihren Familien eingesetzt zu werden, beklagten sich über die schlechte Kost und die geringe Bezahlung sowie insbesondere über das gebrochene Versprechen, nach drei Monaten wieder entlassen zu werden. Letzteres war ein Anzeichen für das Scheitern der k. u. k. Beschäftigungspolitik: Weil es nicht genügend Freiwillige gab, behielt man die Männer länger im Dienst; doch das machte den Einsatz noch unattraktiver, so dass weitere Meldungen ausblieben. Aus diesem Grund waren die meisten Zivilarbeiterabteilungen weit unterhalb ihres Sollstands besetzt, teilweise erreichten sie nur die Hälfte der eigentlich vorgesehenen Zahl an Arbeitern, und Flucht kam häufig vor.²⁶²

Die meisten Kreiskommandos konnten die Flüchtlinge indes mangels Personal nicht verfolgen und setzten daher durch, die bisherige Methode individueller Gestellungsaufforderungen aufzugeben und stattdessen den Dörfern jeweils Kontingente aufzuerlegen; falls diese nicht erfüllt wurden, waren kollektive Geldstrafen oder Einquartierungen die Folge.²⁶³ Diese Maßnahmen vor Ort stellten eine Radikalisierung von unten dar, die Lublin und Wien billigend in Kauf nahmen, um ihre Ziele zu verfolgen: Das Kreiskommando Lubartów beschlagnahmte beispielsweise das Vieh

²⁶⁰ AGAD, 312 / 53, Bl. 232 ff. Ökonomisch administrative Weisungen für Zivilarbeiterabteilungen, o.D., April 1916.

²⁶¹ ÖStA, KA, AOK-Verbindungsoffiziere / 4093. Situationsmeldung des MGGL für März 1916.

²⁶² AGAD, 312 / 55, Bl. 247 f. Monatsbericht MGGL, Mai 1916.

²⁶³ AGAD, 312 / 55, Bl. 324. Kreiskommando Miechów an MGGL, 31.5.1916.

oder andere Besitztümer eines Flüchtlings sowie seiner Angehörigen und verkaufte sie; als Ersatz reihte es andere männliche Familienmitglieder in die Arbeitsabteilungen ein.

Angeichts dieser Kollektivhaftung äußerte Lubartów aber immerhin die Vermutung, dass „dieser Modus mit den Verwaltungsprinzipien des MGG möglicherweise nicht im Einklange stehen könnte“ und bat daher um Genehmigung.²⁶⁴ Eine Antwort ist nicht überliefert, aber da ähnliche Praktiken anderswo ebenfalls angewandt wurden, scheint es keine letztgültigen Bedenken gegeben zu haben.

Ein halbes Jahr nach Einführung der Abteilungen fiel das Zwischenfazit aus Sicht Lublins dennoch wenig erfreulich aus. Statt wie ursprünglich geplant 490 solcher Einheiten konnten nur 340 gebildet werden. Neben die Schwierigkeit, genügend Männer zu finden, trat die mangelnde Tauglichkeit der Arbeiter. Es gab sehr alte Leute, Kranke oder Behinderte, die man vielfach ohne Rücksicht auf ihre Eignung einzog, um überhaupt jemanden zu haben. Außerdem ließ die Ausrüstung dieser Leute zu wünschen übrig, es fehlten ihnen insbesondere Decken, Werkzeuge, Essgeschirre und Wäsche; die eigentlich vorgesehene medizinische Betreuung unterblieb weitestgehend. Terminschwierigkeiten führten zu Verzögerungen sowie teilweise zu komplett verschobenen Projekten, und nicht zuletzt war der bürokratische Verwaltungsaufwand eine immense Belastung für die geringe Personaldecke der k.u.k. Administration.²⁶⁵

Immerhin hielt man sich zugute, bisher völlig ohne Gewaltanwendung ausgekommen zu sein – es hatte keine Toten oder Verwundeten gegeben.²⁶⁶ Die Ansicht der Polen über diese Selbstdarstellung war zwiespältig, denn insbesondere das Vorgehen der ungarischen Einheiten galt als brutal,²⁶⁷ weshalb das Ansehen der Doppelmonarchie eindeutig gelitten hatte. Zwar erlaubte Artikel 52 der Haager Landkriegsordnung die Heranziehung feindlicher Zivilbevölkerung zu Arbeitsleistungen für zivile Zwecke, aber dies stand trotzdem gegen den eigenen Anspruch, als Befreier gekommen zu sein. „Ohne den Vorwurf der Schwäche auf sich zu laden“ beantragte das Militärgeneralgouvernement deshalb, „die Organisation der Z.A.A. [Zivilarbeiterabteilungen] fallen zu lassen und die Aufbringung der notwendigen Arbeitskräfte im Wege der freien Anwerbung

²⁶⁴ AGAD, 312 / 55, Bl. 439–441. Kreiskommando Lubartów an MGGL, 22.6.1916.

²⁶⁵ AGAD, 312 / 57, Bl. 217 f. Bemerkungen zur Aufstellung der ZAA, 31.5.1916.

²⁶⁶ AGAD, 312 / 60, Bl. 48 f. Kreiskommando Radom an MGGL, 13.6.1916.

²⁶⁷ ZIELIŃSKI, Stosunki polsko-żydowskie, S. 213.

und zwar nach Gutdünken des MGG [...] bei gleichzeitiger Erhöhung des Lohnes für Tagelöhner auf 4 Kronen“ durchzuführen.²⁶⁸

Doch zu einem solchen Schritt war Wien noch nicht bereit, die Abteilungen schienen unverzichtbar. So plädierte beispielsweise die Bauleitung der Festung Puławy dafür, die Beschäftigten härter anzufassen: „Arbeitsunlust und Widerwillen gegen Zucht und Ordnung“ dürfe man ihnen nicht durchgehen lassen, Strafen müssten höher ausfallen. Bislang war es gängige Praxis, „Deserteure“ mit einer Geldbuße von lediglich zehn Kronen zu belegen. Das sei nicht abschreckend, stattdessen sollte über Gefängnisstrafen nicht unter einem halben Jahr nachgedacht werden.²⁶⁹ Im September 1916 ging Lublin das Problem in Puławy hingegen anders an. Man erhöhte die Löhne der dort eingesetzten Arbeiter, um mehr freiwillige Meldungen zu erhalten; wer nicht aus der Umgebung stammte, erhielt zusätzlich eine Krone pro Tag.²⁷⁰ Damit verband sich ein allgemeiner Kurswechsel des Militärgeneralgouvernements, das nun ausschließlich auf freie Arbeit setzte, die Löhne anhob und die Abteilungen nach Möglichkeit nur noch im Heimatkreis verwenden wollte.²⁷¹

Die Methoden und Bedingungen im Generalgouvernement Warschau unterschieden sich etwas von denen des Bündnispartners. Die Deutschen setzten bereits im März 1916 immerhin 83.000 Mann bei verschiedenen Infrastrukturmaßnahmen sowie teilweise im Forstwesen ein.²⁷² Allerdings konnten sie auf zahlreiche Freiwillige zurückgreifen, weil es in den industriellen Zentren Warschau und Lodz viele Beschäftigungslose gab; in ländlichen Gegenden erwies sich die Anwerbung wie im Lubliner Gebiet als schwierig. Beliebte Tätigkeiten für die Besatzer vor allem dann, wenn sie in der Nähe des Wohnorts stattfanden,²⁷³ zumal Warschau die Arbeiter nur temporär in Gruppen von 200 bis 300 Mann beschäftigte und in gleicher Höhe wie das Militärgeneralgouvernement bezahlte.²⁷⁴

²⁶⁸ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a - Polen / 919. MGGL an AOK, 30.6.1916.

²⁶⁹ AGAD, 312 / 66, Bl. 282. K.u.k. Befestigungsbauleitung Puławy an MGGL, 8.8.1916.

²⁷⁰ AP Lublin, 242 / 85, Bl. 37. MGGL an Kreiskommando Lublin, 12.9.1916.

²⁷¹ AGAD, 312 / 68, Bl. 282-301. Monatsbericht MGGL, September 1916.

²⁷² CHRISTIAN WESTERHOFF, Deutsche Arbeitskräftepolitik in den besetzten Ostgebieten, in: Nordost-Archiv 17 (2008), S. 83–107, hier S. 89.

²⁷³ WESTERHOFF, Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, S. 131–133.

²⁷⁴ BAMA, N 30 / 20. Besprechung mit den Militärgouverneuren im GGW, 22.4.1916. Siehe auch: WESTERHOFF, Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, S. 178 f.

Im von der Doppelmonarchie okkupierten Teil Polens hatte eine Lernkurve im Herbst 1916 dazu geführt, Zwangsarbeit zu beenden. Auch im Generalgouvernement ging zu jener Zeit die Zahl der Arbeiterkolonnen zurück. Gleichzeitig drängte aber die Oberste Heeresleitung in Verbindung mit dem Hindenburg-Programm auf energischere Maßnahmen und erließ am 4. Oktober eine Direktive, die Zwangsrekrutierungen vorsah. Beseler lehnte dies nicht prinzipiell ab, fand aber den Zeitpunkt angesichts der sich abzeichnenden Ausrufung des Königreichs Polen sehr ungünstig. Gegen den Rat Wolfgang von Kries' folgte Beseler von sich aus den Berliner Militärs, obwohl diese ihm gegenüber nicht weisungsbefugt waren. Aber er wollte sich nicht schon wieder dem Vorwurf ausgesetzt sehen, zu weich zu den Polen zu sein. Gemäß der daraufhin erlassenen „Verordnung zur Bekämpfung der Arbeitsscheu“²⁷⁵ konnten die meist arbeitslosen Empfänger von sozialer Unterstützung nun zwangsweise zur Arbeit herangezogen werden – wie das ganz ähnlich die entsprechenden „Arbeitsscheu“-Regelungen im Reich vorsahen.²⁷⁶

Bei der Umsetzung existierten große Spielräume, zudem waren die Besatzer auf die Kooperation der polnischen Behörden angewiesen, die beispielsweise Namenslisten liefern mussten – aber dies teilweise verweigerten. Daher kam es vereinzelt zu wilden Razzien, bei denen die Begriffe „arbeitsscheu“ und „arbeitslos“ sehr frei ausgelegt und die Menschen in Sammellagern vor die Wahl gestellt wurden, ob die sich „freiwillig“ nach Deutschland melden oder zwangsweise in Zivilarbeiterbataillone wollten.²⁷⁷ Betroffen waren vor allem Juden, denn sie galten als besonders „arbeitsscheu“ und standen außerdem den lokalen Institutionen ferner als die eigenen polnischen Landsleute. Die neu geschaffenen so genannten Zivilarbeiterbataillone schickte Warschau vorwiegend nach Ober Ost, was für zusätzliche Unzufriedenheit in Polen sorgte.²⁷⁸ Die Arbeiter beklagten außerdem die schlechten Bedingungen, weil sie meist in Lagern leben mussten, die sie nicht verlassen durften – allenfalls im Krankheitsfall oder bei einer Meldung zum Einsatz in Deutschland. Neun Stunden

²⁷⁵ Verordnung zur Bekämpfung der Arbeitsscheu, 4.10.1916, in: Verordnungsblatt GGW, Nr. 47 vom 7.10.1916, S. 1.

²⁷⁶ WESTERHOFF, Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, S. 200–202.

²⁷⁷ JENS THIEL / CHRISTIAN WESTERHOFF, Deutsche Zwangsarbeiterlager im Ersten Weltkrieg. Entstehung – Funktion – Lagerregimes, in: Lager vor Auschwitz. Gewalt und Integration im 20. Jahrhundert, hg. v. CHRISTOPH JAHR / JENS THIEL, Berlin 2013, S. 117–139, hier S. 133 f.

²⁷⁸ WESTERHOFF, Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, S. 202–204. Speziell zu den jüdischen Arbeitskräften: HEID, Maloche – nicht Mildtätigkeit, S. 47 f.

Schwerstarbeit bei dürrtiger Verpflegung, unzureichender Kleidung und medizinischer Versorgung sowie Misshandlungen durch Aufseher und Vorarbeiter verursachten Krankheiten und eine hohe Sterblichkeit.²⁷⁹

Die Proklamation vom 5. November 1916 änderte nur wenig später diese brutale Politik der Deutschen. Wie schon Österreich-Ungarn zwei Monate zuvor stellten sie die Zwangsrekrutierungen nach und nach stillschweigend ein, denn Proteste und Verweigerungshaltung der nunmehr verbündeten Polen erwiesen sich als großes Imageproblem. Wegen dieses schnellen Endes der „Arbeitsscheu“-Maßnahmen gerieten im Generalgouvernement lediglich 5.000 Mann in Zivilarbeiterbataillone. Wesentlich Erfolg versprechender schien wirtschaftlicher Druck zu sein, um „freiwillige“ Meldungen zu generieren: verweigerte Unterstützungszahlungen, weil schließlich andere „Angebote“ vorlagen, waren eine Seite der Medaille; die andere die vielen wegen Rohstoffmangels geschlossenen Fabriken – bei durchaus intendierten Zusammenhängen.²⁸⁰ In den folgenden beiden Kriegsjahren setzte vor allem Ober Ost auf Zwangsarbeit bei deutlich schlechteren Bedingungen als in Polen, während das Generalgouvernement hauptsächlich Erntehelfer durch mehr oder weniger subtilen Druck anwarb. Auf dem Land, abseits des politisch hochsensiblen Warschau, nahm die Zwangsarbeit in einer weniger streng organisierten Form sogar zu.²⁸¹ Das Militärgeneralgouvernement Lublin verzichtete indes ganz darauf und musste bereits im November 1916 einen Misserfolg bei der Anwerbung konstatieren, weil die gezahlten Löhne für die Landbevölkerung schlicht nicht attraktiv waren.²⁸² Der Mangel an Arbeitskraft führte daher zur Einstellung mehrerer geplanter Bauprojekte.²⁸³

Dennoch handelten die Okkupanten in beiden Teilen Kongresspolens ökonomisch rational. Deutschland erreichte mit seinen Maßnahmen die

²⁷⁹ CHRISTIAN WESTERHOFF, *Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg? Rekrutierung von Arbeitskräften aus Polen und dem Baltikum für die deutsche Kriegswirtschaft 1914–1918*, in: *Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900–2007*, hg. v. DIETER BINGEN u. a., Wiesbaden 2008, S. 143–160, hier S. 150 f. Zu den Lagern in Ober Ost: THIEL / WESTERHOFF, *Deutsche Zwangsarbeiterlager im Ersten Weltkrieg*, S. 135–137.

²⁸⁰ HOFMANN, *Reweaving the Urban Fabric*, S. 207 f., 242 f. Die Besatzer mussten sich schon zu dieser Zeit dafür rechtfertigen, intentional Fabriken geschlossen zu halten, um Arbeitslose für ihre eigenen Zwecke verwenden zu können: AGAD, 532 / 34. GGW an Towarzystwo Przemysłowców Królestwa Polskiego, 21.12.1915.

²⁸¹ WESTERHOFF, *Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg*, S. 321 f.

²⁸² AGAD, 312 / 68, Bl. 352. Aktenvermerkt MGGL, 25.11.1916.

²⁸³ AP Lublin, 242 / 85, Bl. 15. MGGL an Kreiskommando Lublin, 21.4.1917.

Bestellung der Felder und die Ernte auf größeren Gütern, wie das deren Besitzer aus den polnischen adligen Eliten forderten – was die innergesellschaftlichen Spannungen verschärfte.²⁸⁴ Doch die vollständige Nutzung des Großgrundbesitzes wäre ansonsten nicht möglich gewesen, und der Ernährung kam während des Kriegs eine höhere Priorität zu als etwa der Textilproduktion in Lodz. Der heutzutage selbstverständlich erscheinende Vorzug freier Arbeit – und zwar nicht nur aus humanitären, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen –, war damals nicht anerkannt. Die noch 50 Jahre vor dem Ersten Weltkrieg existierende Sklaverei hatte beispielsweise in den US-Südstaaten eine leistungsfähige und profitable Produktion erlaubt. Aus rein ökonomischer Sicht war sie daher, wie aktuelle Forschungen erneut belegen, keineswegs ineffizient gewesen.²⁸⁵ Für die Militärs, insbesondere in Ober Ost, aber eben auch in Polen, entsprach Zwang den damaligen Vorstellungen von Effizienz, Kontrolle und direktem Zugriff auf die menschlichen Ressourcen des Landes. Sie setzten ihn allerdings im Gegensatz zur Sklaverei in einer leichteren und gewissermaßen zeitgemäßen Weise um.

Neben den verschiedenen Formen mehr oder weniger ausgeprägten Zwangs existierten in den beiden Generalgouvernements normale Arbeitsbedingungen weiter. Zunächst behielten die russischen Sozialversicherungsgesetze ihre Gültigkeit, weil es sich um besetztes Gebiet handelte. Da sie aber teilweise keine Anwendung in Polen gefunden hatten, passierte dort dementsprechend nichts. Wer indes für die Okkupationsverwaltung arbeitete, erhielt die volle russische Sozialversicherung.²⁸⁶ Die Gewerkschaften in Warschau, organisiert im Gewerkschaftsrat (Rada Związ-ków Zawodowych), durften bereits seit dem 25. Oktober 1915 wieder legal agieren, nachdem die Russen sie unmittelbar nach Kriegsausbruch verboten hatten.²⁸⁷ Neben diesem links orientierten Bündnis betätigten sich zudem christliche und jüdische Arbeitervereinigungen in der Hauptstadt.²⁸⁸

Für die Beschäftigungslosen richteten beide Mittelmächte vergleichbare Institutionen ein: In Lublin gab es ein von Kazimierz Kumaniecki geleite-

²⁸⁴ PRZENIOSŁO, *Chłopi Królestwa Polskiego w latach 1914–1918*, S. 5.

²⁸⁵ OSTERHAMMEL, *Die Verwandlung der Welt*, S. 996, 1107.

²⁸⁶ AGAD, 352 / 7, Bl. 35. 5. (7.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 30. September 1916.

²⁸⁷ KRZYSZTOF DUNIN-WASOWICZ, *Warszawa w czasie pierwszej wojny światowej*, Warszawa 1974, S. 81.

²⁸⁸ Ebd., S. 106.

tes Zentralarbeitsvermittlungsamt²⁸⁹ mit Entsprechungen auf Kreisebene. Warschau etablierte ein Monopol der Deutschen Arbeiterzentrale (DAZ), die die Anwerbung von Freiwilligen für das Reich organisierte. Das Militärgeneralgouvernement suchte insbesondere freie Stellen im Bergbau von Dąbrowa zu besetzen.²⁹⁰ Wegen der relativ offenen Grenzen zwischen den beiden Besatzungsgebieten konkurrierte es allerdings um die geeigneten Fachleute mit dem Generalgouvernement und dessen Montanindustrie. Nachdem Deutschland höhere Löhne zahlte, war Lublin gezwungen, seine Beschäftigten ähnlich zu entlohnen – und damit mehr zu zahlen, als in der Heimat üblich war.²⁹¹ Zumindest die Rivalität der Mittelmächte erwies sich damit für die Polen als Vorteil.

Polnische und jüdische Arbeiter in Deutschland und Österreich-Ungarn

Höhere Bedeutung als die Beschäftigung vor Ort hatte insbesondere für die Deutschen diejenige in der Heimat, wo Polen schon vor dem Krieg in der ostelbischen Landwirtschaft arbeiteten. Nun, nach der Einberufung von Millionen Männern zum Kriegsdienst, stieg der Bedarf an Erntehelfern weiter. In der Doppelmonarchie war die Nachfrage vor 1914 deutlich geringer gewesen, weil die Wege weiter und im Lande selbst mehr geeignete Kräfte vorhanden waren. Dies änderte sich zwar tendenziell, führte aber dennoch nicht zu ähnlich hohen Zahlen an Fremdarbeitern wie beim Bündnispartner: Aus dem Generalgouvernement Warschau gelangten während des Kriegs 200.000 bis 240.000 Menschen nach Deutschland, zusätzlich zu den fast 300.000, die sich zuvor bereits als Saisonarbeiter dort aufgehalten hatten. Unter den neu dazugekommenen waren rund 35.000 Juden. Ober Ost hingegen stellte für das Reich nur 24.000 Arbeiter, was bezogen auf die Einwohnerzahl eine um den Faktor

²⁸⁹ Kumaniecki hat über seine Erfahrungen später ein Büchlein mit Dokumentenanhang vorgelegt: KUMANIECKI, *Czasy lubelskie*.

²⁹⁰ ÖStA, KA, AOK-Quartiermeister-Abteilung, Referenten-Faszikel / 2589. Verordnung des Militärgouvernements betreffend die Einrichtung der Arbeitsvermittlung, 6.6. 1916.

²⁹¹ WEGS, *Die österreichische Kriegswirtschaft*, S. 87 f. Üblich waren im Sommer 1918 im GG Warschau beispielsweise Tageslöhne zwischen 4,50 und 6 Mark für ungelernte und 10-11 Mark für Facharbeiter. Dazu gab es durchaus substantielle Lebensmittelzuteilungen: AGAD, 532 / 3, Bl. 50 f. Bericht über Tätigkeit und Zustände im Gouvernementsgebiet für die Zeit vom 1.7.1918 bis 25.9.1918.

fünf niedrigere Quote ergab.²⁹² Für das Militärgeneralgouvernement Lublin liegt keine Gesamtzahl vor, aber weil die Rekrutierung im letzten Kriegsjahr stark nachließ, dürften die Zahlen von April 1917 nur wenig übertroffen worden sein, als das Habsburgerreich neben 102.000 Helfern für die der Landwirtschaft noch weitere 15.000 Industriearbeiter gewonnen hatte.²⁹³ Bezogen auf die reine Anwerbung während des Kriegs blieb Lublin mit seiner geringeren Bevölkerung nur wenig hinter Warschau zurück.

In beiden Besatzungsgebieten stand Beschäftigung in Deutschland und Österreich-Ungarn in steter Konkurrenz zur Arbeit in Polen. Das war durchaus gewollt, denn für beide Besatzer genoss die Heimat in jeglicher Hinsicht Priorität.²⁹⁴ Und so lockten sie die Bevölkerung erfolgreich mit attraktiveren Konditionen, als sie in den Generalgouvernements galten. Bis Herbst 1916 gab es deshalb keine Zwangsdeportationen nach Deutschland, und sie blieben danach auf die kurze Periode bis zur Proklamation des Königreichs beschränkt; im Militärgeneralgouvernement kamen sie gar nicht vor. Der Einschnitt im Warschauer Gebiet beruhte auch auf dem Druck der heimischen Industrie, die unter Beschäftigungsmangel litt und die Oberste Heeresleitung von der Notwendigkeit einschneidender Maßnahmen überzeugen konnte. Die weit wichtigere Zwangsmaßnahme stellte für beide Mittelmächte allerdings das Rückkehrverbot für diejenigen Beschäftigten dar, die einmal die polnische Grenze überschritten hatten.²⁹⁵ Dass keine schärferen Mittel angewandt wurden, lag vor allem an der Deutschen Arbeiterzentrale und dem k.u.k. Zentralarbeitsvermittlungsam, die um ihre Anwerbequoten fürchteten.

Warschau hatte die halbstaatliche Arbeiterzentrale im Frühjahr 1915 ins Land geholt, da sie bereits vor Kriegsausbruch Polen für die deutsche Landwirtschaft angeworben hatte. Diese Erfahrung sollte sie nun im

²⁹² WESTERHOFF, Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, S. 259 f., 264, 294 f. Siehe auch: HOLZER / MOLEND, *Polska w pierwszej wojnie światowej*, S. 158; KAI RAWE, *Wir werden sie schon zur Arbeit bringen! Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit im Ruhrkohlenbergbau während des Ersten Weltkriegs*, Essen 2005, S. 188. Höhere Zahlen für Juden nennen: ZIELIŃSKI, *Stosunki polsko-żydowskie*, S. 213; HEID, *Maloche – nicht Mildtätigkeit*, S. 12.

²⁹³ Vortrag Hauptmann Schubert in Wien, 3.4.1917, in: KUMANIECKI, *Czasy lubelskie*, S. 111–116. Gegen Ende des Krieges dürfte die Gesamtzahl der in der Doppelmonarchie arbeitenden Polen unter 150.000 gelegen haben.

²⁹⁴ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a – Polen / 919. MGGL an AOK, 30.6.1916. BAMA, N 30 / 20. Besprechung mit den Militärgouverneuren im GGW, 22.4.1916.

²⁹⁵ WESTERHOFF, *Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg*, S. 103–105, 111.

Generalgouvernement einbringen und erhielt ein Monopol, das die bislang unorganisierten, privaten Rekrutierungsbüros obsolet machte. Eine erfolgreiche Ausnahme bestand lediglich in Tschenstochau, wo eine polnische Organisation höhere Löhne und, zumindest aus Schlesien, monatliche Heimfahrten anbieten konnte; diese Konkurrenz ließ die Arbeiterzentrale allerdings 1916 ausschalten. Damit verfügte sie im Mai 1916 über 29 Geschäftsstellen und 60 Angestellte sowie weitere 40 einheimische Agenten. Bis März 1918 vergrößerte sie sich auf 53 Delegaturen. Versuche des polnischen Staatsrats, das Monopol der Zentrale 1917 und 1918 zu brechen, blieben ohne Erfolg.²⁹⁶ Das bedeutete allerdings nicht, dass keine Zusammenarbeit mit polnischen Institutionen stattgefunden hätte. Ganz im Gegenteil waren die Deutschen auf die Kooperation angewiesen, weil sie auf diese Weise beispielsweise Listen über Arbeitslose erhielten; gelegentlich „empfehlen“ lokale Politiker allerdings auch politische Rivalen, um sich dieser zu entledigen.²⁹⁷

Das Militärgeneralgouvernement hatte die Frage von Arbeitern für die Monarchie ebenfalls bereits Mitte 1915 in einer Weise geregelt,²⁹⁸ die sich kaum vom Vorgehen des Bündnispartners unterschied. Die Aufsicht erhielt das Zentralarbeitsvermittlungsamt, aber die Anwerbung selbst organisierten die Kreiskommandos beziehungsweise die insgesamt 27 Kreisvermittlungsämter, die zudem auf geeignete Arbeitgeber zu achten hatten.²⁹⁹ Mit dem Beschäftigten musste dann ein polnisch- und deutschsprachiger Arbeitsvertrag geschlossen werden. Verbindungsmann in die Heimat war Robert Steiner vom Wiener Industriellenverband, der für den unentgeltlichen Transport der geworbenen Beschäftigten sorgte, der diese zunächst in die Sammelstelle Oberhollabrunn führte, wo sie Arbeitsbücher erhielten. Die grundsätzlichen Bedingungen ähnelten denen in Deutschland sehr stark:³⁰⁰ Die Angeworbenen hatten kein Kündigungs- und Rückkehrrecht mehr, durften andererseits aber auch nur unter den

²⁹⁶ Ebd., S. 94–96; 251–253.

²⁹⁷ I. MOTAS / I. MOTASOWA, Zagadnienie wywozu siły roboczej z Królestwa Polskiego do Niemiec w okresie pierwszej wojny światowej, in: Teki Archiwalne 4 (1955), S. 21–42, hier S. 25.

²⁹⁸ Verordnung des AOK betreffend die Anwerbung von Lohnarbeitern, 27.6.1915, in: Verordnungs-Blatt der k. u. k. Militär-Verwaltung in Polen 1915/16, S. 49 ff. Siehe auch: MITZKA, Die k. u. k. Militärverwaltung in Russisch-Polen, S. 19 f.

²⁹⁹ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a / 920. Jahresbericht 1916 des MGGL.

³⁰⁰ AGAD, 352 / 7, Bl. 35. 5. (7.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 30. September 1916. Siehe auch: HEID, Maloche – nicht Mildtätigkeit, S. 356 f., 455 f.

gleichen Bedingungen wie einheimische Arbeiter entlassen und mussten zudem bis zu der kostenlosen Heimfahrt in die Heimat weiter verpflegt werden. Bei Krankheit und Unfällen standen ihnen die gleichen Rechte wie den cisleithanischen Kollegen zu, allerdings erhielten ihre Angehörigen keine Unterstützung. Die wöchentliche Arbeitszeit belief sich auf 54 bis 56 Stunden, wobei die Mittagspause dazuzählte. Die Gleichstellung mit Österreichern galt nicht zuletzt bei der Entlohnung. Der Mindestlohn betrug im ersten Gehilfenjahr 0,40 Kronen pro Stunde, qualifizierte Hilfsarbeiter erhielten 0,44 Kronen.³⁰¹

Trotz dieses scheinbar gleichförmigen Vorgehens der Mittelmächte herrschte erneut scharfe Konkurrenz. Beide wollten Arbeiter für sich gewinnen und waren nur teilweise bereit, deswegen Rücksichten auf den Verbündeten zu nehmen. Offiziell ließ bereits das im April 1915 verabschiedete Zollabkommen für Polen die Anwerbung jeweils auch im anderen Besatzungsgebiet zu, aber die Doppelmonarchie betonte, darüber später erneut verhandeln zu wollen.³⁰² Die Dringlichkeit dafür nahm schnell zu, denn die Kreiskommandos des Militärgeneralgouvernements berichteten über die großen Anstrengungen der Deutschen, bei ihnen Arbeiter zu finden; sie forderten, diesem „volkswirtschaftlich sicher schädlichen Überhandnehmen“ entgegenzutreten und mehr für die eigene Monarchie zu tun.³⁰³ Lublin reagierte noch im November 1915 mit einem Erlass, der für eine erfolgreiche Anwerbung nicht nur das Einverständnis des Betroffenen, sondern außerdem des jeweiligen Kreiskommandos vorsah.³⁰⁴

Warschau sah dadurch das eigene Vorgehen, das „für die österreichische Konkurrenz nicht immer angenehm sein wird, erschwert und behindert“. Es erschien Beseler daher nur angemessen, die Rekrutierungsversuche durch k.u.k. Institutionen im eigenen Territorium zu untersagen:³⁰⁵

„Das Vorhandensein österreichisch-ungarischer Büros zur Arbeiteranwerbung im deutschen Okkupationsgebiet unterliegt schon an sich politischen Bedenken. [...] Ich gebe daher zur Erwägung anheim, ob es sich nicht empfiehlt, den

³⁰¹ ÖStA, KA, AOK-Quartiermeister-Abteilung, Referenten-Faszikel / 2589. Bestimmungen über die Anwerbung von Arbeitern in Polen für die Arbeit in der Monarchie, 1916.

³⁰² AGAD, 312 / 3. Zollabkommen für Polen, 19.4.1915.

³⁰³ AGAD, 312 / 39. Monatsbericht des MGGL für Dezember 1915.

³⁰⁴ BA Berlin, R 1501 / 119798, Bl. 60 ff. GGW an Reichskanzler, 26.11.1915.

³⁰⁵ Ebd.

jetzigen tatsächlichen Zustand, dass jede Partei ausschließlich im eigenen Okkupationsgebiet anwirbt, aufrecht zu erhalten.“

Berlin folgte dieser Empfehlung, woraufhin im Gegenzug Wien im Frühjahr 1916 die Tätigkeit der Deutschen im Militärgeneralgouvernement verbot.³⁰⁶

Bei diesen gegenseitigen Beschränkungen blieb es bis Kriegsende, denn Menschen für die heimische Industrie waren eine zu wichtige Ressource, um darauf verzichten zu können. Das ging soweit, selbst kurzfristige Aushilfen nur für polnisches Territorium zu verweigern. Als das Generalgouvernement beispielsweise Anfang Januar 1917 bei Pilawa Eisenbahnschwellen fertigen ließ, wollte es temporär Männer aus dem nahen k. u. k. Territorium beschäftigen.³⁰⁷ Die Anfrage wurde weitergeleitet, allerdings genehmigte das Armeeoberkommando „mit Rücksicht auf die zwangsweise Zurückhaltung von über 100.000 Arbeitskräften aus unserem Okkupationsgebiete in Deutschland“ keine Ausnahmen.³⁰⁸ Wien bezog sich bei seiner Argumentation auf die zahlreichen Polen aus nun zum Militärgeneralgouvernement gehörendem Territorium, die bei Kriegsausbruch in der ostelbischen Landwirtschaft tätig gewesen waren und die Berlin nicht zurückkehren ließ.

Angesichts der Argumentation des Bündnispartners schrieb das Auswärtige Amt in Berlin, dass der Arbeitskräftemangel in Warschau wesentlich größer sei als in Lublin. Eine Freigabe der ehemaligen Saisonkräfte würde den „Zusammenbruch der deutschen Landwirtschaft bedeuten und die Ernährung der Bevölkerung und ihrer Armee für das Jahr 1917 in Frage stellen“. ³⁰⁹ Das Militärgeneralgouvernement erhielt umgekehrt den Befehl, streng darauf zu achten, künftig keine deutschen Kolonisten mehr auswandern zu lassen, keine Reisepässe für Bauern mehr auszustellen, und insbesondere keinerlei Ausnahmen für Arbeiteranwerbung mehr zuzulassen; darüber hinaus sollten kranke Arbeiter, die die Deutschen zurückschicken wollten, nicht mehr aufgenommen werden.³¹⁰ Die restriktive Haltung der Doppelmonarchie im Kampf um die Menschen hielt das Generalgouvernement Warschau allerdings nicht davon ab, weiterhin und

³⁰⁶ ÖStA, KA, AOK-Verbindungsoffiziere / 4094. AOK an Paić, 9.5.1916.

³⁰⁷ ÖStA, KA, AOK-Verbindungsoffiziere / 4100. Kriegsrohstoffstelle Warschau an Passzentrale, 23.1.1917.

³⁰⁸ Ebd., AOK an Paić, 17.2.1917.

³⁰⁹ Ebd., AOK an MGGL, 21.2.1917 (und mit ähnlichem Inhalt auch an preußisches Kriegsministerium).

³¹⁰ Ebd.

erfolgreich Anwerbeversuche zu unternehmen. Im Sommer 1917 beschwerte sich das Wiener Armeeoberkommando erneut über dieses Vorgehen, diesmal bei der Obersten Heeresleitung. Die Antwort fiel wahrheitsgemäß dahingehend aus, dass die Arbeiterzentrale im Lubliner Gebiet nicht aktiv geworben habe³¹¹ – weil Schlepperbanden den Übertritt über die innerpolnische Grenze organisierten und Freiwillige ohnehin ins deutsche Gebiet kamen.

Wegen dieser für sie wenig befriedigenden Situation hatten die Militärs des Habsburgerreichs bereits im Frühjahr 1917 Überlegungen angestellt, erzwungene Deportationen aus Polen zu veranlassen; auf diese Weise sollten bis zu 120.000 Männer gewonnen werden.³¹² Der neue Gesandte des Ballhausplatzes in Warschau, Stephan von Ugron, zeigte sich schockiert: Eine solche Maßnahme würde katastrophale Konsequenzen haben, sei gegen die Haager Konvention und bedürfe der Zustimmung des Staatsrats. Außerdem sei ein Anwachsen revolutionärer Umtriebe zu befürchten.³¹³ Das Armeeoberkommando ließ die Sache dennoch durch seine Generalgouvernements – geplant war eine verschärfte Rekrutierung nicht nur für Polen – prüfen. Einwände kamen diesmal ausgerechnet vom deutschen Bündnispartner, der einmal mehr negative Auswirkungen auf die Legitimität als Befreier und insbesondere die Gewinnung von Soldaten für die polnische Armee befürchtete. Man einigte sich daher relativ vage darauf, „das bestehende System der freiwilligen Arbeiterwerbung auszugestalten.“³¹⁴

Zu verschärftem Zwang kam es während des Kriegs nicht mehr, denn selbst wenn die Mittelmächte auf noch mehr Arbeitskräfte gehofft hatten, lagen die Zahlen für Polen doch weit über denen aus Belgien und stellten einen Erfolg dar. Dies ist umso bemerkenswerter, als es in dem eroberten Gebiet im Westen über eine halbe Million Beschäftigungslose gab.³¹⁵ Allerdings wollten die Belgier sich – im Unterschied zu vielen Polen – nicht freiwillig nach Deutschland melden. Erst eine „Verordnung gegen

³¹¹ AGAD, 312 / 1601. AOK an OHL (Arz an Ludendorff), 30.6.1917.

³¹² ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56/22-28 / 1038. Chef des Ersatzwesens an Außenministerium, 24.3.1917. Abgedruckt in: KUMANIECKI, Czasy lubelskie, S. 110.

³¹³ ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56/22-28 / 1038. Ugron an Czernin, 28.3.1917.

³¹⁴ Ebd., Aktenvermerk des Außenministeriums (Andrian), 1.4.1917. Eine negative k.u.k. interne Stellungnahme vom 3.4.1917 ist gedruckt in: KUMANIECKI, Czasy lubelskie, S. 111–116.

³¹⁵ JENS THIEL, „Menschenbassin Belgien“. Anwerbung, Deportation und Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, Essen 2007, S. 41–45.

die Arbeitsscheu“, die so auch im Generalgouvernement Warschau Anwendung fand, änderte die Situation, indem sie auf Zwangsmaßnahmen setzte: Zwischen Oktober 1916 und Februar 1917 gelangten so 60.000 Belgier ins Reich. Doch selbst diese Zahl stellte einen Misserfolg dar. Weil zudem der internationale Druck wuchs, stellten die Besatzer die Deportationen im Juni 1917 wieder ein und führten sogar die noch in Deutschland befindlichen über 20.000 Zwangsarbeiter zurück. Bis Kriegsende konnten so in Belgien lediglich 160.000 Mann geworben werden.³¹⁶

Die mangelnde Wanderungstradition, die Perzeption der Deutschen als Aggressoren sowie trotz allem bessere wirtschaftliche Verhältnisse hatten Zahlen wie in Polen verhindert. Dort jedoch hatten die Misserfolge im Westen negative Auswirkungen. Die kurze Periode verschärfter Bedingungen Ende 1916 kam vor allem deshalb zustande, weil Belgien sich eben nicht als das erhoffte „Menschenbassin“ erwies. Außerdem drängte Ober Ost auf eine härtere Politik, da sich Gewalt und Zwang in diesem Territorium angeblich als vorteilhaft für die eigenen Interessen herausgestellt hatten.³¹⁷

Während des Kriegs verschlechterte sich die Beurteilung der polnischen Arbeiter durch die Deutschen trotz der eigentlich positiven Erfahrungen. Zu Anfang war sie, vor allem wegen der langen Tradition der Saisonkräfte, recht positiv. Umgekehrt beklagten sich die Polen im Reich über die schlechte Behandlung und sahen ihre ursprünglichen Erwartungen enttäuscht; darauf reagierten sie entsprechend mit Beschwerden und Protesten, was ihnen schnell den Vorwurf von Arbeitsscheu und Schmarotzertum einbrachte. Trotz allem rangierten sie aber in der deutschen Wahrnehmung vor den Belgiern, die zudem als Feinde galten.³¹⁸ Größer noch waren die Vorurteile gegenüber Juden, die allgemein als schwächlich und ungeeignet für schwere Arbeit galten. Aufgrund derartiger antisemitischer Stereotype erging bereits im Dezember 1915 ein Erlass, nur noch jüdische Facharbeiter nach Deutschland zu holen – mit Ausnahmen bei Bergbau und Landwirtschaft.³¹⁹

Der hohe Bedarf an Menschen sowie intensive Lobbyarbeit deutsch-jüdischer Gruppen führten allerdings im Mai 1917 zur Gründung der „Jüdischen Abteilung bei der Arbeiterzentrale beim Kaiserlich Deutschen Polizei-Präsidenten“ in Warschau. Leiter wurde Julius Berger, der den

³¹⁶ Ebd., S. 329–334.

³¹⁷ WESTERHOFF, Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, S. 182 f., 192.

³¹⁸ Ebd., S. 100 f.

³¹⁹ Ebd., S. 109–112.

Zionisten angehörte, deren Ansehen stärken und seinen Glaubensbrüdern in Polen aus ihrem „Elend“ helfen wollte – durchaus aus einem Gefühl zivilisatorischer Überlegenheit heraus, das sich mit Ehrgeiz und Eitelkeit verband.³²⁰ Erfolge konnte er dennoch vorweisen und vereinbarte beispielsweise mit der Arbeiterzentrale, dass sie jüdische Arbeiter nur noch nach seiner Genehmigung rekrutierte. Seine Vermittlungsquote lag bei etwa 15 Prozent, und er kümmerte sich außerdem um bessere soziale Bedingungen in Deutschland. Auch aufgrund seines Engagements und seiner Erfolge hob das preußische Innenministerium vier Monate später die Beschränkungen auf, so dass nun ungelernte jüdische Kräfte ebenfalls ins Reich kommen durften.³²¹

Doch das blieb eine vorübergehende Episode. Trotz Arbeitermangels erging am 24. März 1918 ein generelles Einreiseverbot für Ostjuden. Sie galten nun als „arbeitsunwillig, unsauber, moralisch unzuverlässig“, ihre Arbeitsleistung als „unzureichend“.³²² Das ging auf eine medizinische Einschätzung zurück und weist einmal mehr auf die Bedeutung des Hygienediskurses für den modernen Antisemitismus – und dessen naturwissenschaftliche Ursprünge – hin.³²³ Die Juden firmierten nun offiziell als Gefahr für die Gesundheit im Reich, weshalb das Generalgouvernement diejenigen von ihnen, die sich auf Heimaturlaub in Polen befanden, nicht mehr zurückkehren ließ.

Die Deutschen standen allerdings nicht alleine mit ihrem Antisemitismus. In der Doppelmonarchie waren es insbesondere die Ungarn, die sich über Juden beschwerten, obwohl dort viel weniger Arbeiter eingesetzt waren als in Österreich. In Transleithanien beklagte man sich, dass die Arbeiter „zum großen Teil aus unentwickelten Kindern und Talmudisten“ bestünden. „Das ganze Gesindel gefährdet mit den fortwährenden Auflehnungen die Wirtschaftsordnung. Nach ihren eigenen Aussagen sind mehrere unter ihnen, welche aus der Irrenanstalt zu Feldarbeiten abgegeben wurden.“ Der Vizegespan des Komitats Sopron schrieb sogar: „Das sind keine Arbeiter, sondern Verpflegungsschmarotzer“.³²⁴ Das Militärgeneralgouvernement betonte demgegenüber, stets kräftige Männer und vor allem wenige Juden entsandt zu haben – und wies umgekehrt auf deren

³²⁰ HEID, Maloche – nicht Mildtätigkeit, S. 122, 139-145.

³²¹ WESTERHOFF, Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, S. 256 f.

³²² Zitiert nach: HEID, Maloche – nicht Mildtätigkeit, S. 143.

³²³ WEINDLING, Epidemics and genocide in Eastern Europe 1890-1945, S. 103 f.

³²⁴ AGAD, 312 / 1602. Ungarischer Ackerbauminister an AOK, 4.7.1917. Darin das Zitat aus Sopron.

Klagen über die schlechten Bedingungen in Ungarn hin, die insbesondere wegen der meist nicht möglichen sprachlichen Verständigung ein Problem darstellten.³²⁵

Wie in einem Mikrokosmos zeigen die jüdischen Beschäftigten die grundsätzlichen Probleme der Besatzer beim Heranziehen der Bevölkerung für ihre eigenen Zwecke: Misstrauen, übersteigerte Erwartungen und inkonsistentes Vorgehen. Sowohl bei Soldaten wie bei Arbeitern gelang es den beiden Imperien nicht, die erwünschten Ergebnisse zu erzielen, selbst wenn die Resultate nüchtern betrachtet durchaus beachtlich waren. Doch Loyalität erforderte Partizipation, die die Mittelmächte nicht gewähren wollten. Sie agierten stattdessen mit Härte, mussten diese wegen der Ausrufung des Königreichs aber zurückfahren. Die Proklamation hätte ein viel versprechender Ansatz für eine tatsächliche Beteiligung der Polen an der Herrschaft sein können, wenn sie Ausgangspunkt für eine Teilung der Macht gewesen wäre; stattdessen folgte – nichts.

Eine pragmatische, generöse Politik ließen die drängenden Bedürfnisse des Kriegs in den Augen insbesondere der Militärs in Berlin und Wien nicht zu; die Zentralen setzten gegen den Rat der Peripherie auf Zwangsmaßnahmen und waren nur mühsam davon abzubringen, was konstruktivere Lösungen verhinderte. Die Bevölkerung und ihre Eliten reagierten enttäuscht, verweigerten die Kooperation und nutzten die Spielräume aus, die die Rivalität der beiden Generalgouvernements bot, indem sie insbesondere deren politisch-nationale Versprechen einforderten.

Unterschiede zwischen den Bündnispartnern traten weniger in der Soldatenfrage auf, in der das Vorgehen zwar ein schwieriges aufeinander Abstimmen erforderte, aber letztlich einheitlich war. Doch bei der Arbeit vor Ort erwies sich Österreich-Ungarn als wesentlich härter und musste viel mehr Anstrengungen unternehmen als Deutschland. Andererseits zeigte sich die Doppelmonarchie bei der Anwerbung von Männern für die Heimat aufgeschlossen für rationale Argumente und reduzierte im zweiten Besatzungsjahr den Druck; dem stellte Deutschland eine mehrmonatige Periode im Herbst und Winter 1916 gegenüber, in der Zwang ausgeübt wurde. Danach kehrten sich die Vorzeichen um: Das Habsburgerreich drängte auf Radikalisierung, während Berlin dies – auch wegen des vorangegangenen Fehlschlags – ablehnte. Das Völkerrecht war dabei zwar kein gänzlich unüberwindbares Hindernis, aber es stellte doch eine Barriere dar, die die Mittelmächte nicht ohne weiteres überschreiten wollten.

³²⁵ Exemplarisch: AGAD, 312 / 1602. Kreiskommando Pińczów an MGGL, 22.10. 1917.

Als Kategorie blieb es stets präsent und ließ sich höchstens dehnen und interpretieren, aber nicht einfach ignorieren.

4. DIE „NUTZBARMACHUNG“ DER LANDWIRTSCHAFT

Für die Mittelmächte war die „Nutzbarmachung“ der polnischen Landwirtschaft eine Selbstverständlichkeit. Die Armee sollte sich aus dem Lande ernähren, zudem wollte man Lebensmittel in die Heimat exportieren, weil dort nicht genügend erzeugt werden konnten. Schon vor dem Krieg waren Deutschland und Cisleithanien – aber nicht Ungarn – auf Nahrungsmittelimporte angewiesen, um die eigene Bevölkerung zu ernähren. Mit der Einberufung von Millionen von Männern zum Kriegsdienst verschlechterte sich die Situation zusätzlich, zumal die Alliierten die Einfuhr übers Meer blockierten. Die eroberten Gebiete im Westen und Osten sollten daher Lebensmittel liefern, damit die eigene Heimat nicht unter Hunger litt. Dahinter stand allerdings nicht die Überlegung, stattdessen die Besetzten hungern zu lassen – oder gar, diese intentional einer Mangelernährung auszusetzen.

Ganz im Gegenteil gingen die Mittelmächte davon aus, auf Überschüsse zurückgreifen zu können, die sie selbstverständlich bezahlen wollten. Freilich erwies sich diese Vorstellung schnell als Irrtum, denn angesichts der vom Krieg verwüsteten Gebiete sowie verschleppten, geflüchteten und einberufenen Bauern war an Ernten wie vor 1914 in Europa nicht zu denken. Wer trotzdem Agrarprodukte exportieren wollte, musste diese zunächst mit einem mehr oder weniger großen Einsatz von Geld und Gewalt aufbringen. Und nachdem die Erzeugnisse im Machtbereich von Österreich-Ungarn und Deutschland nicht ausreichten, um dessen gesamte Bevölkerung satt zu machen, stellte sich zudem die Frage danach, welche Gruppen der Hunger traf. Vor diesem Hintergrund war die Landwirtschaft im Königreich Polen für die Besatzer ein, wenn nicht das zentrale Politikfeld, das Entscheidungen mit großen Auswirkungen verlangte.³²⁶

³²⁶ Untersucht worden ist bislang – und auch das lediglich in Teilen – nur das Militärgeneralgouvernement Lublin: STEPHAN LEHNSTAEDT, Das Militärgeneralgouvernement Lublin. Die „Nutzbarmachung“ Polens durch Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 61 (2012), S. 1–26, hier S. 13–20. Sehr unkritisch die knappen Ausführungen zu Warschau bei: CONZE, Polnische Nation und deutsche Politik, S. 132–135.

Forstwirtschaft – Ausbeutung, nur ohne Hunger

Begrenzt blieben die Auswirkungen auf die Landwirtschaft lediglich im Bereich der Forste. Nachdem in Deutschland tendenziell ein Mangel an Holz herrschte und das Reich bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts auf Importe angewiesen war,³²⁷ drängte Berlin auf eine Ausbeutung der Wälder. Jedoch wussten die Mittelmächte 1915 zunächst nicht, wie viel Waldgebiet sie überhaupt erobert hatten, denn die Russen hatten sämtliche Unterlagen bei ihrem Rückzug mitgenommen – ebenso wie das Fachpersonal. Deutschland ersetzte deshalb diese Männer durch preußische Forstbeamte und Privatförster, die die Landsturm-Reserveeinheiten freistellten. Das Generalgouvernement wollte dabei den „Grundsätzen einer pfleglichen Forstwirtschaft“ folgen,³²⁸ aber die erlaubten Ausnahmen für Heeresbedürfnisse, wie etwa Eisenbahn-, Wege- und Brückenbauten, Telegraphen- und Fernsprechleitungen, der Bau von Feldbefestigungen und Unterständen sowie der Brennholzbedarf für die Truppe selbst deuten schon an, dass ein gewissermaßen nachhaltiges Wirtschaften nur teilweise möglich sein würde. Dazu kam der hohe Bedarf an Gruben- und Papierholz, so dass schnell „jede Rücksicht auf Nachhaltigkeit der Holznutzung ohne Bedenken geopfert“ wurde.³²⁹ Dabei hatten die Besatzer in ihre Kalkulation noch nicht einmal den Bedarf der Bevölkerung, insbesondere an Brennholz, mit einbezogen.

Österreich-Ungarn stand dem Bündnispartner dabei in nichts nach und verwies die „ökonomische und forsttechnische Ausnützung der Bestände [...] gegenüber den in Frage kommenden wichtigen militärischen Interessen bedingungslos in den Hintergrund“. Insbesondere die Bahn, die Schwellen benötigte, sollte daher „zusammenhängende und geeignete Forstkomplexe ohne engherzige bürokratische Formalitäten und ohne irgendwelche erschwerende oder verzögernde Bedingungen ungesäumt“ zur Verfügung erhalten.³³⁰

Jedoch musste die Habsburgermonarchie auch auf diesem Gebiet sehr bald eine Überlegenheit der Deutschen anerkennen, die es deutlich besser verstanden, Holz in die Heimat zu exportieren. Das Wiener Armeeoberkommando beklagte deshalb das lax eigne Vorgehen, das auf „Waldäste-

³²⁷ BEMMANN, „...kann von einer schonenden Behandlung keine Rede sein“, S. 3 f.

³²⁸ AGAD, 532 / 1, Bl. 12-14. 1. Vierteljahrsbericht der Zivilverwaltung für Russisch-Polen für die Zeit vom 5. Januar bis zum 25. April 1915.

³²⁹ Ebd.

³³⁰ AGAD, 312 / 33. Etappenoberkommando an MGGL, 28.10.1915.

tik [!]“ Rücksicht nehme und durch ein „vollständiges geradezu naives Verkennen der Lage“, die ein schonungsloses Durchgreifen erfordere, gekennzeichnet sei.³³¹

Kongresspolen war, anders als Ober Ost insbesondere mit dem dazugehörigen Urwald von Białowieża, keinesfalls besonders waldreich; nur etwa 20 Prozent des Gebiets war Forst, während es in Deutschland immerhin 26 Prozent waren. Im Generalgouvernement Warschau befanden sich die meisten Areale zudem in Privatbesitz.³³² Dem direkten Zugriff der Deutschen unterlag gut ein Drittel aller Bäume, wobei von diesem Anteil etwa 15 Prozent so genannte Donationsforsten waren, die das Zarenreich als eine Art Lehen an verdiente Untertanen vergeben hatte. Zu diesen rund 51.000 Hektar kamen weitere 275.000 Hektar in direktem russischen Staatsbesitz, die nun an Warschau fielen.³³³

Die Wälder entwickelten sich zu einer wichtigen Einnahmequelle, die bis Kriegsende einen Ertrag von über 73 Millionen Mark in die Kassen des Generalgouvernements spülte. Deutschland hatte 5,6 Millionen Festmeter Nutzholz und 1,6 Millionen Festmeter Brennholz in Polen schlagen lassen, von denen es zwei Millionen exportierte (vgl. Tabelle 14, S. 325). Das muss als exzessiv charakterisiert werden, selbst wenn der Großteil des Materials tatsächlich im Lande verblieb,³³⁴ denn das Generalgouvernement Warschau ließ über viermal so viele Bäume pro Hektar fällen, wie vor dem Krieg üblich gewesen war – und beinahe doppelt so viel wie in Deutschland. Tatsächlich lag die Nutzung damit über dem Ertrag des sich als besonders radikal und effizient gerierenden Ober Ost, wo allerdings die Infrastruktur den Abtransport merklich erschwerte.³³⁵

Im Militärgeneralgouvernement Lublin war das Vorgehen ganz ähnlich. Bereits 1916 meldete man eine Nutzung in doppelter Höhe im Vergleich zu Friedenszeiten, während zugleich in der Heimat der Einschlag um ein Drittel zurückging.³³⁶ Zu diesem Zeitpunkt erwies es sich in bei-

³³¹ AGAD, 312 / 40. AOK an MGGL, 3.12.1915.

³³² BEMMANN, „...kann von einer schonenden Behandlung keine Rede sein“, S. 7.

³³³ AGAD, 532 / 5, Bl. 11–14. 3. (5.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Januar 1916 bis zum 31. März 1916.

³³⁴ Zur Verwendung des Holzes: BEMMANN, „...kann von einer schonenden Behandlung keine Rede sein“, S. 10. Verharmlosend die Deutung von: CONZE, Polnische Nation und deutsche Politik, S. 136.

³³⁵ BEMMANN, „...kann von einer schonenden Behandlung keine Rede sein“, S. 13, 25.

³³⁶ ÖStA, KA, AOK-Quartiermeister-Abteilung, Referenten-Faszikel / 2590. Übersicht über die bisherige wirtschaftliche Ausnutzung der okkupierten Gebiete von Polen, Serbien und Montenegro, AOK-Quartiermeisterabteilung, 22.12.1916.

den Besatzungsgebieten als immer schwieriger, die von den Zentralen gewünschten Mengen zu liefern. Den Einheimischen drohten daher Geldstrafen, wenn sie widerrechtlich in den Staatsforsten Bäume fällten; konnten diese Bußen nicht eingetrieben werden, wandelten die Kreischefs sie in Zwangsarbeit im Wald um.

Tabelle 14: Die Ausbeutung der Forste im Generalgouvernement Warschau³³⁷

	Nutzholz in Festmeter	Brennholz in Festmeter	Ertrag in Mark
Januar bis Dezember 1915	479.509	181.815	5.409.833
Januar bis März 1916	394.117	137.448	2.730.770
April bis Juni 1916	418.183	141.337	3.123.799
Juli bis September 1916	192.152	64.343	2.934.584
Oktober 1916 bis Februar 1917	731.924	190.245	6.042.267
März bis August 1917	1.182.094	209.999	10.972.260
September 1917 bis Februar 1918	895.407	402.076	14.795.952
März bis August 1918	1.339.059	293.633	27.130.901
Gesamt	5.632.445	1.620.896	73.140.366

Immerhin plädierte Warschau aus politischer Opportunität dafür, erst im zweiten Wiederholungsfall zu drastischeren Maßnahmen zu greifen und außerdem Haft gegenüber der Forstarbeit zu bevorzugen, weil dies der Selbstdarstellung der Verwaltung zuträglicher sei.³³⁸ Doch diese Privatnutzung blieb ein Nebenschauplatz. Viel gravierender war eine Beschwerde des polnischen Staatsrats in Berlin, der die übermäßige Nutzung des Waldes beklagte, der schließlich nationales Eigentum darstelle. Das Reichsamt des Innern empfahl dem Generalgouvernement deshalb im Januar 1918, um „der politischen Ziele willen, die wir in Polen verfolgen, [...] in der forstlichen Nutzung ein[en] Wandel eintreten zu lassen“.³³⁹

Warschau konnte allerdings zu diesem Zeitpunkt nicht mehr viel für die Wünsche der Polen und die bemerkenswert einsichtsvolle Haltung der Berliner Zentrale tun. Beseler konstatierte Mitte 1918, dass sowieso nur

³³⁷ Zusammenstellung aus den einzelnen Viertel- und Halbjahresberichte des Generalgouvernements in: AGAD, Bestand 532.

³³⁸ AGAD, 532 / 49. GGW an Oberförsterei Spala, 1.2.1918.

³³⁹ AGAD, 532 / 20. Reichsamt des Innern an Verwaltungschef GGW, 2.1.1918.

noch der unmittelbare militärische und kriegswirtschaftliche Bedarf befriedigt werden könne:

„Der Holzvorrat ist auf erheblichen Flächen nunmehr erschöpft. Ganze Forstinspektionen entbehren bereits völlig aller haubaren Bestände, und die Holznot droht ganz außerordentlich ernste Folgen anzunehmen. [...] Die Nachfrage nach Holz steigt umgekehrt, wie die Bestände verschwinden.“³⁴⁰

Dieser ungezügelter „Nutzbarmachung“ des Landes stand allerdings selbst im letzten Kriegsjahr eine verquere Wahrnehmung über die Bestände entgegen, die Beseler im gleichen Schreiben als „die Mär von den ‚unerschöpflichen Holzvorräten Polens‘“ zurückwies.³⁴¹ Der Generalgouverneur betonte dabei das Paradoxon, dass selbst behördliche Schriftstücke diesen Irrglauben kultivierten, während sie auf der anderen Seite die geringen Waldbestände des Landes betonten.

Polen – ein Überschussgebiet? Reflexionen der Mittelmächte über die Möglichkeiten landwirtschaftlicher „Nutzbarmachung“

Die Fehlperzeption der forstökonomischen Leistungsfähigkeit fand im Bereich der Landwirtschaft eine wesentlich gefährlichere Entsprechung, die sich unmittelbar auf die Ernährung der Bevölkerung auswirkte. Hier auf hatte Hans von Beseler jedoch schon 1915 hingewiesen und erklärt, wie sehr die Kleinst- und Subsistenzproduktion gegenüber den ertragsstarken Großgrundbesitzern dominierte. Der „größere Teil des Kleingrundbesitzes [ist] nicht in der Lage, seine Familien auf den Bauernstellen zu ernähren“.³⁴² Dies sei erst ab einer Hofgröße von mindestens sechs Hektar möglich, die allerdings rund 700.000 Landwirte nicht erreichten. Polen sei deshalb nicht in der Lage, substantiell zur Ernährung der Mittelmächte beizutragen. Doch gerade das erwartete Berlin, denn die deutschen Ernten der Hauptnahrungsmittel Getreide und Kartoffeln gingen während des Krieges um ein Drittel zurück.³⁴³ In der Doppelmonarchie sah es

³⁴⁰ AGAD, 532 / 12, Bl. 29. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1918.

³⁴¹ Ebd.

³⁴² AGAD, 532 / 4, Bl. 49–57. 2. (4.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis zum 31. Dezember 1915.

³⁴³ WOLFGANG J. MOMMSEN, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890 bis 1918*, Berlin 1995, S. 683.

ganz ähnlich aus, wobei Österreich bei einer Verringerung auf 40 Prozent wesentlich härter betroffen war als Ungarn, das mit fast 80 Prozent der Erträge noch glimpflich davon kam – Cisleithanien allerdings nicht unterstützen wollte.³⁴⁴ Mit fortschreitender Kriegsdauer wuchsen also sowohl der Mangel wie die Erwartung, aus den besetzten Gebieten entsprechende Nahrungsmittel auszuführen.

Der bayerische Ministerpräsident und spätere Reichskanzler Georg von Hertling schrieb beispielsweise Mitte 1916 an den bayerischen Gesandten in Berlin, Hugo von Lerchenfeld, über den „Überfluss an Lebensmitteln“ im besetzten Polen. Er sah keinen Grund für Großmütigkeit gegenüber der dortigen Bevölkerung. Lerchenfeld antwortete ihm, „dass man eher beabsichtigt, die Polen bei guter Stimmung zu erhalten“; außerdem sah er eine „Neigung des Deutschen und vor allem des deutschen Beamten, alle Welt glücklich zu machen“, rechnete aber gleichzeitig „auf recht ergiebige Zufuhren aus Polen nach der Ernte“.³⁴⁵

Die Söhne beider Politiker waren in Polen stationiert, Hertlings als Offizier, Lerchenfelds als Angehöriger der Zivilverwaltung. Dennoch zeigten sie sich überzeugt, von dort substantielle Ressourcen für die Heimat einfordern zu können. Auf einer sachlichen Grundlage fußten ihre Einschätzungen freilich nicht. Und so warnte das Generalgouvernement Warschau immer wieder vor einer Überbewertung der polnischen Landwirtschaft, drang damit aber nicht nach Berlin durch. Dem österreichisch-ungarischen Generalstab hatte das für das eroberte Polen zuständige Etappenoberkommando bereits im Januar 1915 eine Denkschrift über die dortigen Ernährungsverhältnisse zukommen lassen. Die Militärs vertraten darin die Ansicht, dass „die Landesmittel unzulänglich sind und die Bevölkerung zum Teil auch durch Nachschub versorgt werden“ müsse³⁴⁶ – man sprach also nicht über den Abtransport eines Überschusses, sondern von einem Import nach Polen. Einschränkend erklärte sich die Armee jedoch für diese Versorgungsleistung unzuständig; dies müsse als politische Entscheidung verantwortet werden. Doch „müsste trotzdem, wenn es die

³⁴⁴ BUTSCHEK, *Österreichische Wirtschaftsgeschichte*, S. 178 f. Siehe auch: SANDGRUBER, *Ökonomie und Politik*, S. 324.

³⁴⁵ Hertling an Lerchenfeld, 27.7.1916 und Lerchenfeld an Hertling, 31.7.1916, Dokumente 272 und 274, in: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917. Die dienstliche Privatkorrespondenz zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Georg Graf von Hertling und dem bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld, hg. v. ERNST DEUERLEIN, Boppard 1973, S. 645, 649.

³⁴⁶ ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a - Polen / 921. Etappenoberkommando, Denkschrift über Polen vom 25.1.1915.

Not geböte, auch für die Bevölkerung okkupierter Gebiete gesorgt werden, da man die Leute schließlich nicht verhungern lassen“ könne.³⁴⁷

Unabhängig davon entsandte Wien den galizischen Agrarökonom Professor Kazimierz von Rogoyski ins besetzte Gebiet, um die lokalen Bedingungen zu untersuchen. Rogoyski berichtete ausführlich und publizierte seine Ergebnisse später,³⁴⁸ wobei er auf die großen Verwüstungen in Folge der Kampfhandlungen hinwies. Zudem schrieb er über den hohen Pferdebedarf in der Landwirtschaft, der allein für die Getreide- und Hackfruchternte auf mindestens 4.000 Tiere zu veranschlagen sei, über den auf unter 20 Prozent geschrumpften Bestand an Milchvieh – 400.000 statt einst fast 2,5 Millionen Tiere – sowie über die schwierigen Transportbedingungen: Ein Teil der Ernte könne nicht verbraucht werden und drohe zu verfaulen, weshalb es sinnvoll sei, Destillieren zu errichten und insbesondere aus Kartoffeln Schnaps zu brennen.³⁴⁹

Nach einer zweiten Reise, auf der er die im Sommer 1915 eroberten Gebiete besuchte, fiel Rogoyskis Fazit noch drastischer aus. Er rechnete nun mit einem weiteren Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge, weil das Militär alles Zugvieh sowie die wenigen Maschinen beschlagnahmt hatte, kein Dünger vorhanden und die Bestellung der Felder angesichts der Schlachten nicht erfolgt war. Die beiden ersten Probleme sah er als strukturell an.³⁵⁰

In ein ähnliches Horn stieß im August 1916 der Sektionsrat Friedrich von Boschan für das Wiener Außenministerium. Noch anhand der Vorkriegszahlen belegte er die geringere landwirtschaftliche Leistungsfähigkeit Polens im Vergleich mit der Doppelmonarchie und kam zu einer eindeutigen Schlussfolgerung: „Ein wirklich namhafter Überschuss, von welchem wir oder Deutschland profitieren könnten, ist in Polen nur bezüglich der Kartoffeln und auch bezüglich dieser Fruchtgattung nur in

³⁴⁷ Ebd.

³⁴⁸ KAZIMIERZ VON ROGOYSKI, Beitrag zur jetzigen wirtschaftlichen Lage Polens. Bericht über die in der Zeit vom 19. bis 26. März im südlichen Teile des Königreichs Polen unternommene Reise, Krakau 1915; DERS., 2. Beitrag zur jetzigen wirtschaftlichen Lage Polens. Bericht über die in der Zeit vom 19. bis 26. März im südlichen Teile des Königreichs Polen unternommene Reise, Krakau 1915.

³⁴⁹ AGAD, 312 / 37. Bericht Rogoyskis, Abschlussempfehlungen, 12.10.1915. Vgl. auch ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a / 918. Bericht Rogoyskis über die Reise vom 19.-26. März 1915.

³⁵⁰ AGAD, 312 / 216, Bl. 36–52. Bericht Rogoyskis über die Reise vom 23.11.-23.12. 1915.

einem relativ recht eingeschränkten Maße vorhanden.“³⁵¹ Deshalb könne bei künftigen Friedensverhandlungen mit Russland nur wenig Kompensation für die Rückgabe des Landes gefordert werden; dessen wirtschaftlicher Wert sei schlicht zu gering.

Trotz dieser klaren Feststellungen zeigte sich Wien wie schon Berlin überzeugt davon, aus Polen größere Mengen an Nahrungsmitteln exportieren zu können. Darin wurde die Zentrale teilweise sogar von der Peripherie unterstützt. Der Gesandte des k. u. k. Außenministeriums beim Militärgeneralgouvernement etwa vertrat noch im September 1917 die Ansicht, dass die Requisitionen vor Ort

„nach übereinstimmenden Angaben aller Fachleute bei weitem nicht das Maß erreicht [haben] wie in manchen Gegenden der Monarchie, und gar kein Zweifel kann darüber herrschen, dass man hier bedeutend besser lebt als bei uns.“³⁵²

Das Argumentationsmuster ähnelte also sehr stark dem des Verbündeten: Nicht nur gebe es in Polen ausreichend zu essen, vor allem sei die Bevölkerung privilegiert und würde wenig zu den gemeinsamen Siegesanstrengungen beitragen.

Weil die beiden Generalgouvernements also in den Augen der Imperien wider besseres Wissen ein Überschussgebiet darstellten, konnten Investitionen jeder Art unterbleiben. Nachdem außerdem nicht klar war, ob das Land überhaupt dauerhaft im eigenen Besitz bleiben würde, schien dergleichen weder opportun noch notwendig. Motorpflüge anzuschaffen schied ferner angesichts knapper Kassen und geringer Ressourcen aus – die Maschinen benötigten Treibstoff, der anderweitig gebraucht wurde.³⁵³ Das k. u. k. Armeeoberkommando gestand Lublin immerhin Ende 1916 einen grundsätzlichen Bedarf an Zugtieren zu und brachte 2.000 Ochsen aus dem okkupierten Serbien nach Polen.³⁵⁴ Doch eine Mechanisierung hätte viel mehr Potential erschlossen, zumal sie es erlaubt hätte, die bisherigen Flächen zur Ernährung der Tiere anders zu nutzen.³⁵⁵

³⁵¹ ÖStA, HHStA, Nl. Boschan / 2. Materialien für die Friedensverhandlungen (Ackerbau, Viehzucht und Staatsdomänen in Russisch-Polen), von Sektionsrat Dr. Friedrich von Boschan, August 1916.

³⁵² ÖStA, HHStA, PA I / 56a/1,2 / 1011. Bericht Nr. 98 des Gesandten des Außenministeriums beim MGGL, 10.9.1917.

³⁵³ AGAD, 312 / 3. Etappenoberkommando an MGG Piotrków, 4.7.1915.

³⁵⁴ AGAD, 312 / 231. AOK an MGGL, 29.11.1916.

³⁵⁵ Hierzu allgemein: OSTERHAMMEL, Die Verwandlung der Welt, S. 932.

Lebensmittelaufbringung in Kongresspolen

Aus den Besatzungsgebieten sollten trotz der Kriegsverwüstungen übersteigerte Anforderungen der Zentralen in Wien und Berlin befriedigt werden, zudem musste eine Bevölkerung ernährt werden, die grundsätzlich als Verbündeter gewonnen werden sollte. Die Priorität vor allem anderen galt indes den eigenen Truppen, die im Lande stationiert waren. Das k. u. k. Militärgeneralgouvernement ordnete daher unmittelbar nach dem Einmarsch zunächst die Beschlagnahme sämtlicher Brotfrüchte, des Hafers und des Heus aus der Ernte 1915 an. Die Besatzer verfügten über deren Verteilung, was für die Einheimischen einerseits Preisobergrenzen, andererseits ein reduziertes Angebot bedeutete.³⁵⁶

Diese Maßnahmen zeichneten sich allerdings noch nicht durch besondere Rücksichtslosigkeit aus. So musste nur das Heu abgeliefert werden, das nicht selbst verbraucht wurde; das Heer zahlte dafür sechs Kronen pro 100 Kilo und stellte zum Abholen sogar Fuhrwerke.³⁵⁷ Die Preise orientierten sich an den Verhältnissen in Ungarn, waren grundsätzlich aushandelbar und lediglich in ihrer Obergrenze festgelegt.³⁵⁸ Andererseits machte die k. u. k. Militärverwaltung schon im Juli 1915 die Dringlichkeit der Ernteaufbringung deutlich und unterstellte den Polen einmal mehr Desinteresse an den Kriegsanstrengungen: „Wird ein passives Verhalten in dieser Beziehung wahrgenommen, so ist die betreffende Gemeinde zwangsweise zur Erntearbeit heranzuziehen.“³⁵⁹ Doch wie zu erwarten blieben die Ergebnisse dieser Politik angesichts der geschilderten strukturellen Defizite überschaubar.

Der Kreis Opoczno meldete etwa bei einem Ernteertrag von 42.280 Tonnen nur einen Überschuss von 2.143 Tonnen – also gerade einmal fünf Prozent, weil Saatgut und insbesondere die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt werden mussten.³⁶⁰ Eine Zuteilung von Lebensmitteln erhielten zwar Stadt- und Gemeindeglieder, die nicht selbst Ackerbau betrieben – und ihrem Mehl wurde ein Kartoffelanteil von 25

³⁵⁶ AGAD, 312 / 4. Direktiven für die Hereinbringung und Verwertung der Ernte im Jahre 1915 im MGG Piotrków, o.D.

³⁵⁷ AGAD, 312 / 3. Bekanntmachung des k. u. k. Kreiskommandos in Nowo-Radomsk, 3.7.1915.

³⁵⁸ AGAD, 312 / 3. Etappenoberkommando an MGG Piotrków, 4.7.1915.

³⁵⁹ AGAD, 312 / 4. Etappenkommando an MGG Piotrków, 21.7.1915.

³⁶⁰ AGAD, 312 / 6. Ernteergebnisse des Kreises Opoczno, 20.8.1915.

Prozent beigemischt –,³⁶¹ aber selbst unter diesen Bedingungen war an größere Exporte aus Polen, die im Militärgeneralgouvernement unter den Namen „Achat“ und „Raff“ firmierten,³⁶² nicht zu denken.

Ganz im Gegenteil galt die Sorge im Militärgeneralgouvernement im Herbst 1915 eher der Frage, ob die Vorräte überhaupt für die Bevölkerung im besetzten Gebiet reichen würden. Gegenüber Wien erklärte Lublin, westlich der Weichsel zwar einen Getreideüberschuss von 40.000 Tonnen erwirtschaftet zu haben, andererseits östlich davon 30.000 Tonnen an Saatgut zu benötigen. Immerhin seien ausreichend Kartoffeln und Zuckerrüben vorhanden, so dass die von Rogoyski geäußerte Befürchtung, im ersten Okkupationswinter sogar umfangreiche Importe nach Polen vornehmen zu müssen, nicht eingetreten sei.³⁶³ Problematischer schien der hohe bürokratische Aufwand, den die Ernteorganisation mit sich brachte. Viele landwirtschaftliche Referenten in den Kreisen waren kaum in der Lage, die teilweise bis zu 40 Kilometer entfernten Magazine zu besuchen und zu kontrollieren, zumal die schlechte Infrastruktur und die Verwaltungsarbeit zusätzliche Belastungen darstellten. Eine tatsächliche Kontrolle ließ sich so nicht gewährleisten.³⁶⁴ Damit stand Lublin ebenso wie Warschau vor Herausforderungen, die auch in der Heimat nicht zu bewältigen gewesen wären: Die Informationen über Anbau und Ernte bei Millionen von Bauern zu erlangen und zentral zu koordinieren stellte sich schlicht als unmöglich heraus, so dass immer mehr Aufgaben an die regionalen Behörden abgetreten wurden. Diese erhielten damit beträchtliche Handlungsspielräume, aber die Methode sorgte auch für ein uneinheitliches Procedere.³⁶⁵

Außerdem konnten Festpreise und Ablieferungspflichten ohne Überwachung nicht einmal in Deutschland und Österreich-Ungarn durchgesetzt werden. In Polen galt das trotz einer komplexen Methode zur Preisfestsetzung, für die sich die Kreiskommandos sogar externer Spezia-

³⁶¹ AGAD, 312 / 5. Direktive bezüglich der Versorgung der Bevölkerung mit Brotfrucht beziehungsweise Mehl, o. D. [August 1915].

³⁶² AGAD, 312 / 1833. Telegramm MGGL an nachgeordnete Dienststellen, 16.5.1917. „Raff“ bezeichnete die Raufutterabfuhr, „Achat“ stand für Getreide und Kartoffeln.

³⁶³ AGAD, 312 / 26. MGGL an Etappenoberkommando, 21.10.1915.

³⁶⁴ AGAD, 312 / 33. Bericht des MGGL über Personalangelegenheiten für Oktober 1915.

³⁶⁵ AVNER OFFER, *The Blockade of Germany and the Strategy of Starvation, 1914–1918. An Agency Perspective*, in: *Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, 1914–1918*, hg. v. ROGER CHICKERING / STIG FORSTER, Cambridge 2006, S. 169–188, hier S. 177.

listen bedienten, noch in viel höherem Maße. Schwierigkeiten erwuchsen insbesondere aus Regelungen, die im nächsten Kreis schon wieder anders aussahen.³⁶⁶ Da gleichzeitig der interne Handel im Militärgeneralgouvernement möglichst gering sein sollte, waren weitere Koordination und Beobachtung notwendig.³⁶⁷ Den Einheimischen wiederum erwuchs ein weites Feld an Verdienstmöglichkeiten durch mehr oder weniger legalen Handel und tatsächlichen Schmuggel, der sich insbesondere ins Generalgouvernement Warschau als recht lukrativ erwies, weil dort mehr als doppelt so hohe Preise galten. Bereits im September 1915 kostete ein Kilo Mehl in Lublin etwa 0,6 Kronen, während es in Warschau 1,6 Kronen waren.³⁶⁸ Auf deutscher Seite bestand zudem ein Interesse am Import, der auf offiziellem Wege nicht aus dem österreichisch-ungarischen Gebiet zu bewerkstelligen war. Zusätzliche Preissteigerungen verursachten die vielen Soldaten aus dem Etappengebiet östlich der beiden Generalgouvernements, die zum Einkaufen in deren Territorium kamen und sich selten an die amtlichen Limits hielten – und außerdem gelegentlich illegal requirierten.³⁶⁹

1915 fiel die Ernte in Polen mittelmäßig aus. Lediglich bei Kartoffeln gab es einen nennenswerten Überschuss, aber insbesondere in Lublin machten die schlechten Transportmöglichkeiten den Träumen von größerem Export einen Strich durch die Rechnung. Wie von Rogoyski empfohlen, nahmen die Besatzer deshalb 25 Destillieren in Betrieb und verarbeiteten die Kartoffeln zu Schnaps. Weder die Zentralen noch die Peripherie waren allerdings damit zufrieden,³⁷⁰ weshalb sie für 1916 ankündigten, von den Bauern noch mehr einziehen zu wollen. Zudem beschränkten sie die Verteilung von Lebensmitteln und übergaben nicht bestellte Grundstücke an Verwalter.³⁷¹ In den Gemeinden etablierte Lublin zusätzlich Wirtschaftskommissionen, die aus fünf bis sieben örtlichen Honoratioren

³⁶⁶ Vgl. exemplarisch das Lob für das Kreiskommando Miechów für seine „kreativen“ Methoden: AGAD, 312 / 42. AOK an MGGL, 29.11.1915.

³⁶⁷ AGAD, 312 / 48. Auszug aus der Verordnung des MGGL Nr. 415, 18.10.1915.

³⁶⁸ AGAD, 312 / 25. Kreiskommando Dąbrowa an MGGL, 16.9.1915.

³⁶⁹ AP Lublin, 247 / 60. Feldpolizei Lukow an Gouvernement Lukow (im GG Warschau), 10.11.1916 (im Akt weitere ähnliche Schreiben). Soldaten und Zivilbeschäftigte durften außerdem auf Urlaubsreisen 25 kg Lebensmittel aller Art ohne Rücksicht auf bestehende Ausfuhrverbote mitnehmen. Ferner hatten sie das Recht, monatlich drei Pakete à 10 kg mit Lebensmitteln an ihre Angehörigen zu schicken: AGAD, 532 / 20. Verwaltungschef GGW an Landrat Thorn, 22.2.1918.

³⁷⁰ AGAD, 312 / 46. MGGL an nachgeordnete Einheiten, 7.2.1916.

³⁷¹ MITZKA, Die k.u.k. Militärverwaltung in Russisch-Polen, S. 20–23.

bestanden, die das „Ehrenamt“ nicht ablehnen durften. In ihre Zuständigkeit fiel die Vergabe ungenutzter Ackerflächen, außerdem sollten sie Arbeitskräfte für größere Güter bereitstellen. Dafür durften sie die Gemeindebevölkerung heranziehen und mussten lediglich Tage- und Wochenlöhner auch bezahlen; wer dieser Gestellungspflicht nicht nachkam, hatte mit Konfiskation der eigenen Ernte sowie Geldstrafen zu rechnen.³⁷²

Noch wichtiger war allerdings die Einführung eines Kontingentsystems im Militärgeneralgouvernement. Die einzelnen Kreise meldeten nach Lublin die angebaute Fläche für die jeweiligen Früchte, die dann mit der Bodenqualität verrechnet wurde. Vom angenommenen Ertrag zog man den Verbrauch der Einwohner und der Tiere ab – was auch negative Summen ergeben konnte. Bei einer Gesamtgetreideernte von 672.000 Tonnen sollten 165.000 als Überschuss anfallen, die jeweils etwa zur Hälfte an die Truppen im Lande und in die Heimat zu liefern waren.³⁷³ Jenseits der Absichtserklärung mussten die entsprechenden Mengen allerdings zunächst tatsächlich aufgebracht werden. Das erwies sich als schwierig, weil den Bauern die gebotenen Preise zu niedrig waren und sie deshalb nicht verkaufen wollten. Lublin veranlasste deshalb Anfang Juni in einzelnen Kreisen, die besonders deutlich hinter der Planung zurücklagen, Konfiskationen durch Soldaten. Den Landwirten und ihren Familien wurde dabei nur noch ein geringer Eigenverbrauch zugestanden, für die weggenommenen Nahrungsmittel gab es lediglich Bescheinigungen, aber kein Geld.³⁷⁴

Diese drastische Maßnahme sorgte für einigen Unmut in der Bevölkerung und war für die Besatzer außerdem mit einem großen personellen Aufwand verbunden. Schon Ende Juni 1916 ordnete Lublin daher höhere Preise an und beauftragte Kommissionäre, die den Ankauf unter Marktbedingungen erledigen sollten – der versprochene Überschuss musste unter allen Umständen geliefert werden.³⁷⁵ Damit schwenkte Österreich-Ungarn auf die deutsche Linie ein und bezahlte die Bauern in seinem Okkupationsgebiet so wie das Generalgouvernement Warschau, denn die

³⁷² Verordnung des Armeeoberkommandanten betreffend die Feld- und Erntearbeiten, 3.4.1916, in: Verordnungs-Blatt der k. u. k. Militär-Verwaltung in Polen, 6.4.1916, S. 129–132. Siehe auch: SCHEER, *Zwischen Front und Heimat*, S. 140.

³⁷³ AGAD, 312 / 1831. Kontingentierung-Ermittlung für Kreise des MGGL, Frühjahr 1916.

³⁷⁴ AGAD, 312 / 231. Memorandum des MGGL betreffend Requisition von Getreide in den Kreisen Busk, Sandomierz, Janów, Lubartów und Puławy, 2.6.1916. Streng geheim.

³⁷⁵ AGAD, 312 / 231. MGGL an Kreiskommandos, 24.6.1916. Streng geheim.

Preisunterschiede von über 15 Prozent innerhalb Polens beim offiziellen Ankauf hatten zum Gefühl einer Ungleichbehandlung geführt, was wiederum das Horten der Ernteerträge verstärkte.³⁷⁶ Einmal mehr erwies sich die Konkurrenz der Besatzer als vorteilhaft für die Besetzten, obwohl die Deutschen ansonsten ganz ähnlich vorgingen und ebenfalls Kontingentierung und Ablieferungspflicht kannten.³⁷⁷ Mit Lublins Preiserhöhung ging allerdings kein Verzicht auf Requisitionen einher, diese wurden lediglich seltener; und nach wie vor gab es deshalb Beschwerden der Einheimischen.³⁷⁸

Warschau hatte im Juli, Lublin im Oktober 1916 für den Ankauf neue Behörden geschaffen, die als Landesgetreidegesellschaft beziehungsweise Ernteverwertungszentrale firmierten – erstere eine zivile, letztere eine militärische Institution. Sie sollten als Koordinierungsstellen den gesamten Prozess von der Bestellung der Felder bis zur Verteilung der Ernte innerhalb der Besatzungsgebiete sowie in die Heimat gewährleisten.³⁷⁹ Doch selbst damit ließen sich die übersteigerten Erwartungen an die „Kornkammer Polen“ nicht erfüllen. Mit den Zentralen in Wien und Berlin kam es daher immer wieder zu Auseinandersetzungen über die „Nutzbarmachung“ des Landes. Das k.u.k. Kriegsministerium kritisierte beispielsweise im Oktober 1916 die schlechte Qualität der gelieferten Lebensmittel, die teilweise während des Transports verdorben waren. Die Ernteverwertungszentrale wiederum argumentierte, dass sie nicht für offene Waggons und das schlechte Eisenbahnnetz verantwortlich gemacht werden könne.³⁸⁰

Unabhängig von den in den Augen der Okkupanten nach wie vor nicht zufriedenstellenden Resultaten bei der Aufbringung von Lebensmitteln machte die Proklamation des Königreichs am 5. November auch hier eine neue Politik notwendig. Als Verbündete mussten die Polen nun freundlicher behandelt werden und sollten zudem einen Teil der Verantwortung übernehmen. Ein solches Vorgehen erschien nicht nur oppor-

³⁷⁶ Ebd. Verwaltungschef GGW an MGGL, 9.6.1916.

³⁷⁷ Verordnung über die Sicherstellung der Ernte 1916, 21.6.1916, in: Handbuch für das Generalgouvernement Warschau, hg. v. GINSCHERL / PALANDT, S. 112–118.

³⁷⁸ Z. B. von Seiten der Legionen: Raport polityczny Komendy Okręgu VI (Kielce), 1.11.1916, in: Raporty Polskiej Organizacji Wojskowej, hg. v. PAJAK / WZOREK, S. 25.

³⁷⁹ AGAD, 532 / 6. 4. (6.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April 1916 bis zum 30. Juni 1916. HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. 366–372.

³⁸⁰ AGAD, 312 / 1831. Kriegsministerium an EVZ, 14.10.1916; EVZ an Wirtschaftssektion des MGGL, 20.10.1916.

tun, sondern vor allem Erfolg versprechend, denn die verschiedenen Erfahrungsberichte über die letzte Ernte hatten immer wieder darauf hingewiesen, dass Prämien und ökonomische Anreize wesentlich effektiver als Zwang waren – und letzterer ansonsten wesentlich ausgeweitet werden müsse, weil mit gutem Willen nicht zu rechnen sei.³⁸¹

Zunächst aber musste der nächste Winter überstanden werden, in dem sich die Bauern in der Hoffnung auf noch höhere Preise nach wie vor sehr zurückhaltend beim Verkauf von Getreide zeigten. Wie das Militärgeneralgouvernement³⁸² setzte Warschau daher als Strafe die Bezahlung herunter, die die Landwirte bei einer Beschlagnahme erhielten,³⁸³ und erlegte einzelnen Gemeinden und Gutsbesitzern teils hohe Geldbußen auf, weil sie trotz entsprechender Anordnungen keine Kartoffeln für die hungernde Hauptstadt geliefert hatten.³⁸⁴ Der Versuch der Besatzer, die Solidarität der Landbevölkerung zu instrumentalisieren, war allerdings nicht von Erfolg gekrönt. Warschau unterstellte den Bauern daraufhin, so bedürfnislos zu sein, dass sie nicht einmal mit Marktanreizen zu gewinnen seien: „Der Bauer würde glücklich sein, wenn er sich nicht durch die vielen notwendigen Kriegsanforderungen in seiner natürlichen Faulheit und Behaglichkeit gestört fühlte.“³⁸⁵

Tatsächlich handelte es sich eher darum, dass die Preise nicht hoch genug und wenig Konsumgüter vorhanden waren – und die Landbevölkerung nach wie vor den Rubel bevorzugte.³⁸⁶ Doch das stellte ein Problem in beiden Besatzungsgebieten dar und verschärfte im Winter von 1916 auf 1917 indirekt die Hungerkrise. 2.000 Soldaten mit aufgefplantem Bajonett durchsuchten deshalb Mitte Februar 1917 die Stadt Lublin. Sie drangen in jedes Haus ein und beschlagnahmten Lebensmittel, ohne jedoch substantielle Mengen zu finden.³⁸⁷ Darüber hinaus ordnete das Militärg-

³⁸¹ Exemplarisch: AGAD, 532 / 9, Bl. 49 f. und 56 f. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. März 1917.

³⁸² AGAD, 312 / 1833. Anordnung des MGGL betreffend die Kartoffelernte, 24.3. 1917.

³⁸³ Bekanntmachung des Kreises Lukow, 13.2.1917, in: Kreis-Blatt des Kreises Lukow Nr. 6 (1917), S. 4 f.

³⁸⁴ Bekanntmachung des Kreises Lukow, 7.3.1917, in: Kreis-Blatt des Kreises Lukow Nr. 14 (1917), S. 6.

³⁸⁵ AGAD, 532 / 10, Bl. 66–72. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April 1917 bis 30. September 1917.

³⁸⁶ AGAD, 312 / 1833. Antwort der EVZ auf ein Schreiben des MGGL, o. D. [Juli 1917].

³⁸⁷ ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 56 h,i / 1032. Hoenning an Andrian, 19.2.1917.

neralgouvernement die „unauffällige Überwachung der Getreide- und Mehlhändler“ an, womit allerdings nur polnische Polizisten beauftragt werden sollten, weil die meisten Händler und Polizisten jüdischer Herkunft und ihnen daher nicht zu trauen sei.³⁸⁸

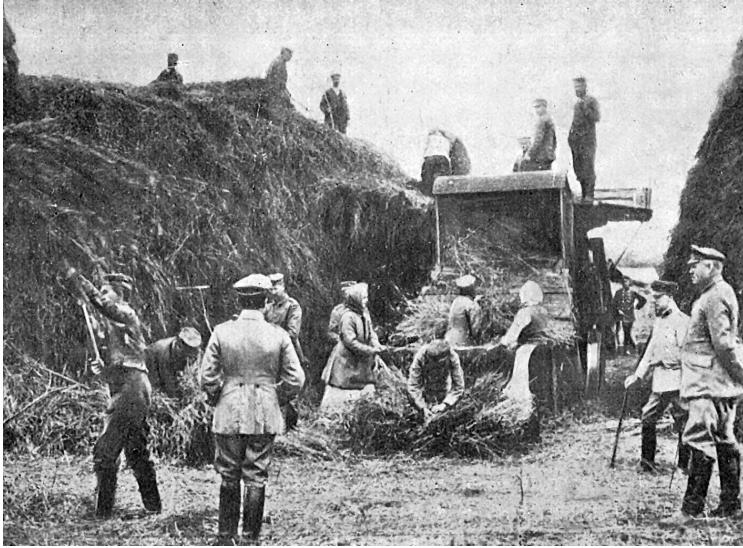


Abb. 11: Deutsche Soldaten als „Erntehelfer“

Österreich-Ungarn griff angesichts des Nahrungsmangels aber zu noch zu drastischeren Maßnahmen und ging von der Individual- zur Kollektivhaftung der Landwirte über. Explizit ließ die Doppelmonarchie damit die Rücksicht auf Artikel 50 der Haager Landkriegsordnung fallen, der dergleichen verbot. Wien argumentierte einmal mehr, dass Polen nach November 1916 kein besetztes Feindesgebiet, sondern ein unabhängiger Staat sei, für den die Charta nicht mehr zutrefte. Trotz der Warnungen Lublins, wo Militärgeneralgouverneur Szeptycki ein politisches Debakel befürchtete, beharrte Wien auf diesem Vorgehen und ignorierte den Rat der Peripherie.³⁸⁹ Die entsprechenden Aufschreie der Bevölkerung ließen

³⁸⁸ AP Lublin, 242 / 363, Bl. 131. Maßnahmen zur Hintanhaltung des verbotenen Handels mit Brotfrucht u. Mehl im Kreise Lublin, o. D. [Februar/März 1917].

³⁸⁹ AGAD, 312 / 377. Aktenvermerk des MGGL, 17.2.1917; siehe auch Ebd., Äußerung des Zivillandeskommissariats, 19.2.1917. Wenn es nicht um Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln oder Getreide ging, war das Vorgehen weniger hart und es durften z. B. einhei-

nicht lange auf sich warten,³⁹⁰ woraufhin sich Lublin mit großer Offenheit dahingehend rechtfertigte, dass man selbst nicht zufrieden sei, aber nichts machen könne, weil die Armee absoluten Vorrang habe.³⁹¹

Erst im Frühjahr traten die Mittelmächte in Verhandlungen mit den einheimischen Eliten, an deren Ende im Mai 1917 der gesamtpolnische Landwirtschaftsrat erschaffen wurde, der unter Aufsicht deutscher und österreichisch-ungarischer Militärs die Aufbringung der Ernte organisieren sollte.³⁹² Zugleich übernahmen Organe des Staatsrats die Verteilung der Lebensmittel vor Ort. Wolfgang von Kries empfand zwar die eigene Aufsicht als „vom rein administrativen Standpunkte aus das Bequemste“, wollte aber nicht „dem geschlossenen Widerstand des ganzen Landes“ begegnen, zumal dann sogar „der anständige Teil des polnischen Großgrundbesitzes sich moralisch zum Schmuggel berechtigt gehalten haben würde“.³⁹³

Das Generalgouvernement zeigte sich daher zu Zugeständnissen bereit und vereinbarte sogar eine geringere Ausfuhr nach Deutschland, die nun 50.000 Tonnen Kartoffeln, 90.000 Tonnen Obst und Gemüse sowie 80 Millionen Eier, 1.750 Tonnen Butter, über 3.000 Tonnen Käse, 350.000 Schafe und eine Million Kilo Mastgeflügel betragen sollte.³⁹⁴ Was viel klingt, blieb trotzdem erneut hinter den Erwartungen zurück: Für die letzte Ernte etwa hatten die deutschen Besatzer auf einen Export von 100.000 Tonnen Kartoffeln gehofft, aber lediglich 2.000 Tonnen erhalten – und auch dieses Ergebnis war nur mit Druck, viel Geld und einer hungernden Bevölkerung zustande gekommen.³⁹⁵

Im k.u.k. Besatzungsgebiet ließen sich die Hoffnungen nicht erfüllen, aber die Gesamtexporte betrugen immerhin 72.000 Tonnen Kartoffeln und 87.000 Tonnen Getreide.³⁹⁶ Das war vor allem deshalb möglich, weil keine größeren Städte versorgt werden mussten und das ganze Territo-

mische Aufkäufer im Auftrag der Besatzer tätig werden: AGAD, 312 / 1833. Verordnung des MGGL über die Hirse- und Buchweizenaufbringung, 28.2.1917.

³⁹⁰ Exemplarisch: AGAD, 312 / 1833. Eingabe der Landwirtschaftlichen Gesellschaft im Kreis Piotrków, 13.3.1917.

³⁹¹ Ebd., MGGL an Kreiskommando Piotrków, 11.4.1917.

³⁹² Ebd.

³⁹³ AGAD, 532 / 10, Bl. 57–61. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April 1917 bis 30. September 1917.

³⁹⁴ Ebd.

³⁹⁵ Ebd., Bl. 66–72.

³⁹⁶ AGAD, 312 / 1833. Stellungnahme der EVZ zur Ernte 1916/17, 10.7.1917.

rium ländlich geprägt war.³⁹⁷ Dennoch hatte auch Lublin hohe Preise zu zahlen³⁹⁸ und der Bevölkerung einige Zumutungen aufzuerlegen, etwa die bis zu fünfmalige Durchsuchung einzelner Kreise nach Getreide.³⁹⁹

Die für die Mittelmächte unbefriedigenden Resultate, die Erwartungshaltung der Einheimischen und vor allem das prinzipiell erwünschte einheitliche Vorgehen mit dem Bündnispartner führten deshalb am 15. Juli 1917 zur Übergabe der Ernteorganisation an die Polnische Getreidesowie die Polnische Landwirtschaftszentrale. Über ihnen stand der Landwirtschaftsrat mit 23 Mitgliedern, die die Aufsicht führten. Dazu traten auf Kreisebene weitere Gremien, die von den dortigen Kommandos ernannt wurden und die lokalen Ablieferungsquoten berechneten – also die Menge, die die einzelnen Bauern abzugeben hatten.⁴⁰⁰ In Lublin war beispielsweise die Ernteverwertungszentrale nur mehr für den Abtransport in die Heimat zuständig und betrieb bloß noch 22 statt der bisherigen 135 Magazine. Das machte 160 von 260 Soldaten für anderweitige Verwendung frei.⁴⁰¹

Doch die Probleme blieben groß, denn die Bauern wollten nicht kooperieren und entzogen sich den Strafmaßnahmen, indem sie vor der Gendarmerie einfach in die Wälder flohen. Die Anbauflächenaufnahme, die schon vor Sommer 1917 auf ähnliche Weise geschah, scheiterte ebenfalls: Die Landwirte hatten schlicht kein Interesse daran, realistische Schätzungen über den zu erwartenden Ernteertrag zu machen, weil sie befürchteten, dann mehr abtreten zu müssen. Wirklich durchsetzen ließen sich all die Ansprüche der Besatzer daher nur mit Gewalt, aber das war einerseits politisch nicht erwünscht, andererseits bei viel zu wenig Personal sowieso nur partiell möglich. Die Handlungsempfehlung angesichts dieser Diagnose lautete auf Kreisebene tendenziell, es mit mehr Soldaten und Zwangsmaßnahmen zu versuchen.⁴⁰² Andererseits kritisierte die Wirtschaftsabteilung des Militärgeneralgouvernements derartige Ansinnen und

³⁹⁷ 1.536 Tonnen Kartoffeln waren monatlich notwendig für 153.600 Personen (davon in Lublin: 23.800, Piotrków 17.000, Radom 12.800, Kielce 10.800): AGAD, 312 / 378. Monatlicher Bedarf an Kartoffeln, 22.4.1917. Siehe auch: AGAD, 312 / 1837. Protokoll über Verpflegungshilfen für die Zivilbevölkerung, 16.6.1917.

³⁹⁸ AGAD, 312 / 1837. Bericht der Kartoffelproduktengruppe der EVZ für April 1917.

³⁹⁹ AGAD, 312 / 1833. Bericht des Kreiskommandos Radom, Mai 1917.

⁴⁰⁰ AGAD, 312 / 1833. Erlass des MGGL, 7.7.1917. Siehe auch: LEWANDOWSKI, Królestwo Polskie pod okupacją austriacką, 1914–1918, S. 103.

⁴⁰¹ AP Lublin, 660 / 21, Bl. 172–176. Verzeichnis der Magazine der EVZ, o. D. [Ende 1917]

⁴⁰² AGAD, 312 / 1601. Kreiskommando Włoszczowa an MGGL, 27.6.1917.

plädierte für höhere Preise und marktwirtschaftliche Anreize,⁴⁰³ was wegen knapper Kassen aber ebenso wenig machbar erschien.

Lublin wies die Kreiskommandos daher an, nicht dem Irrtum aufzusitzen, dank der polnischen Selbstverwaltung nicht mehr für die Ernteaufbringung zuständig zu sein. Ganz im Gegenteil trügen sie die „volle Verantwortung dafür, falls die Ergebnisse der Ernteaufbringung den berechtigten Erwartungen nicht entsprechen sollen“.⁴⁰⁴ Sie müssten die einheimischen Organe unterstützen und kontrollieren sowie selbst eingreifen, wenn Probleme aufträten:

„Klagen, dass die Aufbringungstätigkeit der PGZ [Polnischen Getreidezentrale] versagt, werden in der Zukunft keine Berücksichtigung finden, weil hierdurch das Kreiskommando nur den Beweis liefert, dass es seinen eigenen Aufgaben in geeigneter Weise nicht nachzukommen versteht.“⁴⁰⁵

Obwohl die eigenen Männer also nach wie vor in der Pflicht standen, konnte gegenüber der Bevölkerung propagiert werden, dass nun nicht mehr Fremde requirierten; zudem trete eine Art Erziehungseffekt ein, weil die polnischen Organisatoren dank der eigenen Schwierigkeiten mehr Verständnis für die Maßnahmen der Besatzer entwickeln könnten.⁴⁰⁶ In der Tat war der Landwirtschaftsrat sehr schnell sehr unbeliebt bei den Bauern, die sich nun von den eigenen Leuten übervorteilt und genötigt fühlten.⁴⁰⁷ Andererseits wollte die Selbstverwaltung keineswegs zu Zwang greifen und litt außerdem unter Geldmangel, so dass die Ernteaufbringung erneut hinter den Erwartungen der Okkupanten – und den Zusagen der Okkupierten – zurückblieb. Schon im November 1917 beschwerte sich der Wiener Generalstab, weil die Ausfuhr noch nicht begonnen hatte und noch nicht einmal der Bedarf vor Ort gedeckt sei. Das Militärgeneralgouvernement müsse deshalb dringend eingreifen: „Weiteres gewähren lassen der ihrer Aufgabe offenbar nicht gewachsenen [polnischen] Zentralen lässt vollständige Desorganisation der Bewirtschaftung und schwere Versorgungskrise für das Land selbst befürchten.“⁴⁰⁸

⁴⁰³ AGAD, 312 / 245. Wirtschaftsinspektorat I an MGGL, 17.6.1917.

⁴⁰⁴ ÖStA, KA, NFA, MGG Polen / 1594. MGGL an Kreiskommandos, 14.8.1917.

⁴⁰⁵ Ebd.

⁴⁰⁶ ÖStA, HHStA, PA I / 56a/1,2 / 1011. Bericht Nr. 98 des Gesandten des Außenministeriums beim MGGL, 10.9.1917.

⁴⁰⁷ Ebd.

⁴⁰⁸ ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 56 h,i / 1032. Chef des Generalstabs an MGGL, 6.11.1917.

Lublin reagierte auf diese Anschuldigung erstaunlich gelassen. Zwar seien die Polen überfordert, aber die Leistungszahlen lägen nur 14 Prozent unter denen des Vorjahrs und seien in Ordnung, da es bei Hafer eine Missernte gegeben hatte.

„Die polnischen Bewirtschaftungsstellen haben mit allen jenen Schwierigkeiten zu kämpfen, welche auch im Vorjahre zu überwinden waren, nur haben sich einzelne derselben noch wesentlich gesteigert. [...] Die passive Resistenz der Produzenten ist, ähnlich wie in der Monarchie, im steten Steigen begriffen.“

Außerdem sah man sich personell so unterbesetzt, dass eine effiziente Kontrolle schlicht nicht möglich sei. Im Antwortschreiben nach Wien hieß es deshalb ganz deutlich:

„In der Organisation und der Leitung der Zentralen lassen sich – außer geringen Anständen, die in den Anfangsstadien einer neu gebildeten Organisation unvermeidlich waren und die bereits beseitigt sind – keine Ursachen für die vielleicht hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Ergebnisse der Aufbringungsaktion finden. [...] Vielmehr müsste bei Ausschaltung der Mitwirkung der Bevölkerung etwa durch Umkehr zum alten System ein Misserfolg erwartet werden.“⁴⁰⁹

Die Erfahrungen und Argumentationsweisen des Generalgouvernements Warschau gegenüber Berlin waren ganz ähnlich. Man betonte die Kriegseinwirkungen, die an die Substanz gehenden Ablieferungsquoten und insbesondere die Requisition von Pferden – all das wirke sich negativ auf die Ernteerträge aus. Der polnischen Selbstverwaltung komme deshalb keinesfalls die alleinige Schuld für die nicht erfüllten Erwartungen zu.⁴¹⁰ Beide Besatzer gingen allerdings erneut zu Zwangsmaßnahmen über, die freilich begrenzt blieben. Im Lubliner Gebiet erhielten die Patrouillen mit k.u.k. Soldaten sogar von den einheimischen Organen eine Bezahlung für eingebrachtes Getreide,⁴¹¹ während gleichzeitig die Lebensmittelquoten

⁴⁰⁹ ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 56 h,i / 1032 und AGAD, 312 / 380. MGGL an AOK, 14.11.1917.

⁴¹⁰ AGAD, 532 / 11, Bl. 63–67. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1917 bis zum 31. März 1918. Nach Deutschland wurden 1917 78.000 Tonnen Kartoffeln, 1.500 Tonnen Speck und Räucherwaren, 5.000 Tonnen Butter und Käse sowie 65 Millionen Eier ausgeführt: AGAD, 532 / 20. Verwaltungschef GGW an Staatssekretariat des Innern, 5.2.1918.

⁴¹¹ AGAD, 312 / 1845. Instruktionen des MGGL für die Aufbringung landwirtschaftlicher Produkte im Jahre 1918, 13.1.1918.

für die Bevölkerung reduziert wurden, um über den Winter 1917/1918 zu kommen.⁴¹²

Deutschland und Österreich-Ungarn zogen die Kooperation mit dem polnischen Staatsrat in jedem Fall der alleinigen Ernteaufbringung vor, weil es Personal sparte, ähnlich effektiv war und die eigene Außendarstellung förderte. Trotz gewisser Unzufriedenheit beendeten nicht sie die Zusammenarbeit, sondern die Einheimischen: Die Verhandlungen der Mittelmächte mit der Ukraine, die diese als selbständigen Staat anerkannten und sogar Gebietsabtretungen aus dem Lublin Okkupationsgebiet vorsahen, waren für Polen inakzeptabel. Im Februar 1918 löste sich der polnische Landwirtschaftsrat auf, seine untergeordneten Institutionen stellten die Arbeit ein⁴¹³ – und sogar Militärgeneralgouverneur Szeptycki demissionierte. Doch die Ablösung der einheimischen Organisationen durch die Besatzer sahen die Besetzten auch nicht gerne und wehrten sich gegen die Übernahme von Magazinen teilweise mit Waffengewalt, weil sie darin eine Enteignung erblickten.⁴¹⁴

Die auf österreichisch-ungarischer Seite nun wieder zuständige Ernteverwertungszentrale empfahl im März 1918 eine Änderung des bisherigen, zu nachsichtigen Verfahrens. Sie sah sich gegenüber den Institutionen der Doppelmonarchie im Militärgeneralgouvernement Belgrad – und der ungarischen Regierung – benachteiligt, insbesondere weil auf dem Balkan mehr Soldaten verfügbar waren und weniger Rücksicht auf die Bevölkerung dieses Feindstaats genommen werden musste.⁴¹⁵ Doch im Land war schlicht nichts mehr zu holen, und selbst kontinuierliche Durchsuchungen erbrachten kaum Erfolg.⁴¹⁶ Einmal mehr schwang daher in beiden Generalgouvernements das Pendel in Richtung Zwang, ohne allerdings auf ökonomische Anreize zu verzichten. In Warschau schrieb die Zivilverwaltung:

„Die wenig günstigen Erfahrungen, die im Vorjahre mit der Mitarbeit der Polen gemacht worden sind, ließen es angebracht erscheinen, bei der Bewirtschaftung der neuen Ernte auf eine Beteiligung der polnischen Regierungs-

⁴¹² MITZKA, Die k.u.k. Militärverwaltung in Russisch-Polen, S. 47 f.

⁴¹³ LEWANDOWSKI, Królestwo Polskie pod okupacją austriacką, 1914–1918, S. 119.

⁴¹⁴ AGAD, 312 / 1834. Bericht der Ernteverwertungszentrale an MGGL, 11.4.1918.

⁴¹⁵ AGAD, 312 / 1837. Antrag der EVZ an das AOK, o. D. [ca. März 1918]. Siehe für das k.u.k. Militärverwaltungssystem in Serbien: GUMZ, The Resurrection and Collapse of Empire in Habsburg Serbia, 1914–1918, S. 234 f.

⁴¹⁶ AGAD, 312 / 1837. Monatsbericht über die Kartoffelaufbringung im MGGL, April 1918, 30.4.1918.

organe so gut wie ganz zu verzichten und lediglich zwei Grundsätze aufzustellen: auskömmliche Preise und scharfe Zwangsmaßnahmen.“⁴¹⁷

Für die Bauern war so mehr Geld zu verdienen, zumal die Ungleichheiten zwischen den zwei Besatzungsgebieten nun mit umgekehrten Vorzeichen wieder voll zum Tragen kamen. Für eine Tonne Roggen zahlten die Deutschen im Mittel 340 Mark, Österreich-Ungarn fast das Doppelte.⁴¹⁸ Die Doppelmonarchie erreichte damit ungefähr die Schwarzmarktpreise in den Städten Warschau und Lodz, einfach weil der Schmuggel dorthin sonst überhand genommen hätte. Gerade für die Großgrundbesitzer erwies sich diese Politik als gutes Geschäft, weil Lublin den von ihrer Vereinigung gewünschten Preis zahlte und ihnen eine Gewinnspanne von rund 20 Prozent zugestand.⁴¹⁹ Zusätzlich gab es Prämien in Form von Zucker und Schnaps, die beide in ausreichender Menge vorhanden waren, da sie nicht exportiert wurden.⁴²⁰

Den Ankauf der Ernte übernahmen meist jüdische Händler, die den Besitzern eine Kautions stellen mussten und 20 bis 25 Kronen pro abgeliefertem Zentner verdienten.⁴²¹ Die Kreiskommandanten überwachten die Vorgänge und griffen insbesondere dann zu Zwang, wenn sich Landwirte weigerten, an die Kommissionäre zu verkaufen – oder diese ihren Aufgaben nicht nachkamen. Zuständig für beides war ein den jeweiligen Zivilkommissariaten zugeordneter Strafreferent.⁴²² Er verhängte Geldbußen bis zu 5.000 Kronen sowie Arrest bis zu maximal sechs Monaten. Neben diesen Sanktionen förderte das Militärgeneralgouvernement Denunziationen, für die es als Belohnung bis zu 20 Prozent des Werts der jeweiligen Ware gab.⁴²³ Eine effektive Kontrolle kam dennoch nicht zustande, denn das System war betrugsanfällig. Die Bauern konnten ihre Ernte nicht nur dem Aufkäufer anbieten, sondern auch direkt an die Magazine der EVZ liefern. Sie behaupteten also häufig, letzteres zu tun,

⁴¹⁷ AGAD, 532 / 12, Bl. 55–60 und 64–68. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1918.

⁴¹⁸ Ebd.

⁴¹⁹ AGAD, 312 / 1846. Kalkulation der Getreidepreise für das MGGL 1918/19, 9.6.1918.

⁴²⁰ AGAD, 312 / 1834. Instruktion über die Durchführung der Getreideaufbringung durch Prämierung, Drucksache, 8.5.1918.

⁴²¹ Exemplarisch: AGAD, 312 / 1835. Zoberman und Zajdman an EVZ, 13.6.1918.

⁴²² AGAD, 312 / 1835. Anleitung für die Bewirtschaftung der Ernte im Bereiche des k.u.k. Militärgouvernements Lublin, im Jahre 1918/19, Wien 1918 (Druckschrift), S. 15 f.

⁴²³ Ebd., S. 22.

wohingegen sie in Wirklichkeit Schwarzhandel trieben. Außerdem war die Gewinnspanne für die Kommissionäre gering, so dass diese nicht selten ebenfalls betrogen.⁴²⁴

Im Sommer 1918, angesichts der katastrophalen militärischen Lage im Westen und der immer desaströseren Versorgung der Heimat, verschärften die Besatzer ihr Regime merklich, zumal die im Frühjahr ergriffenen Maßnahmen nichts fruchteten. Ab 1. Juli ließ beispielsweise Warschau die Kartoffelernte komplett beschlagnahmen und erklärte alle bereits abgeschlossenen Verkäufe für ungültig.⁴²⁵ Kontingente galten nicht mehr individuell, sondern ausschließlich für die ganze Gemeinde, die dann solidarisch haftete. Die Strafen für einen nicht gelieferten Doppelzentner betrugen 80 Mark,⁴²⁶ und noch im Oktober 1918 erhielten die Kreischefs das Recht, bei besonders widerspenstigen Dörfern „auch schärfere Maßregeln“ anzuwenden. Das wurde allerdings weder genauer aus- noch tatsächlich durchgeführt, weil der Krieg keine zwei Wochen mehr dauerte.⁴²⁷ Das Militärgeneralgouvernement ging ganz ähnlich vor. Ein Bericht charakterisierte etwa die Requisition von Vieh als „rücksichts- und systemlos“. Außerdem lägen viel zu viele Felder brach, weil die Bauern nur noch für die Großgrundbesitzer arbeiteten, was Lublin ertragreicher fand. Insgesamt sei die „Form aller Requisitionen rücksichtslos, erweckt [den] Glauben, dass [das] Volk [der] Willkür des Siegers restlos unterworfen“ sei.⁴²⁸ Doch der Druck der Zentralen, substantielle Beiträge gegen den Hunger in Deutschland und Österreich zu leisten, ließ nicht nach. Alle Beteiligten waren sich bewusst, dass dies einen großen Schaden für ihre Politik bedeutete:

„Die deutsche Verwaltung hat pflichtgemäß auf diese Folgen aufmerksam gemacht, und als ihr erwidert wurde, dass die unabweisbaren Kriegsinteressen gegenüber den politisch ungünstigen Wirkungen ausschlaggebend seien, die Lieferungen pünktlich erfüllt.“⁴²⁹

⁴²⁴ AP Lublin, 660 / 4, Bl. 2 f. Diverse Hülsenfrüchte-Einkäufer an EVZ, 16.10.1918.

⁴²⁵ AGAD, 532 / 15. Anordnung des Verwaltungschefs beim GGW, 21.6.1918.

⁴²⁶ AGAD, 532 / 15. Aktenvermerk Verkehrsabteilung des Wirtschaftsausschusses GGW, 21.8.1918.

⁴²⁷ Ebd., 23.10.1918.

⁴²⁸ ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 56 i-m / 1033. Auszug aus einem Berichte des Grafen Tarnowski über Zustände im polnischen Okkupationsgebiet, 30.7.1918.

⁴²⁹ AGAD, 532 / 12, Bl. 68. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1918. Ein ganz ähnlicher Tenor für Lublin in: AGAD, 312 / 1840. Protokoll der Landwirtschaftssitzung in Lublin am 16./17.9.1918.

Ganz ähnlich der Tenor in Lublin:

„Es sei nicht angängig, dass in Polen ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung sich keinerlei Einschränkungen auferlege und nahezu wie im Frieden lebe, während unsere brave Armee sowie das Hinterland Hunger leiden muss.“⁴³⁰

Wirkliche Resultate konnten die Besatzer mit diesem erneuten Schwenk ihrer Politik nicht mehr erzielen, dafür kam das Kriegsende zu bald. Wie schon vorher zeigten sich die Zentralen mit den erzielten Ergebnissen höchst unzufrieden und forderten größere Lieferungen, wohingegen die Peripherien erneut zur Mäßigung mahnten. Vor und nach 1918 versuchten letztere, ihre Leistung als höchst erfolgreich und substantiell darzustellen. Darin sowie in ihrer Politik selbst unterschieden sich die beiden Mittelmächte höchstens graduell. Gemäß der Leistungsschau, die sie nach dem Krieg vorlegten, konnte das Militärgeneralgouvernement ohne die Ernte 1918, die nur teilweise in seine Hände gelangte, 631.000 Tonnen landwirtschaftlicher Erzeugnisse an die eigene Armee sowie die Heimat abgeben (vgl. Tabelle 15, S. 345).⁴³¹

Für Warschau ist der Ertrag einerseits detaillierter aufgeschlüsselt, andererseits nannte der vormalige Verwaltungschef Wolfgang von Kries nur die exportierten Mengen, während er den Verbrauch der Soldaten vor Ort nicht auswies; demnach waren es etwa 530.000 Tonnen, die nach Deutschland gelangten, was auch die Ernte 1918 umfasst (vgl. Tabelle 16, S. 345).⁴³²

Verglichen mit der Ernte in den beiden Kaiserreichen selbst nehmen sich die Lieferungen aus Polen bescheiden aus: 37 Millionen Tonnen Getreide und Kartoffeln erzeugte Deutschland noch im letzten Kriegsjahr,⁴³³ während das Generalgouvernement Warschau in über drei Jahren nicht einmal 1,5 Prozent dieser Menge exportierte – weniger als drei Kilo für jeden Deutschen pro Jahr. Für Lublin liegen die Statistiken in anderer Form vor, was die Vergleichbarkeit erschwert.

⁴³⁰ AGAD, 312 / 1858, Bl. 910. Protokoll über die Besprechung zur Festsetzung der Ablieferungskontingente, 16./17.9.1918.

⁴³¹ HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. 370. Siehe auch: HANS LOEWENFELD-RUSS, Die Regelung der Volksernährung im Kriege, Wien 1926, S. 384 f.

⁴³² VON KRIES, Die wirtschaftliche Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau, S. 239 ff. Dem standen Importe ins Generalgouvernement von 20.000 Tonnen Salz, 3.000 Tonnen Zucker und 5.000 Tonnen Mehl gegenüber.

⁴³³ MOMMSEN, Bürgerstolz und Weltmachtstreben, S. 683.

Tabelle 15: Aufbringung und Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus dem Militärgeneralgouvernement Lublin, 1915–1918 (in Tonnen)⁴³⁴

	Aufbringung			Davon für Hinterland und Armeen		
	1915/16	1916/17	1917/18	1915/16	1916/17	1917/18
Kartoffeln	120.000	91.000	185.000	102.000	76.000	121.000
Getreide	80.300	168.000	127.000	30.000	95.000	16.000
Rauhfutter	10.200	80.000	54.000	10.000	47.000	12.000
Kraftfutter	6.000	11.500	4.000	5.800	10.000	3.000
Futtermittel			19.000			17.000
Gemüse		40.000	52.000		40.000	40.000
Ölfrüchte, Öl	800	1.600	4.800	600	1.500	4.000
Gesamt	217.300	392.100	445.800	148.400	269.500	213.000
Anteil der Aufbringung für die Einheimischen				33 %	31,3 %	52 %

Tabelle 16: Lebensmittelausfuhr aus dem Generalgouvernement Warschau nach Deutschland (ohne Verbrauch der Armee in Polen) 1915–1918⁴³⁵

220.000 t Kartoffeln, 300 t Kartoffelflocken
20.000 t Kleie
10.000 t Gerste
26.000 t Hafer
40.000 t Zuckerrüben und 2.500 t Zucker
120 Mio Eier
900.000 Gänse
400.000 Stück Kleingeflügel und 1.000 t Schlachtgeflügel
2.850 t Butter
4.150 t Weißkäse
3.650 t Zichorien
200.000 t Gemüse und Obst
2.500 t Speck- und Räucherwaren

⁴³⁴ HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. 370. Siehe auch: LOEWENFELD-RUSS, Die Regelung der Volksernährung im Kriege, S. 384 f.

⁴³⁵ VON KRIES, Die wirtschaftliche Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau, S. 239 ff.

Das Militärgeneralgouvernement gab in drei Jahren etwa 440.000 Tonnen Getreide und Kartoffeln an Armee und Heimat ab. Auf die Gesamtbevölkerung der Habsburgermonarchie umgerechnet wären das ebenfalls unter drei Kilo pro Einwohner und Jahr, allerdings lässt sich nicht aufschlüsseln, wie viel davon an das Heer und wie viel an Zivilisten gelangte; letztere dürften also sogar weniger erhalten haben, als in Deutschland. Die unklare Datenlage verdeutlicht in jedem Fall einmal mehr, warum deren Interpretation alleine nur wenig aussagekräftig ist.

Hunger!

Für die Polen war das Vorgehen der Mittelmächte schlicht Ausplünderung. Die minimalen Erleichterungen für die Heimat, die Deutschland und Österreich-Ungarn erreichten, bedeuteten in den beiden Generalgouvernements oftmals Hunger – und angesichts der Festpreise und Ablieferungspflichten zudem eine teilweise Enteignung. Außerdem gingen im ganzen Land während des Kriegs Anbaufläche sowie Ernteerträge zurück und der Viehbestand nahm ab.⁴³⁶ Dies war zwar vor allem den Kriegszerstörungen geschuldet, verschärfte aber noch die Folgen der Besatzungspolitik. Alleine im ländlichen Militärgeneralgouvernement stieg deshalb die Zahl der Volksküchen von 143 im Mai 1917 auf 210 im Juli 1917, die 1.496.800 Portionen ausgaben – davon 820.000 umsonst.⁴³⁷ Die Situation in den Städten war oft desaströs und wurde von den Polen vielfach kritisiert, aber zugleich eher auf den Krieg an sich als auf die Besatzung zurückgeführt. Das lag auch daran, dass sich die Lage mit dem österreichischen Galizien vergleichen ließ und – durchaus zutreffend – als ähnlich gesehen wurde.⁴³⁸ Und so kam es in den Städten, die naturgemäß stärker als ländliche Gegenden betroffen waren, nicht zu Aufständen, sondern lediglich zu passivem Widerstand.⁴³⁹

Das ist umso erstaunlicher, als beispielsweise Lodz in den ersten Monaten der deutschen Besatzung Ende 1914 komplett von der Nahrungs-

⁴³⁶ HOLZER / MOLEND, *Polska w pierwszej wojnie światowej*, S. 166 f., 170; VON KRIES, *Die wirtschaftliche Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau*, S. 239 ff.

⁴³⁷ MITZKA, *Die k.u.k. Militärverwaltung in Russisch-Polen*, S. 45–48.

⁴³⁸ SIERARKOWSKA, *Śmierć – Wygnanie – Głód w dokumentach osobistych*, S. 189–229. Eine emotionale Schilderung des Hungers in Warschau bei: KRAUSHAR, *Warszawa podczas okupacji niemieckiej 1915–1918*, S. 11–13.

⁴³⁹ HOLZER / MOLEND, *Polska w pierwszej wojnie światowej*, S. 142 f.

mittelversorgung abgeschnitten war und sich die Bevölkerung aus dem Umland selbst verpflegen musste. Erst im Dezember 1914 gelangten 350 Tonnen Mehl in die Stadt, für die der Magistrat 100.000 Rubel bezahlte. Ein Rationierungssystem mittels Lebensmittelkarten gab es seit Juni 1915,⁴⁴⁰ und entsprechend waren die Preise bis dahin auf das 13-fache des Vorkriegsstands gestiegen, während zugleich die Flucht aus der Metropole dramatische Ausmaße annahm: von 630.000 bei Kriegsausbruch sank die Einwohnerzahl auf 450.000 bereits 1915 und sogar auf 342.000 im Jahr 1918.⁴⁴¹ Die Deutschen hatten dennoch im Frühjahr 1915 in Lodz sowie im Großraum Bendzin und Tschenstochau 1,25 Millionen Menschen zu versorgen. Sie zeigten sich von dieser Aufgabe weitgehend logistisch überfordert,⁴⁴² zumal die Alliierten Getreidelieferungen aus dem Ausland wie im Falle des besetzten Belgien nicht zustimmten. Mit der Einnahme Warschaus verschärfte sich das Problem, insbesondere weil mit der Eroberung kein entsprechender Zuwachs an landwirtschaftlicher Fläche gegenüberstand.⁴⁴³

Die Stadt Lublin stand zur gleichen Zeit vor ganz ähnlichen Schwierigkeiten, aber mit gerade einmal 100.000 Einwohnern war die zu versorgende Bevölkerung deutlich geringer, so dass das Umland letztlich relativ erfolgreich zur Versorgung herangezogen werden konnte.⁴⁴⁴ In Warschau hingegen bildeten sich im Herbst und Winter 1915/1916 lange Schlangen vor den Bäckereien, in denen sich der Brotpreis verdrei- bis verfünffacht hatte. Hilfskomitees gaben alleine im September 1915 über 232.000 Mahlzeiten sowie an 60.000 Personen Lebensmittel aus.⁴⁴⁵ Im folgenden Jahr besserte sich die Situation nur zeitweise. Im Sommer 1916 kam es in den Vororten der Hauptstadt zur Plünderung von Lebensmitteltransporten, der die polnische Polizei wenig entgegensetzen konnte – und wollte. Erst mit militärischem Schutz gingen die Überfälle zurück.⁴⁴⁶

⁴⁴⁰ SZYMAŃSKI, *Wojenny chleb (nie)powszedni*, S. 92 f.

⁴⁴¹ HOFMANN, *Reweaving the Urban Fabric*, S. 84 f.

⁴⁴² AGAD, 532 / 1, Bl. 27 f. und 30–34. 1. Vierteljahrsbericht der Zivilverwaltung für Russisch-Polen für die Zeit vom 5. Januar bis zum 25. April 1915.

⁴⁴³ AGAD, 532 / 3, Bl. 22–24. 1. (3.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 21. Juli 1915 bis zum 1. Oktober 1915.

⁴⁴⁴ AP Lublin, 242 / 363, Bl. 11 f. Kreiskommando Lublin an MGGL, 23.10.1915.

⁴⁴⁵ ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a – Polen / 921. Andrian an Außenministerium, 1.11.1915. Eine Zusammenfassung von Andrians Berichten über diesen Winter in: Ebd., Liasse Krieg 11k-m / 924, Andrian an Außenministerium, 24.5.1916.

⁴⁴⁶ AGAD, 532 / 2, Bl. 57. Bericht über Tätigkeit und Zustände im Gouvernementsgebiet für die Zeit vom 1.7.1916 bis 30.9.1916.

Das Generalgouvernement war sich der Härten, die es den Einheimischen auferlegte, vollkommen bewusst und wies gegenüber Berlin immer wieder darauf hin. Dahinter stand die Hoffnung, aus politischer Rücksichtnahme eine Reduktion der Exportvorgaben erreichen zu können, weil „die Großstadtbevölkerung auf die Dauer eine Unterernährung wie im vorigen Jahr nicht aushalten kann.“ – „Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, [...] dass das Land kaum in der Lage sein wird, auf die Dauer den großen Anforderungen gerecht zu werden, die die Versorgung der Okkupationsarmee und der Großstadtbevölkerung“ stellen.⁴⁴⁷ Trotzdem kam es in den Städten zu weiteren Kürzungen. Die tägliche Brotmenge entsprechend der Lebensmittelkarten sank, mit zwischenzeitlichen Anhebungen, von 160 Gramm im Oktober 1915 auf 131 Gramm im Mai 1917; zur gleichen Zeit lag die Ration im Militärgeneralgouvernement Lublin mit 140 Gramm Mehl nicht wesentlich höher, während sie in Deutschland immerhin noch 237 Gramm betrug – und man vor dem Krieg in Warschau im Schnitt noch 720 Gramm Brot aß.⁴⁴⁸ Wolfgang von Kries kommentierte das wie folgt: Diese Entwicklung „ist bei der ungenügenden Kartoffelversorgung für die Bevölkerung natürlich sehr hart und kann nur durch dringendste Notwendigkeit gerechtfertigt werden“.⁴⁴⁹

Als „Notwendigkeit“ galt hierbei insbesondere die Ernährungskrise in der Heimat, die Anfang 1917 solche Ausmaße annahm, dass nicht wenige Polen aus dem Generalgouvernement Lebensmittelpakete an im Reich lebende und arbeitende Verwandte verschickten; offiziell war dergleichen allerdings nur Deutschen gestattet, weshalb viele Sendungen konfisziert wurden.⁴⁵⁰ Leopold von Andrian überlegte derweil angesichts der Not in Warschau und den hitzigen Debatten im dortigen Stadtrat über die schlechte Behandlung, ob Österreich-Ungarn nicht durch Kartoffelliefer-

⁴⁴⁷ AGAD, 532 / 7, Bl. 25 f. und 32. 5. (7.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 30. September 1916.

⁴⁴⁸ POLSAKIEWICZ, Spezifika deutscher Besatzungspolitik in Warschau, S. 531. Die Angabe zu Lublin in: AP Lublin, 242 / 363, Bl. 78. Kreiskommando Lublin an Hauptsammelstelle Mühle Ehrlich, 29.3.1917. In der Stadt Lublin selbst konnte immerhin gelegentlich etwas mehr ausgegeben werden, indem Kartoffelmehl zugesetzt wurde: AGAD, 312 / 1834. Kreiskommandant Lublin, Bericht, 21.3.1918, und Stellungnahme dazu durch die Wirtschaftssektion, 27.3.1918.

⁴⁴⁹ AGAD, 532 / 8, Bl. 36 ff. 6. (8.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. Dezember 1916.

⁴⁵⁰ SZYMAŃSKI, *Wojenny chleb (nie)powszedni*, S. 99.

rungen politischen Einfluss erlangen könnte.⁴⁵¹ Dazu kam es allerdings nicht, denn Lublin hatte selbst genügend Schwierigkeiten bei der Versorgung seiner Stadtbevölkerung.⁴⁵² Und sogar auf dem Land kam es zu Hunger. So berichtete Władysław Komornicki, ein Gutspächter im Kreis Wierzbniok des Militärgeneralgouvernements, vom Besuch einer Delegation aus den umliegenden Dörfern mit über 400 Personen, die ihn im Oktober 1916 anflehten, „ihnen Getreide zu verkaufen, um nicht Hungers sterben zu müssen“. Die Leute blieben 24 Stunden auf der Domäne, bis Komornicki ihren Wünschen nachgab. Dieses Ereignis war kein Einzelfall: „Die Gutshöfe sehen sich allgemein gezwungen, nicht mehr mit Dampfmaschinen zu dreschen, damit die Leute nicht durch das weit hörbare Geräusch angelockt werden.“⁴⁵³

Immer wieder bestahlen Kleinbauern aus lauter Not Großgrundbesitzer, was die Besatzer scharf ahndeten.⁴⁵⁴ Auch Ausschreitungen bei der Lebensmittelausgabe waren zu beobachten, wenn die Menge nicht für alle dafür Anstehenden reichte. Anfang März 1917 mussten sich in Winiawa im k. u. k. Gebiet beispielsweise 340 Familien, also ca. 1.800 Menschen, ganze 333 Brote teilen; die Leute zertrümmerten die Bäckerei.⁴⁵⁵ Gegen Ende des Winters 1917, als die Vorräte zur Neige gingen, häuften sich die Vorfälle.⁴⁵⁶ Noworadomsk etwa vermeldete 800 Demonstranten, die am 3. April 1917 eine Bäckerei gestürmt und geplündert hatten;⁴⁵⁷ knapp zwei Wochen später berichtete man über eine Ansammlung von 2.000 bis 3.000 Menschen, die einen Gutshof bei Przysów belagerten, weil von dort Kartoffeln in drei Waggons abtransportiert werden sollten.⁴⁵⁸ Allerdings gelang es den Besatzern im Lubliner wie im Warschauer Gebiet, in den allermeisten Fällen ohne die Anwendung von Gewalt, sondern nur mit erhöhter Präsenz, wieder für Ruhe zu sorgen.

⁴⁵¹ ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 11k-m / 924. Andrian an Außenministerium, 15.9.1916.

⁴⁵² AP Lublin, 660 / 3, Bl. 37. MGGL an Kreiskommandos, 19.9.1916.

⁴⁵³ ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 11o-f / 929. Kreiskommando Wierzbniok an MGGL, 3.10.1916.

⁴⁵⁴ MAREK PRZENIOSŁO, Chłopi i ziemianie Królestwa Polskiego w latach I wojny światowej – stosunki wzajemne, in: Dzieje Najnowsze (2001), H. 4, S. 3–21, hier S. 5.

⁴⁵⁵ AP Lublin, 242 / 363, Bl. 134. Vermerk des Kreiskommandos Lublin, 12.3.1917.

⁴⁵⁶ AGAD, 312 / 238. Aktenvermerk des MGGL, 24.4.1917:

⁴⁵⁷ AGAD, 312 / 238. Kreiskommando Noworadomsk an MGGL, 4.4.1917.

⁴⁵⁸ AGAD, 312 / 238. Kreiskommando Noworadomsk an MGGL, 14.4.1917.

Der polnische Staatsrat versuchte, die Mittelmächte zur Mäßigung zu bewegen, setzte sich für höhere Rationen in den Städten ein und kontrollierte gleichzeitig die Ausfuhr von Lebensmitteln – konnte mit all diesen Maßnahmen aber kaum echte Erfolge erzielen, weil die Okkupanten nicht von ihren Zielen abwichen.⁴⁵⁹ Die Unzufriedenheit, die der Export verursachte, führte allerdings insbesondere im Militärgeneralgouvernement immer wieder zu blamablen Vorfällen, die der Selbstdarstellung nicht förderlich waren. Bei Kozenice verhinderten im Sommer 1917 beispielsweise elf Legionsangehörige eine Requisition durch vier k. u. k. Gendarmen, und als zur gleichen Zeit aus Lublin 1.000 Kilo Speck nach Österreich verschickt werden sollten, protestierte eine aufgebrachte Menschenmenge dagegen; der Speck musste mit einem Tag Verzögerung und unter dem Schutz einer Kompanie von Soldaten zum Bahnhof eskortiert werden.⁴⁶⁰

In dieser Zeit begann auch die polnische Presse, sich immer häufiger mit dem Mangel, der Teuerung und den Preistreibern zu beschäftigen. Über die Hungersnot selbst durfte sie wegen der Zensur nichts schreiben, weshalb es Rubriken wie „Aus Erschöpfung in den letzten Tagen erkrankt“ oder „Erkrankungen“ gab, „aus welchen der findige Leser herauslesen muss, dass der Hunger in Warschau bereits bedeutende Fortschritte und Verwüstungen gemacht hat“ – wie der Pressebericht des Militärgeneralgouvernements vermeldete.⁴⁶¹ Immer wieder kam es zu Demonstrationen.⁴⁶² So gab es beispielsweise im k. u. k. Besatzungsgebiet in Dąbrowa Streiks der Bergleute, die höhere Nahrungsmittelrationen verlangten, oder in Radom am 11. und 12. Juli Hungerdemonstrationen. Andererseits begann mit Einsetzen der Ernteperiode der Druck ein wenig nachzulassen, weswegen die Bevölkerung nun vor allem die Teuerung beklagte:⁴⁶³

„Der Lebensmittelwucher feiert Orgien und die Preistreiberei wagt sich ungeschert an den helllichten Tag. Die acker- und mittellose Bevölkerung entbehrt der notwendigsten Lebensmittel aller Art, während die besitzenden

⁴⁵⁹ SULEJA, Tymczasowa Rada Stanu, S. 147–150.

⁴⁶⁰ DLA Marbach, Nachlass Andrian / 78.2. Telegramm Hoenning an Außenministerium Wien, 31.7.1917.

⁴⁶¹ ÖStA, HHStA, PA I / 56a/1,2 / 1011. Pressebericht des MGGL für Juli 1917.

⁴⁶² AGAD, 532 / 10, Bl. 57–61. Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April 1917 bis 30. September 1917.

⁴⁶³ ÖStA, HHStA, PA I / 56a/1,2 / 1011. Stimmungsbild in Polen auf Grund der Briefzensur im Juli 1917.

Klassen Lebensmittel aller Art, einschließlich der feinsten Mehlsorten, täglich in beliebiger Menge zu unerhörten Preisen sich beschaffen können.“⁴⁶⁴

Die Preise für Grundnahrungsmittel auf dem freien Markt stiegen von September 1915 bis Mai 1918 ganz enorm, beispielsweise Kartoffeln um 400 Prozent, Fleisch um 477 Prozent, Brot um 240 Prozent oder Milch um 260 bis 500 Prozent.⁴⁶⁵ Einher mit dieser Teuerung und dem Mangel ging ein Anstieg der Sterblichkeitsrate, der in der Stadt Warschau gegenüber der Vorkriegszeit 75 Prozent betrug.⁴⁶⁶

Am schlimmsten war der Winter von 1917 auf 1918, dessen katastrophale Auswirkungen sich schon früh im ganzen Land andeuteten. Das k. u. k. Kreiskommando Olkusz etwa schrieb bereits im September 1917 über „ernste Hungerserscheinungen“, die bereits zu einem Ausbruch der Ruhr geführt hatten. Fast ein Drittel der Einwohner des Kreises waren keine Selbstversorger, und über 5.000 Menschen nahmen die sehr bescheidene öffentliche Fürsorge in Anspruch; demgegenüber sei die Landbevölkerung nur an ihrem eigenen Wohlergehen interessiert: „Der Bauer hat kein Herz für die Armen, er ist habgierig und egoistisch.“⁴⁶⁷ Die Besatzer schoben mit derartigen Argumenten immer wieder die Verantwortung für Not und Elend von sich und versuchten, Stadt und Land gegeneinander auszuspielen. So veröffentlichte Militärgeneralgouverneur Lipošćak im Herbst 1917 einen Aufruf, in dem es hieß:

„[...] was Ihr noch von Euren Vorräten abgeben werdet, das gebt Ihr Euren Mitbürgern, und wird es eine ernste Pflicht der Landbevölkerung sein, den notleidenden Stadtbewohnern hilfreich zur Seite zu stehen. Darum stelle ich insbesondere an die patriotisch gesinnte Landbevölkerung auch die dringendste Aufforderung, Ihren Verbrauch sofort tunlichst einzuschränken, und alles, was Ihr über den dringendsten Lebensbedarf erübrigt, zur Approvisionierung der notleidenden Stadtbewohner herauszugeben.“⁴⁶⁸

⁴⁶⁴ AP Lublin, 660 / 3, Bl. 552–555. MGGL an Kreiskommandos, 2.8.1917.

⁴⁶⁵ HOLZER / MOLEND, *Polska w pierwszej wojnie światowej*, S. 157. Siehe zur Teuerung in Warschau auch: DUNIN-ŹASOWICZ, *Warszawa w czasie pierwszej wojny światowej*, S. 170–172; KRZYŻANOWSKI, *Drożyżna*, S. 74; KURMAN, *Z wojny 1914–1921*, S. 209–213; KRUSZEWSKI / ZDZIARSKI, *Życie robotnicze w Polsce 1913–1921 r.*, S. 17–20.

⁴⁶⁶ ZIELIŃSKI, *Stosunki polsko-żydowskie*, S. 209. Siehe auch: MARCIN KACPRZAK, *Zdrowie Warszawy w okresie powojennym*, in: *Warszawskie Czasopismo Lekarskie* 4 (1927), S. 353–359, 382–386, 411–415, hier S. 353–355.

⁴⁶⁷ AGAD, 312 / 258. Kreiskommando Olkusz an MGGL, September 1917.

⁴⁶⁸ AGAD, 312 / 1843. Aufruf an die Bevölkerung des MGGL, o. D. [Herbst 1917]

Die deutschen Besatzer reduzierten die Mehrlration pro Kopf und Tag trotz ähnlicher, aber wenig wirksamer Aufrufe im Februar 1918 von 100 auf 80 Gramm, wobei sie zur Streckung teilweise 20 Gramm Kartoffelstärkemehl begeben ließen. Sogar das Besatzungsheer reduzierte sein Kontingent um ein Viertel.⁴⁶⁹

Doch erst im Frühsommer erreichten die Quoten wieder eine Höhe, die zum Überleben ausreichte, wobei man bei manchen Lebensmitteln sogar die deutschen Sätze überschritt. Das Generalgouvernement erteilte der Stadt Warschau dennoch überhebliche Ratschläge und empfahl den

„weiteren Ausbau der Mittelstandsküchen, da auch der arme Mittelstand sich in Not befindet. Die besser gestellte Bevölkerung befindet sich mit Rücksicht auf den im Gegensatz zu Deutschland zulässigen freien Verkehr in vielen Lebensmitteln in bedeutend besserer Lage als die entsprechenden deutschen Bevölkerungsschichten, so dass eine besondere Fürsorge für nicht erforderlich erscheint.“⁴⁷⁰

Nach dem Krieg versuchten die Besatzer, ihre Lebensmittelpolitik als notwendig und unvermeidlich zu rechtfertigen.⁴⁷¹ Wolfgang von Kries gestand generös zu, dass die „Klagen der Bevölkerung über Härten [...] vielfach gewiss ihre Berechtigung gehabt“ hätten. Angesichts von Hungertoten und chronischer Unterernährung von „Härten“ zu schreiben, war natürlich eine bewusste Relativierung; immerhin konstatierte Kries, dass es dazu auch wegen der eigenen unzureichenden Verwaltungsleistung gekommen sei, denn „ein beträchtlicher Teil des Personals [war] weder des Landes noch auch vor allem der Landessprache kundig“.⁴⁷² Darin unterschied sich Warschau kaum von Lublin. Das Vorgehen der beiden Besatzungsmächte war recht ähnlich, zeigte sich allerdings in der Nahrungsmittelfrage weniger als Reaktion auf- oder Konkurrenz untereinander als vielmehr durch gleiche Anforderungen in Wien und Berlin bedingt.

Die Maßnahmen unterschieden sich ebenfalls nur graduell und erfolgten meist mit geringer zeitlicher Abweichung voneinander. Das resultierte

⁴⁶⁹ AGAD, 532 / 15. Verwaltungschef GGW an Polnisches Ministerium für Volksernährung, 29.1.1918.

⁴⁷⁰ AGAD, 532 / 18. Schreiben des Verwaltungschefs GGW an den Magistrat Warschau, 5.8.1918.

⁴⁷¹ Für die k.u.k. Seite z. B.: MITZKA, Die k.u.k. Militärverwaltung in Russisch-Polen, S. 47 f.; HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte, S. 366–372.

⁴⁷² BA Koblenz, N 1711 / 4, Bl. 5. Manuskript von Kries' „Deutsche Polenpolitik im Weltkrieg“.

freilich nicht aus gegenseitigen Beobachtungen, sondern aus äußeren Bedingungen wie eben Anweisungen der beiden Zentralen, Ernteverhältnissen oder der militärischen Lage, die sich für beide Generalgouvernements kaum unterschieden. Ihr Gestaltungsspielraum blieb verhältnismäßig klein, weil dem Export eine essentielle Bedeutung zugemessen wurde. Die Schwankungen im Ablieferungszwang erwiesen sich deshalb vor allem als Lernen aus Fehlern, bei dem die Peripherie deutlich flexibler und in ihren Reaktionen sowohl zurückhaltender als auch realistischer war als die Regierungen und ihre Generalstäbe. Polen erwies sich zu keiner Zeit als das „gelobte Land“, auf das die Mittelmächte gehofft hatten – Lublin und Warschau wollten die Bevölkerung deshalb zwar nicht schonen, ihre Erwartungen aber zumindest an die tatsächlichen Gegebenheiten anpassen. Doch im Krieg erschien dergleichen als unzulässige Nachgiebigkeit.

Die polnische Unabhängigkeit 1918 lässt sich wohl dennoch nicht als Folge der Besatzungsherrschaft oder der Ausbeutung⁴⁷³ beschreiben – wohl aber als Folge des Krieges. Die Implosion der drei östlichen Imperien schuf ein Machtvakuum, in dem der lange gehegte Traum des eigenen Staates realisiert werden konnte.⁴⁷⁴ Ein Aufstand oder gar ein Freiheitskrieg, maßgeblich von den Ungerechtigkeiten der Regimes seit 1914 befeuert, waren dafür gar nicht mehr nötig. Die Herrschaftsentfaltung der Kaiserreiche hatte sich schlicht als nicht dauerhaft erwiesen und keine Strukturen ausbilden können, die in den Wirren der Niederlage genug Beharrungskraft gegen das polnische Unabhängigkeitsstreben aufwiesen. Das galt freilich für Kongresspolen wie für Galizien und Westpreußen. Insofern scheiterten 1918 nicht nur die imperiale Expansion, sondern auch die dahinter stehenden politischen Systeme.

⁴⁷³ Für den Rückgriff anderer Imperien auf ihre kolonialen Ressourcen, was dort die Unabhängigkeitsbewegungen förderte: COOPER, *Kolonialismus denken*, S. 333.

⁴⁷⁴ Hierzu jetzt: SIBORA, *Dyplomacja Polska w I wojnie światowej*, S. 461–483.

IV. KONTINUITÄTEN UND BRÜCHE DER MACHTENTFALTUNG VOM ERSTEN ZUM ZWEITEN WELTKRIEG

Von der Niederlage der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg bis zur Entfaltung des Zweiten durch das Großdeutsche Reich vergingen 21 Jahre. Europas politische Geographie unterschied sich 1939 deutlich von der von 1914. Die einstmals mächtigen Imperien der Romanows, Habsburger und Hohenzollern waren untergegangen, Österreich mit Deutschland vereinigt, Ungarn ein selbständiger Staat. Dazu kam die Tschechoslowakei – die 1938 bereits von Hitler zerschlagen, teilweise annektiert sowie zum Vasallenstaat gemacht worden war. Wo in den vier Jahren vor 1918 die Frontlinie verlief, existierten nun die drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland. Neben diese kleineren Länder trat Polen, das in seinen Grenzen weit über die zwei Generalgouvernements der Mittelmächte hinausreichte und aus größeren Gebieten der drei untergegangenen Kaiserreiche bestand.

Die Rzeczpospolita galt daher als ein wesentlicher Gewinner des Ersten Weltkriegs und wurde von den zwei Großmächten Deutschland und Sowjetunion feindselig betrachtet, weil sie Gebiete und nationale Minderheiten dieser aggressiven Rivalen ihr Eigen nannte und bereits unmittelbar nach 1918 gegen sie gekämpft hatte: Auseinandersetzungen mit paramilitärischen deutschen Einheiten insbesondere in Oberschlesien konnte Polen ebenso gewinnen wie 1920/21 einen Krieg gegen die noch junge Sowjetunion. Innenpolitisch agierte der ethnisch heterogene Staat durchaus erfolgreich, integrierte die unterschiedlichen Landesteile und war zudem ökonomisch lebensfähig.¹ Auf einen Zerfall Polens konnten Hitler und Stalin nicht rechnen. Auch außenpolitisch hatte sich Warschau in einem Bündnis mit Großbritannien und Frankreich so abgesichert, dass eine Aufteilung, wie sie die Tschechoslowakei im Münchener Abkommen 1938 erdulden musste, nicht plausibel erschien.

¹ HEINEMEYER, Kommentar: Die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die wirtschaftliche Verflechtung Zentraleuropas, in: Interesse und Konflikt, hg. v. BINGEN u. a., S. 80.

Als die Wehrmacht am 1. September 1939 in Polen einmarschierte und am 17. September auch die Rote Armee die Ostgrenze des Landes überschritt, unterschieden sich die Kriegsgründe ganz erheblich von denen von 1914 – unabhängig von allen Auseinandersetzungen, die über die damalige Julikrise geführt wurden und teilweise noch geführt werden.² Von Anfang an ging es Hitler und Stalin ausschließlich um Expansion, um die Vernichtung des polnischen Staats, die Ausdehnung der eigenen Macht und nicht zuletzt darum, die Folgen des Ersten Weltkriegs ungeschehen zu machen. Unter diesen Voraussetzungen entwickelten sich Besatzungen, die zuvorderst für ihre Massenmorde und auf deutscher Seite insbesondere für den Völkermord an den Juden bekannt sind. An dieser Stelle soll allerdings kein Vergleich der deutschen und sowjetischen Okkupation erfolgen, selbst wenn dies ebenfalls ein wichtiges Forschungsdesiderat ist.³ Stattdessen geht es darum, die Spezifika nur der nationalsozialistischen Herrschaft herauszuarbeiten, die dann jeweils dem Vorgehen Deutschlands und Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg gegenübergestellt werden.

1. IMPERIUM. VORSTELLUNGEN ÜBER EIN „NEBENLAND DES REICHES“

Die Pläne der Mittelmächte für eine Expansion im Ersten Weltkrieg waren durchaus raumgreifend. Nicht nur sollte Polen dauerhaft in den eigenen Machtbereich eingegliedert werden, spätestens mit dem Sieg über Russland 1917 galt das ebenfalls für die Ukraine, die als eine Art Vasallenstaat und Puffer gegen das von Revolution und Bürgerkrieg gebeutelte ehemalige Zarenreich fungiert hätte. Ihre Annexionsabsichten diskutierten die beiden Verbündeten immer wieder, konnten sich aber letztendlich nicht auf gemeinsame definitive Ziele einigen. Die Proklamation des Königreichs Polen stellte dann eine deutliche Abkehr von derartigen Ambitionen dar und lief eher auf eine indirekte Dominanz hinaus. Berliner Visionen über einen „Grenzstreifen“, der direkt östlich der Reichs-

² Siehe zuletzt: CHRISTOPHER M. CLARK, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013.

³ Für erste Ansätze: Gewalt und Alltag im besetzten Polen 1939–1945, hg. v. JOCHEN BÖHLER / STEPHAN LEHNSTAEDT, Osnabrück 2012. Siehe außerdem die wichtige Studie: ALEXANDER BRAKEL, *Unter Rotem Stern und Hakenkreuz: Baranowicz 1939 bis 1944. Das westliche Weißrussland unter sowjetischer und deutscher Besatzung*, Paderborn 2009.

grenze ein neuer Siedlungsraum für Deutsche sein sollte, erwiesen sich als kurzlebige Chimäre mit wenig politischem Rückhalt und noch weniger ernsthaften Realisierungschancen – ganz abgesehen davon, dass es sich dabei primär um einen defensiven Plan gegen russische militärische Vorstöße handelte, der auf eine Art Vorfeld vor dem Reich abzielte.

Österreich-Ungarns imperiale Ambitionen standen denen Deutschlands nur wenig nach. In beiden Kaiserreichen erhoben Militärs Forderungen, schickten Privatleute und Verbände ungefragt expansionistische Eingaben, und mahnte vor allem das Außenministerium Mäßigung an. Nach hochfliegenden Plänen insbesondere 1914 folgte schnell eine Ernüchterung, was in den folgenden Jahren deutlich realistischere Überlegungen für die tatsächlich eroberten Gebiete bedeutete. Erst mit der Niederlage Russlands gab es erneut Großraumvisionen, die für die zwei Generalgouvernements in Polen allerdings keine umwälzenden Neuerungen mehr brachten. Klar war vor allem, dass Ostmitteleuropa unter eigene Vorherrschaft geraten sollte – und zwar in Form von selbst verwalteten und zugleich politisch abhängigen Nationalstaaten.

Nationalsozialistischer Imperialismus

Von derartigen Überlegungen unterschieden sich die Vorstellungen Hitlers und seiner Gefolgsleute deutlich. Der Nationalsozialismus sah eine vollständige Unterwerfung Osteuropas vor, das in großen Teilen als Raum für Germanisierung und langfristig einer ausschließlich deutschen Bevölkerung dienen sollte. Zuletzt hat Mark Mazower darauf hingewiesen, dass Adolf Hitler von sich das Bild eines Imperiumsgründers hatte. Seine Pläne sahen einen erneuten Weltmachtstatus für Deutschland vor, der auf die Beherrschung Europas durch eine zahlenmäßig limitierte, rassistisch ausgewählte Elite abstellte. Insbesondere die Perzeption der englischen Verwaltung Indiens durch eine kleine Gruppe von Beamten übte dabei eine große Faszination aus: Das Imperium stellte ein Ideal dar, wobei Hitler sich darunter Unterdrückung aufgrund rassistischer Kriterien und brutale Machtentfaltung vorstellte.⁴

Osteuropa musste dafür erobert und unterworfen werden, denn nur so konnte es den nachfolgenden Generationen als „Lebensraum“ – so der Schlüsselbegriff der NS-Ideologie – dienen. Gerade wegen dieser Vorstellungen von Besiedlung hatte der Nationalsozialismus kein Interesse an

⁴ MAZOWER, Hitlers Imperium, S. 15.

Kolonien in Afrika oder Asien und war willens, diese Kontinente den USA, England oder Japan zu überlassen und so die Herrschaft über die Erde zu teilen. Hitler und seine Gefolgschaft sahen ihre Ziele als kompatibel mit den imperialen Interessen anderer Mächte, die sich in ihren Augen sogar auf ähnliche rassische Vorstellungen stützten.⁵ Die Inbesitznahme Amerikas und Australiens zeige diese Gemeinsamkeiten: dort habe es einen Siedlerkolonialismus gegeben, der die indigene Bevölkerung versklavte, aus ihren angestammten Gebieten vertrieb oder sogar ermordete.⁶

Dieser subjektiv wahrgenommene Vorbildcharakter ist erst in jüngster Zeit verglichen worden. Dabei traten einige tatsächliche Gemeinsamkeiten zutage, auf die sich die Nationalsozialisten beriefen: Die Besiedlung des amerikanischen Westens war ein nationalstaatliches Projekt mit breitem gesellschaftlichen Rückhalt, das auf Landraub, Vertreibung und zahllosen Morden an den indianischen Ureinwohnern beruhte; rassische Überlegenheit, die Fixierung auf einen Agrarmythos sowie nationale Autarkie und Sicherheit gehörten ebenfalls dazu. Allerdings zeichneten sich die Vereinigten Staaten in ihrem Vorgehen gegenüber den Ureinwohnern nicht durch eine Vernichtungs-, sondern eher durch eine „Beseitigungspolitik“ aus – Völkermord war weder intendiertes Ziel noch Mittel der Auseinandersetzung, sondern Resultat eines Landraubs. Deswegen dominierte die Vorstellung von Raum deutlich über die der Rasse, wohingegen diese Ideen bei den Nationalsozialisten relativ gleichwertig rangierten. Die Auslöschung der Indianer resultierte außerdem zu einem großen Teil aus eingeschleppten Krankheiten der weißen Siedler und erfolgte mindestens partiell ohne deren Planung beziehungsweise direkte Einwirkung. So war die Westsiedlung Imperialismus, Kolonialismus, und erst dann Genozid.⁷

Die Perzeption dieses Geschehens durch die Nationalsozialisten sollte dennoch nicht unterschätzt werden. Zwar ging es ihnen nicht um ein bewusstes Nachahmen, sondern stets ausschließlich um ihre ganz eigene Adaption. Doch das Vorbild USA ebenso wie die britische Kolonialherrschaft in Indien zeigten in ihren Augen, dass Expansion und Dominanz dann gelingen konnten, wenn die Wenigen nur entschlossen und mit aller Gewalt gegen die Vielen voringen. Auf diese Weise war sogar die Herrschaft über einen ganzen Kontinent möglich – und nicht weniger durfte

⁵ Ebd., S. 16.

⁶ Ebd., S. 534.

⁷ CARROLL P. KAKEL, *The American West and the Nazi East. A comparative and interpretive perspective*, Houndmills 2011, S. 213–218.

das Ziel sein, wenn dies auch Engländer und Amerikaner geschafft hatten. In diesem Sinne bestimmte das Vorbild die Grenzen der eigenen Ambitionen.

Hitlers Vorstellungen kalkultierten den heftigen Widerstand der Bevölkerung der zu erobernden Gebiete mit ein. Indem die Nationalsozialisten auf die Entnationalisierung Osteuropas setzten, blieb ihnen Gewalt als einziges Mittel, um ihre Ziele überhaupt zu erreichen. Andererseits sollte auf die Besetzten auch gar keine Rücksicht genommen werden; man musste nicht vortäuschen, das eigene Handeln diene auch den Interessen anderer Völker. Erneut beruhte diese Idee auf der Perzeption des britischen Handelns in den Kolonien – wo beispielsweise während der Niederschlagung des Aufstands in Jamaika 1865 die englische Presse tatsächlich argumentiert hatte, man solle nicht vorspiegeln, etwas für die Einheimischen zu tun.⁸

Letztlich war Hitlers Imperium also ausschließlich auf einen Krieg für die Deutschen fokussiert. Selbst der Holocaust beruhte auf der Vorstellung, für die deutsche Rasse und deren Wohlergehen die Juden zu ermorden und den Osten zu entvölkern, um dort neuen „Lebensraum“ zu erhalten. Da die Juden als „Beherrscher“ der Slawen galten, was sich maßgeblich in der Idee des Judäobolschewismus verband, musste gewissermaßen der Schlange der Kopf abgeschlagen werden. Ein Krieg gegen die Juden wäre zugleich immer auch Krieg gegen die Slawen. Und nur wenn beide besiegt, vertrieben oder ermordet wären, könnten Germanen den Osten in Besitz nehmen.

Die Vereinigung des Kontinents unter deutscher Herrschaft, die die Nationalsozialisten anstrebten, hatte neben dem erweiterten Siedlungsgebiet einzig den Zweck wirtschaftlicher Autarkie; weitergehende politische Ordnungsvorstellungen verbanden sich damit nicht.⁹ Die ökonomische Selbständigkeit, die nötig war, um den verheerenden Auswirkungen einer Blockade wie im Ersten Weltkrieg zu entgehen, stellte ein Kernelement von Hitlers imperialen Vorstellungen dar. Er nahm allerdings weder vor noch nach 1939 eine rationale wirtschaftliche Lageanalyse vor, denn Ökonomie interessierte ihn nur in operativen Fragen.¹⁰ Aus diesem Grund hing Expansion in einem Zirkelschluss mit der Autarkie zusammen: Letztere war notwendig, um den Krieg zu führen; aber Krieg war

⁸ MAZOWER, *Hitlers Imperium*, S. 539.

⁹ Ebd., S. 18.

¹⁰ NEITZEL, *Von Wirtschaftskriegen und der Wirtschaft im Kriege*, S. 57 f.

das Mittel, um den Großraum und damit die Selbständigkeit zu erlangen.¹¹

Die Ressourcen „Mitteleuropas“ galten in dieser Vision als Sprungbrett für die Eroberung und Kontrolle des ganzen Ostens bis hin zum Ural und verbanden sich so mit den Raumvorstellungen.¹² Und tatsächlich benötigte das Dritte Reich gerade in einem Krieg, in dem es zu einer Seeblockade kam, dringend Rohstoffe und Produktionsmöglichkeiten. Deshalb trat zur Vertreibung und Vernichtung der Menschen in den zu erobernden beziehungsweise zu besiedelnden Gebieten noch deren Ausbeutung. Insbesondere das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt unter Generalmajor Georg Thomas wies immer wieder auf die problematische Versorgung des Reiches hin.¹³ Die Wehrmacht wurde so nach 1939 zum Apologeten des nationalsozialistischen Imperiums, denn für sie war der Kausalnexus von Expansion und Autarkie ebenso offensichtlich wie für Hitler selbst – und Krieg daher eine scheinbare logische Antwort auf die Frage nach Deutschlands zukünftigem Status als Großmacht.

Die globalpolitische Komponente dieser Vorstellungen begrenzten erneut Briten und Amerikaner, die ebenfalls von Juden gesteuert seien und als treibende Kraft hinter der liberalen Weltwirtschaft stünden – und deshalb die eigenen Ambitionen einer rein rassistisch begründeten Ökonomie begrenzen wollten. Das eroberte Europa galt Hitler als die angemessene und zugleich einzig denkbare Reaktion auf diese Barrieren. Die Beamten des Reichswirtschaftsministeriums hatten derartige Vorstellungen längst internalisiert, als sie sich Gedanken über die Zukunft einer Nachkriegsordnung für den Kontinent machten. Mögliche Exporte der eigenen Ökonomie und der globale Wettbewerb spielten dabei eine nachrangige Rolle gegenüber dem deutsch bestimmten europäischen Wirtschaftsraum, dem einmal mehr lediglich die Funktion eines auszusaugenden Gebiets zukam.¹⁴

Die besetzten Territorien und ihre Unternehmen mussten vor diesem Hintergrund von Anfang an der deutschen Rüstungsproduktion zuliefern

¹¹ PRIEMEL, Lernversagen, S. 304.

¹² MEYER, Mitteleuropa in German thought and action 1815–1945, S. 314.

¹³ HANS UMBREIT, Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942–1945, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/2. Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Zweiter Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944/45, hg. v. BERNHARD KROENER u. a., Stuttgart 1999, S. 3–272, hier S. 182.

¹⁴ LI, Deutsche Pläne zur europäischen wirtschaftlichen Neuordnung 1939–1945, S. 110–112.

oder direkt entsprechende Güter herstellen. Das ist zunächst ein starker Beleg gegen die Blitzkriegshypothese,¹⁵ wonach Hitler nicht mit einer lang andauernden Auseinandersetzung gerechnet habe, denn dafür hätte es keines Rückgriffs auf die Neueroberungen bedurft. Außerdem weist diese Tatsache auf das Verhältnis von Ideologie und Wirtschaft hin. Die Ausbeutung war ein integraler Teil imperialer Visionen und als Kernelement der expansiven Ideologie mit dieser untrennbar verwoben. Gerade deswegen stand sie allerdings einer rein zweckrationalen Okkupation entgegen,¹⁶ die imperialen Ziele des Nationalsozialismus erwiesen sich gegenüber denen des Ersten Weltkriegs als viel weitgehender: Sie zielten auf eine radikale Ausbeutung genauso wie eine Besiedlung und Germanisierung ab. Die beiden Kaiserreiche wollten zwar ebenfalls eine fortdauernde Dominanz sichern, doch weil diese nicht zwingend mit der Annexion von Territorien einherging und erst recht keine Eindeutschung des Ostens vorsah, strebten sie auch keine Zerstörung des bestehenden ökonomischen Systems an, wie das für Hitlers Pläne unabdingbar war. Trotz aller Dringlichkeit der „Nutzbarmachung“ hatten die Mittelmächte auch keine Ambitionen, in Ostmitteleuropa eine andere, rassische Gesellschaftsordnung zu schaffen.

Die Perzeption der Besatzung Osteuropas im Ersten Weltkrieg

Der Unterschied in den Planungen der beiden Kaiserreiche und der Nationalsozialisten war direkt verbunden mit der Wahrnehmung des Geschehens in Polen zwischen 1915 und 1918. Schon während der Weimarer Republik hatte eine Perzeption begonnen, die freilich weder vom Umfang noch von der Eindringtiefe an die Beschäftigung mit der Westfront heranreichte. Wenn der Osten doch Gegenstand der Betrachtung wurde, fokus-

¹⁵ JONAS SCHERNER, Europas Beitrag zu Hitlers Krieg. Die Verlagerung von Industrieaufträgen der Wehrmacht in die besetzten Gebiete und ihre Bedeutung für die deutsche Rüstung im Zweiten Weltkrieg, in: Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie. 1938–1945, hg. v. CHRISTOPH BUCHHEIM / MARCEL BOLDORF, München 2012, S. 69–92, hier S. 91; JONAS SCHERNER, Nazi Germany's preparation for war. Evidence from revised industrial investment series, in: European Review of Economic History 14 (2010), S. 433–468, hier S. 434, 445 f.; ADAM J. TOOZE, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, Bonn 2007, S. 387–442.

¹⁶ MARK SPOERER, Der Faktor Arbeit in den besetzten Ostgebieten im Widerstreit ökonomischer und ideologischer Interessen, in: Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen 2 (2005), S. 68–93, hier S. 91.

sierte sich die Analyse der Okkupation meist auf Ober Ost oder die Ukraine. So veröffentlichte etwa das Reichsarchiv, das eine amtliche Darstellung des Kriegs herausgab, keinen Band zum Generalgouvernement Warschau. Erst 1942 begann im Archiv Christian Hildebrand eine Studie zur Wirtschaftspolitik im Osten, allerdings bezogen auf die Jahre 1917 und 1918.¹⁷

Thomas Schneider hat zuletzt darauf hingewiesen, dass in der Nachkriegszeit die literarische Beschäftigung mit den verschiedenen Fronten gewissen Konjunkturen unterlag. Bis 1925 wurden diese tendenziell gleichrangig behandelt – mit ersten Evaluierungen der Okkupation bereits 1919¹⁸ –, danach setzte ein deutlicher Wandel ein und der Osten trat immer mehr hinter den Westen zurück. In einzelnen Jahren der Weimarer Republik erschienen auf dem Buchmarkt sogar mehr Titel zum Seekrieg als zum Geschehen östlich der Reichsgrenze.¹⁹ So stand die Bedeutung, die Hitler und die Nationalsozialisten diesen Gebieten in ihrer Weltanschauung und für eine künftige Expansion zuwiesen, in starkem Kontrast zur Wahrnehmung von Veteranen der Westfront, die zum Leitbild des modernen Kriegers avancierten. Das dortige „Kriegserlebnis“ und die dabei entstandene „Frontgemeinschaft“ spielten in der politischen Auseinandersetzung der Jahre nach 1918 eine wesentlich wichtigere Rolle als die Visionen eines germanischen Großreichs im Osten: „Die ‚Wahrheit des Krieges‘, die ideologisch zu besetzen von allen politischen Parteien der Republik angestrebt wurde, war an der Westfront zu finden.“²⁰

¹⁷ Vgl. das Findbuch zu BAMA, RH 61 (bearbeitet von Sven Schulz) aus dem Jahr 2008. Unter Nr. 833 findet sich die Materialsammlung zur Kriegswirtschaft im General-Gouvernement Belgien von 1920; die Arbeit Hildebrands unter der Nr. 696. Es gibt im Findbuch eine eigene Abteilung zur Verwaltungsgeschichte Belgiens (S. 406, 4 Nummern), aber nichts zu Polen. In der Wirtschaftsabteilung mit 44 Seiten und ca. 200 Nummern sind ganze zwei mit erkennbarem Polenbezug; zum Osten – der Ukraine – kaum mehr. Man sehe ansonsten nur noch Nr. 13-15, Zusammenbruch der deutschen Herrschaft in Polen 1918. Vgl. allgemein zum Weltkriegswerk: MARKUS PÖHLMANN, *Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: Der Erste Weltkrieg. Die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914–1956*, Paderborn / München 2002.

¹⁸ ROTH, *Die politische Entwicklung in Kongreßpolen während der deutschen Okkupation*; HELLMUT VON GERLACH, *Der Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik*, Berlin 1919.

¹⁹ SCHNEIDER, „Nach Rußland. Da ist ja kein Krieg mehr“, S. 440. Nicht berücksichtigt ist bei Schneider die umfangreiche Literatur zu den Freikorps: MATTHIAS SPRENGER, *Landsknechte auf dem Weg ins Dritte Reich? Zu Genese und Wandel des Freikorpsmythos*, Paderborn / München 2008, S. 92–102.

²⁰ SCHNEIDER, „Nach Rußland. Da ist ja kein Krieg mehr“, S. 448.

Für das Geschehen in Polen interessierten sich vorwiegend Polen. Bereits 1925 legte der Diplomat und Historiker Michał Sokolnicki Exzerpte und eine Auswertung von Memoiren deutscher Politiker und Militärs vor, die sich zum Generalgouvernement Warschau geäußert hatten. In ihren Analysen des Ersten Weltkriegs, die vor allem nach den Ursachen für die Niederlage suchten und die eigene Verantwortung zurückwiesen, fielen die Urteile über die Polenpolitik regelmäßig negativ aus. Karl Helfferich (1872–1927), langjähriger Staatssekretär im Reichsschatzamt und Innenministerium sowie ab 1917 Vizekanzler, der maßgeblich die deutsche Finanzpolitik gestaltet hatte, fand die damaligen Pläne für einen unabhängigen polnischen Staat im Nachhinein zweifelhaft. Dieser müsse stets als unsicherer Kantonist gelten und würde sich die deutschen Ostprovinzen einverleiben wollen.²¹

Der vormalige Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, der die Berliner Polenpolitik maßgeblich bestimmt hatte, rechtfertigte sie im Nachhinein mit der Absicht, den Mittelmächten im Osten Ruhe zu verschaffen. Rücksichtnahme und insbesondere Hans von Beselers letztlich utopische Vorstellungen und die schlechte Umsetzung der Anweisungen aus der Heimat hätten Erfolge verhindert.²² Immerhin habe das neu geschaffene Königreich – anders als die Kritiker behaupten – die Chancen auf einen Frieden mit den Russen nicht geschmälert, dafür seien letztlich andere Gründe wesentlich.²³ Matthias Erzberger (1875–1921), der als Reichstagsabgeordneter seit 1917 für einen „Verständigungsfrieden“ mit den Alliierten eingetreten war und später den Waffenstillstand von Compiègne unterzeichnet hatte, kritisierte vor allem das Gegeneinander von Deutschland und Österreich-Ungarn in der polnischen Frage, das vorteilhaftere Lösungen verhindert habe.²⁴ Er stieß damit in das gleiche Horn wie der k.u.k. Außenminister Stephan von Burián.²⁵

Bei den Militärs beschäftigten sich vor allem die Generäle Paul von Hindenburg, Erich Ludendorff und Max Hoffmann (1869–1927) mit der Besatzung im Osten. Der spätere Reichspräsident und vormalige Ober-

²¹ Polska w pamiętnikach wielkiej wojny 1914–1918, hg. v. MICHAŁ SOKOLNICKI, Warszawa 1925, S. 242.

²² Ebd., S. 11, 17. Siehe auch: THEOBALD VON BETHMANN HOLLWEG, Betrachtungen zum Weltkriege. Erster Teil: Vor dem Kriege. Zweiter Teil: Während des Krieges, Berlin 1919 / 1921.

²³ Polska w pamiętnikach wielkiej wojny 1914–1918, hg. v. SOKOLNICKI, S. 18.

²⁴ Ebd., S. 34.

²⁵ BURIÁN, Drei Jahre, S. 63.

befehlshaber Ost Hindenburg argumentierte dabei noch recht konventionell und brachte eben jenes Argument vor, das Bethmann Hollweg dann zurückwies: ein Königreich Polen sei immer von Nachteil für Deutschland und habe überdies den Frieden mit Russland erschwert. Wegen der falschen Vorstellungen in Berlin sei letztlich der Bündnispartner Österreich-Ungarn als Profiteur aus allen Verhandlungen hervorgegangen.²⁶ Hindenburg machte nach 1918 aus seiner Aversion gegen Polen keinen Hehl, setzte sich aber dennoch für eine friedliche Verständigung insbesondere über den so genannten „Korridor“ ein, also das polnische Territorium zwischen Pommern und Ostpreußen – was freilich nicht den grundsätzlichen Wunsch nach einer Revision der Grenzen der beiden Länder ausschloss.²⁷

Die Vorbehalte des Feldmarschalls und späteren Reichspräsidenten gegen das neue Nachbarland waren vor allem historisch bedingt und zeigten sich in emotionalen Reaktionen, wann immer die Rede auf Polen kam.²⁸ Grundsätzlich in eine andere Richtung blickten Hoffmann und Ludendorff. Ersterer sah in den zwei Generalgouvernements Warschau und Lublin einen ernsten Fehler; seiner Ansicht nach wäre eine reine Besetzung durch das Militär zu bevorzugen gewesen.²⁹ Hoffmann, der Nachfolger Ludendorffs als Generalstabschef in Ober Ost, wo eben jene Art der Okkupation geherrscht hatte,³⁰ argumentierte damit ganz ähnlich wie sein Vorgänger: Demnach sei das Königreich Polen eine für den Generalstabschef der zweiten Obersten Heeresleitung, Erich von Falkenhayn, typische Fehlentscheidung gewesen, denn dieser habe Politik stets ignoriert.³¹ Auch Ludendorff galt das Generalgouvernement als „unzweckmäßige Schöpfung“.³² Hans von Beseler – der 1921 verstarb und

²⁶ Polska w pamiętnikach wielkiej wojny 1914–1918, hg. v. SOKOLNICKI, S. 101–103.

²⁷ HARALD ZAUN, Paul von Hindenburg und die deutsche Außenpolitik. 1925–1934, Köln 1999, S. 189.

²⁸ Ebd., S. 439.

²⁹ Polska w pamiętnikach wielkiej wojny 1914–1918, hg. v. SOKOLNICKI, S. 227. Siehe auch Hoffmanns Buch unter programmatischem Titel: MAX HOFFMANN, Der Krieg der versäumten Gelegenheiten, Leipzig 1939.

³⁰ Zeitgenössisch hierzu etwa: RUDOLF HÄPKE, Die deutsche Verwaltung in Litauen. 1915 bis 1918, Berlin 1921.

³¹ LUDENDORFF, Meine Kriegserinnerungen, S. 121; Polska w pamiętnikach wielkiej wojny 1914–1918, hg. v. SOKOLNICKI, S. 199 f. Wenig über Ober Ost und dessen Tätigkeit nach 1918 bei: NEBELIN, Ludendorff.

³² LUDENDORFF, Meine Kriegserinnerungen, S. 146.

keine Memoiren mehr vorlegen konnte – sei zudem schlicht zu weich gewesen.

Ludendorff plädierte für die reine Besetzung durch das Heer und vertiefte dieses Argument später in dem Buch „Der totale Krieg“³³ noch einmal. Der Mythos des erfolgreichen Feldherrn, der nicht nur militärisch siegreich geblieben sei, sondern in Ober Ost zudem vorgeführt habe, wie eine erfolgreiche Okkupation aussehen müsse, brachte Ludendorff insbesondere in rechtsnationalen Kreisen viel Bewunderung ein. Der Generaloberst erwies sich damit als genialer Propagandist seiner selbst, dessen ideologische Prämissen für eine künftige politische Kriegführung weite Beachtung fanden.³⁴ Es tat dieser Bewunderung keinen Abbruch, dass der Reichstag 1926 in einem Bericht die Verwaltung im Generalgouvernement Warschau als in kriegswirtschaftlicher Hinsicht wesentlich effizienter und ertragreicher charakterisiert hatte als die in Ober Ost. Insbesondere kritisierten die Parlamentarier die dortigen überkomplexen bürokratischen Strukturen, die gerade deshalb dysfunktional gewesen seien, weil sie die Einheimischen nicht einbezogen.³⁵ Im Grunde hatte der Bericht des Reichstags also genau das Gegenteil von dem aufgezeigt, was Ludendorff stets als wesentliche Leistung seiner Besetzung darstellte.

Doch dem Mythos Ludendorff tat das keinen Abbruch, und auch seine zentralen Aussagen wurden nicht hinterfragt. Das lag unter anderem daran, dass die demokratisch gewählten Abgeordneten als Erfüllungshelfen jener „Novemberverräter“ galten, die die Niederlage des angeblich unbesiegten Feldherrn herbeigeführt hätten – Kritik an einem militärischen „Genie“ stand ihnen deshalb nicht zu. Dahinter stand eine Selbstüberschätzung der deutschen Militärs, die sie schon in den Jahren 1914 und 1915 geleitet hatte: Sie hielten sich selbst auf operativem Gebiet für weit überlegen – aber diese Überlegenheit beruhte größtenteils auf Einbildung, denn der Verlauf des Ersten Weltkriegs gab für eine derartige Perzeption keine substantiellen Anhaltspunkte. Im Sinne dieser Deutung war der Gegner auch nicht gleichwertig, sondern unterlegen – und minderwertig.³⁶ Und nachdem die Kriegspläne im Osten dennoch gescheitert waren, zogen die deutschen Offiziere daraus Lehren, gemäß denen die gemachten Erfahrungen ganz eindeutig positiv, aber ihre Konsequenzen

³³ ERICH LUDENDORFF, *Der totale Krieg*, München 1936.

³⁴ CHICKERING, *Sore Loser*, S. 177 f.

³⁵ WESTERHOFF, *Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg*, S. 79.

³⁶ BERGIEN, *Vorspiel des „Vernichtungskrieges“?*, S. 398.

nicht energisch genug verfolgt worden seien. In einer künftigen Auseinandersetzung empfehle sich deshalb eine Radikalisierung.³⁷

Dieser Schluss galt jedenfalls für viele der Frontoffiziere, für die der Ostkrieg eine existenzielle Bedeutung besaß – aber ihre Erinnerungen bestimmte weniger ein besonderes Kriegserlebnis als vielmehr eine diffuse Angst vor den Bolschewiki.³⁸ Die Auseinandersetzungen mit kommunistischen Truppen und ihren oftmals unkonventionellen militärischen Methoden 1918 dominierten die Perzeption, wogegen die zaristische Armee als Gegner in den Hintergrund trat. Peter Lieb hat zuletzt auf die problematischen Auswirkungen der Wahrnehmung des Gegners nach 1917 als „irregulär“, „illegitim“ und „aufständisch“ hingewiesen, die letztlich zu einer Rechtfertigung von exzessiver Gewalt führten.³⁹ Wenig Beachtung fand bisher die Tatsache, dass die Freikorps in Organisation, Ideologierungsgrad und „Irregularität“ gewissermaßen ein deutschnationales Zerrbild der Roten Armee in den Jahren 1917 bis 1922 darstellten. Hier wie dort lösten sich verbindliche Normen der Kriegführung auf, was zu Brutalität und Gräueln führte, die wiederum nur mit Härte beantwortet werden konnten.

Die bislang noch wenig untersuchte Kriegserfahrung der Millionen von einfachen Soldaten an der Ostfront spielte demgegenüber im kollektiven Gedächtnis von Weimarer Republik und Drittem Reich keine Rolle, selbst wenn sie natürlich Deutungsmuster hervorrief und transportierte, die vor allem nach 1941 – Polen war schließlich im Ersten Weltkrieg kein Gegner gewesen – in der Sowjetunion Wirkmächtigkeit erlangten. Für die Generalstäbler hingegen stellte der Weltkrieg im Osten einen militärischen Erfolg dar, aus dem operativ nichts zu lernen war; gescheitert sei man lediglich politisch.⁴⁰

³⁷ LIULEVICIUS, *Kriegsland im Osten*, S. 20 f. Eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Aussage bei: BERGIEN, *Vorspiel des „Vernichtungskrieges“?*, S. 403 f.

³⁸ SPRENGER, *Landsknechte auf dem Weg ins Dritte Reich?*, S. 92 f.

³⁹ PETER LIEB, *Aufstandsbekämpfung im strategischen Dilemma. Die deutsche Besatzung in der Ukraine 1918*, in: *Die Besatzung der Ukraine 1918. Historischer Kontext – Forschungsstand – wirtschaftliche und soziale Folgen*, hg. v. WOLFRAM DORNIK / STEFAN KARNER, Graz 2008, S. 111–139; WOLFRAM DORNIK / PETER LIEB, *Die militärischen Operationen*, in: *Die Ukraine zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft 1917–22*, hg. v. WOLFRAM DORNIK u. a., Graz 2011, S. 203–248. Siehe für die Freikorps auch: SPRENGER, *Landsknechte auf dem Weg ins Dritte Reich?*, S. 133–144 und 181–189.

⁴⁰ HANS-ERICH VOLKMANN, *Der Ostkrieg 1914/15 als Erlebnis- und Erfahrungswelt des deutschen Militärs*, in: *Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis – Wirkung – Nachwirkung*, hg. v. GROSS, S. 263–293, hier S. 289–293.

In diesem Zusammenhang ist auf das grundsätzliche Problem jeder Perzeptionsforschung hinzuweisen: Selbst gleiche oder erwünschte Wirkungen und Effekte sind nicht immer automatisch Lernerfolge. Denn sogar wenn perzipiert wird und die verlangten Resultate eintreten, muss das nicht immer mit erfolgreichem Lernen zu tun haben, sondern kann etwa durch Zufall oder andere Faktoren bedingt sein.⁴¹ Unabhängig von der Frage, wie man künftig vorgehen müsse, wird in allen Nachkriegs-äußerungen immer wieder ein Interpretationsmuster deutlich, das letztlich auf eine fehlgeschlagene Besatzung in Polen hinausläuft, weil das Land nicht substantiell zu den deutschen Kriegsanstrengungen beigetragen habe. Unzweifelhaft ist außerdem, dass in Deutschland, aber beispielsweise auch in Japan, vor dem Hintergrund der Jahre 1914 bis 1918 die Überzeugung vorherrschte, wonach sich Besatzung lohne. Die eigene Versorgung mit essentiellen Rohstoffen ließe sich auf diese Weise sichern. Eine weitere Lehre war, dass es in einem totalen Krieg auf Größe und Autarkie ankäme, nicht aber auf industrielle Fertigung per se. Und paradoxerweise war es die Aussicht auf lange Kriege, die zu der Überzeugung führte, diese eventuell sogar „präventiv“ zu starten, um so lebenswichtige Rohstoffe zu sichern.⁴² Mindestens auf dieser großen Ebene zog Hitler seine Schlüsse aus dem Ersten Weltkrieg, integrierte sie in seine Strategie und handelte entsprechend. Ebenso bedeutsam war ein genereller Wandel im ökonomischen Denken: Wirtschaft erschien in der Nachkriegszeit lenkbar, und Verwaltung wie Wissenschaft zeigten sich davon überzeugt, sie erfolgreich steuern zu können.

Trotzdem spielte die konkrete Form künftiger Okkupationen und die damit einhergehende „Nutzbarmachung“ der Länder eine vollkommen nachrangige Rolle. Verbreitet war im Grunde nur die Grundüberzeugung, es besser machen zu können – vor allem durch mehr Härte, worauf Hitler explizit in Bezug auf die Ukraine hinwies.⁴³ Fremdherrschaft im Ersten Weltkrieg galt weithin als zu nachsichtig gegenüber den Einheimischen, wodurch bessere Ergebnisse verhindert worden seien. Dieses Bild perpetuierte insbesondere Erich Ludendorff mit seiner Selbststilisierung als rück-

⁴¹ PRIEMEL, Lernversagen, S. 320.

⁴² PETER LIBERMAN, *Does Conquest Pay? The Exploitation of Occupied Industrial Societies*, Princeton 1996, S. 153 f.

⁴³ GRELKA, Die ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzungsherrschaft 1918 und 1941/42, S. 443. Vgl. für das Desiderat, den möglichen Erfahrungshintergrund noch gründlicher zu untersuchen: WOLFRAM DORNIK u. a., *Ausblick. Die Besatzungsverwaltungen 1918 und 1941/44 im Vergleich*, in: *Die Ukraine zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft 1917–22*, hg. v. DERS. u. a., S. 477–488, hier S. 488.

sichtsloserer und deshalb erfolgreicherer Besatzer. Er erlangte damit eine Deutungshoheit, die seit hundert Jahren anhält: Ober Ost wird bis heute vielfach als Vorbild für die spätere deutsche Terrorherrschaft in Osteuropa gesehen.⁴⁴

Dies ist umso bemerkenswerter, als die Kämpfe und die Besatzung im Ersten Weltkrieg für die Nationalsozialisten in vielerlei Hinsicht Negativmodelle darstellten, weil sie ihnen als viel zu wenig „total“ und radikal galten.⁴⁵ Außerdem wollte Hitler nun gerade keine Verwaltung nur durch das Militär, wie es sie in Ober Ost gegeben hatte.⁴⁶ Männer wie Ludendorff oder Hoffmann hatten sich als apolitische Experten stilisiert, die gerade deshalb der Berliner Administration überlegen gewesen seien. Doch der Nationalsozialismus verfolgte explizit politische Ambitionen und verband mit der Herrschaft im Osten den Anspruch, diesen Raum nicht nur zu verwalten, sondern für die eigene Rasse in Besitz zu nehmen.

Dementsprechend selten waren Referenzen auf bestimmte Maßnahmen, die es zuvor im Osten gegeben hatte. Eine solche Ausnahme machte Max Frauendorfer (1909–1989), nach 1939 Leiter der Arbeitsverwaltung im Generalgouvernement. Er verwies beim Aufbau der Arbeits- und Sozialadministration im besetzten Polen auf die „von aller Welt als hervorragende kulturelle Leistung anerkannte deutsche ‚Oberost-Verwaltung‘“ – nicht aber auf das Generalgouvernement Warschau.⁴⁷ Die Bezugnahme hierauf beschränkte sich im Zweiten Weltkrieg allein auf den Namen „Generalgouvernement“. Vereinzelte wissenschaftliche Untersuchungen über die Okkupation während des Ersten Weltkriegs können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich auch die Nationalsozialisten

⁴⁴ So beispielsweise bei LIULEVICIUS, *Kriegsland im Osten*, S. 20 f.; KRAMER, *Dynamic of Destruction*, S. 47–49.

⁴⁵ Für eine Bezugnahme als eine Art Erfahrungshintergrund im Bereich der einheimischen Wirtschaftspolitik: PRIEMEL, *Lernversagen*, S. 311. Siehe auch: JONAS SCHERNER, *Die Logik der Industriepolitik im Dritten Reich. Die Investitionen in die Autarkie- und Rüstungsindustrie und ihre staatliche Förderung*, Stuttgart 2008, S. 81 f., 298. Demgegenüber wird die Vorbildfunktion des Ersten Weltkriegs im Osten für die rechten Parteien in Weimar betont von: KRAMER, *Dynamic of Destruction*, S. 49.

⁴⁶ Ohne darin einen Widerspruch zu den eigenen Aussagen einer Kontinuität deutscher Gewaltkultur zu sehen: Ebd., S. 334.

⁴⁷ Zitiert nach: WESTERHOFF, *Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg*, S. 324. Zu Frauendorfer vgl.: THOMAS SCHLEMMER, *Grenzen der Integration. Die CSU und der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit – der Fall Max Frauendorfer*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 48 (2000), S. 675–742.

nicht für diesen Vorläufer ihrer Herrschaft interessierten.⁴⁸ Das Generalgouvernement Warschau diente weder als positiver noch als negativer Bezugspunkt, sondern taucht in den Quellen gar nicht auf. Diese Ignoranz gilt in noch viel stärkerem Maße für das Lubliner Pendant, das einem vollkommenen Vergessen anheimfiel – während im 1941 eroberten Ostgalizien immerhin vereinzelt an die dortige Herrschaft Österreich-Ungarns vor 1914 erinnert wurde.⁴⁹ Selbst hochrangige Funktionäre wie der Reichskanzleiminister Hans Heinrich Lammers (1879–1962), der 1918 die administrative Abwicklung des Generalgouvernements organisiert und dem schönen Warschau sogar wehmütige Gedichte gewidmet hatte,⁵⁰ rekurrten nach 1939 nicht mehr auf früher.

Für den Westen stellt sich die Angelegenheit anders dar. In Belgien versuchte die Militäradministration tatsächlich, aus der Geschichte ihrer Vorgänger im Ersten Weltkrieg zu lernen, wie ein Bericht des dortigen Verwaltungschefs Eggert Reeder (1894–1959) belegt. Er konstatierte im Ersten Weltkrieg einen Misserfolg bei der Anwerbung belgischer Arbeitskräfte, den er mit einem zu rabiaten Vorgehen und einer wenig konziliannten Nationalitätenpolitik erklärte – also zu viel Radikalität. Reeder führte den relativen Erfolg seiner eigenen Politik ausdrücklich darauf zurück, dass er aus den negativen Erfahrungen Lehren gezogen habe.

1943 richtete die deutsche Verwaltung sogar eine historische Kommission mit dem Namen „Ausschuss zur Bewertung des Generalgouvernements Belgien“ ein. Bis Kriegsende lagen Studien zur Flamenpolitik, zu

⁴⁸ RICHARD PERDELWITZ, Die Polen im Weltkriege und die internationale Politik, Leipzig 1939; HOLZHAUER, Barzahlung und Zahlungsmittelversorgung in militärisch besetzten Gebieten; WERNER BUTZ, Die kriegswirtschaftliche Nutzung des besetzten Ostraums im Weltkrieg 1914–1918, in: Wissen und Wehr 23 (1942), S. 224–229. Eine Referenz auf die Kohle aus dem Generalgouvernement Warschau bei: FRIEDENSBURG, Kohle und Eisen im Weltkrieg und in den Friedensschlüssen, S. 183. Als Leistungsschauen der Besatzung: KRETZSCHMANN, Die Wiederersthung der Eisenbahnen auf dem östlichen Kriegsschauplatz.

⁴⁹ Dienstbesprechung Hans Franks in Tarnopol, 28.7.1942, in: Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hg. v. WERNER PRÄG / WOLFGANG JACOBMEYER, Stuttgart 1975, S. 527. Diese Referenz war positiv, der Kreishauptmann von Tarnopol wird wie folgt wiedergegeben: „Der Einfluss des alten österreichischen Beamtenums lasse angesichts der Haltung der stark radikal werdenden Jugend und der Bauernbevölkerung mehr und mehr nach. Das sei zu bedauern, weil diese alten Beamten in ihrer Disziplinierung und Arbeitsgewöhnung das gegebene Element der Vermittlung wären. Man versuche deshalb, den Einfluss dieser Beamten zu stärken.“

⁵⁰ LEHNSTAEDT, Mit Führer in Warschau, S. 185.

Kardinal Désiré-Joseph Mercier und zur Justiz vor, wobei die konkrete Perzeption der Analysen bislang nicht erforscht ist.⁵¹

Ideologie und Wirtschaft. Pläne für das besetzte Polen

Ungeachtet der nicht erfolgten Bezugnahme auf den Ersten Weltkrieg existierten 1939 gewisse Überlegungen, was konkret mit einem besetzten Polen geschehen solle. Dies wirft die Frage auf, ob es in den Planungen Ähnlichkeiten zur Ideenwelt der beiden Kaiserreiche gab, die, wenn nicht intentional, dann unbeabsichtigt entstanden und eventuell Ausdruck gleicher Vorstellungen eines „modernen“ Kriegs waren. Immerhin war die Ausgangslage gar nicht einmal so unterschiedlich, denn die polnische Volkswirtschaft war in der Zwischenkriegszeit kaum gewachsen, vielmehr hatte sie bis 1939 gebraucht, um überhaupt den Stand von 1914 zu erreichen.⁵² Das verdeutlicht die Zerstörungen durch Kampfhandlungen, Okkupation und Nachfolgekriege, wozu noch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 1929 kamen. So wuchs die Arbeiterschaft beispielsweise gegenüber 1921 nur um neun Prozent, während die ländliche Bevölkerung um sechs Prozent schrumpfte;⁵³ Fortschritte bei der Infrastruktur und der Rüstungsindustrie ließen sich nur für vereinzelte kleinere Regionen beobachten, so etwa im Centralny Okręg Przemysłowy (Zentraler Industriebezirk), einem Industrialisierungsprojekt im Gebiet von Radom und Kielce, oder im neuen polnischen Ostseehafen Gdingen (Gdynia). Nach wie vor bildeten Metallurgie und Textilien die wichtigsten Wirtschaftszweige, ansonsten war die Ökonomie überwiegend kleinteilig in Betrieben mit weniger als zehn Arbeitern organisiert.⁵⁴

⁵¹ BENOÎT MAJERUS, Von Falkenhausen zu Falkenhausen. Die deutsche Verwaltung Belgiens in den zwei Weltkriegen, in: *Besatzung, Funktion und Gestalt militärischer Fremdherrschaft von der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, hg. v. GÜNTHER KRONENBITTER u. a., Paderborn 2006, S. 131–145, hier S. 142 f.

⁵² BORODZIEJ, *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, S. 178.

⁵³ JANUSZ KALIŃSKI / ZBIGNIEW LANDAU, *Gospodarka Polski w XX wieku*, Warszawa 1998, S. 55.

⁵⁴ Diese Charakteristik folgt den nach wie vor maßgeblichen Werken: LANDAU / ROSZKOWSKI, *Polityka gospodarcza II RP i PRL*; ZBIGNIEW LANDAU / JERZY TOMASZEWSKI, *Gospodarka Polski międzywojennej 1918–1939*, 4 Bände, Warszawa 1967–1989. Für einen deutschsprachigen Überblick: JAN KOFMAN, *Die nationale Wirtschaftspolitik der Zweiten Republik Polen (1918 bis 1939)*, in: *Für eine nationale Wirtschaft. Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg*, hg. v. ÁGNES POGÁNY u. a., Berlin 2006, S. 135–167, hier S. 163–165.

Die Einwohnerzahl des Landes war bis 1938 gegenüber 1913 um 15 Prozent gestiegen, aber gleichzeitig stagnierte die Landwirtschaft und konnte nur in einigen Regionen Produktionszuwächse vorweisen. Insbesondere die östlichen Landesteile, die im Polnisch-Sowjetischen Krieg weitere Verwüstung erlitten hatten, hinkten in der Entwicklung hinterher. Der Getreideanbau stieg um sieben Prozent, der von Kartoffeln um 41 Prozent, wohingegen 32 Prozent weniger Zuckerrüben geerntet wurden; es gab zwölf Prozent mehr Pferde, 22 Prozent mehr Rinder und 37 Prozent mehr Schweine. In der Landwirtschaft befand sich weiterhin die größte Gruppe der Beschäftigten.⁵⁵

Die alten Grenzen der Imperien existierten in Polen in ökonomischer Hinsicht durchaus noch, aber die Versuche, hier gegenzusteuern, hatten bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs immerhin zu einer gewissen Integration geführt; Rechts-, Finanz- und Steuerordnungen waren nun einheitlich.⁵⁶ Allerdings blieb das von Deutschland gewonnene Oberschlesien die am stärksten industriell geprägte Region, gefolgt von den Gebieten um die Städte Warschau und Łódź, und erst danach kamen Radom/Kielce sowie Posen. Galizien und der Osten konnten damit nicht konkurrieren. Dementsprechend betrug 1937 der polnische Anteil an der Produktion der „kapitalistischen“ Länder 1,7 Prozent, der deutsche hingegen zwölf Prozent. Die polnische Wirtschaft stellte Industrieprodukte im Wert von nur etwa 15 Prozent der Produktion des Altreichs her. Deutschland erzeugte pro Einwohner sechsmal soviel Eisen und dreimal soviel Kohle, zugleich lag der Verbrauch um den Faktor 3,7 höher.⁵⁷

Die beiden Länder hatten vor Kriegsausbruch vereinzelt wirtschaftlich zusammengearbeitet, vor allem in der kurzen Periode politischer Annäherung nach 1933. So gab es seit dem 7. März 1934 ein gemeinsames Handelsabkommen, das allerdings kein Clearing – also die gegenseitige Verrechnung der Ausfuhren – vorsah. Das Reich importierte unter diesen Bedingungen mehr, als es nach Polen exportierte, vor allem, weil es einen großen Holzbedarf hatte. Das Handelsvolumen betrug 1936 immerhin 74 Millionen Reichsmark.⁵⁸

⁵⁵ LANDAU / ROSZKOWSKI, *Polityka gospodarcza II RP i PRL*, S. 81 f.

⁵⁶ NIKOLAUS WOLF, *Path dependent border effects: the case of Poland's reunification (1918–1939)*, in: *Explorations in Economic History* 42 (2005), S. 414–438, hier S. 435.

⁵⁷ MATUSAK, *Przemysł na ziemiach polskich w latach II wojny światowej*, S. 95–98.

⁵⁸ DAVID E. KAISER, *Economic diplomacy and the origins of the Second World War. Germany Britain France and Eastern Europe 1930–1939*, Princeton 1980, S. 146 ff., 319.

Eine weitere Kooperation existierte in der Wissenschaft, wo Agronomen an einer Modernisierung der polnischen Landwirtschaft forschten und beispielsweise Vorschläge zu einer gesteuerten Technisierung sowie einer gezielten Melioration von Sumpfgebieten durch Ansiedlung von Menschen aus bevölkerungsreicheren Gegenden machten.⁵⁹ Die späteren nationalsozialistischen „Umvolkungen“ stellten indes keinen direkten Rückgriff auf diese Konzepte dar, weil Vorstellungen von Menschen als technisch-planerischer Verfügungsmasse ganz generell in der Zwischenkriegszeit Konjunktur hatten.

Der Austausch zwischen den beiden Nationen nahm im Zuge der sich verschlechternden politischen Beziehungen weiter ab, was sich auch auf die Kenntnisse über das Nachbarland auswirkte. Neben Tourismus auf mehr als bescheidenem Niveau⁶⁰ war es vor allem das Institut für Ost-europäische Wirtschaft in Königsberg, das sich unter Theodor Oberländer (1905–1998) und Peter-Heinz Seraphim (1902–1979) mit Polen beschäftigte. Sie fertigen Analysen über Ökonomie und Bevölkerungsstruktur an, die rassistisch geprägt waren, jedoch keine direkte Handlungsanleitung für Besatzungspolitik darstellten – eher vermittelten sie die vorurteilsbeladene Sicht, dass „polnische Wirtschaft“ nicht erfolgreich sei.⁶¹

Ökonomisierende Überlegungen für einen künftigen Krieg waren in der Zwischenkriegszeit in militärischen Fachzeitschriften besonders in den Jahren 1936 bis 1939 populär. Sie diskutierten allerdings hauptsächlich die zentral erscheinende Frage, wie Autarkie zu erreichen sei – und das bezog sich vor allem auf Deutschland und in viel geringerem Maße auf Besatzung und Ausbeutung. Diese könnten zwar dazu beitragen, die Unabhängigkeit zu sichern, aber was dabei genau zu erwarten sei – und

⁵⁹ CZESŁAW MADAJCZYK, *Faszycacja polityki agrarnej w Polsce w latach 1934–1939*, in: *Przegląd Historyczny* 45 (1954), S. 56–73.

⁶⁰ Für die deutschen Touristen in Warschau: *Rocznik Statystyczny Warszawy 1936 i 1937*, hg. v. Zarząd Miejski m. st. Warszawy, Warszawa 1938, S. 12.

⁶¹ GÖTZ ALY / SUSANNE HEIM, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt am Main 2004, S. 92–101. Siehe zu Seraphim – und mit ganz ähnlicher Einschätzung zu dessen Tätigkeit: PETERSEN, *Bevölkerungsökonomie, Ostforschung, Politik. Zur „Ostforschung“*, die aber meist eher Russland als Polen betraf, auch: BURLEIGH, *Germany turns Eastwards. Zum Stereotyp der „polnischen Wirtschaft“*, das bereits seit der frühen Neuzeit existierte: HUBERT ORŁOWSKI, *„Polnische Wirtschaft“*. Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit, Wiesbaden 1996. Für die nationalsozialistische Perzeption: DIRK HERWEG, *Von der „Polnischen Wirtschaft“ zur Un-Nation. Das Polenbild der Nationalsozialisten*, in: *Feindbilder in der deutschen Geschichte. Studien zur Vorurteilsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, hg. v. CHRISTOPH JAHR u. a., Berlin 1994, S. 201–223.

auf welchem Wege – wurde nicht besprochen.⁶² Wirtschafts- und finanzwissenschaftliche Kreise besprachen derartige Gesichtspunkte nur gelegentlich und dann als Randaspekte. Vorstellungen einer Raub- und Expansionsökonomie traten eher in vulgärpolitischen Schriften in den ersten Jahren nach 1939 auf.⁶³

Für 1939 gilt deshalb genau wie für 1914: es existierten schlicht keine genaueren, von militärischen oder zivilen Fachleuten ausgearbeiteten Pläne für eine „Nutzbarmachung“ des besetzten Polen. Das galt allerdings für den Westen genauso. Noch viel weniger gab es eine Abstimmung oder gar Koordination der verschiedenen zu besetzenden Länder.⁶⁴ Hitlers Absichten für Polen blieben vage und gingen mindestens bis 1939 nicht über das hinaus, was preußische Polenpolitik bereits im 19. Jahrhundert bedeutet hatte. Selbstverständlich existierte die Vision von einem deutsch zu besiedelnden Imperium im Osten, aber sie war in keinerlei Hinsicht konkret. Sämtliche Planungen in sozialer, politischer und ökonomischer Hinsicht entstanden in den ersten Monaten der Besatzung.⁶⁵

Angesichts der wenig substantiellen Beschäftigung mit dem östlichen Nachbarn war die dafür vorhandene Daten- und Wissensgrundlage spärlich. Als offensichtlich konnten neben den oben geschilderten allgemeinen Einschätzungen lediglich die Bevölkerungszahlen gelten: Im Generalgouvernement beispielsweise lebten 12.100.000 Menschen, zu denen nach der Eroberung Ostgaliziens im Sommer und Herbst 1941 nochmals rund 5,5 Millionen hinzukamen.⁶⁶ 113.000 Einwohner waren so genannte „Volksdeutsche“, also Polen mit mehr oder weniger offensichtlichen deutschen Wurzeln. Sie machten weniger als ein Prozent der Bevölkerung und, für das ganze Land betrachtet, weniger als fünf Prozent aller polnischen Volksdeutschen aus, denn diese lebten vor allem im Westen der Rzeczpos-

⁶² MARKUS PÖHLMANN, Von Versailles nach Armageddon. Totalisierungserfahrung und Kriegserwartung in deutschen Militärzeitschriften, in: An der Schwelle zum totalen Krieg. Die militärische Debatte über den Krieg der Zukunft 1919–1939, hg. v. STIG FÖRSTER, Paderborn 2002, S. 323–391, hier S. 372–378.

⁶³ LUTZ KÖLLNER, Wirtschaft und Gesellschaft in beiden Weltkriegen. Berichte und Bibliographien, München 1980, S. 14.

⁶⁴ RICHARD J. OVERY, German Multi-Nationals and the Nazi State in Occupied Europe, in: War and economy in the Third Reich, hg. v. DERS., Oxford / New York 1994, S. 315–342, hier S. 336.

⁶⁵ CZESŁAW ŁUCZAK, Basic assumptions of the economic policies of nazi Germany and their implementation in the occupied Poland, in: Studia Historiae Oeconomicae 11 (1976), S. 193–213, hier S. 193 f.

⁶⁶ MUSIAL, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung, S. 21.

polita.⁶⁷ Viel größer war die Zahl der Juden, deren Zahl die letzte Volkszählung 1931 mit etwa 3,2 Millionen angab. Ihre Sozialstruktur unterschied sich deutlich von der Masse der Polen, weil sie meist in Städten lebten und insbesondere der Anteil der Handelstreibenden um den Faktor 20 über dem Durchschnitt lag.⁶⁸

Eine erste amtliche Zusammenstellung von Zahlen und Daten über Polen lag erst am 2. Oktober 1939 vor, als der Krieg bereits einen Monat andauerte und sein Ausgang längst feststand.⁶⁹ Die Angaben, die verschiedene militärische wie zivile Dienststellen gleichermaßen nutzen, beruhten auf publiziertem Material, das hauptsächlich in den Jahren 1931 und 1938 entstanden war – das polnische Hauptamt für Statistik hatte seine Erkenntnisse regelmäßig veröffentlicht. Handlungsanweisungen oder Konzepte verbanden sich mit der deutschen Auswertung nicht, die 41 Seiten stellten eher so etwas wie einen Länderbericht dar. Darin stand beispielsweise etwas über die Güte der Böden – das Vorland der Karpaten, Ostgalizien, der Norden der Wojewodschaft Kielce, der Südwesten Lublins sowie das Kulmerland (Pommerellen) galten als besonders ertragreich und als Überschussgebiete. Wegen der Prämisse eigener Überlegenheit wies der Bericht außerdem darauf hin, dass die vormals westpreußischen Gebiete im Grunde viel schlechtere Voraussetzungen boten, aber dank der vorzüglichen früheren deutschen Bewirtschaftung gleichziehen konnten.⁷⁰

In den ersten Monaten der Okkupation kamen die deutschen Behörden erstmals näher mit der polnischen Ökonomie in Kontakt, entdeckten und berichteten über sie. Im nun Litzmannstadt getauften Lodz – diese Umbenennung war eine Referenz auf den Ersten Weltkrieg, denn Karl Litzmann (1850–1936) war der General und spätere NSDAP-Reichstagsabgeordnete, der im Winter 1914 nahe dieser Stadt eine wichtige Schlacht gegen die Russen gewinnen konnte – sammelte das dort stationierte Wehrmacht-Rüstungskommando erste Informationen. Die im Kriegstagebuch festgehaltenen Erkenntnisse gingen jedoch nicht über das hinaus,

⁶⁷ WŁODZIMIERZ BORODZIEJ, Zur Debatte um Kollaboration in Polen im Zweiten Weltkrieg, in: „Kollaboration“ in Nordosteuropa, hg. v. TAUBER, S. 342–352, hier S. 351. Eine Zahl von 310.000 Polen mit deutschen Wurzeln nennt VALDIS O. LUMANS, *Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe 1933–1945*, Chapel Hill 1993, S. 93 f. Die Unterschiede resultieren aus der Definition von „deutsche Wurzeln“.

⁶⁸ GLICKSMAN, *In the mirror of literature*, S. 43 f.

⁶⁹ BA Berlin, R 2 / 23717 (identisch in: R 52 VI / 6). Zusammenstellung von Wirtschaftszahlen des ehemaligen Staates Polen, 2.10.1939.

⁷⁰ Ebd., Bl. 11.

was bereits vor 1939 öffentlich zugänglich war. Die Militärs zeigten sich aber überrascht darüber, dass trotz einer angeblichen sozialen Rückständigkeit gegenüber Deutschland „in polnischer Zeit Qualitätsarbeit geleistet wurde“.⁷¹ Auch seien die Arbeiter motiviert und es bestehe „beste Aussicht auf Erreichen eines dem im [sic] Altreich ähnlichen Niveaus, wenn auch noch viel Erziehungsarbeit geleistet werden“ müsse.⁷²

Das Stereotyp der „polnischen Wirtschaft“ war zwar präsent, wurde aber nicht bekräftigt; ganz im Gegenteil drückten die Offiziere ihr Erstaunen darüber aus, diese Erwartung nicht bestätigt zu finden. Als mindestens genauso bedeutsam muss ihre Einschätzung gelten, „weit mehr Aufgaben [...] als mob[ilisierungs]-mäßig vorgesehen“ zu haben. Der „Einsatz aller möglichen Dienststellen“ habe sich „[s]törend und verwirrend“⁷³ ausgewirkt. Auf gründliche Planungen konnte das Rüstungskommando nicht zurückgreifen, und genauso wenig rekurierte es auch nur annähernd auf frühere Erfahrungen im Ersten Weltkrieg.

Bei allen späteren deutschen Eroberungen sollte sich die Tatsache wiederholen, die so auch schon 1914 zu beobachten war: es gab keine Pläne für eine zielgerichtete Okkupation. Eine gewisse Ausnahme stellte lediglich 1941 die ostgalizische Erdölförderung dar, die für die weitere Kriegführung von großer Bedeutung war. Das Gebiet wurde nach Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ als Distrikt Galizien dem Generalgouvernement zugeschlagen. Während sich die restliche Wirtschaft dieser Gegend – vor allem kleinere Textil- und Holzbetriebe – für die Deutschen als irrelevant darstellte,⁷⁴ hatte die Wehrmacht umfassende Spionageerkenntnisse zur dortigen Ölförderung durch die Sowjets gesammelt. Anzahl und Ergiebigkeit der Quellen sowie ihr weiteres Potential waren daher gut bekannt, selbst wenn es über die Weiternutzung nach dem Krieg keine Planungen gab; zudem sind Angaben dazu überliefert, wie ein Bombenabwurf durch die Luftwaffe durchgeführt werden müsste.⁷⁵

Die nationalsozialistischen Wirtschaftspolitiker und -planer sowohl vor Ort wie im Reich waren auf die Herausforderungen einer Okkupa-

⁷¹ BAMA, RW 21-39 / 1. Kriegstagebuch Rüstungskommando Litzmannstadt. Zusammenfassung über die Ereignisse in der Zeit vom 19.9.1939 bis 31.12.1939.

⁷² Ebd.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ DIETER POHL, Deutsche Wirtschaftspolitik im besetzten Ostpolen 1941–1944, in: Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, hg. v. JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK, Osnabrück 2009, S. 157–169, hier S. 166 ff.

⁷⁵ Das Material findet sich in den zwei Bänden: BAMA, RW 19 / 737 und 740.

tion schlicht nicht vorbereitet. Für keines der eroberten Länder, und insbesondere nicht für Europa als Ganzes, gab es Konzeptionen für eine längerfristige Integration in den eigenen Machtbereich.⁷⁶ Das Polen östlich seiner ins Reich eingegliederten Gebiete war zunächst einfach nur Beutegut, Arbeitskräftereservoir und außerdem ein Gebiet, in das Juden aus dem Reich deportiert werden konnten. Darüber hinaus sollte das Land sich selbst sowie die dort stationierten Truppen versorgen, ohne Zuschüsse aus dem Reich zu benötigen. Ingo Loose hat zuletzt gezeigt, dass der Wehrwirtschaftsstab in den 1930er Jahren immerhin allgemeine Überlegungen zu finanzpolitischen Gesichtspunkten einer Okkupation hatte anstellen lassen. Ohne speziell auf Polen zu fokussieren, griffen die Militärs dabei auf die Idee der Kreditkassenscheine zurück, die im Ersten Weltkrieg unter anderem in Belgien und den besetzten Gebieten Osteuropas verwendet worden waren. Bei diesen Gedankenspielen handelte es sich jedoch um das zu jener Zeit überall verbreitete Handwerkszeug einer Besatzung, denn auch der polnische Generalstab hatte sich damit beschäftigt – für den Fall eigener Eroberungen in Ost oder West.⁷⁷

Nach sechs Monaten Okkupation gab das Statistische Amt des neu geschaffenen Generalgouvernements Polen eine umfangreiche Materialsammlung zur Landwirtschaft heraus; die erste Übersicht in Buchform durch Peter-Heinz Seraphim erschien erst 1941.⁷⁸ Im März 1940 existierte damit erstmals eine aktuelle Informationsgrundlage, auf die sich die deutsche Wirtschaftspolitik stützen konnte. Darin lasen die Besatzer unter anderem, dass das Generalgouvernement ein Brotgetreide-Zuschussgebiet sei. Von den vier Distrikten würde Lublin knapp soviel mehr produzieren, wie Warschau benötige, während zugleich Defizite in Krakau und Radom bestehen blieben. Für die Ernährung der Bevölkerung sei ein Import von über 100.000 Tonnen Getreide notwendig.⁷⁹

Ähnlich sah die Lage im Generalgouvernement bei der Versorgung mit Energie und Heizmaterialien aus. Als leistungsfähig galten vor allem die Textilindustrie sowie die chemischen und metallurgischen Betriebe in

⁷⁶ DIETRICH EICHHOLTZ, Institutionen und Praxis der deutschen Wirtschaftspolitik im NS-besetzten Europa, in: Die „Neuordnung“ Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten, hg. v. RICHARD J. OVERY / GERHARD OTTO, Berlin 1997, S. 29–62, hier S. 34; für den europäischen Kontext: S. 47–53.

⁷⁷ LOOSE, Kredite für NS-Verbrechen, S. 56.

⁷⁸ PETER-HEINZ SERAPHIM, Die Wirtschaftsstruktur des Generalgouvernements, Krakau 1941.

⁷⁹ AAN, 111 / 1411, Bl. 14. Überblick über die Landwirtschaft im Generalgouvernement Polen, März 1940.

Warschau, die allerdings von Bomben und anderen Kriegseinwirkungen 1939 hart getroffen worden waren.⁸⁰ Doch gerade eine externe Versorgung Polens oder gar ein Aufbau sollte nicht erfolgen. Der Generalgouverneur Hans Frank (1900–1946) sprach im Herbst 1940 sehr deutlich von der „Ausnutzung des Landes durch rücksichtslose Ausschachtung, Abtransport aller für die deutsche Kriegswirtschaft wichtigen Vorräte, Rohstoffe, Maschinen, Fabrikationseinrichtungen usw.“.⁸¹ Andererseits hatte er bereits 1939 vor allzu überspannten Erwartungen gewarnt, denn er sah die industriellen Möglichkeiten als gering an, weil so viele Fabriken durch die Kampfhandlungen gelitten hatten.⁸²

Anders als der Westen Polens sollte das Generalgouvernement nicht nach Deutschland eingegliedert werden, sondern vielmehr als eigenständiges Territorium und „Nebenland des Reiches“ weiter bestehen. Seine Ökonomie war im Sinne des obigen Zitats zu behandeln. Insbesondere planten die Besatzer, das Lohn- und Preisgefälle gegenüber Deutschland beizubehalten und gezielt auszunutzen, weil dies die Arbeitsmigration und den billigen Einkauf erleichterte.⁸³ Die Wirtschaft des Landes hatte keine Eigenständigkeit zu behalten, sondern nur noch als Reservoir und Lieferant für das Reich zu fungieren. Eine Rücksichtnahme auf die Bevölkerung war nicht vorgesehen. In den Worten Hans Franks: „Heranziehung der Arbeitskräfte zum Einsatz im Reich, Drosselung der gesamten Wirtschaft Polens auf das für die notdürftigste Lebenshaltung der Bevölkerung unbedingt notwendige Minimum“.⁸⁴

Die politische Ökonomie der Nationalsozialisten für das Generalgouvernement wollte dieses ausschließlich für die eigenen Zwecke nutzbar machen und ausbeuten. Das zielte auf die deutsche Autarkie ab – und ausschließlich darauf. Strukturell damit unvereinbar war allerdings das andere große ideologische Ziel Hitlers: Der Siedlungsraum im Osten. Dafür nämlich war ein groß angelegter Aufbau notwendig, um die erforderlichen Bedingungen für eine „Germanisierung“ zu schaffen – was

⁸⁰ LOOSE, Kredite für NS-Verbrechen, S. 79.

⁸¹ Hans Frank, 3.10.1940, zitiert nach: GERHARD EISENBLÄTTER, Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement, 1939–1945, Frankfurt am Main 1969, S. 112.

⁸² Abteilungsleitersitzung in Krakau, 1.12.1939, in: Das Diensttagebuch, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 71 f.

⁸³ ALY / HEIM, Vordenker der Vernichtung, S. 223.

⁸⁴ Hans Frank, 3.10.1940, zitiert nach: EISENBLÄTTER, Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement, S. 112.

insbesondere Infrastruktur und eine modernisierte Landwirtschaft erforderte. So stand also der prinzipiellen Notwendigkeit von Investitionen der ebenso prinzipielle Wunsch nach Ausbeutung gegenüber. Ersteres hätte den Ausbau der existierenden Ordnung bedeutet, letzteres ihre Abschaffung mit dem Ziel, das Generalgouvernement einer deutschen Großraumwirtschaft unterzuordnen. Zusätzlich verkompliziert wurden diese konträren Absichten noch durch die Feindschaft der einheimischen Bevölkerung, für die beide Ziele unannehmbar waren.⁸⁵

Auch innerhalb der nationalsozialistischen Eliten blieben die Prioritäten ungeklärt und sorgten von Anfang an für Positionskämpfe. Anders als im Ersten Weltkrieg war es 25 Jahre später zuvorderst die Zivilverwaltung des Generalgouvernements, die auf harte Maßnahmen drängte. Wie Frank forderte sein Staatssekretär Josef Bühler (1904–1948), dass die Ausbeutung des Landes „ausschließlich auf die Stärkung der Wirtschaftskraft des Großdeutschen Reiches hinzielen“ dürfe und jeglicher Aufbau dahinter zurückstehen müsse.⁸⁶ Andererseits verwies Frank gegenüber Stellen aus dem Reich auf den Willen Hitlers, „das Gebiet des Generalgouvernements als Dauerbestandteil des Deutschen Reiches zu behandeln“; deswegen dürfe nichts geschehen, was ihm „noch weiteren Schaden zufügt“.⁸⁷

Diese Dichotomie macht es schwer, eindeutige Aussagen über die Stellung des Generalgouvernements im nationalsozialistischen Imperium zu treffen. Der Status als „Nebenland des Reiches“ suggeriert, dass es sich dabei um eine Art Kolonie handelte. So hatte das auch Hans Frank im Herbst 1940 gefordert: „Polen soll wie eine Kolonie behandelt werden, die Polen werden die Sklaven des Großdeutschen Weltreichs werden.“⁸⁸ Doch trotz dieser Interpretation sind Zweifel angebracht, ob die Nationalsozialisten jemals so etwas wie eine Kolonialverwaltung angestrebt haben – zumindest wenn man den in Afrika und Asien üblichen Hebungs- und Zivilisierungsgedanken als Maßstab anlegt; eine Akkulturation der Einheimischen erwarteten die Deutschen jedenfalls nicht, noch erschien sie aus rassistischen Gründen wünschenswert. Auch erfolgte eine Übernahme polnischer Institutionen nur auf kommunaler Ebene, während andererseits keine zentrale Behörde in Berlin für die Verwaltung Polens geschaf-

⁸⁵ LOOSE, Kredite für NS-Verbrechen, S. 68–71.

⁸⁶ JOSEF BÜHLER / WILHELM HEUBER, *Das Generalgouvernement und seine Wirtschaft*, Berlin-Halensee [1940], S. II.

⁸⁷ AAN, 111 / 1294-11, Bl. 11. Generalgouverneur an HTO, 24.7.1940.

⁸⁸ Hans Frank, 3.10.1940, zitiert nach: EISENBLÄTTER, *Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement*, S. 112.

fen wurde – das war erst 1941 mit dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete zu beobachten. Zudem wollten Hitler und Frank explizit keine politikfreie Verwaltung etablieren.⁸⁹

Selbst von einem „eigenartigen Kolonialcharakter und -bereich“ zu sprechen, wie Hans Frank das an anderer Stelle tat, scheint zu weit gegriffen.⁹⁰ Zwar kam immer wieder die Faszination des britischen Weltreichs zum Vorschein, das Hitler in seiner ganz eigenen Interpretation als ein wesentliches Vorbild für sein Handeln ausgegeben hatte, aber Kolonialismus war etwas, das die Nationalsozialisten ganz eigen interpretierten. Deutlich mehr Nähe als zum Commonwealth bestand zum amerikanischen Siedlungskolonialismus, selbst wenn die genuin deutschen Planungen der „Germanisierung“ mehr als bloß eine Devianz oder Weiterentwicklung darstellten: Völkermord als intentionales Programm und Grundbedingung von Politik hatten die USA nicht verfolgt, selbst wenn es auch ihnen darum ging, mittels Deportationen Gebiete für die eigenen Zwecke nutzbar zu machen.⁹¹ Diese „Inspirationen“ führten Hitler und seine Gefolgsleute deshalb auch nur – vereinzelt – als Beispiel an, um dann doch ganz eigene Vorstellungen zu präsentieren.

Die „Nutzbarmachung“ eines Landes wiederum wäre eine nicht weiter bemerkenswerte Überlegung für eine Besatzung, aber die Nationalsozialisten verbanden dies mit absichtlicher Unterdrückung, Ausplünderung, Versklavung und Völkermord, die im Ersten Weltkrieg keinesfalls Ziele in sich darstellten. Härtere Maßnahmen, die damals stets vor dem Hintergrund der Haager Landkriegsordnung diskutiert wurden, sollten vorübergehende Erscheinungen bleiben, die spätestens nach einem Sieg aufzuheben wären. Doch weder Hitler noch Hans Frank und seine Untergebenen gedachten, das Völkerrecht als Maßstab für ihr Handeln anzulegen oder ihr Vorgehen auch nur angesichts irgendwelcher Konventionen zu hinterfragen. Das Land Polen war für sie bloß ein Spielball großgermanischer Ambitionen.

⁸⁹ Vgl. zur Definition von Kolonien: OSTERHAMMEL, *Kolonialismus*, S. 8–11, 13–16, 19 ff., 113 ff.

⁹⁰ Frank auf einer Abteilungsleitersitzung, 19.1.1940, in: *Das Dienstagebuch*, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 90.

⁹¹ MICHAEL SCHWARTZ, *Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2013, S. 189–200.

2. NATIONALSOZIALISTISCHE HERRSCHAFT IN POLEN: STRUKTUREN UND PERSONEN

Wenn Kolonialismus als Vergleichskategorie angewandt wird, lassen sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Herrschaft in Afrika und in Osteuropa herausarbeiten, insbesondere wenn nach kolonialen Praktiken bei Politik und Gewalt gefragt wird. Zunächst ist festzuhalten, dass keine der drei hier analysierten Okkupationen eine Herrschaft anstrebte, die nach tradierten kolonialen Mustern aufgebaut sein sollte; jedenfalls verfolgten sie andere Ziele, als sie in Afrika oder Asien üblich waren. Unabhängig davon waren derartige Herrschaftsformen für die Nationalsozialisten aber zumindest ein Denkhorizont und, wenn man so will, ein Vorbild, selbst wenn ihre eigenen Vorstellungen weit davon abwichen. Das ließ sich im Ersten Weltkrieg nicht beobachten. Niemand kam auf die Idee, von Kolonien in Osteuropa zu sprechen oder gar koloniale Praktiken anwenden zu wollen.

Dennoch stellt sich die Frage nach der Beherrschung und Administration des deutsch besetzten Polens nach 1939, denn Pläne und Vorhaben können sich von der tatsächlichen Umsetzung erheblich unterscheiden. Im Ersten Weltkrieg wurde beispielsweise das Vorhaben des „Grenzstreifens“ ebenso wenig realisiert wie eine Annexion des Landes durch Deutschland oder Österreich-Ungarn, ein unabhängiges Königreich oder eine wirklich freie Selbstverwaltung der Einheimischen, obwohl all dies überlegt worden war. Aber eine Annäherung der Nationalsozialisten an Verwaltungsstrukturen der beiden Generalgouvernements der Mittelmächte wäre im gleichen Gebiet angesichts ähnlicher Anforderungen während eines Kriegs zumindest nahe liegend gewesen. Dies könnte insbesondere durch den Rückgriff auf Personal geschehen, das bereits Erfahrungen in Polen gesammelt hatte; Männer aus der Kolonialverwaltung würden umgekehrt für Präferenzen in diese Richtung sprechen. Darüber hinaus ist zu untersuchen, ob Besatzer eventuell im Ersten Weltkrieg bereits in Osteuropa gedient hatten und von dort Wahrnehmungen und Deutungsmuster mitbrachten, die nun wirkmächtig wurden. Direkt damit verbunden ist außerdem die einheimische Beteiligung an der eigenen Herrschaft, die vielleicht nicht gewollt, aber dennoch notwendig war. Daher sind Formen der Inklusion der Bevölkerung zu untersuchen, ohne an dieser Stelle bereits auf deren Diskriminierung oder die exzessive Gewalt einzugehen, die bis zum Genozid reichte.

Die Aufteilung Polens nach 1939 – Strukturen und Institutionen

Im August 1939 teilten Stalin und Hitler Polen auf. Die Sowjetunion erhielt den Teil des Landes, der östlich der Flüsse Bug und San lag, während der Westen an Deutschland fiel. Anders als im Ersten Weltkrieg entstand dort aber nicht eine einheitliche Besatzungszone, sondern das Gebiet wurde in verschiedene Zonen zerteilt: Die Region um die Städte Bromberg (Bydgoszcz) und Thorn (Toruń) gelangte als Reichsgau Danzig-Westpreußen ins Reich, wobei die Grenzen der bis 1918 preußischen Provinz Westpreußen ein wenig nach Osten verschoben wurden; die ehemalige Provinz Posen um die gleichnamige Stadt erhielt den Namen Reichsgau Wartheland und kam ebenfalls zum Reich, erhielt allerdings mit der Stadt Lodz einen wirtschaftlich wie einwohnermäßig bedeutenden Zuwachs. Im Norden Polens gelangte die Region um Ciechanów als Regierungsbezirk Zichenau zu Ostpreußen, im Süden kamen Kattowitz (Katowice) und Będzin unter der Bezeichnung Ostoberschlesien zur deutschen Provinz Oberschlesien.

All diese Deutschland zugeschlagenen Teile hatten ihre jeweiligen Sonderstatuten und es galten dort, wiewohl sie offiziell Teile des Reiches waren, andere Rechte insbesondere für Polen und Juden. Alleine schon eine Ausdifferenzierung der verschiedenen lokalen Entwicklungen und Besonderheiten könnte eine eigene Monographie füllen.⁹² Diese Studie beschränkt sich auf das „Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“ (ab 31. Juli 1940 nur noch „Generalgouvernement“), jenes am 26. Oktober 1939 geschaffene zentralpolnische Gebiet mit den vier nach ihren größten Städten benannten Distrikten Radom, Lublin, Warschau und Krakau. Im Herbst 1941, nach dem Überfall auf die Sowjetunion, kam dazu noch der Distrikt Galizien mit Verwaltungssitz in Lemberg. Im Norden Polens wurde zudem der Bezirk Bialystok kreiert, der formal nicht zum Reich gehörte, den aber der ostpreußische Oberpräsident Erich Koch (1896–1986) in enger Anlehnung daran beherrschte;⁹³

⁹² Als vorzüglicher Überblick mit Fokus auf die Verfolgung der Juden, aber auch mit weiterführender Literatur: Das „Großdeutsche Reich“ und die Juden. Nationalsozialistische Verfolgung in den „angegliederten“ Gebieten, hg. v. WOLF GRUNER / JÖRG OSTERLOH, Frankfurt am Main 2010. Sowohl für Zichenau wie für Westpreußen fehlen Monographien; für den Warthegau, erneut mit Fokus auf die Judenverfolgung: ALBERTI, Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland. Für (Ost-)Oberschlesien: KACZMAREK, Górný Śląsk podczas II wojny światowej.

⁹³ Die beste Studie dazu ist: RALF MEINDL, Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie, Osnabrück 2007.

weitere vormals polnische Gebiete um die Stadt Wilna gelangten als Generalbezirk Litauen⁹⁴ zum Reichskommissariat Ostland, für das in Berlin das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete zuständig war.

Im Generalgouvernement hatte Hans Frank als Generalgouverneur nicht Warschau zu seiner Hauptstadt gemacht, sondern in bewusster Abkehr vom modernen Polen, aber auch von der sächsisch-polnischen Zeit im 18. Jahrhundert sowie vom Ersten Weltkrieg, Krakau dazu auserkoren. Die Nationalsozialisten erklärten die Stadt als typisch deutsch – selbst wenn der Dienstsitz des Gouverneurs auf dem Burgberg Wawel ehemals das Schloss der polnischen Könige gewesen war und die benachbarte Kathedrale deren sterbliche Überreste bewahrte. Warschau hingegen, „diese ehemals so starke und überhebliche Metropole polnischen Nationalstolzes und polnischer Selbstherrlichkeit“, sollte ganz bewusst einen „tiefen und sinnfälligen Sturz von der Höhe ihrer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Macht in Elend und Not innerhalb kürzester Frist erleben“.⁹⁵

Neben der Administration unter Hans Frank existierte keine parallele Militärverwaltung. Der zivile Teil erstreckte sich über die Distrikte bis hinunter auf überörtliche Ebene, wo nach 1941 insgesamt 59 Kreishauptleute beziehungsweise in größeren Städten Stadthauptleute herrschten.⁹⁶ Auf allen drei Stufen gab es Fachabteilungen, die zwar die Ministerien in Berlin widerspiegeln, aber wegen des nationalsozialistischen Grundsatzes der Einheit der Verwaltung nicht mehr dem Ressortprinzip unterlagen; stattdessen unterstanden sie Gouverneuren und Hauptleuten. Frank legte großen Wert darauf, gerade die Stellung der letzteren zu stärken und ihnen möglichst große Freiheit gegenüber den Distrikten zu ermöglichen.⁹⁷ Gleichzeitig musste er immer wieder darauf hinweisen, dass ausschließlich seine Regierung weisungsbefugt sei, und Sorge dafür tragen, dass die Distrikte und Kreise nicht zu unabhängig agierten und beispielsweise selbst mit Berlin kommunizierten, anstatt den Dienstweg einzuhal-

⁹⁴ CHRISTOPH DIECKMANN, *Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941–1944*, Göttingen 2011.

⁹⁵ Archiwum Państwowe m. st. Warszawy [im Folgenden: AP Warschau], 485 / 343. Probleme der städtischen Finanz- und Haushaltspolitik in Warschau, Referat gehalten von Bürgermeister Dr. Fribolin in Warschau, 15.10.1941. Fribolin leitete die deutsche Aufsicht über die weiter bestehenden Teile der polnischen Stadtverwaltung.

⁹⁶ Umfassend hierzu: ROTH, *Herrenmenschen*.

⁹⁷ MUSIAL, *Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung*, S. 47 f., 69–76.

ten.⁹⁸ Letztlich waren nicht nur Reichsbehörden und ihre Außenstellen im Generalgouvernement an einer Machtausdehnung interessiert und rivalisierten mit Franks Regierung, sondern auch einige der ihm formal nachgeordneten Regional- und Lokalverwaltungen.

Nur im Range eines Staatssekretärs amtierte außerdem später der Höhere SS- und Polizeiführer Friedrich-Wilhelm Krüger (1894–1945). Anders als der Wehrmachtbefehlshaber im Generalgouvernement, der tatsächlich unabhängig die dort stationierten Soldaten kommandierte, zeichnete er für die Polizei und ganz allgemein die „Sicherheit“ in formal Hans Frank unterstellter Position verantwortlich. De facto aber war Krüger mit seinem Apparat, der auf den unteren Ebenen seine Entsprechung fand, unabhängig. Er kommandierte sämtliche Polizeiorgane und SS-Einheiten, die die Ausführenden bei der Verfolgung und Ermordung der Einheimischen waren. Zudem war Krüger als Beauftragter des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums für die deutsche Minderheit sowie sämtliche Germanisierungsbestrebungen verantwortlich und konnte hier ebenfalls weitestgehend ohne Rücksichtnahme auf Frank agieren. Zusätzlich existierten in Polen wie in allen okkupierten Ländern Europas zahlreiche weitere Dienststellen auf wirtschaftlichem Sektor, was für ein erhebliches Maß an Rivalität und Kompetenzüberschneidungen sorgte.⁹⁹ Allerdings ernannte Hermann Göring im Dezember 1939 Frank als Generalbevollmächtigten für den Vierjahresplan im Generalgouvernement. Die entsprechende, am 8. Januar 1940 konstituierte Dienststelle agierte dennoch zunächst relativ unabhängig von der Wirtschaftsabteilung des Generalgouvernements.¹⁰⁰

Innerhalb der Regierung des Generalgouvernements fielen der Hauptabteilung Wirtschaft die Aufgaben zu, die im Reich dem Reichswirtschaftsministerium oblagen. Die ihr unterstehenden Bewirtschaftungsstellen entsprachen den nachgeordneten Reichsstellen oder Reichsbeauftragten. Dementsprechend nahmen die Wirtschaftsabteilungen der Gouverneure in etwa die Aufgaben eines Landeswirtschaftsamts wahr, und die Wirtschaftsämter bei den Stadt- und Kreishauptleuten entsprachen im Wesentlichen ihren reichsdeutschen Pendanten in Landkreisen.¹⁰¹ Ausge-

⁹⁸ AAN, 117 / 1. Geschäftsordnung für die Distriktstellen der Landwirtschaftlichen Zentralstelle [Datum nicht lesbar, ca. Herbst 1942].

⁹⁹ UMBREIT, Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942–1945, S. 183.

¹⁰⁰ BA Berlin, R 2 / 5101, Bl. 11 ff. Frank an Amt des GG, 9.1.1940.

¹⁰¹ BA Berlin, R 52 – VI / 5b. Arbeitsteilung im Gesamtbereich der Wirtschaftsverwaltung im Generalgouvernement, o. D. [Ende 1942, Anfang 1943]

hend hiervon errichtete das Generalgouvernement zahllose weitere Institutionen, um jeweils Teilbereiche in Industrie und Landwirtschaft abzudecken, etwa die Saatgutstelle, die staatlichen Getreide- und Industriewerke, die Ostfrucht, die Vieh- und Pferdehandels GmbH, die Kühlhaus GmbH, den Agrarverlag Ost oder die Forschungsanstalt Pulawy.¹⁰²

Die wichtigste agrarische Institution war die am 20. Januar 1940 errichtete Landwirtschaftliche Zentralstelle. Innerhalb der nächsten Jahre gelang es ihr, die Aufgaben der Behörden des Ernährungssektors auf sich zu vereinen und als Ein- und Ausfuhrstelle zu fungieren. Sie übernahm damit Aufgaben, die sonst Großhandel und genossenschaftliche Organisationen erfüllten. Außerdem diente sie als zentrale Einkaufs- und Beschaffungsbehörde für alle landwirtschaftlichen Bedarfsartikel. Wie privatwirtschaftliche Vorbilder hatte sie einen Verwaltungsrat und einen Vorstand, die Filialen in den Distriktstädten sowie den Kreishauptmannschaften überwachten.¹⁰³ Dennoch war die Agrarverwaltung von Improvisation bestimmt, weil keine gut durchdachte Planung vorlag. So musste beispielsweise das polnische Genossenschaftswesen entgegen ursprünglicher Absichten gefördert werden, da sich nur so die Ghettoisierung und Ermordung zahlreicher jüdischen Händler annähernd kompensieren ließen.

Auf industriellem Gebiet existierten Rüstungsinspektionen der Wehrmacht als dauerhafte Einrichtungen, diverse temporäre Institutionen wie beispielsweise Sonderstäbe des Vierjahresplans, die Haupttreuhandstelle Ost, die beschlagnahmten beziehungsweise enteigneten Besitz verwaltete, Büros etwa der Wirtschaftsgruppen für bestimmte Industriezweige und Rohstoffe, sowie die Karpaten Öl AG, die das ostgalizische Erdöl ausbeuten sollte. Privatwirtschaftliche Unternehmen und insbesondere die halbstaatlichen Hermann-Göring-Werke expandierten ebenfalls nach Osten und beanspruchten Sonderrechte – genau wie die Wirtschaft der SS, die vor allem auf Ghetto- und Lagerarbeit beruhte. Ihre Bedeutung lag weniger in tatsächlicher ökonomischer Stärke als vielmehr darin, dass sie im Dritten Reich als Zukunftsmodell galt. Eine Koordination dieser vielfältigen Institutionen und Aktivitäten erfolgte fast ausschließlich auf Gouvernementebeane, wurde aber selbst da kaum realisiert, so dass der Mangel an Kontakt und Erfahrungsaustausch – neben den ständigen

¹⁰² Instytut Pamięci Narodowej, Warschau [im Folgenden: IPN], 196 / 288. 5 Jahre Aufbauarbeit in der Ernährungs- und Landwirtschaft des Generalgouvernements, 19.10. 1944.

¹⁰³ DR. DR. STEDING, Der organisatorische Aufbau der LZ, in: Die Ernährungswirtschaft 3 (1943), H. 2, S. 33–37.

Kompetenzüberschneidungen – große Schwierigkeiten bereitete: Nicht einmal die hier vorgenommenen Kategorisierungen gab es damals tatsächlich, die komplexe Lage hatte sich nach und nach entwickelt und stellte kein Ergebnis zielgerichteter Prozesse dar.¹⁰⁴

Hans Frank versuchte allerdings, selbst Dienststellen zu gründen, um so einer Konkurrenz durch Reichsministerien zuvorzukommen; er rief beispielsweise im Januar 1940 die „Treuhandstelle für das Generalgouvernement“ ins Leben, weil er der Haupttreuhandstelle Ost, die Hermann Göring unterstand, keine Kompetenzen abtreten wollte. Im Juli 1940 erreichte er zudem die Auflösung der Vierjahresplan-Dienststelle in Krakau, deren Befugnisse ebenso wie die der Bewirtschaftungsstellen für Eisen, Stahl und Kohle nun dem Generalgouvernement zufließen. Auf diese Weise konnte die Regierung in Krakau tatsächlich größere Kompetenzen im Bereich der Wirtschaft unter ihrer Führung vereinen.¹⁰⁵

Die Rivalität war damit jedoch nicht dauerhaft, sondern nur temporär beendet. Streitigkeiten vor allem mit Reichsbehörden stellten für Frank eine deutliche Gefährdung seiner Macht dar, weshalb er mehrfach in Berlin um seine Entlassung nachsuchte – ein letztes Mittel, um seinen Willen durchzusetzen. Doch obwohl Hitler mit Franks „Leistungen“ wenig zufrieden war, hatte er weder personelle noch strukturelle Alternativen und wollte auf seinen alten Gefolgsmann nicht ohne weiteres verzichten. Das Verhältnis von Zentrale und Peripherie blieb ungeklärt, Frank wurde nicht entlassen. Er setzte darum auf Lobbyismus in Berlin und richtete dort eine Dienststelle ein, die die offizielle Vertretung des Generalgouvernements übernahm. Ihr Leiter, Wilhelm Heuber (1898–1957), war ein alter Gefolgsmann Franks und repräsentierte in der Reichshauptstadt ebenso sehr, wie er wirtschaftliche und politische Verbindungen koordinierte. Nicht zuletzt gehörte zu seinen Aufgaben das Anlocken von Touristen und das Anwerben von investitionswilligen Firmen, denen er unter anderem die Treuhandschaft von enteigneten Betrieben antrug.¹⁰⁶

Der Bereich der Industrie erwies sich als wesentlich konfliktträchtiger als die Landwirtschaft, worum sich vor allem der Reichsminister für

¹⁰⁴ EICHHOLTZ, Institutionen und Praxis der deutschen Wirtschaftspolitik im NS-besetzten Europa, S. 36–39.

¹⁰⁵ LOOSE, Kredite für NS-Verbrechen, S. 323.

¹⁰⁶ BÜHLER / HEUBER, Das Generalgouvernement und seine Wirtschaft, S. B 1–3. Für die Mikrostudie einer von Deutschen übernommenen Fabrik vgl. THOMAS PODRANSKI, Der Arbeitseinsatz der jüdischen Bevölkerung in der Privatwirtschaft des Generalgouvernements. Zwischen Zwang, Gewalt und Restfreiheit, in: Zeitschrift für Genozidforschung 11 (2010), S. 33–75.

Ernährung und Landwirtschaft und Heinrich Himmler stritten. Letzterer war als Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums für die wenigen deutschstämmigen Bauern zuständig, was er großzügig als Kompetenz für den Bereich des Agrarwesens interpretierte. Das Generalgouvernement fand sich nicht in diese Auseinandersetzung involviert, kämpfte hingegen mit der Ignoranz verschiedener Reichsbehörden, die im „Nebenland des Reiches“ nur eine vorübergehende Erscheinung sehen und deswegen keine Rücksichten auf die regionalen Besonderheiten und Empfindlichkeiten nehmen wollten; umgekehrt erwuchs Frank dadurch aber auch Spielräume, weil er den Sonderstatus seines Gebiets und seine direkte Beauftragung durch Hitler geltend machen konnte.¹⁰⁷

Die Machtverhältnisse zwischen der Peripherie und den verschiedenen auf eigene Rechnung agierenden Institutionen der Zentrale blieben ständigen Aushandlungsprozessen unterworfen. Exemplarisch dafür steht die Rüstungsinspektion im Generalgouvernement, die in industriellen Fragen – wie andere involvierte Dienststellen – auf alleinige Entscheidungsbefugnisse pochte. Zunächst nur mit Wehrwirtschaftsstellen beziehungsweise Rüstungskommandos in Warschau und Radom präsent, kamen dazu relativ schnell eine Außenstelle in Lublin und im November 1941 ein eigenes Kommando in Lemberg, woraufhin Radom für ein gutes halbes Jahr auf eine Dependence Warschaus reduziert wurde.¹⁰⁸ Diese Dienststellen übernahmen die direkte Leitung von kriegswirtschaftlich relevanten Betrieben, die für die Wehrmacht produzierten. Offiziere sorgten dann für die entsprechende Sonderstellung und Privilegien, wie etwa bevorzugte Zuteilung von Rohstoffen oder Arbeitern inklusive deren Verpflegung und Unterkunft.¹⁰⁹

Weiter sollten sie Eingriffe militärischer und ziviler Behörden in den Betrieb verhindern, wenn erkennbar war, dass dadurch die Produktion beeinträchtigt werden könnte. Gerade diese Aufgabe führte – trotz meist großer Überein- und Zustimmung in den großen Linien – immer wieder zu Auseinandersetzungen mit der Regierung des Generalgouvernements. Im Juni 1944 kumulierten die unschweligen Spannungen zwischen Hans Frank und dem Rüstungsinspekteur, Generalleutnant Max Schindler (1880–1963), in einem offenen Zerwürfnis. Frank warf Schindler bei einer Besprechung in Krakau vor, dass er sich bei Hitler über ihn beklagt und vorgebracht habe, dass das Generalgouvernement Souveränität sogar

¹⁰⁷ LOOSE, Kredite für NS-Verbrechen, S. 70, 285.

¹⁰⁸ BAMA, RW 23 / 6, S. 13 f. Erlass der Rüstungsinspektion im GG, 12.11.1941.

¹⁰⁹ SEIDEL, Deutsche Besatzungspolitik in Polen, S. 97 f.

über einen expliziten Führererlass hinaus beanspruche. Er kanzelte den Rüstungsinspekteur vor seinen Untergebenen ab und verbat sich derartige Unterstellungen, konnte letztendlich aber wenig mehr erreichen als Schindlers Abberufung, die sogar dessen Beförderung zum Rüstungsbeauftragten West nach sich zog.¹¹⁰

Sämtliche Institutionen hatten trotz aller Streitigkeiten ein gemeinsames Ziel: die maximale ökonomische Ausnutzung des Generalgouvernements zugunsten Deutschlands. Die Anzahl der Dienststellen verdeutlicht die Dringlichkeit dieser Absicht, denn jede Behörde erhielt Sonderbefugnisse, um einen bestimmten Bereich möglichst effizient auszubeuten. Das alleine hätte schon genug Konfliktpotential bedeutet, aber die mehr oder weniger ambitionierten Versuche, die eigenen Kompetenzen auszudehnen, verstärkten die Rivalitäten. Gemeinsam war dem deutschen Besatzungsapparat die geringe personelle Ausstattung, die sowohl eine gewisse Kooperation mit den Einheimischen notwendig machte wie auch den mindestens partiellen Erhalt ihrer Rechts- und Wirtschaftsordnung. Frank ließ zwar deutsches Recht einführen, zugleich aber behielten wesentliche Teile des polnischen Gesetzbuchs ihre Gültigkeit; nur wo es einen deutschen Regelungsbereich gab, wurden einheimische Verordnungen obsolet. Die Bevölkerung unterlag weiterhin meist ihrer hergebrachten Gerichtsbarkeit, solange die Interessen der Besatzer nicht betroffen waren.¹¹¹

So entstand ein hybrides Übergangsstadium voller Unklarheit, geprägt von Widersprüchen zwischen ideologisch motivierter Neugestaltung und pragmatischer, auf Ausbeutung fixierter Herrschaft. Die wichtigste Gemeinsamkeit mit den beiden Generalgouvernements im Ersten Weltkrieg war nach 1939 das Regieren in Form von Erlassen und vor allem Verordnungen, die allgemeine Gesetze ersetzten. Weiterhin ist auf den Status als Okkupationsgebiet hinzuweisen, der in allen drei Fällen zunächst unbestimmt blieb. Allerdings wollten die Mittelmächte nach Kriegsende einen polnischen Staat in ihrem Machtbereich schaffen, während dergleichen für die Nationalsozialisten explizit ausgeschlossen war. 1939 und 1941 annektierte Deutschland sogar gewisse Gebiete der früheren Rzeczpospolita, was bei den beiden Kaiserreichen nur Gedankenspiel blieb.

¹¹⁰ Besprechung in Krakau, 3.6.1944, in: *Das Dienstagebuch*, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 856.

¹¹¹ ANDRZEJ WRZYSZCZ, Die deutsche „Wirtschafts“-Rechtsetzung im Generalgouvernement 1939–1945, in: *Das Europa des „Dritten Reichs“*. Recht, Wirtschaft, Besatzung, hg. v. JOHANNES BÄHR / RALF BANKEN, Frankfurt am Main 2005, S. 59–79, hier S. 60 f., 63 f.

Die Verwaltungsstrukturen hätten ebenfalls nicht unterschiedlicher sein können. Das k.u.k. Gebiet um Lublin war eine reine Militäradministration, die das Wiener Armeeoberkommando direkt steuerte. Warschau verfügte über eine starke und unabhängige Zivilverwaltung sowie einen Generaloberst als Gouverneur. Im Zweiten Weltkrieg gab es eine formal unabhängige zivile Verwaltung, neben der weitere mehr oder minder selbständige zivile und militärische Organisationen agierten – etwa die SS oder Dienststellen aus dem Bereich der Wirtschaft. Außer kleineren ökonomischen Befugnissen hatte das Militär aber kaum Kompetenzen in Polen.¹¹² Hans Franks Stellung als Generalgouverneur blieb wesentlich schwächer und seine Kompetenzen waren geringer als die Hans von Beselers, ragte aber über die des österreichisch-ungarischen Pendants hinaus. Auf Kreisebene ähnelten sich die Befugnisse stark, während die mittlere Ebene des Ersten Weltkriegs, anders als die Distrikte 25 Jahre später, kaum bedeutsam war.

Bemerkenswert sind die Gemeinsamkeiten bei der Durchsetzung von Verwaltungsanordnungen: Alle Besatzer folgten einem bürokratischen System, das den nachgeordneten Stellen die Vorgehensweise vorschrieb und ihnen bei gewissem Spielraum grundsätzliche Regeln vorgab. Ganz anders sah es im Ersten Weltkrieg in Ober Ost aus, wo Erich Ludendorff das im preußisch-deutschen Heer verankerte Prinzip des Führens durch Auftrag¹¹³ auf die Verwaltung übertrug. Das bedeutete, den Untergebenen nur die Ziele vorzugeben, ihnen aber weitestgehende Freiheit für den Weg dorthin zu lassen. Das führte zu uneinheitlichem Vorgehen mit wenig Milde und viel Willkür; demgegenüber erwies sich das legalistische Vorgehen Franks zwar als deutlich brutaler und sogar mörderischer, war aber gleichzeitig gelenkter und einheitlicher. Das Generalgouvernement war nach 1939 stets für radikalisierte Vorschläge offen, doch es überließ den ausführenden Organen viel geringere Möglichkeiten bei der Anwendung eigener Ideen. Das Führerprinzip, also die straffe, direkte Lenkung von oben nach unten, stellte das genaue Gegenteil der Eigenverantwortung und Selbständigkeit dar, mit der die preußisch-deutsche Armee so oft ihre militärisch-taktische Überlegenheit – allerdings eben nicht auf administrativem Gebiet – bewiesen hatte. Die „Einheit der Verwaltung“, die in

¹¹² Für die spätere Militärverwaltung in der besetzten Sowjetunion vgl. DIETER POHL, *Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944*, München 2009.

¹¹³ Vgl. nach wie vor: STEPHAN LEISTENSCHNEIDER, *Auftragstaktik im preußisch-deutschen Heer 1871 bis 1914*, Hamburg 2002.

der Praxis nie die Schlagkraft entwickelte, die die Theorie vorsah – denn die institutionelle Konkurrenz existierte nach wie vor, revolutionierte die Verwaltung, da sie das Ressortprinzip aushebelte. Deswegen galt sie im nationalsozialistischen Sinne als besonders gut geeignet für koloniale oder halbkoloniale Gebiete und sollte nach Franks Meinung sogar als Vorbild für eine spätere Reform der Administration in der Heimat dienen.¹¹⁴

Die insbesondere von angloamerikanischen Forschern wiederholt postulierte „Neigung“ deutscher Soldaten zu Repressionen und Genozid¹¹⁵ lässt sich für die Okkupationen deshalb schon rein logisch nicht schlussfolgern: In Polen hatte lediglich Österreich-Ungarn eine Militäradministration etabliert, die ganz anders funktionierte als in Ober Ost. Hierfür Radikalisierungstendenzen zu konstatieren ist richtig, lässt aber außer acht, dass diese nicht zentral gesteuert, sondern ganz im Gegenteil aus der nicht erfolgten Lenkung resultierten – und keinesfalls einheitlich waren. Im Nationalsozialismus wiederum erlangte die Wehrmacht neben Serbien nur in den Territorien unmittelbar hinter der Front, den rückwärtigen Heeresgebieten, überhaupt Besatzungskompetenzen¹¹⁶ – mit der Ausnahme von Westeuropa, wo die Gewalt wesentlich begrenzter war als im Osten. Dort hingegen sorgten vor allem Zivilverwaltungen und die SS für Terror und Massenmord. Explizit war die Administration im Generalgouvernement politisch orientiert, was im Ersten Weltkrieg von Ober Ost über Warschau bis nach Lublin alle Beteiligten nicht sein wollten.

Führer-Persönlichkeiten. Die Besatzer im Generalgouvernement

Am 12. Dezember 1935 organisierten Beamte der früheren Zivilverwaltung des Generalgouvernements Warschau eine Wiedersehensfeier in Berlin. Die Abwicklungsstelle des Generalgouvernements unter dem erwähnten nunmehrigen Leiter der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, hatte unmittelbar nach dem Krieg Adresslisten der Beschäftigten im höheren Dienst angelegt, die auch danach weitergeführt wurden.¹¹⁷ Die

¹¹⁴ MAJER, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich, S. 487–490.

¹¹⁵ HORNE / KRAMER, Deutsche Kriegsgreuel 1914; HULL, Absolute Destruction; KRAMER, Dynamic of Destruction. Zur Kritik daran zuletzt: CHU u. a., A Sonderweg through Eastern Europe?, S. 342.

¹¹⁶ POHL, Die Herrschaft der Wehrmacht.

¹¹⁷ BAMA, RH 61 / 15. Stellungnahme des Regierungspräsidenten a. D. Dr. Otto von Steinmeister, letzter Verwaltungschef GGW, 11.1.1936.

meisten ehemaligen Besitzer machten nach 1918 normale Verwaltungskarrieren und waren teilweise in verantwortungsvolle Positionen aufgestiegen, blieben aber – mit Ausnahme von Lammers – alle unterhalb der Spitzenebene. Keiner von ihnen bekleidete eine Stellung, die für künftige Okkupationsplanungen relevant gewesen wäre, und durch die NSDAP geförderte Karrieren blieben die Ausnahme. Gerade die wohlhabenderen Adeligen hatten sich zudem meist auf ihre Güter zurückgezogen und waren gar nicht mehr im Staatsdienst tätig.¹¹⁸

Schon rein altersmäßig kamen diese Männer, die im Ersten Weltkrieg wichtigere Funktionen im Generalgouvernement bekleidet hatten, für ebensolche Posten nach 1939 nicht mehr in Frage. Aber auch aus anderen Gründen ließen sich keine personellen Kontinuitäten beobachten. Hans Frank holte für Leitungsstellen in der Regierung, den Distrikten und partiell sogar auf Kreisebene einerseits Bekannte, andererseits ganz allgemein ausgewiesene Nationalsozialisten, die meist in ihren dreißiger und vierziger Jahren waren und üblicherweise einen Studienabschluss vorweisen konnten. Nach 1914 wählten die Reichsbehörden dafür Personal im gleichen Alter aus, das dem höheren Dienst entstammte und die juristischen Staatsexamina abgelegt hatte – 25 Jahre später waren diese Männer schlicht zu alt, um für Frank überhaupt in Frage zu kommen. Unterhalb dieser Leitungspositionen ergaben sich im mittleren oder gehobenen Dienst ganz ähnliche Altersentwicklungen, da ein Aufstieg fast ausschließlich innerhalb dieser Grenzen möglich war. Und aus genau dem gleichen Grund gab es auch niemanden im Generalgouvernement des Zweiten Weltkriegs, der Erfahrungen in der Kolonialverwaltung des Kaiserreichs vorweisen konnte.

Nun hatten selbstverständlich einige von Franks Untergebenen an der Ostfront des Ersten Weltkriegs gedient, dann aber als Soldaten oder subalterne Offiziere, nicht jedoch in der Okkupationsverwaltung. Die Militärs hatten die damals gemachten Erkenntnisse, wie im letzten Kapitel ausgeführt, jedoch weder evaluiert noch bewahrt, und in den niederen Rängen fehlte es schlicht an einer institutionalisierten Tradition: Bei Kriegsausbruch 1939 entstammten lediglich 3.200 der Wehrmacht-Offiziere noch dem 100.000-Mann-Heer der Weimarer Republik.¹¹⁹ Die Weitergabe von Erfahrungen konnte schon aus diesem Grund nicht erfolgen,

¹¹⁸ BAMA, RH 61 / 15. Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte, diverse Schreiben zum Kriegsende in Warschau.

¹¹⁹ PHILIP M. H. BELL, *The origins of the Second World War in Europe*, New York 2007, S. 216 f.

war andererseits auch gar nicht erwünscht, eben weil der Nationalsozialismus eigene Herangehensweisen verfolgte, die dem apolitischen Anspruch der preußischen Militärs zuwiderliefen.

Dieser Anspruch des Neuen galt auch für die Zivilverwaltung, weshalb nach dem Überfall auf die Sowjetunion Bewerber, die dort Dienst tun wollten und sich auf eigene Erfahrungen in Ober Ost beriefen, genau deswegen größtenteils abgelehnt wurden.¹²⁰ Die Söldner, die nach Kriegsende im Baltikum gegen sowjetische Einheiten gekämpft hatten, stellten eine andere Kategorie dar, denn Freikorpsangehörige waren im Nationalsozialismus als politische Kämpfer tendenziell wohlgekommen. Sie konnten nach 1941 teilweise in Führungsstellen im Reichskommissariat Ostland gelangen.¹²¹ Für die allermeisten seit 1939 für Besatzung und Mordpolitik Verantwortlichen war der Weltkrieg insofern relevant, als sie gerade nicht daran teilgenommen hatten: Die „Kriegsjugendgeneration“ empfand das als persönlichen Verlust, weil ihnen ein Beitrag zu diesem „heroischen Ringen“ einerseits versagt geblieben war¹²² – und in ihrer Jugend andererseits immer wieder darauf Bezug genommen wurde.¹²³

Für Hans Frank waren Erfahrungen im Osten nicht wichtig, denn er hatte ganz eigene Vorstellungen von geeignetem Personal. Er wollte nicht „müde, verstaubte Aktenmenschen, bürokratisch-versippte Gesellen“, sondern einen „Abguss wahrer Tüchtigkeit“ in seiner Gefolgschaft und vor allem „absolut polenvernichtungsentschlossene Recken“. ¹²⁴ Zuständig für die Auswahl war indes das Reichsministerium des Innern, das wie schon 1914 Beamte aus Ländern und Kommunen für den Dienst in Polen unterhalb der Spitzenpositionen abordnete. Für den höheren und gehobenen Dienst schickte Berlin bis 1944 fast 4.700 Beamte sowie einige

¹²⁰ BERNHARD CHIARI, *Geschichte als Gewalttat. Weißrußland als Kind zweier Weltkriege*, in: *Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich*, hg. v. THOSS / VOLKMANN, S. 615–631, hier S. 627. Das Gegenteil behauptet, allerdings ohne spezifische Belege: LIULEVICIUS, *War land on the Eastern front*, S. 329 f.

¹²¹ HANS-HEINRICH WILHELM, *Personelle Kontinuitäten in baltischen Angelegenheiten auf deutscher Seite von 1917/19 bis zum Zweiten Weltkrieg?*, in: *The Baltic in International Relations Between the two World Wars*, hg. v. JOHN HIDEN / ALEKSANDER LOIT, Stockholm 1988, S. 157–170.

¹²² Anhand des Führungspersonal im Reichssicherheitshauptamt untersucht dies: MICHAEL WILDT, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002.

¹²³ Dazu umfassend: WEINRICH, *Der Weltkrieg als Erzieher*.

¹²⁴ *Das Diensttagebuch*, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 18.

tausend Angestellte, wobei letztere nur vereinzelt Leitungsfunktionen ausübten.¹²⁵

Das Reichsministerium des Innern war allerdings nicht primär an Parteigängern des Nationalsozialismus interessiert, sondern suchte zunächst qualifiziertes Personal für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes. Allerdings stammten von den über 70.000 Abordnungen des öffentlichen Dienstes nach Polen einschließlich Post und Reichsbahn – bei weniger als 19.000 deutschen Beschäftigten direkt beim Generalgouvernement, den Distrikten und Kreisen – längst nicht alle aus der Innenverwaltung, sondern auch von anderen Fachadministrationen wie Finanzen oder Justiz (vgl. Tabelle 17).¹²⁶ Es gab daher keine einheitliche Abordnungspolitik, zumal für Angestellte ein anderes Procedere zum Tragen kam als bei Beamten. Die Heimatbehörden listeten die Namen auf und gaben sie weiter, wobei – im Unterschied zur Reichsebene – eine negative Auswahl stattfand, weil diese Ämter nur ungern kompetentes Personal aus ihrem immer mehr sich ausdünnenden Bestand abgaben.

Tabelle 17: Deutsche in der Zivilverwaltung des Generalgouvernements Polen¹²⁷

	1940	1941	1942	1943	1944
Planmäßige eigene Beamte	–	–	1.234	3.924	3.797
Deutsche beamtete Hilfskräfte	2.038	2.503	2.058	863	872
SS-Dienstgrade	41	42	158	228	242
Angestellte	5.221	8.013	10.772	11.061	12.158
Arbeiter		2.363	1.549	1.668	1.481
Gesamt	7.300	12.921	15.771	17.744	18.550

¹²⁵ Vgl. hier und im Folgenden zur Personalauswahl: STEPHAN LEHNSTAEDT, „Ostnieten“ oder Vernichtungsexperten? Die Auswahl deutscher Staatsdiener für den Einsatz im Generalgouvernement Polen 1939–1944, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 55 (2007), S. 701–721.

¹²⁶ Ebd., S. 708.

¹²⁷ Grundlage hierfür sind die gedruckten Haushaltspläne des Generalgouvernements. 1944 Planzahlen, 1940–1943 Ist-Zahlen. Mit der damaligen Bezeichnung „deutsche beamtete Hilfskräfte“ sind die aus dem Reich abgeordneten und versetzten Beamten gemeint. Vgl. zu den Zahlen allgemein MUSIAL, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung, S. 90 f.; LEHNSTAEDT, „Ostnieten“ oder Vernichtungsexperten?, S. 708.

Anders als bei den Staatsbediensteten prüfte die Innenverwaltung die zahlreichen freiwilligen Meldungen von außerhalb des öffentlichen Dienstes recht genau. Sie waren häufig durch Abenteuerlust und Karrierestreben motiviert, und in nicht wenigen Fällen ging es schlicht darum, dem Dienst in der Wehrmacht zu entkommen: Es gab Kriminelle genauso wie Minderjährige, Wehrpflichtige oder Rentner. Im Unterschied zu den lokalen Behörden in Polen, die ab Mitte 1940 selbst ihre Angestellten einstellen konnten, versuchte das Innenressort auch hier, ungeeignete Kandidaten herauszufiltern. Entsprechend gering war die Zahl derer, die genommen wurden, und entsprechend groß war die Suche nach Bediensteten in Polen – dort fand entgegen den Absichten des Innenministeriums keine echte Auswahl mehr statt, es wurde fast jeder eingestellt, der um Verwendung nachsuchte. Frank sah die daraus resultierenden Probleme durchaus, war aber

„froh, wenn überhaupt einer da ist, der mir als Beamter hilft, dann erst kann ich darüber reden, wie und warum und wann er es tut. Nach dem Kriege, so hoffe ich, werden sich die Schleusen öffnen und wir das Beste vom Besten bekommen. Aber jetzt muss ich zufrieden sein, wenn die Karre überhaupt läuft.“¹²⁸

Damit benannte der Generalgouverneur den wesentlichen Unterschied zwischen Anspruch und Realität in der so ideologisch aufgeladenen nationalsozialistischen „Menschenführung“. Hatte er selbst noch 1940 gegenüber dem Völkischen Beobachter getönt, er „schicke jeden heim, der nichts taugt, jeden Schwächling, jeden Tranfunseligen“, ¹²⁹ so sah die Wirklichkeit ein Jahr später ganz anders aus.

Gerade aus nationalsozialistischem Blickwinkel arbeiteten in Polen zahlreiche „Ostnieten“, die den Ansprüchen weder in fachlicher noch in weltanschaulicher Sicht genügten.¹³⁰ Alfred Rosenberg, der Chefideologe der Nationalsozialisten, notierte im September 1940 in seinem Tagebuch:

„Zu meiner grossen Freude betonte der Führer, dass er nach d.[em] Krieg dem Osten die besten Kulturanstalten bauen wolle: Theater, Museen. Der Osten dürfe keine Verschickungsstelle für schlechte Beamte werden. Es sei doch ein schönes Land.“¹³¹

¹²⁸ Besprechung der Regierung des GG, 11.1.1941, in: Das Dienstagebuch, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 320 f.

¹²⁹ Interview Franks mit dem Völkischen Beobachter, 6.2.1940, in: Ebd., S. 106.

¹³⁰ LEHNSTAEDT, „Ostnieten“ oder Vernichtungsexperten?, S. 717 f.

¹³¹ Tagebuch Alfred Rosenbergs, 6.9.1940, S. 433, online verfügbar unter: <http://collections.ushmm.org/view/2001.62.14?page=433> (Zugriff am 15.2.2016).

Genau das geschah allerdings. Reich, Länder und Kommunen entsandten ins Generalgouvernement und später in die besetzten sowjetischen Gebiete vorwiegend diejenigen Männer und Frauen, für die sie daheim keine Verwendung hatten. Nur in den seltensten Fällen handelte es sich um Fachleute, die beispielsweise wirtschaftliche Kompetenzen vorweisen können. Das galt für das Rüstungskommando Litzmannstadt genauso wie für die Ziviladministration. Und wie schon nach 1914 hatten diese Administratoren nur wenig Interesse an ökonomischen Fragen.

Aber es gab Ausnahmen, wie beispielsweise Walter Emmerich (1895–?), den Frank als Abteilungsleiter Wirtschaft ins Generalgouvernement holte. Emmerich hatte als Kaufmann gearbeitet und anschließend in Hamburg in Volkswirtschaft promoviert. Danach arbeitete er an der Universität als Assistent, um ab 1935 in der Senatsverwaltung tätig zu werden. 1940 kam er nach Polen, und seit Sommer 1941 leitete er zudem die dortige Vierjahresplanbehörde. Der NSDAP war er 1937 vorwiegend aus Opportunismus beigetreten. Er machte gegenüber den Parteikarrieristen im Generalgouvernement immer wieder deutlich, dass sie von Wirtschaft keine Ahnung hatten und nicht ökonomisch rational handelten. Emmerich gelang es zudem, vormalige Untergebene in seiner Abteilung zu installieren, wie etwa Max Biehl, der vor dem Krieg Redakteur des Hamburger „Wirtschaftsdienstes“ gewesen war, oder Dr. Helmut Seifert, den bisherigen Leiter der Treuhandverwaltung in Hamburg.¹³²

Doch Emmerich und seinen Gefolgsleuten fehlte bei allen Einflussmöglichkeiten die politische Macht, um Richtungsentscheidungen zu fällen. Diese Möglichkeit hatte zuvorderst der am 23. Mai 1900 geborene Hans Frank, der beim Einmarsch in Polen 39 Jahre alt und bereits seit 1923 Mitglied der NSDAP war. Zum Einsatz im Ersten Weltkrieg war er nicht mehr gekommen, schloss sich nach 1918 allerdings dem Freikorps Epp in München an. Nach einem Jurastudium mit Promotion in Kiel vertrat Frank als Rechtsanwalt vor allem NSDAP-Angehörige, die wegen Gewalt gegen politische Gegner vor Gericht standen. 1928 gründete er den Nationalsozialistischen Deutschen Juristenbund, der später als NS-Rechtswahrerbund die Pflichtorganisation aller Juristen im Dritten Reich wurde. In zahlreichen Prozessen verteidigte Frank außerdem Hitler selbst, was ihm dessen Anerkennung und die Rolle als Hausjurist einbrachte. Seit 1930 Reichstagsabgeordneter, konnte er nach 1933 ein Jahr das Amt als bayerischer Justizminister ausüben, bevor er Minister ohne Portfolio in der Reichsregierung wurde und dieses Amt mit weiteren Positionen im

¹³² ALY / HEIM, *Vordenker der Vernichtung*, S. 225, 232.

Bereich der Justiz verband. Generalgouverneur in Polen war Frank von Herbst 1939 bis 1945 – er floh Mitte Januar 1945 vor der Roten Armee nach Bayern, wurde dort von den Amerikanern verhaftet, vom Nürnberger Hauptkriegsverbrechertribunal wegen seines mörderischen Regimes in Polen zum Tode verurteilt und am 16. Oktober 1946 hingerichtet.¹³³

Zentrale Rollen im Generalgouvernement kamen Franks beiden Staatssekretären Friedrich-Wilhelm Krüger und Josef Bühler zu. Der am 16. Februar 1904 geborene Bühler hatte aufgrund seines Alters ebenfalls nicht am Ersten Weltkrieg teilgenommen, dafür aber seit 1930 als Jurist in Franks Kanzlei gearbeitet. Dieses Sprungbrett sowie seit 1933 seine NSDAP-Mitgliedschaft nutzte er für eine Karriere zunächst im Reichsjustizministerium und später als Oberstaatsanwalt in München, bevor er ab 1938 wieder für Frank tätig wurde und dessen Ministerialbüro leitete, ab Dezember 1939 im Rang eines Ministerialdirektors. Danach folgte er Frank ins Generalgouvernement als Amtschef und war seit März 1940 Staatssekretär und Stellvertreter. In dieser Funktion leitete er die Zivil- und Justizverwaltung weitgehend selbständig. Nach dem Krieg musste er zunächst in Nürnberg im Verfahren gegen Frank aussagen, bevor er an die Volksrepublik Polen ausgeliefert wurde, die ihm den Prozess machte, ihn zum Tode verurteilte und am 21. August 1948 für seine Verbrechen hingerichtete.¹³⁴ Zuvor hatten Frank und Bühler ihre Verteidigungsstrategie dahingehend abgestimmt, alle Verantwortung für den Völkermord an Polen und Juden auf die SS und deren Exponenten Friedrich-Wilhelm Krüger abzuwälzen.

Der am 8. Mai 1894 geborene Krüger hatte nach einer Ausbildung in den Kadettenanstalten in Karlsruhe und Berlin im Ersten Weltkrieg als Offizier gedient und ihn als Oberleutnant überlebt. Mit seinem Infanterie-Regiment Nr. 25 („von Lützow“) kämpfte er insgesamt weniger als einen Monat an der Ostfront, sammelte also fast ausschließlich im Westen

¹³³ Eine politische Biographie, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, fehlt bislang. In Ansätzen: DIETER SCHENK, Hans Frank. Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur, Frankfurt am Main 2006. Speziell zu Holocaust und Germanisierung: MARTYN HOUSDEN, Hans Frank. Lebensraum and the Holocaust, New York 2003. Als zentrale Quelle für Franks Herrschaft in Polen: Das Diensttagebuch, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER.

¹³⁴ Eine monographische Untersuchung zu Bühler fehlt. Für grundlegende Informationen: MUSIAL, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung, S. 382. Umfangreiches Material in den Akten aus dem Prozess gegen Bühler in: IPN, Bestand GK 196. Eine Zusammenfassung des Prozesses in: UN War Crimes Commission, Law Reports of Trials of War Criminals. Volume XIV, London 1949, S. 23–48.

Erfahrungen – auf die er gelegentlich während des Zweiten Weltkriegs Bezug nahm.¹³⁵ Nach zwei Jahren in Freikorps arbeitete Krüger als Kaufmann, trat 1929 der NSDAP sowie Anfang 1931 der SS bei, und wurde 1932 Reichstagsabgeordneter. Von Anfang Oktober 1939 bis Ende 1943 war er Höherer SS- und Polizeiführer Ost im Generalgouvernement – seit Mai 1942 zugleich als Staatssekretär für das Sicherheitswesen – und kommandierte dort alle SS- und Polizeieinheiten. Wegen kontinuierlicher Kompetenzstreitigkeiten mit Hans Frank berief Himmler seinen Untergebenen zuletzt ab, woraufhin Krüger verschiedene SS-Divisionen im Antipartisanen- und Kampfeinsatz befehligte. Nach Kriegsende brachte er sich am 10. Mai 1945 in amerikanischer Gefangenschaft um.¹³⁶

Sein Nachfolger im Generalgouvernement, Wilhelm Koppe (1896–1975), hatte ebenfalls als subalterner Offizier an der Westfront des Ersten Weltkriegs gedient, danach als Kaufmann gearbeitet und anschließend in NSDAP und SS Karriere gemacht, die ihm genau wie Krüger 1933 ein Reichstagsmandat einbrachte; 1939 wurde er zunächst Höherer SS- und Polizeiführer im Warthegau, brachte also nach Krakau bereits einige Erfahrung mit Massenmord in Polen mit. Nach Kriegsende konnte Koppe untertauchen und entging in den 1960er Jahren einem Verfahren in der Bundesrepublik wegen seines schlechten Gesundheitszustands, so dass er 1975 in Bonn starb, ohne je für seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen worden zu sein.¹³⁷

Ähnliche Charakteristika zeigen sich bei vielen Kreishauptleuten, denen auf lokaler Ebene die Entscheidungsgewalt zukam. Dank einer gruppenbiographischen Studie von Markus Roth sind diese Männer und ihre Politik hervorragend untersucht und es liegen zu allen von ihnen zumindest grundlegende prosopographische Angaben vor. Wie schon das Spitzenpersonal verfügten auch die allermeisten von ihnen nicht über Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg oder Kenntnisse von Osteuropa. Für ihre sich stetig verschärfende mörderische Politik gegenüber Polen und Juden spielten die Wettbewerbssituation innerhalb der Gruppe, ein historisches Sendungsbewusstsein im nun deutschen Osten, Kulturschock-

¹³⁵ Auskunft von Nicolas Patin, Paris, der an einer Biographie Krügers arbeitet.

¹³⁶ Siehe bislang zu Krüger nur: MARTYN HOUSDEN, Security policing. A „successful“ investigation from the Government General, in: *German History* 14 (1996), S. 209–216; LARRY V. THOMPSON, Friedrich-Wilhelm Krüger. Höherer SS- und Polizeiführer Ost, in: *Die SS. Elite unter dem Totenkopf*, hg. v. RONALD SMELSER / ENRICO SYRING, Paderborn 2000, S. 320–331.

¹³⁷ Die ausführlichste Darstellung zu Koppe bei: SZYMON DATNER, Wilhelm Koppe. *Nieukarany zbrodniarzy hitlerowski*, Warszawa 1963.

erfahrungen – die gewissermaßen das Gegenteil zum Weltkriegshintergrund darstellten –, ihre großen Freiräume, das Besatzermilieu und die Kriegssituation eine wesentlich größere Rolle als Referenzen auf frühere Zeiten. All diese Faktoren legitimierten in ihren Augen ein hartes Vorgehen gegen die Einheimischen, das ihnen als „Herrenmenschen“ angeblich zustand.¹³⁸

„Land ohne Quisling“ – Zusammenarbeit mit Polen

Wie schon im Ersten Weltkrieg – und bei Okkupationsherrschaft zu allen Zeiten – ließ sich das Land nicht ganz ohne die Beteiligung der Bevölkerung beherrschen. So kamen beispielsweise auf 12.000 deutsche Ordnungspolizisten etwa ebenso viele polnische „Blaue Polizisten“ (*policja granatowa*, benannt nach ihrer Uniformfarbe).¹³⁹ Im Distrikt Lublin arbeiteten Ende 1939 ganze 51 Deutsche – inklusive Sekretärinnen – und verwalteten ein Viertel des Generalgouvernements; in der Finanzverwaltung dieses Distrikts waren knapp drei Jahre später nur zwölf deutsche Steuerbeamte tätig, die allerdings die Aufsicht über 800 Polen führten, die die tatsächliche Arbeit erledigten.¹⁴⁰

Die Fiskalbehörden hatten zu Beginn der Okkupation 125 polnische Finanzämter übernommen und später je fünf bis sechs von ihnen zusammengefasst, die nun unter einem deutschen Steuerinspektor standen – im Distrikt Lublin waren das die erwähnten zwölf Mann. Die mittleren einheimischen Instanzen entfielen, ihre Kompetenzen gingen auf die lokalen Ämter über, in denen die bisherigen polnischen Bediensteten weiter arbeiteten.¹⁴¹

Der Distrikt Warschau hatte Ende 1942 noch fast 64.000 polnische Beschäftigte, darunter beispielsweise 78 im Staatsarchiv oder 330 beim Theater, während alleine 33.646 bei der Stadt Warschau arbeiteten. Diese Zahlen umfassten nicht das polnische Personal der Ostbahn oder der Post,

¹³⁸ ROTH, Herrenmenschen.

¹³⁹ BORODZIEJ, Terror und Politik, S. 34 f.

¹⁴⁰ MUSIAL, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung, S. 40. Zur *policja granatowa*: HEMPEL, Pogrobowcy klęski, rzecz o policji „granatowej“ w Generalnym Gubernatorstwie.

¹⁴¹ Abteilungsleitersitzung in Krakau, 1.12.1939, in: Das Dienstagebuch, hg. v. PRÄG/JACOBMEYER, S. 71 f.

das auf dem Gebiet des Distrikts tätig war.¹⁴² Selbst kleine Behörden wie die Rüstungsinspektion der Wehrmacht unter General Max Schindler kamen nicht ohne Polen aus: Von den 111 Angestellten im September 1942 waren rund die Hälfte keine Deutschen.¹⁴³ Je weiter man in der bürokratischen Hierarchie nach unten stieg, desto größer wurde der Anteil der einheimischen Beschäftigten. Andererseits forschten am neu gegründeten Krakauer „Institut für Ostarbeit“ rund 150 ehemalige Wissenschaftler der örtlichen Jagiellonen-Universität. Auf Grundlage ihrer Arbeit konnte das Institut unter anderem die Propaganda-Zeitschrift „Die Burg“ herausgeben.¹⁴⁴

An dieser Stelle soll nicht die teilweise erbitterte Debatte über die moralische Bewertung von Kollaboration in Polen – und ob beziehungsweise in welchem Umfang man überhaupt davon reden kann – weitergeführt werden.¹⁴⁵ Stattdessen wird umgekehrt die Frage gestellt, welchen Stellenwert die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung für die Deutschen hatte, inwieweit sie darauf angewiesen waren und welche Absichten sie damit verfolgten. Dabei ist zunächst festzuhalten, dass es keine offiziellen Kollaborationsangebote von Seiten der Nationalsozialisten gab. Die Ausnahme des Polnischen Baudienstes im Generalgouvernement, in dem Freiwillige gegen Kost und Logis sowie den lächerlich geringen Lohn von einem Złoty pro Tag für die Deutschen Straßen bauen sollten, blieb notorisch erfolglos. Statt der angestrebten 150.000 Arbeiter kamen nie mehr als 45.000 zusammen, fast alle zwangsweise, so dass ständiges Fliehen zu beobachten war.¹⁴⁶

Polen war am 8. Oktober 1939 vollständig erobert, seine Organisationen abgeschafft und verboten, ihr Leitungspersonal wurde verfolgt. Die Deutschen wollten auf keinen Fall Einheimische in verantwortlichen Positionen beschäftigen. Hitler wies derartige Überlegungen im Sommer

¹⁴² AP Warschau, 482 / 85, Bl. 24. Nichtdeutsches Personal der Distriktverwaltung Warschau, Ende 1942.

¹⁴³ BAMA, RW 23 / 1, Bl. 3 ff. Geschäftsverteilungsplan der Wehrwirtschaftsinspektion im Generalgouvernement / Rüstungsinspektion des Reichsministers für Bewaffnung und Munition, 1.11.1942.

¹⁴⁴ RYBICKA, Instytut Niemieckiej Pracy Wschodniej.

¹⁴⁵ Vgl. hierzu zuletzt: MAREN RÖGER / STEPHAN LEHNSTAEDT, Gleiche Muster der Zusammenarbeit unter NS- und Sowjetbesatzung? Individuelle Kollaborateure im „Land ohne Quisling“ (2013). <http://www.perspectivia.net/content/publikationen/lelewel-gespraech/7-2013> (Zugriff am 4.12.2015).

¹⁴⁶ MŁCISŁAW WRÓBLEWSKI, Służba Budowlana (Baudienst) w Generalnym Gubernatorstwie 1940–1945, Warszawa 1984.

1941 und im Frühjahr 1943, als sowohl der Krieg gegen die Sowjetunion wie die Entdeckung von deren Massenmorden an polnischen Offizieren in Katyn eine propagandistische Gelegenheit geboten hätten, explizit zurück. Im ersten Fall betonte die Wehrmacht, wie hilfreich polnische Soldaten sein könnten, später waren es Hans Frank und Heinrich Himmler, die das getrennt voneinander vorschlugen, aber jeweils nicht die Zustimmung des „Führers“ fanden.¹⁴⁷

Im Frühjahr 1944 versuchte der Chef des Reichssicherheitshauptamts, Ernst Kaltenbrunner, die Idee einer „Division Weißer Adler“ als polnische SS-Einheit voranzutreiben. Zugleich wurde die Besatzungspolitik im Generalgouvernement etwas milder, es gab weniger Massenhinrichtungen, und die Repressionen erfuhren erstmals eine „Begründung“: Kriegsnotwendigkeiten. Doch Hitler beharrte auf Ukrainern, Weißrussen und Nordbalten als einzigen Osteuropäern, deren Dienste er wollte, denn sein Misstrauen gegenüber Polen war zu groß. Erst Ende 1944, als der Krieg ganz offensichtlich verloren war, gab er die Genehmigung, eine Einheit aus polnischen Freiwilligen zu bilden. Darauf hatte das Oberkommando des Heeres erneut gedrängt, unterstützt von Hans Frank. Am 4. November 1944 lagen entsprechende Rekrutierungsrichtlinien vor und man wollte zunächst 12.000 Mann werben. Doch bis Dezember kamen lediglich 471 „Freiwillige“ zusammen, die vor allem aus Arbeits- und Konzentrationslagern stammten und denen man die Freilassung bei einer Meldung zum Kampfeinsatz versprochen hatte. In den ins Reich eingegliederten Gebieten Polens kam es gar nicht zu einer Anwerbung für die „Division Weißer Adler“.¹⁴⁸

Im Unterschied etwa zu Japan, das in Ostasien durchaus erfolgreich um die Zusammenarbeit der lokalen Bevölkerungen warb, versagten sich die Nationalsozialisten dieses politischen Instruments in Osteuropa und verzichteten auf Kooperationsmöglichkeiten.¹⁴⁹ So stellte das Dritte Reich zwar nicht das erste Imperium dar, das auf der Basis des Nationalismus

¹⁴⁷ JERZY KOCHANOWSKI, „Selbst mit dem Teufel, Hauptsache in ein freies Polen“. War während des Zweiten Weltkriegs ein gemeinsames Vorgehen von Polen und Deutschen gegen die UdSSR denkbar?, in: „Kollaboration“ in Nordosteuropa, hg. v. TAUBER, S. 289–323, hier S. 296 f.

¹⁴⁸ Ebd., S. 300–303.

¹⁴⁹ MAZOWER, *Hitlers Imperium*, S. 540. Vgl. zu den Polen in der Wehrmacht, die deutsche Vorfahren hatten, insbesondere aus den Westgebieten: RYSZARD KACZMAREK, *Polacy w Wehrmachcie*, Kraków 2010. Siehe auch: JERZY KOCHANOWSKI, *Polacy do Wehrmacht? Propozycje i dyskusie 1939–1945. Zarys problemu*, in: *Przegląd Historyczny* 93 (2002), S. 307–320.

errichtet war – zu denken ist beispielsweise an Frankreich oder die USA –, allerdings machten die Nationalsozialisten es den eroberten Völkern prinzipiell unmöglich, jemals Staatsbürger zu werden; sie wollten dergleichen nicht einmal als eine Art Belohnung für Hilfsdienste erlauben. Stattdessen galt es noch im August 1944 als wesentliches Entgegenkommen, im Generalgouvernement nicht mehr nur deutsche, sondern zweisprachige Banknoten auszugeben: Eine

„Mehrsprachigkeit der Noten kann zur äußeren Dokumentierung der Festigung der deutschen Ordnungsgewalt des Weichselraumes nach Niederwerfung des Aufstandes [in Warschau im Sommer 1944] und Festigung der Front gegen den vordringenden Bolschewismus verwendet werden. Dabei würde die deutsche Sprache auf der Note zum Ausdruck bringen, dass der Raum deutsch ist und bleibt, die polnische Sprache zeigen, dass das zur Mitarbeit bereite Polentum in seinem Volkstum geachtet wird und die ukrainische Sprache anzeigen, dass wir die von den Russen besetzten ukrainischen Gebiete nicht endgültig verloren geben, sondern wiedergewinnen werden, und dass dabei der dort lebenden ukrainischen Bevölkerung nicht mehr nur polnisch beschriftete Noten aufgezwungen werden.“¹⁵⁰

Solche minimalen Zugeständnisse hatten vor dem Hintergrund der militärischen Lage sowie der Millionen von toten Zivilisten aber keine Auswirkung mehr.¹⁵¹

Das erwies sich als umso kontraproduktiver, als es anfänglich in Polen einzelne Stimmen gab, die für eine Kooperation mit den Deutschen plädierten. In Warschau schrieb etwa Ludwik Landau, ein präziser Beobachter seiner Zeit, im Juli 1940 davon, dass man in der Stadt auf ein baldiges gemeinsames Vorgehen gegen die Sowjetunion hoffe. Insbesondere dieser Feind hätte in den ersten Kriegsjahren wohl eine Verständigungsbasis bieten können, die zumindest für einige Polen attraktiv gewesen wäre. Bereits im September 1939 wies Władysław Studnicki (1867–1953), der Publizist und Politiker, der schon im Ersten Weltkrieg für die Zusammenarbeit mit den Deutschen geworben hatte, auf den Konflikt zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus als Grundlage gemeinsamer Interessen hin. Am 20. November 1939 legte er eine „Denkschrift über eine polnische Armee und den kommenden deutsch-sowjetischen Krieg“ vor, die sich an deutsche Militärs wandte. Darin plädierte er für eine kleine polnische Armee ohne schwere Waffen, die vor allem als Besat-

¹⁵⁰ AAN, 111 / 9c-14. Denkschrift über die Notwendigkeit des Umtausches der Noten der Emissionsbank in Polen, 14.8.1944.

¹⁵¹ MAZOWER, *Hitlers Imperium*, S. 20.

zungsheer für die Gebiete bis zum Dnjepf eingesetzt werden sollte. Und obwohl Frank die Denkschrift verbieten ließ, propagiert Studnicki seine Ideen weiter bei verschiedenen NS-Größen – die sie scharf ablehnten. 1941 brachte ihn sein Beharren sogar in ein deutsches Gefängnis, aber er hatte 1940 auch gegen die mörderische Besatzungspolitik protestiert.¹⁵²

Die Deutschen griffen keine dieser Möglichkeiten auf. Doch ungeachtet der inexistenten Kollaboration auf staatlicher Ebene kamen sie im Generalgouvernement nicht ohne polnische Hilfe aus. Umgekehrt konnten hunderttausende Polen nicht einfach die Arbeit niederlegen, ohne Verarmung oder Repressalien zu riskieren. Die eingangs exemplarisch genannten Zahlen belegen, wie sehr man trotz aller Vorbehalte aufeinander angewiesen war. Das galt auch im Bereich der Wirtschaft. So behielten die Besatzer beispielsweise das polnische System der Handelskammern bei. Deren Kompetenzen wurden zwar beschnitten, aber die ursprünglich geplante Abschaffung ließ sich nicht realisieren: Den Deutschen fehlte einfach das Personal, um Aufgaben wie insbesondere den Kontakt mit den einheimischen Betrieben übernehmen zu können. Ganz im Gegenteil entstanden zusätzliche Zentralkammern auf Gouvernementebe, um von oben herab die Aufsicht zu führen. Außerdem gab es in den Distrikten weitere Kammern, die sich etwa in Radom in die vier Bereiche Industrie und Verkehr, Landwirtschaft, Holzwirtschaft sowie Beschäftigung gliederten.¹⁵³

Ebenso essentiell war die Kooperation in der Sozialpolitik. Zwar existierten die staatlichen Sicherungssysteme weiter, aber deren Leistungen waren angesichts von Hunger, Armut und den dadurch bedingten Krankheiten infolge der Okkupation längst nicht ausreichend. Da die nationalsozialistischen Pläne für die polnische Bevölkerung zunächst kein systematisches Massensterben vorsahen, bestand ein gewisses Interesse an ihrer Versorgung. Zugleich sollten die eigenen materiellen wie personellen Ressourcen geschont werden. Die polnischen Wohlfahrtsorganisationen, die gemeinnützige Hilfe bereitstellten und damit den Besatzern einige Aufgaben abnahmen, fanden daher deren Wohlwollen.

¹⁵² KOCHANOWSKI, „Selbst mit dem Teufel, Hauptsache in ein freies Polen“, S. 291–294. Siehe zu Studnicki auch: MIKOŁAJ KUNICKI, *Unwanted Collaborators*. Leon Kozłowski, Władysław Studnicki and the Problem of Collaboration among Polish Conservative Politicians in World War II, in: *European Review of History* 8 (2001), H. 2, S. 203–220.

¹⁵³ SEIDEL, *Deutsche Besatzungspolitik in Polen*, S. 95 f.

Seit Januar 1940 gab es etwa den Hauptausschuss für Wohlfahrt (Rada Główna Opiekuńcza), der mit Namen und Selbstverpflichtung auf eine Institution während des Ersten Weltkriegs Bezug nahm, die bereits damals erfolgreich wirken konnte. Der Ausschuss erhielt von der Regierung des Generalgouvernements monatliche Zahlungen, die 1942 immerhin 2,4 Millionen Złoty betrugen; dazu kamen Spenden aus der Bevölkerung in Höhe von 900.000 Złoty sowie weitere Zuschüsse, etwa von der Stadtverwaltung Warschau (ebenfalls 2,4 Millionen). Unter dem Vorsitz von Adam Graf Ronikier, der dieses Amt bereits 25 Jahre zuvor innegehabt hatte, und mit Unterstützung der katholischen Kirche konnten umfangreiche Fürsorgemaßnahmen durchgeführt werden. In Warschau gab es etwa 75 Suppenküchen und 45 weitere Betreuungseinrichtungen, Kleiderkammern, medizinische Hilfe, Lebensmittelausgabe oder Hilfe für umgesiedelte und geflüchtete Familien. Alleine von der Essensausgabe profitierten teilweise bis zu 900.000 Menschen am Tag.¹⁵⁴

Für die jüdische Bevölkerung gab es eine eigene Wohlfahrtseinrichtung, die „Jüdische Soziale Selbsthilfe“ (Yidishe Sotsyale Aleynhilf / Żydowska Samopomoc Społeczna), geleitet von Michał Weichert. Sie existierte ebenfalls seit 1940 und organisierte von Krakau aus die Unterstützung für Juden in Ghettos und insbesondere in Arbeitslagern, wobei sie sich hauptsächlich durch Spenden aus dem Ausland finanzierte, etwa vom Joint Distribution Committee in den USA. Nach einer vorübergehenden Schließung der Selbsthilfe durch die Besatzer im Juli 1942 erlaubten sie kurze Zeit später eine Neugründung unter dem Namen „Jüdische Unterstützungsstelle“, die allerdings nur bis Dezember dieses Jahres bestehen blieb.

Weichert musste zunächst Zwangsarbeit leisten, konnte im März 1943 die Unterstützungsstelle aber erneut eröffnen. Im Nachkriegspolen brachte ihm dieses Engagement, das ihn vor der Ermordung in einem Vernichtungslager bewahrt hatte, den Vorwurf der Kollaboration ein. Und obwohl die Selbsthilfe einen substantiellen Beitrag zur Versorgung der jüdischen Bevölkerung geleistet hatte, musste sich Weichert 1946 einem Prozess stellen, in dem die Anklage argumentierte, dass ihm die Zusammenarbeit mit den Deutschen erhebliche persönliche Vorteile gebracht

¹⁵⁴ Besprechungen in Krakau, 19.6.1942, in: Das Diensttagebuch, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 514 f.; BOGDAN KROLL, *Opieka i samopomoc społeczna w Warszawie 1939–1945. Stołeczny Komitet Samopomocy Społecznej i warszawskie agendy Rady Głównej Opiekuńczej*, Warszawa 1977; DERS., *Rada Główna Opiekuńcza 1939–1945*, Warszawa 1985. Für eine neuere Lokalstudie: JANUSZ KŁAPEĆ, *Rada Główna Opiekuńcza w dystrykcie lubelskim w latach 1940–1944*, Lublin 2011.

hätte. Weichert wurde freigesprochen und emigrierte 1958 nach Israel, blieb allerdings auch dort wegen seines Engagements in Kriegszeiten umstritten.¹⁵⁵

Für die Besatzer waren die Wohltätigkeitsorganisationen nützlich, die ihnen eigene Aktivität ersparten. Ein echtes Interesse an ihnen bestand nicht. Diese Tendenz kennzeichnete jegliche Zusammenarbeit. Oft war diese allerdings unumgänglich, denn „kaum ein Ukrainer sei fähig, einen irgendwie gearteten landwirtschaftlichen oder sonstigen wirtschaftlichen Betrieb zu führen. Man sei deshalb gezwungen, auch hier wieder Polen einzustellen“. ¹⁵⁶ Juden kamen prinzipiell nicht für eine Kooperation in Frage, und das eigene Personal reichte längst nicht aus, um auf einheimische Unterstützung zu verzichten – selbst wenn Polen kontinuierlich überwacht werden mussten. Da die Deutschen insbesondere auf landwirtschaftlichen Export großen Wert legten, war ihr Engagement in diesem Bereich am größten. Die Kreise führten beispielsweise Kurse für so genannte Dorf- und Gemeindeagronomen durch, die dann als lokale Ansprechpartner und Verantwortliche für die Besatzer fungieren mussten. Alleine der Kreis Warschau-Land schulte im Januar 1942 auf diese Weise 655 Mann, die etwas über Frühjahrsbestellungen, Stallmistpflege, Silofutter und seine Herstellung, Geflügelzucht, aber auch das Agrargenossenschaftswesen und ihre sonstigen Pflichten erfuhren.¹⁵⁷ Die Landwirtschaftskammer stellte die polnischen Referenten, und die Schulungen nahmen während des Krieges an Intensität noch zu, so dass für das gleiche Gebiet im August 1942 sogar 1.100 Dorf- und Gemeindeagronomen im Warschauer Theater „Roma“ eine Fortbildung erhielten.¹⁵⁸

Der Kriegsverlauf zeigte den Deutschen aber nicht nur wegen des stetig steigenden Widerstands die Grenzen ihrer – sehr beschränkten – Bemühungen auf. Immer wieder beobachteten sie etwa, wie polnische oder

¹⁵⁵ Vgl. HANS-JÜRGEN BÖMELBURG, Der Kollaborationsvorwurf in der polnischen und jüdischen Öffentlichkeit nach 1945 – das Beispiel Michał Weichert, in: „Kollaboration“ in Nordosteuropa, hg. v. TAUBER, S. 250–288. In Gießen hat Annalena Schmidt zuletzt eine Dissertation über die Jüdische Soziale Selbsthilfe verteidigt.

¹⁵⁶ Regierungssitzung, 5.9.1941, in: Das Diensttagebuch, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 398.

¹⁵⁷ AP Warschau, 486 / 1800, Bl. 1. Monatsbericht des Amts für Ernährung und Landwirtschaft im Kreis Warschau-Land, Januar 1942.

¹⁵⁸ Ebd., Bl. 41, Monatsbericht des Amts Ernährung und Landwirtschaft im Kreis Warschau-Land, August 1942. Siehe auch, als eine Art Erfolgs- und Leistungsschau im Bereich der Landwirtschaft: IPN, 196 / 288. 5 Jahre Aufbauarbeit in der Ernährungs- und Landwirtschaft des Generalgouvernements, 19.10.1944.

ukrainische Werkschutzangehörige freiwillig und unfreiwillig „Banditen“ mit Waffen versorgten. Im Herbst 1944 fiel das Fazit eindeutig aus: „fremdvölkischer Werkschutz in fremdvölkischen Ländern [ist] unzweckmäßig [...] Zweckmäßig wäre Bildung eines Werkschutzkorps aus deutschen Menschen“. ¹⁵⁹ Deshalb sei es auch ungünstig, wenn die wenigen Volks- und Reichsdeutschen alle zur Wehrmacht eingezogen würden, denn dann sei man noch mehr auf Polen angewiesen.

Der eigene Personalmangel stellte die wesentliche Gemeinsamkeit mit den Mittelmächten im Ersten Weltkrieg dar. Vom gleichen Ausgangspunkt aus entwickelte sich das Vorgehen gegenüber der Bevölkerung jedoch diametral anders. Bereits 1914 zeigten sich Deutschland und Österreich-Ungarn interessiert an polnischen Soldaten und wollten die Einheimischen als Bündnispartner gewinnen. Diese Absicht entwickelte sich zum Motor der „polnischen Frage“ und führte schließlich zur Proklamation des Königreichs Polen, mit dem sich das Versprechen einer Selbstständigkeit nach dem gewonnenen Krieg verband. Die damit verbundene Rolle des Landes und seiner Menschen in einem von den Mittelmächten dominierten Mitteleuropa könnte zur Vorstellungswelt Hitlers nicht unterschiedlicher sein: Den Verbündeten des Ersten Weltkriegs standen im Zweiten „Untermenschen“ gegenüber, deren Anwesenheit im eigenen Land höchstens temporär geduldet war, bis der gewonnene Krieg umfangreiche Aus- und Ansiedlungen ermöglichte.

Zu einer Zusammenarbeit kam es dennoch, aber diese blieb von klaren Hierarchien geprägt, die weit über das nach 1914 übliche Verhältnis zwischen Besatzern und – befreiten – Besetzten hinausging. Für Polen gab es keinerlei Einflussmöglichkeiten, sämtliche Aufgaben, die sie für die Deutschen erfüllen mussten, hatten den Charakter von Hilfstätigkeiten, wurden von diesen angeordnet und überwacht, Verfehlungen streng bestraft. Ein polnischer Staatsrat, gewählte polnische Bürgermeister und Stadträte oder gar Abgeordnete im Reichstag, wie es das in den beiden Kaiserreichen gegeben hatte, waren für die Nationalsozialisten unvorstellbar und mit ihrer Ideologie unvereinbar. So blieben zwar alle drei Besatzungen auf polnische Kooperation angewiesen, aber nach 1939 gestaltete sie sich als rein utilitaristisches, einseitig-brutales Abhängigkeitsverhältnis, das Unterordnung und Gehorsam erzwang.

Juden blieben im Nationalsozialismus von der Zusammenarbeit ganz ausgeschlossen, denn sie waren aus ideologischer Sicht der Hauptfeind.

¹⁵⁹ BAMA, RW 23 / 18, Bl. 104 ff. Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Radom, 3. Vierteljahr 1944. Überblick des Dienststellenleiters.

Demgegenüber griffen das Generalgouvernement Warschau und das Militärgeneralgouvernement Lublin in großem Maße auf ihre Hilfe zurück. Außerdem umwarben sie die Polen, traten dabei sogar in eine Konkurrenz miteinander, suchten die Zustimmung der Einheimischen und wollten Verantwortung tatsächlich abgeben. Das geschah nicht immer aus vollster Überzeugung und war keinesfalls ein reibungsloser Prozess, sondern oftmals nur ein Gebot der Vernunft und eine Abwägung von Zweck und Mittel. Doch bei aller Unzufriedenheit und den gegebenen Hierarchien blieb stets völlig klar, dass die Polen Partner sein sollten und als solche gebraucht wurden. Den Mittelmächten erschien es offensichtlich, dass eine Integration des Landes vertikal und horizontal erfolgen musste, wenn sie von Dauer – und Erfolg – sein sollte. Zu dieser Einsicht kamen die Nationalsozialisten nie. Erst Ende 1944, als sie längst jede Glaubwürdigkeit verspielt hatten und ihre imperialen Ambitionen für jedermann ersichtlich gescheitert waren, wollten sie die Polen in ihr Reich einbeziehen. Aber selbst dann blieb das Vorgehen mehr als nur ambivalent und stellte in keiner Weise eine echte Partizipation an der Macht dar.

3. DIE AUSPLÜNDERUNG POLENS – EINE INTEGRATION IN DEN EIGENEN MACHTBEREICH?

Anders als die Anwerbung polnischer Soldaten hatte der wirtschaftliche Beitrag des Generalgouvernements zur nationalsozialistischen Kriegsanstrengung von Anfang an Priorität.¹⁶⁰ Unmittelbar nach dem Einmarsch

¹⁶⁰ Diese Politik ist oftmals dargestellt worden, vgl. für Überblicke zuletzt INGO LOOSE, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik in Polen als Gegenstand der Forschung und der Instrumentalisierung im politischen Raum, in: Interesse und Konflikt, hg. v. BINGEN u. a., S. 185–200; SONJA SCHWANEGER, Die wirtschaftliche Ausbeutung des Generalgouvernements durch das Deutsche Reich 1939–1945, in: Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, hg. v. MŁYNARCZYK, S. 103–129. Viele Zahlen, aber nur mit älterer polnischer Literatur belegt, bei: STANISŁAW MEDUCKI, Polens Wirtschaft unter der Besatzung des nationalsozialistischen Deutschen Reiches (1939–1945), in: Interesse und Konflikt, hg. v. BINGEN u. a., S. 201–220. Insbesondere für Ostpolen: POHL, Deutsche Wirtschaftspolitik im besetzten Ostpolen 1941–1944. Bereits Klassiker sind: WACŁAW JASTRZĘBOWSKI, Gospodarka niemiecka w Polsce 1939–1944, Warszawa 1946; TADEUSZ KŁOSIŃSKI, Polityka przemysłowa okupanta w Generalnym Gubernatorstwie, Poznań 1947. Die beste monographische Untersuchung ist nach wie vor: ŁUCZAK, Polityka ekonomiczna Trzeciej Rzeszy w latach Drugiej Wojny Światowej. Eine Zusammenfassung davon: CZESŁAW ŁUCZAK, Die Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches im besetzten Polen, in: Studia Historiae Oeconomicae 14 (1979), S. 87–103. Für eine Bibliogra-

bedeutete das zunächst Plünderungen, die Institutionen wie Wehrmacht oder Vierjahresplan-Behörde oftmals in Konkurrenz zueinander vornahmen und die zum Abtransport von rund 25.000 Güterwaggons im Wert von mehreren Milliarden Reichsmark führten – darin befanden sich Rohstoffe, Fertigwaren und ganze Fabrikanlagen.¹⁶¹ Diese erste Phase der Okkupationswirtschaft dauerte bis Mitte November 1939. Generalgouverneur Frank wollte seitdem sein Territorium vorzugsweise legalistisch und mithilfe von Verordnungen regieren, aber während des ganzen Kriegs hatten Rechtsakte im besetzten West- und Nordeuropa wesentlich größere Bedeutung als in Südost- und Osteuropa. Der Grund hierfür war die Raum- und Rassenideologie, die vor allem auf den Osten abzielte und nur mit nackter, willkürlicher Gewalt umzusetzen war.¹⁶²

Frank forderte ein Ende der Plünderungen und fand schnell Unterstützung, die paradoxerweise auch von den Institutionen mitgetragen wurde, die vorher am meisten vom organisierten Diebstahl profitiert hatten: Sowohl General Georg Thomas vom Oberkommando der Wehrmacht als auch Hermann Göring als Chef des Vierjahresplans bekundeten ihr Interesse an einer Nutzbarmachung der polnischen Industrie.¹⁶³ Ihnen war klar, was auch die wenigen Publikationen über die Wirtschaftspolitik im Ersten Weltkrieg bereits festgestellt hatten: Beute zerstört das wirtschaftliche Potential und bringt vergleichsweise geringe Erträge. Die Empfehlung der Wissenschaft lautete deshalb, gar nicht zu plündern.¹⁶⁴ So weit gingen die Nationalsozialisten nicht, sie bedienten sich zweieinhalb Monate lang rücksichtslos in Polen. Erst ab dem 15. November 1939 galt eine neue Direktive Hitlers, die eine zweite Periode der Wirtschaftspolitik im Generalgouvernement einläutete, welche bis etwa Mitte 1940 – oder genauer: bis zum Zusammenbruch Frankreichs – dauerte. Die Deutschen

phie: DESZCZYŃSKI / PODOLSKA-MEDUCKA, Bibliografia historii gospodarczej Polski podczas II wojny światowej. Wenig instruktiv ist der neue Überblick MATUSAK, *Przemysł na ziemiach polskich w latach II wojny światowej*.

¹⁶¹ ŁUCZAK, *Polska i Polacy w drugiej wojnie światowej*, S. 201 f.

¹⁶² WRZYSZCZ, Die deutsche „Wirtschafts“-Rechtsetzung im Generalgouvernement 1939–1945; Johannes BÄHR / RALF BANKEN, Ausbeutung durch Recht? Einleitende Bemerkungen zum Einsatz des Wirtschaftsrechts in der deutschen Besatzungspolitik 1939–1945, in: *Das Europa des „Dritten Reichs“*, hg. v. DIES., Frankfurt am Main 2005, S. 1–30, hier S. 7.

¹⁶³ ŁUCZAK, Basic assumptions of the economic policies of nazi Germany and their implementation in the occupied Poland, S. 194.

¹⁶⁴ HOLZHAUER, Barzahlung und Zahlungsmittelversorgung in militärisch besetzten Gebieten, S. 22 f.

setzten die gezielte Deindustrialisierung zwar fort, beschränkten sich in diesem Zeitraum aber auf Konsumgüterfabriken, während sie die Rüstungsproduktion für den Feldzug im Westen wieder aufnahmen und teilweise sogar einen Wiederaufbau anstrebten. Im Distrikt Warschau, wo im Januar 1940 bereits über 600 Betriebe mit mehr als 26.000 Arbeitern als kriegswichtig galten, stieg diese Zahl bis Oktober auf 727 Firmen mit 46.644 Beschäftigten.¹⁶⁵

Gleichwohl wiesen die ökonomischen Ziele für das besetzte Gebiet nicht in die weitere Zukunft. Ein gesamtwirtschaftliches Herangehen, das alle Branchen berücksichtigte, war nicht politisch relevant. Explizit sprach Frank gegenüber der Vierjahresplan-Dienststelle davon, dass es wegen der Bedürfnisse des Reichs „vorerst im Generalgouvernement grundsätzlich keine Wirtschaftspolitik auf lange Sicht“ geben könne und auf jegliche Nachhaltigkeit verzichtet werden müsse. Vielmehr solle kurzfristig für die Rüstung in der Heimat produziert und außerdem der Export von Lebensmitteln gesteigert werden.¹⁶⁶ Diese konkreten Pläne waren durchaus ambitioniert und sahen außerdem die Rekrutierung von mindestens einer Million Arbeitern vor, die in Deutschland schon im April 1940 zum Einsatz kommen sollten – freiwillig oder mit Zwang.

Zentral für die Besatzungspolitik war außerdem die „Ausschaltung“ der Juden aus der Wirtschaft, was sich seit 1939 in zahllosen Enteignungen und Stilllegungen zeigte. Die Wehrmacht hatte zudem bereits im September 1939 angeregt, Juden den Zugriff auf ihre Bankkonten drastisch zu beschränken, um einen besseren Zugriff auf ihren Besitz zu haben.¹⁶⁷ Die weitere Beraubung verlief auf zwei Ebenen und wurde sowohl von den Kreishauptleuten vorangetrieben, als auch von der Regierung des Generalgouvernements in Krakau durch die entsprechenden rechtlichen Normen legalisiert.¹⁶⁸ Von den rund 500 größeren Betrieben in der Stadt Warschau, die vor dem Krieg 20 und mehr Beschäftigte hatten, waren 193 in jüdischem Besitz, und in ihnen arbeiteten insgesamt etwa 9.400 Personen. Darunter befanden sich 144 Fabriken, von denen bereits im April 1940

¹⁶⁵ BA, R 52 VI / 7. Bericht der Abteilung Wirtschaft des GG über die Arbeit im Jahre 1940.

¹⁶⁶ IPN, 196 / 262, Bl. 67–70. Frank an Vierjahresplan-Dienststelle im GG, Generalmajor Bührmann, 25.1.1940.

¹⁶⁷ BAMA, RW 19 / 1601, Bl. 24 ff. Oberkommando des Heeres an Militärbefehlshaber Posen und Danzig-Westpreußen, AOKs 3, 4, 8, 10, 14 und CdZ Feindesland, o. D. [zweite Septemberhälfte].

¹⁶⁸ MUSIAL, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung, S. 147.

nur noch 32 produzierten, jedoch mit einer um 60 Prozent niedrigeren Beschäftigtenzahl.¹⁶⁹ Im Oktober desselben Jahres verwalteten 296 Treuhänder im ganzen Distrikt Warschau 393 jüdische Betriebe, und allein aus den über 4.000 enteigneten und vermieteten Häusern aus jüdischem Besitz entstanden innerhalb eines Monats Einnahmen von fast 5,5 Millionen Zloty (der offizielle Umtauschkurs waren 2 Zloty für 1 Reichsmark).¹⁷⁰

Schon diese wenigen Zahlen zeigen, dass der Raub an Polen und Juden für einzelne Deutsche großartige Geschäfte erlaubte¹⁷¹ – mit dem sich aber auch gewaltige, desaströs wirkende Eingriffe in die kleinteilige Wirtschaft des Generalgouvernements verbanden. Bei großen und mittleren Betrieben waren die Folgen weniger gravierend, weil die Treuhänder an deren Weiterbestehen Interesse zeigten. Die vielen geschlossenen Handwerksbetriebe führten allerdings zu einem Mangel an Fachleuten, der die lokale Ökonomie schädigte. Diese Erkenntnis setzte sich nach einer gewissen Zeit in Krakau durch und führte zu einem vorübergehenden Stopp der Enteignungspolitik.¹⁷² Das galt allerdings nicht für landwirtschaftliche Großgüter über 50 Hektar, die die Regierung des Generalgouvernements nach wie vor unter Kuratel stellte. So gelangten über die Hälfte dieser Agrarbetriebe mit einer Gesamtfläche von über 5.500 Quadratkilometern in die Hände von „arischen“ Treuhändern – mehr als die doppelte Fläche des Saarlands (vgl. Tabelle 18, S. 409).¹⁷³

Zugleich wurden die Fabriken Polens für die Ziele des Reiches immer wichtiger. Bei einer Besprechung mit Hitler am 8. Juli 1940 hatte Hans Frank die Aufgabe erhalten, in seinem Territorium die Produktion besonders von militärischen Ausrüstungsgegenständen zu intensivieren. Doch das bedeutete keine Investitionen in das Generalgouvernement oder gar dessen Industrialisierung, und Hitler lehnte zudem die Verwendung von arbeitslosen Polen vor Ort ab.¹⁷⁴ Ganz im Gegenteil musste Frank

¹⁶⁹ Statistik der Betriebe im Warschauer Ghetto am 15.4.1940, in: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945*, Bd. 4, hg. v. FRIEDRICH, S. 274–277, Dokument 107.

¹⁷⁰ Bilanz der Treuhandstelle des Distrikts Warschau für Oktober 1940, 8.11.1940, in: *Ebd.*, S. 436–441, Dokument 194.

¹⁷¹ Umfassend hierzu: MARTIN DEAN, *Robbing the Jews. The confiscation of Jewish property in the Holocaust 1933–1945*, Cambridge 2008. Die Perspektive der Warschauer Juden bei: ITAMAR LEVIN, *Walls around. The plunder of Warsaw Jewry during World War II and its aftermath*, Westport, Conn. 2004.

¹⁷² MUSIAL, *Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung*, S. 153–156.

¹⁷³ RAJCA, *Walka o chleb 1939–1944*, S. 32.

¹⁷⁴ ŁUCZAK, *Polska i Polacy w drugiej wojnie światowej*, S. 194–197.

nunmehr verstärkt Arbeiter ins Reich liefern. Auf diese Weise sollte das besetzte Gebiet in möglichst hohem Maße für die deutsche Kriegswirtschaft nutzbar gemacht werden und die maximale Mobilisierung von Mensch und Material ermöglichen:¹⁷⁵ Nach dem siegreichen Feldzug gegen Frankreich wollte Hitler den Kontinent für einen längeren Krieg gegen England aufrüsten – wofür wiederum ein Blitzkrieg gegen Russland geführt werden sollte, auch um sich dort Ressourcen zu sichern.¹⁷⁶

Tabelle 18: Beschlagnahmte Güter im Generalgouvernement über 50 Hektar¹⁷⁷

	Zusammen		Beschlagnahmt		Beschlagnahmt in Prozent	
	Anzahl	Größe in 1.000 ha	Anzahl	Größe in 1.000 ha	Anzahl	Fläche
GG gesamt	4.523	993,5	2.367	558,9	52,3	56,3
Galizien	1.285	347,4	1.285	347,4	100	100
Krakau	997	191,4	306	53,4	30,7	27,9
Lublin	822	182,5	283	61	34,4	33,4
Radom	728	143,4	291	54,9	40	38,3
Warschau	691	128,8	202	42,2	29,2	32,8

Der neue Kurs manifestierte sich auch in der antisemitischen Politik. Für jüdische Männer zwischen 12 und 60 Jahren galt bereits seit Ende Oktober 1939 eine ähnliche Arbeitspflicht wie für Polen.¹⁷⁸ Sie umzusetzen oblag zunächst nicht der Arbeitsverwaltung, sondern dem Höheren SS- und Polizeiführer sowie seinen Untergebenen in den Distrikten und

¹⁷⁵ BA, R 52 VI / 7. Bericht der Abteilung Wirtschaft des GG über die Arbeit im Jahre 1940.

¹⁷⁶ SCHERNER, Nazi Germany's preparation for war, S. 445 f. und 464.

¹⁷⁷ AAN, 111 / 645. Abteilung Ernährung und Landwirtschaft des GG an Abteilung Finanzen, 27.7.1940. Siehe auch: CZESŁAW RAJCA, Beschlagnahme von Landwirtschaften im Generalgouvernement, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 17 (1982), S. 247–254, hier S. 248.

¹⁷⁸ Verordnung über die Einführung des Arbeitszwangs für die jüdische Bevölkerung des Generalgouvernements vom 26.10.1939, in: *Verordnungsblatt Generalgouvernement* 1939, S. 6. Arbeitszwangspflichtig waren Juden vom 14. bis 60. Lebensjahr, erfasst wurden sie ab dem 12. Lebensjahr; vgl. Zweite Durchführungsvorschrift zur Verordnung vom 26. Oktober 1939 über die Einführung des Arbeitszwanges für die jüdische Bevölkerung des Generalgouvernements (Erfassungsvorschrift), 12.12.1939, in: *Ebd.*, S. 246.

Kreisen. Die Aktivität der Arbeitsämter beschränkte sich auf gelegentliche Vermittlung an Betriebe. Doch angesichts der Deportation von Zwangsarbeitern ins Reich benötigten die Fabriken immer mehr qualifizierte jüdische Handwerker, was wiederum eine Vermittlungstätigkeit beinahe in der Art erforderte, wie sie die Arbeitsämter von jeher durchgeführt hatten. Dazu kam, dass die Versorgung der jüdischen Bevölkerung auf eine neue Basis gestellt werden musste, weil die Judenräte angesichts der fortschreitenden Ausplünderung kaum mehr in der Lage waren, Lebensmittel für die Ghettos zu kaufen. Um einen Geldzufluss und damit den Essenserwerb zu ermöglichen, war die Bezahlung der jüdischen Arbeit notwendig. Nach einer Grundsatzentscheidung Hans Franks erhielt die Arbeitsverwaltung daher am 5. Juli 1940 die alleinige Kompetenz für den Arbeitseinsatz der Juden, um deren möglichst effiziente Ausbeutung zu organisieren, was auch Entlohnung auf Subsistenzniveau bedeutete.¹⁷⁹ Dieser Kurswechsel stand exemplarisch für eine „normalisierte“ Politik, die nun mit halbwegs geregelten Methoden eine langfristige Nutzbarmachung des Generalgouvernements beabsichtigte.

Ausbeutung und Hunger

Mit dem Einmarsch in die Sowjetunion und den dort erlittenen massiven Verlusten begann eine weitere Phase der Okkupationsökonomie, die abermals eine Neuausrichtung der Politik erforderte. Polen musste nun verstärkt Bekleidung, Munition, Waffen und Transportmittel liefern. Die Rüstung sollte nicht mehr nur quantitativ stattfinden, sondern – gerade im Zuge des einsetzenden Bombenkriegs – auch qualitativ: Erste Betriebe aus dem Reich zogen gen Osten und versuchten, dort Fertigungsstätten und Produktionstechniken zu etablieren.

Die Arbeitsverwaltung übte nun massiven Druck auf polnische und deutsche Firmen aus, damit diese Juden beschäftigten. Das stellte eine Änderung der deutschen Politik dar, die noch 1939 und Anfang 1940 dafür gesorgt hatte, dass gerade Juden entlassen wurden. Jetzt jedoch galt es, möglichst viele Polen zur Arbeit ins Reich zu transportieren. Aber nur wenn deren Arbeitskraft durch Juden ersetzt werden könnte, schien es möglich, die Zwangsarbeiterquoten ohne einen völligen Stillstand im Generalgouvernement zu erfüllen. Eine weitere Initiative zur maximalen Ausnutzung der jüdischen Arbeitskraft war die Errichtung von Werk-

¹⁷⁹ AP Lublin, 498 / 745. Rundschreiben der Regierung des GG, 5.7.1940.

stätten an den Rändern der größeren Ghettos. Frauendorfers Abteilung forderte die ghettoisierten Juden dazu auf, selbst Betriebe zu eröffnen, in denen Handwerker aller Fachrichtungen für die Deutschen produzieren sollten.¹⁸⁰

Aber auch das erwies sich nur als Teil einer kurzfristigen Mobilisierungsstrategie, die auf unmittelbare Profite und die Mobilisierung gegen die Sowjetunion abzielte, ohne einen langfristigen Aufbau des Generalgouvernements vorzusehen. Lediglich im Bereich der Landwirtschaft sollte die exzessive Ausbeutung mit vereinzelt Investitionen, Düngelieferungen und Maschineneinsatz vorangetrieben werden. Hinter der technischen Unterstützung stand indes nicht die Absicht, endlich den Polen mehr Lebensmittel zukommen zu lassen. Zwar hatte die Regierung in Krakau bereits 1939 festgestellt, dass eine Selbstversorgung des eroberten Gebiets nicht möglich sei und daher die Industrieproduktion angekurbelt werden müsse, um im Austausch dafür Naturalien importieren zu können.¹⁸¹

Doch an eine solche marktwirtschaftliche Lösung war während des Krieges nicht zu denken, es ging gänzlich um Ausbeutung, nicht um Handel. Berlin und letztlich auch Frank interessierten sich nicht für eine ausreichende Versorgung Polens, sondern nur die des Reiches. Das wiederum bedeutete, Hunger im Generalgouvernement – vor allem der Stadtbevölkerung – als Politik einzusetzen, um mehr Nahrungsmittel herauszupressen. Jeglicher Aufbau der dortigen Landwirtschaft diente nur den Deutschen. Zugleich waren die Methoden der Ernteerfassung in Polen äußerst brutal. Das lag vor allem daran, dass die Kontingente von oben nach unten festgelegt wurden, also Berlin dem Generalgouvernement, die Regierung des Generalgouvernements den Distrikten, diese wiederum den Kreisen und jene den polnische Gemeinden die abzuliefernde Menge mitteilten.

Völlig egal war den Besatzern, wie die Einheimischen die Quoten erfüllten. Weil diese indes unrealistisch hoch und zudem kaum Maschinen und weniger als ein Fünftel des im Reich üblichen Düngers vorhanden waren,¹⁸² ließ sich der Plan sehr selten erfüllen. Die Ernten blieben sogar

¹⁸⁰ Vgl. ISAIAH TRUNK, Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi occupation, Lincoln 1996, S. 75–99. Für den Distrikt Radom vgl. MŁYNARCZYK, Judenmord in Zentralpolen, S. 156.

¹⁸¹ Besprechung in Krakau, 8.11.1939, in: Das Diensttagebuch, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 61.

¹⁸² RACJA, Walka o chleb 1939–1944, S. 29.

konstant unter den Vorkriegserträgen (vgl. Tabelle 19). Doch trotz Verlusten von bis zu acht Prozent während des Transports ins Reich war das Generalgouvernement das besetzte Gebiet Europas, aus dem relativ gesehen die meisten Lebensmittel ins Reich gelangten.¹⁸³

Tabelle 19: Jahresernten im Generalgouvernement (in Tonnen pro Hektar)¹⁸⁴

	1935–38	1939/40	1940/41	1941/42	1942/43	1943/44
Weizen	1,16		0,84	0,77	0,87	1,05
Roggen	1,11		0,87	0,82	0,89	1,11
Gerste	1,10		0,87	0,89	1,09	1,12
Hafer	1,15		0,87	0,96	1,08	1,19
Getreide	1,12	k. A.	k. A.	k. A.	0,97	1,10
Kartoffeln	12,20	12,20	9,00	10,60	11,70	9,80
Zucker	20,00	14,90	14,90	10,30	14,10	12,00

Um die angestrebten Ziele zu erreichen, überzogen die Kreishauptleute die Bauern mit exzessiver Gewalt, denn der Ertrag hing in ihren Augen wesentlich von der „Motivation“ der polnischen Erzeuger ab. Die Sanktionen begannen mit Geldbußen bei geringeren Verstößen gegen die Ablieferungspflichten, steigerten sich aber schnell zu Vermögensentzug, Prügeln und Lagerhaft. Damit gaben die Kreishauptleute allerdings weniger einen auf sie ausgeübten Druck weiter, sondern ließen sich vielmehr von ihrem Karrierestreben und ihren ideologischen Überzeugungen leiten.¹⁸⁵

Der Gouverneur des Distrikts Warschau, Ludwig Fischer, hatte schon im Oktober 1941 Zwangsarbeitslager für Bauern errichten lassen, in denen diese Bodenverbesserungsarbeiten durchführen mussten. „Die Wirkung dieser Lager war und ist überraschend gut. Die Bauern haben große Angst und liefern nunmehr sehr befriedigend ab, so dass der Dis-

¹⁸³ AAN, 111 / 1301, Bl. 15. Aktenvermerk der Regierung GG, 10.9.1942. Siehe auch: WERNER RÖHR, *Zur Wirtschaftspolitik der deutschen Okkupanten in Polen 1939–1945*, in: *Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939–1945*, hg. v. DIETRICH EICHHOLTZ, Berlin 1999, S. 221–251, hier S. 249.

¹⁸⁴ ŁUCZAK, *Polityka ekonomiczna Trzeciej Rzeszy w latach Drugiej Wojny Światowej*, S. 270.

¹⁸⁵ ROTH, *Herrenmenschen*, S. 174. Zum System der Ernteaufbringung ausführlich RAJCA, *Walka o chleb 1939–1944*, S. 41–44.

trikt Warschau bei der Getreideerfassung an der Spitze aller Distrikte steht.¹⁸⁶ Gewalt galt während der ganzen Besatzungszeit als Lösung für alle Probleme. Im April 1942 schrieb der Kreishauptmann von Tomaszow (Tomaszów Mazowiecki) ganz ähnlich wie Fischer: „Die Abschiebung von böswilligen Bauern in das Konzentrationslager Auschwitz hat sich sehr günstig ausgewirkt.“¹⁸⁷

Allerdings war Berlin mit den Resultaten in Polen trotzdem unzufrieden, so dass das Generalgouvernement im Herbst 1942 seine Zuständigkeit bei der Ernteerfassung an einen Sonderbeauftragten des Vierjahresplans verlor.¹⁸⁸ Dessen Methoden unterschieden sich jedoch nicht wesentlich von der bisherigen Praxis, sondern bedeuteten hauptsächlich eine weitere Verschärfung des Drucks auf die Einheimischen, denen seit dem 11. Juli 1942 sogar die Todesstrafe für die Behinderung der Ernte, ihre Nichtablieferung oder bei Schleichhandel in größerem Umfang drohte.¹⁸⁹ Zusätzlich verpflichteten die Besatzer die Dörfer beispielsweise zum Ersatz von geraubten oder durch Brand verlorenen Lebensmitteln und führten Kollektivstrafen bis hin zum Niederbrennen ganzer Siedlungen durch.¹⁹⁰ Mit dem Schlagwort des „Ernteausnahmestands“ verfügte das Generalgouvernement außerdem eine erneute Kürzung der Rationen der Stadtbevölkerung und erhöhte das Ablieferungskontingent der Bauern nochmals um 25 Prozent. Die Beschlagnahme in den Dörfern oblag so genannten Sicherungskommandos, die gezielt nach Lebensmitteln suchten. Immerhin gab es nun eine Agrarstrafordnung, die die Willkür der Kreishauptleute eindämmte.

Das bedeutete freilich nicht, dass die Sanktionen maßvoller wurden, ganz im Gegenteil erfuhren sie eine stetige Verschärfung: „Böswillige Nichtablieferung, Diebstähle oder Sabotage an Transporten, Lägern oder ernährungswissenschaftlichen Betrieben werden standrechtlich geahndet, die Urteile sofort vollstreckt. Auf Antrag des Befehlsstabes der Distrikte

¹⁸⁶ Regierungssitzung in Warschau, 14.-16.10.1941, in: Das Diensttagebuch, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER S. 419.

¹⁸⁷ IPN, 196 / 285, Bl. 18. Monatsbericht Kreishauptmann Tomaszow, 8.4.1942.

¹⁸⁸ EISENBLÄTTER, Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement, S. 347–351. Göring hatte dies nach der Ernährungskrise im August 1942 forciert.

¹⁸⁹ BOGDAN MUSIAL, Recht und Wirtschaft im besetzten Polen 1939–1945, in: Das Europa des „Dritten Reichs“. Recht, Wirtschaft, Besatzung, hg. v. BÄHR / BANKEN, S. 31–57, hier S. 44; Rajca, Walka o chleb 1939–1944, S. 212 ff.

¹⁹⁰ APW, 482 / 1800, Bl. 46. Monatsbericht des Amts Ernährung und Landwirtschaft des Kreises Warschau-Land, September 1942.

kann das Standgericht Kollektivstrafen verhängen.“¹⁹¹ Bedroht waren insbesondere die Dorfvorsteher und Agronomen, die die Besatzer für nicht erfüllte Quoten verantwortlich machten, womit sie Kollaboration erzwingen wollten. Für ganze Dörfer waren die Strafen meist materieller Art. Dwikozy im Distrikt Radom, eine Gemeinde mit rund 2.000 Einwohnern, musste 1943 beispielsweise eineinhalb Millionen Złoty (750.000 Reichsmark) zahlen, weil die Milchablieferung nicht die geforderte Höhe erreichte; Sterdyń und Stoczek Łukowski, beide im Distrikt Warschau, mussten 1,7 beziehungsweise 1,2 Millionen Złoty wegen ähnlicher „Vergehen“ entrichten.¹⁹²

Wie sehr die Besatzungsbehörden einen zweigleisigen Kurs fuhren, der eine größere Aufbringung und zugleich kleinere Rationen in den Städten vorsah, verdeutlichen die von verschiedenen Stellen immer wieder vorgeschlagenen Pläne, Lebensmittelkarten – die alleine den Kauf von Essen erlaubten – nur noch an diejenigen Polen auszugeben, die im deutschen Interesse arbeiteten. Im Juli 1942 war es Generalleutnant Schindler von der Wehrmacht-Rüstungsinspektion, der einen entsprechenden Vorschlag machte, im November 1942 die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in Krakau unter Karl Naumann.¹⁹³ Frank legte zweimal sein Veto ein, obwohl er selbst im Januar 1940 angeordnet hatte, lediglich die Arbeiter in den rüstungswichtigen Betrieben ausreichend zu ernähren, „während die übrige Bevölkerung [...] auf ein Minimum an Lebensmitteln angewiesen bleiben muss“.¹⁹⁴ Doch eineinhalb Millionen Menschen ganz von der Nahrungszufuhr abzuschneiden erschien ihm zu diesem Zeitpunkt zu riskant – es waren weniger moralische Bedenken, sondern vielmehr die Angst vor einem Erstarken des Widerstands, die den Plan vereitelten.¹⁹⁵

Die Polen hungerten dennoch, und auch Gehaltserhöhungen schufen keine Abhilfe. Das Rüstungskommando in Krakau schrieb, dass sogar

¹⁹¹ AAN, 111 / 1301. Erlass des GG, 10.7.1943. Siehe auch: ROTH, Herrenmenschen, S. 164–168.

¹⁹² ANDRZEJ DMITRZAK, Causes of imposing contributions and methods of leveraging them in Polish territories under the Nazi occupation, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 21 (1994), S. 157–166, hier S. 159.

¹⁹³ Besprechungen in Krakau, 15.7.1942 und 20.11.1942, in: *Das Diensttagebuch*, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 524 f. und 573.

¹⁹⁴ IPN, 196 / 262, Bl. 67–70. Frank an Vierjahresplan-Dienststelle im GG, Generalmajor Bührmann, 25.1.1940.

¹⁹⁵ ROTH, Herrenmenschen, S. 168 f.

„eine 100%ige Steigerung noch keine Möglichkeit zum Kaufen bot“,¹⁹⁶ weil auf Bezugsscheine nicht mehr zu erhalten war. Einzelne Betriebe gingen deshalb dazu über, selbst auf dem für die Beschäftigten zu teuren Schwarzmarkt einzukaufen und so das Kantinenessen zu verbessern. Den Angehörigen daheim half das nicht, weshalb die Rüstungsinspektion für das Generalgouvernement den Fabriken erlaubte, soviel auf inoffiziell Weg zu besorgen, dass die Familien mit versorgt werden konnten und eine Ernährung gemäß der höheren Sätze im Warthegau möglich wurde. Das hatte eine Präcedenzwirkung, der sich die Regierung des Generalgouvernements nicht entziehen konnte. Notgedrungen gestand sie den Rüstungsarbeitern ganz offiziell diese Rationen zu.¹⁹⁷

Von dieser – immer noch nicht ausreichenden – Verpflegung konnten die meisten Polen jedoch nur träumen. Nach eigenen Angaben versorgten die Besatzer im Sommer 1943 immerhin 3,5 Millionen „Normalverbraucher“, also Angehörige der 700.000 Schwer- und 800.000 „Normalarbeiter“, die in ihrem Interesse tätig waren.¹⁹⁸ Doch die auf Bezugsscheine ausgegebenen Nahrungsmittel reichten nicht zum Überleben. Selbst in Banken blieben regelmäßig mindestens zehn Prozent der Angestellten daheim und meldeten sich krank, weil sie es vor lauter Schwäche nicht ins Büro schafften.¹⁹⁹ Die offiziellen Rationen erreichten im Generalgouvernement lediglich 1944 die Hälfte der Menge, die bei überwiegend sitzender Tätigkeit benötigt wird. In den anderen Jahren lagen sie noch darunter, 1941 und 1943 etwa bei rund 850 Kalorien pro Tag – und die wenigsten Polen arbeiteten in Büros.

Im Gegensatz dazu, und im Unterschied zum Ersten Weltkrieg, gelang es den Nationalsozialisten bis ins letzte Kriegsjahr, den Deutschen im Reich fast immer zumindest 2.000 Kalorien zukommen zu lassen. Im Schnitt erhielten sie doppelt so viel wie die Polen.²⁰⁰ Letztere litten unter chronischer Mangelversorgung und den damit verbundenen, katastrophalen gesundheitlichen Folgen. Im Herbst 1941 berichtete beispielsweise ein Rüstungsbetrieb über seine – vergleichsweise privilegierten – Beschäftig-

¹⁹⁶ BAMA, RW 23 / 11, Bl. 40 ff. Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Krakau für das 2. Vierteljahr 1943. Überblick des Dienststellenleiters.

¹⁹⁷ Ebd.

¹⁹⁸ Arbeitssitzung vom 14.4.1943, in: Das Dienstagebuch, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 639 f.

¹⁹⁹ AAN, 111 / 1301, Bl. 216. Kommerzialbank an Hauptabteilung Wirtschaft des GG, 9.12.1943.

²⁰⁰ UMBREIT, Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942–1945, S. 226.

ten, dass fast die Hälfte von Unterernährung gezeichnet sei, „hiervon 18% mit Erscheinungen chronischer Tuberkulose. Bei 30% dieser Kranken ist offene Tuberkulose im Anzuge und eine Ausheilung nicht mehr anzunehmen“.²⁰¹

Der Schwarzmarkt konnte nur für wenige Menschen wirklich Linderung schaffen. Für die meisten Stadtbewohner blieb er unerschwinglich teuer und zwang sie indirekt zum Verschleudern zahlloser Habseligkeiten, damit sie überhaupt etwas kaufen konnten. Die Lebensmittelpreise nahmen bei starken regionalen Schwankungen gegenüber den amtlichen Zuteilungen geradezu phantastische Höhen an. Selbst Brot oder Kartoffeln kosteten zehn bis fünfzehn Mal soviel wie vor dem Krieg, Zucker erreichte teilweise eine Teuerung von über 4.000 Prozent (vgl. Tabelle 20).²⁰²

Tabelle 20: Gemittelte Schwarzmarktpreise im Generalgouvernement, in Prozent (Amtlicher Preis = 100 Prozent)²⁰³

	1941	1942	1943	1944
Brot	1.198	1.569	1.480	1.162
Weizenmehl	1.451	2.232	2.539	2.308
Kartoffeln	684	1.131	1.000	1.153
Schweinefleisch	500	1.144	2.758	2.331
Rindfleisch	350	620	1.567	1.537
Butter	491	1.229	2.255	2.318
Eier	459	722	1.364	1.759
Zucker	948	2.511	4.390	4.236

Den mangelnden Möglichkeiten, sich witterungsangemessene Kleidung zu besorgen oder die eigene Wohnung zu beheizen, ließen sich ebenfalls nur auf illegale und teure Weise beikommen. Die Regierung des Generalgouvernements stand diesen Auswüchsen an Wucher, die doch nur Ausdruck von Verzweiflung angesichts des deutschen Raubs waren, letztlich indiffe-

²⁰¹ BAMA, RW 23 / 6, Bl. 25 ff. Rüstungsinspektion GG an Frank, 17.10.1941.
²⁰² CZESŁAW ŁUCZAK, Grundlegende Probleme der Landwirtschaft und Ernährung in Ost- und Südosteuropa während des Zweiten Weltkrieges, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 17 (1982), S. 279–297, hier S. 295.
²⁰³ Ebd.

rent gegenüber. Sie beobachtete den Schleichhandel genau und versuchte zunächst, ihn zu unterbinden, um so noch mehr Güter ins Reich exportieren zu können. In späteren Jahren jedoch tolerierte sie diesen Markt stillschweigend, weil nur auf diese Weise ein massenhaftes Hungersterben unterblieb.²⁰⁴

Gegenüber den Juden kannten die Besatzer allerdings nicht einmal diese Rücksichtnahme. Die „Aktion Reinhardt“, in deren Verlauf die SS im Sommer 1942 rund zwei Millionen Ghettoinsassen ermordete, hatte auch den Effekt, dass ebenso viele Esser nicht mehr versorgt werden mussten. Schon vorher war die Ernährungslage der Juden so katastrophal gewesen, dass allein im Warschauer Ghetto mindestens 80.000 Menschen an den direkten und indirekten Folgen der Unterversorgung starben.²⁰⁵ Doch bei einem absoluten Mindestbedarf von 250 Kilo Brotgetreide pro Person und Jahr ließen sich durch die Ermordung von einer Million Menschen etwa 250.000 Tonnen „sparen“.²⁰⁶

Adam Tooze hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass es nicht immer einen massiven Widerspruch zwischen Ökonomie und Ideologie gab.²⁰⁷ Das gilt allerdings nur für die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, aber schon für den Arbeitsmarkt nicht mehr. Da aus Polen viele Männer und Frauen ins Reich deportiert worden waren und weitere folgen sollten, galt bis Sommer 1942 die Prämisse, polnische Beschäftigte durch Juden zu ersetzen. Die Genozidabsichten der SS trafen daher auf den Widerspruch der Arbeitsverwaltung unter Frauendorfer,²⁰⁸ den Hans Frank allerdings nur sehr halbherzig unterstützte. Zwar gab es gerade im Rüstungssektor Betriebe, die nur mit jüdischen Arbeitern produzierten, doch deren Ersatz, den die SS zu Beginn der Deportationen zugesichert hatte, lief nur schleppend an oder blieb ganz aus.

Der Militärbefehlshaber im Generalgouvernement fasste das Problem im September 1942 wie folgt zusammen:

²⁰⁴ AAN, 117 / 474. Preisindex für das Generalgouvernement, 11.-18.7.1943.

²⁰⁵ Besprechung in Krakau, 24.8.1942, in: Das Dienstagebuch, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 549.

²⁰⁶ MUSIAL, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung, S. 350.

²⁰⁷ TOOZE, Ökonomie der Zerstörung, S. 631. Vgl. zur Selektion von arbeits- und nichtarbeitsfähigen Juden, die als Beleg für ein Bewusstsein der SS für ökonomische Probleme angeführt wird: Ebd., S. 603 f. und 607.

²⁰⁸ Hauptabteilungsleitersitzung in Krakau, 22.6.1942, in: Das Dienstagebuch, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 516.

„Ungelernte Arbeiter können zum Teil ersetzt werden, wenn der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz auf die bis Ende d. J. durchzuführende Abgabe von 140.000 Polen an das Reich verzichtet und wenn die Erfassung der Polizei gelingt. Dies wird nach den bisherigen Erfahrungen bezweifelt.“

Die Wehrmacht plädierte deshalb dafür, „die Juden so rasch als möglich auszuschalten, ohne die kriegswichtigen Arbeiten zu beeinträchtigen“.²⁰⁹ Dies geschah jedoch nicht. Tatsächlich war eine Folge des Judenmords ein größerer Produktionsausfall im Generalgouvernement, der allerdings weniger die unmittelbar der Wehrmacht unterstehenden Betriebe betraf. Nach anfänglichen Komplikationen war es dem Militär gelungen, mit der SS Ausnahmeregelungen zu vereinbaren, die die in Rüstungsfabriken arbeitenden Juden zunächst von der Deportation ausnahmen, um diese „Arbeitskräfte durch Polen zu ersetzen“.²¹⁰ Unmittelbare wirtschaftliche Auswirkungen zeigten sich in den Ghettos. Allein im Juli 1942, also kurz vor Einsetzen des industriellen Genozids, erreichte die Ausfuhr von Gütern aus dem „jüdischen Wohnbezirk“ in Warschau einen Wert von über 16,5 Millionen Zloty. Diese Waren kamen direkt den Kriegsanstrengungen des Reiches zugute, handelte es sich dabei doch hauptsächlich um Ausrüstung für die Wehrmacht. Tatsächlich erwirtschaftete das Ghetto sogar einen Gewinn von 3,5 Millionen Zloty, der sich ergibt, wenn man von den Ausfuhren die Kosten für die Einfuhr von Lebensmitteln und von Grundstoffen für die Produktion abzieht.²¹¹ Die Gesamtsumme von 178 Millionen Reichsmark, die die SS im Zuge der „Aktion Reinhardt“ bei der Ermordung der Juden des Generalgouvernements vor Abzug ihrer Kosten einnahm, stellte daher keinen wirklichen Mobilisierungserfolg dar – zumal die Verwendung des Geldes nicht bekannt ist.²¹²

Die endgültige Ermordung der letzten in Arbeitslagern verbliebenen Juden im November 1943 verursachte weitere wirtschaftliche Störungen, von denen diesmal nur Rüstungsbetriebe betroffen waren, da ausschließlich dort noch Juden tätig waren. Abermals zeigte sich die Wehrmacht unzufrieden mit dem Vorgehen der SS – weil dies ihre ökonomischen Interessen beeinträchtigte:

²⁰⁹ BAMA, RH 53-23 / 87, Bl. 116–120. Militärbefehlshaber im GG an Oberkommando der Wehrmacht, 18.9.1942.

²¹⁰ BAMA, RH 53-23 / 87. Besprechung Wehrmachtbefehlshaber im Generalgouvernement mit SS-Obersturmbannführer Specht, 16.10.1942; Ebd. / 70. OKW an Wirtschaftsamt, 10.10.1942.

²¹¹ LOOSE, Kredite für NS-Verbrechen, S. 352–354.

²¹² DEAN, Robbing the Jews, S. 189–192.

„Die schlagartige Herauslösung und Umsiedlung der Arbeitsjuden aus den Rüstungs- und wehrwirtschaftlich wichtigen Betrieben verursachte erhebliche Störungen im Arbeitsgang, Zeitverluste und entsprechende verspätete Lieferung kriegswichtiger Fertigung. Da diese ganze Aktion im Wesentlichen von politischen Gesichtspunkten betrachtet werden muss, so konnte die Intervention des Rüstungskommandos nur sehr behutsam geschehen.“²¹³

Die angesprochene Intervention blieb erfolglos, abermals obsiegte die Ideologie über ökonomisches Kalkül.

Umso wichtiger war eine möglichst effiziente Ausnutzung der vorhandenen, nicht ins Reich deportierten polnischen Arbeitskräfte. Deren Leistungsfähigkeit hatte die Besatzer bisher kaum zufrieden gestellt. Doch erst im März 1943 war die Erkenntnis gereift, dass Zwangsmaßnahmen kaum zu höherer Produktivität führen würden. Ein Schwerstarbeiter bekam so viele Lebensmittel wie ein Normalverbraucher in Deutschland. Zugleich war die Versorgung seiner Angehörigen „so minimal, dass er auf den Einkauf im Schwarzhandel angewiesen sei. Aus diesem Grunde sei jeder Rüstungsbetrieb gezwungen, seinen Arbeitern zwei Tage in der Woche freizugeben“, damit diese auf dem Schwarzmarkt einkaufen konnten – was bei einer ansonsten durchaus intendierten Inflation und astronomischen Preisen angesichts des geringen Lohnniveaus eine zusätzliche Schwierigkeit bedeutete. „Aus all diesen Gründen entspringe die Tatsache, dass die Rüstungswirtschaft des Generalgouvernements zur Erstellung einer gleichen Produktion wie im Reich eine Belegschaft von etwa 230% führen müsse.“²¹⁴ Oder anders gewendet: Ein polnischer Rüstungsarbeiter war nicht in der Lage, mehr als nur die halbe Leistung eines deutschen Rüstungsarbeiters zu erbringen. Ursächlich dafür waren weder Faulheit noch Inkompetenz, sondern schlicht nur Entkräftung und Hunger sowie teilweise die schlechtere maschinelle Ausstattung der Betriebe.

Anfang 1943 läuteten verschiedene Maßnahmen die nächste Phase in der Ausbeutung des Generalgouvernements ein.²¹⁵ Gegen den Widerstand des Reichsministeriums für Ernährung ließ Frank die Lebensmittelzutei-

²¹³ BAMA, RW 23 / 13, Bl. 18. Rüstungskommando Lemberg an Wehrwirtschaftsamt, 5.1.1943.

²¹⁴ Ausführungen des Rüstungsinspektors im Generalgouvernement, General Schindler, bei einer Besprechung in Krakau, 26.3.1943, in: Das Diensttagebuch, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 635. Ähnliche Ausführungen von Schindler auf der Arbeitssitzung in Krakau, 14.4.1943, in: Ebd., S. 638.

²¹⁵ EISENBLÄTTER, Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement, S. 360 f.

lung an polnische Arbeitskräfte erhöhen, was er noch kurz zuvor als kaum zu verwirklichen charakterisiert hatte.²¹⁶ Ursächlich für diesen politischen Wandel war neben den nun fehlenden, ermordeten jüdischen Arbeitern unter anderem das Erstarken der Widerstandsbewegung. Diese ging seit Ende 1942 mit massiver Gewalt gegen die Besatzer vor und hatte sich längst zu einer ernstzunehmenden Gefahr für die deutsche Herrschaft entwickelt. 1943 gab es pro Monat im Schnitt über 5.000 Überfälle des Untergrunds.²¹⁷

Die Deutschen erkannten den Zusammenhang zwischen ihrem Terror und dem Zulauf, den der Widerstand hatte. Doch angesichts der Kriegslage war Milde weder für Berlin noch Krakau eine gangbare Option. Nur Härte alleine schien angemessen – mit der Ausnahme der Rationserhöhungen. Mahnungen, etwa im Bereich der Landwirtschaft nicht nur mit exzessiver Gewalt vorzugehen, waren hingegen in den Wind gesprochen.²¹⁸ Auch das bereits 1940 etablierte System der Leistungsprämien verpuffte weitgehend, obwohl 1943 alleine 200 Millionen Złoty für den Ankauf von Alkohol und Tabak vorgesehen waren, die an die Bauern ausgegeben werden sollten.²¹⁹ Diese Genussmittel konnten sie erhalten, wenn sie über die Ablieferungsquote hinaus Erzeugnisse an die Besatzer verkauften; hierzu waren sie zwar sowieso verpflichtet, aber die Prämien sollten einen ökonomischen Anreiz darstellen. Mithin waren sie ein Eingeständnis der Besatzer, dass ihre Politik des Zwangs erfolglos war.

Doch angesichts der Profite, die sich auf dem Schwarzmarkt – der die eigenen Landsleute versorgte – erzielen ließen, und vor dem Hintergrund der exzessiven deutschen Gewalt, wollten die Bauern keine Lebensmittel für den Export ins Reich liefern. Die Beträge, die sie offiziell erhielten, lagen zwischen 40 und zuletzt 90 Prozent des Niveaus in Deutschland,

²¹⁶ Besprechung in Krakau, 26.3.1943, in: Das Diensttagebuch, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 635.

²¹⁷ BAMA, RW 23 / 4, Bl. 51–55. Rüstungsinspektion im Generalgouvernement. Die wesentlichen Probleme, ihre Entwicklung und ihre Lösung im 2. Vierteljahr 1944; die Widerstandstätigkeit erreichte ihren Höhepunkt – vor dem Warschauer Aufstand – im zweiten Quartal 1944 mit 21.619 gemeldeten Überfällen, davon 104 ganz direkt auf Industriebetriebe. Exemplarisch für einen Kreis siehe den Bericht aus Lublin: AAN, 117 / 2. Schäden der Distriktstelle Lublin, 7.5.1943, der 14 tote eigene (polnische) Beschäftigte sowie Schäden in Höhe von 940.000 Złoty meldete.

²¹⁸ AAN, 111 / 1301, Bl. 34–36. Aktenvermerk der Regierung des GG, Oktober 1942.

²¹⁹ AAN, 111 / 1395. Aktenvermerk der Regierung des GG, 24.5.1943. Siehe auch: KARL BRANDT u. a., *Management of agriculture and food in the German-occupied and other areas of fortress Europe. A study in military government*, Stanford, Calif. 1953, S. 25 f.

was bei in den polnischen Städten teilweise mehr als doppelt so hohen Lebenshaltungskosten keinen echten Anreiz darstellte. Zudem wurde knapp ein Drittel der Bezahlung nur in Prämien wie eben Tabak und Schnaps, aber auch Eisen- oder Lederwaren ausgegeben.²²⁰ Selbst wenn die Landbevölkerung kaum Hunger litt, sah sie sich doch einer Verarmung ausgesetzt. Absurditäten wie der Ankauf von Saatgut in vierfacher Höhe des offiziellen Ablieferungspreises verstärkten diesen Trend.²²¹

Die Schlüsse aus dem Misserfolg der Ernteaufbringung zeigen die Bedeutung der nationalsozialistischen Herrschaftsideologie. Selbst die zivilen Beamten der Bankaufsichtsstelle des Generalgouvernements waren im August 1943 der Ansicht, dass das Scheitern in der Landwirtschaft einer zu großen Milde gegenüber den Bauern geschuldet sei. Außerdem habe man vielleicht 1940, vor dem totalen Krieg gegen Russland, noch eine privatwirtschaftliche Organisation des Aufkaufs ähnlich der im Reich verantworten können. Nun jedoch sei die Landwirtschaftliche Zentralstelle ein Anachronismus und ohne vollständige staatliche Regulierung kein Erfolg zu erzielen. Nur komplette Überwachung und härteste Strafen kämen noch in Frage.²²² Gewalt blieb die einzig denkbare Herangehensweise im Umgang mit der Bevölkerung.

Erzwungene Resultate

Während des Kriegs entwickelte sich der Einsatz polnischer Arbeitskräfte in Deutschland zu einer zentralen Forderung Berlins an das Generalgouvernement. Allerdings lagen auch hierfür 1939 keine konkreten Planungen vor. Hitlers Ideologie zielte vor allem darauf ab, die Polen für deutsche Kolonisten im Osten als Hilfskräfte heranzuziehen. Deren Deportation ins Reich stand den Überlegungen von „rassischer Reinheit“ entgegen, die er in der Heimat anstrebte. Der geplante kurze Krieg ließ zudem keine Notwendigkeit vermuten, Millionen deutscher Männer längerfristig an ihren Arbeitsplätzen ersetzen zu müssen.²²³ Schnell erwies sich jedoch, wie falsch insbesondere der letzte Gedanke war.

²²⁰ Ebd.

²²¹ IPN, 196 / 281, Bl. 12 f. Kreishauptmann Neumarkt, Monatsbericht Februar 1941.

²²² AAN, 111 / 1395, Bl. 69 ff. Aktenvermerk der Bankaufsichtsstelle für das GG, Dr. Schulte-Wissermann, o. D. [August 1943].

²²³ HERBERT, *Fremdarbeiter*, S. 36–38, 65 und 188; EDWARD L. HOMZE, *Foreign Labour in Nazi Germany*, Princeton 1967, S. 11–15.

Anders als im Ersten Weltkrieg war nicht mehr die 1935 aufgelöste Deutsche Arbeiterzentrale für die Gewinnung von Polen für die Heimat zuständig, sondern von Anfang an die Arbeitsämter. Sie gehörten zu den ersten Institutionen der Zivilverwaltung in Polen und saßen in den Kreisstädten. 1943 gab es 21 dieser Behörden mit 85 Nebenstellen und 250 „Stützpunkten“ im Generalgouvernement.²²⁴ Doch wie die Lebensmittelaufbringung blieb die Anwerbung von Zwangsarbeitern ins Reich schon seit ihrem Beginn weit hinter den Erwartungen zurück. Bereits im April 1940 musste Krakau ein erstes Scheitern konstatieren: Von den ursprünglich vorgesehenen 1,2 Millionen Arbeitern für das ganze Jahr waren erst 210.000 geworben worden. Die bis zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend friedlichen Mittel und ökonomischen Argumente zeigten nicht den erwünschten Erfolg; deshalb ordnete Frank im Frühjahr 1940 an, nun mit Gewalt Polen für die deutsche Industrie und Landwirtschaft zu rekrutieren.²²⁵

Seitdem waren Zwangsrekrutierungen auf offener Straße üblich, für die die Arbeitsverwaltung eng mit den SS- und Polizeibehörden kooperierte. Aber sogar diese Methoden brachten nur wenig Erfolg, die Resultate ein Jahr später waren relativ gesehen trotz eines größeren Aufwands – alleine der Distrikt Radom beschäftigte 1.500 polnische Werber – sogar schlechter als 1940, denn freiwillig kam kaum mehr jemand. Im Unterschied zum Ersten Weltkrieg war Deutschland ein Aggressor und Unterdrücker, der weder auf gesellschaftlicher noch individueller Ebene attraktive Angebote machte. Ein Aufruf unter 27.000 Rüstungsbeschäftigten brachte beispielsweise 1942 trotz vollmundiger Versprechen ganze 42 Meldungen.²²⁶

Als Hitler im März jenes Jahres Fritz Sauckel zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz machte, erhöhte dieser die Anstrengungen zur Zwangsarbeiterrekrutierung nochmals. Im September 1942 fanden in Warschau fast täglich Razzien statt, in kleineren Städten schlossen die Deutschen erstmals Betriebe mit dem Ziel, die Beschäftigten ins Reich

²²⁴ DIETER MAIER, Vom Vermittlungsbüro zum „zivilen Wehrbezirkskommando“. Der Umbau der Arbeitsverwaltung zur Arbeitseinsatzbehörde für deutsche und ausländische Arbeitskräfte 1933–1945, in: Arbeitskräfte als Kriegsbeute. Der Fall Ost- und Südosteuropa 1939–1945, hg. v. KARSTEN LINNE / FLORIAN DIERL, S. 17–45, hier S. 25.

²²⁵ AAN, 111 / 1414-1. Abteilung Arbeit des GG an Distrikte und Arbeitsämter, 26.4.1940. ROTH, Herrenmenschen, S. 121 f. und 124–126.

²²⁶ Fünfte Arbeitsbesprechung der Hauptabteilungspräsidenten, 11.5.1942, in: Das Diensttagebuch, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 495; SEIDEL, Deutsche Besatzungspolitik in Polen, S. 150–153.

zu deportieren.²²⁷ Zugleich überboten sich die Besatzer mit Radikalisierungsvorschlägen. Der Präsident der Hauptabteilung Bauwesen, Theodor Bauder (1888–1945), regte auf dem Höhepunkt der Deportation der Juden in die Vernichtungslager sogar

„eine ähnliche Aktion [...] auch gegen die Polen an. Es habe sich nämlich gezeigt, dass die Judenaktion einen großen Andrang der Juden zur Arbeit mit sich gebracht habe. Man könne daher die berechtigte Hoffnung hegen, dass die gleichen Bestrebungen sich auch bei den Polen zeigen würden.“²²⁸

Tatsächlich zu beobachten waren zwei andere Maßnahmen: Erstens die massive Stilllegung von „für die Kriegswirtschaft unfruchtbaren Betrieben“, ²²⁹ was bis Mitte 1943 die Schließung von 832 Fabriken und rund 13.600 Handwerksläden bedeutete. Im Distrikt Radom, dem industriellen Herz des Generalgouvernements, erfüllten deshalb drei Viertel der Betriebe mit 80 Prozent aller Beschäftigten Aufträge für die Wehrmacht.²³⁰ Zweitens geschah die Ausgabe von Lebensmittel-Bezugsberechtigungen nicht mehr über das Ernährungsamt und an alle Polen, sondern nur noch direkt durch Firmen, die in deutschem Interesse fertigten, an ihre Arbeiter.²³¹

Das Kalkül, damit zwei Millionen Menschen von der Versorgung abzuschneiden und somit indirekt zur Arbeit nach Deutschland zu zwingen, ging indes nicht auf. Dennoch gelangten bis Ende 1944 fast 1,3 Millionen Polen aus dem Generalgouvernement ins Reich, was immerhin sieben Prozent der Bevölkerung entsprach – eine Zahl, deren Dimension noch dadurch an Gewicht gewinnt, dass Kinder und Alte von vornherein für die Deportation ausschieden. Demgegenüber blieb die Zahl der Deutschen, die ins Generalgouvernement gingen und in Fabriken und der Landwirtschaft meist Leitungs- und Verwaltungsaufgaben übernahmen,

²²⁷ ROTH, Herrenmenschen, S. 127–129.

²²⁸ Regierungssitzung, 13.7.1942, in: Das Diensttagebuch, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 523 f.

²²⁹ BAMA, RW 23 / 16, Bl. 16–20. Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Radom vom 1.7.1942–30.9.1942, Überblick. Siehe auch: SEIDEL, Deutsche Besatzungspolitik in Polen, S. 112.

²³⁰ BAMA, RW 23 / 3, Bl. 40–44. Rüstungsinspektion im GG. Die wesentlichen Probleme, ihre Entwicklung und Lösung im 2. Vierteljahr 1943. SEIDEL, Deutsche Besatzungspolitik in Polen, S. 99.

²³¹ Besprechung in Krakau, 20.11.1942, in: Das Diensttagebuch, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 573.

verschwindend gering: Sie erreichte selbst als Höchststand gerade einmal 0,9 Prozent der arbeitenden Polen (vgl. Tabelle 21).²³²

Tabelle 21: Reichs- und Volksdeutsche in der Wirtschaft des Generalgouvernements, April 1944²³³

	Landwirtschaft	Industrie	Handel und Banken	Rüstungsbetriebe	Gesamt
Männer	13.023	27.630	4.497	3.120	48.270
Frauen	10.056	6.594	4.054	847	21.551
Zusammen	23.079	34.224	8.551	3.967	69.821
Polen	6.491.906	883.492	221.405	109.060	7.705.863

Im Gegensatz zur Zwangsarbeit waren die „Erfolge“ auf anderen Gebieten der Wirtschaft gering. Die Rüstungslieferungen ans Reich etwa hatten im Mai 1944 eine Höhe von 86 Millionen Reichsmark (vgl. Tabelle 22, S. 425). Ein Jahr zuvor hatte der Anteil des Generalgouvernements an der Waffenproduktion aller unter deutscher Herrschaft stehenden Gebiete – inklusive des Reichs – 1,8 Prozent erreicht, bei Munition 3,9 Prozent.²³⁴ Ähnlich desaströs ist der finanzielle Beitrag einzuschätzen, der gerade 6,5 Prozent der Kontributionen aller besetzten Länder ausmachte – etwa so viel wie der Anteil Norwegens und halb so viel wie der der Niederlande.²³⁵ In ganz Europa profitierte Deutschland weniger von Rohstoffimporten, sondern vor allem von Fertigwaren, die hauptsächlich aus dem Westen kamen; demgegenüber fiel die Einfuhr unverarbeiteter Materialien 1943 auf ein Drittel des Stands von 1938.²³⁶

Der „Lebensraum im Osten“ erwies sich als wenig ertragreich. Für die Landwirtschaft lässt sich das Versagen der Besatzungsinstitutionen am

²³² MATUSAK, *Przemysł na ziemiach polskich w latach II wojny światowej*, S. 206.
²³³ Ebd.
²³⁴ UMBREIT, *Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942–1945*, S. 186 f.
²³⁵ CHRISTOPH BUCHHEIM, *Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs. Ein Bericht der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 34 (1986), S. 117–145, hier S. 123 f. Vgl. auch TOOZE, *Ökonomie der Zerstörung*, S. 450.
²³⁶ JONAS SCHERNER, *Bericht zur deutschen Wirtschaftslage 1943/44. Eine Bilanz des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion über die Entwicklung der deutschen Kriegswirtschaft bis Sommer 1944*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 55 (2007), S. 499–546, hier S. 506 f.

Beispiel der Vorkriegserträge zeigen: Im letzten vollständigen Erntejahr erbrachte das Generalgouvernement im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 1935 bis 1938 rund 41 Prozent weniger Weizen, 20 Prozent weniger Roggen und 37 Prozent weniger Kartoffeln.²³⁷

Tabelle 22: Rüstungsproduktion im Generalgouvernement²³⁸

	Monatliche Auslieferung in Millionen RM	Für die deutsche Kriegswirtschaft produzierende Betriebe	Arbeiter in kriegswichtigen Betrieben	
Oktober 1940	12.550	186	k. A.	
Januar 1941	14.480	k. A.		
Mai 1941	23.390			
Oktober 1941	26.86	299		
Januar 1942	30.263	k. A.		
Mai 1942	35.340			
Oktober 1942	42.686	358		
Januar 1943	36.139	k. A.		105.628
Mai 1943	48.056			112.329
Oktober 1943	58.950			126.342
Januar 1944	75.258		139.486	
Mai 1944	86.081	404	171.920	
Gesamt	1.708 Mio			

Das Gebiet exportierte damit viel weniger nach Deutschland, als sich Hitler oder Frank erhofft hatten. Ihre Politik mit stetigen Schwankungen und Neuausrichtungen war nicht erfolgreich und konnte es auch nicht

²³⁷ ŁUCZAK, Grundlegende Probleme der Landwirtschaft und Ernährung in Ost- und Südosteuropa während des Zweiten Weltkrieges, S. 286 f.

²³⁸ RÖHR, Die faschistische Okkupationspolitik in Polen, S. 377; MATUSAK, Przemysł na ziemiach polskich w latach II wojny światowej, S. 206. Die Gesamtangabe nach: SCHERNER, Europas Beitrag zu Hitlers Krieg, S. 81, 85. Anggeführt sind nur ausgewählte Monate. In Relation zur Kaufkraft im Generalgouvernement betrug die Höhe nur 1.354 Millionen RM. Neue Statistiken für den Gesamtwarexport aus dem GG auch in: JONAS SCHERNER, Der deutsche Importboom während des Zweiten Weltkriegs. Neue Ergebnisse zur Struktur der Ausbeutung des besetzten Europas auf der Grundlage einer Neuschätzung der deutschen Handelsbilanz, in: Historische Zeitschrift 294/1 (2012), S. 79–113, hier S. 112.

sein. In gewissem Sinne hatte Hans Frank das schon früh erkannt, denn er bemerkte im März 1940: „Es kann keine wirtschaftliche Blüte des Generalgouvernements geben, wenn es im Reich eine Kriegswirtschaft gibt.“²³⁹

Deshalb war es nur konsequent, angesichts der vordrängenden Roten Armee ab Sommer 1944 wieder zu plündern. In nur knapp drei Monaten, bis zum 20. September 1944, raubten die Deutschen aus dem Generalgouvernement sowie den angrenzenden Gebieten in Bialystok und Zichenau beispielsweise über 50.000 Pferde sowie 180.000 Rinder, Schweine und Schafe.²⁴⁰ Echte Investitionen gab es während des Kriegs in Polen lediglich ab 1941 in das Ölgebiet von Drohobycz und Borysław, in dem die Karpaten Öl AG insgesamt etwa 1,2 Millionen Tonnen Öl förderte. Das machte zwar weniger als vier Prozent des deutschen Ölaufkommens aus, bedeutete aber dennoch den größten Anteil aus den besetzten Gebieten. Entsprechend interessiert zeigten sich die Besatzer an diesem Feld.²⁴¹

Die wahre Bedeutung des Generalgouvernements für die deutsche Kriegswirtschaft lag in den Augen der Okkupanten trotz aller Schwierigkeiten im Export von Nahrungsmitteln. 1944 zeigten sich die Verantwortlichen in der Krakauer Regierung von den Erfolgen auf diesem Gebiet sehr überzeugt. Gemäß ihrer Selbstdarstellung seien „ständig sich steigernde Fortschritte festzustellen“ gewesen.²⁴² Und tatsächlich hatte man 51 Prozent der Roggenimporte des Reichs, 66 Prozent der Haferimporte und 52 Prozent der Kartoffelimporte geliefert, was nicht zuletzt wegen der Ermordung der Juden möglich wurde, die danach nicht mehr versorgt werden mussten.²⁴³

Andererseits blieben die Besatzer dennoch weit hinter den eigenen Erwartungen zurück, denn beispielsweise bei Kartoffeln konnten lediglich 71 Prozent des Kontingents erfüllt werden (vgl. Tabelle 23, S. 427).²⁴⁴ Wie schon im Ersten Weltkrieg erwies sich Polen nicht als die „Kornkammer“, die die Nationalsozialisten entgegen aller Expertise darin sehen wollten.

²³⁹ Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses, 2.3.1940, in: Das Diensttagebuch, hg.v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 129.

²⁴⁰ ŁUCZAK, Basic assumptions of the economic policies of nazi Germany and their implementation in the occupied Poland, S. 202.

²⁴¹ POHL, Deutsche Wirtschaftspolitik im besetzten Ostpolen 1941–1944, S. 165 f.

²⁴² IPN, 196 / 288. 5 Jahre Aufbauarbeit in der Ernährungs- und Landwirtschaft des Generalgouvernements, 19.10.1944.

²⁴³ TOOZE, Ökonomie der Zerstörung, S. 629 ff.

²⁴⁴ RAJCA, Walka o chleb 1939–1944, S. 74.

Und so erzeugte das Generalgouvernement etwa 1942/43 nur rund sechs Prozent dessen, was im Reich geerntet wurde.²⁴⁵

Tabelle 23: Kontingenterfüllung des Generalgouvernements bei Kartoffeln (in 1.000 Tonnen)²⁴⁶

	Plan	Ist	in Prozent
Gesamt	7.210	5.130,7	71,2
1940/41	1.624	552,1	34
1941/42	1.166	807,8	69,3
1942/43	1.590	1.590	100
1943/44	2.150	1.612	75
1944/45	680	568,8	83,7

Wie sehr sich die Politik nach 1939 von der nach 1914 abhob, lässt sich nicht zuletzt mit Zahlen belegen. Nachdem die Ausgangsbedingungen wie gezeigt gar nicht so verschieden waren, erwies sich das Dritte Reich insbesondere wegen der exzessiven Gewalt, mit der es Polen überzog, als „erfolgreich“. Hatten die beiden Generalgouvernements zusammen 519.000 Tonnen Kartoffeln für das Besatzungsheer und den Export aufgebracht, erreichten die Nationalsozialisten die dreifache Menge, bei Getreide sogar mehr als das Siebenfache (vgl. Tabelle 24, S. 428). Einzig bei den Plünderungen direkt nach dem Einmarsch konfiszierten die beiden Kaiserreiche mengenmäßig – wenn auch nicht dem Wert nach – mehr, aber in diesem Bereich sind die Statistiken notorisch unzuverlässig.²⁴⁷

Bei den Arbeitskräften war es erneut Franks Besatzungsregime, das mehr als doppelt so viele Menschen nach Deutschland verschleppte als die zwei Generalgouvernements zusammen. Letztere setzten dabei allerdings kaum beziehungsweise nur während einer kurzen Periode auf direkte Gewalt. Christian Westerhoff hat in diesem Zusammenhang argumentiert, dass für die spätere Politik nicht der Erste Weltkrieg das Vorbild, sondern vielmehr der generelle Charakter des Nationalsozialismus die Ursache war: Dieser unterwarf schon ab 1933 die eigene Bevölkerung

²⁴⁵ SCHERNER, Bericht zur deutschen Wirtschaftslage 1943/44, S. 516 f.

²⁴⁶ RAJCA, Walka o chleb 1939–1944, S. 74.

²⁴⁷ Für die Gesamtzahlen 1939–1945 z. B.: WERNER RÖHR, Die faschistische Okkupationspolitik in Polen. 1939–1945, Berlin 1989, S. 361; MADAJCZYK, Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce, Bd. 2, S. 15.

vielfachem Zwang – etwa in Form von Notstandsarbeiten oder Arbeitsdienst.²⁴⁸ Exemplarisch zeigt sich darin die Verknüpfung mit der Ideologie, die die nationalsozialistische Besatzung so sehr von der vor 1918 abhob. So dominierte zwar die Ökonomie über rassische Überlegungen, wenn es um die Deportation von „Fremdvölkischen“ ins Reich ging, aber die Weltanschauung bestimmte das Vorgehen, wenn die drakonischen Sanktionen zur Anwendung kamen.²⁴⁹

Tabelle 24: Landwirtschaftliche Lieferungen aus dem Generalgouvernement nach Deutschland und an die Wehrmacht (in Tonnen)²⁵⁰

	Getreide	Kartoffeln	Fleisch	Zucker	Fette
1939/40					
1940/41	40.000	121.000	7.510	4.500	800
1941/42	58.000	134.000	21.400	4.400	900
1942/43	633.470	434.350	54.272	28.666	7.235
1943/44	571.682	387.741	53.768	27.546	1.335
1944/45	130.000	ca. 80.000	ca. 16.000	k. A.	k. A.

Die bedeutendste Rolle spielte die Ideologie bei der Verfolgung und Ermordung der Juden, deren makroökonomische Implikationen stark in den Hintergrund traten und die nur vereinzelt von Überlegungen individueller Bereicherung gebremst wurden. Der Ertrag – aber eben nicht Gewinn – von 178 Millionen Reichsmark bei der „Aktion Reinhardt“ ist das beste Beispiel dafür, nicht nur wegen der ausbleibenden weiteren Einkünfte, sondern insbesondere weil laut der zynischen zeitgenössischen Berechnung alleine im Ghetto Warschau ein wirtschaftlicher Schaden von

²⁴⁸ WESTERHOFF, Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, S. 327, 329 f. Zu den NS-Arbeitsmaßnahmen zuletzt: DETLEV HUMANN, Kleinkrieg in der „Arbeitsschlacht“. Der Dauerstreit zwischen Arbeitsdienst und Notstandsarbeiten im Dritten Reich, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 60 (2012), S. 54–70.

²⁴⁹ WALTER NAASNER, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition / Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard am Rhein 1994, S. 452.

²⁵⁰ RÖHR, Die faschistische Okkupationspolitik in Polen, S. 361. Die Tabelle gibt eine näherungsweise Schätzung wieder, denn es liegen keine vollständigen Statistiken vor.

fast 78 Millionen Reichsmark entstand.²⁵¹ Die rassistischen Ideen obsiegten im Laufe des Kriegs immer mehr – und mit immer tödlicheren Auswirkungen – über die Rationalität der Besatzung. Die restlose Auspressung, die die Deutschen betrieben, machte aber in der zweiten Kriegshälfte durchaus Sinn, denn je hoffnungsloser der Kampf gegen die Alliierten wurde, desto irrelevant war eine Schonung des Gebiets für später; eine Friedensherrschaft war sowieso nicht mehr zu erwarten.²⁵² Und wenn es nur darum ging, kurzfristig möglichst viele Ressourcen zu mobilisieren, konnten langfristige Konsequenzen egal sein.

In dieser Hinsicht agierten die Mittelmächte im Ersten Weltkrieg zwar einerseits rational vom imperialistischen Standpunkt dauerhafter Dominanz aus betrachtet, doch gerade vor dem Hintergrund eines totalen Kriegs vergleichsweise rücksichtsvoll – und inkonsequent. Das war einem anderen Denkhorizont geschuldet, anderen politischen Zielen, und nicht zuletzt dem Respekt vor den Einheimischen. Erich Ludendorff hat immer wieder auf diese Problematik hingewiesen und erwies sich als der wichtigste Befürworter größerer Härte. Er konnte sich damit allerdings nur sehr begrenzt durchsetzen. Die Nationalsozialisten wiederum hatten ihre eigenen Vorstellungen von totalem Krieg, der auf einen rassistischen Endkampf hinauslief, in dem eine Niederlage zugleich die vollständige Auslöschung ganzer Völker nach sich zog.

Die „Endlösung der Judenfrage“ bedeutete aber gleichzeitig einen schweren Eingriff in die Wirtschaft der okkupierten Länder, einfach weil die Juden darin eine wichtige Rolle einnahmen. Ihre graduelle „Ausschaltung“ aus dem ökonomischen Leben,²⁵³ die dem Genozid voranging, hatte bereits gravierende Auswirkungen auf die nichtjüdische Umgebung. Hitler und seine Gefolgsleute waren allerdings davon überzeugt, eine Volkswirtschaft planen und steuern zu können. Und tatsächlich gelang es beispielsweise, einige Ghettos in erfolgreiche Produktionsstätten umzuwandeln und so vor dem Massenmord einen kleinen Teil des makroökonomischen Desasters der antijüdischen Maßnahmen zu kompensieren. Ohnehin waren den Institutionen der deutschen Besatzung die Interde-

²⁵¹ IPN, 196 / 285. Zweimonatsbericht des Gouverneurs des Distrikts Warschau, 15.10.1942.

²⁵² EICHHOLTZ, Institutionen und Praxis der deutschen Wirtschaftspolitik im NS-besetzten Europa, S. 35.

²⁵³ Die Frage, inwieweit die Enteignung jüdischen Besitzes eine Voraussetzung, ein Nebeneffekt oder eine Konsequenz des Holocaust war, diskutiert zuletzt: INGO LOOSE, Plunder by Decree. Review of: Martin Dean, Robbing the Jews, in: *Yad Vashem Studies* 38 (2010), H. 2, S. 221–234, hier S. 229–232.

pendenzen zwischen Arbeit, Ernährung, Industrieproduktion und Finanzströmen wohl bekannt.²⁵⁴

Doch eine komplexe Volkswirtschaft ließ sich nicht durch unkoordinierte Verordnungen steuern, insbesondere bei so unterschiedlichen ideologischen und nichtideologischen Absichten der verschiedensten Stellen im Reich und im Generalgouvernement. Letztlich nahmen sie zahlreiche willkürliche Eingriffe vor, deren Ziele und Wirkungen sie doch meist nur monokausal betrachteten. Die stetig steigende Gewalt gegen die nichtjüdische Bevölkerung, die diese bis zur totalen Erschöpfung auspresste und so zumindest gewisse Erfolge beim Aufbringen von Ressourcen ermöglichte, verdeckte nur notdürftig die durch weltanschauliche Prämissen noch verstärkte wirtschaftliche Inkompetenz der Besatzer.

Die Herrschaft der Mittelmächte zeigte sich kaum stringenter und war ebenfalls zahlreichen Kurswechseln unterworfen. Und wie später im Zweiten Weltkrieg stellten diese Richtungsänderungen jeweils eine Anpassung an die aktuellen politischen Ziele dar und wurden von der militärischen Entwicklung maßgeblich beeinflusst – aber nicht diktiert. Die deutschen Politiker wiesen in beiden Kriegen manche Forderungen der Militärs zurück, was Wien und Lublin nur in geringerem Maße gelang. „Flexibilität“ im Nationalsozialismus bedeutete jedoch so gut wie immer noch mehr Gewalt. Österreich-Ungarn und seinem Bündnispartner gelang hingegen eine Kooperation mit den Polen, denn die beiden Imperien waren viel weniger ideologisiert als der Nationalsozialismus. Ihren Irrtümern konnten sie daher tatsächlich andere Versuche folgen lassen und beispielsweise ein Königreich Polen proklamieren. Und selbst wenn Härte angesagt war, nahm diese doch eine ganz andere Dimension an als 25 Jahre später. Streiks und Verhandlungen mit Arbeitern wären unter Hans Frank undenkbar gewesen, Kollektivstrafen bedeuteten noch nicht den Ruin eines ganzen Dorfs, und Konzentrationslager für renitente Bauern oder Arbeiter existierten nicht. Im Denkhorizont des Ersten Weltkriegs war Gewalt gegen Zivilisten als politische Strategie schlicht nicht vorhanden. Sie gar als konstituierenden Bestandteil der Herrschaft zu sehen, lag den Mittelmächten fern.

Freilich litt die Bevölkerung auch unter der Okkupation nach 1914. Arbeitslosigkeit, Verarmung, Elend und Hunger nahmen ein im Frieden nie gekanntes Ausmaß an. Die beiden Generalgouvernements agierten

²⁵⁴ JONAS SCHERNER / MARCEL BOLDORF, *France's Occupation Costs and the War in the East. The Contribution to the German War Economy, 1940–1944*, in: *Journal of Contemporary History* 47 (2012), S. 291–316.

vielfach brutal und überschritten nicht selten die Grenzen des Völkerrechts. Dafür trugen Deutschland und Österreich-Ungarn die volle Verantwortung – und waren sich dessen bewusst. Sie argumentierten stets vor dem Hintergrund dieses Normenkatalogs, erkannten ihn prinzipiell an und suchten Rechtfertigungen, falls sie ihn verletzten. Gewalt wandten sie nicht als Selbstzweck an, sondern suchten sie möglichst zu vermeiden, einzugrenzen und auf wenige Fälle zu beschränken. In diesem Sinne besteht ein großer Unterschied darin, ob es den Besetzten nicht besser gehen soll als der Heimat, oder ob „Untermenschen“ hungern müssen, damit es Deutschen gut geht. Und zu keinem Zeitpunkt in den Jahren 1914 bis 1918 wollten die Besatzer die Wirtschaftsordnung Polens zerstören und seiner Bevölkerung die Existenzgrundlage entziehen.

4. „GERMANISIERUNG“, RASSISMUS UND MASSENMORD: GEWALT ALS POLITIK

Die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg setzte von Anfang an auf exzessive Brutalität. Gemeinsam mit dem Holocaust darf die nationalsozialistische Expansion nach Osten wohl von allen in diesem Buch behandelten Themen als das am besten erforschte gelten. Die Literatur hierzu füllt Bücherregale, wobei eine Überblicksdarstellung mit geographischem Fokus auf Polen fehlt – sowohl die Besatzung als Ganzes wie der Völkermord sind bisher nicht in dieser Form untersucht. Angesichts zahlloser gesicherter Befunde und vieler nach wie vor umstrittener Interpretationen greift diese Darstellung vorwiegend auf neuere Ergebnisse zurück, verzichtet allerdings auf eine explizite Diskussion des Forschungsstands. Gezeigt werden die oft widersprüchlichen Zusammenhänge zwischen der Gewalt gegen Polen und Juden und der Germanisierung des Landes. Das erlaubt, die Konsequenzen der spezifisch nationalsozialistischen Pläne zu beurteilen, aber es sagt auch etwas über den Wettstreit der langfristigen imperialen Absichten und der kurzfristigen militärischen Notwendigkeiten aus.

Verfolgung und Massenmord

1939 zogen unmittelbar hinter den Wehrmachtseinheiten sieben „Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei“ in Polen ein, die Heinrich Himmler mit der „Bekämpfung aller reichs- und deutschfeindlichen Elemente rückwärts

der fechtenden Truppe“ sowie einer weitgehenden „Vernichtung“ der polnischen Intelligenz beauftragt hatte.²⁵⁵ Die Einsatzgruppen gingen dabei zunächst weniger gegen Juden als vielmehr gegen Polen vor.²⁵⁶ Zugleich berichteten die SS-Männer ausführlich über die deutsche Minderheit und die ihr vorgeblich zugefügten Misshandlungen.²⁵⁷ Damit griffen sie einen Topos der nationalsozialistischen Propaganda gegenüber dem Nachbarland auf und perpetuierten die Viktimisierung der dort lebenden Deutschen, die eine wesentliche Rechtfertigung der Gewalt als „Selbstverteidigung“ bildete.²⁵⁸ Das verdeutlicht zugleich, wie sehr der Gedanke eines Rassenkrieges, der demnach auch von Seiten der Polen gegen die Deutschen geführt würde, bereits verinnerlicht war.

So stellten die propagandistisch ausgeschlachteten Gräueltaten an den Volksdeutschen eine wichtige nachträgliche Legitimation für den Einmarsch in Polen dar,²⁵⁹ mit der sich der Kampf gegen Organisationen und Verbände des polnischen Staates rechtfertigen ließ. Auch die katholische Kirche galt als Hort des polnischen Nationalismus⁷ und als wesentliche Stütze des „Polentums“, weshalb ihre Priester häufig zu den Todesopfern gehörten, in Konzentrationslager eingesperrt wurden und die Bistümer und Pfarreien Enteignung, Überwachung und zum Teil sogar Schließungen unterworfen waren.

Das galt genauso für die evangelisch-augsburgische Kirche unter ihrem Bischof Juliusz Bursche, der sich entgegen der Hoffnungen der Besatzer nicht als Deutscher, sondern als protestantischer Pole sah – und mit ihm

²⁵⁵ Richtlinien für den auswärtigen Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD, o. D. (August 1939), in: Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN u. a., Darmstadt 2008, S. 117–121.

²⁵⁶ Für die Verfolgung der Juden vor allem im Bereich der Einsatzgruppe I und der Einsatzgruppe von Woyrsch vgl. insbesondere: ALEXANDER B. ROSSINO, Nazi Anti-Jewish Policy During the Polish Campaign. The Case of the Einsatzgruppe von Woyrsch, in: German Studies Review 24 (2001), S. 35–53.

²⁵⁷ Die Berichte der Einsatzgruppen in: Die Berichte der Einsatzgruppen aus Polen 1939. Vollständige Edition, hg. v. STEPHAN LEHNSTAEDT / JOCHEN BÖHLER, Berlin 2013.

²⁵⁸ Vgl. zu den Deutschen als angebliche Opfer der Juden: JEFFREY HERF, The Jewish enemy. Nazi propaganda during World War II and the Holocaust, Cambridge, Mass. 2008.

²⁵⁹ DORIS L. BERGEN, Instrumentalization of „Volksdeutschen“ in German Propaganda in 1939. Replacing/Erasing Poles, Jews, and Other Victims, in: German Studies Review 31 (2008), S. 447–470. Siehe auch: GERHARD WOLF, Die deutschen Minderheiten in Polen als Instrument der expansiven Außenpolitik Berlins, in: Die „Volksdeutschen“ in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität, hg. v. JERZY KOCHANOWSKI / MAIKE SACH, Osnabrück 2006, S. 41–75.

die allermeisten seiner Pfarrer.²⁶⁰ Die Opferzahlen der Einsatzgruppen können bis heute nur annähernd geschätzt werden. Bis Frühjahr 1940 ist in ganz Polen von über 60.000 Toten auszugehen, die die Deutschen unter dem Schlagwort „Intelligenzaktion“ ermordeten. Zwischen Frühjahr und Sommer 1940 starben weitere rund 7.500 Menschen im Rahmen der „AB-Aktion“ (Außerordentliche Befriedungsaktion).²⁶¹

Hinzu kamen die „Sonderaktionen“, die sich insbesondere gegen Professoren richteten und nochmals mehrere hundert Opfer forderten. Die Deutschen hatten sich damit gezielt gegen die kirchlichen, politischen und intellektuellen Eliten Polens gewandt, weil sie das Land seiner Führungsschicht berauben und jeglichen Widerstand im Keim ersticken wollten. Im Vergleich mit der Sowjetunion, die im Osten des Landes ihrerseits einen Genozid an den Polen verübte, gelang ihnen das allerdings nur teilweise²⁶² – wie nicht zuletzt der Warschauer Aufstand 1944 zeigte.

Jochen Böhler hat den deutschen Einmarsch 1939 als „Auftakt zum Vernichtungskrieg“ bezeichnet.²⁶³ Das mag für die Handlungen alleine der Wehrmachtsangehörigen trotz aller brutalen Exzesse übertrieben sein, doch mindestens für das Vorgehen der Einsatzgruppen trifft es zu. Schon am 17. Oktober 1939 verlangte Hitler von Heinrich Himmler ausdrücklich einen „Volkstumskampf, der keine gesetzlichen Bindungen“ mehr kennt.²⁶⁴ Hitler und seinen Untergebenen ging es um die Vernichtung der polnischen Nation. Noch bedeutete das nicht, alle Polen umbringen zu wollen, und tatsächlich wurden während des Kriegs keine Überlegungen in dieser Hinsicht angestellt. Allerdings war in der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus völlig klar, dass eine slawische Bevölkerung höchstens die Rolle von Knechten für die deutschen Siedler im Osten einnehmen durfte.

²⁶⁰ Erforscht ist bislang v. a. die Verfolgung der katholischen Kirche. Für einen Überblick: *Martyrologium polskiego duchowieństwa rzymskokatolickiego pod okupacją hitlerowską w latach 1939–1945*, 5 Bde., hg. v. WIKTOR JACEWICZ / JAN WOŚ, Warszawa 1977–1981. Derzeit arbeitet Jonathan Huener an einer neuen Darstellung.

²⁶¹ MARIA WARDZYŃSKA, *Był rok 1939. Operacja niemieckiej policji bezpieczeństwa w Polsce. Intelligenzaktion*, Warszawa 2009.

²⁶² Zum Vergleich der „Effizienz“ der Besatzer: TIMOTHY SNYDER, *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin*, München 2011, S. 164 f.

²⁶³ JOCHEN BÖHLER, *Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939*, Frankfurt am Main 2006.

²⁶⁴ Zitiert nach: MARTIN BROZAT, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945*, Frankfurt am Main 1965, S. 24.

Neben dem Mord an den Eliten sollten die Polen kulturell niedergehalten werden, denn das entsprach der Rolle, die ihnen im nationalsozialistischen Imperium zugedacht war. Konkret bedeutete das, die Universitäten zu schließen und den Einheimischen jegliche höhere Schulbildung zu verweigern. Auch Opern- oder Theateraufführungen gab es für sie nicht mehr, selbst der Besitz und die Benutzung von Radiogeräten waren ihnen verboten; in den Kinos liefen nur noch die von der Zensur erlaubten Filme. Die zugelassenen polnischen Zeitungen unterlagen einer strengen Kontrolle durch die Besatzer, die sie mit propagandistischen Botschaften füllten. Darin betonten sie die Dauerhaftigkeit der deutschen Herrschaft, die auf neue Verhältnisse hinauslief, ohne dabei jedoch ideologisch zu argumentieren. Ein solcher Blickwinkel, so befürchtete man, würde nur das Gemeinschaftsgefühl der Unterdrückten stärken.²⁶⁵ Gegen ihr Nationalbewusstsein richteten sich zudem die Verbote, polnische Orden zu tragen oder ehemalige Hoheitszeichen zu verwenden. Außerdem ließen die Okkupanten zahlreiche Denkmäler entfernen, einschließlich vieler Gedenktafeln in den Kirchen.²⁶⁶

Die deutsche Politik gegenüber der jüdischen Bevölkerung nahm noch maßlosere Dimensionen an. Bis Kriegsbeginn hatten die Nationalsozialisten versucht, die Juden im Reichsgebiet sowie in Böhmen und Mähren zur Auswanderung zu zwingen, doch mit der Eroberung Polens ließ sich dergleichen nicht mehr realisieren – von den über drei Millionen Juden der Rzeczpospolita lebten etwa zwei Drittel im Generalgouvernement in den Grenzen von 1941. Frank übernahm innerhalb kürzester Zeit die im Reich etablierten antisemitischen Maßnahmen und verschärfte diese weiter, beispielsweise im Dezember 1939 durch die Kennzeichnungspflicht, die die Juden optisch gegenüber der polnischen Bevölkerung abheben sollte. Gleich in den ersten Monaten nach dem siegreichen Feldzug initiierten die Besatzer zudem Deportationen der Bewohner kleiner Landgemeinden in die größeren Städte des Landes, wo sie in meist abgeschlossene Ghettos gezwungen wurden, auf deren Verlassen später die Todesstrafe stand.

Spätestens seit Ende 1940 lautete das Ziel der Kreishauptleute, die Juden in ihrem Gebiet in Ghettos zu konzentrieren, um sie so von der übrigen Bevölkerung absondern und besser überwachen zu können. Dazu kam die maßgeblich vom Hygienediskurs bestimmte Vorstellung der

²⁶⁵ LARS JOCKHECK, *Propaganda im Generalgouvernement. Die NS-Besatzungspresse für Deutsche und Polen 1939–1945*, Osnabrück 2006, S. 138.

²⁶⁶ MAJER, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich, S. 511 f.

Juden als Seuchenträger, vor denen die Menschheit geschützt werden müsse – was so weit ging, Juden mit Seuche und Krankheit gleichzusetzen.²⁶⁷ Allerdings lieferte die NS-Ideologie keine klare Anleitung für eine Politik, die sich linear und konsequent von der Machtergreifung bis zum Holocaust entwickelt hätte. Vor dem Überfall auf die Sowjetunion schien die „Endlösung“ der Judenfrage trotz vieler tausend Toter nicht zwangsläufig auf einen industriellen Genozid hinauszulaufen. Doch spätestens im Sommer 1941 erwiesen sich sämtliche Phantasien einer erzwungenen Emigration der Juden unter dem Schlagwort „Madagaskarplan“²⁶⁸ als illusorisch. Über die Fronten eines Weltkriegs hinweg ließ sich so etwas nicht realisieren.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Besatzer einen Völkermord an den Polen begonnen und große Teile ihrer Elite getötet. Demgegenüber waren vergleichsweise wenige Juden von ihnen umgebracht worden, selbst wenn die Sterberaten in den Ghettos angesichts von Hunger und den dadurch bedingten Krankheiten stetig zunahmen, die alleine in Warschau etwa 5.000 Opfer pro Monat forderten.²⁶⁹ Die ghettotoisierten Juden schienen keine Gefahr für die deutsche Herrschaft und ihre Ziele darzustellen – ganz im Gegensatz zu den Polen, deren Widerstand nach zwei Jahren Okkupation deutlich anwuchs.

Die deutsche Politik gegen die Juden setzte bis dahin auf deren vollständige Kontrolle mit der Absicht, jegliche kulturellen oder intellektuellen Aktivitäten zu unterbinden. Damit dies mit möglichst geringem Aufwand geschehen konnte, etablierten die Besatzer schon in den ersten Monaten der Okkupation „Judenräte“, also von ihnen nominierte Gremien, die in persönlicher Haftung für die im jeweiligen Ort lebenden Juden verantwortlich waren und deren Gemeinwesen leiten sollten.²⁷⁰ Bevor ab Sommer 1942 der Völkermord in den Lagern sowie die Vernichtung durch Arbeit begannen, fand im Gleichklang mit der Ghettoisierung eine Phase der Entrechtung und Verfolgung statt.

²⁶⁷ Vgl. für das Beispiel Warschau: KLAUS-PETER FRIEDRICH, *Rassistische Seuchenprävention als Voraussetzung nationalsozialistischer Vernichtungspolitik. Vom Warschauer „Seuchensperrgebiet“ zu den „Getto“-Mauern (1939/40)*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 53 (2005), S. 609–636.

²⁶⁸ MAGNUS BRECHTKEN, *„Madagaskar für die Juden“. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945*, München 1997, S. 225–277.

²⁶⁹ ENGELKING / LEOCIK, *The Warsaw Ghetto*, S. 47–51, 280–292.

²⁷⁰ Zur Etablierung der Judenräte: DAN MICHMAN, *Angst vor den „Ostjuden“. Die Entstehung der Ghettos während des Holocaust*, Frankfurt am Main 2011, S. 168–170. Siehe außerdem nach wie vor: TRUNK, *Judenrat*.

Die ständig verschärften Maßnahmen betrafen fast alle Lebensbereiche: Seit Oktober 1939 waren Konten von Juden weitgehend eingefroren und rituelle Schlachtungen verboten, auch durften sie wie die Polen keine höhere Schulen und Universitäten mehr besuchen. Einen Monat später schlossen die Besatzer alle genuin jüdischen Lehranstalten und erlaubten erst zwei Jahre später die Neueröffnung von Grundschulen. Der Januar 1940 sah in Warschau die Schließung aller Synagogen und ein Verbot gemeinschaftlichen Gebets in Privathäusern – was die katholische Kirche trotz aller Verfolgung nie in dieser Totalität traf. Im Februar wurde Juden die Benutzung der Eisenbahn ebenso wie der Einkauf in polnischen Läden untersagt. Im März verboten ihnen die Deutschen, in Cafés oder Restaurants zu gehen, und im Oktober ihre Häuser zu anderen Zeiten als zwischen 7 und 20 Uhr zu verlassen. Gleichzeitig blieben jüdische Theater oder Konzerte erlaubt, wenn sie in Ghettos stattfanden. Im Dezember 1941, als die Wehrmacht den russischen Winter fürchten lernte, erzwang in Warschau der „Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk“ bei Androhung der Todesstrafe die Ablieferung aller Pelze und Mäntel für die deutschen Soldaten.²⁷¹

Diese Maßnahme stand ganz im Einklang mit der sonstigen Ausplünderung der Juden, die zunächst in legalistischer Form unter Einbeziehung etwa von Banken gedacht war. Doch spätestens mit der Ghettoisierung, die weitere Enteignungen von Immobilien und Landbesitz nach sich zog, erwies sich dieses Prinzip als obsolet. Gleichzeitig zwang die deutsche Politik viele jüdische Handwerker dazu, von sich aus einen Antrag auf einen Treuhänder zu stellen, weil sie nur über 500 Złoty pro Woche verfügen durften, während darüber hinausgehende Beträge auf ein Sperrkonto mussten.²⁷² Die Besatzer waren an diesen Kleinbetrieben wenig interessiert und wollten ihren Landsleuten zur „Arisierung“ nur größere Geschäfte anbieten, während sie kleinere Unternehmen oder Grundstücke – die alleine in Warschau einen geschätzten Wert von 1,5 bis 2 Milliarden Złoty hatten – günstig an Polen veräußerten.²⁷³ Bezeichnenderweise erkannte Hans Frank „in der Treuhänderei eine der übelsten Methoden der

²⁷¹ Die Chronologie am Beispiel Warschaus nach: ENGELKING / LEOCIK, *The Warsaw Ghetto*, S. 37–42.

²⁷² LOOSE, *Kredite für NS-Verbrechen*, S. 342 f.

²⁷³ *Besprechungen in Krakau*, 19.1.1942, in: *Das Diensttagebuch*, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 464 f. Siehe auch: *Verordnung über die Beschlagnahme von privatem Vermögen im Generalgouvernement (Beschlagnahmeverordnung)* vom 24.1.1940, *Verordnungsblatt für das Generalgouvernement*, 27.1.1940. LOOSE, *Kredite für NS-Verbrechen*, S. 322–330.

Kolonialpolitik der alten Mächte“, weshalb er sie zum finanziellen Vorteil seiner eigenen Regierung sowie für eine spätere Übergabe an deutsche Siedler reduzieren wollte.²⁷⁴ Zwar war die Politik der Deutschen gegen die Juden nicht im ganzen Generalgouvernement einheitlich, denn die Kreishauptleute entwickelten meist beträchtliche Eigeninitiative und „Kreativität“, aber sie verband ein rassenideologischer Konsens, der auch die Rückendeckung durch die Regierung in Krakau einschloss.²⁷⁵ Deshalb freute sich Frank Mitte Juli 1941 über Hitlers Zusage, dass sein Territorium nur eine Art Durchgangslager für die Juden darstelle und mittelfristig „judenfrei“ werden solle.²⁷⁶ Die hunderttausendfachen Erschießungen im besetzten Russland wiesen dabei in die Richtung, in der sich die Politik auch in Polen entwickeln würde: Genozid.

Auch im Warthegau setzte die Zivilverwaltung unter Gauleiter Arthur Greiser auf eine enge Kooperation mit der SS und ermordete im Vernichtungslager Kulmhof (Chełmno) seit Dezember 1941 über 150.000 Juden aus den kleineren Ghettos der Region. Im Generalgouvernement kam es im März 1942 zu den ersten Deportationen in das Vernichtungslager Bełżec, seit Mai fand der Massenmord zudem in Sobibór statt, und ab Juli auch in Treblinka. In diesen Lagern fanden im Rahmen der „Aktion Reinhardt“ etwa 1,8 Millionen Menschen den Tod.²⁷⁷

Die Führungsspitze in Krakau um Hans Frank und Friedrich-Wilhelm Krüger zeigte sich ebenfalls von den „Vorteilen“ des Judenmords überzeugt. Über zwei Millionen Esser weniger würden mehr Exporte ins Reich erlauben, in den Städten würde die Wohnungsnot ebenso wie die Seuchengefahr abnehmen, und ferner sei dies ein Schritt hin zur Germanisierung des Territoriums. Das letzte Argument spielte indes die geringste Rolle, denn die Regierung des Generalgouvernements war davon überzeugt, dass die richtige Zeit für eine Besiedelung mit Deutschen erst nach einem gewonnenen Krieg komme – dann allerdings müsse energisch an diesem Ziel gearbeitet werden.²⁷⁸ So war der Holocaust zwar eng mit der Ostsiedlung verbunden,²⁷⁹ aber daraus folgte keine unmittelbar abge-

²⁷⁴ Besprechung in Krakau, 23.4.1940, in: Diensttagebuch, hg. v. PRÄG / JACOBMEYER, S. 185 f.

²⁷⁵ ROTH, Herrenmenschen, S. 179.

²⁷⁶ MUSIAL, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung, S. 180 f.

²⁷⁷ BERGER, Experten der Vernichtung, S. 51–79, 387.

²⁷⁸ MUSIAL, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung, S. 208–210.

²⁷⁹ Darauf hat insbesondere hingewiesen: GÖTZ ALY, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt am Main 2005.

stimmte, gewissermaßen konsequente Politik. Tatsächlich war für eine Migration von Deutschen ins Generalgouvernement die zahlenmäßig viel größere Gruppe der Polen das entscheidende Hindernis; im Gegensatz zu den schon in Ghettos gepferchten Juden waren sie es, die einer Inbesitznahme des Landes noch im Weg standen.

Im Herbst 1942 schien es den Nationalsozialisten zudem so, als ob sie zumindest einige der nun in Arbeitslager überführten Juden noch benötigten, um insbesondere Rüstungsaufträge ausführen zu lassen. Die dahinter stehende Rationalität verdeckte allerdings nur notdürftig die genozidale Ideologie, denn einerseits war es durchaus im Sinne der Besatzer, wenn die Juden bei dieser Arbeit starben, andererseits war der Völkermord nicht beendet, sondern machte lediglich eine Pause.

Die regionalen SS- und Polizeiführer errichteten in ihren Distrikten jeweils eigene Lager und wandelten vormals große Ghettos in reine Zwangsarbeitsstätten um. Die „Vernichtung durch Arbeit“ war dort mit einkalkuliert, denn anders als der Zivilverwaltung ging es nun nicht mehr um den Erhalt zumindest der „produktiven“ Juden. Vielmehr war klar, dass die momentane Situation nur eine Zwischenstation vor der Vernichtung war. Immer wieder kam es zur Auflösung von Lagern, bei denen die SS die Insassen oftmals gleich vor Ort ermordete. Meist hatten diese Stätten weniger als 100 Häftlinge, aber da alleine in Galizien 120 derartige Lager bestanden, fanden sich in den einzelnen Distrikten jeweils noch mehrere 10.000 Überlebende, in Galizien beispielsweise etwa 50.000, in Lublin 45.000.²⁸⁰ Die Atempause für die Opfer währte nur kurz – und beschränkte sich auf die Juden, die eine Beschäftigung hatten, die nun zur Frage von Leben und Tod geworden war. Bereits Anfang 1943 setzten die Deutschen die Vernichtung fort. Erst zu diesem Zeitpunkt entwickelte sich so etwas wie ein annähernd bürokratisch durchgeführtes Verbrechen, denn bis dahin hatten Improvisation, Menschenjagden oder Massaker etwa bei der Auflösung der Ghettos häufig für einen chaotischen Ablauf gesorgt. Die Deutschen waren zudem bei den Deportationen auf die Männer der polnischen „Blauen Polizei“ – sowie ganz allgemein auf Denunziation und Unterstützung der Einheimischen angewiesen, ohne die mehr Juden die Flucht gelungen wäre.²⁸¹ Die Lager ließen sich nun mit

²⁸⁰ POHL, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien, S. 345 f.

²⁸¹ Zur polnischen Kollaboration im Holocaust jetzt: GRABOWSKI, Judenjagd. Dort S. 101–120 für die Rolle der Policja Granatowa, und exemplarisch für die Beteiligung von Baudienst-Angehörigen an der Judenverfolgung S. 121–129.

verhältnismäßig geringem Personalaufwand kontrollieren und waren ebenso leicht aufzulösen.

Der Menschenmangel im Generalgouvernement befand sich im März 1943 auf einem neuen Höchststand, während zugleich fast alle überlebenden Juden für die Besatzer arbeiteten. Himmler gab trotzdem im Mai 1943 den Befehl, zunächst die Insassen der verbliebenen Restghettos zu töten, wozu ihn insbesondere der Aufstand der überlebenden Warschauer Juden nach dem 19. April bewogen hatte. Unter Jürgen Stroop konnte die SS diesen Akt der Verzweiflung im Angesicht des sicheren Todes zwar bis zum 16. Mai niederschlagen, aber eine derartige Störung der „Endlösung“ wollte Berlin nicht wieder riskieren. Der Beschluss, auch die Lager aufzulösen und ihre Häftlinge innerhalb der nächsten vier Monate zu ermorden, fiel im Juni 1943, denn das Ansteigen des polnischen Widerstands ließ die nationalsozialistische Führungsspitze ein Zusammengehen dieser beiden Gruppen und eine wechselseitige Unterstützung befürchten.²⁸²

Nach den jüdischen Aufständen in den Vernichtungslagern Treblinka am 2. August und Sobibór am 14. Oktober 1943 erließ Himmler den Befehl, die letzten im Distrikt Lublin verbliebenen Juden in den drei Arbeitslagern Poniatowa, Trawniki und Majdanek umzubringen. Unter dem Schlagwort „Aktion Erntefest“ fand die systematische Ermordung am 3. November 1943 ihr Ende.²⁸³ Außer mehreren tausend Zwangsarbeitern vor allem im Distrikt Radom lebten im Generalgouvernement danach nur noch Juden in Verstecken und im Untergrund, die nicht dem Zugriff der Besatzer unterlagen – aber ständig Entdeckung, Denunziation und Tod fürchten mussten. Die Deutschen hatten drei Millionen Juden aus Polen ermordet, davon etwa zwei Drittel aus dem Generalgouvernement.

Die Eindeutschung eines Landes

Während die einheimische Bevölkerung einer Politik ausgesetzt war, die Unterdrückung, Entnationalisierung und zuletzt Vernichtung bedeutete, förderten die Nationalsozialisten die „deutsche Kultur“ im Lande. Davon sollten zunächst diejenigen profitieren, die als Besatzer ins Land gekom-

²⁸² POHL, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien, S. 348–350.

²⁸³ Hierzu zuletzt: STEFAN KLEMP, „Aktion Erntefest“. Mit Musik in den Tod. Rekonstruktion eines Massenmords, Münster 2013.

men waren. Gleichzeitig erstreckten sich die Maßnahmen auf die „Volksdeutschen“, also Polen mit deutscher Herkunft. Für diese im Vergleich zu Polen und Juden kleine Minderheit versuchte die Zivilverwaltung, das Bild eines deutschen Landes zu inszenieren. Es sollte keine nationalpolnische Symbolik mehr vorhanden sein, und zudem wollten die Deutschen ihrer Herrschaft Ausdruck verleihen. Sie schritten deshalb noch 1939 zur Umbenennung von Straßen, die sich in den meisten Fällen auf wörtliche Übersetzungen beschränkte, aber politische Namen vergab die Verwaltung durchaus auch. Aus dem Warschauer plac Piłsudskiego (Piłsudski-platz) wurde deshalb der Sachsenplatz und später der Adolf-Hitler-Platz, aus der Ujazdowski-Allee, die zwischenzeitlich Lindenallee hieß, die Siegesstraße, und aus dem Napoleonplatz machte man den Postplatz.²⁸⁴

Ganz zentral ging es darum, den eigenen Landsleuten das Gefühl von „Herrenmenschen“ zu vermitteln, die über Polen und Juden standen. Das richtete sich einerseits gegen Fraternisierung und Mitleid, andererseits bildete es die neu geschaffenen rechtlichen Verhältnisse ab, die nun internalisiert werden sollten.²⁸⁵ Für die Deutschen bedeutete das zunächst ganz pragmatisch, in den Städten moderne Wohngebäude zu beschlagnahmen, die durch die Zwangsumsiedlung der Juden in die Ghettos – und der nachfolgenden, nicht weniger erzwungenen Umsiedlung der Polen – verfügbar waren. Es entstanden „deutsche Wohnviertel“, in denen sich die Besatzer konzentrierten und ihre eigene Gesellschaft etablierten, die möglichst viel Komfort und Annehmlichkeiten bereitstellte, ohne dafür in Kontakt mit den Einheimischen treten zu müssen.

Ihnen standen alle Freizeitbeschäftigungen offen, die sie den Besetzten vorher verboten hatten – und sie nutzten deren Stätten: Es gab ein reichhaltiges Sportleben mit Fußball-Ligen, Rudern, Reiten, Schwimmen oder Wintersport, dazu Filmvorführungen, Theater, Oper und Konzerte, sowie deutsche Zeitungen und Radio. Außerdem gab es gesonderte Straßenbahnen und Zugabteile, Geschäfte „nur für Deutsche“, in denen beispielsweise die Wiener Feinkostkette Meisl ihre Spezialitäten anbot, Bibliotheken und ausschließlich für Deutsche geöffnete Restaurants und Cafés. Für diejenigen, die mit ihren Familien gekommen waren, öffneten exklusive Schulen, Kindergärten und sogar Spielplätze. Gerade in den Distriktsitzen und größeren Städten war es möglich – ganz wie von den Vorgesetzten gewünscht – ein Leben ohne Kontakt mit den Einheimi-

²⁸⁴ STEPHAN LEHNSTAEDT, *Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk 1939–1944*, München 2010, S. 83.

²⁸⁵ JOCKHECK, *Propaganda im Generalgouvernement*, S. 139, 255.

schen zu führen. Vom Wohnzimmer über Büroalltag bis hin zur Abendveranstaltung in „Deutschen Häusern“ oder bei Gemeinschaftsabenden ließ sich fast allen Beschäftigungen ausschließlich im Kameradenkreis nachkommen.²⁸⁶

Außer den reichsdeutschen Besatzern erfassten spätere Zählungen im Generalgouvernement etwas mehr als 160.000 „Volksdeutsche“.²⁸⁷ Doch diese Minderheit war keinesfalls uniform organisiert und bereits wie die Reichsgesellschaft gleichgeschaltet. Verschiedene Gruppen, die teilweise dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstanden – bereits die Einsatzgruppen hoben immer wieder die evangelisch-augsburgische Kirche unter ihrem Landesbischof Juliusz Bursche hervor –, galt es im Blick zu behalten und im Sinne einer künftigen Herrschaft im Lande für die eigenen Zwecke „anzuleiten“.

Von den Wenigen, die bereits vor dem Krieg in deutschen Vereinen aktiv gewesen waren, fasste die SS einige in einer Art Hilfspolizeitruppe unter dem Namen „Volksdeutscher Selbstschutz“ zusammen. Diese ging vor allem in den ins Reich eingegliederten Gebieten mit großer Brutalität gegen die polnischen Nachbarn vor und wies mit rund 10.000 Angehörigen einen bemerkenswerten Grad an Mobilisierung auf: fast 30 Prozent der „Wehrfähigen“ standen in ihren Reihen. Trotzdem war deren Dislozierung nicht gleichmäßig und beispielsweise in der Stadt Warschau der Anteil der deutschen Bevölkerung so gering – beziehungsweise die Furcht vor den Polen so groß –, dass nur mit regulären Polizeieinheiten eine Kontrolle zu gewährleisten schien.²⁸⁸

Frank sah in den Selbstschutzeinheiten undisziplinierte Räuberbanden, die sich seiner Kontrolle entzogen, und er konnte deswegen im Sommer 1940 die Auflösung der Truppe erreichen. Lediglich 20 bis 50 Mann in jedem Kreis wurden als „Sonderdienst“ einheitlich uniformiert und offiziell der Zivilverwaltung unterstellt, wobei beispielsweise im Distrikt Lublin der dortige SS- und Polizeiführer Odilo Globocnik (1904–1945) einen recht direkten Zugriff auf die etwa 400 Mann in der Region behielt. Sie waren unter anderem für die Bekämpfung von Schwarzhandel und Widerstand zuständig und gelangten 1943 abermals unter Aufsicht der Ordnungspolizei.²⁸⁹

²⁸⁶ LEHNSTAEDT, *Okkupation im Osten*, S. 103–139.

²⁸⁷ STRIPPEL, *NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas*, S. 213.

²⁸⁸ CHRISTIAN JANSEN / ARNO WECKBECKER, *Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40*, München 1992, S. 76 f.

²⁸⁹ Ebd., S. 195 f.

Unabhängig davon stellten die Volksdeutschen ein zentrales Element der nationalsozialistischen Germanisierungspläne in Polen dar, denn sie bildeten gewissermaßen das deutsche Fundament, auf dem jede weitere Besiedlung fußen sollte. Die Nationalsozialisten sammelten sie 1939 in der so genannten „Volksdeutschen Gemeinschaft“. Aus dieser Gruppierung machte die NSDAP zwei Jahre später die „Deutsche Gemeinschaft“, in der sie die Deutschen organisierte, die nicht Parteimitglieder waren und sich länger als drei Monate im Generalgouvernement aufhielten.²⁹⁰ Damit war eine Organisation geschaffen, in der alle Angehörigen der Besatzungsmacht vereinigt waren und in der Volksdeutsche formal auf gleicher Ebene neben Reichsdeutschen standen.

Zunächst aber galt es, die Volksdeutschen im Generalgouvernement zu erfassen und sich einen Überblick über ihre Zahl, politische Zuverlässigkeit und „rassische Qualität“ zu verschaffen. Ab 1941, mit der Deutschen Volksliste, schufen die Nationalsozialisten vier Kategorien, die den „Germanisierungsgrad“ der Aufgelisteten dokumentieren sollten, sich aber vor allem durch ihre zweifelhafte Trennschärfe auszeichneten. Doch nur so konnte man fünf Prozent der polnischen Einwohner als „eindeutschungsfähig“ zählen.²⁹¹

In der ersten Gruppe wurden diejenigen geführt, deren NSDAP-Mitgliedschaft erwünscht war, weil sie schon vor 1939 für ihre deutsche Abstammung „gekämpft“ hatten. Zur zweiten Gruppe zählten Menschen, die deutsche Wurzeln hatten, ohne diese vor 1939 betont zu haben. Die Zugehörigkeit zu einer dieser beiden Gruppen reichte zur Erteilung der deutschen Staatsbürgerschaft aus.

In der nächsten Kategorie fanden sich diejenigen wieder, die familiäre Verbindungen mit Polen hatten, bei denen aber die Chance gesehen wurde, dass sie zum „Deutschtum zurückfinden“ würden. Dazu kamen nichtdeutsche Ehepartner und Personen mit slawischer Muttersprache, denen aber zugebilligt wurde, dass sie zumindest deutsche Vorfahren hatten; die deutsche Staatsangehörigkeit konnten Angehörige dieser Gruppe nur nach einer gesonderten Überprüfung und auf Widerruf erhalten. Alle übrigen Bewerber gehörten der vierten Kategorie an und mussten

²⁹⁰ Krakauer Zeitung Nr. 58 vom 13.3.1941: „Volksdeutsche Gemeinschaft geht in NSDAP auf“.

²⁹¹ MAJER, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich, S. 464 f. Zur Deutschen Volksliste: HEINEMANN, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“, S. 260–282.

sich dem regulären Einbürgerungsverfahren unterziehen.²⁹² Sich als Volksdeutscher registrieren zu lassen, war meist eine freiwillige Maßnahme. Allerdings hatten Polen mit eindeutig deutschen Wurzeln Repressionen zu fürchten, falls sie sich nicht meldeten. Doch die Zugehörigkeit zur Deutschen Volksliste war nicht nur mit einer Kennkarte verbunden, die Steuererleichterungen, einen sicheren Arbeitsplatz und Vorzugsbehandlung im Umgang mit Behörden versprach, sondern auch mit zusätzlichen Lebensmittelzuteilungen, die weit über den polnischen Standard hinausgingen – und erst ab 1943 unterlagen einige der Volksdeutschen der Wehrpflicht. Nicht wenige Menschen beantragten deshalb aus Opportunismus oder rein ökonomischen Erwägungen – und mitunter aus materieller Not – diesen Status.²⁹³ Sie gehörten meist den Kategorien Drei oder gar Vier an und waren nach ihren Namen, vor allem aber nach ihrer Sprache, kaum als Deutsche zu identifizieren.

Die Nachfrage nach einem Beitritt zur „Volksdeutschen Gemeinschaft“ deckte sich mit dem Interesse der Nationalsozialisten, möglichst viele Menschen aufzunehmen. Als durchaus typisch kann Tschenstochau gelten, wo eineinhalb Prozent der Bevölkerung volksdeutsch waren. Doch von den 556 Haushalten bestanden nur 216 aus „reinen, unvermischten“ Ehen, während sich 340 Haushalte mit 1.100 Personen aus deutsch-polnischen Paaren und daraus hervorgegangenen Kindern zusammensetzten.²⁹⁴ Die Kreishauptmannschaft betrieb einen großen Betreuungsaufwand, um diese neuen Mitglieder der Volksgemeinschaft zu wahren Deutschen zu machen – etwa mittels Sprachkursen. Zudem wollte sie ihnen die materiellen Vorzüge eines „Herrenmenschen“ zukommen lassen und baute beispielsweise ein Schwimmbad nur für Volks- und Reichsdeutsche, wofür sie insbesondere Juden heranzog. Sie mussten allein in der zweiten Jahreshälfte 1940 insgesamt 8.997 Arbeitstage für den Neubau leisten.²⁹⁵

²⁹² GRZEGORZ JANUSZ, Die rechtlichen Regelungen Polens zum Status der deutschen Bevölkerung in den Jahren 1938 bis 1950, in: *Deutschesprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich*, hg. v. MANFRED KITTEL u. a., München 2007, S. 131–251, hier S. 136.

²⁹³ TOMASZ SZAROTA, *Warschau unter dem Hakenkreuz. Leben und Alltag im besetzten Warschau, 1.10.1939 bis 31.7.1944*, Paderborn 1985, S. 254 f.

²⁹⁴ STEPHAN LEHNSTAEDT, Volksdeutsche in Tschenstochau. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik für Täter, Profiteure und Zuschauer des Holocaust, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 57 (2008), S. 425–452, hier S. 431 f., 437.

²⁹⁵ MŁYNARCZYK, *Judenmord in Zentralpolen*, S. 155.

Aber die allermeisten Deutschen profitierten auch ganz individuell von der Verfolgung der Einheimischen sowie der Ermordung der Juden. Sie übernahmen deren Wohnungen, eigneten sich Betriebe als Treuhänder an oder ließen sich Möbel, Textilien und sonstige Gegenstände zuteilen, die meist den Juden geraubt worden waren.²⁹⁶ Selbst Zwangsarbeit hatte individuelle Vorteile, etwa im eigenen Betrieb oder bei der Renovierung von Gebäuden. Von den Bewohnern Vorkriegspolens waren es neben rassenpolitisch als wertvoller geltenden und deshalb weniger drangsalierten Gruppen wie Ukrainern oder Goralen²⁹⁷ nur die Volksdeutschen, die nicht unter der Besatzung litten. Viele von ihnen sahen zu, wie ihre Nachbarn entrechtet, verfolgt und ermordet wurden und profitierten zugleich davon.

Hauptsächlich für sie waren die meisten NSDAP-Organisationen aktiv. Sie etablierten eine Betreuung, die in ihrer Intensität erheblich über den Standard im Reich hinausging – eben weil die Volksdeutschen die Speerspitze der Germanisierung Polens bilden sollten. Doch deren deutliche materielle Besserstellung war nur über die wirtschaftliche Ausbeutung und Vernichtung der übrigen Bevölkerung zu erreichen. Zwangsarbeit, Hunger, Verarmung und Tod von Polen und Juden standen in einem mehr als nur indirekten Zusammenhang mit der Politik zugunsten der Volksdeutschen, auf die die Besatzer zudem in weit größerem Maße als Personal zurückgriffen als die beiden Generalgouvernements des Ersten Weltkriegs. In der nationalsozialistischen Ideologie galten die Volksdeutschen zudem als die letzten Nachfahren derjenigen Deutschen, die in den vergangenen Jahrhunderten angeblich erst Kultur und Zivilisation in den Osten getragen hatten. Das Land habe also eine zutiefst deutsche Geschichte, die bis auf die Germanen zurückreiche und sich in zahlreichen historischen Persönlichkeiten manifestiere.

Die oft zu lesenden historischen Betrachtungen in den offiziellen Zeitungen und Magazinen des Generalgouvernements sollten den Stolz auf diese Vergangenheit hervorrufen und erklären die bedeutendsten Sehenswürdigkeiten als Zeugnis dieser deutschen Geschichte. Alles, was als schön oder zumindest bemerkenswert galt, ließ sich so auf „den Einfluss deutschen Geistes und deutschen Kulturschaffens“²⁹⁸ zurückführen –

²⁹⁶ DEAN, *Robbing the Jews*, S. 179, 188.

²⁹⁷ Für die Goralen (und ihre Kollaboration) vgl. zuletzt: WOJCIECH SZATKOWSKI, *Goralenvolk. Historia zdrady*, Zakopane 2012.

²⁹⁸ RUDOLF MEIER, *Soldaten-Führer durch Warschau*, Zweite vermehrte und verbesserte Auflage, Warschau 1942, S. 5.

während im Gegensatz dazu alles Hässliche polnischen Ursprungs sei. Der Sinn für Ordnung und Ästhetik galt damit als ausschließliche Eigenschaft der Besatzer, die sich im Kriege nur das zurückholten, was sowieso maßgeblich durch sie geprägt worden sei. Die Besetzten hingegen mit der ihnen zugeschriebenen Unordnung und Unkultur seien demgegenüber zu keiner eigenen, schöpferischen Leistung fähig.²⁹⁹

Die großen Städte wie Warschau und insbesondere Krakau hätten demnach einen deutschen Charakter. In ihrer Geschichte träte immer wieder „der Kampf zwischen Lebenswillen und Lebensuntüchtigkeit deutlich hervor“ – etwa durch den „starken Zuzug deutscher Kaufleute, Edelhandwerker, Architekten, Ärzte, Künstler im 16. bis 18. Jahrhundert“, die mit dem „kulturell zurückgebliebenen polnischen Kleinbürgertum“ konkurrieren mussten.³⁰⁰ Der „Baedeker Generalgouvernement“ präsentierte Warschau als „kulturgeschichtlich [...] fortlaufendes Zeugnis der schon Jahrhunderte dauernden deutschen Aufbauarbeit im Weichselraum“. ³⁰¹ Dieser Topos der „Leistung“, die sich geschichtlich zeige und die nun, nach der Eroberung Polens, fortgesetzt werden sollte, stellte eine zentrale Legitimation der nationalsozialistischen Besatzung dar. Sie sollte allen Deutschen ständig vor Augen geführt werden, damit keine Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Fremdherrschaft aufkämen und das Ziel der Germanisierung des Ostens – oder besser: Re-Germanisierung – stets präsent blieb.

Bereits im Vorwort zu seinem Reiseführer beschrieb der Verlagsleiter Carl Baedeker das Ziel seines Buchs mit den Worten:

„Der Herausgeber hat die Aufgabe mit Freuden begrüßt, ein Handbuch zu schaffen, das eine Vorstellung gibt von dem Umfang der ordnenden und aufbauenden Arbeit, die unter schwierigen Kriegsbedingungen in 3½ Jahren schon bewältigt oder in Angriff genommen worden ist, seit das Deutsche Reich die Verwaltung des Weichselraumes übernommen hat.“³⁰²

Er benannte damit nicht nur den Propagandacharakter des Buchs, sondern bot zugleich eine Überleitung zur Politik der Besatzung, die Ernst Fugmann vom Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau wie folgt charakterisierte: „Das übergeordnete Ziel bleibt die Wiedererfüllung dieses Weich-

²⁹⁹ JOCKHECK, Propaganda im Generalgouvernement, S. 264–266.

³⁰⁰ MEIER, Soldaten-Führer durch Warschau, S. 9 f.

³⁰¹ Das Generalgouvernement. Reisehandbuch, hg. v. KARL BAEDEKER, Leipzig 1943, S. 50.

³⁰² Ebd., S. V.

seltraumes mit deutschen Menschen“.³⁰³ Wenn sich mythisierte Geschichte und Politik im Nationalsozialismus verbanden,³⁰⁴ ergab sich daraus eine Aufforderung zum Handeln. Das bedeutete, alles Polnische und Jüdische zurückzudrängen und einen Aufbau anzustreben, der die deutsche Herrschaft sichtbar zum Ausdruck brachte – und sie dann propagandistisch zu verwerten.³⁰⁵

Siedlungspolitik

Die historische Legitimation der Herrschaft verband sich mit der nationalsozialistischen Rassenideologie zu Plänen und konkreter Politik einer Germanisierung des Generalgouvernements. Auf dessen Territorium sollte ein neues Ideal deutschen Lebens im Osten realisiert werden. Darauf liefen die diskriminierenden Maßnahmen ebenso wie der Mord an Polen und Juden hinaus, und darauf zielte auch die Behandlung der Volksdeutschen ab. Eine entscheidende Rolle kam dabei der „Raumordnung und Landesplanung“ zu,³⁰⁶ weil sich der Osten „im Stadium kolonisatorischen Aufbaues“ befände. Es gelte darum, „schöpferisch gestaltend [zu] arbeiten“. Verkehr, Ökonomie, Landwirtschaft und nicht zuletzt Städtebau und Siedlungswesen bedürften einer Neuordnung, die die bisherigen Strukturen hinter sich lasse.³⁰⁷

Die Absichten der Okkupanten für die Städte des Landes spiegelten die Radikalität der Besatzung wider.³⁰⁸ Für Warschau erhielt beispielsweise schon im Dezember 1939 der Leiter des Würzburger Hochbauamts, Hubert Groß (1896–1992), einen Auftrag zur Umgestaltung. Zielsetzung war, der Metropole ihren Charakter als Hauptstadt vollkommen zu nehmen, weshalb kein Wiederaufbau zerstörter Häuser stattfinden sollte.

³⁰³ Ebd., S. XXXIV.

³⁰⁴ FRANK L. KROLL, *Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich*, Paderborn / München 1999.

³⁰⁵ Exemplarisch: FRIEDRICH GOLLERT, *Warschau unter deutscher Herrschaft. Deutsche Aufbauarbeit im Distrikt Warschau*, Krakau 1942; MAXIMILIAN DU PREL, *Das Generalgouvernement*, Würzburg 1942.

³⁰⁶ Eine aktuelle Zusammenfassung des Forschungsstands zur „Raumplanung“ im Nationalsozialismus bei: JUREIT, *Das Ordnen von Räumen*, S. 287–385.

³⁰⁷ AAN, 111 / 402. Grundsätze für die Raumordnung und Planung im Generalgouvernement, 26.3.1942.

³⁰⁸ Für erste Überlegungen zu Krakau: HERBERT URBAN, *Krakauer gegenwärtige und zukünftige Neubauten*, in: *Das Generalgouvernement* (1940), H. 8, S. 27–33.

Bereits am 6. Februar 1940 lag ein Konzept vor, das eine mittelgroße Stadt mit 120.000 Einwohnern vorsah – alles Deutsche, während Polen dort nicht leben sollten. Deren Vertreibung und ein völlig neues Zentrum inklusive reduzierter Infrastruktur nahm Groß in Kauf.³⁰⁹

Spätere Pläne sahen die Umwandlung Warschaus in eine Kleinstadt mit nur mehr 40.000 deutschen Bewohnern vor, für die nach dem Vorbild der künftigen Gauhauptstädte im Reich neue Insignien der Herrschaft im Osten wie Türme und Foren entstehen sollten. Verbunden war damit eine Verringerung der Bausubstanz, die auch das bisherige deutsche Wohnviertel beseitigt hätte.³¹⁰ Ziel war erneut nicht nur die Schaffung einer „arischen“ Siedlung, sondern vor allem die Zerstörung der Stadt als Zentrum polnischer Identität. Der Amtschef des Distrikts, Friedrich Gollert (1904–?), konstatierte in einer Denkschrift Anfang 1944 zufrieden, dass die Metropole seit 1939 eine halbe Million Einwohner verloren habe – insbesondere durch den Mord an den Juden – und man das „Problem Warschau“ energisch angehe. Für ein „deutsches Zentrum“ habe man wichtige Grundlagen geschaffen.³¹¹

„Grundlagen“ wurden auch anderswo gelegt. Heinrich Himmler war am 7. Oktober 1939 zum Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums avanciert und erlangte damit gegen den Widerstand anderer Institutionen die Zuständigkeit für alle Fragen der Germanisierung. Bereits seit 1937 leitete er die Volksdeutsche Mittelstelle, die die politische Arbeit für die Deutschen insbesondere in Osteuropa und 1939/40 die Aussiedlung von Balten- oder Wolhyniendeutschen aus der Sowjetunion koordinierte. Deren Ankunft in Lagern in den ins Reich eingegliederten polnischen Gebieten organisierte der Sonderstab für Ansiedlung, später in Umwandererzentralstelle umbenannt. Im Rahmen des „Ersten Nahplans“ bedeutete das für etwa 90.000 dort ansässige Polen und Juden die Deportation ins Generalgouvernement, damit die neuen Deutschen ihre Häuser und Höfe beziehen konnten.³¹² Unter den Eingesiedelten und anderen „Heimkehrern“ führte das SS-Rasse- und Siedlungshaupt-

³⁰⁹ BARBARA KLAIN, Warschau 1939–1945. Vernichtung durch Planung, in: Der „Generalplan Ost“, hg. v. RÖSSLER / SCHLEIERMACHER, S. 294–327.

³¹⁰ NIELS GUTSCHOW / BARBARA KLAIN, Vernichtung und Utopie. Stadtplanung Warschau 1939–1945, Hamburg 1995, S. 28 ff.

³¹¹ FRIEDRICH GOLLERT: Grundsätzliche Bemerkungen über die Gestaltung Warschaus während des Krieges und nach dem Kriege, o. D. [1944], in: KLAIN, Warschau 1939–1945, S. 308–327.

³¹² WOLF, Ideologie und Herrschaftsrationalität, S. 148–164.

amt seit Frühjahr 1940 gemeinsam mit der Einwandererzentralstelle die rassische Prüfung durch und wies ihnen enteignete Gebäude zu. Dabei gingen die Rassenfanatiker durchaus pragmatisch vor, veränderten mehrfach die Selektionskriterien und entschieden manchmal ganz unideologisch: Für den Aufbau eines neuen Imperiums waren slawische Fachleute manchmal wichtiger als rein deutschblütige Nichtskönnner.³¹³ Von der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft erhielten die Umsiedler dann noch eine materielle Entschädigung für zurückgelassenes Eigentum, die aus geraubtem jüdischen und polnischen Besitz stammte.³¹⁴

Mit seinem Apparat hatte Himmler Großes vor und wollte sich nicht nur auf die eingegliederten polnischen Gebiete beschränken. Seit Anfang 1940 arbeitete für ihn der Agrarwissenschaftler und Professor an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin Konrad Meyer (1901–1973) an einem Konzept für die deutsche Besiedlung Osteuropas. Meyer legte nach einigen grundlegenden Vorüberlegungen am 28. Mai 1942 einen 84-seitigen gigantomaniischen Vorschlag unter dem Namen „Generalplan Ost“ vor,³¹⁵ der eine Neuordnung der ethnischen Verhältnisse zwischen der Reichsgrenze und dem Ural vorsah. Das umfasste die Deportation von 31 Millionen rassisch unerwünschten Menschen hinter diese Ostgrenze – davon 80 bis 85 Prozent der Polen – innerhalb von 25 Jahren.

In ausgewählten Zonen von insgesamt 700.000 Quadratkilometern (zum Vergleich: Das Reich in den Grenzen von 1937 umfasste weniger als 600.000 Quadratkilometer) sollten ein bis zwei Millionen deutsche Familien angesiedelt werden und über bis zu 14 Millionen einheimische Arbeitssklaven gebieten. Juden kamen in diesem Entwurf und seinen späteren Änderungen „Gesamtsiedlungsplan“ und „Generalsiedlungsplan“ gar nicht mehr vor, ihre Ermordung war längst beschlossene Sache. Diese Ergänzungen waren unter anderem deshalb notwendig geworden, weil Himmler nach dem Kriegsende keine 30, sondern nur 20 Jahre auf die Umsetzung warten wollte.³¹⁶

³¹³ STRIPPEL, NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas, S. 301–309.

³¹⁴ Einen konzisen Überblick über dieses Ämtergewirr bei: ESCH, „Gesunde Verhältnisse“, S. 25–32.

³¹⁵ Gedruckt in: Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, hg. v. MADAJCZYK, S. 85–130.

³¹⁶ Die Zusammenfassung einer lebenslangen Beschäftigung mit dem Generalplan in: CZESŁAW MADAJCZYK, Vom „Generalplan Ost“ zum „Generalsiedlungsplan“, in: Der „Generalplan Ost“, hg. v. RÖSSLER / SCHLEIERMACHER, S. 12–19. Siehe auch: HEINEMANN, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“, S. 359–376.

Die Dimension dieser Pläne verlangt, nicht nur ausschließlich das Generalgouvernement zu betrachten. Die Germanisierungsphantasmagorien betrafen dessen Gebiet allerdings auf verschiedenste Weise, etwa weil es die Vertriebenen der ersten Nahpläne aufnehmen musste, als die SS in Westpreußen und im Wartheland Russlanddeutsche ansiedelte. Allerdings hatte es vor der formellen Gründung des Generalgouvernements dort bereits ein anderes Ansiedlungsexperiment gegeben, im Städtchen Nisko am Fluss San, gelegen im späteren Distrikt Krakau. Am 19. und 20. Oktober 1939 kamen dort insgesamt rund 5.000 Juden aus Mährisch-Ostrau, Wien und vermutlich Kattowitz an. Adolf Eichmann, der später so maßgeblich an der Organisation des Holocaust beteiligt war, ließ sie zunächst in ein Lager sperren, konnte dann aber keine weiteren Deportationen deutscher Juden erreichen. Die Aktion war zu Ende, bevor sie wirklich begonnen hatte, denn im Oktober 1939 galt die Priorität den westpolnischen Gebieten, die als erstes „judenrein“ werden sollten – als eine Art Versuchsfeld für die Germanisierung. Das Lager in Nisko wurde im Mai 1940 aufgelöst.³¹⁷

Schon zu Beginn des Kriegs zeigte sich also, dass die nationalsozialistischen Vertreibungspläne keinesfalls immer konsistent und deren Opfer deshalb Wellen der Verfolgung ausgesetzt waren. Umgekehrt galt das auch für die Umsiedlung der deutschstämmigen Einwohner Osteuropas, etwa im 1941 eroberten Galizien. So hatte Hitler am 16. Juli 1941 gefordert, die Region wieder deutsch zu machen, weshalb man in neuer Form alte habsburgische Traditionen aufnehmen solle. Dafür aber musste die 1939/40 organisierte Rückführung russlanddeutscher Siedler von dort ins Reich wieder in umgekehrter Richtung ablaufen.³¹⁸

In Folge des Kriegs gegen die Sowjetunion entstanden zudem Pläne, die Ukraine als eine Art Kolonie zu behandeln, wozu dann Germanisierungsbestrebungen im Westen des Landes gehörten.³¹⁹ Auch im bereits 1939 eroberten Teil des Generalgouvernements hatte es Zwangsmigrationen gegeben, die dann nicht mit den späteren Planungen übereinstimmten. Zunächst sollte die Gegend östlich der Weichsel nämlich nicht germanisiert werden, weshalb 1940 von dort 30.000 Volksdeutsche in den Warthegau verbracht und im Gegenzug 28.000 Polen umgesiedelt wurden. Letztere erhielten allerdings nur in Ausnahmefällen die leer stehenden deutschen Höfe, denn diese waren für den russisch höher bewerteten

³¹⁷ WOLF, Ideologie und Herrschaftsrationalität, S. 108–120.

³¹⁸ POHL, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien, S. 97.

³¹⁹ LOWER, Nazi empire-building, S. 24–29, 162–179.

ukrainischen Bevölkerungsteil vorgesehen.³²⁰ Im Frühjahr 1941 war es der Lubliner SS- und Polizeiführer Odilo Globocnik, der die Volkstumspolitik im Generalgouvernement vorantrieb – die Regierung um Hans Frank zeigte sich daran zwar grundsätzlich interessiert, wollte aber erst nach einem gewonnenen Krieg aktiv werden.³²¹ Globocnik ergriff die Initiative und begann damit, in einigen Dörfern im Kreis Zamość die Polen zu vertreiben und deutsche Bauern anzusiedeln. Bereits im Herbst 1940 hatte er eine pseudowissenschaftliche Kommission etabliert, die unter der dortigen Bevölkerung nach „deutschem Blut“ suchte.

Aber erst als Himmler Globocnik im Sommer 1941 den offiziellen Auftrag erteilte, seinen Distrikt einzudeutschen, trat die Volkstumspolitik im Generalgouvernement in eine neue Phase. Die Siedlungsbemühungen verbanden sich schon deshalb ganz offensichtlich mit dem Völkermord, weil Globocnik später die Federführung bei der „Aktion Reinhardt“ innehatte. Er wurde so zu einer Schlüsselfigur des Komplexes von Genozid und Germanisierung und begann eine Art Wettrennen mit anderen SS-Dienststellen:³²² Um seine Pläne voranzubringen drängte er immer wieder darauf, die Juden im Distrikt Lublin umbringen zu dürfen.

Im November 1941 kam es in Zamość zur Aussiedlung von mehreren tausend Polen, aber erst ein Jahr später begann die „Aktion Zamosc“, bei der die SS 110.000 Polen aus rund 300 Dörfern vertrieb, von denen sie jedoch nur 51.000 tatsächlich deportierte, was zu einem starken Anwachsen der Widerstandsbewegung führte; bei den Vergeltungsaktionen dafür brachten die Besatzer 7.000 Menschen um.

Erst im Februar 1943 kam es zur ersten Ansiedlung von Deutschen, die durch einen Sicherheitskordon aus ukrainischen Dörfern vor der Rache der Einheimischen geschützt werden sollten – wofür man weitere rund 15.000 Polen vertrieb. Letztlich gelangten statt der eigentlich geplanten 60.000 Deutschen nur 9.000 in den Kreis, bis Himmler und Globocnik am 17. Mai 1943 den Stopp der Aktion anordneten und sich im August ihr Scheitern eingestehen mussten.³²³ Tatsächlich erfolgte die Identi-

³²⁰ STRIPPEL, NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas, S. 192.

³²¹ MUSIAL, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung, S. 210 f.

³²² BOGDAN MUSIAL, Ursprünge der „Aktion Reinhardt“. Planung des Massenmordes an den Juden im Generalgouvernement, in: „Aktion Reinhardt“. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944, hg. v. DERS., Osnabrück 2004, S. 49–85, hier S. 62 f.

³²³ Vgl. BRUNO WASSER, Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940–1944, Berlin 1993, S. 133–229. Siehe auch die Quellensammlung: Zamojszczyz-

fikation der Deutschen mit derartigen kolonisatorischen Absichten nur sehr begrenzt: Befragungen der Wehrmacht wiesen beispielsweise darauf hin, dass die wenigsten Soldaten nach Kriegsende – geschweige denn während des Kriegs – gerne in Polen oder gar Russland siedeln wollten.³²⁴

Die Besatzung Polens im Zweiten Weltkrieg ist ohne die nationalsozialistische Ideologie nicht zu erklären. Deutschland überfiel Polen und die Sowjetunion überhaupt nur aus diesem Grund: Es ging um die Ausschaltung und später die Vernichtung zweier rassischer Gegner, was zugleich Raum für das eigene Volk und unterjochte Sklaven schaffen sollte. Das Ziel war ein Imperium, und es sollte durch Waffengewalt errichtet werden. Allerdings waren die monströsen Vorstellungen für die Germanisierung bei Kriegsbeginn kaum konkret, weshalb Improvisation das Vorgehen bestimmte. Der Rassekrieg folgte keinem gewissermaßen ganzheitlichen Plan, der alle Faktoren zu berücksichtigen suchte. Ganz im Gegenteil wurden unterschiedlichste Überlegungen ständig neu entwickelt und mussten zudem an die jeweilige politische und militärische Lage angepasst werden, insbesondere weil die Belange der Wehrmacht immer wieder Rücksichtnahme erforderten.

Aus diesem Grund war auch die Ausbeutung Osteuropas mit zwei Faktoren verknüpft: dem ideologischen Vorgehen und der Kriegssituation. Wohlgemerkt zeigten sich dabei Verknüpfungen, nicht Abhängigkeiten – letztere hätten ein (schein)rationales Vorgehen bedingt, wie es im Ersten Weltkrieg zu beobachten gewesen war. Doch im Generalgouvernement rivalisierten sich widersprechende Einflüsse um die politische Deutungshoheit, weshalb es zu inkonsequenten Entscheidungen kam. Die Deportation polnischer Zwangsarbeiter ins „rassisch rein“ zu haltende Reich ist ein Beispiel, die Vernichtung produktiver Ghettoinsassen ein anderes. Umsiedlungszüge in Zeiten von Nachschubmangel an der Ostfront, das Hin und Her von deutschen Aussiedlern oder das halbherzige Bemühen um polnische Kollaboration im Angesicht der Niederlage stellen weitere Irrationalitäten selbst vor dem Hintergrund nationalsozialistischer „Logik“ dar.

Diese „Logik“ ergab sich aus der Absicht, ein Großreich vom Atlantik bis zum Ural zumindest punktuell mit Deutschen zu besiedeln. Sie setzte als Kernelement die Vertreibung und Vernichtung von Millionen Men-

na – Sonderlaboratorium SS. Zbiór dokumentów polskich i niemieckich z okresu okupacji hitlerowskiej, hg. v. CZESŁAW MADAJCZYK, 2 Bde., Warszawa 1977.

³²⁴ MAZOWER, *Hitlers Imperium*, S. 24.

schen anderer Rassen voraus. Im Unterschied zum Ersten Weltkrieg erklärte dieses die Zivilbevölkerung ausdrücklich zum Gegner. Die Germanisierung zielte auf ein exklusives Imperium ab, das sich nicht zuletzt in der „Volksgemeinschaft“ manifestierte, die Vorzüge für ihre Angehörigen zu Lasten aller anderen Völker und Nationen vorsah, denen der Zugang dazu verweigert blieb. Dagegen wiesen die beiden Kaiserreiche Elemente inklusiver Herrschaft auf, denn es gab Kriterien, nach denen Polen und Juden assimiliert werden konnten; in Österreich-Ungarn waren die Bedingungen für eine Partizipation für die polnischen Eliten einfacher zu erfüllen als in Deutschland, während sie sich für die Juden umgekehrt darstellten.

In den beiden Militärgeneralgouvernements galten gleichwohl andere Regeln, denn diese sollten nicht dauerhaft besetzt werden, sondern in Form des Königreichs Polen als eine Art Vasallenstaat selbständig bleiben. An eine Germanisierung dachten die Mittelmächte nicht, ganz im Gegenteil schlug Beseler sogar eine Rückführung der deutschen Minderheit aus Polen ins Reich vor. Eine kleine Parallele zum Vorgehen der Nationalsozialisten lässt sich lediglich bei der „Aktion Zamosc“ beobachten: Die Ukrainer, die um die Deutschen herum siedeln sollten, erhielten das Gebiet um die Stadt Hrubieszów zugewiesen. 1918 sollte diese Region in Folge des Friedensvertrags von Brest-Litowsk an die neu gegründete Ukraine übergeben werden. Das hatte damals zwar nicht zu gewaltsamem Widerstand der Polen geführt, aber doch zu einem Aufschrei, zahlreichen Rücktritten und einer massiven Eintrübung der Beziehungen mit den polnischen Eliten.

Dieser geographische Bezug sagt etwas über die Rolle der Ukrainer als Verbündete aller drei Besatzer aus. Die Mittelmächte wollten auf sie zumindest zeitweise mehr Rücksicht nehmen als auf die Polen. Den Nationalsozialisten ging es vor allem um eine rassische Hierarchie. Deshalb bedeutete der erste Fall flexibles Handeln, eine Gebietsübergabe sowie langfristig einen Bevölkerungsaustausch; der zweite Fall bedeutete einen aus rassistischer Sicht unabdingbaren Genozid und Germanisierung, bei dem die Ukrainer – teilweise erfolgreich – zu Handlangern gemacht wurden. Doch eine echte Zusammenarbeit mit den Einheimischen war für Hans Frank und seine Gefolgsleute selbst dann undenkbar, wenn die Hierarchien gewahrt blieben. Im Ersten Weltkrieg war das trotz aller Vorurteile und trotz des eigenen Machtanspruchs eine Selbstverständlichkeit – und zwar gegenüber Polen wie Juden. Tatsächlich konkurrierten die beiden Bündnispartner sogar um die Kooperation der einheimischen Eliten, weil sie in ihnen nützliche Juniorpartner erblickten.

Dieser Erfahrungshintergrund spielte im Zweiten Weltkrieg keine Rolle. Wo Deutschland und Österreich-Ungarn symbolische Ressourcen aufgewandt hatten, um für sich zu werben – und das mit ihrer Aufbauleistung, mit Kulturpolitik oder einer gemeinsamen Religion begründeten –, legitimierte sich Hans Franks Generalgouvernement nur gegenüber Deutschen, und zwar maßgeblich durch historische Referenzen. Eine zivilisatorische Mission, die auch die Mittelmächte verfolgten, galt bei den Nationalsozialisten nur für die Volksdeutschen, denn den Juden und teilweise auch den Polen sprachen sie menschliche Eigenschaften ab. Letztere zu verfolgen und zu vernichten erwies sich deshalb als extremste Ausprägung eines nationalstaatlichen Imperiums, während die beiden Kaiserreiche gerade wegen ihres Status als „pluralistische“ Imperien auf andere Ethnien Rücksichten nehmen mussten.

Erfolge in der Ausbeutung erreichten sie daher zwar auf dem Rücken der Bevölkerung, aber größtenteils ohne deren Blut zu vergießen. Das weitergehende, anhand sich wandelnder Vorstellungen und mit unterschiedlichen Mitteln verfolgte Ziel, den imperialen Machtbereich zu vergrößern, verhinderte die Niederlage. Diese Erfahrung mussten auch die Nationalsozialisten machen. Nach Siegen hätte sich die Herrschaft der Mittelmächte aber vermutlich als langlebiger erwiesen, denn sie beruhte auf dem Jahrtausende alten Prinzip des „divide et impera“, das für Hitler oder auch Frank ausgeschlossen war: Eine Integration Polens sollte und durfte auf vertikaler Ebene nicht stattfinden. Deshalb stießen sie auf erbitterten, gewaltsamen Widerstand der Einheimischen, während sich dergleichen 25 Jahre zuvor vorwiegend auf verbalen Protest beschränkte.

ÜBER DEUTSCHE UND NATIONALSOZIALISTISCHE SONDERWEGE

EIN FAZIT

Die Mittelmächte als Besatzer in Polen im Ersten Weltkrieg dachten und handelten imperial. Ihre Ziele waren auf die Vergrößerung ihrer Reiche und Einflussgebiete ausgerichtet, wobei ihr Vorgehen sich als flexibel erwies: Nach ersten raumgreifenden, annexionistischen Absichten änderten sie Mitte 1916 ihre Zielrichtung und strebten einen polnischen Staat an, der formal unabhängig sein, aber doch unter ihrer Dominanz stehen sollte. Das war ganz taktisch gedacht, denn es sollte die Bevölkerung dazu bewegen, sich für den Kriegseinsatz in der „Polnischen Wehrmacht“ zu melden. Darüber hinaus konnte mit der Proklamation des Königreichs die Haager Landkriegsordnung umgangen werden, die auf besetztem Gebiet die Rekrutierung von Soldaten verbot. Indem man also den neuen Untertanen eine Teilhabe an der Macht gewährte, sollten diese von den Vorteilen der Zugehörigkeit zum imperialen Herrschaftsbereich überzeugt werden.

Das bedeutete allerdings nicht, dass sich die Mittelmächte über ihre Polenpolitik einig waren. Bis Kriegsende sprachen sie ständig über die Zukunft Russisch-Polens, das sie vor unlösbare Probleme stellte: Der Nationalismus der Einheimischen sorgte für eine tendenzielle Desintegration in Deutschland und Österreich-Ungarn, wo polnische Minderheiten lebten. Welche Form auch Berlin und Wien für den künftigen Staat vorschlugen, immer bestand die Gefahr von eigenen Gebietsverlusten oder Unruhe in der Heimat. Angesichts dessen und der ständig betonten Parole, vor einem siegreichen Kriegsende keine Präjudizien schaffen zu wollen, hatte die Politik der Verbündeten erstaunlich eindeutige Auswirkungen. Dies ist umso überraschender, als die ständige Rivalität der Mittelmächte eine zentrale Motivation für ihr Handeln vor Ort war. Doch diese Tatsache wirkte eher als beschleunigendes Moment, denn die Partner versuchten, sich gegenseitig in Zugzwang zu bringen, und mussten ständig aufeinander reagieren. Ihr imperiales Selbstverständnis erlaubte es nicht,

hinter dem Verbündeten zurückzustehen, der als Konkurrent empfunden wurde.

Deswegen wollten sie in Polen von der Bevölkerung als die geeignetere künftige Hegemonialmacht wahrgenommen werden. Selbstverständlich war für die Einheimischen keine echte Wahlmöglichkeit im Sinne demokratischer Meinungsäußerung vorgesehen, aber von Sympathiebekundungen erhofften sich die Generalgouverneure eine Signalwirkung – und nicht zuletzt Unterstützung für die eigenen Kriegsanstrengungen. Darin lag ein wesentlicher Grund für eine Besatzung, die zwar mit großer Härte Arbeitskräfte rekrutierte, Güter beschlagnahmte und Lebensmittel exportieren ließ, gleichzeitig aber einen Aufbau der Infrastruktur veranlasste, Partizipation gewährte, eine aufgeklärte Kultur- und Bildungspolitik etablierte oder für die Juden Schritte in Richtung einer Gleichstellung unternahm.

Der dahinter stehende Utilitarismus war allerdings nicht die einzige Ursache für eine Förderung des Landes, und es ging auch nur teilweise darum, das Gebiet langfristig in den eigenen Herrschaftsbereich zu integrieren. Ganz im Gegenteil zeigen die Selbst- und Fremdbilder des leitenden Okkupationspersonals zwar manche Vorurteile gegenüber Land und Leuten, aber zugleich auch die echte Überzeugung, die Polen als Verbündete gewinnen zu können und letztlich mit Europäern zusammenzuarbeiten. Diese Wahrnehmungen waren nicht fest gefügt, sondern wandelten sich während des Kriegs – wobei die Ablehnung der Polen von deutscher Seite tendenziell abnahm, während der Antisemitismus stärker wurde. Letzterer blieb dabei im Generalgouvernement Warschau stets hinter dem im k. u. k. Besatzungsgebiet zurück, wo sich die Militärs zudem immer wieder gegen die eigenen jüdischen Offiziere wandten.

Aus einer „Fremdheit des Ostens“ ein Bild rassistischer Inferiorität oder auch nur unabänderlicher Rückständigkeit abzuleiten, stellte nur für eine kleine Minderheit der Besatzer ein Deutungsmuster dar. Angesichts von 1,4 Millionen Polen in der k. u. k. und fast 800.000 in der preußischen Armee¹ war dergleichen kaum zu erwarten. Bis jetzt gibt es keine quantifizierenden Untersuchungen zu solch abwertenden Wahrnehmungen, während die zahllosen Gegenbeispiele zu den – natürlich vorhandenen –

¹ La Pologne, hg. v. HANDELSMAN, S. 295-305. Laut dieser nach wie vor präzisesten Quelle dienten 1.195.765 Polen für Russland, 1.419.143 für Österreich-Ungarn und 779.508 für Preußen. Die Verluste auf k. u. k.-Seite betrugen 219.180 bei 311.335 Verwundeten; in Deutschland 108.392 bei 251.538 Verwundeten sowie in Russland 54.527 bei 221.492 Verwundeten (ebd., S. 307–312).

entsprechenden Interpretationen meist deswegen ignoriert werden, weil sie ganz gewöhnlich sind. Insofern ergibt sich eine doppelte Evidenz gegen die Wirkungsmacht derartiger Denkschemata: Einerseits waren sie bei der Mehrzahl der Besatzer nicht zu beobachten, andererseits bewegte sich die Okkupationspolitik in Warschau und Lublin in einem weitgehend konventionellen Rahmen und verzichtete beispielsweise auf entgrenzte Gewalt oder rassistische Maßnahmen. Das Schlagwort vom „fremden Osten“ sagt so vielleicht mehr über ein Denkschema heutiger (westlicher) Historiker als über damalige Perzeptionen aus.

Wenn Erich Ludendorff für seinen „Musterstaat“ Ober Ost neue Deutungsmuster propagierte, dann ist zunächst festzuhalten, dass die dortigen Praktiken kritischen Beobachtern der Nachkriegszeit, wie etwa dem Weimarer Reichstag, als ineffizient und dysfunktional erschienen. Das tat freilich dem Mythos Ludendorffs keinen Abbruch, selbst wenn sich seine idealisierten Vorstellungen nicht zum Vorbild entwickelten – und zwar weder während des Ersten Weltkriegs noch für die Nationalsozialisten 25 Jahre später. In der gleichen Zeit etablierte Deutschland in anderen besetzten Gebieten wie in Belgien, Rumänien oder der Ukraine nie eine reine Militärverwaltung,² sondern stets zusätzlich eine von Berlin dominierte, unabhängige Ziviladministration. Österreich-Ungarn hatte sein eigenes Modell militärischer Herrschaft, die aber abermals weitgehend bürokratisch organisiert war, während Ober Ost das preußische Prinzip der Auftragstaktik ausprobierte – mit Ergebnissen, die in den eigenen Augen ebenfalls nicht zufrieden stellend waren. Hitler wiederum wollte explizit eine politische Regierung der eroberten Gebiete, wofür er die Wehrmacht nicht gebrauchen konnte. Die Bezugnahme der Nationalsozialisten auf den Ersten Weltkrieg blieb daher äußerst oberflächlich. Für sie stellte das deutsche und österreichische Handeln in jenem ersten Konflikt, wenn es überhaupt analysiert wurde, ein Negativmodell dar, dem Hitler das eigene, ideologische Vorgehen entgegensetzte.

Ludendorffs größter Erfolg war vermutlich, mit seiner Selbstpropaganda heutige Historiker überzeugt zu haben, die seinen suggestiven Schriften normativen Charakter zuerkennen. Damit soll die Radikalität seines Vorgehens nicht in Abrede gestellt werden, genauso wie auch die beiden Gouvernements in Polen keinesfalls zuvorkommend waren. Hunger, Enteignung, Verarmung oder Zwangsarbeit standen auf der Tages-

² Demgegenüber die These, dass das Militär nicht von der Zivilverwaltung kontrolliert wurde, als Grundthema bei: HULL, *Absolute Destruction*. Dort besonders die Kapitel 9, 10 und 12. Siehe auch: KRAMER, *Dynamic of Destruction*, S. 342.

ordnung und bildeten zentrale Elemente der Besatzung. Deutschland und Österreich-Ungarn unterschieden sich dabei in ihrem Vorgehen nur in Nuancen und waren beide bereit, für den eigenen Vorteil die Bevölkerung leiden zu lassen. Anders als im Zweiten Weltkrieg stellte das jedoch kein konstitutives Merkmal ihrer Herrschaft dar, sondern erfuhr eine Rechtfertigung als unabdingbare Kriegsnotwendigkeit, die die Heimat genauso trafe, und nach einem Sieg selbstverständlich rückgängig zu machen wäre. Gleichzeitig wurden die Polen umworben. Die Vorkriegsdiskriminierung in Posen erfuhr keine Fortsetzung, das Generalgouvernement Warschau war ein anderes Land. Aber auch Galizien kam für Österreich-Ungarn keine Vorbildfunktion zu, denn die kongresspolnische Bevölkerung wie die des Kronlandes zu behandeln und an der Verwaltung zu beteiligen, hätte jener zu viele Rechte gewährt. So war in vielen Fällen die Militärverwaltung in Lublin restriktiver als ihr deutsches Pendant, das sich beispielsweise mit seiner Kommunalverfassung oder auch dem Judenstatut deutlich fortschrittlicher und entgegenkommender erwies – und damit Maßstäbe setzte, denen sich die Doppelmonarchie kaum entziehen konnte. Das Militärgeneralgouvernement profitierte zwar in vielerlei Hinsicht davon, dass es agrarisch geprägt war und die Subsistenzwirtschaft den Einheimischen gerade in Kriegszeiten ein besseres Auskommen ermöglichte, als vielen Arbeitern in Lodz und Warschau, aber die meisten Maßnahmen des Habsburgerreichs waren kaum weniger hart oder sogar härter, als die Hans von Beselers und Wolfgang von Kries'. Eine höhere „Besatzungskompetenz“ zeichnete Österreich-Ungarn nicht aus.

Dort wie in Deutschland hatte es die Peripherie oft nicht leicht, sich gegen die Zentralen in Wien und Berlin zu behaupten. Warschau konnte sich dank der Immediatstellung des Generalgouverneurs dem Druck der Obersten Heeresleitung tendenziell leichter entziehen als Lublin, das direkt dem Armeeoberkommando nachgeordnet war. Einschneidende Maßnahmen beruhten jedenfalls selten auf Initiativen in Lublin oder Warschau, sondern kamen wegen entsprechender Forderungen aus der Heimat zustande. Darin unterschied sich Polen von Ober Ost, wo die freie Hand für die Offiziere vor Ort deren Radikalisierung förderte – aber zugleich auch Spielräume eröffnete, die die Bürokratie anderswo nicht ließ. Beseler und die k. u. k. Militärgeneralgouverneure plädierten tendenziell für Mäßigung, weil sie mit gutem Willen mehr zu erreichen glaubten – ohne freilich den Einheimischen allzu viel Freiheiten lassen zu wollen, denn dazu erschienen sie dann doch zu unzuverlässig.

Diese Politik verhinderte Gewaltexzesse. Was in Galizien noch die eigenen Bürger getroffen hatte oder in Kalisch beim Einmarsch zu be-

obachten gewesen war, fand unter Besatzung keine Fortsetzung: Deutschland und Österreich-Ungarn führten in Polen keinen Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Todesstrafen gab es nur selten und nach rechtsstaatlichen Verfahren für Kapitalverbrechen, und Misshandlungen von Polen und Juden durch eigenes Personal wurden streng geahndet, während umgekehrt selbst Todesfälle unter den Okkupanten nicht zu gewaltsamer Vergeltung führten. Dieses vergleichsweise zurückhaltende Vorgehen stellt einen großen Unterschied etwa zur deutschen Herrschaft in Belgien oder zur österreichisch-ungarischen in Serbien dar. Doch diese Völker hatten als Gegner gegen die eigenen Soldaten gekämpft und waren besiegte Feinde, während es sich bei den Polen um Freunde handeln sollte, die man vom russischen Joch befreit hatte. Dieser theoretische und propagandistische Anspruch hatte in der Praxis große Auswirkungen und ist ein wichtiger Erklärungsbaustein: In feindlichem Gebiet verhalten sich Besatzer gewalttätiger. Im Ersten Weltkrieg führte das dazu, dass die Besatzung im Osten weniger hart als die im Westen war.

Deshalb setzten die Mittelmächte in Polen sogar bei Renitenz oder Widerstand gegen die Staatsgewalt meist auf Deeskalation und ließen beispielsweise Streiks zu. Oppositionelles Handeln blieb möglich, wenn es auch eingeschränkt und kanalisiert wurde. Die Bündnispartner waren auf die Besetzten angewiesen und wollten diese für ihre eigenen Bedürfnisse instrumentalisieren. Das wiederum eröffnete den einheimischen Eliten einige Einflussmöglichkeiten. Insbesondere die oftmals unterschiedlichen Planungen und Absichten von Deutschland und Österreich-Ungarn führten zu wiederholten Aushandlungs- und Kommunikationsprozessen, bei denen etwa der Staatsrat seine eingeschränkten Kompetenzen schrittweise erweitern konnte – selbst wenn die Öffentlichkeit dessen Vorgehen immer wieder als viel zu zögerlich kritisierte.³ Darüber hinaus waren die Bündnispartner durchaus willens, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen, solange dies nicht zu Lasten der Versorgung der Heimat ging.

Das gilt selbst unter Einbeziehung der Entwicklung nach dem Frieden von Brest-Litowsk 1918. Danach trat eine Wende in der deutschen Politik und Kriegführung ein, denn die Generäle und Staatsmänner glaubten, nach dem Untergang des Zarenreichs nun keine völkerrechtlichen Rücksichten mehr auf die Rote Armee nehmen zu müssen. Für das besetzte Polen war ebenfalls ein Schritt hin zu mehr Druck und weniger Kooperation zu konstatieren, denn je länger der Krieg dauerte, desto totaler wurde er – und desto dringender schien es, die letzten Kräfte für den nun vor-

³ THAKUR-SMOLAREK, *Der Erste Weltkrieg und die polnische Frage*, S. 484–493.

stellbaren schnellen Sieg aus den okkupierten Gebieten herauszupressen. Direkte Gewaltanwendung gegen die Zivilbevölkerung in den beiden Generalgouvernements wurde dennoch weitestgehend vermieden.

Hier offenbart sich wohl der größte Unterschied zur nationalsozialistischen Besatzung im Zweiten Weltkrieg. Gewalt war im Generalgouvernement Polen nicht der letzte Ausweg, sondern zentrales Mittel, um Politik zu „gestalten“. Sie war essentiell schon für die gigantomatischen Pläne der Germanisierung, die Völkermord und Massendeportationen implizierten. Und obwohl der Holocaust in seiner Ausführung bereits jegliche Dimensionen bisher gekannter Gewalt sprengte, sollte diese nach dem „Endsieg“ nochmals eine neue Stufe erreichen – während die Mittelmächte nach dem gewonnenen Krieg zwar ein neu geordnetes „Mitteleuropa“ unter eigener Dominanz vorsahen, aber zu einem zivilgesellschaftlichen Alltag in gewohnten Formen zurückkehren wollten.

Der Vergleich von Okkupation in zwei Weltkriegen zeigt trotz dieser offensichtlichen Gegensätze einige bemerkenswerte Gemeinsamkeiten. So ähnelte sich der Verwaltungsaufbau mit Distrikten und Kreisen, selbst wenn Hitler das Militär als zentralen Akteur ausschaltete. Die Personalrekrutierung unterhalb der Spitzenebene geschah für Warschau wie für Krakau über die imperiale Zentrale in Berlin, oder genauer: das Innenministerium – das allerdings 1939 bezeichnenderweise nicht auf Verwalter mit Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg zurückgriff. Parallelen gab es außerdem in der wirtschaftspolitischen Inkompetenz sowie dem Desinteresse, das die Führungsspitze diesem Thema entgegenbrachte, obwohl es eine hohe Relevanz für die Besatzung besaß. Die Fremdherrschaft stellte in beiden Kriegen ähnliche Anforderungen, nämlich die Lieferung von menschlichen und materiellen Ressourcen für die Heimat. Auch die Ausgangsbedingungen waren 1914 und 1939 gar nicht so verschieden: Sowohl das besetzte Territorium in Polen wie die wirtschaftlichen Kennzahlen des Landes ähnelten einander stark, wenn man die beiden Gebiete im Ersten Weltkrieg jeweils zusammen betrachtet.

In beiden Weltkriegen hebelten Eingriffe und Steuerungsversuche das bestehende, komplexe ökonomische System aus und gestalteten es um. Das war gewollt und sollte in allen drei Gouvernements Vorteile für die eigenen Kriegsanstrengungen bringen. Funktioniert hat es nie, denn weder in absoluten Zahlen noch in den Augen der Okkupanten selbst stellten sich die erhofften Effekte ein. So kennzeichneten zudem Versuch und Irrtum in der Wirtschaftspolitik die Besatzungen, gerade weil die Nationalsozialisten keine Lehre aus dem Geschehen zwischen 1914 und 1918 zogen und ziehen wollten. Deswegen lässt sich nur schlecht vom

Erfahrungshorizont des Ersten Weltkriegs sprechen: Das hätte bedeutet, Fehler und Vorzüge der zwei vorangegangenen Besatzungen aufzugreifen, zu analysieren und sich bewusst oder zumindest unbewusst darauf zu beziehen. Doch das war nicht einmal in Form expliziter Distanzierung zu beobachten.

Eine Rivalität, wie sie Deutschland und Österreich-Ungarn bei der Besetzung Polens pflegten, entwickelte Deutschland 25 Jahre später nur in den Jahren 1939 bis 1941 gegenüber der Sowjetunion; Verbündete wie Rumänien, Ungarn und selbst Italien waren dafür zu machtlos. Jedoch gab es systemimmanente Konkurrenz, insbesondere in Form der zahlreichen SS-Institutionen, die der Zivilverwaltung und der Wehrmacht Kompetenzen streitig machten. Doch während es in den Auseinandersetzungen im Ersten Weltkrieg üblicherweise um die (vermuteten) Sympathien der Einheimischen ging und der Sieg dadurch zu erreichen war, dass man diese für sich gewann, ging es 25 Jahre später in die andere Richtung: Derjenige sicherte sich zusätzliche Befugnisse und das Wohlwollen Hitlers, der erfolgreichere Wege zur Unterdrückung, Ausbeutung und Ermordung der Bevölkerung einschlug. Doch selbst wenn eine „Einheit der Verwaltung“ im Ersten Weltkrieg viel eher gegeben war, sollte das „Ämterchaos“ der Nationalsozialisten dennoch nicht überbewertet werden: Mindestens in Hinblick auf den Holocaust erwies es sich nicht als dysfunktional, denn auf dieses Ziel konnten sich alle Akteure einigen.

Vor diesem Hintergrund blieben die Pläne der Nationalsozialisten allerdings wechselhaft und mehr an der aktuellen Situation ausgerichtet; der kurze Feldzug gegen Frankreich und der lange gegen die Sowjetunion hatten jeweils Richtungsänderungen im Generalgouvernement zur Folge. Im Ersten Weltkrieg wirkten sich eher innenpolitische Entwicklungen aus. Wenn sich gleiche oder zumindest ähnliche Fragen an die Besatzungsmächte stellten, gaben Hitler und seine Gefolgsleute andere Antworten als die Mittelmächte, die beinahe immer auf mehr Gewalt hinausliefen. So zeigte der Nationalsozialismus zwar seine Fähigkeit zur Radikalisierung, aber viel weniger Flexibilität als die Mittelmächte im Ersten Weltkrieg. Letztere konnten ihre Vorstellungen von imperialer Herrschaft in Osteuropa wandeln und auf die Bevölkerung zugehen, wobei sie konsequent ihr übergreifendes Ziel einer Ausweitung imperialer Macht im Auge behielten.

Demgegenüber stellten die kleinen Entgegenkommen Hans Franks Anfang 1943 lediglich temporäre und geringfügige Maßnahmen dar. Die verheerende Niederlage von Stalingrad hatte den Traum vom Sieg in weite Ferne verschoben oder ließ ihn sogar ganz unrealistisch erscheinen.

Andererseits war gerade die Ermordung der polnischen Juden abgeschlossen und damit ein wesentliches ideologisches Ziel erreicht. Um einen langen Krieg zu führen, verringerte Krakau den Druck auf die überlebende Bevölkerung etwas, zudem versuchte die Propaganda, die Ausbeutung mit Argumenten zu stützen. Nach wie vor blieb Gewalt allerdings das bevorzugte Mittel, um Politik durchzusetzen. Festzuhalten ist dennoch, dass die erwartete Kriegsdauer sowohl nach 1914 wie nach 1939 Auswirkungen auf Besatzungspolitik hatte: Wenn es schnell gehen sollte, war Härte angesagt und Rücksichten fielen aus; rechnete man mit einer längeren Auseinandersetzung, konnten die Einheimischen auf mehr Entgegenkommen hoffen.

Wie schon 1943 waren die Bemühungen Hitlers und Hans Franks um die Besetzten auch Ende 1944 unaufrichtig und wurden als Verzweiflungsakte gedeutet. Polen galten im Zweiten Weltkrieg nicht mehr als imperiale Subjekte, sondern nur noch als rechtlose Objekte und Sklaven – und Juden wurde sogar dieser Status abgesprochen. Und wenn die nationalsozialistischen Okkupationsziele eine Anpassung erforderten, entstanden sofort Widersprüche. Der Holocaust zeigt dies exemplarisch: Produktive Ghettoarbeiter wurden um der Rassenideologie willen ermordet, aber zunächst nicht vollständig, weil stets zu wenig Arbeiter verfügbar waren; wenig später, ohne dass es eine grundsätzliche Neubeurteilung der Lage gab, ging der Völkermord weiter. Insofern fehlte dem Nationalsozialismus die Konsequenz in Bezug auf lediglich ein imperiales Ziel. Die Absichten und ihre Priorität wechselten. Mal war es der Lebensraum, mal der Völkermord, mal der Endsieg. Natürlich blieben sie untrennbar verbunden, ließen sich aber eben nicht zweckrational miteinander vereinbaren.

In vielerlei Hinsicht erwies sich der Osten, nun unter rassistischen Gesichtspunkten betrachtet, für die Besatzer im Zweiten Weltkrieg als Überforderung. Er verlangte neue Selbstbilder als Herrenmenschen, und die Propaganda schrieb der Okkupation nicht nur eine Verantwortung für die Kameraden und die Heimat, sondern fürs Überleben des eigenen Volkes und für den Sieg im rassistischen Endkampf zu. Weil Berlin gleichzeitig viel weniger Vorgaben als die Kaiserreiche machte, wie denn die Herrschaft über das Land konkret realisiert werden sollte, ergaben sich beinahe grenzenlose – und entgrenzte – Möglichkeiten gegenüber Polen und Juden. Das ging mit Straffreiheit für die Täter einher, was wiederum brutale politische Experimente ermöglichte, denen die Einheimischen zum Opfer fielen. „Große“, radikale Lösungen wurden erwartet und gefördert, während die alltägliche Administration demgegenüber in den

Hintergrund trat und kaum Gegenstand ernsthafter Reflexion war. Wo die Mittelmächte Strukturen errichteten, die ihnen die Zusammenarbeit mit den Einheimischen erleichterten und sogar die administrativen Fundamente für die Selbständigkeit des Landes legten, setzten die Nationalsozialisten seit den Einsatzgruppen 1939 auf die Ausschaltung polnischer Staatlichkeit. Dahinter stand die Angst vor organisiertem Widerstand, vor allem aber die Überzeugung, in einer Auseinandersetzung mit einem rassischen Gegner zu stehen, in der es um Leben und Tod des eigenen Volkes ging. Aus diesem Grund ist die Ideologie das zentrale Element, das Hitlers Politik von der der Habsburger und Hohenzollern schied. Der nationalsozialistische Rassenwahn schuf die Bedingungen und Situationen, in denen Gewalt und sogar Völkermord akzeptabel, ja wünschenswert und erforderlich waren.

Bei ähnlichen Voraussetzungen für die Besatzung in beiden Kriegen trat der Faktor Ideologie hinzu und sorgte für ein unterschiedliches Handeln. Die SS-„Verwaltung“ ist das herausragende Beispiel für die auch strukturelle Verschiedenheit, aber sogar die erneut überwiegend vom Reichsinnenministerium ausgewählten Kreishauptleute erwiesen sich als brutal und gierig auf Gewalt. Das Führerprinzip förderte zudem Radikalisierungstendenzen, die explizit begrüßt und ein Mittel wurden, um die eigene Macht auszubauen: Wer vielversprechendere Lösungen hatte, durfte sie ausprobieren – und vielversprechend blieb bis wenige Monate vor Kriegsende immer das, was sich auf die Ideologie berief.

Diese Ideologie hatte ihre Vorläufer nicht im Ersten Weltkrieg und auch nicht im deutschen Kolonialismus, sondern war eine Entwicklung in Folge der Niederlage 1918, des Versailler Vertrags sowie der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen während der Weimarer Republik. Deshalb offenbarten die verschiedenen Formen der Fremdherrschaft keine Kontinuitäten. Der koloniale Genozid an den Herero und Nama nach 1906 geschah durchaus intentional, aber er zielte auf eine Pazifizierung der indigenen Bevölkerung ab; die dortigen Konzentrationslager hatten nicht die Funktion von Vernichtungslagern, denn die Ausrottung der Einheimischen war nicht das Ziel der deutschen Politik.⁴ In Afrika gab es keinen rassischen Überlebenskampf mit der Absicht, sich selbst dort „Lebensraum“ zu sichern.⁵ Der Völkermord in Deutsch-Süd-

⁴ JONAS KREIENBAUM, „Vernichtungslager“ in Deutsch-Südwestafrika? Zur Funktion der Konzentrationslager im Herero- und Namakrieg (1904–1908), in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 58 (2010), S. 1014–1026, hier S. 1025.

⁵ ZIMMERER, *Nationalsozialismus postkolonial*, S. 535.

westafrika beabsichtigte also eine „Endlösung“ der dortigen Probleme, aber aus anderen Gründen und mit anderen Zielen. Ein Siedlerkolonialismus stand nicht dahinter, und bei aller angenommenen rassischen Inferiorität der Afrikaner sollten diese doch unter anderem „erzogen“ werden.

Der Nationalsozialismus ließ dergleichen für Slawen und Juden nicht zu, und die Imperien im Ersten Weltkrieg dachten in Polen nochmals in anderen Kategorien. Umsiedlungspläne im Ersten Weltkrieg stammten oft von Privatpersonen oder Verbänden, hatten viel geringere Dimensionen und blieben vor allem Überlegungen. Kaum je erreichten sie den Status eines offiziellen Programms, und zu keiner Zeit traten sie in ein erstes Stadium ihrer Realisierung. Schwerlich lässt sich darin der „crucial link“⁶ zwischen den deutschen Kolonien – die auch längst nicht mit einheitlicher Brutalität regiert wurden⁷ – und dem Holocaust sehen, zumal selbst dann der Weltkrieg auf der genozidalen Fieberkurve eine Phase relativer Ruhe bedeuten würde.

Hervorzuheben sind außerdem die strukturellen Unterschiede in der Besatzung: In Deutsch-Südwestafrika war das deutsche Militär aktiv und handelte tendenziell gegen die Absichten der Berliner Zentrale, während in den beiden Weltkriegen die deutsche Zivilverwaltung das Kommando hatte – mithin handelten also andere Institutionen und Personen. Die Bilder der jeweils verantwortlichen Deutschen von Afrikanern und Osteuropäern unterschieden sich dabei ebenfalls: In den Kolonien galten die Einheimischen als inferior und primitiv,⁸ im Generalgouvernement nach 1939 als inferior und als Todfeinde. Letzteres Verhältnis von Gegnerschaft ließ sich in Afrika nicht beobachten, denn die dortige Bevölkerung sah man schlicht als zu rückständig, als dass sie eine echte Gefahr darstellen könnte. Die wahrgenommene eigene Überlegenheit war technologisch tatsächlich gegeben; demgegenüber beruhte der Hass auf Slawen und insbesondere auf Juden tendenziell auf dem Minderwertigkeitsgefühl, wonach diese vorgeblich inferioren Rassen gefährliche Bedrohungen für das eigene Volk seien.

⁶ Dies beispielsweise bei NELSON, *Utopias of Open Space*, S. 126.

⁷ GEORGE STEINMETZ, *The Devil's Handwriting. Precoloniality and the German Colonial State in Qingdao, Samoa, and Southwest Africa*, Chicago 2007, S. 19.

⁸ Exemplarisch zu den rassistischen Bildern und zur Politik in den Kolonien: DAVID CIARLO, *Advertising empire. Race and visual culture in imperial Germany*, Cambridge, Mass. 2011; *Rassenmischehen – Mischlinge – Rassentrennung. Zur Politik der Rasse im deutschen Kolonialreich*, hg. v. FRANK BECKER, Stuttgart 2004.

Die in den letzten Jahren teils scharf geführte Auseinandersetzung über den Stellenwert der deutschen Kolonialgeschichte für die nationalsozialistische Politik im Osten drehte sich im Kern darum, ob Deutschland damit einen neuen Sonderweg beschritt.⁹ Zwar wird weder die Gewalt in Afrika dadurch verharmlost, dass sie in der Beziehung zum Holocaust und im Vergleich mit diesem eine geringere Dimension hatte, noch letzterer dadurch relativiert, dass er den Endpunkt einer gewissermaßen gegebenen Entwicklung darstelle. Doch die Kontinuitätsthese hat zumindest implizit etwas Exkulpierendes, denn sie verstellt den Blick für die Spezifika und Ursachen nationalsozialistischer Gewalt.¹⁰

Beispielsweise kam der Antisemitismus im Ersten Weltkrieg noch weitgehend ohne rassistische Komponenten aus; auch die in den überseeischen Kolonien bereits zu beobachtende Verbindung von Rasse und Hygiene,¹¹ die später die Juden zu Krankheitsträgern erklärte, die wie die Krankheit selbst ausgelöscht gehörten, war in Polen so nicht gegeben. Ganz im Gegenteil sah etwa Hans von Beseler anfänglich in den Juden potentielle neue Verbündete, die schon aufgrund ihrer Sprache eher die deutsche Herrschaft verstärken könnten als die Polen. Andererseits ließen sich gerade in Österreich-Ungarn schärfere Urteile über die Juden beobachten, und im Vergleich der zwei Generalgouvernements agierte die Doppelmonarchie antisemitischer. Das eigene Verständnis von Imperialismus sah für die Juden allerdings nicht die Vernichtung vor, sondern die Verbreitung aufgeklärter, moderner Ideen.

Daraus eine Entwicklungslinie hin zum Nationalsozialismus zu konstruieren, bietet kaum mehr Erklärungspotential als die wenig bemerkenswerte Erkenntnis, dass alles Spätere irgendwie auf früherer Geschichte beruht. Letztlich waren es erst Hitlers Rassenideologie und sein Lebensraumkonzept,¹² die aus vergleichbaren Wahrnehmungen ganz andere Handlungsanleitungen destillierten. Insbesondere die Habsburgermonarchie zeigt, warum es sich dabei auch um keinen deutschen Sonderweg handelte. Wien verfügte nicht über afrikanische Kolonien und hatte in

⁹ Für eine Übersicht über die Debatte vgl. zuletzt: STONE, *Histories of the Holocaust*, S. 222–242.

¹⁰ Vgl. CHU u. a., *A Sonderweg through Eastern Europe?*, S. 343.

¹¹ Für den Hygienediskurs in den überseeischen Kolonien: MARGRIT DAVIES, *Public health and colonialism. The case of German New Guinea 1884–1914*, Wiesbaden 2002; WOLFGANG U. ECKART, *Medizin und Kolonialimperialismus. Deutschland 1884–1945*, Paderborn 1997.

¹² Zu den Unterschieden der Raumvorstellungen für die kaiserlich-deutschen Kolonien und den nationalsozialistischen Osten: JUREIT, *Das Ordnen von Räumen*, S. 387 f., 391–395.

Galizien seit 1867 ganz andere Formen der Integration von Polen in das eigene Imperium entwickelt als im deutschen Westpreußen und Großpolen. Dennoch unterschieden sich Besatzungsziele fürs Militärgeneralgouvernement Lublin, die Maßnahmen vor Ort und die Wahrnehmungs- und Deutungsmuster kaum von denen im Generalgouvernement Warschau – und waren manchmal im k.u.k. Okkupationsgebiet sogar härter und antisemitischer als auf deutscher Seite.

Das Großdeutsche Reich entstand aus der Konkursmasse beider Kaiserreiche. Für seine Besatzungsherrschaft in Polen und andernorts kamen also das uneinheitliche Vorgehen in den afrikanischen Kolonien, der Assimilierungsdruck in den preußischen Ostgebieten,¹³ die habsburgische Nationalitätenpolitik etwa in Galizien sowie verschiedene Okkupationszonen im Ersten Weltkrieg als Vorbilder in Frage. Diese potentiellen Vorbilder existierten teils nacheinander, teils gleichzeitig und bildeten, wenn überhaupt, mehrere, nicht unbedingt lineare Entwicklungsstränge. Doch Hitler und seine Gefolgsleute wollten auf keines dieser Beispiele rekurrieren, sondern ausschließlich politisch – also auf Grundlage der Ideologie – herrschen. Für Polen schloss dies das Militärgeneralgouvernement Lublin als Vorläufer aus, denn dort hatten Zivilisten und Politiker kaum etwas zu bestimmen gehabt; es schloss auch Ober Ost aus, denn Ludendorff hatte ebenfalls eine rein militärische Verwaltung etabliert und begründete seine postulierten Erfolge ausdrücklich mit seinem unpolitischen Vorgehen. Das Generalgouvernement Warschau galt demgegenüber als politisch gelenkt – und andererseits genau deshalb suspekt, weil das Rücksichtnahme bedeutete. Im Nationalsozialismus hieß Politik allerdings, Rücksicht nur noch auf die eigene Rasse zu nehmen. Besatzung sollte deshalb viel mehr sein als nur eine vorübergehende Okkupation, nämlich die Grundlagen für die Gewinnung dauerhaften Lebensraums schaffen.

Aus diesem Grund ist die wissenschaftliche Perspektive des Kolonialismus für die hier durchgeführte Analyse wenig ergiebig. Sicherlich waren die langfristigen Pläne zur Germanisierung des Ostens bis hin zum Ural eine extreme, genuin nationalsozialistische Variante des Siedlungskolonialismus. Doch das Generalgouvernement entwickelte sich in den Jahren 1939 bis 1945 nicht zu einer Siedlungskolonie, und Experimente wie in Zamość scheiterten trotz exzessiver Gewalt. Im Grunde war Kolonialismus erst nach dem Ende der Okkupation und einem gewonnenen Krieg

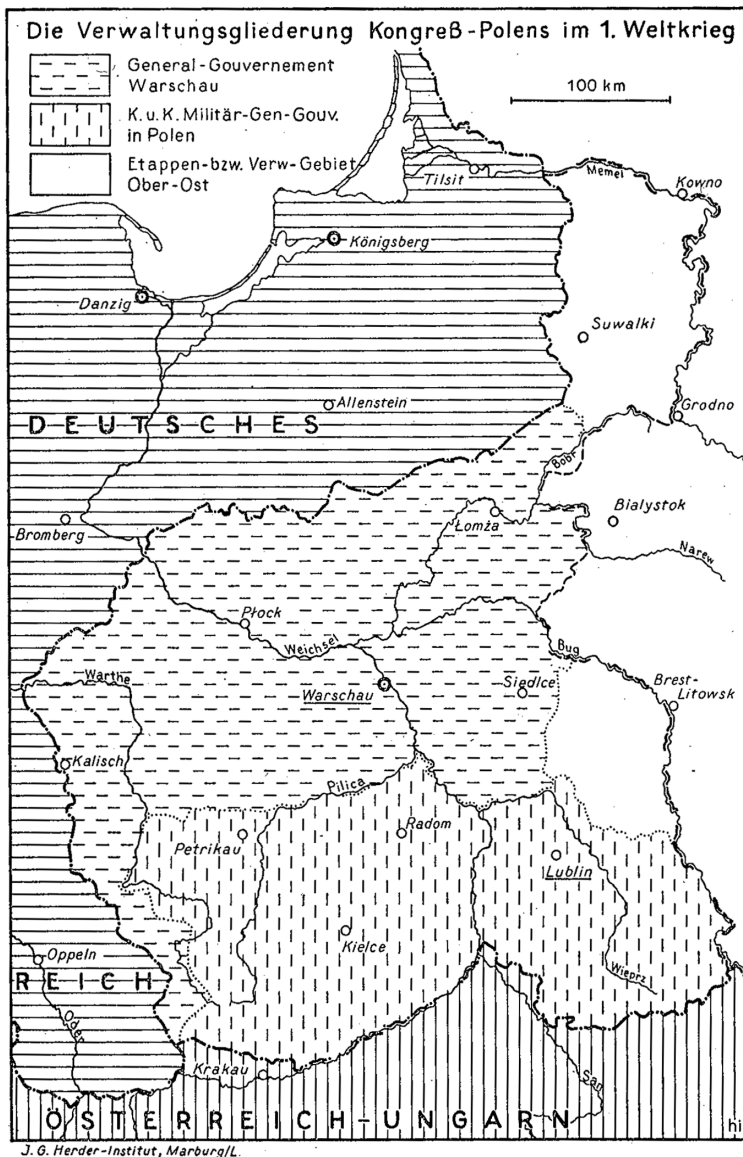
¹³ Die Problematik einer Kontinuitätskonstruktion vom preußischen zum nationalsozialistischen Osten analysiert: CHU u. a., *A Sonderweg through Eastern Europe?*, S. 322.

eine ernsthafte Möglichkeit. Das Konzept ließe sich deshalb zwar für eine vergleichende Untersuchung verschiedener Besatzungen anwenden, erweist sich aber vor allem für die Bewertung der deutschen Planungen als hilfreich. Dagegen werden die Besonderheiten nationalsozialistischer Besatzung unter diesem Blickwinkel eher verdeckt. In diesem Sinne gilt weiter das Diktum Frederick Coopers, der unlängst vor der immer weiter verbreiteten Tendenz gewarnt hat, Kolonialismus überall – und damit nirgendwo – zu identifizieren, was ihn als Analysekategorie unbrauchbar macht.¹⁴

Deutlich vielversprechender sind weitere synchrone und diachrone Vergleiche anderer Okkupationen, die sich aber nicht nur auf die Mittelmächte und das nationalsozialistische Deutschland beschränken sollten. Ein denkbar schlechter Ansatzpunkt wäre das Handeln der Entente an der Westfront, denn dort gab es keine Besatzung, und die französische Armee verteidigte schlicht ihre Heimat. Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten zwischen Kolonialkriegen und der alliierten Herrschaft nach 1918 und 1945 in Deutschland oder etwa im Nahen Osten, die jeweils unter eigenen Bedingungen stattfanden, erscheint interessanter. Damit könnten zudem Anspruch und Realität demokratischer Tradition überprüft werden.

Der Polnisch-Sowjetische Krieg 1919/20 mit seinen wechselseitigen Eroberungen bietet ebenfalls ein spannendes Untersuchungsfeld, weil dort neue Staaten gegeneinander kämpften und mit dem (Anti-)Bolschewismus außerdem Ideologien aufeinandertrafen. Nicht zuletzt ist ein Vergleich über die Fronten hinweg ein Desiderat, bei dem etwa die Herrschaft der Mittelmächte in der Ukraine und das Vorgehen der Alliierten im russischen Bürgerkrieg im Fokus stehen könnten. Die praktischen Anforderungen sind in allen Fällen hoch, denn nur anhand der Literatur werden sich derartige Vergleiche nicht realisieren lassen. Doch angesichts des Erkenntnispotentials für die Gewaltforschung, das Handeln in Kriegen, die Rolle von Ideologie und Kriegszielen sowie nicht zuletzt die Wirkungsmacht von Fremd- und Feindbildern spricht viel dafür.

¹⁴ COOPER, *Kolonialismus denken*, S. 56 f. Demgegenüber plädiert für die Anwendbarkeit der Analysekategorie auf den nationalsozialistischen Osten: MAZOWER, *Hitlers Imperium*, S. 536.



Karte 1: Die Verwaltungsgliederung Kongress-Polens im Ersten Weltkrieg



Karte 2: Deutsche Besatzungsgrenzen in Polen 1939–1945

ANHANG

Die Sicherheitslage im Gouvernement Lukow, April bis September 1918. Auszüge aus dem Kriegstagebuch des Militärgouverneurs.¹

- 4.4.1918 In Goniwilk, Gemeinde Żelechów, überfielen vier mit Gewehren bewaffnete Banditen einen jüdischen Kaufmann.
- 7.4.1918 In Brzeziny, Gemeinde Trojanów, wurde ein jüdischer Händler überfallen, seine Frau getötet, er schwer verletzt.
- 8.4.1918 In Trojanów wurden das Wójtchaftsbüro überfallen und 2.000 Mark geraubt.
- 9.4.1918 In Grabnjak, Gemeinde Sobolew, überfielen fünf Banditen einen Juden in dessen Wohnung, beraubten und verletzten ihn.
- 11.4.1918 In Budy-Krempskie wird ein Jude in seiner Wohnung von 5 Banditen überfallen und beraubt.
- 13.4.1918 Ein jüdischer Laden wurde von sechs Banditen überfallen und ausgeraubt.
- 22.4.1918 Die Witwe Natalia Perka in Piotrków, Gem. Trojanów, wurde von drei bewaffneten Banditen beraubt.
- 26.4.1918 Eine Mühle in jüdischem Besitz in Czarna, Gemeinde Serokomla, wurde durch fünf bis sechs Banditen überfallen und beraubt; mehrere Verletzte; reiche Beute.
- 26.4.1918 In Grabów-Dworzec wurde ein Gutsbesitzer durch fünf bis sechs Banditen überfallen und beraubt; reiche Beute.
- 29.4.1918 In Życzyn wurde ein deutscher Landsturmmann auf „Banditenwache“ ermordet.
- 30.4.1918 In Podlódów wurde ein Jude von Banditen beraubt.
- 1.5.1918 Zwei Banditen wurden verhaftet.
- 8.5.1918 In Kolonia Bystryca wird ein Amtsbote überfallen.
- 13.5.1918 In Celiny überfielen drei Männer einen Bauernhof und raubten Pferde; ein Angestellter des Getreidesyndikats wurde bei Anielin überfallen und beraubt. Umfassende Banditenfangaktionen wurden durchgeführt und dafür rund 150 Mann eingesetzt. Keine Festnahmen.
- 6.6.1918 In der Gemeinde Warszawice wurde eine Reservistenfrau von sechs Banditen überfallen und beraubt.

¹ AP Lublin, 248 / 77. Kriegstagebuch Militärgouvernement Lukow, April–September 1918. Die Schreibung der Eigennamen wurde stillschweigend korrigiert.

- 8.6.1918 In Stoczek und Uśniaki, Gemeinde Wola Rębkowska, wurden zwei Waldwörter von 10-12 bewaffneten Banditen überfallen und beraubt.
- 9.6.1918 Das MG Siedlce meldete, dass sechs Banditen mit Gewehren südlich Kołbiel einen Raubüberfall versuchten und dann flüchteten.
- 10.6.1918 In Kolonia Kłoczew wurde ein Bauer überfallen von vier Banditen und beraubt.
- 14.6.1918 In der Gemeinde Parysów überfielen zehn Banditen einen Schweizer.
- 19.6.1918 Bei Ryki wird wurde ein Jude ermordet und beraubt.
- 20.6.1918 Im Kreis Garwolin wurde ein Jude ermordet und beraubt.
- 23.6.1918 In Warszawka wurde ein Bauer überfallen durch 20-24 bewaffnete Banditen.
- 4.7.1918 Bei Ryki wurde versucht, eine Wassermühle in jüdischem Besitz zu überfallen.
- 6.7.1918 Auf einer Straße bei Radzyń wurden zehn Juden von drei Banditen beraubt.
- 16.7.1918 In Leopoldów wurde ein Jude von drei Banditen überfallen und beraubt; reiche Beute.
- 20.7.1918 In Szuftozin wurde ein jüdischer Mühlenbesitzer von 20 Banditen überfallen und sein Bruder ermordet; reiche Beute.
- 31.7.1918 In Gułów wird die Sägemühle von acht bis zehn bewaffneten Banditen überfallen, aber der Besitzer feuert zurück und die Banditen verschwinden ohne Erfolg.
- 31.7.1918 In der Gemeinde Serokomla wurde ein Jude überfallen und beraubt.
- 2.8.1918 In Radoryż wurde der Wójt von einem Polen erstochen, der Mörder auf der Flucht erschossen, drei weitere Banditen festgenommen.
- 3.8.1918 Bei Stoczek wurde ein Jude von vier Banditen überfallen und beraubt; reiche Beute. Im Nachbarhaus wurden drei weitere Juden überfallen und beraubt.
- 4.8.1918 Im Wald zwischen Wola Blisocka und Podlodów wurde ein Lehrer überfallen und beraubt.
- 5.8.1918 In Grabowce Dolne wurde der Müller Eckhäuser überfallen und beraubt.
- 6.8.1918 In Przytoczno wurde ein jüdischer Straßenaufseher überfallen und beraubt; reiche Beute.
- 12.8.1918 In Niedźwiedz wurde ein jüdischer Händler überfallen und beraubt.
- 12.8.1918 In Borki bei Nowodwór wurde ein Jude überfallen und beraubt.
- 14.8.1918 In Osieck wurde ein Mühlenbesitzer von zehn bis 20 Banditen beraubt.
- 21.8.1918 In Przytoczno wurde die Tochter des Mühlenbesitzer überfallen und beraubt.
- 25.8.1918 In Jakubowskie wurden zwei Juden beraubt.
- 25.8.1918 In Dziecinów wurde der Mühlenbesitzer von 15 Banditen überfallen und beraubt; reiche Beute.
- 3.9.1918 In Żelechów wurde ein Bandit verhaftet.
- 23.9.1918 In Nowodwór wurde ein Pole überfallen und angeschossen.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AA	Auswärtiges Amt
AAN	Archiwum Akt Nowych, Warschau
a. D.	außer Dienst
AGAD	Archiwum Główne Akt Dawnych, Warschau
AOK	Armeeoberkommando
AP	Archiwum Państwowe [Staatsarchiv]
BA	Bundesarchiv
BAMA	Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg
BN	Biblioteka Narodowa, Warschau
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München
CdZ	Chef der Zivilverwaltung
DAZ	Deutsche Arbeitszentrale
DLA	Deutsches Literaturarchiv, Marbach
EVZ	Ernteverwertungszentrale
GG	Generalgouvernement (1939–1945)
GGW	Generalgouvernement Warschau (1915–1918) / Generalgouverneur Warschau
Gm., GM.	Generalmajor
GStA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin
HHStA	Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien
HTO	Haupttreuhandstelle Ost
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
IPN	Instytut Pamięci Narodowej, Warschau
k. A.	Keine Angaben
KA	Kriegsarchiv (Teil des ÖStA)
k. u. k.	kaiserlich und königlich
Lt.	Leutnant
LZ	Landwirtschaftliche Zentralstelle
MGG	Militärgeneralgouvernement
MGGL	Militärgeneralgouvernement Lublin (1915–1918)
Nl.	Nachlass
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
o. D.	ohne Datum

OHL	Oberste Heeresleitung
ÖStA	Österreichisches Staatsarchiv, Wien
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin
PFZ	Polnische Futterzentrale
PGZ	Polnische Getreidezentrale
PLZ	Polnische Landwirtschaftszentrale
RM	Reichsmark
RMdI	Reichsministerium des Innern
SD	Sicherheitsdienst
SS	Schutzstaffel
ZAA	Zivilarbeiterabteilung
ZLK	Zivillandeskommissar

TABELLENVERZEICHNIS

- Tabelle 1, S. 103: Militärpersonal des Militärgeneralgouvernements Lublin 1916.
- Tabelle 2, S. 106: Höhere deutsche Beamte im Generalgouvernement Warschau, März 1916.
- Tabelle 3, S. 194 f.: Deutsche Bürgermeister in den Städten des Generalgouvernements Warschau, Mitte 1916.
- Tabelle 4, S. 241: Ergebnisse der Volkszählung im Militärgeneralgouvernement Lublin 1916.
- Tabelle 5, S. 241: Gemeindegrößen im Militärgeneralgouvernement Lublin 1916.
- Tabelle 6, S. 242: Kriegsschäden im Militärgeneralgouvernement Lublin. Schätzung von Ende 1916.
- Tabelle 7, S. 253: Förderbahnen im Militärgeneralgouvernement Lublin, Januar 1917.
- Tabelle 8, S. 257 f.: Deutsche und Juden in den später von Deutschland besetzten Generalgouvernements des Königreichs Polen.
- Tabelle 9, S. 260 f.: Juden in den Kreisen des Militärgeneralgouvernements Lublin, Volkszählung 1916.
- Tabelle 10, S. 278 Haushaltsplan des Generalgouvernements Warschau für 1918 (in Mark).
- Tabelle 11, S. 284: Gesamtzahlen zur Beschlagnahme im Generalgouvernement Warschau.
- Tabelle 12, S. 288: Betriebe im Generalgouvernement Warschau mit über 30 Beschäftigten.
- Tabelle 13, S. 292 f.: Steinkohleförderung im Generalgouvernement Warschau und Militärgeneralgouvernement Lublin sowie Abschub nach Deutschland, 1915–1918.
- Tabelle 14, S. 325: Die Ausbeutung der Forste im Generalgouvernement Warschau.

- Tabelle 15, S. 345: Aufbringung und Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus dem Militärgeneralgouvernement Lublin, 1915–1918 (in Tonnen).
- Tabelle 16, S. 345: Lebensmittelausfuhr aus dem Generalgouvernement Warschau nach Deutschland (ohne Verbrauch der Armee in Polen) 1915–1918.
- Tabelle 17, S. 392: Deutsche in der Zivilverwaltung des Generalgouvernements Polen.
- Tabelle 18, S. 409: Beschlagnahmte Güter im Generalgouvernement über 50 Hektar.
- Tabelle 19, S. 412: Jahresernten im Generalgouvernement (in Tonnen pro Hektar).
- Tabelle 20, S. 416: Gemittelte Schwarzmarktpreise im Generalgouvernement, in Prozent (Amtlicher Preis = 100 Prozent).
- Tabelle 21, S. 424: Reichs- und Volksdeutsche in der Wirtschaft des Generalgouvernements, April 1944.
- Tabelle 22, S. 425: Rüstungsproduktion im Generalgouvernement.
- Tabelle 23, S. 427: Kontingenterfüllung des Generalgouvernements bei Kartoffeln (in 1.000 Tonnen).
- Tabelle 24, S. 428: Landwirtschaftliche Lieferungen aus dem Generalgouvernement nach Deutschland und an die Wehrmacht (in Tonnen).

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

Archivquellen

Archiwum Akt Nowych, Warschau (AAN)

- 1 Tymczasowa Rada Stanu w Warszawie
- 2 Gabinet Cywilny Rady Regencyjnej Królestwa Polskiego w Warszawie
- 88 Towarzystwo Przemysłowców Królestwa Polskiego
- 111 Regierung des Generalgouvernements in Krakau
- 115 Kommissar für die Beschlagnahme feindlichen Vermögens
- 117 Landwirtschaftszentralstelle Krakau
- 1335 Deutsche Besatzungsbehörden im Generalgouvernement
- T 77-629 Mikrofilm aus den US National Archives

Archiwum Główne Akt Dawnych, Warschau (AGAD)

- 312 Militärgeneralgouvernement Lublin
- 532 Verwaltungschef im Generalgouvernement Warschau

Archiwum Państwowe, Lublin (AP Lublin)

- 236 K.u.k. Kreiskommandantur Biłgoraj
- 237 K.u.k. Kreiskommandantur Chełm
- 238 K.u.k. Kreiskommandantur Hrubieszów
- 239 K.u.k. Kreiskommandantur Janów
- 240 K.u.k. Kreiskommandantur Krasnystaw
- 241 K.u.k. Kreiskommandantur Lubartów
- 242 K.u.k. Kreiskommandantur Lublin
- 243 K.u.k. Kreiskommandantur Puławy
- 244 K.u.k. Kreiskommandantur Tomaszów
- 245 K.u.k. Kreiskommandantur Zamość
- 247 Deutsches Kreiskommando Lukow
- 248 Deutsches Militärgouvernement Lukow
- 660 Ernteverwertungszentrale

Archiwum Państwowe, Płock (AP Płock)

- 324 Deutsches Kreiskommando Płock
- 326 Deutsche Zivilverwaltung Płock

Archiwum Państwowe m. st. Warszawy (AP Warschau)

- 482 Amt des Chefs des Distrikts Warschau
- 485 Stadthauptmann Warschau
- 486 Kreishauptmannschaft Warschau Land
- 488 Kreishauptmannschaft Grojec
- 489 Kreishauptmannschaft Ozarów Mazowiecki

Bayerisches Hauptstaatsarchiv – Kriegsarchiv (BayHStA-KA)

- Stellvertretendes Generalkommando I
- Stellvertretendes Generalkommando III

Biblioteka Narodowa, Warschau (BN)

- DŹS IS 5 Cimflugblattsammlung

Bundesarchiv Berlin (BA Berlin)

- R 2 Reichsfinanzministerium
- R 3 Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion
- R 52 Regierung des Generalgouvernements
- R 1501 Reichsministerium des Innern
- R 2103 Restverwaltung für Reichsaufgaben, darin Abwicklung
Verwaltungschef Warschau
- R 3101 Reichswirtschaftsministerium
- NL 2126 Nachlass Bodgan Hutten-Czapski
- NL 2195 Nachlass Martin Mohr

Bundesarchiv Koblenz (BA Koblenz)

- NL 1711 Nachlass Wolfgang von Kries
- NL 45 Nachlass Friedrich Wilhelm von Loebell

Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg (BAMA)

- MSg 2 / 11672 Kriegstagebuch Major a.D. Erik von Poncet
- N 30 Nachlass Hans von Beseler
- PH 3 Großer Generalstab
- PH 5 - II Armeeoberkommandos
- PH 30-I Kaiserliches Generalgouvernement Belgien
- PH 30-II Kaiserliches Generalgouvernement Warschau
- RH 18 Chef der Heeresarchive
- RH 53-23 Militärbefehlshaber im Generalgouvernement

- RH 61 Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres
- RW 19 Oberkommando der Wehrmacht / Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt
- RW 46 Nachgeordnete Dienststellen des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts
- RW 21-39 Rüstungskommando Litzmannstadt
- RW 23 Rüstungsinspektion und Rüstungskommandos Generalgouvernement

Deutsches Literaturarchiv, Marbach (DLA Marbach)
Nachlass Leopold von Andrian

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (GStA)

- Rep. 77 Ministerium des Innern
- Rep. 87 Landwirtschaftsministerium
- Rep. 89 H Geheimes Zivilkabinett
- Rep. 90 Staatsministerium
- Rep. 120 Handelsministerium
- Rep. 151 Finanzministerium
- Nachlass Georg Cleinow

Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ)

- ED 2 Kriegswirtschaft im Operationsgebiet des Ostens in den Jahren 1941–1943

Instytut Pamięci Narodowej, Warschau (IPN)

- GK 196 Prozess gegen Josef Bühler

Österreichisches Staatsarchiv, Wien (ÖStA)

- Kriegsarchiv (KA)
 - Neue Feldakten (NFA)
 - Armeeoberkommando (AOK) – Verbindungsoffiziere
 - K.u.k. Kreidkommandantur Janów
 - Generalquartiermeister
 - Nachlass Paic
 - Nachlass Hausner
- Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA)
 - Handelsministerium
 - Innenministerium

Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien (ÖstA, HHStA)

PA I Politisches Archiv des Außenministeriums
SB Sammlungsbestände

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin (PAAA)

R Auswärtiges Amt des Deutschen Reichs

Veröffentlichte Quellen und Sekundärliteratur

AFFLERBACH, HOLGER: Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich, München 1994.

ALBERTI, MICHAEL: Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945, Wiesbaden 2006.

ALY, GÖTZ: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt am Main 2005.

ALY, GÖTZ / HEIM, SUSANNE: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt am Main 2004.

ANDLAUER, TERESA: Die jüdische Bevölkerung im Modernisierungsprozess Galiziens. 1867–1914, Frankfurt am Main 2001.

ANGELOW, JÜRGEN: Interessenidentität und Mächt konkurrenz im Zweibund. Wirtschafts räumliche, Handelspolitische und militärstrategische Ziele im „Mitteleuropa“-Konzept zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Der „Zweibund“ 1879. Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie, hg. v. HELMUT RUMPLER u. a., Wien 1996, S. 299–324.

ANGELOW, JÜRGEN: Der Weg in die Urkatastrophe. Der Zerfall des alten Europa 1900–1914, Berlin 2010.

ANGRESS, WERNER T: The German Army's „Juden zählung“ of 1916. Genesis – Consequences – Significance, in: Leo Baeck Institute Yearbook 23 (1978), S. 117–138.

Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos, hg. v. JÜRGEN HENSEL / STEPHAN LEHNSTAEDT, Osnabrück 2013.

ASCHHEIM, STEVEN E.: Brothers and strangers. The east European Jew in German and German Jewish consciousness, 1800–1923, Madison Wis. 1999.

BABEROWSKI, JÖRG / DOERING-MANTEUFFEL, ANSELM: Ordnung durch Terror. Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium, Bonn 2006.

- BACHMANN, KLAUS: „Ein Herd der Feindschaft gegen Rußland“. Galizien als Krisenherd in den Beziehungen der Donaumonarchie mit Rußland (1907–1914), Wien 2001.
- BACZKOWSKI, MICHAŁ: Żołnierze polscy w armii austro-węgierskiej w przededniu odzyskania przez Polskę niepodległości, in: *Studia Historyczne* 52 (2009), H. 1, S. 19–32.
- BÄHR, JOHANNES / BANKEN, RALF: Ausbeutung durch Recht? Einleitende Bemerkungen zum Einsatz des Wirtschaftsrechts in der deutschen Besatzungspolitik 1939–1945, in: *Das Europa des „Dritten Reichs“*. Recht, Wirtschaft, Besatzung, hg. v. DENS., Frankfurt am Main 2005, S. 1–30.
- BALABAN, MAJER, *Die Judenstadt von Lublin*, Lublin 2012 [Nachdruck der Erstauflage von 1919].
- BALTZAREK, FRANZ: Zentralistische und föderalistische Aspekte der Wirtschaftspolitik am Beispiel Galiziens, in: *Ausgebeutet oder alimentiert? Regionale Wirtschaftspolitik und nationale Minderheiten in Ostmitteleuropa (1867–1939)*, hg. v. UWE MÜLLER, Berlin 2006, S. 59–90.
- BARANOWSKI, SHELLEY: *Nazi empire. German colonialism and imperialism from Bismarck to Hitler*, Cambridge 2011.
- BARTYŚ, JULIAN: *Mechanizacja gospodarstwa wiejskiego w Królestwie Polskim w pierwszych latach XX wieku*, Wrocław 1967.
- BASLER, WERNER, *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914–1918*, Berlin (Ost) 1962.
- BAUMGART, WINFRIED: *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, München 1966.
- BECKER, JEAN-JACQUES / KRUMEICH, GERD: *Der Große Krieg. Deutschland und Frankreich im Ersten Weltkrieg 1914–1918*, Essen 2010.
- BEHRENS, GERD: *Der Mythos der deutschen Überlegenheit. Die deutschen Demokraten und die Entstehung des polnischen Staates 1916–1922*, Frankfurt am Main 2013.
- BELL, PHILIP M. H.: *The origins of the Second World War in Europe*, New York 2007.
- BEMMANN, MARTIN: „...kann von einer schonenden Behandlung keine Rede sein“. Zur forst- und landwirtschaftlichen Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau durch die deutsche Besatzungsmacht, 1915–1918, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas* 55 (2007), S. 1–33.
- BENDIX, REGINA: *Ethnology, Cultural Reification, and the Dynamics of Difference in the Kronprinzenwerk*, in: *Creating the Other. Ethnic Conflict and Nationalism in Habsburg Central Europe*, hg. v. NANCY M. WINGFIELD, New York / Oxford 2004, S. 149–166.
- BEREND, IVAN T.: *History derailed. Central and Eastern Europe in the long nineteenth century*, Berkeley, Calif. 2006.

- BERGEN, DORIS L.: Instrumentalization of „Volksdeutschen“ in German Propaganda in 1939. Replacing/Erasing Poles, Jews, and Other Victims, in: *German Studies Review* 31 (2008), S. 447–470.
- BERGER, JULIUS: Deutsche Juden und polnische Juden, in: *Der Jude* 1 (1916/17), S. 137–149.
- BERGER, SARA: Experten der Vernichtung. Das T4-Reinhardt-Netzwerk in den Lagern Belzec, Sobibor und Treblinka, Hamburg 2013.
- Die Berichte der Einsatzgruppen aus Polen 1939. Vollständige Edition, hg. v. STEPHAN LEHNSTAEDT / JOCHEN BÖHLER, Berlin 2013.
- BERGIEN, RÜDIGER: Vorspiel des „Vernichtungskrieges“? Die Ostfront des Ersten Weltkrieges und das Kontinuitätsproblem, in: *Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis – Wirkung – Nachwirkung*, hg. v. GERHARD PAUL GROSS, Paderborn / München 2006, S. 393–408.
- Besetzt, interniert, deportiert. Der Erste Weltkrieg und die deutsche, jüdische, polnische und ukrainische Zivilbevölkerung im östlichen Europa, hg. v. ALFRED EISFELD u. a., Essen 2013.
- VON BETHMANN HOLLWEG, THEOBALD: Betrachtungen zum Weltkriege. Erster Teil: Vor dem Kriege. Zweiter Teil: Während des Krieges, Berlin 1919 / 1921.
- BIHL, WOLFDIETER: Zu den österreichisch-ungarischen Kriegszielen 1914, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas* 16 (1968), S. 504–530.
- BINDER, HARALD: Die Wahlreform von 1907 und der polnisch-ruthenische Konflikt in Ostgalizien, in: *Österreichische Osthefte* 38 (1996), S. 293–320.
- BINDER, HARALD: Galizien in Wien. Parteien, Wahlen, Fraktionen und Abgeordnete im Übergang zur Massenpolitik, Wien 2005.
- BÖHLER, JOCHEN: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt am Main 2006.
- BOLLAND, ARNOLD: *Co produkuje Galicya, a co Królestwo Polskie*, Kraków 1916.
- BÖMELBURG, HANS-JÜRGEN: Der Kollaborationsvorwurf in der polnischen und jüdischen Öffentlichkeit nach 1945 – das Beispiel Michał Weichert, in: „Kollaboration“ in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert, hg. v. JOACHIM TAUBER, Wiesbaden 2006, S. 250–288.
- BORODZIEJ, WŁODZIMIERZ: Terror und Politik. Die deutsche Polizei und die polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939–1944, Mainz 1999.
- BORODZIEJ, WŁODZIMIERZ: Der Warschauer Aufstand 1944, Frankfurt am Main 2004.
- BORODZIEJ, WŁODZIMIERZ: Zur Debatte um Kollaboration in Polen im Zweiten Weltkrieg, in: „Kollaboration“ in Nordosteuropa. Erscheinungs-

- formen und Deutungen im 20. Jahrhundert, hg. v. JOACHIM TAUBER, Wiesbaden 2006, S. 342–352.
- BORODZIEJ, WŁODZIMIERZ: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010.
- BORODZIEJ, WŁODZIMIERZ / GÓRNY, MACIEJ: Nasza wojna. Imperia 1912–1916, Warszawa 2014.
- BOROWSKY, PETER: Deutsche Ukrainepolitik 1918. Unter besonder Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen, Lübeck 1970.
- BOYSEN, JENS: Preußische Armee und polnische Minderheit. Royalistische Streitkräfte im Kontext der Nationalitätenfrage des 19. Jahrhunderts (1815–1914), Marburg 2008.
- BRAKEL, ALEXANDER: Unter Rotem Stern und Hakenkreuz: Baranowicze 1939 bis 1944. Das westliche Weißrussland unter sowjetischer und deutscher Besatzung, Paderborn 2009.
- BRANDT, BERNHARD: Geographischer Bilderatlas des polnisch-weißrussischen Grenzgebietes. Mit 100 photographischen Aufnahmen und 1 Übersichtskärtchen, Berlin 1918.
- BRANDT, KARL u. a.: Management of agriculture and food in the German-occupied and other areas of fortress Europe. A study in military government, Stanford, Calif. 1953.
- BRECHTKEN, MAGNUS: „Madagaskar für die Juden“. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945, München 1997.
- BRENDEL, HEIKO / DEBRUYNE, EMMANUEL: Resistance and repression in occupied territories behind the Western and Balkan Fronts, 1914–1918. A comparative perspective, in: Frontwechsel. Österreich-Ungarns „Großer Krieg“ im Vergleich, hg. v. WOLFRAM DORNIK u. a., Wien 2014, S. 235–258.
- Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917. Die dienstliche Privatkorrespondenz zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Georg Graf von Hertling und dem bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld, hg. v. ERNST DEUERLEIN, Boppard 1973.
- BROSZAT, MARTIN: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, München 1963.
- BROSZAT, MARTIN: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Frankfurt am Main 1965.
- BROTTON, JERRY: A History of the World in Twelve Maps, London 2012.
- BRUDEK, PAWEŁ: Rosja w propagandzie niemieckiej podczas I wojny światowej na podstawie Deutsche Warschauer Zeitung, Warszawa 2011.
- BUCHEN, TIM: Antisemitismus in Galizien. Agitation Gewalt und Politik gegen Juden in der Habsburgermonarchie um 1900, Berlin 2012.
- BUCHHEIM, CHRISTOPH: Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs. Ein Bericht der For-

- schungsstelle für Wehrwirtschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986), S. 117–145.
- BÜHLER, JOSEF / HEUBER, WILHELM: Das Generalgouvernement und seine Wirtschaft, Berlin-Halensee [1940].
- BURBANK, JANE / COOPER, FREDERICK: Imperien der Weltgeschichte. Das Repertoire der Macht vom alten Rom und China bis heute, Frankfurt am Main 2012.
- BURHOP, CARSTEN: Wirtschaftsgeschichte des Kaiserreichs 1871–1918, Göttingen 2011.
- BURIÁN, STEPHAN: Drei Jahre. Aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege, Berlin 1923.
- BURLEIGH, MICHAEL: Germany turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich, London 2002.
- BUSZKO, JÓZEF: Polacy w parlamencie wiedeńskim 1848–1918, Warszawa 1996.
- BUTSCHEK, FELIX: Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart, Wien 2011.
- BUTZ, WERNER: Die kriegswirtschaftliche Nutzung des besetzten Ostraums im Weltkrieg 1914–1918, in: Wissen und Wehr 23 (1942), S. 224–229.
- CABAJ, JAROSŁAW: Społeczeństwo guberni chełmskiej pod okupacją niemiecką i austriacką w latach I wojny światowej, Siedlce 2006.
- CAŁA, ALINA: Asymilacja Żydów w Królestwie Polskim (1864–1897). Postawy, konflikty, stereotypy, Warszawa 1989.
- CHATRIOT, ALAIN: Une véritable encyclopédie économique et sociale de la guerre. Les séries de la Dotation Carnegie pour la Paix Internationale (1910–1940), in: L'Atelier du Centre de recherches historiques 3 (2009). <http://acrh.revues.org/413> (Zugriff: 1.2.2017).
- CHIARI, BERNHARD: Geschichte als Gewalttat. Weißrußland als Kind zweier Weltkriege, in: Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg Kriegserlebnis Kriegserfahrung in Deutschland, hg. v. BRUNO THOSS / HANS-ERICH VOLKMANN, Paderborn / München 2002, S. 615–631.
- CHICKERING, ROGER: Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München 2002.
- CHICKERING, ROGER: Sore Loser. Ludendorff's Total War, in: The shadows of total war. Europe, East Asia, and the United States, 1919–1939, hg. v. DERS. / STIG FÖRSTER, Cambridge 2003, S. 151–178.
- CHIMIAK, ŁUKASZ: Gubernatorzy rosyjscy w Królestwie Polskim. Szkic do portretu zbiorowego, Wrocław 1999.
- CHU, WINSON u. a.: A Sonderweg through Eastern Europe? The Varieties of German Rule in Poland during the Two World Wars, in: German History 31 (2013), H. 3, S. 318–344.
- CHWALBA, ANDRZEJ: Polacy w służbie Moskali, Warszawa 1999.

- CHWALBA, ANDRZEJ: Imperium korupcji. W Rosji i w Królestwie Polskim w latach 1861–1917, Kraków 2006.
- CIARLO, DAVID: Advertising empire. Race and visual culture in imperial Germany, Cambridge, Mass. 2011.
- CHRISTOPHER M. CLARK, Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013.
- COLE, LAURENCE u. a.: Glanz – Gewalt – Gehorsam. Tradition und Perspektiven der Militärgeschichtsschreibung zur Habsburgermonarchie, in: Glanz – Gewalt – Gehorsam. Militär und Gesellschaft in der Habsburgermonarchie (1800 bis 1918), hg. v. DERS. u. a., Essen 2011, S. 13–28.
- CONRAD, SEBASTIAN: Globalisierung und Nation im deutschen Kaiserreich, München 2006.
- CONRAD, SEBASTIAN: Deutsche Kolonialgeschichte, München 2008.
- Constructing Nationalities in East Central Europe, hg. v. PIETER M. JUDSON / MARSHA L. ROZENBLIT, New York / Oxford 2005.
- CONZE, WERNER: Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg, Köln 1958.
- COOPER, FREDERICK: Kolonialismus denken. Konzepte und Theorien in kritischer Perspektive, Frankfurt am Main 2012.
- Creating the Other. Ethnic Conflict and Nationalism in Habsburg Central Europe, hg. v. NANCY M. WINGFIELD, New York / Oxford 2004.
- DABROWSKI, PATRICE: Commemoration and the Shaping of Modern Poland, Bloomington 2004.
- DATNER, SZYMON: Wilhelm Koppe. Nieukarany zbrodniarz hitlerowski, Warszawa 1963.
- DAVIES, MARGRIT: Public health and colonialism. The case of German New Guinea 1884–1914, Wiesbaden 2002.
- DAVIES, NORMAN: Aufstand der Verlorenen. Der Kampf um Warschau 1944, München 2004.
- DEAN, MARTIN: Robbing the Jews. The confiscation of Jewish property in the Holocaust 1933–1945, Cambridge 2008.
- DESZCZYŃSKI, MAREK / PODOLSKA-MEDUCKA, ALDONA: Bibliografia historii gospodarczej Polski podczas II wojny światowej, Warszawa 2006.
- DI NARDO, RICHARD L.: Breakthrough. The Gorlice-Tarnów campaign, 1915, Santa Barbara, Calif. 2010.
- DIECKMANN, CHRISTOPH: Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941–1944, Göttingen 2011.
- Das Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hg. v. WERNER PRÄG / WOLFGANG JACOBMEYER, Stuttgart 1975.
- DMITRZAK, ANDRZEJ: Causes of imposing contributions and methods of leveraging them in Polish territories under the Nazi occupation, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 21 (1994), S. 157–166.

- DOBROŃSKI, ADAM: Potencjał militarno-gospodarczy Królestwa Polskiego w latach 1907–1914, Warszawa 1976.
- DORNIK, WOLFRAM u. a.: Ausblick. Die Besatzungsverwaltungen 1918 und 1941/44 im Vergleich, in: *Die Ukraine zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft 1917–22*, hg. v. DERS. u. a., Graz 2011, S. 477–488.
- DORNIK, WOLFRAM / LIEB, PETER: Die militärischen Operationen, in: *Die Ukraine zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft 1917–22*, hg. v. WOLFRAM DORNIK u. a., Graz 2011, S. 203–248.
- DRUCKI-LUBECKI, ALEXANDER: Die wirtschaftlichen Probleme der neu-besetzten Ostgebiete, Warschau 1918.
- DU PREL, MAXIMILIAN: Das Generalgouvernement, Würzburg 1942.
- DUNIN-ŲASOWICZ, KRZYSZTOF: Warszawa w czasie pierwszej wojny światowej, Warszawa 1974.
- ECHTERNKAMP, JÖRG: 1914–1915: Ein zweiter Dreißigjähriger Krieg? Vom Nutzen und Nachteil eines Deutungsmodells der Zeitgeschichte, in: *Das deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, hg. v. SVEN OLIVER MÜLLER / CORNELIUS TORP, Göttingen 2009, S. 265–280.
- ECKART, WOLFGANG U.: Medizin und Kolonialimperialismus. Deutschland 1884–1945, Paderborn 1997.
- EICHHOLTZ, DIETRICH: Institutionen und Praxis der deutschen Wirtschaftspolitik im NS-besetzten Europa, in: *Die „Neuordnung“ Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten*, hg. v. RICHARD J. OVERY / GERHARD OTTO, Berlin 1997, S. 29–62.
- EICHLER, ADOLF: Das Deutschtum in Kongreßpolen, Stuttgart 1921.
- Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN u. a., Darmstadt 2008.
- EISENBLÄTTER, GERHARD: Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement, 1939–1945, Frankfurt 1969.
- ENGELKING, BARBARA: Jest taki piękny słoneczny dzień... Losy Żydów szukających ratunku na wsi polskiej 1942–1945, Warszawa 2011.
- ENGELKING, BARBARA / LEOCIAK, JACEK: *The Warsaw Ghetto. A Guide to the Perished City*, New Haven 2009.
- ENGELSTEIN, LAURA: A Belgium of Our Own. The Sack of Russian Kalisz, August 1914, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 10 (2009), S. 441–473.
- ESCH, MICHAEL G.: „Gesunde Verhältnisse“. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939–1950, Marburg 1998.
- EVANS, ANDREW DAVID: *Anthropology at war. World War I and the science of race in Germany*, Chicago, London 2010.
- FILLAFER, FRANZ LEANDER: The „Imperial Idea“ and Civilising Missions, in: *Historyka. Studia metodologiczne* 42 (2012), S. 37–60.

- FISCHER, FRITZ: Deutsche Kriegsziele. Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914–1918, in: *Historische Zeitschrift* 188 (1959), S. 249–310.
- FISCHER, FRITZ: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914–18, Düsseldorf 1961.
- FITZPATRICK, MATTHEW P.: The Pre-History of the Holocaust? The Sonderweg and Historikerstreit Debates and the Abject Colonial Past, in: *Central European History* 41 (2008), S. 477–503.
- FRANK, ALISON FLEIG: *Oil empire. Visions of prosperity in Austrian Galicia*, Cambridge, Mass. 2005.
- FRIEDENSBURG, FERDINAND: *Kohle und Eisen im Weltkriege und in den Friedensschlüssen*, München 1934.
- FRIEDERICHSEN, MAX: *Landschaften und Städte Polens und Litauens. Beiträge zu einer regionalen Geographie*, Berlin 1918.
- FRIEDRICH, KLAUS-PETER: Rassistische Seuchenprävention als Voraussetzung nationalsozialistischer Vernichtungspolitik. Vom Warschauer „Seuchensperrgebiet“ zu den „Getto“-Mauern (1939/40), in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 53 (2005), S. 609–636.
- FUCHS, BRIGITTE: „Rasse“, „Volk“, Geschlecht. Anthropologische Diskurse in Österreich 1850–1960, Frankfurt 2003.
- FURBER, DAVID B.: *Going east. Colonialism and German life in Nazi-occupied Poland*. Ph.D., State University of New York at Buffalo 2003.
- GAMMERL, BENNO: *Staatsbürger, Untertanen und Andere. Der Umgang mit ethnischer Heterogenität im Britischen Weltreich und im Habsburgerreich 1867–1918*, Göttingen 2010.
- GARLICKI, ANDRZEJ: *Józef Piłsudski 1867–1935*, Kraków 2012.
- GAUL, JERZY: Austro-Węgry wobec Kościoła katolickiego w Królestwie Polskim (sierpień 1914–sierpień 1915), in: *Kwartalnik Historyczny* 112 (2006), S. 73–90.
- GAUL, JERZY: *Służby wywiadowczo-informacyjne Austro-Węgier wobec radykalnego ruchu niepodległościowego w Królestwie Polskim 1914–1918*, Warszawa 2006.
- GAUL, JERZY: *Niemieckie służby wywiadowczo-informacyjne wobec radykalnego ruchu niepodległościowego w Królestwie Polskim 1914–1918*, Warszawa 2010.
- GAUL, JERZY: Rywalizacja austriacko-niemiecka o kościół katolicki w Królestwie Polskim w raportach przedstawicieli monarchii habsburskiej w Warszawie (sierpień 1915–październik 1916 r.), in: *Kwartalnik Historyczny* 119 (2012), S. 665–691.
- GEHRKE, ROLAND: *Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche gegenüber Deutschland im Zeitalter des europäischen Nationalismus*, Marburg 2001.

- GEISS, IMANUEL: Der polnische Grenzstreifen, 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, Lübeck 1960.
- Das Generalgouvernement. Reisehandbuch, hg. v. KARL BAEDEKER, Leipzig 1943.
- Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, hg. v. MECHTILD RÖSSLER / SABINE SCHLEIERMACHER, Berlin 1993.
- VON GERLACH, HELLMUT: Der Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik, Berlin 1919.
- GERWARTH, ROBERT / MALINOWSKI, STEPHAN: Der Holocaust als „kolonialer Genozid“? Europäische Kolonialgewalt und nationalsozialistischer Vernichtungskrieg, in: *Geschichte und Gesellschaft* 33 (2007), S. 439–466.
- Geschichte der Archiv-Verwaltung bei dem Deutschen Generalgouvernement Warschau, hg. v. der Archivverwaltung bei dem Kaiserlich Deutschen Generagouvernement, Berlin 1919.
- Gewalt und Alltag im besetzten Polen 1939–1945, hg. v. JOCHEN BÖHLER / STEPHAN LEHNSTAEDT, Osnabrück 2012.
- GŁĘBOCKI, HENRYK: Fatalna sprawa. Kwestia polska w rosyjskiej myśli politycznej (1856–1866), Kraków 2000.
- GLICKSMAN, WILLIAM M.: In the mirror of literature. The economic life of the Jews in Poland as reflected in Yiddish literature (1914–1939), New York 1966.
- GŁÓWKA, JAN: Z dziejów przemysłu kieleckiego w latach I wojny światowej, in: *Z dziejów Kielc w latach 1914–1918*, hg. v. URSZULA OETTINGEN, Kielce 2004, S. 137–148.
- GOLLERT, FRIEDRICH: Warschau unter deutscher Herrschaft. Deutsche Aufbauarbeit im Distrikt Warschau, Krakau 1942.
- GÓRAK, ARTUR: Kancelaria Gubernatora i Rząd Gubernialny Lubelski (1867–1918), Lublin 2006.
- GÓRNY, MACIEJ: War on Paper? Physical Anthropology in the Service of States and Nations, in: *Legacies of Violence. Eastern Europe's First World War*, hg. v. JOCHEN BÖHLER u. a., München 2014, S. 131–167.
- GOSEWINKEL, DIETER: Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2003.
- GOTHEIN, GEORG: Das selbständige Polen als Nationalitätenstaat, Stuttgart 1917.
- GRABOWSKI, JAN: „Ja tego Żyda znam!“. Szantażowanie Żydów w Warszawie 1939–1943, Warszawa 2004.
- GRABOWSKI, JAN: Hunt for the Jews. Betrayal and Murder in German-Occupied Poland, Bloomington 2013.

- GRELKA, FRANK M.: Die ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzungsherrschaft 1918 und 1941/42, Wiesbaden 2005.
- GRODZISKI, STANISŁAW: Sejm krajowy galicyjski 1861–1914, Warszawa 1993.
- GROSFELD, LEON: Die Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 1956, Beiheft 3, S. 135–176.
- GROSS, JAN TOMASZ: Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne, München 2001.
- GROSS, JAN TOMASZ: Angst. Antisemitismus nach Auschwitz in Polen, Berlin 2012.
- GROSS, JAN TOMASZ / GRUDZIŃSKA-GROSS, IRENA: Złote żniwa. Rzecz o tym, co się działo na obrzeżach zagłady Żydów, Kraków 2011.
- Das „Großdeutsche Reich“ und die Juden. Nationalsozialistische Verfolgung in den „angegliederten“ Gebieten, hg. v. WOLF GRUNER / JÖRG OSTERLOH, Frankfurt am Main 2010.
- GRYSIŃSKA-JARUŁA, KATARZYNA: Hrabia Bogdan Hutten-Czapski (1851–1937). Żołnierz, polityk i dyplomata, Toruń 2011.
- GUESNET, FRANÇOIS: Polnische Juden im 19. Jahrhundert. Lebensbedingungen, Rechtsnormen und Organisation im Wandel, Köln 1998.
- GUMZ, JONATHAN E.: The Resurrection and Collapse of Empire in Habsburg Serbia, 1914–1918, Cambridge 2009.
- GUTSCHOW, NIELS / KLAHN, BARBARA: Vernichtung und Utopie. Stadtplanung Warschau 1939–1945, Hamburg 1995.
- VON HAGEN, MARK: War in an European Borderland. Occupations and Occupation Plans in Galicia and Ukraine 1914–1918, Washington 2007.
- VON HAGEN, MAXIMILIAN: Hutten-Czapskis Einfluß auf seine Zeit, in: *Zeitschrift für Politik* 27 (1937), S. 474–494 und 520–534.
- HAHN, ADALBERT: Bogdan Graf von Hutten-Czapski, in: *Jomsburg* 1 (1937), S. 481–485.
- HAMILTON, RICHARD F.: War Planning. Obvious Needs, Not So Obvious Solutions, in: *War planning 1914*, hg. v. DERS. / HOLGER H. HERWIG, Cambridge 2010, S. 1–23.
- HAMLIN, DAVID: „Dummes Geld“. Money, Grain, and the Occupation of Romania in WWI, in: *Central European History* 42 (2009), S. 451–471.
- Handbuch für das Generalgouvernement Warschau, hg. v. OTTO PALANDT / EMANUEL GINSCHER, Warschau 1917.
- Handbuch von Polen (Kongreß-Polen). Beiträge zu einer allgemeinen Landeskunde, hg. v. ERICH WUNDERLICH, Berlin 1918.
- HANDELSMAN, MARCELI u. a.: Polska w czasie wielkiej wojny (1914–1918). Tom 2: Historia społeczna, Warszawa 1932.
- HANDELSMAN, MARCELI u. a.: Polska w czasie wielkiej wojny (1914–1918). Tom 3: Historia ekonomiczna, Warszawa 1932.

- HANDELSMAN, MARCELI u. a.: *Polska w czasie wielkiej wojny (1914–1918)*. Tom 4: *Finanse*, Warszawa 1939.
- HÄPKE, RUDOLF: *Die deutsche Verwaltung in Litauen. 1915 bis 1918*, Berlin 1921.
- HARTUNG, FRITZ: Graf von Hutten-Czapski, in: *Historische Zeitschrift* 153 (1936), S. 548–559.
- HAUSNER, ARTHUR: *Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Polen während des Weltkrieges*, Wien 1935.
- HECHT, RUDOLF: *Heeresergänzung – Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg*, Wien 2010.
- HEID, LUDGER: *Maloch – nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914–1923*, Hildesheim 1995.
- HEILBRONNER, ODED: Von der Peripherie ins Zentrum. Die regionale Bedeutung des Antisemitismus in der modernen deutschen Geschichte, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 61 (2013), S. 404–424.
- HEIN, HEIDI: *Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926–1939*, Marburg 2002.
- HEINEMANN, ISABEL: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003.
- HEINEMEYER, HANS CHRISTIAN: Kommentar: Die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die wirtschaftliche Verflechtung Zentraleuropas, in: *Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900–2007*, hg. v. DIETER BINGEN u. a., Wiesbaden 2008, S. 78–84.
- HEMPEL, JAN: *Pogrobowcy klęski, rzecz o policji „granatowej“ w Generalnym Gubernatorstwie*, Warszawa 1990.
- HERBERT, ULRICH: *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1999.
- HERBST, LUDOLF: *Komplexität und Chaos. Grundzüge einer Theorie der Geschichte*, München 2004.
- HERF, JEFFREY: *The Jewish enemy. Nazi propaganda during World War II and the Holocaust*, Cambridge, Mass. 2008.
- HERWEG, DIRK: Von der „Polnischen Wirtschaft“ zur Un-Nation. Das Polenbild der Nationalsozialisten, in: *Feindbilder in der deutschen Geschichte. Studien zur Vorurteilsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, hg. v. CHRISTOPH JAHR u. a., Berlin 1994, S. 201–223.
- HETHERINGTON, PETER: *Unvanquished. Joseph Piłsudski, resurrected Poland, and the struggle for Eastern Europe*, Houston ²2012.
- HIRSCH, JULIUS: Wirtschaftliche Verwertung der brachliegenden ostjüdischen Arbeitskräfte, in: *Neue Jüdische Monatshefte* 1 (1916), S. 8–13.

- HIRSCHFELD, GERHARD: Erster Weltkrieg - Zweiter Weltkrieg. Kriegserfahrungen in Deutschland. Neuere Ansätze und Überlegungen zu einem diachronen Vergleich (2004). http://www.erster-weltkrieg.clio-online.de/_Rainbow/documents/texteZZF/hirschfeld.pdf. (20.1.2016)
- HIRSCHFELD, GERHARD / KRUMEICH, GERD: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main 2014.
- VON HIRSCHHAUSEN, ULRIKE / LEONHARD, JÖRN: Zwischen Historisierung und Globalisierung. Titel, Themen und Trends der neueren Empire-Forschung, in: Neue politische Literatur 56 (2011), S. 389–404.
- Historia Polski w liczbach. Ludność, terytorium, hg. v. Główny Urząd Statystyczny, Warszawa 1994.
- HÖBELT, LOTHAR: „So wie wir haben nicht einmal die Japaner angegriffen“. Österreich-Ungarns Nordfront 1914/15, in: Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis – Wirkung – Nachwirkung, hg. v. GERHARD PAUL GROSS, Paderborn / München 2006, S. 87–120.
- HÖBELT, LOTHAR: Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte, Wien u. a. 2009.
- HOERES, PETER: Die Slawen. Perzeption des Kriegsgegners bei den Mittelmächten. Selbst- und Feindbild, in: Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis – Wirkung – Nachwirkung, hg. v. GERHARD PAUL GROSS, Paderborn / München 2006, S. 179–200.
- HOFFMANN, MAX: Der Krieg der versäumten Gelegenheiten, Leipzig 1939.
- HOFMANN, ANDREAS: Reweaving the Urban Fabric. Multiethnicity and Occupation in Łódź, 1914–1918, in: Endangered Cities. Military Power and Urban Societies in the Era of the World Wars, hg. v. MARCUS FUNCK / ROGER CHICKERING, Boston / Leiden 2004, S. 81–94.
- HOFMANN, ANDREAS: Die vergessene Okkupation. Lodz im Ersten Weltkrieg, in: Deutsche, Juden, Polen. Geschichte einer wechselvollen Beziehung im 20. Jahrhundert. Festschrift für Hubert Schneider, hg. v. ANDREA LÖW u. a., Frankfurt am Main 2004, S. 59–77.
- HOLZER, ANTON: Das Lächeln der Henker. Der unbekannte Krieg gegen die Zivilbevölkerung 1914–1918, Darmstadt 2008.
- HOLZER, JERZY / MOLEND, JAN: Polska w pierwszej wojnie światowej, Warszawa 1973.
- HOLZHAUER, GEORG: Barzahlung und Zahlungsmittelversorgung in militärisch besetzten Gebieten, Jena 1939.
- HOMANN-HERIMBERG, EMIL: Die Kohlenversorgung in Österreich während des Krieges, Wien 1925.
- HOMZE, EDWARD L.: Foreign Labour in Nazi Germany, Princeton 1967.
- HORNE, JOHN / KRAMER, ALAN: Deutsche Kriegsgreuel 1914. Die umstrittene Wahrheit, Hamburg 2004.

- HOSSFELD, UWE: Geschichte der biologischen Anthropologie in Deutschland. Von den Anfängen bis in die Nachkriegszeit, Stuttgart 2005.
- HOUSDEN, MARTYN: Security policing. A „successful“ investigation from the Government General, in: *German History* 14 (1996), S. 209–216.
- HOUSDEN, MARTYN: Hans Frank. Lebensraum and the Holocaust, New York 2003.
- HULL, ISABEL V.: *Absolute Destruction. Military Culture and the Practices of War in Imperial Germany*, Ithaca, NY 2005.
- HULL, ISABEL V.: *A Scrap of Paper. Breaking and Making International Law During the Great War*, Ithaca, NY 2014.
- HUMANN, DETLEV: Kleinkrieg in der „Arbeitsschlacht“. Der Dauerstreit zwischen Arbeitsdienst und Notstandsarbeiten im Dritten Reich, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 60 (2012), S. 54–70.
- VON HUTTEN-CZAPSKI, BOGDAN: *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft. Zweiter Band*, Berlin 1936.
- JANOWSKI, MACIEJ: Galizien auf dem Weg zur Zivilgesellschaft, in: *Vereine, Parteien und Interessenverbände als Träger der politischen Partizipation*, hg. v. HELMUT RUMPLER / PETER URBANITSCH, Wien 2006, S. 805–858.
- JANSEN, CHRISTIAN / WECKBECKER, ARNO: *Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40*, München 1992.
- JANUSZ, GRZEGORZ: Die rechtlichen Regelungen Polens zum Status der deutschen Bevölkerung in den Jahren 1938 bis 1950, in: *Deutschsprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich*, hg. v. MANFRED KITTEL u. a., München 2007, S. 131–251.
- JASTRZĘBOWSKI, WACŁAW: *Gospodarka niemiecka w Polsce 1939–1944*, Warszawa 1946.
- JEZIEŃSKI, ANDRZEJ: *Handel zagraniczny Królestwa Polskiego 1815–1914*, Warszawa 1967.
- JOCKHECK, LARS: *Propaganda im Generalgouvernement. Die NS-Besatzungspresse für Deutsche und Polen 1939–1945*, Osnabrück 2006.
- JUDSON, PIETER M.: *Guardians of the nation. Activists on the language frontiers of imperial Austria*, Cambridge, Mass. 2006.
- JUDSON, PIETER M.: *L’Autriche-Hongrie était-elle un empire?*, in: *Annales. Histoire, Sciences Sociales* 63 (2008), S. 563–596.
- JUREIT, ULRIKE: *Das Ordnen von Räumen. Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert*, Hamburg 2012.
- KACPRZAK, MARCIN: *Zdrowie Warszawy w okresie powojennym*, in: *Warszawskie Czasopismo Lekarskie* 4 (1927), S. 354–359, 382–386, 411–415.
- KACZMAREK, RYSZARD: *Górny Śląsk podczas II wojny światowej. Między utopią niemieckiej wspólnoty narodowej a rzeczywistością okupacji na terenach wcielonych do Trzeciej Rzeszy*, Katowice 2006.
- KACZMAREK, RYSZARD: *Polacy w Wehrmachcie*, Kraków 2010.

- KACZMAREK, RYSZARD: Polacy w armii Kajzera. Na frontach I wojny światowej, Kraków 2014.
- KACZYŃSKA, ELŻBIETA / DREWNIAK, DARIUSZ: Ochrana. Carska policja polityczna w Rosji i Królestwie Polskim, Warszawa 1993.
- KAEUBLE, HARTMUT: Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main u. a. 1999.
- KAISER, DAVID E.: Economic diplomacy and the origins of the Second World War. Germany Britain France and Eastern Europe 1930–1939, Princeton 1980.
- KAKEL, CARROLL P.: The American West and the Nazi East. A comparative and interpretive perspective, Houndmills 2011.
- KALIŃSKI, JANUSZ / LANDAU, ZBIGNIEW: Gospodarka Polski w XX wieku, Warszawa 1998.
- KAPPELER, ANDREAS: Perepisi naselenija w Rossii i Avstro-Vengrii kak imperskie projekty, in: *Ab Imperio*, 2012, H. 4, S. 78–109.
- KAPS, KLEMENS / SURMANN, JAN: Postcolonial or post-colonial? Post(-)colonial perspectives on Habsburg Galicia, in: *Historyka. Studia metodologiczne* 42 (2012), S. 7–35.
- KAUFFMAN, JESSE CURTIS: Schools, State-Building, and National Conflict in German-Occupied Poland, 1915–1918, in: *Finding Common Ground. New Directions in First World War Studies*, hg. v. JENNIFER D. KEENE / MICHAEL S. NEIBERG, Leiden 2011, S. 113–138.
- KAUFFMAN, JESSE CURTIS: Warsaw University under German occupation. State building and nation Bildung in Poland during the Great War, in: *First World War Studies* 4 (2013), S. 65–79.
- KAUFFMAN, JESSE CURTIS: Elusive alliance. The German occupation of Poland in World War I, Cambridge, Mass. 2015.
- KESSLER, OTTO: Das deutsche Polen. Beiträge zur Geschichte, Volkswirtschaft und zur deutschen Verwaltung, Berlin 1916.
- KHAVKIN, BORIS: Russland gegen Deutschland. Die Ostfront der Ersten Weltkriege in den Jahren 1914 bis 1915, in: *Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis – Wirkung – Nachwirkung*, hg. v. GERHARD PAUL GROSS, Paderborn / München 2006, S. 65–85.
- KINDLER, KLAUS: Die Cholmer Frage 1905–1918, Frankfurt am Main 1990.
- KLAIN, BARBARA: Warschau 1939–1945. Vernichtung durch Planung, in: *Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, hg. v. MECHTILD RÖSSLER / SABINE SCHLEIERMACHER, Berlin 1993, S. 294–327.
- KŁAPEC, JANUSZ: Rada Główna Opiekuńcza w dystrykcie lubelskim w latach 1940–1944, Lublin 2011.
- KLEMP, STEFAN: „Aktion Erntefest“. Mit Musik in den Tod. Rekonstruktion eines Massenmords, Münster 2013.

- KLETECKA, THOMAS: Außenpolitische Vorstellungen von Parteien und Gruppen in Cisleithanien, in: *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Band VI.1, hg. v. ADAM WANDRUSZKA, Wien 1989, S. 399–458.
- KŁOSIŃSKI, TADEUSZ: *Polityka przemysłowa okupanta w Generalnym Gubernatorstwie*, Poznań 1947.
- KNIPPING, ANDREAS: *Eisenbahnen im Ersten Weltkrieg*, Freiburg 2004.
- KNOX, MACGREGOR: Erster Weltkrieg und Military Culture. Kontinuität und Wandel im deutsch-italienischen Vergleich, in: *Das deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, hg. v. SVEN OLIVER MÜLLER / CORNELIUS TORP, Göttingen 2009, S. 290–307.
- KOCHANOWSKI, JERZY: Polacy do Wehrmacht? Propozycje i dyskusie 1939–1945. Zarys problemu, in: *Przegląd Historyczny* 93 (2002), S. 307–320.
- KOCHANOWSKI, JERZY: „Selbst mit dem Teufel, Hauptsache in ein freies Polen“. War während des Zweiten Weltkriegs ein gemeinsames Vorgehen von Polen und Deutschen gegen die UdSSR denkbar?, in: „Kollaboration“ in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert, hg. v. JOACHIM TAUBER, Wiesbaden 2006, S. 289–323.
- KOCHNOWSKI, ROMAN: *Przy Tobie Najjaśniejszy Panie stoimy i stać chcemy... Monarchia habsburska w polskiej myśli politycznej lat 1860–1914*, Kraków 2009.
- KOFMAN, JAN: Die nationale Wirtschaftspolitik der Zweiten Republik Polen (1918 bis 1939), in: *Für eine nationale Wirtschaft. Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg*, hg. v. ÁGNES POGÁNY u. a., Berlin 2006, S. 135–167.
- KÖLLNER, LUTZ: *Wirtschaft und Gesellschaft in beiden Weltkriegen. Berichte und Bibliographien*, München 1980.
- KOLM, EVELYN: *Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus*, Frankfurt am Main 2001.
- KOPP, KRISTIN: *Germany's Wild East. Constructing Poland as Colonial Space*, Ann Arbor, Mich. 2012.
- KOTOWSKI, ALBERT: *Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe. Die Polnische Fraktion im Deutschen Reichstag 1871–1918*, Düsseldorf 2007.
- KRAMER, ALAN: *Dynamic of Destruction. Culture and Mass Killing in the First World War*, Oxford 2007.
- KRAMER, ALAN: Deutsche Kriegsverbrechen 1914/1941. Kontinuität oder Bruch?, in: *Das deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, hg. v. SVEN OLIVER MÜLLER / CORNELIUS TORP, Göttingen 2009, S. 341–356.
- KRAUSHAR, ALEKSANDER: *Warszawa podczas okupacji niemieckiej 1915–1918. Notatki naocznego świadka*, Lwów 1921.
- KRAWIEC, HENRYK: Cukrownia i Rafineria „Lublin“ podczas pierwszej wojny światowej i austro-węgierskiej okupacji (1914–1918), in: *Annales Universitatis Mariae Curie-Skłodowska. Sectio F, Historia* 65 (2010), S. 43–63.

- KREIENBAUM, JONAS: „Vernichtungslager“ in Deutsch-Südwestafrika? Zur Funktion der Konzentrationslager im Herero- und Namakrieg (1904–1908), in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 58 (2010), S. 1014–1026.
Kreis-Blatt des Kreises Lukow. Amtliches Bekanntmachungsblatt, Lukow 1916–1917.
- KRETZSCHMANN, WILHELM: Die Wiederersthung der Eisenbahnen auf dem östlichen Kriegsschauplatz, Berlin 1925.
- VON KRIES, WOLFGANG: Deutsche Staatsverwaltung in Russisch-Polen, in: *Preußische Jahrbücher* 233 (1933), S. 130–158.
- VON KRIES, WOLFGANG: Die wirtschaftliche Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau, in: *Preußische Jahrbücher* 235 (1934), S. 221–248.
- KRÓL, EUGENIUSZ CEZARY: Besatzungsherrschaft in Polen im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Charakteristik und Wahrnehmung, in: *Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg Kriegserlebnis Kriegserfahrung in Deutschland*, hg. v. BRUNO THOSS / HANS-ERICH VOLKMANN, Paderborn / München 2002, S. 577–591.
- KROLL, BOGDAN: Opieka i samopomoc społeczna w Warszawie 1939–1945. Stołeczny Komitet Samopomocy Społecznej i warszawskie agendy Rady Głównej Opiekuńczej, Warszawa 1977.
- KROLL, BOGDAN: Rada Główna Opiekuńcza 1939–1945, Warszawa 1985.
- KROLL, FRANK L.: Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich, Paderborn / München 1999.
- KRONENBITTER, GÜNTHER: „Nur los lassen“. Österreich-Ungarn und der Wille zum Krieg, in: *Lange und kurze Wege in den Ersten Weltkrieg. Vier Augsburger Beiträge zur Kriegsursachenforschung*, hg. v. JOHANNES BURKHARDT u. a., München 1996, S. 159–187.
- KRONENBITTER, GÜNTHER: „Krieg im Frieden“. Die Führung der k. u. k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906–1914, München 2003.
- KRUMEICH, GERD: The First World War in the History of the Weimar Republic, in: *The legacies of two world wars. European societies in the twentieth century*, hg. v. LOTHAR KETTENACKER / TORSTEN RIOTTE, New York 2011, S. 77–89.
- KRUSZEWSKI, STANISŁAW / ZDZIARSKI, MIROSŁAW: *Życie robotnicze w Polsce 1913–1921 r.*, Warszawa 1923.
- KRZYŻANOWSKI, ADAM: *Drożynna*, Kraków 1920.
- KUKULSKI, JERZY: *Generałowie carscy i ich majątki ziemskie w Królestwie Polskim (1835–1920)*, Warszawa 2007.
- KULCZYCKI, JOHN J.: *School strikes in Prussian Poland 1901–1907. The struggle over bilingual education*, New York, NY 1981.
- KUMANIECKI, KAZIMIERZ WŁADYSŁAW: *Czasy lubelskie. Wspomnienia i dokumenty (18. IV. 1916–2. XI. 1918)*, Kraków 1927.

- KUNICKI, MIKOŁAJ: Unwanted Collaborators. Leon Kozłowski, Władysław Studnicki and the Problem of Collaboration among Polish Conservative Politicians in World War II, in: *European Review of History* 8 (2001), H. 2, S. 203–220.
- KURMAN, MARJAN: *Z wojny 1914–1921. Przeżycia, wrażenia i refleksje mieszkańca Warszawy*, Warszawa 1923.
- Kurt Riezler. *Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, hg. v. KARL DIETRICH ERDMANN, Göttingen 2008.
- KUTRZEB, STANISŁAW: La question Polonaise pendant la guerre mondiale, in: *La Pologne. Sa vie économique et sociale pendant la guerre*, hg. v. MARCELI HANDELSMAN, New Haven 1932, S. 3–131.
- KUZMANY, BÖRRIES: *Brody. Eine galizische Grenzstadt im langen 19. Jahrhundert*, Wien 2011.
- Das Land Ober-Ost. *Deutsche Arbeit in den Verwaltungsgebieten Kurland, Litauen und Bialystok-Grodno*, hg. v. Presseabteilung Ober Ost, Stuttgart 1917.
- LANDAU, ZBIGNIEW / ROSZKOWSKI, WOJCIECH, *Polityka gospodarcza II RP i PRL*, Warszawa 1995.
- LANDAU, ZBIGNIEW / TOMASZEWSKI, JERZY: *Gospodarka Polski międzywojennej 1918–1939*. 4 Bände, Warszawa 1967–1989.
- ŁAZIŃSKI, MARIAN ROMUALD: *Jasna Góra podczas wojny europejskiej 1914–1918*, Jasna Góra 1919.
- LEHNSTAEDT, STEPHAN: „Ostnieten“ oder Vernichtungsexperten? Die Auswahl deutscher Staatsdiener für den Einsatz im Generalgouvernement Polen 1939–1944, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 55 (2007), S. 701–721.
- LEHNSTAEDT, STEPHAN: *Volksdeutsche in Tschenschow. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik für Täter, Profiteure und Zuschauer des Holocaust*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 57 (2008), S. 425–452.
- LEHNSTAEDT, STEPHAN: *Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk 1939–1944*, München 2010.
- LEHNSTAEDT, STEPHAN: Das Militärgeneralgouvernement Lublin. Die „Nutzbarmachung“ Polens durch Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 61 (2012), S. 1–26.
- LEHNSTAEDT, STEPHAN: Der koloniale Blick? Polen und Juden in der Wahrnehmung der Mittelmächte, in: *Jenseits des Schützengrabens. Der Erste Weltkrieg im Osten: Erfahrung – Wahrnehmung – Kontext*, hg. v. BERNHARD BACHINGER / WOLFRAM DORNIK, Innsbruck 2013, S. 391–410.
- LEHNSTAEDT, STEPHAN: Generalgouvernement. Ideologie und Ökonomie der Judenpolitik, in: *Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos*, hg. v. JÜRGEN HENSEL / STEPHAN LEHNSTAEDT, Osnabrück 2013, S. 159–180.

- LEHNSTAEDT, STEPHAN: Mit Führer in Warschau. Deutsche Reiseliteratur aus zwei Weltkriegen, in: *Lesestunde – Lekcja czytania*, hg. v. RUTH LEISEROWITZ u. a., Warszawa 2013, S. 185–197.
- LEHNSTAEDT, STEPHAN: Besatzungen vergleichen. Methodische Überlegungen zur Okkupation Polens im Ersten und Zweiten Weltkrieg, in: *Frontwechsel. Österreich-Ungarns „Großer Krieg“ im Vergleich*, hg. v. WOLFRAM DORNIK u. a., Wien 2014, S. 283–301.
- LEHR, STEFAN: Pläne für ein Deutsches Historisches Institut Warschau, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 56 (2007), S. 592–602.
- LEIDINGER, HANNES: „Der Einzug des Galgens und des Mordes“. Die parlamentarischen Stellungnahmen polnischer und rutheniischer Reichsratsabgeordneter zu den Massenhinrichtungen in Galizien 1914–1915, in: *Zeitgeschichte* 33 (2006), S. 235–260.
- LEIDINGER, HANNES u. a., Habsburgs schmutziger Krieg. Ermittlungen zur österreichisch-ungarischen Kriegführung 1914–1918, St. Pölten 2014.
- LEISTENSCHNEIDER, STEPHAN: Auftragstaktik im preußisch-deutschen Heer 1871 bis 1914, Hamburg 2002.
- LEMKE, HEINZ: Die Haltung der Mittelmächte zur Errichtung einer theologischen Fakultät an der Warschauer Universität, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Berlin, Gesellschaftlich-sprachwissenschaftliche Reihe* 17 (1968), H. 2, S. 203–207.
- LEMKE, HEINZ: Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im 1. Weltkrieg (Bis zur Februarrevolution), Berlin (Ost) 1977.
- LEONHARD, JÖRN / VON HIRSCHHAUSEN, ULRIKE: Empires und Nationalstaaten im 19. Jahrhundert, Göttingen 2011.
- Leopold von Andrian (1875–1951). Korrespondenzen, Notizen, Essays, Berichte, hg. v. URSULA PRUTSCH / KLAUS ZEYRINGER, Wien 2003.
- LESZCZAWSKI-SCHWERK, ANGELIQUE: Amazonen, emanzipierte Frauen, „Töchter des Volkes“. Polnische und ukrainische Legionärinnen in der österreichisch-ungarischen Armee im Ersten Weltkrieg, in: *Glanz – Gewalt – Gehorsam. Militär und Gesellschaft in der Habsburgermonarchie (1800 bis 1918)*, hg. v. LAURENCE COLE u. a., Essen 2011, S. 55–76.
- LEUSCHNER, THORSTEN: „Die Sprache ist eben ein Grundrecht der Nation, das sich nur bis zu einer gewissen Grenze gewaltsam verkümmern läßt“. Deutsch-polnische Gegensätze in der Entstehungsgeschichte des preußischen Geschäftssprachengesetzes von 1876, in: *Germanistische Mitteilungen* 52 (2000), S. 149–165.
- LEVIN, ITAMAR: Walls around. The plunder of Warsaw Jewry during World War II and its aftermath, Westport, Conn. 2004.
- LEWANDOWSKI, JAN: *Królestwo Polskie pod okupacją austriacką, 1914–1918*, Warszawa 1980.

- LEWANDOWSKI, JAN: Królestwo Polskie wobec Austro-Węgier. 1914–1918, Warszawa u. a. 1986.
- LEWANDOWSKI, JAN: Okupacja austriacka w Królestwie Polskim (1914–1918), in: Dzieje Najnowsze (1998), H. 4, S. 29–42.
- LI, WEI: Deutsche Pläne zur europäischen wirtschaftlichen Neuordnung 1939–1945. Weltwirtschaft, kontinentaleuropäische Autarkie und mitteleuropäische Wirtschaftsintegration, Hamburg 2007.
- LIBERMAN, PETER: Does Conquest Pay? The Exploitation of Occupied Industrial Societies, Princeton 1996.
- LIEB, PETER: Aufstandsbekämpfung im strategischen Dilemma. Die deutsche Besatzung in der Ukraine 1918, in: Die Besatzung der Ukraine 1918. Historischer Kontext – Forschungsstand – wirtschaftliche und soziale Folgen, hg. v. WOLFRAM DORNIK / STEFAN KARNER, Graz 2008, S. 111–139.
- LIEB, PETER: Guerre Révolutionnaire. Die französische Theorie zur Aufstandsbekämpfung in Algerien 1954–1962, in: Imperialkriege von 1500 bis heute. Strukturen, Akteure, Lernprozesse, hg. v. TANJA BÜHRER u. a., Paderborn 2011, S. 463–481.
- LILLA, JOACHIM: Innen- und außenpolitische Aspekte der austropolnischen Lösung 1914–1916, in: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs 30 (1977), S. 221–250.
- LIPP, ANNE: Meinungslenkung im Krieg. Kriegserfahrungen deutscher Soldaten und ihre Deutung 1914–1918, Göttingen 2003.
- LIULEVICIUS, VEJAS GABRIEL: War land on the Eastern front. Culture, national identity and German occupation in World War I, Cambridge 2000.
- LIULEVICIUS, VEJAS GABRIEL: Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg, Hamburg 2002.
- LIULEVICIUS, VEJAS GABRIEL: Das Land Ober Ost im Ersten Weltkrieg. Eine Fallstudie zu den deutsch-litauischen Beziehungen und Zukunftsvorstellungen, in: „Kollaboration“ in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert, hg. v. JOACHIM TAUBER, Wiesbaden 2006, S. 118–127.
- LIULEVICIUS, VEJAS GABRIEL: The German myth of the East. 1800 to the present, Oxford 2009.
- LOEWENFELD-RUSS, HANS: Die Regelung der Volksernährung im Kriege, Wien 1926.
- LOHR, ERIC: Nationalizing the Russian Empire. The Campaign against Enemy Aliens during World War I, Cambridge 2003.
- LOOSE, INGO: Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945, München 2007.
- LOOSE, INGO: Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik in Polen als Gegenstand der Forschung und der Instrumentalisierung im politischen

- Raum, in: *Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900–2007*, hg. v. DIETER BINGEN u. a., Wiesbaden 2008, S. 185–200.
- LOOSE, INGO: Plunder by Decree. Review of: Martin Dean, *Robbing the Jews*, in: *Yad Vashem Studies* 38 (2010), H. 2, S. 221–234.
- LORENZ, TORSTEN: *Von Birnbaum nach Międzychód. Bürgergesellschaft und Nationalitätenkampf in Großpolen bis zum Zweiten Weltkrieg*, Berlin 2005.
- LOWER, WENDY: *Nazi empire-building and the Holocaust in Ukraine*, Chapel Hill 2005.
- LUBOMIRSKA, MARIA ZDZISŁAWOWA: *Pamiętnik księżnej Marii Zdzisławowej Lubomirskiej 1914–1918*, Poznań 1997.
- ŁUCZAK, CZESŁAW: Basic assumptions of the economic policies of nazi Germany and their implementation in the occupied Poland, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 11 (1976), S. 193–213.
- ŁUCZAK, CZESŁAW: *Polityka ludnościowa i ekonomiczna hitlerowskich Niemiec w okupowanej Polsce*, Poznań 1979.
- ŁUCZAK, CZESŁAW: Die Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches im besetzten Polen, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 14 (1979), S. 87–103.
- ŁUCZAK, CZESŁAW: Grundlegende Probleme der Landwirtschaft und Ernährung in Ost- und Südosteuropa während des Zweiten Weltkrieges, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 17 (1982), S. 279–297.
- ŁUCZAK, CZESŁAW: *Polityka ekonomiczna Trzeciej Rzeszy w latach Drugiej Wojny Światowej*, Poznań 1982.
- ŁUCZAK, CZESŁAW: *Polska i Polacy w drugiej wojnie światowej*, Poznań 1993.
- LUDENDORFF, ERICH: *Meine Kriegserinnerungen. 1914–1918*, Berlin 1919.
- LUDENDORFF, ERICH: *Der totale Krieg*, München 1936.
- LUMANS, VALDIS O.: *Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe 1933–1945*, Chapel Hill 1993.
- ŁYSONI, RAFAŁ: Udział Polaków w niemieckiej administracji GGW w okresie Generalnego Gubernatorstwa Warszawskiego w okresie I wojny światowej, in: *Dzieje Najnowsze* 43 (2011), H. 3, S. 35–42.
- MACLEAN, PAM: Control and Cleanliness. German-Jewish Relations in Occupied Eastern Europe during the First World War, in: *War and Society* 6 (1988), H. 2, S. 47–69.
- MADAJCZYK, CZESŁAW: Faszyzacja polityki agrarnej w Polsce w latach 1934–1939, in: *Przegląd Historyczny* 45 (1954), S. 56–73.
- MADAJCZYK, CZESŁAW: *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce*, 2 Bände, Warszawa 1970.

- MADAJCZYK, CZESŁAW: Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen. 1939–1945, Berlin (Ost) 1987.
- MADAJCZYK, CZESŁAW: Vom „Generalplan Ost“ zum „Generalsiedlungsplan“, in: Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, hg. v. MECHTILD RÖSSLER / SABINE SCHLEIERMACHER, Berlin 1993, S. 12–19.
- MAIER, DIETER: Vom Vermittlungsbüro zum „zivilen Wehrbezirkskommando“. Der Umbau der Arbeitsverwaltung zur Arbeitseinsatzbehörde für deutsche und ausländische Arbeitskräfte 1933–1945, in: Arbeitskräfte als Kriegsbeute. Der Fall Ost- und Südosteuropa 1939–1945, hg. v. KARSTEN LINNE / FLORIAN DIERL, Berlin 2011, S. 17–45.
- MAJER, DIEMUT: „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard am Rhein 1993.
- MAJERUS, BENOÎT: Von Falkenhausen zu Falkenhausen. Die deutsche Verwaltung Belgiens in den zwei Weltkriegen, in: Besatzung. Funktion und Gestalt militärischer Fremdherrschaft von der Antike bis zum 20. Jahrhundert, hg. v. GÜNTHER KRONENBITTER u. a., Paderborn 2006, S. 131–145.
- MAMATEY, VICTOR S.: The United States and East Central Europe 1914–1918. A Study in Wilsonian Diplomacy and Propaganda, Princeton 1957.
- MAŃKOWSKI, J.: Dwa systemy. Szkic z dziedziny aprowizacji Królestwa Polskiego, Lublin 1917.
- MARK, RUDOLF A.: Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung, Kirche, Bevölkerung, Marburg 1994.
- Martyrologium polskiego duchowieństwa rzymskokatolickiego pod okupacją hitlerowską w latach 1939–1945, 5 Bde., hg. v. WIKTOR JACEWICZ / JAN WOŚ, Warszawa 1977–1981.
- MATTHÄUS, JÜRGEN: German Judenpolitik in Lithuania during the First World War, in: Leo Baeck Institute Yearbook 43 (1998), S. 155–174.
- MATTHÄUS, JÜRGEN: Vorboten des Holocaust? Deutschland und die litauischen Juden während des Ersten Weltkriegs, in: Judenmord in Litauen. Studien und Dokumente, hg. v. WOLFGANG BENZ / MARION NEISS, Berlin 1999, S. 35–50.
- MATUSAK, PIOTR: Przemysł na ziemiach polskich w latach II wojny światowej, Warszawa 2009.
- MAYERHOFER, LISA: Zwischen Freund und Feind. Deutsche Besatzung in Rumänien 1916–1918, München 2010.
- MAZOWER, MARK: Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, Bonn 2010.
- MCMEEKIN, SEAN: The Russian origins of the First World War, Cambridge, Mass. 2011.

- MECKLING, INGEBORG: Die Aussenpolitik des Grafen Czernin, München 1969.
- MEDUCKI, STANISŁAW: Polens Wirtschaft unter der Besatzung des nationalsozialistischen Deutschen Reiches (1939–1945), in: *Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900–2007*, hg. v. DIETER BINGEN u. a., Wiesbaden 2008, S. 201–220.
- MEIER, RUDOLF: Soldaten-Führer durch Warschau. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage, Warschau 1942.
- MEINDL, RALF: Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie, Osnabrück 2007.
- MEYER, HENRY C.: Mitteleuropa in German thought and action 1815–1945, The Hague 1955.
- MEYER, HENRY C.: Drang nach Osten. Fortunes of a slogan-concept in German-Slavic relations, 1849–1990, Bern 1996.
- MICHMAN, DAN: Angst vor den „Ostjuden“. Die Entstehung der Ghettos während des Holocaust, Frankfurt am Main 2011.
- MICÍŃSKA, MAGDALENA: Gołąb i Orzeł. Obchody rocznic kościuszkowskich w latach 1894 i 1917, Warszawa 1997.
- MICK, CHRISTOPH: Kriegererfahrungen in einer multiethnischen Stadt. Lemberg 1914–1947, Wiesbaden 2010.
- MIKIETŃSKI, PIOTR: Generał Stanisław hrabia Szeptycki. Między Habsburgami a Rzeczpospolitą (okres 1867–1918), Kraków 1999.
- MIKIETŃSKI, PIOTR: Niemiecka droga ku Mitteleuropie. Polityka II Rzeszy wobec Królestwa Polskiego (1914–1916), Kraków 2009.
- MILEWSKA, WACŁAWA u. a.: Legiony Polskie 1914–1918. Zarys historii militarnej i politycznej, Kraków 1998.
- Die Militärverwaltung in den von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten, hg. v. HUGO KERCHNAWE, Wien 1928.
- „Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ als Planungsraum. Wirtschafts- und kulturpolitische Expertisen im Zeitalter der Weltkriege, hg. v. CAROLA SACHSE, Göttingen 2010.
- Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, hg. v. RICHARD G. PLASCHKA u. a., Wien 1994.
- MITTER, ARMIN: Galizien – Krisenherd in den Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland (1910–1914), in: *Jahrbuch für die Geschichte der sozialistischen Länder Europas* 28 (1984), S. 207–233.
- MITZKA, RUDOLF: Die k.u.k. Militärverwaltung in Russisch-Polen, in: *Die Militärverwaltung in den von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten*, hg. v. HUGO KERCHNAWE, Wien 1928, S. 8–52.
- MŁYNARCZYK, JACEK ANDRZEJ: Judenmord in Zentralpolen. Der Distrikt Radom im Generalgouvernement 1939–1945, Darmstadt 2007.

- MOLENDĄ, JAN: Social Changes in Poland during World War I, in: *East Central European Society in World War I*, hg. v. BÉLA KIRÁLY, Boulder 1985, S. 187–201.
- MOLENDĄ, JAN: Chłopi, naród, niepodległość. Kształtowanie się postaw narodowych i obywatelskich chłopów w Galicji i Królestwie Polskim w przededniu odrodzenia Polski, Warszawa 1995.
- MOMMSEN, WOLFGANG J.: Die Mitteleuropaidee und die Mitteleuropaplanungen im Deutschen Reich vor und während des Ersten Weltkrieges, in: *Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, hg. v. RICHARD G. PLASCHKA u. a., Wien 1994, S. 3–24.
- MOMMSEN, WOLFGANG J.: Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890 bis 1918, Berlin 1995.
- MOMMSEN, WOLFGANG J.: Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg. Die Herabdrückung Österreich-Ungarns zum Vasallen der deutschen Politik, in: *Der „Zweibund“ 1879. Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie*, hg. v. HELMUT RUMPLER u. a., Wien 1996, S. 383–407.
- MOTAS, I. / MOTASOWA, I.: Zagadnienie wywozu siły roboczej z Królestwa Polskiego do Niemiec w okresie pierwszej wojny światowej, in: *Teki Archiwalne* 4 (1955), S. 21–42.
- MÜHLHAHN, KLAUS: Herrschaft und Widerstand in der „Musterkolonie“ Kiautschou. Interaktionen zwischen China und Deutschland 1897–1914, München 2000.
- MÜLLER, ACHIM: Zwischen Annäherung und Abgrenzung. Österreich-Ungarn und die Diskussion um Mitteleuropa im Ersten Weltkrieg, Marburg 2001.
- MÜLLER, UWE: Regionale Wirtschafts- und Nationalitätenpolitik in Ostmitteleuropa (1867–1939), in: *Ausgebeutet oder alimentiert? Regionale Wirtschaftspolitik und nationale Minderheiten in Ostmitteleuropa (1867–1939)*, hg. v. DERS., Berlin 2006, S. 9–57.
- MÜNKLER, HERFRIED: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005.
- MÜNKLER, HERFRIED: Imperium und Imperialismus. Version 1.0 (2010). <http://docupedia.de/zg/imperium>.
- MUSIAL, BOGDAN: Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944, Wiesbaden 2000.
- MUSIAL, BOGDAN: Ursprünge der „Aktion Reinhardt“. Planung des Massensterbens an den Juden im Generalgouvernement, in: *„Aktion Reinhardt“. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944*, hg. v. DERS., Osnabrück 2004, S. 49–85.

- MUSIAL, BOGDAN: Recht und Wirtschaft im besetzten Polen 1939–1945, in: *Das Europa des „Dritten Reichs“. Recht, Wirtschaft, Besatzung*, hg. v. JOHANNES BÄHR / RALF BANKEN, Frankfurt am Main 2005, S. 31–57.
- NAASNER, WALTER: Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition / Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard am Rhein 1994.
- NAGORNAJA, OXANA: Des Kaisers Fünfte Kolonne? Kriegsgefangene aus dem Zarenreich im Kalkül deutscher Kolonisationskonzepte (1914 bis 1922), in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 58 (2010), S. 181–206.
- NAUMANN, FRIEDRICH: Mitteleuropa, Berlin 1915.
- NEBELIN, MANFRED: Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg, Berlin 2011.
- NEITZEL, SÖNKE: Weltmacht oder Untergang. Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus, Paderborn 2000.
- NEITZEL, SÖNKE: Von Wirtschaftskriegen und der Wirtschaft im Kriege, in: *Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert*, hg. v. WOLFRAM DORNIK u. a., Innsbruck 2010, S. 49–66.
- NELIPOVIČ, SERGEJ: Die Deportation von Deutschen aus Warschau im Ersten Weltkrieg (1914–1915), in: *Besetzt, interniert, deportiert. Der Erste Weltkrieg und die deutsche, jüdische, polnische und ukrainische Zivilbevölkerung im östlichen Europa*, hg. v. ALFRED EISFELD u. a., Essen 2013, S. 231–262.
- NELSON, ROBERT L.: „Unsere Frage ist der Osten“. Representations of the Occupied East in German Soldier Newspapers, 1914–1918, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 51 (2002), S. 500–528.
- NELSON, ROBERT L.: Utopias of Open Space. Forced Population Transfer Fantasies during the First World War, in: *Legacies of Violence. Eastern Europe's First World War*, hg. v. JOCHEN BÖHLER u. a., München 2014, S. 113–127.
- NIETYKSA, MARIA: Rozwój miast i aglomeracji miejsko-przemysłowych w Królestwie Polskim 1865–1914, Warszawa 1986.
- NORMAND, ROBERT: *Prise de Nowo-Georgiewsk (Modlin) par les Allemands en août 1915*, Nancy 1924.
- OFFER, AVNER: The Blockade of Germany and the Strategy of Starvation, 1914–1918. An Agency Perspective, in: *Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, 1914–1918*, hg. v. ROGER CHICKERING / STIG FORSTER, Cambridge 2006, S. 169–188.
- OKEY, ROBIN: *The Habsburg monarchy, c. 1765–1918. From enlightenment to eclipse*, Basingstoke 2001.
- ORŁOWSKI, HUBERT: „Polnische Wirtschaft“. Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit, Wiesbaden 1996.

- OSTERHAMMEL, JÜRGEN: *Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen*, München 2009.
- OSTERHAMMEL, JÜRGEN: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, Bonn 2010.
- OVERY, RICHARD J.: German Multi-Nationals and the Nazi State in Occupied Europe, in: *War and economy in the Third Reich*, hg. v. DERS., Oxford / New York 1994, S. 315–342.
- PAJĄK, JERZY: *O rząd i armię. Centralny Komitet Narodowy (1915–1917)*, Kielce 2003.
- PAJEWSKI, JANUSZ: „Mitteleuropa“. *Studia z dziejów imperializmu niemieckiego w dobie pierwszej wojny światowej*, Poznań 1959.
- PAJEWSKI, JANUSZ: *Odbudowa państwa polskiego 1914–1918*, Poznań 2005.
- PARAFIANOWICZ, HALINA: Woodrow Wilson i jego legenda w międzywojennej Polsce, in: *Dzieje Najnowsze* 33 (2001), S. 59–70.
- PAWŁOWSKI, IGNACY: Klub Państwowców Polskich, czyli germanofile w pierwszej wojnie światowej (VII 1916–VII 1917), in: *Zeszyty Naukowe WAP, Seria Historyczna* 1967, 15/48, S. 138–145.
- PERDELWITZ, RICHARD: *Die Polen im Weltkriege und die internationale Politik*, Leipzig 1939.
- PETERSEN, HANS-CHRISTIAN: *Bevölkerungsökonomie, Ostforschung, Politik. Eine biographische Studie zu Peter-Heinz Seraphim (1902–1979)*, Osnabrück 2007.
- PIĄTKOWSKI, WIESŁAW: *Idee agrarne ugrupowań politycznych w Królestwie Polskim w latach 1892–1918*, Łódź 1992.
- PIETRZYKOWSKI, JAN: Jasna Góra w okresie I wojny światowej 1914–1918, in: *Studia Claromontana* 2 (1981), S. 410–451.
- PITTL, SIMONE: Merkmale von Imperien. Kriterienkataloge im Vergleich, in: *Imperien und Reiche in der Weltgeschichte. Epochenübergreifende und globalhistorische Vergleiche*, hg. v. MICHAEL GEHLER / ROBERT ROLLINGER, Wiesbaden 2014, S. 1453–1468.
- PLUMPE, WERNER: Ökonomische Krisen und politische Stabilität in der Moderne, in: *Wirtschaftskrisen als Wendepunkte. Ursachen, Folgen und historische Einordnungen vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, hg. v. DARIUSZ ADAMCZYK / STEPHAN LEHNSTAEDT, Osnabrück 2015, S. 25–47.
- PODRANSKI, THOMAS: Der Arbeitseinsatz der jüdischen Bevölkerung in der Privatwirtschaft des Generalgouvernements. Zwischen Zwang, Gewalt und Restfreiheit, in: *Zeitschrift für Genozidforschung* 11 (2010), S. 33–75.
- POHL, DIETER: *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*, München 1997.

- POHL, DIETER: Deutsche Wirtschaftspolitik im besetzten Ostpolen 1941–1944, in: Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, hg. v. JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK, Osnabrück 2009, S. 157–169.
- POHL, DIETER: Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944, München 2009.
- PÖHLMANN, MARKUS: Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: Der Erste Weltkrieg. Die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914–1956, Paderborn / München 2002.
- PÖHLMANN, MARKUS: Von Versailles nach Armageddon. Totalisierungserfahrung und Kriegserwartung in deutschen Militärzeitschriften, in: An der Schwelle zum totalen Krieg. Die militärische Debatte über den Krieg der Zukunft 1919–1939, hg. v. STIG FÖRSTER, Paderborn 2002, S. 323–391.
- La Pologne. Sa vie économique et sociale pendant la guerre, hg. v. MARCELI HANDELSMAN, New Haven 1932.
- Polonika w Austriackim Archiwum Państwowym. 1772–1918, hg. v. JERZY GAUL, Warszawa 2003.
- POLONSKY, ANTONY: The German Occupation of Poland During the First and Second World Wars. A Comparison, in: Armies of occupation, hg. v. ROY A. PRETE / ION A. HAMISH, Waterloo, Ont. 1984, S. 97–142.
- POLONSKY, ANTONY: The Jews in Poland and Russia. Band 2: 1881–1914, Oxford 2010.
- POLSAKIEWICZ, MARTA: Spezifika deutscher Besatzungspolitik in Warschau 1914–1916, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 58 (2009), S. 501–537.
- POLSAKIEWICZ, MARTA: Warschau im Ersten Weltkrieg. Deutsche Besatzungspolitik zwischen kultureller Autonomie und wirtschaftlicher Ausbeutung, Marburg 2015.
- Polska w pamiętnikach wielkiej wojny 1914–1918, hg. v. MICHAŁ SOKOLNICKI, Warszawa 1925.
- Polski słownik biograficzny. Band 19, Wrocław 1974.
- PORTER, BRIAN A.: When nationalism began to hate. Imagining modern politics in nineteenth century Poland, New York 2000.
- PRAESENT, HANS: Kriegsmäßige Volkszählungen im Generalgouvernement Warschau und die Bevölkerungszahl in Kongreß-Polen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 63 (1919), S. 52–64.
- PRIEMEL, KIM CHRISTIAN: Lernversagen. Der Erste Weltkrieg und die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, in: Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg, hg. v. GERD KRUMEICH, Essen 2010, S. 299–322.
- PRUSIN, ALEXANDER: Nationalizing a Borderland. War, Ethnicity, and anti-Jewish Violence in East Galicia, 1914–1920, Tuscaloosa 2005.

- PRUTSCH, URSULA: Historisches Gedächtnis in kulturpolitischer Machtstrategie. Deutschland, Österreich-Ungarn und die polnische Frage (1915–1918), in: *Ambivalenz des kulturellen Erbes. Vielfachkodierung des historischen Gedächtnisses*, hg. v. MORITZ CSÁKY / KLAUS ZEYRINGER, Innsbruck 2000, S. 69–91.
- PRUTSCH, URSULA: Die Polen- und Ruthenienpolitik der k.u.k. Monarchie 1911–1918 aus der Sicht Leopold von Andrians, in: *Kakanien revisited. Das eigene und das Fremde (in) der österreichisch-ungarischen Monarchie*, hg. v. WOLFGANG MÜLLER-FUNK u. a., Tübingen / Basel 2002, S. 271–290.
- PRZENIOSŁO, MAREK: Chłopi i ziemianie Królestwa Polskiego w latach I wojny światowej – stosunki wzajemne, in: *Dzieje Najnowsze* (2001), H. 4, S. 3–21.
- PRZENIOSŁO, MAREK: Chłopi Królestwa Polskiego w latach 1914–1918, Kielce 2003.
- PUŚ, WIESŁAW: Przemysł Królestwa Polskiego w latach 1870–1914. Problemy struktury i koncentracji, Łódź 1984.
- PUŚ, WIESŁAW: Rozwój przemysłu w Królestwie Polskim 1870–1914, Łódź 1997.
- RAJCA, CZESŁAW: Beschlagnahme von Landwirtschaften im Generalgouvernement, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 17 (1982), S. 247–254.
- RAJCA, CZESŁAW: Walka o chleb 1939–1944. Eksploatacja rolnictwa w Generalnym Gubernatorstwie, Lublin 1991.
- Ranglisten des kaiserlich und königlichen Heeres 1916. Abgeschlossen mit Personalverordnungsblatt Nr. 44/16, Wien 1916.
- Raporty i korespondencja oficerów werbunkowych Departamentu Wojskowego Naczelnego Komitetu Narodowego 1915–1916. Ziemia kielecka, hg. v. JERZY PAJĄK, Kielce 2007.
- Raporty Polskiej Organizacji Wojskowej. Okręg Kielecki i Radomski 1915–1918, hg. v. JERZY PAJĄK / PRZEMYSŁAW WZOREK, Kielce 2006.
- Rassenmischehen – Mischlinge – Rassentrennung. Zur Politik der Rasse im deutschen Kolonialreich, hg. v. FRANK BECKER, Stuttgart 2004.
- RAUCHENSTEINER, MANFRIED: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918, Wien 2013.
- RAWE, KAI: Wir werden sie schon zur Arbeit bringen! Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit im Ruhrkohlenbergbau während des Ersten Weltkriegs, Essen 2005.
- RIEDERER, GÜNTER: Der letzte Österreicher. Leopold von Andrian und sein Nachlass im Deutschen Literaturarchiv Marbach, Marbach 2011.
- RITSCHL, ALBRECHT: Nazi Economic Imperialism and the Exploitation of the Small. Evidence from Germany's Secret Foreign Exchange Balances, 1938–1940, in: *Economic History Review* 54 (2001), S. 324–345.

- RÖGER, MAREN / LEHNSTAEDT, STEPHAN: Gleiche Muster der Zusammenarbeit unter NS- und Sowjetbesatzung? Individuelle Kollaborateure im „Land ohne Quisling“ (2013). <http://www.perspectivia.net/content/publikationen/lelewel-gespraech/7-2013>. (20.1.2016)
- VON ROGOYSKI, KAZIMIERZ: 2. Beitrag zur jetzigen wirtschaftlichen Lage Polens. Bericht über die in der Zeit vom 19. bis 26. März im südlichen Teile des Königreichs Polen unternommene Reise, Krakau 1915.
- VON ROGOYSKI, KAZIMIERZ: Beitrag zur jetzigen wirtschaftlichen Lage Polens. Bericht über die in der Zeit vom 19. bis 26. März im südlichen Teile des Königreichs Polen unternommene Reise, Krakau 1915.
- RÖHR, WERNER: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen 1939–1945, Berlin 1989.
- RÖHR, WERNER: Zur Wirtschaftspolitik der deutschen Okkupanten in Polen 1939–1945, in: Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939–1945, hg. v. DIETRICH EICHHOLTZ, Berlin 1999, S. 221–251.
- RONIKIER, ADAM: Pamiętniki 1939–1945, Kraków 2001.
- ROSE, EDWARD: Die Großindustrie des Königreichs Polen. Studien zur sogenannten Theorie der östlichen Absatzmärkte, Berlin 1917.
- ROSENKÖTTER, BERNHARD: Treuhandpolitik. Die „Haupttreuhandstelle Ost“ und der Raub polnischer Vermögen 1939–1945, Essen 2003.
- ROSENTHAL, JACOB: Die Ehre des jüdischen Soldaten. Die Judenenzählung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen, Frankfurt am Main 2007.
- ROSSINO, ALEXANDER B.: Nazi Anti-Jewish Policy During the Polish Campaign. The Case of the Einsatzgruppe von Woyrsch, in: German Studies Review 24 (2001), S. 35–53.
- ROTH, MARKUS: Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen. Karrierewege Herrschaftspraxis und Nachgeschichte, Göttingen 2009.
- ROTH, PAUL: Die politische Entwicklung in Kongreßpolen während der deutschen Okkupation, Leipzig 1919.
- ROTH, REGINA: Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Kriegsgesellschaften als kriegswirtschaftliche Steuerungselemente, Berlin 1997.
- Russisches Zerstörungswerk in Polen. Mit 10 photographischen Abbildungen und Auszügen aus den amtlichen Protokollen, Berlin 1916.
- RUTHNER, CLEMENS: Kakaniens kleiner Orient. Post/koloniale Lesarten der Peripherie Bosnien-Herzegowina (1878–1918), in: Zentren, Peripherien und kollektive Identitäten in Österreich-Ungarn, hg. v. ENDRE HÁRS, Tübingen 2006, S. 255–283.
- RUTKOWSKI, MAREK: Zmiany strukturalne w Królestwie Polskim wczesnej epoki paskiewiczowskiej. Studium efektywności administracyjnej, społecznej i gospodarczej zniewolonego państwa, 2 Bde., Rzeszów 2007.

- RYBICKA, ANETTA: Instytut Niemieckiej Pracy Wschodniej Kraków 1940–1945 r. Institut für Deutsche Ostarbeit, Warszawa 2002.
- RYDEL, JAN: W służbie cesarza i króla. Generałowie i admirałowie narodowości polskiej w siłach zbrojnych Austro-Węgier w latach 1868–1918, Kraków 2001.
- SAMMARTINO, ANNEMARIE H.: *The Impossible Border. Germany and the East, 1914–1922*, Ithaca, NY 2010.
- SANDGRUBER, ROMAN: *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Wien 1995.
- SCHEER, TAMARA: Österreich-Ungarns Besatzungsmacht in Russisch-Polen während des Ersten Weltkriegs (1914–1918), in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 58 (2009), S. 538–571.
- SCHEER, TAMARA: *Zwischen Front und Heimat. Österreich-Ungarns Militärverwaltungen im Ersten Weltkrieg*, Frankfurt am Main 2009.
- SCHEER, TAMARA: Österreich-Ungarns Besatzungsregime im Königreich Polen unter besonderer Berücksichtigung von Religions- und Kultusfragen (1915–1918), in: *Besetzt, interniert, deportiert. Der Erste Weltkrieg und die deutsche, jüdische, polnische und ukrainische Zivilbevölkerung im östlichen Europa*, hg. v. ALFRED EISFELD u. a., Essen 2013, S. 173–198.
- Schematismus für das k.u.k. Heer und für die k.u.k. Kriegsmarine für 1914. Separatausgabe, Wien 1914.
- Schematismus für das kaiserliche und königliche Heer und für die kaiserliche und königliche Kriegsmarine für 1905. Amtliche Ausgabe, Wien 1904.
- Schematismus für das kaiserliche und königliche Heer und für die kaiserliche und königliche Kriegsmarine für 1909. Separatausgabe, Wien 1909.
- SCHENK, DIETER: *Hans Frank. Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur*, Frankfurt am Main 2006.
- SCHERNER, JONAS: Bericht zur deutschen Wirtschaftslage 1943/44. Eine Bilanz des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion über die Entwicklung der deutschen Kriegswirtschaft bis Sommer 1944, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 55 (2007), S. 499–546.
- SCHERNER, JONAS: *Die Logik der Industriepolitik im Dritten Reich. Die Investitionen in die Autarkie- und Rüstungsindustrie und ihre staatliche Förderung*, Stuttgart 2008.
- SCHERNER, JONAS: Nazi Germany's preparation for war. Evidence from revised industrial investment series, in: *European Review of Economic History* 14 (2010), S. 433–468.
- SCHERNER, JONAS: Der deutsche Importboom während des Zweiten Weltkriegs. Neue Ergebnisse zur Struktur der Ausbeutung des besetzten Europas auf der Grundlage einer Neuschätzung der deutschen Handelsbilanz, in: *Historische Zeitschrift* (2012), 294-1, S. 79–113.

- SCHERNER, JONAS: Europas Beitrag zu Hitlers Krieg. Die Verlagerung von Industrieaufträgen der Wehrmacht in die besetzten Gebiete und ihre Bedeutung für die deutsche Rüstung im Zweiten Weltkrieg, in: Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938–1945, hg. v. CHRISTOPH BUCHHEIM / MARCEL BOLDORF, München 2012, S. 69–92.
- SCHERNER, JONAS / BOLDORF, MARCEL: France's Occupation Costs and the War in the East. The Contribution to the German War Economy, 1940–1944, in: *Journal of Contemporary History* 47 (2012), S. 291–316.
- SCHLEMMER, THOMAS: Grenzen der Integration. Die CSU und der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit – der Fall Max Frauendorfer, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 48 (2000), S. 675–742.
- SCHLÖGEL, KARL: Commentary. Mastering Imperial Spaces in the Age of Engineers, in: *Comparing empires. Encounters and transfers in the long nineteenth century*, hg. v. JÖRN LEONHARD / ULRIKE VON HIRSCHHAUSEN, Göttingen 2012, S. 137–141.
- SCHMIED-KOWARZIK, ANATOL: Unteilbar und untrennbar? Die Verhandlungen zwischen Cisleithanien und Ungarn zum gescheiterten Wirtschaftsausgleich 1897, Innsbruck 2009.
- SCHNEIDER, THOMAS F.: „Nach Rußland. Da ist ja kein Krieg mehr“. Vom Verschwinden der Ostfront aus dem deutschen kulturellen Gedächtnis, in: *Jenseits des Schützengrabens. Der Erste Weltkrieg im Osten: Erfahrung – Wahrnehmung – Kontext*, hg. v. BERNHARD BACHINGER / WOLFRAM DORNIK, Innsbruck 2013, S. 437–450.
- SCHULTZ, ARVED: Ethnographischer Bilderatlas von Polen (Kongress-Polen). Mit 112 Originalaufnahmen und 2 Karten, Berlin 1918.
- SCHULZE, MAX-STEPHAN / WOLF, NIKOLAUS: Economic nationalism and economic integration. The Austro-Hungarian Empire in the late nineteenth century, in: *Economic History Review* 65 (2011), S. 652–673.
- SCHUSTER, FRANK M.: Zwischen allen Fronten. Osteuropäische Juden während des Ersten Weltkrieges (1914–1919), Köln 2004.
- SCHUTTE, CHRISTOPH: Die Königliche Akademie in Posen (1903–1919) und andere kulturelle Einrichtungen im Rahmen der Politik zur „Hebung des Deutschtums“, Marburg 2008.
- SCHWANEBERG, SONJA: Die wirtschaftliche Ausbeutung des Generalgouvernements durch das Deutsche Reich 1939–1945, in: *Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945*, hg. v. JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK, Osnabrück 2009, S. 103–129.
- SCHWARTZ, MICHAEL: Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013.
- SEEGEL, STEVEN: Mapping Europe's borderlands. Russian cartography in the age of empire, Chicago 2012.

- SEGEL, HAROLD: Culture in Poland During World War I, in: *European Culture in the Great War*, hg. v. AVIEL ROSHVALD / RICHARD STITES, Cambridge 1999, S. 58–88.
- SEIDEL, ROBERT: Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939–1945, Paderborn / München 2006.
- SERAPHIM, PETER-HEINZ: Die Wirtschaftsstruktur des Generalgouvernements, Krakau 1941.
- SIBORA, JANUSZ: Dyplomacja Polska w I wojnie światowej, Warszawa 2013.
- SIERARKOWSKA, KATARZYNA: Śmierć – Wygnanie – Głód w dokumentach osobistych. Ziemie polskie w latach Wielkiej Wojny 1914–1918, Warszawa 2015.
- SKWARCZYŃSKI, STANISŁAW: Licytacja sprawy polskiej wzwyż. Postawy i metody działalności Józefa Piłsudskiego w okresie pierwszej wojny światowej, in: *Niepodległość* 8 (1972), S. 13–26.
- SMITH, HELMUT WALSER: Religion and Conflict. Catholics and Anti-Semitism in the State of Baden in the Era of Wilhelm II, in: *Central European History* 3 (1994), S. 283–314.
- SMYK, GRZEGORZ: Korpus urzędników cywilnych w guberniach Królestwa Polskiego w latach 1867–1915, Lublin 2004.
- SMYK, GRZEGORZ: Administracja publiczna Królestwa Polskiego w latach 1864–1915, Lublin 2011.
- SNYDER, TIMOTHY: Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, München 2011.
- SPÄT, ROBERT MICHAEL: Generaloberst Hans Hartwig von Beseler als Generalgouverneur in Polen 1915–1918. Person und Politik in Selbstzeugnissen, Freiburg i. Br. 2007.
- SPÄT, ROBERT MICHAEL: Für eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft? Hans Hartwig von Beseler als Generalgouverneur in Polen 1915–1918, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 58 (2009), S. 469–500.
- SPOERER, MARK: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart / München 2001.
- SPOERER, MARK: Der Faktor Arbeit in den besetzten Ostgebieten im Widerstreit ökonomischer und ideologischer Interessen, in: *Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen* 2 (2005), S. 68–93.
- Społeczeństwo polskie w świetle raportów politycznych austro-węgierskiego Generalnego Gubernatorstwa Wojskowego w Polsce 1915/1918. Wybór źródeł, hg. v. JERZY GAUL / ALICJA NOWAK, Warszawa 2015.
- SPRENGER, MATTHIAS: Landsknechte auf dem Weg ins Dritte Reich? Zu Genese und Wandel des Freikorpsmythos, Paderborn / München 2008.

- SROKOWSKI, KONSTANTY: N. K. N. Zarys historii Naczelnego Komitetu Narodowego, Kraków 1923.
- STADTMÜLLER, ELŻBIETA: Polskie nurty polityczne wobec Niemiec w latach 1871–1918, Wrocław 1994.
- STAROŃ, MATEUSZ: Likwidacja Polskiego Korpusu Posiłkowego w 1918 roku. Losy legionistów po traktacie brzeskim, Warszawa 2013.
- STEDING, DR. DR.: Der organisatorische Aufbau der LZ, in: *Die Ernährungswirtschaft* 3 (1943), H. 2, S. 33–37.
- STEGLICH, WOLFGANG / WINTERHAGER, WILHELM: Die Polenproklamation vom 5. November 1916, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 23 (1978), S. 105–146.
- STEINMETZ, GEORGE: „The Devil’s Handwriting“. Precolonial Discourse, Ethnographic Acuity, and Cross-Identification in German Colonialism, in: *Comparative Studies in Society and History* 45 (2003), H. 1, S. 41–95.
- STEINMETZ, GEORGE: The Devil’s Handwriting. Precoloniality and the German Colonial State in Qingdao, Samoa, and Southwest Africa, Chicago 2007.
- STEMPIN, ARKADIUSZ: Die Wiedererrichtung der Warschauer Universität. Warschau unter deutscher Besatzung, in: *Kollegen – Kommilitonen – Kämpfer. Europäische Universitäten im Ersten Weltkrieg*, hg. v. TRUDE MAURER, Stuttgart 2006, S. 127–146.
- STEMPIN, ARKADIUSZ: Generał-pułkownik Hans Hartwig von Beseler – generalny gubernator warszawski w latach 1915–1918, in: *Dzieje Najnowsze* 43 (2011), H. 3, S. 21–34.
- STEMPIN, ARKADIUSZ: Deutsche Besatzungsmacht und Zivilbevölkerung in Polen im Ersten Weltkrieg. Polen, Juden und Deutsche im Vergleich, in: *Besetzt, interniert, deportiert. Der Erste Weltkrieg und die deutsche, jüdische, polnische und ukrainische Zivilbevölkerung im östlichen Europa*, hg. v. ALFRED EISFELD u. a., Essen 2013, S. 153–172.
- STEMPIN, ARKADIUSZ: Próba „moralnego podboju“ Polski przez Cesarstwo Niemieckie w latach I wojny światowej, Warszawa 2013.
- STONE, DAN: *Histories of the Holocaust*, Oxford 2010.
- STONE, NORMAN: *The Eastern Front 1914–1917*, London 1998 [1975].
- STRASBURGER, EDWARD: *Der Anteil Polens an den russischen Staatsfinanzen*, Warschau 1918.
- STRIPPEL, ANDREAS: NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas. Rassenpolitische Selektion der Einwandererzentralstelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (1939–1945), Paderborn 2011.
- STUDNICKI, WŁADYSŁAW: *Reale Bedingungen für ein polnisch-deutsches Bündnis*, Beuthen 1918.
- SULEJA, WŁODZIMIERZ: *Próba budowy zrębów polskiej państwowości w okresie istnienia Tymczasowej Rady Stanu*, Wrocław 1981.

- SULEJA, WŁODZIMIERZ: Orientacja austro-polska w latach I wojny światowej (do aktu 5 listopada 1916 roku), Wrocław 1992.
- SULEJA, WŁODZIMIERZ: Tymczasowa Rada Stanu, Warszawa 1998.
- SULEJA, WŁODZIMIERZ: Polish democratic thought during the First World War, in: *The origins of modern Polish democracy*, hg. v. MIECZYŚLAW B. BISKUPSKI u. a., Athens, Ohio 2010, S. 95–109.
- SZAROTA, TOMASZ: Warschau unter dem Hakenkreuz. Leben und Alltag im besetzten Warschau, 1.10.1939 bis 31.7.1944, Paderborn 1985.
- SZATKOWSKI, WOJCIECH: Goralenvolk. Historia zdrady, Zakopane 2012.
- SZCZEPAŃSKI, JACEK E.: Niemiecka Piechota Zapasowa w Generalnym Gubernatorstwie Warszawskim 1915–1918, Warszawa 2008.
- SZCZEPAŃSKI, JACEK E.: Landszturm w Generalnym Gubernatorstwie Warszawskim 1915–1918. Formacja głębokich rezerw, Warszawa 2012.
- SZEJNMANN, CLAUS-CHRISTIAN W.: Semantik der Kapitalismuskritik in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: *Wirtschaftskrisen als Wendepunkte. Ursachen, Folgen und historische Einordnungen vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, hg. v. DARIUSZ ADAMCZYK / STEPHAN LEHNSTAEDT, Osnabrück 2015, S. 77–99.
- SZLANTA, PIOTR: Tannenberg 1914, Warszawa 2005.
- SZLANTA, PIOTR: Der Glaube an das bekannte Heute, der Glaube an das unsichere Morgen. Die Polen und der Beginn des Ersten Weltkriegs, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas* 61 (2013), S. 411–432.
- SZLANTA, PIOTR: Unter dem sinkenden Stern der Habsburger. Die Ostfront-erfahrung polnischer k.u.k. Soldaten, in: *Jenseits des Schützengrabens. Der Erste Weltkrieg im Osten: Erfahrung – Wahrnehmung – Kontext*, hg. v. BERNHARD BACHINGER / WOLFRAM DORNIK, Innsbruck 2013, S. 139–156.
- SZWARC, WOJCIECH: Podział administracyjny dla celów niemieckiej administracji okupacyjnej i stosunki ludnościowe w GG Warszawskim 1915–1918, in: *Studia Historica Slavo-Germanica* 5 (1976), S. 73–94.
- SZYMAŃSKI, MARCIN JAKUB: Wojenny chleb (nie)powседневni. Łódź w niemieckim systemie zaopatrzenia w produkty i surowce zbożowe na terenie okupowanego Królestwa Polskiego podczas I wojny światowej, in: *Operacja Łódzka. Zapomniany fakt I wojny światowej*, hg. v. JOLANTA DASZYŃSKA, Łódź 2011, S. 89–104.
- SZYMCAK, DAMIAN: Między Habsburgami a Hohenzollernami. Rywalizacja niemiecko-austro-węgierska w okresie I wojny światowej a odbudowa państwa polskiego, Kraków 2009.
- THAKUR-SMOLAREK, KEYA: Der Erste Weltkrieg und die polnische Frage. Die Interpretationen des Kriegsgeschehens durch die zeitgenössischen polnischen Wortführer, Berlin 2014.
- THER, PHILIPP: Deutsche Geschichte als imperiale Geschichte. Polen, slawophone Minderheiten und das Kaiserreich als kontinentales Empire, in: *Das*

- Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914, hg. v. SEBASTIAN CONRAD / JÜRGEN OSTERHAMMEL, Göttingen 2006, S. 129–148.
- THER, PHILIPP: Die dunkle Seite der Nationalstaaten. Ethnische Säuberungen im modernen Europa, Göttingen 2011.
- THIEL, JENS: „Menschenbassin Belgien“. Anwerbung, Deportation und Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, Essen 2007.
- THIEL, JENS / WESTERHOFF, CHRISTIAN: Deutsche Zwangsarbeiterlager im Ersten Weltkrieg. Entstehung – Funktion – Lagerregimes, in: Lager vor Auschwitz. Gewalt und Integration im 20. Jahrhundert, hg. v. CHRISTOPH JAHR / JENS THIEL, Berlin 2013, S. 117–139.
- THOMPSON, LARRY V.: Friedrich-Wilhelm Krüger. Höherer SS- und Polizeiführer Ost, in: Die SS. Elite unter dem Totenkopf, hg. v. RONALD SMELSER / ENRICO SYRING, Paderborn 2000, S. 320–331.
- THOSS, BRUNO: Die Zeit der Weltkriege. Epochen- als Erfahrungseinheit?, in: Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg Kriegserlebnis Kriegserfahrung in Deutschland, hg. v. DERS. / HANS-ERICH VOLKMANN, Paderborn / München 2002, S. 7–30.
- TILLY, CHARLES: Big structures, large processes, huge comparisons, New York 1984.
- TILSE, MARK: Transnationalism in the Prussian east. From national conflict to synthesis, 1871–1914, Houndmills 2011.
- TOOZE, ADAM J.: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, Bonn 2007.
- TREES, PASCAL: Russland und die deutsche Zivilbevölkerung im Königreich Polen während des ersten Weltkriegsjahres 1914/1915, in: Besetzt, interniert, deportiert. Der Erste Weltkrieg und die deutsche, jüdische, polnische und ukrainische Zivilbevölkerung im östlichen Europa, hg. v. ALFRED EISFELD u. a., Essen 2013, S. 199–230.
- TRUNK, ISIAH: Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi occupation, Lincoln 1996.
- TRZECIAKOWSKI, LECH: Połowie polscy w Berlinie 1848–1928, Warszawa 2003.
- ULLRICH, VOLKER: Die polnische Frage und die deutschen Mitteleuropapläne im Herbst 1915, in: Historisches Jahrbuch 104 (1984), S. 348–371.
- UMBREIT, HANS: Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942–1945, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/2. Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Zweiter Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944/45, hg. v. BERNHARD KROENER u. a., Stuttgart 1999, S. 3–272.
- UN War Crimes Commission, Law Reports of Trials of War Criminals, Volume XIV, London 1949.

- UNOWSKY, DANIEL L.: The pomp and politics of patriotism. Imperial celebrations in Habsburg Austria, 1848–1916, West Lafayette, Ind. 2005.
- URBAN, HERBERT: Krakauer gegenwärtige und zukünftige Neubauten, in: Das Generalgouvernement (1940), H. 8, S. 27–33.
- VAKARELIYSKA, CYNTHIA: Due Process in Wartime? Secret Imperial Russian Police Files on the Forced Relocation of Russia Germans during World War I, in: Nationalities Papers 37 (2005), S. 589–611.
- VAN LAAK, DIRK: Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 2005.
- Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Band 4. Polen, September 1939–Juli 1941, hg. v. KLAUS-PETER FRIEDRICH, München 2011.
- Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Band 9. Polen, Generalgouvernement August 1941–1945, hg. v. KLAUS-PETER FRIEDRICH München 2014.
- Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis – Wirkung – Nachwirkung, hg. v. GERHARD PAUL GROSS, Paderborn / München 2006.
- VLADIMIROV, KATYA: The world of provincial bureaucracy in late 19th and 20th century Russian Poland, Lewiston 2004.
- VOLKMANN, HANS-ERICH: Der Ostkrieg 1914/15 als Erlebnis- und Erfahrungswelt des deutschen Militärs, in: Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis – Wirkung – Nachwirkung, hg. v. GERHARD PAUL GROSS, Paderborn / München 2006, S. 263–293.
- Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, hg. v. CZESŁAW MADAJCZYK, München 1994.
- Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust, hg. v. JÜRGEN ZIMMERER, Münster 2011.
- WAPIŃSKI, ROMAN: Narodowa Demokracja 1893–1939. Ze studiów nad dziejami myśli nacjonalistycznej, Wrocław 1980.
- WAPIŃSKI, ROMAN: Roman Dmowski, Lublin 1989.
- WARDZYŃSKA, MARIA: Był rok 1939. Operacja niemieckiej policji bezpieczeństwa w Polsce. Intelligenzaktion, Warszawa 2009.
- WASILEWSKI, LEON: Administracja rosyjska w Królestwie Polskim, Wien 1915.
- WASSER, BRUNO: Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940–1944, Berlin 1993.
- WATSON, ALEXANDER: Fighting for Another Fatherland. The Polish Minority in the German Army, 1914–1918, in: English Historical Review 126 (2011), S. 1137–1166.
- WATSON, ALEXANDER: „Unheard-of Brutality“. Russian atrocities against civilians in East Prussia, 1914–1915, in: The Journal of Modern History 86 (2014), S. 780–825.

- WATSON, ALEXANDER: Ring of Steel. Germany and Austria-Hungary in World War I, London 2014.
- WEBER, THOMAS: Hitlers erster Krieg. Der Gefreite Hitler im Weltkrieg – Mythos und Wahrheit, Berlin 2012.
- WEEKS, THEODORE R.: Nation and state in late imperial Russia. Nationalism and Russification on the western frontier, 1863–1914, DeKalb, Ill. 1996.
- WEEKS, THEODORE R.: From assimilation to antisemitism. The „Jewish question“ in Poland 1850–1914, DeKalb, Ill. 2006.
- WEEKS, THEODORE R.: Across the Revolutionary Divide. Russia and the USSR, 1861–1945, Hoboken 2011.
- WEGS, ROBERT J.: Die österreichische Kriegswirtschaft. 1914–1918, Wien 1979.
- WEINDLING, PAUL JULIAN: Epidemics and genocide in Eastern Europe 1890–1945, Oxford 2000.
- WEINRICH, ARNDT: Der Weltkrieg als Erzieher. Jugend zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus, Essen 2013.
- WENDLAND, ANNA VERONIKA: Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Russland 1848–1915, Wien 2001.
- WENDLAND, ANNA VERONIKA: Imperiale, koloniale und postkoloniale Blicke auf die Peripherien des Habsburgerreiches, in: Kolonialgeschichten. Regionale Perspektiven auf ein globales Phänomen, hg. v. CLAUDIA KRAFT u. a., Frankfurt am Main 2010, S. 211–235.
- WESTERHOFF, CHRISTIAN: Deutsche Arbeitskräftepolitik in den besetzten Ostgebieten, in: Nordost-Archiv 17 (2008), S. 83–107.
- WESTERHOFF, CHRISTIAN: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg? Rekrutierung von Arbeitskräften aus Polen und dem Baltikum für die deutsche Kriegswirtschaft 1914–1918, in: Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900–2007, hg. v. DIETER BINGEN u. a., Wiesbaden 2008, S. 143–160.
- WESTERHOFF, CHRISTIAN: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Deutsche Arbeitskräftepolitik im besetzten Polen und Litauen 1914–1918, Paderborn / München 2012.
- WIECH, STANISŁAW: Społeczeństwo Królestwa Polskiego w oczach carskiej policji politycznej (1866–1896), Kielce 2010.
- WIECH, STANISŁAW / PRZENISŁO, MAREK: Rewolucja 1905–1907 w Królestwie Polskim i w Rosji, Kielce 2005.
- WILDT, MICHAEL: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.
- WILHELM, HANS-HEINRICH: Personelle Kontinuitäten in baltischen Angelegenheiten auf deutscher Seite von 1917/19 bis zum Zweiten Weltkrieg?, in: The Baltic in International Relations Between the two World Wars, hg. v. JOHN HIDEN / ALEKSANDER LOIT, Stockholm 1988, S. 157–170.

- WILKIEWICZ, ZBIGNIEW: Deutsche Flugschriften zur Polenfrage im Ersten Weltkrieg, Mainz 1980.
- WINNICKI, ZDZISŁAW: Rada Regencyjna Królestwa Polskiego i jej organy, 1917–1918, Wrocław 1991.
- WINSTONE, MARTIN: The Dark Heart of Hitler's Europe. Nazi Rule in Poland Under the General Government, London 2014.
- WIPPERMANN, WOLFGANG: Der „deutsche Drang nach Osten“. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes, Darmstadt 1981.
- WIPPERMANN, WOLFGANG: Die Deutschen und der Osten. Feindbild und Traumland, Darmstadt 2007.
- WOLF, GERHARD: Die deutschen Minderheiten in Polen als Instrument der expansiven Außenpolitik Berlins, in: Die „Volksdeutschen“ in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität, hg. v. JERZY KOCHANOWSKI / MAIKE SACH, Osnabrück 2006, S. 41–75.
- WOLF, GERHARD: Ideologie und Herrschaftsrationalität. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Polen, Hamburg 2012.
- WOLF, MICHAELA: Die vielsprachige Seele Kakaniens. Übersetzen und Dolmetschen in der Habsburgermonarchie 1848 bis 1918, Wien 2012.
- WOLF, NIKOLAUS: Path dependent border effects: the case of Poland's reunification (1918–1939), in: Explorations in Economic History 42 (2005), S. 414–438.
- WOLFF, LARRY: Inventing Galicia. Messianic Josephinism and the Recasting of Partitioned Poland, in: Slavic Review 63 (2004), S. 818–840.
- WOLFF, LARRY: The Idea of Galicia. History and Fantasy in Habsburg Political Culture, Stanford 2010.
- WOŹNIAK, MIECZYŚLAW ARKADIUSZ: Kalisz 1914. Pogrom miasta, Kalisz 1995.
- WRÓBEL, PIOTR: Ostatnie dni warszawskiego Generalnego Gubernatorstwa, in: Kronika Warszawy 50 (1982), S. 15–24.
- WRÓBLEWSKI, MŚCISŁAW: Służba Budowlana (Baudienst) w Generalnym Gubernatorstwie 1940–1945, Warszawa 1984.
- WRZOSEK, MAŁGORZATA: Austriackie władze okupacyjne i samorząd miejski w Kielcach w czasie pierwszej wojny światowej (organizacja i funkcjonowanie), in: Kieleckie Studia Historyczne 13 (1995), S. 183–193.
- WRZYSZCZ, ANDRZEJ: Die deutsche „Wirtschafts“-Rechtsetzung im Generalgouvernement 1939–1945, in: Das Europa des „Dritten Reichs“. Recht, Wirtschaft, Besatzung, hg. v. JOHANNES BÄHR / RALF BANKEN, Frankfurt am Main 2005, S. 59–79.
- WUNDERLICH, ERICH: Geographischer Bildatlas von Polen. Mit 100 Originalaufnahmen, 6 Spezialkarten und 1 Übersichtskarte, Berlin 1917.
- VON WUSSOW, Die Vorteile der deutschen Okkupation für Polen, Berlin 1919.

- Zamojszczyzna – Sonderlaboratorium SS. Zbiór dokumentów polskich i niemieckich z okresu okupacji hitlerowskiej, 2 Bde, hg. v. CZESŁAW MADAJCZYK, Warszawa 1977.
- ZAUN, HARALD: Paul von Hindenburg und die deutsche Außenpolitik. 1925–1934, Köln 1999.
- ZECHLIN, EGMONT: Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969.
- ZIELIŃSKI, KONRAD: Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach Królestwa Polskiego w czasie pierwszej wojny światowej, Lublin 2005.
- ZILCH, REINHOLD: Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg. Die deutsche Besatzungspolitik in Belgien und Russisch-Polen 1914–1918, Goldbach 1994.
- ZIMMERER, JÜRGEN: Die Geburt des „Ostlandes“ aus dem Geiste des Kolonialismus. Die nationalsozialistische Eroberungs- und Beherrschungspolitik in (post-)kolonialer Perspektive, in: Sozial.Geschichte (2004), S. 10–43.
- ZIMMERER, JÜRGEN: Nationalsozialismus postkolonial. Plädoyer zur Globalisierung der deutschen Gewaltgeschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 57 (2009), S. 529–548.
- Zusammenstellung sämtlicher Bekanntmachungen betreffend Beschlagnahme und Bestandsmeldung von Kriegsrohstoffen, Warschau 1915.
- Zwei Jahre deutscher Arbeit im Generalgouvernement Warschau, Berlin 1917.

Abbildungen und Karten

- Cover: Einzug in Warschau, 5. August 1915. Postkarte: Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Sigmaringen, N 1/85 T 1 Nr. 7 Bild 1.
Parade der Wehrmacht in Warschau, Oktober 1939: Bundesarchiv, Bild 101/001-0251-16, Fotograf: Schulze.
- Abb. 1, S. 77: Einmarsch der k.u.k. Kavallerie in Lublin 1915. Aus: KASIMIR HERMANN BAER, Der Völkerkrieg. Eine Chronik der Ereignisse seit dem 1. Juli 1914, Bd. 9, Stuttgart 1915, unpag. Bildtafel.
- Abb. 2, S. 90: Flüchtlinge in der Gegend von Lublin. Aus: KASIMIR HERMANN BAER, Der Völkerkrieg. Eine Chronik der Ereignisse seit dem 1. Juli 1914, Bd. 9, Stuttgart 1915, unpag. Bildtafel.
- Abb. 3, S. 112: Besuch Hans von Beselers in Lublin bei Graf Stanisław Szepczycki 1917 (Bildmitte links und rechts). Aus: ARTHUR HAUSNER, Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Polen während des Weltkrieges, Wien 1935, unpag. Bildtafel.

- Abb. 4, S. 122: Straßenansicht von Serock. Aus: Das Generalgouvernement Warschau. Eine Bilderreihe aus der Zeit des Weltkrieges, hg. vom Kaiserlich Deutschen Generalgouvernement Warschau, Oldenburg 1918, S. 43.
- Abb. 5, S. 122: Marktstand an der Lodka in Lodz. Aus: Das Generalgouvernement Warschau. Eine Bilderreihe aus der Zeit des Weltkrieges, hg. vom Kaiserlich Deutschen Generalgouvernement Warschau, Oldenburg 1918, S. 77.
- Abb. 6, S. 200: Dritter-Mai-Feier, Umzug in der Krakowskie Przedmieście, Warschau 1916. Aus: Polska w latach wojny światowej w kraju i na obczyźnie. Pamiątkowy zbiór fotografii i dokumentów, hg. v. MACIEJ WIELICKO, Warszawa 1930, S. 100.
- Abb. 7, S. 205: Glockenrequisition im k. u. k. Militärgeneralgouvernement Lublin. Aus: Polska w latach wojny światowej w kraju i na obczyźnie. Pamiątkowy zbiór fotografii i dokumentów, hg. v. MACIEJ WIELICKO, Warszawa 1930, S. 121.
- Abb. 8, S. 212: Der Regentschaftsrat, 27.10.1917: Józef Ostrowski, Aleksander Kakowski, Zdzisław Lubomirski und der Sekretär Zygmunt Chełmicki. Aus: BOGDAN VON HUTTEN-CZAPSKI, Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft, Zweiter Band, Berlin 1936, unpag. Bildtafel.
- Abb. 9, S. 248: Brückeneröffnung in Warschau mit Hans von Beseler (deutsche Postkarte). Bestand der New York Public Library.
- Abb. 10, S. 254: Arbeiterinnen im Straßenbau im Generalgouvernement Warschau zwischen Konary und Warka (deutsche Aufnahme von 1916). Aus: Handbuch von Polen (Kongreß-Polen). Beiträge zu einer allgemeinen Landeskunde, hg. v. ERICH WUNDERLICH, 2. Aufl., Berlin 1918, S. 67.
- Abb. 11, S. 336: Deutsche Soldaten als „Erntehelfer“. Aus: Polska w latach wojny światowej w kraju i na obczyźnie. Pamiątkowy zbiór fotografii i dokumentów, hg. v. MACIEJ WIELICKO, Warszawa 1930, S. 121.
- Karte 1, S. 468: Die Verwaltungsgliederung Kongress-Polens im Ersten Weltkrieg. Aus: WERNER CONZE, Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg, Köln 1958, S. 100. Herder-Institut Marburg.
- Karte 2, S. 469: Deutsche Besatzungsgrenzen in Polen 1939–1945. Aus: Deutsch-polnische Beziehungen 1939 – 1945 – 1949. Eine Einführung, hg. v. WŁODZIMIERZ BORODZIEJ / KLAUS ZIEMER, Osnabrück 2000, S. 334.

PERSONENREGISTER

- von Aehrenthal, Alois Lexa 52, 133
- von Andrian, Leopold 52, 62, 75, 76, 83, 101, 116, 117, 133, 136-139, 146, 155-158, 160, 162, 170, 187-192, 196, 199-205, 208, 215, 217, 262, 318, 335, 347-350
- Arnoldi, Leo 252
- Arz von Straußenburg, Artur 303
- Baberowski, Jörg 34
- von Badeni, Kazimierz 64
- Baedeker, Carl 445
- Baġaban, Majer 259
- Bara, Hedwig 294
- Barain (Bürgermeister) 195
- von Batocki, Adolf 72
- Bauder, Theodor 423
- Baumgart, Winfried 89
- von Berchtold, Leopold 62, 136, 137
- von Berg, Friedrich Wilhelm Rembert 51
- Berger, Julius 130, 259
- von Bernhardi, Friedrich 156
- Beseler, Georg 108
- von Beseler, Hans 23, 27, 29, 73, 79, 81, 82, 88, 93, 94, 99, 100, 107-110, 112, 115, 123-131, 148-150, 152, 156, 158, 159, 169, 172, 175, 176, 179, 183, 184, 192, 193, 196-199, 207, 214-216, 219, 220, 225, 243-251, 255-257, 260, 262, 264, 265, 273, 280, 281, 299-301, 310, 316, 325, 326, 363, 364, 388, 452, 458, 465
- von Beseler, Max 108
- von Bethmann Hollweg, Theobald 71, 80, 108, 123, 148, 158, 172, 177, 207, 302, 363, 364
- Beyer (Bürgermeister) 195
- Biehl, Max 394
- von Bismarck, Otto 49
- Böhler, Jochen 433
- von Born-Fallois, Wilhelm 111
- Borodziej, Włodzimierz 66
- von Boschan, Friedrich 55, 247, 328, 329
- von Brandenstein, Hans 109, 168
- Brandt, Bernhard 264
- von Bredow (Bürgermeister) 194
- Broszat, Martin 11
- Brudziński, Józef 197
- Bühler, Josef 378, 395
- Bührmann, Robert 414
- Bukowiecki, Stanisław 211
- von Burián, Stephan 80, 101, 139, 146, 155, 170, 187, 190, 192, 196, 204, 217, 363
- Bursche, Juliusz 432
- von Caprivi, Leopold 65
- Carnegie, Andrew 24, 115, 116
- Cascorbi (Bürgermeister) 194
- Chefmicki, Zygmunt 212
- Chickering, Roger 166
- Cleinow, Georg 123
- Conrad von Hötzenndorf, Franz 151, 299

- Conze, Werner 22, 69, 108, 164
 Cooper, Frederick 33, 34, 37, 467
 von Czernin, Ottokar 83-85, 135,
 154, 160, 177, 207, 302, 318
- von Dietrichstein zu Nikolsburg,
 Hugo 114
 von Diller, Erich 114
 Divok, Wilhelm 229
 Dmowski, Roman 61
 Doering-Manteuffel, Anselm 34
 Dryander, Ernst 126
 Dwenger (Dr., Bürgermeister) 195
- Ebenhöh, Joseph 136, 152, 153,
 155, 162, 207, 232, 253
 Eichmann, Adolf 449
 Emmerich, Walter 394
 von Epp, Franz 394
 Erzberger, Matthias 363
 von der Esch, Hans 110, 123
 Eugen von Savoyen, Prinz 162
- von Falkenhayn, Erich 109, 299,
 364
 Fischer, Fritz 21, 22, 41, 69
 Fischer, Ludwig 412, 413
 Frank, Hans 29, 377-379, 382, 383,
 385, 386-391, 393-396, 399, 401,
 406-408, 410, 411, 414, 416,
 417, 419, 422, 425-427, 430,
 434, 436, 437, 441, 450, 452,
 453, 461, 462
 Franz Joseph I., österr. Kaiser 45,
 83, 202, 299
 Frauendorfer, Max 368, 411, 417
 Freytag, Gustav 48
 von Freytag-Loringhoven, Axel
 86
 Fribolin, Hermann 382
 Friedrich von Österreich, Erzher-
 zog 231
 Fugmann, Ernst 445
- Ganse, Hugo 118
 Geiss, Imanuel 22
 Gemander (Bürgermeister) 195
 Genge (Bürgermeister) 195
 Geppert (Bürgermeister) 194
 Głębiński, Stanisław 223
 Globocnik, Odilo 441, 450
 Gollert, Friedrich 447
 von Goluchowski, Agenor 167
 Göring, Hermann 383, 385, 406,
 413
 Graw (Bürgermeister) 194
 Greiser, Arthur 437
 Grentzenberg (Bürgermeister) 195
 Gross, Jan Tomasz 26
 Groß, Hubert 446, 447
 Grzesicki, Wiktor 114
- Haas, Ludwig 130
 Habicht (Dr., k.u.k. Außenminis-
 terium) 161, 190
 Hager (Bürgermeister) 195
 Hahn (Bürgermeister) 194
 Haller, Józef 302, 303
 Hamilton, Richard 167
 Handelsman, Marcell 19, 197
 Hansen (Bürgermeister) 195
 Hartleb, Tadeusz 135, 302
 Hartsch (Bürgermeister) 195
 Hausmann, Szweje 294
 Hausner, Arthur (Artur) 96, 112-
 116, 162
 Heid, Ludger 21
 Heineken (Bürgermeister) 195
 Helfferich, Karl 363
 Hellmann (Bürgermeister) 194
 Herszkowicz, Liber 272
 von Hertling, Georg 330
 Heuber, Wilhelm 385
 Hildebrand, Christian 362
 Himmler, Heinrich 386, 396,
 399, 431, 433, 439, 447, 448,
 450

- von Hindenburg, Paul 100, 166,
 175-177, 289, 310, 363, 364
 Hirschfeld, Gerhard 14
 von Hirschhausen, Ulrike 33, 239
 Hitler, Adolf 13, 15, 16, 40, 355-
 362, 367, 368, 373, 377-379,
 381, 385, 386, 394, 398, 399,
 404, 406, 408, 409, 421, 422,
 425, 429, 433, 437, 440, 449,
 453, 457, 460-463, 465, 466
 von Hoenning, Otto 84, 147, 162,
 193, 335, 350
 Hoffmann, Max 363, 364
 von Hofmannsthal, Hugo 202
 zu Hohenlohe-Schillingsfürst,
 Gottfried 153, 158
 Holzer, Anton 21
 Horne, John 14, 21
 Horowitz, Berek 294
 Huber von Szekelföld, Josef 115
 Huener, Jonathan 433
 Hull, Isabel 12, 14
 Hussarek von Heinlein, Max 113
 von Hutten-Czapski, Bogdan 70,
 107-109, 158, 196-198, 216

 von Iszkowski (Major) 155

 Jendryke (Bürgermeister) 195
 Judson, Pieter 34

 Kakowski, Aleksander 211, 212,
 215
 Kaltenbrunner, Ernst 399
 Karl I., österr. Kaiser 83, 86
 Kauffman, Jesse 23, 206, 235
 Kiefer (Bürgermeister) 194
 Kleiner, Juliusz 197
 Knoblauch (Dr., Bürgermeister)
 194
 Koch, Erich 381
 von Koerber, Ernst 58
 Komornicki, Władysław 349

 Koppe, Wilhelm 396
 Kralowetz von Hohenrecht, Gott-
 lieb 114
 Kramer, Alan 14, 21
 von Kries, Wolfgang 27, 94, 100,
 109-111, 115, 118, 123, 124,
 126, 145, 146, 157, 175, 178,
 192, 196, 198, 219, 220, 263,
 273, 281, 288, 310, 337, 344,
 348, 352, 458
 Kronenbitter, Günther 147
 Krüger, Friedrich-Wilhelm 383,
 395, 396, 437
 Krumeich, Gerd 14
 Kucharzewski, Jan 212
 Kuk, Karl 114, 229
 Kulczycki, Ludwik 210
 Kumaniecki, Kazimierz 312
 Künzer (Bürgermeister) 195
 Kupka (Bürgermeister) 194

 Lammers, Hans Heinrich 369,
 389, 390
 Landau, Ludwik 400
 Leiter, Hermann 55, 176, 247
 Leitgeb (Bürgermeister) 194
 Lempe (Dr., Bürgermeister) 194
 Leonhard, Jörn 33, 239
 von Lerchenfeld, Hugo 327
 Lerner (Bürgermeister) 194
 Lewizky, Eugen 256, 257
 Lieb, Peter 366
 Lipošćak, Anton (Ante) 114, 154,
 351
 Litzmann, Karl 374
 Liulevicius, Vejas Gabriel 10, 245
 Lober (Bürgermeister) 195
 Loose, Ingo 376
 Lubomirski, Zdzisław 201, 211,
 212, 217
 Ludendorff, Erich 12, 100, 109,
 120, 149, 150, 286, 297, 318,
 363-365, 367, 368, 388, 429,
 457, 466

- von Lustig-Prean, Heinrich 114
 von Lützow, Ludwig Adolf Wilhelm 395
- von Mackensen, August 110
 von Madeyski, Georg (Jerzy) 112, 113, 117, 162
 Matthäus, Jürgen 131
 Mazower, Mark 9, 357
 Meinl, Julius 440
 Mercier, Désiré-Joseph 370
 von Merveldt, Felix 110
 Meyer, Konrad 448
 Meyerbeer, Giacomo 116
 Mickiewicz, Adam 51
 Mikułowski-Pomorski, Józef 211
 Mitzka, Rudolf 115
 Molenda, Jan 20
 Mölle (Bürgermeister) 194
 Möller (Bürgermeister) 195
 Müller (Bürgermeister) 194
 Münkler, Herfried 34
 Munziger (Bürgermeister) 195
- Nagornaja, Aleksandra 304
 Nakowicz (Bürgermeister) 194
 Napoleon I. Bonaparte, franz. Kaiser 10, 42, 440
 Natanson, Kazimierz 211
 Naumann (Bürgermeister) 195
 Naumann, Friedrich 72, 73
 Naumann, Karl 414
 Nocinski (Bürgermeister) 194
 Nowaczyński, Adolf 197
- Oberländer, Theodor 372
 Osten (Bürgermeister) 195
 Osterhammel, Jürgen 33, 38
 Ostrowski, Józef 211, 212
- von Paić, Joseph 317
 Pallasch (Bürgermeister) 195
 Palme (Leutnant) 291
 Paszkowski, Wilhelm 197
 Patin, Nicolas 396
- Peikert, Dr. (Bürgermeister) 195
 Pellengahr (Bürgermeister) 195
 Piłsudski, Józef 19, 70, 82, 87, 111, 113, 127, 209, 222, 298-303, 440
 Polsakiewicz, Marta 20
 Ponikowski, Antoni 212
 von Pradzynski (Bürgermeister) 194
 Pritzsche (Bürgermeister) 194
 Prüfer (Bürgermeister) 195
 Pruszyński, Stanisław 114
 Przeniosło, Marek 20
- von Radziwiłł, Ferdynand (Ferdinand) 66
 Rathenau, Walther 15, 71
 Rauscher (Bürgermeister) 195
 Reeder, Eggert 369
 Richter (Bürgermeister) 194
 Riemer (Bürgermeister) 194
 Rieß (Bürgermeister) 195
 Riezler, Kurt 123, 150, 158
 von Rogoyski, Kazimierz 328, 331, 332
 Romakowski (Bürgermeister) 194
 Romanowski (Bürgermeister) 195
 von Ronikier, Adam 402
 Rosenberg, Alfred 393
 Rösler (Oberleutnant) 204
 Rösner (Dr., Bürgermeister) 195
 Roth, Markus 396
 Rothe (Bürgermeister) 195
 Rzepczyński, Teofil 223
- von Sandt, Maximilian 110
 Sauckel, Fritz 422
 Schaller (Dr., Bürgermeister) 195
 Schindler, Max 386, 387, 398, 414, 419
 von Schlieffen, Alfred 68
 Schmidt, Annalena 403
 Schneider, Thomas F. 362
 Schoppen (Bürgermeister) 194
 Schöter (Dr., Bürgermeister) 194

- Schrödter (Bürgermeister) 195
 Schubert (Hauptmann) 314
 Schulte-Wissermann, Fritz 421
 Schulz, Sven 362
 Schulze (Bürgermeister) 195
 Schuster, Frank 21
 Seifert, Helmut 394
 Seraphim, Peter-Heinz 372, 376
 Sierakowska, Katarzyna 20
 Sixtus von Bourbon-Parma,
 Prinz 84
 Skutezky, Robert 44
 Sokolnicki, Michał 363
 Spät, Robert 73
 Specht, Harry 418
 Stalin, Iosif V. 355, 356, 381, 461
 Stecki, Jan 213
 Steczkowski, Jan 212
 Steiner, Robert 315
 von Steinmeister, Otto 110, 389
 Stempin, Arkadiusz 23, 256
 Sterber (Bürgermeister) 194
 Stone, Norman 22
 Stroop, Jürgen 439
 Studnicki, Władysław 222, 400,
 401
 Świeżyński, Józef 211
 Szeptycki, Andrej 111
 von Szeptycki, Stanisław 111-
 114, 117, 135, 142, 161, 300,
 336, 341

 von Tarnowski, Hieronim 343
 Tennenbaum, Ruchla 271
 Thomas, Georg 360, 406
 Tietz (Bürgermeister) 194
 von Tisza, István 79
 Tooze, Adam 417
 Troska (Bürgermeister) 194

 von Ugron, Stephan 158, 182,
 214, 215, 276, 318
 Unowsky, Daniel L. 200

 Warnack (Bürgermeister) 194
 Wartze (Bürgermeister) 194
 Watson, Alexander 24, 233, 234
 Weber (Bürgermeister) 194
 Weber, Thomas 13
 Weeks, Theodore 44
 Weichert, Michał 402
 Werner (Bürgermeister) 195
 Westerhoff, Christian 23, 226,
 298, 305, 427
 Wilhelm II., dt. Kaiser 49, 70, 81,
 108, 172, 203
 Williger, Gustav 189
 Wilson, Woodrow 86, 188, 198
 von Woyrsch, Udo 432
 Wunderlich, Erich 264

 Zajdman (Kommissionär) 342
 Zamdberg, Schmul 294
 Zieliński, Konrad 21
 Zilch, Reinhold 23, 273
 Zoberman (Kommissionär) 342

ORTSNAMENREGISTER

- Aachen 110
 Aleksandrowo 194
 Antwerpen 108
 Auschwitz 413

 Baranowitschi (Baranowice, Baranawitŭcy) 120
 Będzin (Bendzin) 106, 194, 219, 258, 381
 Belgrad 341
 Bełżec 252, 253, 437
 Bendzin s. Będzin
 Berlin 17, 22, 27, 39, 40, 42, 49, 56, 69, 70, 72, 78, 80, 84-88, 90-92, 94, 99-101, 113, 115, 119, 123, 125, 127, 141, 142, 144, 148, 150, 153, 158, 165, 168-170, 173-175, 181, 183-186, 190, 191, 193, 196, 197, 200, 207, 208, 215, 216, 222, 250, 251, 255, 256, 265, 267, 271, 273, 279, 280, 286, 289, 290, 293, 297, 299, 301, 304, 310, 316, 317, 321, 323, 325-327, 329, 330, 334, 340, 348, 352, 356, 363, 364, 368, 374, 378, 382, 383, 385, 389, 391, 395, 411, 413, 420, 421, 439, 448, 455, 457, 458, 460, 462, 464
 Biało-brzezi 228
 Białowieża 324
 Białystok (Bialystok) 273, 281, 381
 Biłgoraj 253, 254, 260
 Błaszki 194
 Błonie 106, 194, 257
 Bogoria 253
 Bonn 110, 396
 Borysław (Boryslav) 426
 Breslau (Wrocław) 92

 Brest-Litowsk 89, 113, 183, 286, 452, 459
 Bromberg (Bydgoszcz) 109, 381
 Brzeziny 106, 258
 Budapest 97
 Busk (Busko) 135, 260, 302, 333
 Bydgoszcz s. Bromberg
 Bystrzyca 253

 Chełm (Cholm) 86, 113, 154, 183, 227, 260, 302
 Chełmno s. Kulmhof
 Cholm s. Chełm
 Chorzele 194
 Ciechanów (Zichenau) 106, 194, 258, 381, 426
 Cieszyn s. Teschen
 Compiègne 363
 Czeladź 194
 Częstochowa s. Tschenstochau
 Czubrowice 240

 Dąbrowa 44, 78, 182, 226, 227, 260, 268, 285, 289-291, 294, 297, 313, 332, 350
 Danzig (Gdańsk) 56, 223, 250, 407
 Dęblin (Iwango-rod) 95
 Den Haag 81, 83, 93, 177-179, 186, 224, 276, 279, 297, 308, 318, 336, 379, 455
 Dragany 224
 Drohobycz (Drohobyč) 57, 426
 Dwikozy 414
 Działoszyce 253

 Elbing (Elbląg) 56

 Filehne (Wieleń) 109

- Garwolin 106, 194, 231
 Gdańsk s. Danzig
 Gdingen (Gdynia) 370
 Giełczew 224
 Gießen 403
 Gnesen (Gniezno) 194
 Gorlice 69
 Gostynin 106, 194, 257
 Graz 228
 Grodno (Hrodna) 273
 Grodzisk 194
 Grójec 106, 257

 Hamburg 394
 Hannover 110
 Höchst 110
 Hrodna s. Grodno
 Hrubieszów 86, 220, 260, 302, 452
 Huta Dzierżyńska 253

 Iwangorod s. Dęblin 271

 Janów 260, 333
 Jasna Góra s. Tschenstochau
 Jędrzejów 138, 220, 253, 261, 294, 304

 Kaliningrad s. Königsberg
 Kalisch (Kalisz) 68, 273, 106, 156, 194, 233, 258, 458
 Karczmiska 253
 Karlsruhe 395
 Kattowitz (Katowice) 77, 189, 381, 449
 Katyn 397
 Kazimierz 229
 Kiel 394
 Kielce 92, 95, 155, 230, 261, 288, 294, 334, 338, 370, 371, 374
 Klonów 306
 Koblenz 100, 109, 118, 157, 175, 188, 220, 248, 281, 352
 Kock 194
 Köln 110
 Kolno 106
 Koło 106, 194, 258
 Konary 254
 Königsberg (Kaliningrad) 372
 Konin 106, 194, 258
 Końskie (Konsk) 255, 283, 261, 283
 Kowno 273
 Kozenice 261, 350
 Krakau (Kraków) 29, 42, 44, 70, 97, 114, 147, 197, 201, 246, 271, 299, 376, 377, 381, 382, 385-387, 396-398, 402, 407-409, 411, 414, 415, 417, 419, 420, 422, 423, 426, 436, 437, 442, 445, 446, 449, 460, 462
 Krasnostaw (Krasnystaw) 224, 254, 260, 294
 Kulmhof (Chełmno) 437
 Kutno 106, 194, 250, 257, 273

 L'viv s. Lemberg
 Łask 106, 258
 Łęczna 106, 194, 252, 258
 Lemberg (Lwów, L'viv) 42, 46, 68, 97, 111, 197, 381, 386, 419
 Libau (Liepāja) 273
 Lipno 106, 194, 258
 Litzmannstadt s. Lodz
 Lodz (Łódź) 20, 29, 44, 54, 63, 69, 78, 93, 106, 122, 182, 193, 213, 218, 219, 222, 258, 259, 265, 268, 273, 277, 279, 283-285, 309, 312, 342, 346, 347, 371, 374, 375, 394
 Łomża 106, 194
 Łowicz 106, 194, 257
 Lubartów 230, 260, 295, 307, 308, 333
 Lublin 10, 17, 23, 27, 29, 39, 77, 78, 82-84, 88, 90, 94-96, 98, 100-104, 111-115, 118, 119, 132, 133, 136-138, 140, 142, 147-149, 151, 153-157, 159-163, 165, 169-171, 174, 175, 177-182, 184-186, 189-193, 196, 201, 203-205, 208, 210, 213, 221, 223-232, 237, 239-243, 251-255, 259, 260, 263, 265, 267, 268, 270-272, 274-277, 280, 282, 283, 285, 287, 289-

- 292, 294, 296, 299, 302, 304-309, 311-314, 316-318, 322, 324, 329, 331, 332-345, 347-353, 364, 369, 374, 376, 381, 386, 388, 389, 397, 405, 409, 410, 420, 430, 438, 439, 441, 450, 457, 458, 464, 466
- Łuków (Lukow) 104, 194, 220, 231, 232, 263, 272, 332, 335
- L'viv s. Lemberg
- Lwów s. Lemberg
- Magdeburg 222
- Mährisch-Ostrau (Ostrava) 449
- Majdanek 439
- Maków 106
- Manchester 54
- Marbach 52, 96, 101, 133, 136, 139, 155, 60, 162, 192, 196, 199, 217, 350
- Miechów 253, 261, 307, 332
- Mińsk Mazowiecki (Nowo-Minsk) 106, 257
- Mława 106, 194, 258
- Modlin 108, 250
- München 355, 394, 395
- Münster 110
- Nasielsk 194
- Neumarkt (Nowy Targ) 421
- Nieszawa 194, 257
- Nisko a. San 449
- Nowo-Minsk s. Mińsk-Mazowiecki)
- Nowogeorgiewsk s. Modlin
- Noworadomsk (Nowo-Radomsk, Noworadomsko) s. Radomsko
- Nowy Targ s. Neumarkt
- Nürnberg 395
- Oberhollabrunn 315
- Olkusz 232, 240, 261, 302, 351
- Opatów 261
- Opoczno 204, 261, 283, 330
- Opole s. Oppeln
- Opole Lubelskie 253
- Oppeln (Opole) 189
- Ostrava s. Mährisch-Ostrau
- Ostrołęka 106, 194
- Ostrów 106, 194, 252
- Ostrowiec 289
- Ozorków 194
- Pabianice 44
- Pilawa 317
- Pińczów 261, 271, 321
- Piotrków 95, 135, 159, 189, 252, 253, 261, 294, 302, 329, 330, 337, 338
- Płock (Plock) 27, 69, 101, 106, 194, 225, 250, 273, 278
- Płońsk 106, 250, 258, 273, 278, 281
- Poniatowa 439
- Posen (Poznań) 10, 42-45, 48, 49, 53, 55, 56, 60, 64, 65, 72, 77, 88, 92, 107, 109, 111, 117, 123, 138, 140, 156, 190, 195, 234, 250, 272, 371, 407
- Potsdam 195
- Poznań s. Posen
- Prag (Praha) 147
- Praszka 194
- Pryrów 349
- Przasnysz 106, 195, 258
- Puławy (Puławy) 229, 232, 260, 309, 333, 384,
- Pułtusk 106, 195, 257
- Raławice 240
- Radom 95, 181, 204, 223, 227, 229, 230, 232, 261, 306, 308, 338, 350, 370, 371, 376, 381, 386, 401, 404, 409, 422, 423
- Radomsko (Noworadomsk, Noworadomsko) 258, 261, 282, 330, 349
- Radzymin 257
- Rawa 106, 195, 258
- Rejowiec 252
- Rozwadów 252
- Różan 195

- Rypin 106, 195, 258
 Rzeszów 97
- Samter (Szamotuły) 111
 Sandomierz 138, 252, 261, 272, 333
 Sankt Petersburg s. St. Petersburg
 Sarajevo 74
 Sędziszów 253
 Serock 122
 Siedlce 106, 195, 219
 Sieradz 106, 258
 Sierpc 106, 195, 258
 Skierniewice 106, 195, 257
 Słupca 106, 195, 258
 Sobibór 437, 439
 Sochaczew 106, 195, 257
 Sokołów 106, 195
 Sopron 320
 Sosnowiec 44, 195, 273, 285
 Spala 325
 St. Petersburg (Sankt Peterburg)
 52, 60, 61, 84, 93, 257
 Stalingrad 461
 Starachowice 288
 Staszów 253
 Sterdyń 414
 Stoczek Łukowski 195, 263, 414
 Stromiec 223
 Sulejów 252, 253
 Szamotuły s. Samter
 Szczekociny 253
 Szczucin 253
 Szczuczyn 106
 Székelyudvarhely 114
- Tarnawa 224
 Tarnopol (Ternopil') 69, 369
 Tarnów 69
 Ternopil' s. Tarnopol
 Teschen (Cieszyn) 78
 Thorn (Toruń) 332, 381
 Tomaszów Lubelski 253, 260
 Tomaszów Mazowiecki (Tomaschow) 195, 220, 413
- Toruń s. Thorn
 Trawniki 439
 Treblinka 437
 Tschenstochau (Częstochowa) 68,
 69, 78, 135, 193, 201, 203, 205,
 258, 279, 285, 315, 347, 443
 Turek 106, 195, 258
- Versailles 463
 Vilnius s. Wilna
- Waldenburg (Wałbrzych) 195
 Warka 254
 Warschau (Warszawa) 10, 17, 19,
 20, 23, 26-29, 39, 44, 51, 53, 54,
 61-63, 68, 73, 75, 77, 78, 82, 84,
 94-96, 100-103, 105-110, 113,
 115, 116, 119, 121, 123-128,
 130-133, 136, 139-141, 147, 149-
 159, 161, 163, 165, 168-177,
 179, 180, 182, 185, 186, 189,
 190-194, 196, 197, 199-204, 210,
 211, 213-219, 223, 225, 226,
 231, 235, 237, 239, 243, 247-
 250, 253, 257, 259-265, 267,
 270-274, 276-288, 290-292, 295,
 297-299, 303, 309-319, 322, 324-
 327, 331-335, 337, 340-353, 355,
 362-365, 368, 369, 371, 372,
 376, 377, 381, 382, 384, 386,
 388-390, 397, 398, 400, 402,
 403, 405, 407-409, 412-414, 417,
 418, 420, 422, 428, 429, 433,
 435, 436, 439-441, 445-447, 456-
 458, 460, 466
 Wąwolnica 253
 Węgrów 106, 195
 Weimar 361, 362, 366, 368, 390,
 457, 463
 Wieleń s. Filehne 109
 Wieluń (Wielun) 106, 195, 249
 Wien 17, 22, 28, 39, 40, 42, 45, 46,
 53, 59, 60, 63, 69, 73, 80, 83, 84,
 86-88, 90-92, 94, 96, 98-100,
 111, 112, 114-118, 133, 135,
 136, 139, 141, 142, 144, 147,
 148, 150, 151, 153, 157, 158,

161, 162, 165, 169, 170, 173,
174, 182-187, 190, 191, 193,
200, 207, 208, 210, 213-215,
217, 221, 228, 229, 239, 240,
242, 245, 252, 253, 255, 259,
267, 270, 274, 275, 291, 293,
295, 296, 298, 300, 301, 307,
309, 314, 315, 317, 318, 321,
323, 328-331, 334, 336, 339,
340, 342, 350, 352, 388, 430,
440, 449, 455, 458, 465
Wieruszów 195
Wierzbnik 261, 349
Wilna (Vilnius, Wilno) 273, 382
Winiawa 294, 349
Włocławek 106, 195, 205, 250, 257,
273
Włoszczowa 223, 224, 261, 338
Wola Orłowska 253
Wrocław s. Breslau
Würzburg 446
Wyszków 195
Wyszogród 195, 250

Żabno 224
Żelechów 195
Zaleszczyki 115
Zambrów 195
Zamość (Zamosc) 95, 104, 252,
253, 260, 450, 452, 466
Zawada 252
Zduńska-Wola 195
Zgierz 195
Zichenau s. Ciechanów
Złoczew 195
Zwierzyniec 104, 253
Żychlin 195
Żyrardów 44, 195, 287